

Nachrichtenmedien als Mediatoren von Peace-Building,
Demokratisierung und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften

Friedens- und Demokratiepsychologie

Band 2

herausgegeben von

Wilhelm Kempf & Georg Lind, Universität Konstanz

Projektgruppe Friedensforschung Konstanz (ed.)

**Nachrichtenmedien als Mediatoren von
Peace-Building, Demokratisierung und Versöhnung in
Nachkriegsgesellschaften**

© 2005 by verlag irena regener
lehderstr. 61, d – 13086 berlin
<http://www.regener-online.de>

Alle Rechte vorbehalten, auch die der fotomechanischen Wiedergabe und der Speicherung in elektronischen Medien.

Printed in Germany

ISBN 3-936014-05-1

Inhalt

Einleitung	7
----------------------	---

Teil I: Journalismus zwischen Krieg und Frieden

1	Modelle des Friedensjournalismus Wilhelm Kempf	13
2	Von der Theorie zur Empirie Susanne Jaeger & Wilhelm Kempf	36

Teil II: Die bundesdeutsche Presseberichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg

3	Themenauswahl in der Nachkriegsberichterstattung – eine quantitative Langzeitstudie Susanne Jaeger	51
4	Von Nachhall und Überwindung deutsch-französischer Gegnerschaft – qualitative Fallstudien Susanne Jaeger	81

Teil III: Die Presseberichterstattung in und über Jugoslawien nach Milošević

5	Der Wandel des Feindbildes Serbien nach dem Machtwechsel Ute Annabring & Susanne Jaeger	129
6	Konstruktive Aspekte des serbischen, deutschen und griechischen Nachkriegsdiskurses – qualitative Vergleichsstudien Burkhard Bläsi, Susanne Jaeger, Wilhelm Kempf, Margarita Kondopoulou & Dimce Paskoski	149

Teil IV: Rezeption und Akzeptanz konstruktiver Nachkriegsberichterstattung

7	Glaubwürdigkeit und Attraktivität von eskalations- und deeskalationsorientierten Nachrichtentexten Burkhard Bläsi, Susanne Jaeger, Wilhelm Kempf & Monika Spohrs	203
8	Die kognitive Repräsentation von Nachkriegskonflikten im Spannungsfeld zwischen Mainstream-Diskurs und abweichender Berichterstattung Ute Annabring, Ruth Dittmann & Wilhelm Kempf	235

Teil V: Journalismus und sozialpsychologische Bedingungen von Friedensdiskursen

9	Produktionsbedingungen konstruktiver Konfliktberichterstattung Burkhard Bläsi	257
10	Möglichkeiten und Grenzen konstruktiver Nachkriegsberichterstattung Susanne Jaeger & Wilhelm Kempf	277
Literatur		286
Anhang		
	Über die Autoren	298
	Sachregister	301

Einleitung

Das vorliegende Buch ist aus einem gleichnamigen Forschungsprojekt entstanden, das in der Zeit zwischen Januar 2002 und September 2004 von der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz bearbeitet und aus Mitteln der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), des Ausschusses für Forschungsfragen an der Universität Konstanz (AFF) und durch ein Promotionsstipendium des Cusanuswerks finanziert wurde.

Gegenstand des Buches ist ein Thema, das in den Medienwissenschaften bisher allzu sehr vernachlässigt wurde. Während die Untersuchung von Kriegsberichterstattung und Propaganda auf eine lange Tradition in der sozialwissenschaftlichen Forschung zurückblicken kann, gibt es bislang erst wenige empirische Untersuchungen, welche die Berichterstattung über Nachkriegs- und Friedensprozesse zum Gegenstand haben.

Das vorliegende Buch untersucht diese Fragen unter einer dezidiert sozialpsychologischen Perspektive und enthält sowohl theoretische als auch empirische Arbeiten, in denen die Rolle der Medien in Kriegs- und Nachkriegssituationen aus drei Perspektiven beleuchtet wird: Produktionsbedingungen, Medieninhalt und Rezeption.

Ausgehend von sozialpsychologischen Theorien und empirischen Befunden über Kriegsberichterstattung und Propaganda werden Konzepte einer konstruktiven Konfliktberichterstattung entwickelt und zu den Produktionsbedingungen von Journalismus in Beziehung gesetzt.

Im Mittelpunkt des Projektes stehen vier empirische Untersuchungsfelder: (1) die Untersuchung der deutschen Presseberichterstattung über Frankreich von 1946 bis 1970, (2) die Untersuchung der deutschen, griechischen und serbischen Berichterstattung über Jugoslawien nach dem Sturz von Milošević, (3) die Untersuchung der Akzeptanz deeskalationsorientierter Berichterstattung und ihrer Auswirkungen auf die mentalen Modelle der Leser, (4) die Untersuchung der Produktionsbedingungen von Konfliktberichterstattung.

Drei verschiedene methodische Zugänge wurden hierbei gewählt: (1) quantitative und qualitative Inhaltsanalysen von Zeitungstexten, (2) die experimentelle Untersuchung der Akzeptanz deeskalationsorientierter Berichterstattung und ihrer kognitiven Verarbeitung durch die Leser, (3) Interviews mit Konfliktberichterstattern und Auslandskorrespondenten über ihre Einschätzung der Produktionsbedingungen von Nachrichten.

Die Ergebnisse des Projektes werfen ein hoffnungsvolles Bild auf die Möglichkeiten des Einsatzes der Nachrichtenmedien als Ressource für Konfliktabbau und Versöhnung: Sowohl Journalisten als auch ihr Publikum sind flexibler und kompetenter, als häufig angenommen wird. Weder sind Journalisten notwendig darauf fixiert, Schwarz-Weiß-Malerei zu produzieren, noch das Publikum, sich mit Polarisierung und Gewalt abspesen zu lassen.

Obwohl sich im Nachkriegsdiskurs über Jugoslawien in allen drei untersuchten Ländern deutliche Nachwirkungen des Kriegsdiskurses ausmachen ließen, waren die Nachkriegsdiskurse insgesamt wesentlich offener, vielseitiger und relativ deeskalationsorientiert. In allen drei Ländern konnten darüber hinaus kreative Ansätze zum Abbau lange perpetuierter Feindbilder sowie Impulse für eine konstruktive Transformation des Diskurses nachgewiesen werden.

Entsprechende Ansätze finden sich auch in der deutschen Nachkriegsberichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon in der Themenauswahl zeigten die Journalisten jener Zeit eine flexible Kreativität, die dem Aussöhnungsprozess zuträglich war. Darüber hinaus – und im Unterschied zum Jugoslawien-Diskurs – hat die spezifische Situation des besiegten Deutschlands mögliche Nachwirkungen der Kriegspropaganda hier weitestgehend abgeschnitten.

Um die Nachrichtenmedien als Mediatoren von Demokratisierung, Peace Building und Versöhnung wirksam werden zu lassen, wäre es wünschenswert, solche positive Beispiele konstruktiver Nachkriegsberichterstattung in die Journalistenausbildung einzubringen und die Konfliktkompetenz von Journalisten systematisch weiterzuentwickeln.

Erfolg versprechend erscheint ein solcher Ansatz auch deshalb, weil eine deeskalationsorientierte Berichterstattung von den Rezipienten – wider Erwarten – als mindestens genau so interessant und akzeptabel empfunden wird wie der herkömmliche Konfliktjournalismus. Die Konstruktion von Antagonismen zur Steigerung des Nachrichtenwertes ist nicht nötig und wird von den Rezipienten teilweise sogar zurückgewiesen. Was sie wollen, ist eine korrekte, sachgemäße und allseitige Berichterstattung, durch welche ebenso gut ein Interesse an weiteren Informationen und damit eine Bindung an das Medium geweckt werden kann wie durch Polarisierung der Konfliktparteien.

Allerdings ist hierfür eine behutsame Vorgehensweise vonnöten, da neue und unerwartete Informationen tendenziell Zweifel an der Korrektheit der Darstellung induzieren können.

Wenn die gebotene Behutsamkeit gegeben ist und die Texte von den Rezipienten akzeptiert werden, dann hat deeskalationsorientiertes Framing der Konfliktberichterstattung einen nachweislichen Effekt. Die Wahrnehmung der berichteten Ereignisse, der Konfliktparteien und ihres Konfliktverhaltens wird nicht einfach unter die gängigen Interpretationsmuster subsumiert, sondern differenziert sich in Abhängigkeit von den berichteten Fakten und deren Framing. Längerfristig ist auf diese Weise auch ein sukzessiver Abbau verbreiteter Vorurteile, Stereotype und konfliktrelevanter Grundüberzeugungen zu erwarten.

Darüber hinaus machen Interviews mit Auslandskorrespondenten deutlich, dass der Produktionsprozess von Konfliktberichterstattung als komplexe Interaktion vieler Faktoren verstanden werden muss, die einer konstruktiven Berichterstattung teilweise erschwerend im Wege stehen. Die Entwicklung eines Modells dieser Einflussfaktoren auf die Konfliktberichterstattung ist ein wichtiger Schritt, um realisierbare Vorschläge ableiten zu können, wie mit den Hindernissen umgegangen werden kann, denen Journalisten bei der Umsetzung einer konstruktiven Konfliktberichterstattung in ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt sind.

Wilhelm Kempf

Konstanz, im Dezember 2004

Teil I

Journalismus zwischen Krieg und Frieden

Modelle des Friedensjournalismus¹

Wilhelm Kempf

Als uns der Friede bedroht schien, entdeckten wir die Schande des Krieges.
Als uns der Krieg erspart zu bleiben schien, empfanden wir die Schande des Friedens...

Wenn der Mensch auf einen so grundlegenden Widerspruch stößt, besagt dies, dass die Frage nicht richtig gestellt wurde.

Antoine de Saint-Exupéry

1 Einleitung

Lange Zeit hindurch wurden die Medien hauptsächlich als Nachrichtenkanäle thematisiert. Erst in jüngerer Zeit hat sich diese Sichtweise geändert. Die Rolle, welche die Medien für die Außenpolitik spielen, wird heute komplexer gesehen (Naveh, 1998, 2002). Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Konstruktion des Umfeldes, in welchem sich Außenpolitik vollzieht. Daran sind nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Medien beteiligt. Nationale und internationale Diskurse sind eng miteinander verwoben, und der Journalismus spielt darin eine zentrale Rolle.

Diese Auffassung, wonach Journalisten nicht bloß neutrale Berichterstatter sind, sondern einen Einfluss auf das politische Geschehen haben, hat auch das Selbstverständnis des Journalismus nachhaltig beeinflusst und zur Entstehung zweier gegenläufiger Tendenzen geführt, die sich journalistischer Verantwortung in veränderter Weise zu stellen versuchen.

Zum einen hat sich unter dem Stichwort Journalism of Attachment (Bell, 1997) eine neue Schule des Journalismus bereits etabliert, die davon ausgeht, dass Journalisten angesichts der Gräueltaten, welche moderne Kriege mit sich bringen, nicht in Distanz zu dem Geschehen bleiben können, über welches sie berichten. Journalisten müssen für die Opfer des Krieges Partei ergreifen und der Forderung Ausdruck verleihen, dass etwas unternommen werden muss.

1 Erweiterte Fassung eines Aufsatzes, der unter dem Titel "Konstruktive Konfliktberichterstattung – Ein sozialpsychologisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm" in *conflict & communication online*, 2/2 (2003) erschienen ist.

Das Verhängnis dieses Journalism of Attachment besteht darin, dass er auf Konfliktanalysen weitgehend verzichtet, den Krieg als moralischen Antagonismus zwischen Gut und Böse thematisiert und seine Aufgabe darin sieht, moralischen Druck auf die internationale Staatengemeinschaft auszuüben, Partei zu ergreifen und mit militärischen Mitteln zu intervenieren. Dieser moralische Impetus lässt Journalisten selbst ihre professionellen Regeln und Standards der Wahrhaftigkeit im Namen einer höheren moralischen Verpflichtung über Bord werfen. Die Berichterstattung über den Krieg in Bosnien-Herzegowina ist voll von Beispielen dafür, wie Journalisten ihren hehren moralischen Zielen durch Informationskontrolle und/oder durch die Fabrikation von Nachrichten gerecht zu werden versuchten (Hume, 1997; Kempf, 2000a).

Die zweite der oben genannten Tendenzen ist hauptsächlich (noch) ein akademisches Projekt. Unter dem Eindruck des Golfkrieges und des Krieges in Bosnien-Herzegowina begannen Friedensforscher und Medienwissenschaftler darüber nachzudenken, wie der Einfluss der Medien zur Konfliktprävention und zur konstruktiven Transformation von Konflikten genutzt werden kann (ASPR, 2003; Bilke, 2002; Galtung, 1998; Kempf, 1996, 1999a; Kempf & Gutiérrez, 2001; Luostarinen, 2002a; Mc Goldrick & Lynch, 2000). In Form von Trainingskursen für Journalisten wird der Versuch unternommen, friedenswissenschaftliche Erkenntnisse an Journalisten weiterzugeben und für die journalistische Arbeit fruchtbar zu machen.

Dabei setzt sich das Projekt eines Friedensjournalismus sowohl mit der Rolle der Medien als Katalysatoren von Gewalt (Kempf, 1994; Kempf & Luostarinen, 2002; Kempf & Schmidt-Regener, 1998; Luostarinen & Kempf, 2000; Nohrstedt & Ottonen, 2001) als auch mit den berufsethischen Normen des Journalismus kritisch auseinander.

Gegenstand des vorliegenden Kapitels ist es, die Beiträge zu eruieren, welche die Psychologie im Rahmen eines solchen Projektes zu leisten vermag. Dabei lassen sich mindestens vier Fragenkomplexe festhalten:

1. Welches sind die sozialpsychologischen Mechanismen, die Journalisten – in bester Absicht – zu Katalysatoren der Gewalt werden lassen?
2. Wenn es Journalisten gelingt, sich diesen Mechanismen entgegenzustellen, haben sie dann überhaupt eine Chance, auf die öffentliche Meinung einzuwirken?
3. Wie hätte ein solcher Friedensjournalismus denn überhaupt auszusehen?
4. Wie lässt sich ein solcher Friedensjournalismus ggf. implementieren?

2 Sozialpsychologische Grundlagen

Bezüglich des ersten Fragenkomplexes lassen sich zunächst die bekannten sozialpsychologischen Befunde anführen, wie sich sowohl die kognitive Repräsentation

von Konflikten als auch die Sozialstruktur von Gruppen im Verlaufe der Konflikteskalation verändern.

Welche Art von Verlauf ein Konflikt nimmt, hängt nach Deutsch (1976) wesentlich davon ab, ob der Konflikt als kompetitiver oder als kooperativer Prozess begriffen wird.

Kompetitive Konflikte haben die Tendenz, sich auszubreiten und hochzuschrauben. Sie verselbständigen sich und dauern auch dann noch an, wenn die ursprünglichen Streitfragen belanglos geworden oder vergessen sind. Parallel zur Ausweitung des Konfliktes vollzieht sich eine zunehmende Fixierung auf Machtstrategien, auf die Taktiken der Drohung, des Zwanges und der Täuschung.

Die Tendenz, einen Konflikt hochzuschrauben, resultiert aus drei miteinander verbundenen Prozessen: dem Konkurrenzprozess, der aus dem Versuch resultiert, im Konflikt zu gewinnen; dem Prozess der Fehleinschätzung des gegnerischen Handelns und seiner Intentionen und dem Prozess der sozialen Verpflichtung, der damit einhergeht, dass der Sieg über den Gegner zum vorrangigen Ziel der Innengruppe wird.

1. Der *Konkurrenzprozess* bewirkt eine Verarmung der Kommunikation zwischen den Konfliktparteien. Die bestehenden Kommunikationsmöglichkeiten werden nicht ausgenutzt oder dazu benutzt, den Gegner einzuschüchtern oder irrezuführen. Aussagen des Gegners wird wenig Glauben geschenkt. Fehleinschätzungen von Informationen im Sinne bereits existierender Vorbehalte werden dadurch begünstigt.

Der Konkurrenzprozess legt die Ansicht nahe, dass eine für die eigene Seite befriedigende Konfliktlösung nur auf Kosten des Gegners und gegen diesen durchgesetzt werden kann. Dadurch wird die Anwendung immer drastischerer und gewaltsamerer Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele begünstigt.

Der Konkurrenzprozess führt zu einer argwöhnischen und feindseligen Haltung gegenüber dem Gegner, welche die Wahrnehmung von Gegensätzen zwischen den Konfliktparteien verschärft und die Wahrnehmung von Gemeinsamkeiten der Konfliktparteien vermindert.

2. Der *Prozess der Fehleinschätzung* resultiert zunächst aus der Perspektivendivergenz der Konfliktparteien und schraubt den Konflikt infolge der entstehenden Asymmetrie von Vertrauen und Argwohn hoch, so dass
 - die Bereitschaft der Konfliktparteien sinkt, das gegnerische Handeln (auch) aus der Perspektive des Gegners zu sehen,
 - die Fähigkeit der Konfliktparteien zur Aufnahme von Informationen abnimmt, welche die vorurteilsbeladenen Interpretationen des gegnerischen Handelns korrigieren könnten, und
 - die Konfliktparteien dazu neigen, die eigenen Ziele und Handlungen für angebrachter und berechtigter zu halten als die der Gegenseite.

3. Durch die Verschärfung des Konfliktes entsteht eine erhöhte Spannung, durch welche die intellektuellen Möglichkeiten reduziert werden, andere Wege der Konfliktlösung zu gehen. Durch den *Prozess der sozialen Verpflichtung* auf den Sieg über den Gegner wird die Konfliktlösungskompetenz noch weiter eingeschränkt: Gruppenmitglieder, die sich im Kampf hervortun, gewinnen an Einfluss. Kompromissbereitschaft und Vermittlungsversuche werden als Verrat abgewehrt, und die andauernde Verstrickung in den Konflikt bindet die Gruppenmitglieder an die Konfliktstrategie, indem sie ihre bisherige Beteiligung rechtfertigt.

Die Beendigung eines destruktiven Konfliktes wird oft erst dann möglich, wenn die Kosten seiner Fortsetzung im Verhältnis zu den Werten, die durch seine Fortdauer für eine oder beide Seite geschaffen werden können, so groß werden, dass die Sinnlosigkeit zwingend deutlich wird. Nach Deutsch (1976) leuchtet die Sinnlosigkeit am ehesten jenen ein, die an dem Konflikt nicht in einer Entscheidungsposition beteiligt sind und daher auch keine Notwendigkeit verspüren, ihn zu rechtfertigen, sowie jenen, welche die höchsten Kosten zu tragen haben.

Neben diesen allgemeinen sozialpsychologischen Mechanismen sind aber auch die spezifischen Produktionsbedingungen von Nachrichten in Rechnung zu stellen. Dazu gehören strukturelle Faktoren wie die Art des Mediums, vorhandene Formate, Plätze, (Sende-) Zeiten, Kriterien der Nachrichtenselektion, redaktionelle Abläufe und Erwartungen, die Ökonomie der Medien und ihre Verflechtungen mit Politik und Militär ebenso wie das gesellschaftliche Klima, das u.a. durch die historische, kulturelle und geographische Nähe zur Konfliktregion bzw. zu den Konfliktparteien einen Positionierungsdruck ausübt. Diese institutionellen und sozialen Faktoren werden durch die Situation vor Ort noch verschärft. Vorhandene oder fehlende Infrastruktur und Logistik, die Zugänglichkeit, Glaubwürdigkeit und Überprüfbarkeit von Quellen bleiben ebenso wenig ohne Einfluss auf die Berichterstattung wie die Sicherheitslage in der Krisenregion und die Gefahren, denen die Journalisten selbst ausgesetzt sind, wenn sie vom Kriegsschauplatz berichten, sowie die Gruppendynamik unter den vor Ort akkreditierten Journalisten (siehe Kap. 9).

Bezüglich des zweiten Fragenkomplexes lassen sich nach Jaeger (2002a) zunächst die Theorien von Moscovici (1979, 1980) anführen, wonach soziale Systeme keine statische Struktur besitzen, sondern offene, dynamische Gebilde darstellen, in denen Normen, Werte und Verhaltensregeln ständig neu definiert werden. In diesem Prozess üben auch Minoritäten einen gewissen Einfluss aus, der umso stärker ist, je konsistenter sie ihre Position vertreten. Neben der Konsistenz der Argumente, der eine Schlüsselrolle zukommt, sind es nach Moscovici vier weitere Charakteristika, welche Minoritäten Einfluss verleihen: Beharrlichkeit, Autonomie, Investition und Fairness.

Im Unterschied zu Meinungsänderungen, welche unter dem Druck der Majorität zustande kommen, führt der Minderheiteneinfluss zu internalisierten Einstellungsänderungen, die nicht bloß eine oberflächliche Anpassung an die vorherrschende Meinung darstellen, sondern die von der inneren Überzeugung von der Richtigkeit der geänderten Meinung getragen werden (Levine, 1989).

Selbst wenn es zunächst nur eine Minderheit von Journalisten sein wird, die vom Mainstream der Konfliktberichterstattung abweicht und einen konstruktiven Ansatz verfolgt, hat sie unter den genannten Voraussetzungen daher durchaus die Chance, einen nachhaltigen Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben, sofern es ihr gelingt, eine glaubwürdige Plattform zu finden und die Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Möglichkeiten dazu sind aufgrund der bereits erwähnten Gruppenprozesse aber nur begrenzt. Zensur und Selbstzensur der Medien stellen dabei nur die Spitze eines Eisbergs dar. Der soziale Druck, dem sich Journalisten ausgesetzt sehen, ist erwartbarer Weise in jenen Gesellschaften am stärksten, die unmittelbar an dem Konflikt beteiligt sind. Aber auch in Gesellschaften, die sich militärisch (noch) heraushalten, kann er beachtliche Ausmaße annehmen, wie die Anfeindungen zeigen, denen Peter Handke (1996) wegen seiner Reportage "Gerechtigkeit für Serbien" während des Bosnien-Konfliktes ausgesetzt war. In einer ähnlichen Lage – wenngleich mit umgekehrtem Vorzeichen – sahen sich jene griechischen Journalisten, die während des Kosovo-Krieges vom konventionellen anti-NATO und pro-serbischen Diskurs abwichen, der für die griechischen Medien und die griechische Gesellschaft charakteristisch war (Kondopoulou, 2002).

Der dritte Fragenkomplex ist normativer Art und macht Zielvorgaben, wie Friedensjournalismus auszusehen hätte. So unterscheidet z.B. Galtung (1998) zwischen einem gewaltorientierten Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus einerseits und einem lösungsorientierten Friedens- bzw. Konfliktjournalismus andererseits (vgl. Tab. 1).

Selbstverständlich können solche Zielvorgaben jedoch nicht einfach aus der Luft gegriffen werden, sondern bedürfen einer theoretischen Fundierung, die im konkreten Fall durch Galtungs Transcend-Ansatz der konstruktiven Transformation von Konflikten (vgl. Graf & Bilek, 2002) geleistet wird. Über die konflikttheoretische Fundierung der Zielvorgaben hinaus stellt sich aber zugleich auch die Frage nach deren Umsetzbarkeit.

Dies führt unmittelbar zu unserem vierten Fragenkomplex, und ähnlich wie bei den vorangegangenen Fragen ist es auch hier nicht nur die Psychologie, deren Beiträge gefordert sind. So zeigt z.B. Galtung, dass bereits die Kriterien der Nachrichtenauswahl (Galtung & Vincent, 1992) – Personalisierung, Elite-Orientierung und Negativismus – einen kognitiven Rahmen bilden, welcher ein Bild der Wirklichkeit entstehen lässt, das die Welt in Elite-Länder und Peripherie-Länder und

damit zugleich in Gut und Böse einteilt (vgl. Kapitel 3): An der Peripherie geschieht Furchtbares: Katastrophen, Gewalt, Krieg, und die Angehörigen der Eliten in den reichen Ländern bringen Hilfe und Frieden (vgl. Galtung, 1998).

Kriegs- bzw. Gewaltjournalismus	Friedens- bzw. Konfliktjournalismus
<i>I. Kriegs- bzw. gewaltorientiert</i> • Beschreibt die Konfliktarena • 2 Parteien, 1 Ziel (Sieg), Krieg • Generell nullsummenorientiert • Geschlossener Raum, geschlossene Zeit • Lösungen und Auswege werden auf dem Schlachtfeld gesucht: "Wer warf den ersten Stein?" • Kriege werden verschleiert • "Wir-sie"-Journalismus. Propaganda, Votum für "uns" • "Sie" werden als das Problem gesehen; Fokus darauf, wer im Krieg die Oberhand gewinnt • Dehumanisierung der "anderen"; umso mehr, je schlimmer die Waffen sind • <i>Reaktiv</i>: erst Gewalt gibt Anlaß für Berichterstattung • Nur Blick für sichtbare Folgen der Gewalt (Tote, Verwundete und materieller Schaden)	<i>I. Friedens- bzw. konfliktorientiert</i> • Erforscht die Konfliktformation • x Parteien, y Ziele, z Gegenstände • Allgemeine "Win-Win"-Orientierung • Offener Raum, offene Zeit • Ursachen und Lösungen werden überall gesucht, auch in Geschichte und Kultur • Konflikte werden durchschaubar gemacht • Alle Parteien werden gehört; Einfühlungsvermögen, Verständnis • Konflikt/Krieg wird als das Problem gesehen; Fokus auf Kreativität der Konfliktlösung • Humanisierung aller Seiten; umso mehr, je schlimmer die Waffen sind • <i>Präventiv</i>: Verhinderung von Gewalt/Krieg • Fokus auf die unsichtbaren Wirkungen von Gewalt (Traumata und Ruhm, struktureller und kultureller Schaden).
<i>II. Propagandaorientiert</i> • Entlarvt die Unwahrheiten der "anderen" • Unterstützt "unsere" Vertuschungsversuche/Lügen	<i>II. Wahrheitsorientiert</i> • Entlarvt Unwahrheiten auf allen Seiten • Deckt alle Vertuschungsversuche auf
<i>III. Eliteorientiert</i> • Fokussiert "unser" Leid; das der wehrfähigen Männer, die die Elite bilden; ist deren Sprachrohr • Benennt "ihre" Übeltäter • Betont, dass nur die Elite Frieden schließen kann	<i>III. Menschenorientiert</i> • Fokussiert jegliches Leiden; das Leid der Frauen, der Alten, der Kinder; gibt den Stimmlosen eine Stimme • Benennt alle, die Unrecht tun • Betont Friedenstendenzen in der Bevölkerung
<i>IV. Siegorientiert</i> • Frieden = Sieg + Waffenstillstand • Verschweigt Friedensinitiativen, so lange nicht entschieden ist, wer gewinnt • Wichtig sind Verträge und Institutionen; eine kontrollierte Gesellschaft • Wendet sich nach Kriegsende dem nächsten Konflikt her zu; kehrt zurück, wenn der alte wieder aufflackert	<i>IV. Lösungsorientiert</i> • Frieden = Gewaltfreiheit + Kreativität • Zeigt Friedensinitiativen, auch, um die Ausweitung des Krieges zu verhindern • Wichtig sind Struktur und Kultur; eine friedliche Gesellschaft • Berichtet über die Nachkriegsphase: Konfliktlösung, Wiederaufbau, Versöhnung

Tabelle 1: Kriegsjournalismus vs. Friedensjournalismus nach Galtung (1998)

Die Implementation eines Friedensjournalismus macht daher auch eine grundlegende Änderung der *Funktionsweise* der Medien erforderlich. Indem dies aber zugleich eine Änderung der journalistischen *Blickrichtung* und damit ein verändertes *Konfliktverständnis* auf Seiten der Journalisten impliziert, ist diese mediensoziologische Fragestellung aufs engste mit sozialpsychologischen Fragestellungen verbunden.

Psychologisch gesehen, geht es bei der Kontroverse um Kriegsjournalismus vs. Friedensjournalismus zum einen um aggressive Interaktionen, zum anderen um die Konstruktion sozialer Wirklichkeit, und zum dritten um die Frage, welche Rolle Journalismus und die Medien in diesem Prozess spielen (können).

Dem liegt die Grundauffassung zugrunde, dass das Handeln von Konfliktparteien nicht durch die objektseitig definierte Konfliktlage (d.h. die tatsächliche Unverträglichkeit ihrer Rechte, Intentionen und Handlungen), sondern durch ihre subjektseitig definierte Konfliktwahrnehmung bestimmt ist. Menschen handeln nicht aufgrund der objektiven Beschaffenheit der Dinge in ihrer Umwelt, sondern aufgrund der Bedeutung, die diese für sie haben (Blumer, 1973).

Bedeutungen sind das Ergebnis eines sozialen Aushandlungsprozesses und konstituieren sich im gesellschaftlichen Diskurs, hier: im Diskurs innerhalb und zwischen den Konfliktparteien. Im Falle politischer Konflikte nehmen die Medien eine wichtige Mittlerrolle ein, weshalb kriegsführende Parteien auch immer wieder versuchen, die Medienberichterstattung zu Propagandazwecken zu funktionalisieren. Es wäre jedoch völlig verfehlt, den Einfluss der Medien im Rahmen eines einfachen Stimulus-Response-Modells zu thematisieren (vgl. Jaeger, 2003). Meaning Making ist ein interaktiver Prozess, in dem die Medien nur ein Akteur unter vielen sind.

Journalisten sind selbst Mitglieder der Gesellschaft und unterliegen daher nicht nur gewissen institutionellen Zwängen, sondern auch den selben sozialpsychologischen Mechanismen wie andere, insbesondere den Verzerrungen der Konfliktwahrnehmung, welche sich im Verlaufe eigener Verwicklung in eskalierende Konflikte gleichsam naturwüchsig einstellen (vgl. Tab. 2).

Durch solche Fehlwahrnehmungen geprägte *mentale Modelle* des Konflikts wirken nicht nur als Katalysator der Konflikteskalation, sondern sie beeinträchtigen auch die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien.

So zeigten bereits Blake & Mouton (1961, 1962), dass die Konkurrenz zwischen Gruppen einen verstärkten Zusammenhalt innerhalb der Gruppen, größere Identifikation der Gruppenmitglieder mit ihrer Gruppe und einen Wechsel zu konfliktorientierter Führung bewirkt. Gleichzeitig verändert die Konkurrenz die Wahrnehmung der Außengruppe in Richtung auf Überbetonung ihrer Verschiedenheit von der Innengruppe und Zunahme negativer Pauschalurteile über die

Eskalationsstufe	Kooperation	Perspektivendivergenz
Konzeptualisierung des Konfliktes	Win-Win-Orientierung	Bias in Richtung Win-Lose, aber Win-Win noch möglich
Bewertung von Rechten und Zielen	Gegenseitige Respektierung der Rechte aller Beteiligten und Betonung gemeinsamer Interessen	Fokussierung eigener Rechte und Bedürfnisse (einschließlich gemeinsamer Interessen), die Rechte des anderen verschwinden jedoch aus dem Blickfeld
Bewertung von Handlungen	Berücksichtigung des Nutzens für jede der Parteien	Fokussierung des eigenen Nutzens (auch aus der gemeinsamen Beziehung)
Emotionale Verwicklung	Empathie und gegenseitiges Vertrauen	Konflikt zwischen Bedrohung und Vertrauen
Identifikationsangebote	Allseitig	Selbstzentriert

Tabelle 2: Verzerrung der Konfliktwahrnehmung im Laufe der Eskalation von Konflikten (nach Kempf, 1999b)

Außengruppe. Die Verhandlungen zur Bereinigung eines Konfliktes zeichnen sich in stark konkurrierenden Gruppen aus durch (1) eine Tendenz zur Überbewertung der Vorschläge der eigenen Gruppe und zur Verwerfung gegnerischer Vorschläge, (2) eine Tendenz zu gegenseitigen Missverständnissen, indem gemeinsame Werte übersehen und Unterschiede überbetont werden, (3) eine Tendenz, den eigenen Sieg höher zu bewerten als die Übereinstimmung, so dass Verhandlungspartner, die Kompromissbereitschaft zeigen, als Verräter angesehen und unnachgiebige Verhandlungspartner als Helden gefeiert werden, (4) eine Tendenz zur Disqualifikation neutraler dritter Parteien, wenn sie Empfehlungen geben, die nicht der eigenen Gruppe zum Vorteil gereichen, sowie (5) eine Tendenz zu häufigem Blockieren der Verhandlungen an Stelle von Bemühungen um eine für beide Seiten zufrieden stellende Lösung.

Namentlich in der experimentalpsychologischen Verhandlungsforschung wurden diese Befunde seither vielfach bestätigt, präzisiert und weiter ausdifferenziert.

Konkurrenz	Kampf	Krieg
Win-Lose (ggf. entschärft durch Regeln der Fairness)	Win-Lose (verschärft durch Drohstrategien)	Nullsummenorientierung, Gewalt als angemessenes Mittel der Konfliktlösung, Betonung militärischer Werte, Umschlagen von Win-Lose in Lose-Lose
Fokussierung eigener Rechte und Bedürfnisse; die gemeinsamen Interessen verschwinden jedoch aus dem Blickfeld	Betonung der eigenen Rechte und Bedürfnisse, bei gleichzeitiger Infragestellung der Rechte des Gegners und Verurteilung seiner Intentionen	Idealisierung der eigenen Rechte und Bedürfnisse, bei gleichzeitiger Bestreitung der Rechte des Gegners, Dämonisierung seiner Intentionen und Leugnung gemeinsamer Interessen
Fokussierung des eigenen Nutzens	Rechtfertigung eigener und Verurteilung der gegnerischen Handlungen	Idealisierung eigener Handlungen und Dämonisierung der Handlungen des Gegners
Fokussierung der eigenen Bedrohung, die des Gegners verschwindet jedoch aus dem Blickfeld, gegenseitiges Vertrauen geht verloren	Betonung der eigenen Stärke und der Gefährlichkeit des Gegners schaffen ein labiles Gleichgewicht zwischen Bedrohung und Siegeszuversicht, die Bedrohung des Gegners wird dagegen aktiv geleugnet, es entsteht Misstrauen	Gleichgewicht zwischen Bedrohung und Siegeszuversicht besteht weiter, Misstrauen richtet sich auch gegen neutrale Drittparteien, die in dem Konflikt zu vermitteln versuchen, die Empörung über den Krieg schlägt um in Empörung über den Gegner
Dualistisch	Antagonistisch	Polarisiert

Tabelle 2: Fortsetzung

Die Konfliktparteien neigen zu der Fehlannahme, dass die eigenen Interessen mit denen des Gegners unvereinbar sind (Thompson & Hastie, 1990; Thompson & Hrebec, 1996), wobei sich die derart entstehende Win-Lose-Situation noch weiter verschärft, wenn sie so konzeptualisiert wird, dass nicht nur mögliche Gewinne in Frage stehen, sondern Verluste drohen (Kahnemann & Tversky, 1979). Negatives Framing der Konfliktsituation reduziert die Kompromissbereitschaft der Konfliktparteien (Bazerman et al., 1985; Bottom & Studt 1993; Lim & Carnevale, 1995; De Dreu & McCusker, 1997; Olekalns, 1997), und die Fixierung auf den je eigenen Gewinn vs. Verlust führt dazu, dass Chancen eines Konfliktausganges zum beiderseitigen Nutzen verpasst werden (Bazerman et al. 1985; Thompson & Hastie, 1990. Thompson & DeHarpport, 1994; Fukuno & Ohbuchi, 1997).

Die Möglichkeit eines für sie günstigen Konfliktausganges wird von den Konfliktparteien überschätzt (Bazerman & Neale, 1982; Kramer et al., 1993; Lim, 1997;

Bazerman et al., 1999), und sie halten an einer konfrontativen Konfliktstrategie auch dann noch fest, wenn ein Strategiewechsel angebracht wäre (Bazerman & Neale, 1983; Bizman & Hoffman, 1993; Keltner & Robinson, 1993; Bazerman, 1998; Diekmann et al., 1999). Die gegnerische Perspektive wird ignoriert (Samuelson & Bazerman, 1985; Bazerman & Carrol, 1987; Carrol et al., 1988; Valley et al., 1998), und Zugeständnisse des Gegners werden abgewertet (Ross & Stillinger, 1991; Curhan et al., 1998).

Tatsachen, welche die eigene Position stärken, bleiben stärker im Gedächtnis haften (Thompson & Loewenstein, 1992), und die ethischen Standards der Bewertung des Konfliktverhaltens werden den eigenen Interessen untergeordnet (Messick & Sentis, 1979; Babcock & Olson, 1992; De Dreu, 1996; Dieckmann, 1997; Diekmann et al., 1997). Die Konfliktparteien beurteilen sich selbst als ethisch höher stehend (Tenbrunsel, 1998) und rechtfertigen fragwürdige Verhaltensweisen als Selbstverteidigung (Shapiro, 1991).

Sie überschätzen ihre eigenen Möglichkeiten und attribuieren Misserfolge auf die mangelnde Fairness des Gegners (Kramer, 1994). Ideologische Differenzen werden überschätzt und der Gegner als extremer wahrgenommen, als er tatsächlich ist (Robinson & Keltner, 1997). Schon der Versuch, zu einer Verhandlungslösung zu kommen, wird als unmoralisch abgewehrt, sobald geheiligte Werte auf dem Spiel stehen (Tetlock et al., 1996).

Asymmetrische Konzeptualisierungen der Konfliktsituation konvergieren schon nach wenigen Interaktionen (Thompson & Hastie, 1990; Pinkley, 1990; Messick, 1999) zu kollektiven Skripts mit verzahnten Rollen (Pruitt & Carnevale, 1993) und kreieren eine soziale Wirklichkeit, welche die Erwartungen der Konfliktparteien bestätigt. Die Konfliktparteien handeln, als ob ihre Einschätzung des Gegners den Tatsachen entspräche, und der Gegner reagiert in einer Weise, welche diese Einschätzung zu bestätigen scheint.

Dass es sich dabei um *Verzerrungen* der Konfliktwahrnehmung handelt, wird ersichtlich, wenn wir uns zwei Dinge vergegenwärtigen: Erstens, dass jeder Konflikt Rechte und Ziele *aller* beteiligten Parteien tangiert. Zweitens, dass Konflikte grundsätzlich dafür offen sind, entweder zum allseitigen Nutzen kooperativ bewältigt (Win-Win-Modell) oder kompetitiv ausgetragen (Win-Lose-Modell) zu werden. Von einer Verzerrung der Konfliktwahrnehmung können wir daher sprechen, sobald die Wahrnehmung des Konfliktes eine der beiden Lösungsoptionen ausschließt. Entsprechend gibt es laut Deutsch (1976) sowohl kompetitive als auch kooperative Fehlwahrnehmungen.

Letztere haben nach Deutsch oft die Wirkung, den Konflikt einzudämmen und eine Eskalation unwahrscheinlich zu machen. Sie tragen aber auch die Gefahr in sich, dass Konfliktgegenstände übersehen werden oder dass sich die Partner auf eine

verfrühte Kooperation einlassen und deshalb zu keiner stabilen Übereinkunft kommen, weil sie sich nicht genügend mit ihren Widersprüchen beschäftigt oder mit den Streitfragen nicht gründlich genug auseinandergesetzt haben (Keiffer, 1968).

Um die Rolle zu erkennen, welche kompetitive Fehlwahrnehmungen für den Verlauf aggressiver Interaktionen spielen, ist es nützlich, einige begriffliche Strenge an den Tag zu legen. Das Wort Aggression wird nämlich in mindestens drei verschiedenen Bedeutungen verwendet (Kempf, 1995):

- In seiner ersten Bedeutung heißt Aggression soviel wie Angriff. Das ist die Bedeutung, in der das Wort Aggression zumeist im Alltagsdiskurs verwendet wird sowie auch in der Charta der Vereinten Nationen: Der Aggressor ist der, der angreift. Pruitt und Rubin's (1986) Aggressor-Defender-Modell entsprechend werden die anderen dadurch zu Verteidigern.
- In einer zweiten Bedeutung heißt Aggression soviel wie Durchsetzung eigener Ziele gegen den Willen bzw. auf Kosten eines anderen. Das ist die Bedeutung, in der das Wort Aggression in weiten Teilen der Friedensforschung wie auch in der Biologie verwendet wird, und die zudem den etymologischen Ursprüngen des Wortes im lateinischen *aggredior* entspricht. Die Fähigkeit zu Aggression in diesem Wortsinn ist eine Grundvoraussetzung, ohne die kein Organismus und keine Spezies überleben könnte. Zugleich ist es auch dieses Verständnis von Aggression, das Pruitt und Rubin's (1986) Konflikt-Spiralen-Modell sowie ihrem Modell des strukturellen Wandels zugrunde liegt.
- In seiner dritten Bedeutung bedeutet Aggression die Verletzung eines anderen. Das ist die Bedeutung, die das Wort Aggression im Behaviorismus angenommen hat und die bis heute den Großteil der psychologischen Aggressionsforschung prägt (vgl. z.B. Schmid, 2003). Sie ist mehr oder minder synonym mit personaler Gewalt. Für die Analyse von Konfliktdynamiken ist dieser Aggressionsbegriff wenig fruchtbar, weshalb z.B. A. Mummendey (1982) vorgeschlagen hat, den Begriff der personalen Aggression gänzlich aufzugeben und stattdessen nur von aggressiven Interaktionen zu sprechen.

Das Problem, das sich der Friedensforschung stellt, besteht darin, wie Gewalt (= dritte Bedeutung des Aggressionsbegriffs) vermieden werden kann, ohne die Durchsetzungsfähigkeit (= zweite Bedeutung des Aggressionsbegriffs) zu beschädigen. Entsprechend ist auch der Begriff der Konflikteskalation nicht von vornherein negativ besetzt, und in einigen Fällen kann es erforderlich sein, Konflikte erst ein Stück weit gewaltfrei zu eskalieren, bevor sie einer konstruktiven Transformation zugänglich gemacht werden können (vgl. Müller & Schweitzer, 2000).

Jedoch ist auch die gewaltfreie Eskalation von Konflikten ein sehr gefährliches Unterfangen und kann jederzeit in gewaltförmige Eskalation umschlagen. Der Grund dafür ist, dass sich Konflikte, sobald sie kompetitiv ausgetragen werden, in auto-

nome Prozesse verwandeln (Kempf, 1993a) wie sie auch in Pruitt und Rubin's (1986) Konflikt-Spiralen-Modell zum Tragen kommen.

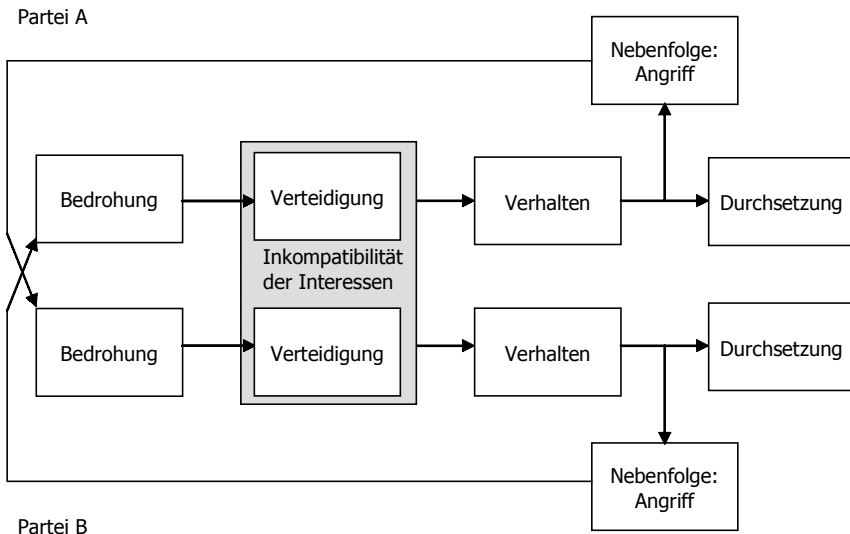


Abbildung 1: Der autonome Prozess

Was immer eine Partei tut, um ihre Rechte und Ziele durchzusetzen, geht in kompetitiven Konflikten auf Kosten von Rechten und Zielen eines anderen, gegen welchen Angriff (= erste Bedeutung des Aggressionsbegriffs) er sich zu verteidigen hat. Und was immer letzterer nun unternimmt, um seine Ziele gegen ersteren zu verteidigen, schränkt Rechte und Ziele des ersteren ein und wird von diesem als Angriff verstanden, usw.

Die Konfliktspirale wird dabei durch eine doppelte Perspektivendivergenz angetrieben:

- Die erste Perspektivendivergenz begünstigt den Wechsel von kooperativer zu kompetitiver Konfliktaustragung: Während wir unsere eigenen Handlungen von den Intentionen her begreifen, erfahren wir die Handlungen des anderen primär durch ihre Folgen und müssen uns die Absichten, welche dahinter stehen, erst dazukonstruieren oder durch Kommunikation in Erfahrung bringen (Kempf, 2000b).
- Die zweite Perspektivendivergenz beschleunigt den Eskalationsprozess, indem sie uns dazu verleitet, zur Durchsetzung eigener Rechte und Ziele immer drastischere Mittel einzusetzen. Sie beruht darauf, dass das Verletzungspotential des eigenen Verhaltens unterschätzt, das des gegnerischen Verhaltens jedoch

überschätzt wird. Unter der Prämisse, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, muss dies fast unweigerlich zu einer Eskalation der Gewalt führen (Fuchs 1993).

Je drastischer die Mittel sind, die man zur Durchsetzung seiner Ziele einsetzt, desto mehr verlangen sie nach einer Legitimation. Hier kommen – sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene – die Mechanismen des Moral Disengagement (Bandura, 1990, 1999) ins Spiel.

Im Laufe ihrer Sozialisation internalisieren Menschen moralische Standards, welche ihre Handlungen leiten und sie von verwerflichem Verhalten abhalten. Reguliert werden die Handlungen über Selbstsanktionen. Der Mensch strebt in der Regel danach, Dinge zu tun, die ihm Zufriedenheit verschaffen und die sein Selbstwertgefühl aufbauen. Er vermeidet Verhaltensweisen, die seine moralischen Standards verletzen. Selbstsanktionen richten das Verhalten derart nach den individuellen, internalen Standards aus, wodurch sowohl eine motivationale als auch eine kognitive Regulation seines Handelns geleistet wird.

Moralische Standards wirken allerdings nicht als feste interne Regulatoren des Verhaltens. Die selbstregulatorischen Mechanismen, die moralisches Verhalten bestimmen, wirken erst dann, wenn sie auch aktiviert werden, und sie wirken nicht, wenn sie deaktiviert und/oder von dem fraglichen Verhalten selektiv abgelöst ("disengaged") werden. Dies kann an verschiedenen Stellen der Handlungsregulation ansetzen: (1) am fraglichen Handeln selbst, (2) an der Verantwortlichkeit für die schädigenden Handlungsfolgen, (3) an den Handlungsfolgen und (4) am Opfer.

Dazu wird (1) die Verwerflichkeit des Handelns heruntergespielt, wozu moralische Rechtfertigung, verharmlosende Vergleiche und Euphemismen eingesetzt werden, (2) die eigene Beteiligung an der Ausführung der Handlung und/oder der Verursachung der schädigenden Folgen wird verwischt bzw. minimiert, (3) die Konsequenzen der Handlung werden verharmlost, verzerrt oder ignoriert und (4) das Opfer wird dehumanisiert und/oder selbst dafür verantwortlich gemacht (Umkehrung der Täter-Opfer-Rolle).

Die bereits in Tab. 2 zusammengefassten Fehlwahrnehmungen erfüllen somit die Funktion, eigenes Konfliktverhalten zu legitimieren, und wirken darüber als Katalysator des Eskalationsprozesses. Die Fokussierung eigener Rechte und Bedürfnisse bei gleichzeitiger Verurteilung gegnerischer Handlungen etc. erleichtert den Sprung von bloßer Konkurrenz zum Kampf, in dem die Parteien nunmehr danach trachten, die Durchsetzung ihrer Ziele zu erzwingen. Die Rechtfertigung des Kampfes durch die Betonung der eigenen Rechte und Bedürfnisse bei gleichzeitiger Infragestellung der Rechte des Gegners und Verurteilung seiner Intentionen etc. erleichtert schließlich den Sprung vom Kampf zum Krieg. Im Krieg reduziert

sich der Konflikt auf ein Nullsummenspiel, in dem es nur noch ein Ziel gibt: den Konflikt zu gewinnen, und sei es mit Mitteln der Gewalt (Galtung 1998). Zu deren Rechtfertigung werden die eigenen Rechte und Bedürfnisse idealisiert, die Intentionen des Gegners dagegen dämonisiert etc. Wenn ihm nicht Einhalt geboten werden kann, endet der Eskalationsprozess schließlich im totalen Krieg, in dem es nur noch darum geht, nicht der Verlierer zu sein (Lose-Lose-Modell) (Glasl, 1994).

3 Kriegsdiskurse vs. Friedensdiskurse

Die in Tab. 2 dargestellten Fehlwahrnehmungen betreffen sowohl die Konzeptualisierung des Konfliktes als auch die Bewertung der Rechte, Ziele und Handlungen der Konfliktparteien und die Induzierung emotionaler Verwicklung in den Konflikt. Als Produkt gesellschaftlicher Konstruktion der Wirklichkeit können sie auch nur im gesellschaftlichen Diskurs wieder dekonstruiert und in einen Friedensdiskurs transformiert werden. Dabei geht es um mehr als nur um eine Änderung der Konfliktwahrnehmung bzw. der Konfliktberichterstattung als veröffentlichter Konfliktwahrnehmung, die in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht wird. Es geht in erster Linie um die Art der Fragestellung, mit der an Konflikte herangegangen wird. Während sich Kriegsdiskurse um die Fragen drehen "Wer ist der Aggressor?" und "Wie kann ihm Einhalt geboten werden?", stehen in Friedensdiskursen die Fragen "Was sind die Konfliktgegenstände?" und "Wie kann eine für alle Parteien zufrieden stellende Lösung gefunden werden kann?" im Mittelpunkt. Über die Konfliktwahrnehmung hinaus beeinflusst dies auch die Identifikationsangebote, die im Diskurs unterbreitet werden, ebenso wie die Wahrheitsorientierung der Diskurspartner und die Motivationslogik, welche der Konflikt zu entfalten vermag (vgl. Tab. 3).

In der Kriegspropaganda ist man sich dessen wohl bewusst und versucht daher auch, auf allen diesen Ebenen auf den gesellschaftlichen Diskurs einzuwirken (vgl. Luostarinen, 2002b). Ziel der Propaganda ist es, ein labiles Gleichgewicht zwischen Bedrohung und Siegeszuversicht aufrechtzuerhalten und so die Kampfbereitschaft der eigenen Soldaten und den Durchhaltewillen der eigenen Bevölkerung zu stärken. Der Feind muss als so gefährlich erscheinen, dass ihm mit aller Gewalt Einhalt zu gebieten ist, und gleichzeitig als so ungefährlich, dass die Gewissheit des eigenen Sieges nicht schwindet.

Durch den darin enthaltenen Widerspruch geprägt, können Kriegsdiskurse nur äußerst schwer dekonstruiert werden. Dies hat zum einen logische Gründe, denn aus widersprüchlichen Prämissen kann jede beliebige Schlussfolgerung gezogen werden. Und die Schlussfolgerungen, welche die Konfliktparteien in aller Regel daraus ziehen, sind die Rechtfertigung des Krieges, die Gerechtigkeit der eigenen Ziele, die Delegitimation des Feindes usw.

	Kriegsdiskurs	Friedensdiskurs
Zentrale Fragen	Wer ist der Aggressor? Wie kann ihm Einhalt geboten werden?	Was sind die Konfliktgegenstände? Wie kann eine zufrieden stellende Lösung gefunden werden?
Identifikationsangebot	Polarisiert • humanisiert "unsere" politischen und militärischen Führer und dehumanisiert jene der Gegenseite • humanisiert "unsere" Soldaten und dehumanisiert jene der Gegenseite • humanisiert "unsere" Opfer und ignoriert oder dehumanisiert jene der Gegenseite • humanisiert "unsere" Zivilbevölkerung ob deren Loyalität und Opferwillen und dehumanisiert jene der Gegenseite ob ihres Nationalismus • humanisiert die Anti-Kriegs-Opposition der Gegenseite und ignoriert oder dehumanisiert die eigene als Verräter	Allseitig • vermeidet Identifikation mit politischen und militärischen Führern auf jeglicher Seite • vermeidet Identifikation mit militärischem Personal auf jeglicher Seite • humanisiert (zumindest respektiert) Opfer auf jeglicher Seite • humanisiert (zumindest respektiert) die Zivilgesellschaft und vermeidet Identifikation mit Kriegstreibern auf jeglicher Seite • humanisiert (zumindest respektiert) Friedenskräfte auf jeglicher Seite
Wahrheitsorientierung	Betrachtet Wahrheit bloß als Rohmaterial und harmonisiert die Bezugssysteme • erzählt Geschichten über "unsere" Heldentaten und die Gräueltaten der Gegenseite • konstruiert den Konfliktkontext als einen unauflösbaren Antagonismus • fundiert "unsere" Werte durch politische, historische und ethnische Mythen	Ist bedingungslos Wahrheitsstandards verpflichtet und macht Widersprüche sichtbar • erzählt auch Geschichten über "unsere" Gräueltaten und das Leid auf der Gegenseite • exploriert Möglichkeiten einer konstruktiven Transformation des Konfliktes • dekonstruiert mythologische Interpretationen und sucht nach gemeinsamen Werten
Motivationslogik	Stellt den Krieg als einen Schutzwall gegen Zerstörung und/oder als Brücke in eine bessere Zukunft dar	Fokussiert den Preis des Sieges, die Zerstörung von kulturellen, ökonomischen und sozialen Werten
Konfliktberichterstattung	Eskalationsorientiert bezüglich • Konzeptualisierung des Konfliktes • Bewertung der Rechte, Ziele und Handlungen der Konfliktparteien • Induzierung emotionaler Verwicklung in den Konflikt	Deeskalationsorientiert bezüglich • Konzeptualisierung des Konfliktes • Bewertung der Rechte, Ziele und Handlungen der Konfliktparteien • Induzierung emotionaler Verwicklung in den Konflikt

Tabelle 3: Kriegsdiskurse vs. Friedensdiskurse (nach Kempf, 1999b)

Die innere Logik des Krieges wird damit zirkulär und kann nur aus einer kritischen Distanz von außerhalb des Konfliktes aufgebrochen werden. Dem stehen im ge-

sellschaftlichen Diskurs aber auch emotionale bzw. motivationale Einflussfaktoren entgegen, denn kooperativ bearbeitete soziale Konflikte sind stets auch mit einem inneren Konflikt verbunden (Kempf, 2001b). Sich auf Kooperation mit dem Konfliktpartner einzulassen, bedeutet stets, in der Unsicherheit zu leben: "Kann ich dem anderen noch vertrauen, oder verschaffe ich ihm damit einen Vorteil?". Durch die oben angesprochene Perspektivendivergenz wird dieser innere Konflikt noch verschärft: "Kann ich dem anderen meine Ziele preisgeben, oder schade ich mir damit nur selbst?".

Mit der Interpretation des Konfliktes als Konkurrenzprozess wird dieser innere Konflikt dagegen aufgelöst. Die verbreitete Tendenz, Konflikte kompetitiv auszutragen, kann insofern auch als Vermeidung des mit einer kooperativen Konfliktbearbeitung verbundenen inneren Konfliktes begriffen werden. Und weil diese Tendenz so verbreitet ist, ist der innere Konflikt für die Konfliktparteien umso schärfer. Und je schärfer der innere Konflikt für sie ist, desto größer ist die Verlockung, ihm zu entfliehen, indem man versucht, sich im Konflikt gegen den anderen durchzusetzen.

Der ungeheuren Dynamik, welche Konflikte damit entwickeln, könnten die Medien entgegenwirken, indem sie die gemeinsamen Interessen der Konfliktparteien fokussierten und den gemeinsamen Nutzen in Erinnerung riefen, den die Konfliktparteien aus dem Festhalten an einer kooperativen Beziehung ziehen könnten. Doch für den Journalismus würde dies bedeuten, in jenem inneren Konflikt gefangen zu bleiben, aus dem sich die Konfliktparteien selbst bereits befreit haben. Die fieberhafte Suche nach Gut und Böse, auf welche sich die Medien begeben, wenn sie Konflikte erst einmal zur Kenntnis genommen haben, kann insofern auch als ein Befreiungsschlag verstanden werden, mit dem nun auch der Journalismus sich dieselbe Entlastung verschafft. Und auf diesen sekundären Gewinn zu verzichten, fällt Journalisten erwartbarer Weise nicht leichter als anderen Mitgliedern der Gesellschaft auch.

Weil polarisierte Konfliktdarstellungen gleichzeitig so überzeugend erscheinen und einen solchen moralischen Druck ausüben, Partei zu ergreifen, wirken sie in der Regel auch noch lange nach, wenn der Krieg selbst bereits beendet ist. Besonders in lang andauernden, nicht-kontrollierbaren Konflikten verdichtet sich die verzerrte Konfliktwahrnehmung zu gesellschaftlichen Grundüberzeugungen (Bar-Tal, 1998), welche neben der Delegitimation des Feindes u.a. ein positives Selbstbild, den Glauben an die Gerechtigkeit der eigenen Ziele und die eigene Opferrolle, daraus resultierende (nationale) Sicherheitsbedürfnisse und den Glauben an den Frieden als höchstes Ziel der Gesellschaft mit einschließen.

Diese gesellschaftlichen Grundüberzeugungen wirken als Interpretationsfolie, auf deren Hintergrund buchstäblich jede Interaktion mit dem Feind als eine neue Szene im großen Drama des Antagonismus zwischen Gut und Böse erscheint. Und

wurde ein Ereignis erst in dieser Weise interpretiert, so bestätigt es die bestehenden Stereotype und Vorurteile, welche diese Interpretation hervorgebracht haben.

Je mehr sich diese Grundüberzeugungen bereits verhärtet haben, desto dringlicher ist das Bedürfnis, "auf einen Prozess größerer sozialer Offenheit hinzuarbeiten, um etwas über die Wirklichkeit lernen zu können, bevor sie so oder so festgeschrieben wird, um Tatsachen anzuerkennen, bevor sie interpretiert werden" (Martin-Baró, 1991, 47).

Gleichzeitig wird das Implementationsproblem eines Friedensjournalismus, der solches leisten könnte, durch diese Grundüberzeugungen jedoch in zweierlei Hinsicht verschärft.

1. Weil Journalisten nicht außerhalb der Gesellschaft stehen, sondern selbst Mitglieder der Gesellschaft sind und i.d.R. die selben Grundüberzeugungen teilen wie die anderen auch, sind sie gefordert, diese Überzeugungen kritisch zu reflektieren und gerade jene Interpretationen der Wirklichkeit in Frage zu stellen, die aufgrund dieser Überzeugungen höchste Plausibilität besitzen.
2. Festinger's (1957) Theorie der kognitiven Dissonanz lässt befürchten, dass dissonante Informationen, die mit diesen Grundüberzeugungen nicht kompatibel sind, vom Leser/Hörer abgewehrt werden, und zwar umso mehr, je weiter sie sich von der dominanten gesellschaftlichen Wirklichkeit entfernen.

Kempf (2001a) schlägt daher eine zweistufige Vorgehensweise vor, wie der Kriegsdiskurs (vgl. Tab. 3) dekonstruiert, die kriegsbedingte Verzerrung der Konfliktwahrnehmung (vgl. Tab. 2) abgebaut und der gewaltorientierte Kriegsjournalismus in einen konfliktorientierten Friedensjournalismus (vgl. Tab. 1) transformiert werden kann.

Die erste dieser Stufen wird als deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung bezeichnet (vgl. Tab. 4) und deckt sich weitgehend mit dem, was gemeinhin von Qualitätsjournalismus gefordert wird. Sie ist durch Neutralität und kritische Distanz gegenüber allen Konfliktparteien geprägt. Über die professionellen Normen des Journalismus geht deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung nur insofern hinaus, als die konflikttheoretische Kompetenz der Journalisten zum Tragen kommt und der Konflikt für eine friedliche Streitbeilegung offen gehalten wird (Win-Win-Orientierung als Option; Infragestellung von Gewalt als angemessenes Mittel der Konfliktlösung, Infragestellung militärischer Werte und Exploration der Konfliktformation).

Dies ist zwar noch lange kein Friedensjournalismus im Sinne von Galtung, geht über die herkömmliche Kriegsberichterstattung jedoch deutlich hinaus. Z.B. wurden vor Beginn der Bodenoffensive im Golfkrieg Gorbatschows Friedensinitiative und Saddam Husseins Bereitschaft, den Friedensplan anzunehmen und sich aus Kuwait zurückzuziehen, von den westlichen Medien zwar durchaus berichtet, aber

sogleich der militärischen Logik untergeordnet, entwertet und zurückgewiesen. Bereits die Überschriften einschlägiger Zeitungsartikel lauteten "USA troubled over ceasefire" (*Aftenposten*, 21-02-91), "Soviet will in the arena again" (*Aftenposten*, 22-02-91) oder "Denkbar schlechteste Lösung" (*Südkurier*, 23-02-91) (Kempf und Reimann, 2002). Und während des Konfliktes in Bosnien-Herzegowina bekamen Bemühungen um eine gewaltfreie Konfliktlösung kaum Unterstützung seitens der internationalen Presse. Favorisiert wurde das Szenario einer militärischen Intervention, und führende Medienvertreter sind bis heute stolz darauf, die (insbesondere amerikanische) Öffentlichkeit überzeugt, die NATO-Intervention in Bosnien ermöglicht und damit zur Beendigung des Krieges beigetragen zu haben (Luostarinen und Kempf, 2000).

Während deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung durchaus noch an einer dualistischen Konstruktion des Konfliktes festhält und lediglich den Antagonismus und die Polarisierung der Konfliktparteien dekonstruiert, wird dieser Dualismus auf der als lösungsorientierte Konfliktberichterstattung bezeichneten 2. Stufe des Friedensjournalismus teilweise aufgehoben (vgl. Tab. 4). Realistisch betrachtet, kann diese Stufe des Friedensjournalismus daher erst dann mehrheitsfähig werden, wenn es bereits zu einem Waffenstillstand oder zu einem Friedensvertrag gekommen ist. Als konsequente Minderheitenposition kann lösungsorientierte Konfliktberichterstattung dem gesellschaftlichen Diskurs aber auch während des Krieges wichtige Impulse geben und zur allmählichen Dekonstruktion des Kriegsdiskurses beitragen. Im Hinblick auf die Abwehr dissonanter Informationen werden dabei allerdings immer nur einzelne Aspekte einer lösungsorientierten Kriegsberichterstattung punktuell realisierbar sein. Ebenso, wie die herkömmliche Medienberichterstattung (selbst in Friedenszeiten, vgl. Kempf, 1999a) der Konflikteskalation stets einen Schritt vorausseilt, muss auch Friedensjournalismus dem vorherrschenden gesellschaftlichen Diskurs stets einen Schritt in Richtung Deeskalation, Konfliktlösung und Versöhnung voraus sein.

Empirische Untersuchungen der salvadorensischen Medien nach dem Ende des Bürgerkriegs in El Salvador und dem Friedensvertrag von 1992 (Nuikka, 1999) sowie der deutschen Presseberichterstattung über Frankreich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (Jaeger, 2002b) zeigen, dass die Medien diese Funktion durchaus produktiv ausüben können, wenn Frieden tatsächlich auf der politischen Tagesordnung steht. So zeigt Nuikka (1999), dass Journalismus sehr wohl in der Lage ist, den Demokratisierungsprozess zu fördern, indem er eine offene Plattform für argumentative Auseinandersetzungen anbietet, welche die Gewalt als vorherrschendes Mittel der Konfliktaustragung schrittweise abzulösen vermögen. Und die Ergebnisse von Jaeger (2002b, vgl. auch Kap. 3) lassen erkennen, dass auch die Selektionskriterien der Nachrichtenauswahl keine unumstößlichen Naturgesetze sind, denen sich der Journalismus zu beugen hätte. Sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946-1950) als auch zu Zeiten weitgehend gefestigter

	Deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung	Lösungsorientierte Konfliktberichterstattung
Konzeptualisierung des Konfliktes	Exploration der Konfliktformation unter einer Win-Win-Orientierung; Infragestellung von Gewalt als Mittel der Konfliktlösung und Infragestellung militärischer Werte	Friedensorientierung (Frieden = Gewaltfreiheit + Kreativität); Pro-aktiv (Prävention, bevor es zu Gewalt kommt); menschenorientiert (Fokus auf der Zivilgesellschaft)
Bewertung von Rechten und Zielen	Respektierung der Rechte des Gegners und unverzerrte Darstellung seiner Ziele; realistische und selbstkritische Evaluation der eigenen Rechte und Ziele; faire Berichterstattung über Friedensinitiativen und Vermittlungsbemühungen	Fokus auf gemeinsame Rechten, Ziele und Interessen sowie auf den Nutzen, den alle Seiten aus der Beendigung von Krieg/Gewalt ziehen können; gibt der Anti-Kriegs-Opposition eine Stimme; fokussiert Friedensinitiativen, Signale von Friedensbereitschaft und Vermittlungsbemühungen
Bewertung von Handlungen	Realistische und selbstkritische Evaluation der eigenen und unverzerrte Evaluation der gegnerischen Handlungen; kritische Distanz gegenüber Bellizisten auf allen Seiten	Fokussiert das Leid auf allen Seiten, fokussiert die unsichtbaren Wirkungen von Gewalt: Traumata und Ruhm, strukturelle und kulturelle Schäden; humanisiert alle Seiten und benennt alle, die Unrecht tun; fokussiert Perspektiven der Versöhnung
Emotionale Verwicklung	Anerkennung der Bedrohung des Gegners und Reduzierung eigener Bedrohungsgefühle	Anerkennung des Preises des Krieges, sogar im Falle des Sieges, und Umkehrung der Empörung über den Feind in Empörung gegen den Krieg selbst
Identifikationsangebote	Neutral und distanziert	Allseitig

Tabelle 4: Deeskalationsorientierte und lösungsorientierte Konfliktberichterstattung (nach Kempf, 2001a)

deutsch-französischer Zusammenarbeit (1966-1970) war die deutsche Presseberichterstattung über Frankreich durch Berichte über positive Ereignisse dominiert, und mit fortschreitender deutsch-französischer Aussöhnung fanden auch zunehmend mehr Berichte über Non-Elite-Themen Eingang in die deutsche Presse. Dies ist u.a. einer zunehmenden Auseinandersetzung mit französischer Kultur und Lebensart geschuldet, welche die französische Bevölkerung nicht mehr als den (früheren) Feind, sondern als Angehörige einer Kulturnation dem deutschen Leser näherbrachte.

Untersuchungen der deutschen Presseberichterstattung (*Frankfurter Rundschau* bzw. *Berliner Zeitung*) über den israelisch-palästinensischen Friedensprozess zwischen 1993 und 1997 (Annabring, 2000) und über den nordirischen Friedensvertrag von 1998 (Hamdorf, 2001) zeigen dagegen deutliche Defizite auf.

So blieben die Selektionskriterien der Nachrichtenauswahl in der Berichterstattung der *Frankfurter Rundschau* über den israelisch-palästinensischen Friedensprozess weitgehend unangetastet: Negative Kontexte dominierten die positiven, über die israelische Gesellschaft (Elite-Land) wurde deutlich mehr berichtet als über die palästinensische (Non-Elite), und auf beiden Seiten wurden Elite-Personen von der Berichterstattung klar bevorzugt. Versöhnungsbereite Teile der Zivilbevölkerung wurden auf beiden Seiten fast vollständig ignoriert. Nur in zwei Punkten war ein Versuch zur Unterstützung des Friedensprozesses zu erkennen: Im offensichtlichen Bemühen um den Aufbau von Vertrauen in die palästinensische Elite, die fast ausschließlich durch die Person Arafats repräsentiert war, wurde diese(r) ca. gleich häufig in positiven wie in negativen Kontexten dargestellt; und im offensichtlichen Bemühen um Neutralität kamen die Israelis (Elite-Gesellschaft) in der Berichterstattung über Non-Elite-Personen gleich selten vor wie die Palästinenser (Non-Elite-Gesellschaft).

Als eine Art Nebenwirkung dieses halbherzigen Versuches, den Friedensprozess mit distanzierter Neutralität zu begleiten, ohne ihn wirklich zu unterstützen, wurde die palästinensische Gesellschaft gleichsam aufgespalten in eine Elite (Arafat), gegenüber der Vertrauen aufgebaut wurde, und eine Bevölkerung, die unbekannt, ggf. gewaltbereit und bedrohlich blieb. Die *Frankfurter Rundschau* verharrte derart über Jahre hinweg in der Erwartungshaltung, dass der israelisch-palästinensische Konflikt jeden Augenblick wieder mit voller Gewalt ausbrechen könnte, was dann schließlich auch geschah, nachdem der Friedensprozess über Jahre hin stagnierte und die radikalen Palästinenserorganisationen an Einfluss hinzu gewonnen hatten.

Ähnliche Defizite zeigt auch der Bericht über den nordirischen Friedensvertrag in der *Berliner Zeitung* vom 11. April 1998. Obwohl der Bericht voller Sympathie für den Friedensvertrag ist, wird er deutlich von eskalationsorientierten Aspekten dominiert, und wichtige Informationen, die dem Friedensprozess eine positive Perspektive geben könnten, kommen nicht zur Sprache. Die eigentlichen Streitfragen bleiben weitgehend unbeleuchtet, der Zivilbevölkerung (und ihrer Friedensbereitschaft) wird keinerlei Beachtung geschenkt, und die mühsamen Errungenschaften der Unterhändler werden weitgehend in Frage gestellt. Schon die Überschriften des Artikels verleihen einer ambivalenten Haltung dem Friedensprozess gegenüber Ausdruck und schwören die Leserschaft auf Distanz zu ihm ein.

Während die Überschrift den Friedensvertrag noch als mögliche Lösung des Konflikts thematisiert, wird jegliche Win-Win-Orientierung bereits in der darauffolgenden Schlagzeile im Fettdruck zurückgewiesen:

"Die nordirische Mauer wankt, doch sie fällt noch nicht".

Nachdem der erste Absatz des Artikels den Friedensvertrag als historisches Ereignis und neue Chance für die Region würdigt, folgt die Zwischenüberschrift

"Kein Handschlag",

die den Antagonismus zwischen den nordirischen Konfliktparteien beschwört und den Tenor für den Rest des Artikels vorgibt, der nach Absatz 6 in einer weiteren Zwischenüberschrift auf den Punkt gebracht wird:

"Tiefes Misstrauen bleibt".

Die oben referierten Untersuchungsergebnisse zusammenfassend, ergibt sich der Eindruck, dass die Medien in den Konfliktregionen selbst noch eher über ihren eigenen Schatten zu springen bereit sind, um beginnende Friedens- und Aussöhnungsprozesse zu unterstützen, als die internationalen Medien, die bestenfalls in einer skeptisch abwartenden Haltung verharren. Wie weit sich dieser erste Eindruck bestätigen lässt, werden die in Kapitel 3-6 referierten Untersuchungsergebnisse zeigen.

4 Journalistisches Handwerkszeug

Zur Umsetzung der oben dargestellten Modelle deeskalationsorientierter und/oder lösungsorientierter Konfliktberichterstattung formuliert Kempf (1999a) eine Reihe von Grundregeln, welche Journalisten beachten müssen (vgl. Tab. 5).

Die Beachtung dieser Grundregeln erfordert jedoch mehr als nur guten Willen. Sie impliziert u.a. die Überwindung institutioneller Zwänge, wie sie aus den Kriterien der Nachrichtenselektion, aus redaktionellen Abläufen und Erwartungen, aus der Ökonomie der Medien, sowie aus den Verflechtungen der Medien mit Politik und Militär etc. resultieren. Sie erfordert eine Emanzipation des Journalisten gegenüber dem (scheinbaren) Automatismus sozialpsychologischer Mechanismen (Gruppenprozesse, Fehlwahrnehmungen etc.), in denen er selbst verfangen ist, zu denen er sich aber so oder so verhalten kann, sobald er sich dieser Prozesse bewusst wird. Sie erfordert konflikttheoretische Kenntnisse auf Seiten des Journalisten (Konfliktverständnis und Konfliktanalyse, Konfliktmanagement); und sie erfordert professionelle Fähigkeiten und journalistische Arbeitstechniken, die es dem Journalisten erlauben, spannende News Stories zu schreiben, die ihren Sex Appeal nicht aus der Polarisierung der Konfliktparteien und einem sich ständig wiederholenden Kreislauf von Gewalt und Gräueltaten, sondern aus dem Ringen um eine allseitige Friedenslösung beziehen.

- Keine der Konfliktparteien hat absolute Wahrheitsstandards
- Konflikte sind stets offen dafür, entweder als kompetitiver (Win-Lose) oder als kooperativer (Win-Win) Prozess bearbeitet zu werden
- Ein konstruktiver Konfliktverlauf ist nur möglich, wenn es gelingt, den Konflikt in einen Win-Win-Prozess zu transformieren
- Kriegsdiskurse haben einen Bias in Richtung Win-Lose (oder sogar Lose-Lose)
- Friedensprozesse basieren auf Kreativität: "Give voice to the voiceless!"
- Friedensjournalismus muss eine alternative Motivationslogik bereitstellen: "Redirect the indignation with the enemy against the war itself."
- Friedensjournalismus muss sich bedingungslos allseitigen Wahrheitsstandards unterwerfen

Tabelle 5: Grundregeln des Friedensjournalismus (nach Kempf, 1999a)

Namentlich die Forderung nach bedingungsloser Einhaltung allseitiger Wahrheitsstandards muss dabei als problematisch und widersprüchlich erscheinen, wenn es unter sozial-konstruktivistischem Gesichtspunkt doch so etwas wie *die* objektive Wirklichkeit nicht gibt. Der Widerspruch löst sich jedoch auf, wenn wir in Rechnung stellen, dass es in sozialen Konflikten (mindestens) drei verschiedene Wirklichkeiten gibt:

- die je subjektseitig definierten Wirklichkeiten 1. und 2. Person, welche nur aus der Innenperspektive der Konfliktparteien selbst richtig erfasst werden können, aus ihrer je eigenen Verstrickung in den Konflikt resultieren und das Verhalten der Konfliktparteien leiten, sowie
- eine objektseitig definierte Wirklichkeit 3. Person, die nur von einem Außenstandpunkt her erfassbar ist und die beschreibt, wie die subjektseitig definierten Wirklichkeiten miteinander interagieren und die Dynamik des Konfliktes bestimmen.

Eine wahrheitsgetreue Wiedergabe des Konfliktes kann daher immer nur eine sein, die *alle* diese Wirklichkeiten korrekt wiedergibt. Für den Prozess der journalistischen Recherche lassen sich daraus konkrete Handwerksregeln ableiten, wie sie etwa von Haller (1994, 286f) formuliert wurden (vgl. Tab. 6).

Selbst die strikteste Einhaltung dieser Handwerksregeln kann eine wahrheitsgetreue Wiedergabe des Konfliktes aber nur in dem Maße gewährleisten, wie es dem recherchierenden Journalisten gelingt, eine kritische Distanz zur (gesellschaftlich geteilten) eigenen Subjektivität einzuhalten. Auch die Handwerksregeln beschreiben ja nicht nur formale Arbeitsabläufe, sondern vor allem auch Interpretationsprozesse, wie sie bei der *Einschätzung* der Quellen nach ihren Interessen, der *Reflexion* eigener Präferenzen des Journalisten, der kulturellen, ökonomischen und politischen *Kontextualisierung* der Informationen und der Beurteilung der *Schlüssigkeit* der Interpretationen zum Tragen kommen. Gerade diese Interpretationsleistungen aber sind es, welche die Wirklichkeit des Konfliktes konstruieren, indem sie den recherchierten Sachverhaltsinformationen Bedeutungen zuweisen.

- Der recherchierende Journalist überprüft zuerst die Sachverhaltsinformationen, ehe er über Ursachen, Beweggründe, Zwecke und Verantwortlichkeiten recherchiert
- Er überprüft Sachverhaltsinformationen durch das Auswerten verschiedenster Aussagen zum Sachverhalt; mit dem Ziel, im Feld des Strittigen Unstrittigkeiten festzustellen; gültig sind die intersubjektiv als unstrittig ermittelten (= objektivierten) Informationen
- Die Informanten (Quellen/Urheber) werden nach ihrem Standort (Interessen) und dem Grad ihres Beteiligtseins eingeschätzt und einander zugeordnet
- Der Journalist ist jeder Version gegenüber offen (= hält grundsätzlich jede Version für möglich) und reflektiert über seine Präferenzen (Vorurteile) bei der Konstruktion des Zusammenhangs, in dem die Ausgangsinformationen stehen könnten
- Ausgangsinformationen werden stets im Kontext mit ihren Quellen/ihren Urhebern betrachtet; strittig gebliebene Versionen müssen stets mit ihren Quellen genannt werden
- Deutende Informationen über Motive, Ursachen und Folgen werden in ihrem kulturellen, ökonomischen und/oder politischen Kontext erfasst; die Befunde werden unter Einbezug und Nennung der Prüfkriterien dargestellt
- Eine Recherche ist erst dann abgeschlossen, wenn zu den geprüften Sachverhaltsaussagen der Geschehenszusammenhang mit Ursachen und Folgen schlüssig gemacht werden kann
- Wird im abgekürzten Verfahren recherchiert (dies ist im aktuellen Journalismus die Regel), dann müssen die unüberprüft gebliebenen Informationen als Versionen kenntlich gemacht werden; die Begründungen sind als Deutungen möglichst kompetenter Quellen zu referieren

Tabelle 6: Journalistische Handwerksregeln (nach Haller, 1994)

Solange sie sich nur auf Plausibilität und/oder den faktischen gesellschaftlichen Konsens stützen können, ist ein eskalationsorientierter Bias der daraus resultierenden Wirklichkeitskonstruktionen vorprogrammiert. Auch die Konzeptualisierung von Konflikten als Antagonismen zwischen Gut und Böse und die daraus resultierenden Fehlwahrnehmungen und gesellschaftlichen Grundüberzeugungen sind ja in sich schlüssig und aufgrund der Harmonisierung der Bezugsebenen (Luo-starinen, 2002b) sogar zirkulär. Dadurch werden sie gegen jede Kritik von innerhalb dieses Denksystems immun und gewinnen höchste subjektive Plausibilität.

Von der Theorie zur Empirie

Susanne Jaeger & Wilhelm Kempf

1 Forschungsziele

Der Medienwissenschaftler Thomas Hanitzsch hat sich kürzlich dafür ausgesprochen, dass Kriegs- und Krisenjournalisten vor uneinlösbaren normativen Forderungen aus der Gesellschaft geschützt werden müssen, und konkret: dass Friedensjournalismus den Journalismus grundsätzlich überfordere.

Wenn man darunter versteht, dass Journalisten "Frieden stiften" sollen, so ist diese These kaum anzugreifen, und zu Recht weist Hanitzsch darauf hin, dass dies in einer funktional differenzierten Gesellschaft nicht Aufgabe des Journalismus sein könne, weil es Aufgabe des politischen Systems sei "... oder, man könnte sagen, es ist eigentlich eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Die kann man jetzt nicht im Einzelnen den Journalisten aufbürden" (zit. n. Auswärtiges Amt, 2003, 112).

Angesichts des gesamtgesellschaftlichen Charakters dieser Aufgabe kann sich der Journalismus aber nicht aus seiner Mitverantwortung stehlen, und es stellt sich zumindest die Frage, wie Journalisten es durch die Art ihrer Berichterstattung vermeiden können, Konflikte weiter anzuheizen und/oder wie sie nach Ende eines Krieges den Friedensprozess unterstützen, Feindbilder abbauen und Vorsorge treffen können, die Versöhnung zwischen den Kriegsparteien wenigstens nicht zu torpedieren.

Die professionellen Normen des Journalismus – Objektivität, Neutralität und Wahrheitstreue der Berichterstattung – stehen einem so verstandenen Friedensjournalismus nicht entgegen. Sie sind im Gegenteil dessen Voraussetzung, und das Projekt eines solchen Journalismus hat über weite Strecken nichts anderes zum Ziel als die Entwicklung und Förderung von Kompetenzen, welche die Journalisten befähigen, diese Normen auch in der Kriegs- und Nachkriegsberichterstattung effektiv zu erfüllen.

Aus sozialpsychologischer Perspektive bedeutet dies nichts anderes als den Abbau der Fehlwahrnehmungen, die sich im Verlaufe der Konflikteskalation herausgebil-

det haben (Deutsch, 1976), bis hin zur Dekonstruktion der gesellschaftlichen Grundüberzeugungen (Bar-Tal, 1998), zu denen sie sich verfestigt haben.

Diese Grundüberzeugungen stellen eine Interpretationsfolie dar, welche die Wirklichkeitswahrnehmung der gesamten Gesellschaft – d.h. auch die der Journalisten und des Medienpublikums – selbst über das Kriegsende hinaus prägen. Für mögliche Beiträge des Journalismus zu Peace Building und Versöhnung ergibt sich daraus die Frage, wie – auch kritische oder konfliktthaltige – Information vermittelt werden kann, ohne die obsolet gewordenen Grundüberzeugungen weiter zu tragen.

Hier setzt das vorliegende Projekt an, das auf die Entwicklung eines handlungsleitenden Modells dafür abzielt, wie Journalisten durch ihre Arbeit zur Deeskalation von Konflikten beitragen, Friedensprozesse fördern und den Prozess der Versöhnung zwischen den (früheren) Kriegsparteien unterstützen können.

Aufbauend auf konflikttheoretisch fundierte Modelle eines Friedensjournalismus (vgl. Kap. 1) geht es dabei erstens um die empirisch-analytische Identifikation kreativer Ansätze, die im professionellen Repertoire des Journalismus bereits vorhanden sind, und zweitens um die Überprüfung der Umsetzbarkeit und Wirksamkeit einer in diesem Sinne konstruktiven (Konflikt-) Berichterstattung.

Als Untersuchungsfeld empfiehlt sich zunächst die Untersuchung der Medien in andauernden – aus der Sicht der Beteiligten gelungenen – Friedensprozessen. Dafür wird auf den Prozess der deutsch-französischen Aussöhnung nach '45 als Fallbeispiel zurückgegriffen (vgl. Kap. 3–4). Um ein breiteres Spektrum kreativer journalistischer Ansätze zu identifizieren und weiterzuentwickeln, wird parallel zu diesem Beispiel gelungenen Friedens die Berichterstattung über ein aktuelles Konfliktfeld untersucht (vgl. Kap. 5–6), dessen Entwicklungsperspektiven noch offen sind und anhand dessen dann auch die Fragen nach Umsetzbarkeit und Wirksamkeit friedensjournalistischer Modelle empirisch studiert werden können (vgl. Kap. 7–8).

Die anstehenden Umwälzungsprozesse und die Stabilisierung der betroffenen Region nach dem Machtwechsel in Jugoslawien stellen hier ein Konfliktszenario dar, welches dem Projekt über seine Verankerung in der Grundlagenforschung hinaus eine aktuelle politische Dimension gibt. Denn die Transformation der serbisch-montenegrinischen Gesellschaft und ihre Reintegration in Europa stellen nicht nur ein regionales Problem dar, sondern sind eine Angelegenheit, die ganz Europa betrifft. Als Untersuchungsfeld bietet sich damit nicht nur der serbische Nachkriegsdiskurs selbst, sondern auch die Thematisierung Serbiens bzw. Jugoslawiens in den europäischen Medien an.

2 Mentale Modelle

Konstruktive Konfliktberichterstattung kann niemals die bloße Harmonisierung von Konflikten und/oder die Verleugnung von Widersprüchen zwischen den Konfliktparteien bedeuten.

Die Gefahren, welche ein vordergründiger Versöhnungsdiskurs bei anhaltendem Antagonismus ("Kulturkonflikt") zwischen den Konfliktparteien in sich trägt, hat Dov Shinar (2003) anhand des Scheiterns des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses deutlich gemacht: Enttäuschungen sind vorprogrammiert, und wenn die Widersprüche dann doch wieder ans Tageslicht treten, erscheint die Verabscheuungswürdigkeit des früheren Feindes und vorübergehenden "Partners in Peace" umso größer. Die Eskalationsspirale beginnt sich mit doppelter Wucht wieder zu drehen.

Konstruktiv kann Konfliktberichterstattung immer nur in dem Sinne sein, dass sie den Konflikt für eine konstruktive Konfliktbearbeitung offen hält. Dazu müssen die Widersprüche zwischen den Konfliktparteien offen gelegt werden – auch wenn (und gerade weil) die Komplexität des Konfliktes dadurch zunimmt und sich die einfachen Konfliktlösungen als Illusionen erweisen.

Dass die Widersprüche offen gelegt werden müssen, steht außer Zweifel. Die Frage ist, *wie* dies geschehen kann, ohne dass sie zur Anheizung des Konfliktes beitragen, sondern statt dessen den Weg zu seiner konstruktiven Bearbeitung eröffnen. Im vorliegenden Forschungsprojekt wird dieser Frage sowohl unter einer theoriegeleiteten als auch unter einer explorativen Perspektive nachgegangen.

Im Zentrum der *theoriegeleiteten Perspektive* stehen die mentalen Modelle der Wirklichkeitskonstruktion, namentlich die eskalationsorientierten Fehlwahrnehmungen (vgl. Kap. 1), wie sie von Kempf, Reimann & Luostarinen (1996) in ein inhaltsanalytisches Variablensystem übersetzt wurden, welches die entgegen gesetzten Pole der Konzeptionalisierung des Konfliktes, der Bewertung der Rechte, Ziele und Handlungen der Konfliktparteien, der daraus resultierenden emotionalen Verwicklung und der von den Medien unterbreiteten Identifikationsangebote beschreibt.

- *Der eskalationsorientierte Pol* bildet jenes mentale Modell ab, das von der Kriegspropaganda suggeriert wird: Nullsummenorientierung und Zurückweisung einer friedlichen Streitbeilegung; Gewalt als angemessenes Mittel der Konfliktlösung; Betonung militärischer Werte; Idealisierung der eigenen Rechte bei gleichzeitiger Bestreitung der Rechte des Gegners, Dämonisierung seiner Intentionen und Leugnung gemeinsamer Interessen; Idealisierung eigener Handlungen und Dämonisierung der gegnerischen; Gleichgewicht zwischen Bedrohung und Siegeszuversicht; Misstrauen gegen neutrale Drittparteien, die in dem Konflikt zu vermitteln versuchen; Anreize zur Identifikation mit den eige-

nen politischen und militärischen Führern, Soldaten und Kriegsoffizieren; Humanisierung der eigenen Zivilbevölkerung ob ihrer Loyalität und Opferwillens; Dehumanisierung der Gegenseite ob ihres Nationalismus etc sowie der Anti-Kriegs-Opposition im eigenen Lande ob ihres Verrats.

- *Der deeskalationsorientierte Pol* ist durch kritische Distanz gegenüber diesem mentalen Modell geprägt und tendiert in Richtung auf eine allseitige Konflikt-darstellung, Offenheit für Win-Win-Lösungen, Respektierung der Rechte aller Beteiligten, unvoreingenommene Beurteilung ihrer Handlungen, Empathie und vertrauensbildende Maßnahmen.

Ursprünglich für die Analyse der Kriegsberichterstattung im Golfkrieg konstruiert, kommt dieses inhaltsanalytische Instrumentarium hier in einer überarbeiteten Fassung (Kempf & Gutierrez, 2001; ASPR, 2003) zur Anwendung, welche speziell auf die Analyse der Nachkriegsberichterstattung zugeschnitten und um einige Themenbereiche – wie Demokratisierung und Menschenrechte – ergänzt wurde, die im Kontext begangener Kriegsverbrechen unter einem diktatorischen Regime sowohl für die deutsche Nachkriegsberichterstattung nach 45 als auch für die Berichterstattung in und über Jugoslawien nach Milošević von besonderem Interesse sind (Bläsi, Jaeger, Kempf & Möckel, 2004).

Wie die Untersuchungen zum Golfkrieg gezeigt haben, war die Kriegsberichterstattung – selbst in Drittländern, die wie Deutschland oder Finnland nicht mit eigenen Streitkräften beteiligt waren – so sehr von eskalationsorientierten Aspekten der Konflikt-darstellung dominiert, dass es fraglich erscheint, ob eine deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung denn überhaupt medienkompatibel ist. Für deeskalationsorientierte Aspekte findet sich kaum Raum in der Kriegsberichterstattung, und wenn sie doch ins Spiel gebracht werden – z.B. das gemeinsame Interesse an einer Verhandlungslösung –, so werden sie in aller Regel in ihr Gegenteil verkehrt – z.B. indem die Alleinschuld für das Scheitern der Verhandlungen auf den Feind attribuiert wird (vgl. u.a. Kempf, Reimann & Luostarinen, 2001; Kempf & Reimann, 2002).

Durch den eskalationsorientierten Bias in exemplarischen Berichten und/oder Kommentaren zum nordirischen Friedensvertrag (Hamdorf, 2001), zu israelisch-palästinensischen Konflikten während des Friedensprozesses (Kempf, 1998) und dessen Zusammenbruches (ASPR, 2003) und/oder zur Nominierung von Claude Trichet als Kandidat für die Präsidentschaft der Europäischen Zentralbank (ASPR, 2003) werden diese Zweifel noch weiter verstärkt.

Eskalations- wie deeskalationsorientierte Aspekte sind in der Berichterstattung über Friedensprozesse oft weniger scharf konturiert und somit weniger leicht zu identifizieren. Sie sind oft zweideutig, und was sie wirklich bedeuten, ergibt sich erst aus dem Kontext.

Selbst in Berichten über lang ersehnte Friedensverträge setzt sich die Eskalationsorientierung jedoch mitunter durch (Hamdorf, 2000). Die Berichterstattung läuft auf diese Weise Gefahr, ins Negative umzuschlagen; umso mehr, wenn der Konflikt – wie im Falle Nordirland – als (mehr oder minder) unlösbar dargestellt und der Erfolg der Friedensbemühungen auf die Intervention dritter Parteien attribuiert, die von den Konfliktparteien selbst erbrachte Leistung jedoch vergleichsweise wenig gewürdigt wird.

Diese Gefahr des Umschlagens ins Negative ist umso stärker, wenn die Intervention der Drittparteien – wie im Falle des Bosnien-Konfliktes – (zunächst) erfolglos bleibt. Es besteht die Gefahr, dass ein weiterer Antagonismus konstruiert wird zwischen "uns" (der internationalen Staatengemeinschaft) und "denen", die "unsere" Lösungen ihres Konfliktes nicht akzeptieren. Diese Gefahr verstärkt sich, wenn die Medien sich mit "uns" umso mehr identifizieren, je mehr "wir" in die Konflikte hineingezogen werden (Kempf, 1999b). Schon Sherif spricht von einer Stärkung des Gruppenzusammenhalts bei eskalierenden Konflikten mit einer outgroup (Sherif & Sherif, 1953). Medien tendieren damit dazu, die Neutralität der Drittparteien zu unterlaufen. Um den Konflikt verständlicher zu machen, konstruieren sie zudem unterschiedlich attraktive Rollen, welche die (internen) Konfliktparteien einnehmen (Kempf, 1999b; Jaeger, 1998, 2000, 2001). Dies führt nur allzu leicht dazu, dass antagonistische Identifikationsangebote konstruiert werden, welche die öffentliche Meinung gegen eine der Konfliktparteien aufbringen (Jaeger, 2000, 2001), womit einem militärischen Eingreifen in den Konflikt der Weg bereitet wird.

Durch die Selektionskriterien der Nachrichtenauswahl und die Tendenz der Medien, den Nachrichtenwert einer Meldung zu steigern, indem sie die Konfliktarena fokussieren und die berichteten Ereignisse möglichst dramatisch darstellen (Galtung, 1998), wird der eskalationsorientierte Bias medialer Wirklichkeitskonstruktionen weiter gefördert. Indem Dramatik dabei nur allzu leicht mit Antagonismus verwechselt wird, laufen die Medien Gefahr, selbst ganz normale demokratische Prozesse – wie z.B. die Nominierung von Claude Trichet für das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank im November 1997 – im Sinne eines Wir-Sie-Antagonismus zu interpretieren (ASPR, 2003) und der tatsächlichen Konfliktlage um einen oder sogar mehrere Eskalationsschritte vorauszueilen.

Sollten sich diese Befunde verallgemeinern lassen, so steht zu befürchten, dass die mentalen Modelle des Kampfes und des Krieges und die sie begünstigenden institutionellen Einflussfaktoren in der Medienkultur so dominant sind, dass die Medien selbst dann noch Antagonismen konstruieren, wenn Frieden auf der politischen Agenda steht.

Als ein erstes Hauptergebnis der in Kap. 4 und 6 dargestellten Fallstudien zu Frankreich und Jugoslawien in der deutschen Presse kann demgegenüber festgehalten werden, dass das gesamte Spektrum an deeskalationsorientierten Aspek-

ten der Konfliktberichterstattung nicht nur im professionellen Repertoire des Journalismus enthalten ist, sondern dass es in den Medien auch tatsächlich zum Tragen kommen kann.¹

Unter einer *explorativen Perspektive* wird darauf aufbauend und anhand desselben Untersuchungsmaterials der Frage nachgegangen, wie kooperative mentale Modelle im Nachkriegsdiskurs mit Inhalten gefüllt werden (können). Der Blickwinkel der Analyse verlagert sich damit mehr auf die konkreten Inhalte der Medienerzeugnisse. Im Vordergrund stehen die Fragen: Was wird zum Thema bzw. was kann in konstruktiver Absicht zum Thema gemacht werden? Welchen Einschränkungen unterliegt die Thematisierung infolge der gesellschaftlichen Grundüberzeugungen, welche sich im Verlaufe des Krieges herausgebildet haben? Wie können dem gesellschaftlichen Diskurs neue Impulse gegeben werden, die ihn aus seiner Verfangenheit in antagonistischen Konfrontationslinien und Vorurteilen befreien?

Ziel dieser Analysen ist es somit, bereits vorhandene Ansätze eines Journalismus zu identifizieren, der geeignet ist, der Leserschaft ein tieferes Konfliktverständnis zu vermitteln, welches über traditionelle Gut-Böse-Konstruktionen hinausweist und zivile Formen der Konfliktbearbeitung unterstützt – eines Journalismus mit- hin, der Prozesse der Konsolidierung, Demokratisierung und Aussöhnung in Nachkriegsgesellschaften nicht nur beschreibt, sondern fördert.

3 Tiefenstrukturen

Modelle alternativer Konfliktbearbeitung, wie sie u.a. von Osgood (1962) (graduelle Spannungsreduktion), Kelman (1986) (Workshops für interaktives Problemlösen) oder Bercovitch & Rubin (1992) (Mediation) entwickelt wurden, teilen bestimmte Prinzipien miteinander: Die Aufrechterhaltung der Kommunikation zwischen den Gegnern, das Bauen von Brücken zwischen sich und dem Gegner, keine zu hohen Gewinne anzustreben, kein Zeitdruck, das Akzeptieren des Gegners als Mensch und rational handelndes Wesen, das Offenlegen von Interessen und Gefühlen wie Angst und Misstrauen, den Abbau von Feindbildern und Hass durch Kommunikation, die Stärkung von konstruktiven Haltungen wie Sicherheit, Optimismus und Selbstvertrauen gegenüber der eigenen Seite und Anerkennung, Achtung und Anteilnahme gegenüber der anderen Seite etc.

Ziel dieser Verfahren ist es die Konfliktsituation dahingehend umzuinterpretieren, dass sie nicht mehr wahrgenommen wird als bestimmt durch antagonistische Zie-

1 Zu einem Katalog von Beispielen für die Manifestation von eskalations- und deeskalationsorientierten Aspekten in der Kriegs- und Nachkriegsberichterstattung vgl. Bläsi, Jaeger, Kempf & Möckel (2004).

le oder Interessen, sondern als gemeinsames Problem, das nur gemeinsam gelöst werden kann. Voraussetzung dafür ist der Abbau von Deutungsmustern wie Sieger-Verlierer, Freund-Feind, gerechter Krieg vs. ungerechter Krieg, und die Herstellung von Kommunikation und persönlichen Beziehungen, ob zwischen den Kontrahenten selber oder jeweils zwischen jeder Seite und dem Mediator (Besemer, 1993; Fisher & Brown, 1989; Goetz-Marchand, 1987; Kempf, 1993b).

Das Fehlen kognitiver Kapazitäten wie Kreativität und Flexibilität und der Wunsch nach möglichst klaren und in sich geschlossenen Situationsinterpretationen und Lösungen stehen dem Gelingen gewaltfreier Konfliktlösungen entgegen (Kruglanski, Bar-Tal & Klar, 1993).

Die Begrenztheit, der selbst jene erfolgreichen internationalen Mediationen unterworfen sind, die Touval und Zartmann (1989) analysierten, liegt in der Natur des Settings: Mediationen können immer nur Interaktionen zwischen den Verhandlungspartnern vermitteln, nicht aber gesellschaftliche Prozesse – wie die Akzeptanz der Verhandlungsergebnisse und/oder den Abbau kollektiver Vorurteile – steuern. Die Ergebnisse von Touval und Zartmann zeigen, dass selbst da, wo für wichtige Themen eine Lösung gefunden wurde, die Mediation lediglich die Voraussetzungen bereitstellte, welche die Parteien in die Lage versetzte, miteinander leben lernen zu können. Der Erfolg der Verhandlungen allein bewirkte (noch) keine tiefgreifende Versöhnung zwischen den verfeindeten Gesellschaften und auch keine Neustrukturierung ihrer gegenseitigen Wahrnehmung.

Müller-Brettel (1996) erklärt die Resistenz der Gesellschaft gegenüber in Gang gekommenen Friedensgesprächen und die Zählebigkeit von Feindbildern mit dem Unterschied zwischen Wissens- und Tiefenstrukturen der Wirklichkeitsdeutung (Oser & Gmünder, 1992). Während erstere ein Wissen repräsentieren, das relativ leicht erworben und verändert werden kann, haben sie jedoch nur eine geringe Bedeutung für die Bewältigung konkreter Lebenssituationen, wie z.B. Gewalterfahrungen im Krieg. Tiefenstrukturen dagegen werden langfristig erworben und stellen eine handlungsleitende Interpretationsfolie dar, die nur schwer zu verändern ist.

Als grundlegende, emotional-kognitive Überzeugungssysteme werden sie im Laufe der sozialemotionalen Entwicklung als Schemata aufgebaut und bilden in ihrer Gesamtheit die psychische Struktur, nach der die Vorstellungen von der Welt konstruiert werden. Sie sind Deutungsmuster, die auf tradierten Normen und kulturell überlieferten Überzeugungen beruhen, wie sie dem Individuum in Form von diskursiv kommunizierten Vorstellungen (Geschichte, Mythen, Traditionen und Werte etc.), aber auch in Form ihrer Objektivationen (Grenzbeziehungen zwischen Ländern, Denkmäler, Kunstgüter, Waffen und Werkzeuge etc.) gegenüberreten (Bar-Tal, 2000).

Namentlich jene gesellschaftlichen Grundüberzeugungen, die sich im Verlaufe schwer lösbarer, lang anhaltender Konflikte herausgebildet haben, sind auch deshalb besonders schwer wieder abzubauen, weil sie eine wichtige Funktion als Coping-Strategien erfüllen, mittels derer die Mitglieder einer Gesellschaft die Kriegssituation bewältigen (Bar-Tal, 1998). Mit der Beendigung des Krieges werden sie zwar kontraproduktiv, können aber dennoch nicht einfach über Bord geworfen werden. Der Frieden stellt die Mitglieder der Gesellschaft vor eine neue Situation, für die sie noch keine angemessenen Coping-Strategien entwickelt haben und die daher Angst und Unsicherheit erzeugt.

4 Medien als Mediatoren

Wichtige Träger gesellschaftlicher Grundüberzeugungen sind kommunikative Erzeugnisse, wie Schulbücher und Massenmedien (Bar-Tal, 1998; Avraham, Wolfsfeld & Aburaiva, 1998, Naveh, 1998). Die Nachrichtenmedien erfüllen diese Funktion sowohl *explizit* durch die Tradierung von Geschichtsinterpretationen, Mythen etc. und durch die Kommentierung der berichteten Ereignisse auf dem Hintergrund dieser Interpretationsfolien als auch *implizit*, indem bereits die Nachrichten selbst durch entsprechende mentale Modelle strukturiert und mit Bedeutung gefüllt werden.

Entsprechend können sie auch ihre Rolle als Mediatoren der Veränderung gesellschaftlicher Grundüberzeugungen sowohl explizit als auch implizit ausüben.

In unseren Studien zur deutschen Berichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg wird sowohl die explizite als auch die implizite Dimension dieser Funktion untersucht. Die quantitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Frankreich von 1946 bis 1970 fokussiert den Gesichtspunkt der Nachrichtenauswahl und somit die implizite Dimension (vgl. Kap. 3). Da eine Grundorientierung der Berichterstattung an Nachrichtenfaktoren wie Negativismus, Elite-Orientierung und Personalisierung (vgl. Galtung, 1998) spezifische Risiken für einen Aussöhnungsprozess mit sich bringt, ist es das Ziel der quantitativen Studie, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, inwieweit sich in der Berichterstattung der deutschen Qualitätspresse nach dem Krieg diese Auswahlkriterien widerspiegeln, bzw. ob sich bereits in dem, was zum Thema gemacht wurde (und wie es zum Thema gemacht wurde), Indizien für eine Unterstützung des deutsch-französischen Aussöhnungsprozesses finden. Zu diesem Zweck wurde ein Kodierschema konstruiert, das aus dem Vier-Faktoren-Modell der Nachrichtenkommunikation von Galtung & Vincent (1992) abgeleitet wurde und mit dem sowohl die zentralen Themen der Artikel als auch die Akteure und die Beschreibungen ihrer Handlungen klassifiziert wurden. Da der Untersuchungszeitraum 25 Jahre umfasst, können auch langfristige Veränderungen in der Berichterstattung erfasst werden.

Die explizite Dimension wird in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht (vgl. Kap. 4), deren Ziel es ist, anhand einiger ausgewählter Artikel aus dieser Zeit zu explorieren, in welcher Weise Journalisten den deutschen Lesern das Thema Frankreich, aber auch die französische Bevölkerung selbst näher gebracht haben. Aus der Vielzahl der Texte wurden solche ausgewählt, die dahingehend vielversprechend erschienen, einen Beitrag zu einer in Richtung auf Versöhnung veränderten Wahrnehmung Frankreichs leisten zu können. Die qualitative Auswertung der Texte erfolgt unter Rückgriff auf die erweiterte Form des inhaltsanalytischen Variablensystems zur Erfassung eskalations- und deeskalationsorientierter Aspekte der (Konflikt-) Berichterstattung (s.o.). Darüber hinaus wurden weitere Merkmale notiert, die nicht in diesem System enthalten sind, die aber in Hinblick auf ein deeskalationsorientiertes Framing der Ereignisse konstruktives Potenzial enthalten können.

In unseren Studien zur Berichterstattung über Jugoslawien nach Milošević (vgl. Jaeger & Möckel, 2004) wird die implizite Dimension mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse des eskalations- vs. deskalationsorientierten Framings der Berichterstattung in der *Frankfurter Rundschau* untersucht.

Die Wahl der Frankfurter Rundschau ist dabei einerseits ihrer publizistischen Grundhaltung geschuldet, die explizit für Minderheitenschutz, Gewaltverzicht, Frieden und Rechtsstaatlichkeit eintritt, und andererseits dem Umstand, dass sich in vorangegangenen Untersuchungen des eskalations- vs. deeskalationsorientierten Framings der Jugoslawienberichterstattung zwischen dem 25.7.1990 (Ausrufung der "Souveränität und Autonomie des serbischen Volkes in Kroatien" durch die Krajina-Serben) und dem 7.10.2000 (zwei Tage nach dem Sturz von Milošević) keine nennenswerten Unterschiede zwischen den deutschen Qualitätszeitungen ergeben hatten.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem 06.10.2000 (dem Tag nach dem Sturz Miloševićs) und endet mit dem 15.03.2002 (dem Tag nach dem Abkommen zwischen Serbien und Montenegro). Die Berichterstattung in diesem Zeitraum nach der Wende in Belgrad ist geprägt von innenpolitischen Veränderungen, von der Auslieferung Miloševićs an das UN-Tribunal in Den Haag, von Wahlen, von Krisen, von einer Neudefinition der jugoslawischen Beziehung zur internationalen Staatengemeinschaft, Unruhen im und an der südserbischen Grenze zum Kosovo, von Unabhängigkeitsbestrebungen im Kosovo und in Montenegro sowie schließlich vom Abkommen zwischen Serbien und Montenegro unter Federführung der EU.

Zur Erhebung eskalations- und deeskalationsorientierter Aspekte der Berichterstattung wurde eine erweiterte Form der quantitativen Variante (Jaeger, Mattenschlager und Meder, 1999) des inhaltsanalytischen Variablensystems von Kempf, Reimann & Luostarinen (1996) entwickelt. Für die Analyse der Berichterstattung über Peace-Building- und Demokratisierungsprozesse in der jugoslawischen Nach-

kriegssituation wurden einige neue Variablen hinzugefügt. Andere wurden differenzierter operationalisiert, um damit auch feinere, sensiblere Prozesse erfassen zu können.²

Aus der Vielfalt der untersuchten Texte werden mittels der Latent-Class-Analyse typische Berichterstattungsstile (latente Klassen) isoliert, welche die Variablen in einem jeweils spezifischen Mischungsverhältnis enthalten und darüber die mentalen Modelle abbilden, denen die Wirklichkeitskonstruktion folgt.³

Als Bezugsrahmen für die Interpretation der Ergebnisse, namentlich der Veränderungen des eskalations- und deeskalationsorientierten Framings der Jugoslawienberichterstattung, wird auf frühere Untersuchungen zur deutschen und internationalen Berichterstattung über die Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina (Kempf, 1999c, 2002b; Jaeger, Mattenschlager & Meder, 1999; Jaeger, 2000, 2001) sowie der deutschen Berichterstattung während der Zeit zwischen dem Dayton-Abkommen und dem Bundestagsbeschluss zur Beteiligung an einer militärischen Intervention im Kosovo (Sabellek, 2000, 2001) der sich anschließenden Zeitperiode bis zum Ende des Kosovo-Krieges (Wolfer, 2001) und der Nachkriegszeit bis zum Sturz von Milošević (Keßler, 2002) zurückgegriffen (vgl. Kap. 5).

Die explizite Dimension wird anhand einer vergleichenden qualitativen Inhaltsanalyse ausgewählter Kommentare, Leitartikel und Reportagen zu vier Themenkomplexen in der deutschen, serbischen und griechischen Presse untersucht (vgl. Kap. 6). Es sind dies: (1) die Unruhen in Belgrad und der Fall Miloševićs (Oktober 2000), (2) der Konflikt in Südserbien (November 2000 bis Mai 2001), (3) die Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit, die Verhaftung Miloševićs und seine Auslieferung an das UN-Tribunal in Den Haag (November 2000 bis Juni 2001) und (4) der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (März 2002). Die inhaltsanalytische Methodik, mittels derer dieses Textmaterial ausgewertet wird, ist die selbe wie bei der qualitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Untersuchung beansprucht weder Repräsentativität noch Typikalität für *die* Kommentierung dieser Ereignisse in der Presse der jeweiligen Länder. Die analysierten Texte stehen jedoch *exemplarisch* dafür, wie Journalisten es bewerkstelligen, unter unterschiedlichen, teils gegensätzlichen diskursiven Ausgangspositionen und gesellschaftlichen Grundüberzeugungen dem Mediendiskurs konstruktive Impulse zu verleihen, welche längerfristig gesehen eine Veränderung der Tiefenstrukturen der gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktionen nach sich ziehen könnten. Zugleich stehen die analysierten Texte aber auch exemplarisch

2 Zur Dokumentation des erweiterten Variablensystems siehe Bläsi, Jaeger, Kempf & Möckel (2004).

3 Zur Methode der Latent-Class-Analyse und ihrer Anwendung in der inhaltsanalytischen Forschung siehe Kempf (2002a).

dafür, welchen Einschränkungen Journalisten dabei unterliegen und wie die gesellschaftlichen Grundüberzeugungen, die sich im Verlaufe des Krieges in Deutschland, Griechenland und in Serbien selbst herausgebildet haben, auch über das Ende des Krieges und das Milošević-Regime hinaus fortbestehen und die Diskurse präformieren.

5 Medienwirkung und Akzeptanz

Wegen der Veränderungsresistenz der Tiefenstrukturen kann die Transformation des Kriegsdiskurses in einen Friedensdiskurs nur schrittweise und langfristig erfolgen. Eine Veränderung gesellschaftlicher Grundüberzeugungen durch *einzelne* konstruktive Berichte und/oder Kommentare ist nicht zu erwarten.

Kurzfristig erwartbar ist allenfalls ein Einfluss auf die mentalen Modelle der Probanden, die im Unterschied zu Vorurteilen und Stereotypen als relativ flexible Gebilde zu verstehen sind, die gleichsam eine Zwischenstellung zwischen den Wissens- und Tiefenstrukturen einnehmen und aus deren Interaktion resultieren.

Auch dabei kann der Einfluss der Medien jedoch in einem einfachen Ursache-Wirkungs-Modell nicht richtig dargestellt werden. Rezipienten interpretieren die Texte im Lichte ihrer Grundüberzeugungen und ihrer Weltsicht; sie übernehmen Informationen, die sich damit in Einklang bringen lassen; sie wehren Informationen ab, die kognitive Dissonanz erzeugen usw.

Mit längerfristigen Effekten einer konstruktiven Konfliktberichterstattung kann daher (1) nur in dem Maße gerechnet werden, wie deeskalations- und/oder lösungsorientierte Berichte und Kommentare das Interesse des Zielpublikums wecken und als sachgerechte, kompetente und unverzerrte Darstellung der Ereignisse und/oder ihrer Hintergründe akzeptiert werden, sowie (2) in dem Maße, in dem das deeskalationsorientierte Framing der Berichte und Kommentare auch einen Niederschlag in den mentalen Modellen der Rezipienten findet.

Im vorliegenden Projekt wird diesen Fragen in Form einer experimentellen Studie nachgegangen, deren Design in Annabring & Spohrs (2004) detailliert dargestellt ist.

Die Untersuchungsstichprobe setzte sich zu gleichen Teilen aus männlichen und weiblichen Probanden zusammen und war bezüglich Alter und Bildungsgrad für die Leserschaft der überregionalen Tageszeitungen *Die Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung* repräsentativ.

Als Untersuchungsmaterial dienten Artikel aus diesen Zeitungen zu drei Ereignissen im Nachkriegs-Jugoslawien:

- E1: Zum Konflikt in Südserbien

- E2: Zur Auslieferung Miloševićs an Den Haag
- E3: Zum Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro

Das eskalationsorientierte Framing der Ereignisse in diesen Originalartikeln war relativ moderat. Von jedem der drei Artikel wurden drei weitere Varianten produziert: (1) eine gemäßigt deeskalationsorientierte Variante, die so nahe wie möglich am Originaltext blieb und ihm lediglich die eskalationsorientierten Spitzen nahm, (2) eine deeskalationsorientierte Variante, welche die Struktur des Artikels völlig veränderte und den Text um zusätzliche konstruktive Informationen ergänzte, sowie (3) eine eskalationsorientierte Variante, welche die Ereignisse als Win-Lose-Prozess interpretierte und den Text um zusätzliche negative Informationen ergänzte.

Jede der Vpn erhielt je einen Text zu jedem der drei Ereignisse, wobei die vier verschiedenen Textvarianten über die Probanden hinweg vollständig durchvariiert und jede der $4^3 = 64$ Kombinationen von Ereignis $\times$ Variante je einer männlichen und einer weiblichen Vp dargeboten wurde.

Die Texte wurden den Vpn in der chronologischen Reihenfolge der Ereignisse vorgegeben, über welche sie berichteten. Nach dem Lesen eines jeden Textes hatten die Probanden (1) den Inhalt des Textes mit eigenen Worten wiederzugeben und (2) einen Fragebogen auszufüllen, mit welchem die Akzeptanz des Textes gemessen wurde (vgl. Kap. 7).

Um zu untersuchen, welchen Niederschlag das eskalations- vs. deeskalationsorientierte Framing der Ereignisse in den mentalen Modellen der Rezipienten findet, wurden die Nacherzählungen der Probanden einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen, welche die zugrunde liegenden mentalen Modelle mittels einer Latent-Class-Analyse erschließt (vgl. Kap. 8).

6 Überblick über das Gesamtprojekt

Abb. 1 zeigt, wie die einzelnen Bausteine des Gesamtprojekts ineinander greifen.

Ausgehend vom Stand der Forschung (vgl. Kap. 1), der u.a. als methodische Grundlage für die empirischen Teilstudien dient, zielen die beiden Fallstudien – die eine über die Berichterstattung während eines historischen Annäherungsprozesses (vgl. Kap. 3–4), die andere über die Berichterstattung zu einer aktuellen Nachkriegssituation (vgl. Kap. 5–6) – darauf ab, zu erfahren, in wie weit die Nachrichtenmedien Chancen und Gelegenheiten für eine deeskalationsorientierte Konstruktion dieser Nachkriegswirklichkeiten genützt haben, bzw. an welchen Stellen ein eskalationsorientiertes Framing aufrechterhalten blieb.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen bilden die unmittelbare Basis für die Konstruktion des Untersuchungsmaterials für die anschließende Rezeptionsstudie.

Diese beschäftigt sich damit, ob und in welchem Ausmaß eine mehr an Deeskalation orientierte Berichterstattung von Zeitungslern überhaupt akzeptiert wird (vgl. Kap. 7), bzw. damit, wie sich dieses alternative Framing der Ereignisse auf ihre Konfliktwahrnehmung auswirkt (vgl. Kap. 8).

Parallel zu diesen inhaltsanalytischen und experimentellen Teilstudien wurden anhand von Journalisteninterviews die Produktionsbedingungen untersucht, denen sich Konfliktberichtersteller bei ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt sehen (vgl. Kap. 9).

Insgesamt soll durch diese Untersuchungsbausteine ein umfassendes Bild davon entstehen, welche Freiräume Nachrichtenmedien für eine konstruktive, an Peace Building, Demokratisierung und Versöhnung orientierte Konflikt- bzw. Nachkriegsberichterstattung zur Verfügung stehen und wie diese auch in Hinblick auf zukünftige Konfliktfelder sinnvoll genutzt werden könnten.

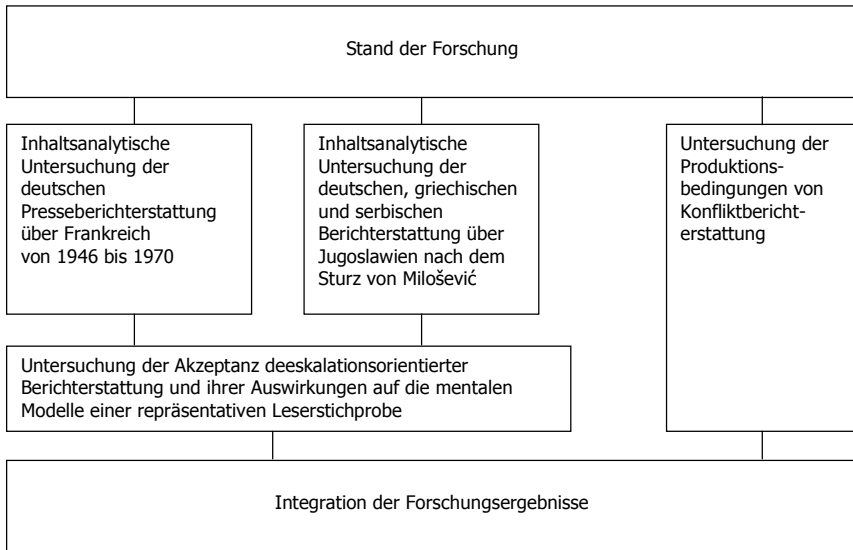


Abbildung 1: Überblick über das Gesamtprojekt

Teil II

Die bundesdeutsche Presseberichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg

Themenauswahl in der Nachkriegsberichterstattung – eine quantitative Langzeitstudie

Susanne Jaeger

1 Einleitung

Der historische Aussöhnungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich kann als gelungenes Beispiel dafür gelten, wie zwei Nationen nach einer schmerzhaften Geschichte von drei Kriegen innerhalb eines Jahrhunderts schließlich den Weg in einen stabilen Frieden gefunden und allmählich eine tragfähige partnerschaftliche Beziehung entwickelt haben. Heute kann man auf einen spannenden wechselhaften Prozess der Annäherung zurückblicken, der durch die politische und wirtschaftliche Notwendigkeit zur Kooperation vorangetrieben, aber auch immer wieder durch engagierte Akteure auf beiden Seiten neu initiiert, begleitet und unterstützt wurde und der den Propagandabegriff einer deutsch-französischen Erbfeindschaft endgültig ad absurdum führte.

In diesem Kapitel (und im folgenden Kap. 4) wird der Beitrag der westdeutschen Nachkriegspresse zu dieser Entwicklung näher beleuchtet. Die grundlegende Fragestellung, nämlich nach den Möglichkeiten von Medien, zu Frieden, Demokratisierung und Versöhnung beizutragen, wird in dieser Fallstudie aus einer Langzeitperspektive und mit dem Schwerpunkt auf die Themenauswahl in der Berichterstattung untersucht. Der Umstand, dass nach dem Krieg auch für die deutsche Medienlandschaft eine neue Zeit angebrochen war, bereichert die Analyse dieser Nachkriegsberichterstattung um eine historische Dimension. Als Propagandaorgane des Nationalsozialismus hatten die Zeitungen ausgedient. Es entstand – anfangs unter strikter Kontrolle der alliierten Besatzungsmächte – nun eine freie Presse, die sich dem Gedanken der Demokratie und des Friedens verpflichtet fühlen sollte. Wie nahmen die Zeitungen diese Aufgabe in Hinblick auf die Berichterstattung über Frankreich wahr, mit dem Deutschland lange Jahre in politischer und strategischer Gegnerschaft gestanden hatte? Finden sich darin Ansätze für eine konstruktive Unterstützung der politischen und gesellschaftlichen Annäherung an Frankreich?

2 Der deutsch-französische Aussöhnungsprozess: Stationen und Rahmenbedingungen

Der Prozess der deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg verlief keineswegs linear, sondern ist von Brüchen und Krisen gekennzeichnet, die sich mit Fortschritten und Phasen intensiver Beziehungspflege abwechselten. Auch ist zu unterscheiden zwischen zivilgesellschaftlicher und politischer Annäherung. Nur lückenhaft können hier einige Stationen und Rahmenbedingungen skizziert werden.

Auf der politischen Ebene (vgl. z. B. Dokumente – documents, 2000; Ziebura, 1997; Lappenküper, 1998; Loth, 1988) scheint die sich ab 1947 verschärfende Blockbildung zwischen Ost und West ein wichtiger Faktor, der das außenpolitische Verhalten Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland über den Untersuchungszeitraum hinaus wesentlich beeinflusst hat. Einerseits machte sie die Dringlichkeit einer westeuropäischen Kooperation deutlich, die auch von den USA unterstützt wurde. Andererseits sorgten dieses Szenario und die jeweiligen nationalen Strategien zur Wahrung der eigenen Interessen regelmäßig auch für Spannungen und für eine Abkühlung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Nach dem Krieg zunächst unter alliierter Besatzung, waren die dringendsten Aufgaben im Deutschland jener Zeit der Wiederaufbau eines vom Krieg ruinierten Landes und seiner Wirtschaft. Auch galt es, das internationale Misstrauen gegenüber Deutschland soweit abzubauen, dass das Land über die eigenen Geschicke wieder selbst bestimmen durfte. Dazu war das Einverständnis Frankreichs nötig, das nur durch das Bemühen um Vertrauen beziehungsweise durch Konzessionen an das französische Sicherheitsbedürfnis zu erhalten war.

In Frankreich wiederum gesellte sich zur Sorge gegenüber einem wiedererstarkenden Deutschland, dem Frankreich immerhin drei Invasionen innerhalb von nur 70 Jahren verdankte, und zum Bedürfnis, sich aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen, die Sorge vor der Bedrohung durch die Sowjetunion, vor allem seit Ausbruch des Koreakriegs 1950. Ein Schutz vor den Deutschen und ein Mehr an internationaler Autonomie für Frankreich schien nun am ehesten durch die Schaffung europäischer Gemeinschaftsstrukturen erreichbar. Dem entsprach auf Seiten der jungen Bundesrepublik die Erwartung, mittels europäischer Integration Gleichberechtigung und Souveränität wiedergewinnen zu können.

Die Montan-Union, basierend auf den Überlegungen Jean Monnets und bekannt geworden als Schuman-Plan von 1950, mit deren Gründung 1952 die Bundesrepublik gleichberechtigter Teil eines überstaatlichen Wirtschaftsbündnisses in Westeuropa werden konnte, kann – trotz mancher Vorbehalte (z. B. Ziebura, 1997) – als wichtiger Entwicklungsschritt in den deutsch-französischen Beziehungen betrachtet werden. Jenseits aller nationalen Ziele, die beide Länder unabhängig voneinander damit verfolgten, signalisierte sie den Deutschen eine gewisse

französische Bereitschaft, Deutschland als europäischen Partner zu akzeptieren und mit ihm zu kooperieren. Frankreich und die Bundesrepublik wurden durch diese Union zu nicht mehr auf sich allein gestellten Kontrahenten. Sie mussten ihr Verhältnis nun im Kontext eines übergreifenden Ganzen bestimmen, in das sie hineingestellt waren. Dennoch blieb ein tiefes französisches Misstrauen gegenüber den Deutschen bestehen, was sich u.a. zu Beginn der 1950er Jahre in den leidenschaftlichen Debatten über die Wiederaufrüstung Deutschlands im Rahmen der damals geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) manifestierte¹. Dieser so genannte "Pleven-Plan" einer Europa-Armee, deren nationale Truppenkontingente unter einem übernationalen Kommando stehen sollten, scheiterte schließlich 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung. Neben vielen anderen Faktoren, die dabei hineinspielen, wurde auch der supranationale Charakter der Armee kritisiert, der mit sich gebracht hätte, einen Teil der nationalen Autonomie im Bereich der Verteidigung aufzugeben. Allerdings machte das Scheitern der EVG den Weg frei für die kurz darauf unterzeichneten Pariser Verträge, mit denen die gleichberechtigte Beteiligung der Bundesrepublik am westlichen Bündnis akzeptiert wurde. Die Bundesrepublik wurde souverän und Teil der NATO sowie der WEU.

Mit dem Inkrafttreten dieser Verträge setzte eine Phase relativ konstruktiver Zusammenarbeit ein, die parallel lief mit einem wachsenden Verständigungswillen in breiten Kreisen auf beiden Seiten des Rheins. 1956 wurde eine Einigung in der Saarfrage erzielt. Durch die friedliche Beilegung des jahrelangen Streits um das Saarland, das am 1.1.1957 in die Bundesrepublik eingegliedert wurde, kamen sich Frankreich und die Bundesrepublik ein erhebliches Stück näher. 1957 wurden die Römischen Verträge unterzeichnet, mit denen die EWG ins Leben gerufen wurde.

Die Phase de Gaulle – Adenauer von 1958 bis 1963 gestaltete sich als sehr wechselhafte Zeit, in der um die verschiedenen Konzepte einer politischen Union Europas gerungen wurde und in der die Politik der beiden Regierungschefs nicht nur in der Bundesrepublik starke Spannungen hervorrief. Auch das internationale Umfeld befürchtete eine exklusive Zweierbeziehung, so dass 1961 sogar von einer "Achse Bonn-Paris" gesprochen wurde. Auf der anderen Seite stärkten die beiden Akteure den bilateralen Austausch zwischen Deutschland und Frankreich und brachten 1963 den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag auf den Weg, durch den unter anderem regelmäßige deutsch-französische Konsultationen institutionell verankert wurden. Bereits mit der Unterzeichnung jedoch kühlten die deutsch-französischen Beziehungen wieder ab: Der Deutsche Bundestag hatte eine Präambel hinzugefügt, in der die multilateralen Verpflichtungen der Bundesrepublik und ihre Partnerschaft mit den USA hervorgehoben werden. Aus der Sicht de Gaulles wurde der Vertrag dadurch erheblich entwertet.

1 Vgl. z.B. "Deutsche Soldaten – nur in Europa-Armee / Schuman zur deutschen Bewaffnung – Frankreich verzichtet auf nationale Armee" (*Südkurier*; 25.11.1950, S. 1), oder "Frankreichs Haltung unverändert" (*SZ*, 18.8.1951, S. 1).

Die darauffolgende Zeit bis zum doppelten Regierungswechsel 1969 in Frankreich und Deutschland war geprägt von häufigen Spannungen und einer Entfremdung zwischen Bonn und Paris, vor allem während der Regierungszeit von Ludwig Erhard. Erst danach kam in die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen wieder etwas mehr Bewegung.

Verglichen mit der unbeständigen Geschichte der politischen Annäherung verlief die Annäherung zwischen den Bevölkerungen beider Länder verhältnismäßig konstant. Sie wurde durch engagierte Akteure und private wie offizielle Initiativen auf beiden Seiten von Anfang an intensiv unterstützt (vgl. Azam, 1998; Wolfrum, 1998). Bereits während der Besatzungszeit wurden durch den tatkräftigen Einsatz einzelner Personen wichtige Grundsteine für die deutsch-französische Verständigung gelegt, wie z.B. die Gründung von Instituten, die sich um den gegenseitigen Austausch bemühten und deutsch-französische Begegnungen ermöglichten². Ende der 1940er Jahre gab es ein Treffen von Bürgermeistern, das die Gründungsphase von Städtepartnerschaften einleitete³. Gerade in den Jugendaustausch wurden große Hoffnungen gesetzt. Mit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks 1963 im Zuge des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags wurde er verstärkt finanziell und ideell gefördert (Ecker-Ertle, 1998).

Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Förderung deutsch-französischer Kontakte hatten ihre Vorläufer allerdings bereits in der Weimarer Republik. Gerade in der Locarno-Ära der Entspannungspolitik (ca. 1925 bis 1930) waren Verständigungsorganisationen entstanden⁴, die in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft zwar nicht komplett aufgelöst, aber ihrer demokratischen, pazifistischen und zivilgesellschaftlichen Fundamente beraubt und zu politischen Instrumenten funktionalisiert wurden. Die politische Vereinnahmung von ursprünglich zivilgesellschaftlichen Kommunikationskanälen fand ihren Höhepunkt während der deutschen Besatzung in Frankreich, als sie zum Vehikel der ideologischen Durchdringung und Beherrschung des Landes wurden (Bock, 2002).

- 2 Z.B. 1945 Gründung des *Centre d'Information et de Documentation Economiques et Sociales* in Offenburg durch Jean du Riveau, einen französischen Jesuitenpater. Aus diesem Centre gingen in Frankreich das *Bureau International de Liaison et de Documentation*, auf deutscher Seite die *Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit* hervor, die ihrerseits die Zeitschrift *documents – Dokumente* herausgaben. 1948 Gründung des *Instituts für Internationale Begegnungen* in Freiburg, das deutsch-französische Jugendbegegnungen organisierte, durch *documents*-Herausgeber Joseph Rowan gemeinsam mit deutschen und französischen Freunden. 1948 Gründung des *Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle* (Leitung: Alfred Grosser) und parallel dazu in Ludwigsburg des *Deutsch-Französischen Instituts*.
- 3 Zwischen 1950 und 1962 waren bereits 240 neue, offizielle Städtepartnerschaften entstanden. Heute liegt die Zahl etwa bei 2000.
- 4 Z.B. Deutsch-Französische Gesellschaften, bzw. als französisches Pendant die Ortsgruppen der *Ligue d'Etudes Germaniques* (bildungsbürgerliches Milieu); ein *Deutsch-Französisches Studienkomitee* (Wirtschaftsbürgertum mit Vertretern von Großindustrie, Kultur und Politik); die *Union Fédérale* und ihr Pendant *Reichsbund der Kriegsbeschädigten*, der "Sohlbergkreis" (gegr. 1930 als locker organisierter Jugendgesprächskreis)(Bock, 2002).

Auch die Faszination, die von Frankreich als Kulturnation für die Deutschen ausging, wurde zwar nach dem Krieg durch die Kulturpolitik der französischen Besatzungsmacht als Teil der *rééducation* gezielt gefördert, und dies traf auf dankbare Rezipienten, vor allem in jungen deutschen intellektuellen Kreisen. Es ist aber auch zu berücksichtigen, dass damals an ein bereits lange vorhandenes, wechselseitiges Interesse und an eine kulturelle Wertschätzung füreinander angeknüpft werden konnte⁵, in denen allerdings auch genügend Platz für Klischees vorhanden war. Selbst der Nationalsozialismus kannte Frankreichbegeisterte. Viele der im Dritten Reich verbreiteten Stereotypen über Frankreich waren nicht erst während der NS-Zeit entstanden und sind nach 1945 nicht automatisch verschwunden. Der deutsch-französische Gegensatz, der in jener Zeit ideologisch überhöht wurde, reduzierte das Frankreichbild in Deutschland nicht zum ausschließlichen Feindbild. Noch in der Verurteilung der französischen Lebensform und der französischen Zivilisationsidee schimmerte ein gewisser Neid darauf durch (Geiger, 2000).

Insgesamt ist anzunehmen, dass sich all diese Rahmenbedingungen auf die Art und Weise der bundesdeutschen Presseberichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg ausgewirkt haben und bei einer Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen sind.

3 Theoretische und empirische Grundlagen

Die Frage, nach welchen Kriterien die wenigen Ereignisse aus dem Weltgeschehen ausgewählt werden, die schließlich als Nachrichten in den Medien erscheinen, steht in einer langen Forschungstradition. So stellte Walter Lippmann 1922 die These auf, die Wirklichkeit sei so komplex, dass sie weder vollständig erfasst noch dargestellt werden könne. Zwangsläufig finde bei der journalistischen Arbeit eine Auswahl von Ereignissen statt, was einer Modellbildung und Interpretation der Realität gleichkomme (Lippmann, 1990). Die Nachrichtenwerttheorie, die ihre Grundgedanken aus dieser These bezieht, hat im Lauf der Jahre zwar einige wesentliche Modifikationen erfahren⁶. Grundsätzlich jedoch wird darin die Berichterstattung als das Resultat von Auswahlentscheidungen betrachtet, geleitet von bestimmten Kriterien, die als Nachrichtenfaktoren den internationalen Nachrichten-

5 Nach dem Ersten Weltkrieg waren z.B. auf beiden Seiten Filme entstanden, die, statt stereotype Feindbilder vom jeweils anderen zu präsentieren, die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich in humanistischer, versöhnungsoffener Weise zum Thema machten (Harder, 1987).

6 Während man anfangs diese Nachrichtenfaktoren als "objektive" Eigenschaften von Ereignissen oder als "Verarbeitungsmechanismen" begriffen hat, werden sie später von einigen Forschern als "journalistische Hypothesen", als Aspekte der journalistischen Definition und Interpretation der Realität (z.B. Schulz, 1976) aufgefasst. Das "Kausalmodell" (d.h. Nachrichtenfaktoren seien die *Ursache* für Selektionsentscheidungen) wurde ergänzt durch ein "Finalmodell", wonach Nachrichtenfaktoren auch die *Folge* von Publikationsentscheidungen sein können: Zur Legitimation seiner Entscheidung muss ein Journalist entsprechend viele Nachrichtenfaktoren im Beitrag unterbringen (vgl. Staab, 1990).

tenfluss in systematischer Weise beeinflussen. Anhand der faktischen Berichterstattung wird auf die Selektionskriterien geschlossen (Eilders, 1997).

Wichtige Pionierarbeit auf diesem Forschungsgebiet leisteten Galtung und Ruge (1965) in ihrem Theorieentwurf zum Nachrichtenauswahlprozess und der Formulierung von 12 Nachrichtenfaktoren. Wenn auch die empirische Umsetzung dieses Entwurfs Schwächen zeigt (vgl. Eilders, 1997), so wurden dadurch doch viele Folgestudien angeregt, in denen die ursprünglichen Annahmen auf einer breiten Basis bestätigt werden konnten (z.B. Sande, 1971)⁷.

Ein aktuelleres Modell von Galtung (Galtung & Vincent, 1992; Galtung, 1998) fokussiert vier dieser Faktoren (vgl. Tab. 1). Eine an diesen Faktoren orientierte Nachrichtenselektion berge die Gefahr, nicht nur systematisch ein eskalationsorientiertes Bild von der Wirklichkeit zu fördern, sondern auch zur Eskalation von Konflikten beizutragen⁸ (vgl. Kap. 1).

Das regelhafte Zusammenwirken der Faktoren, nämlich ihre Additivität (d.h. je mehr Faktoren auf ein Ereignis zutreffen, desto eher wird es zur Nachricht) und ihre Komplementarität (d.h. fehlende Faktoren können durch besondere Betonung anderer Nachrichtenfaktoren kompensiert werden) (vgl. Galtung et al., 1965) begünstigt die Tendenz einer folgenschweren, einseitigen Wirklichkeitswahrnehmung: Wenn wir nämlich überhaupt etwas über die Normalbevölkerung in Nicht-Elite-Ländern erfahren, so beschränkt sich dies zumeist auf Negatives wie kriegsereignisse, Chaos, Naturkatastrophen etc. Wenn dort überhaupt jemand helfen kann, so sind dies einige wenige Elite-Personen aus Elite-Ländern, deren Status dadurch zusätzliche Aufwertung erfährt, während eine eventuelle Mitverantwortung der reichen Staaten für die untragbaren Zustände aus dem Blick gerät. Wenn einfache Leute für ihre Anliegen international Gehör finden wollen, werden sie regelrecht in Versuchung geführt, Chaos und Aufruhr zu inszenieren. Dann ist Medienaufmerksamkeit zwar immer noch nicht garantiert, aber doch wahrscheinlicher, als wenn mit friedlichen Mitteln für eine Veränderung eingetreten wird. Umgekehrt gilt, dass internationale Konflikte auf niedrigerer Eskalationsstufe, denen es gelingt, die mediale Aufmerksamkeitsschwelle zu überschreiten, geradezu auf die oben genannten Selektionskriterien "hingeschrieben" werden, um einer Nach-

7 Einen guten Überblick über diese Arbeiten bietet Eilders (1997).

8 Nicht nur Galtung und Ruge weisen schon 1965 auf die Implikationen dieser Selektionsroutine hin. Auch Østgaard bringt ihre potenziellen Risiken in Form dreier Hypothesen auf den Punkt: "1. The news media tend to reinforce the status quo and to exaggerate the importance of individual actions by big power leaders. 2. The news media tend to present the world as being more conflict-laden than it really is, to emphasize the use of force rather than more peaceful means in solving such conflicts, and thus also, more indirectly, to give the impression that conflicts can be averted more easily by preparing for the use of force, rather than by reducing tensions by undramatic means. 3. The news media tend to reinforce or at least to uphold the divisions of the world between high status nations and low status nations." (Østgaard, 1965, 55).

richt wert zu sein, etwa durch Zuspitzung der divergierenden Positionen oder durch dramatische Schilderungen der Lage (Zschunke, 2000; Staab, 1990).

		Person		Struktur	
		Negativ	Positiv	Negativ	Positiv
Elite-Länder	Elite-Leute	Kein Problem: jegliche Gerüchte, selbst wenn unwahr ++++	Freudige Familienereignisse +++	Sturz der Regierung +++	Wahlen, auch mit kleineren Veränderungen +++
	Non-Elite-Leute	Unfälle +++	Lotteriegewinne, Reichtum ++	Wirtschaftliche Zusammenbrüche ++	Wirtschaftswachstum +
Non-Elite-Länder	Elite-Leute	Skandale (Drogen) +++	Lotteriegewinne, Reichtum ++	Putsche ++	Wahlen, aber mit großen Veränderungen +
	Non-Elite-Leute	Katastrophen ++	Wunder +	Revolutionen, "Trouble", Aufstände +	Keine Chance, selbst wenn wahr (-)

Tabelle 1: Vier-Faktoren-Modell der Nachrichtenkommunikation (nach Galtung & Vincent, 1992; Galtung, 1998): Je dunkler die Zelle ist/je weniger "+" die Zelle hat, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit für ein Erscheinen des Ereignisses in der Zeitung

Auch Aussöhnungsprozessen, die die gesamte Gesellschaft durchdringen sollen, könnte eine an Galtungs Nachrichtenfaktoren orientierte Selektionsroutine der Themen, die zu Nachrichten werden, durchaus hinderlich sein. Das handlungsleitende Fazit aus der Untersuchung von Sande (1971, 235) lautet deshalb knapp, aber instruktiv: "try to counteract the effects of the news factors". Tatsächlich interessiert in dieser Studie die Frage, ob sich Hinweise auf ein Gegensteuern der bundesdeutschen Presse hinsichtlich der Themenauswahl ergeben, bzw. inwieweit sich die Berichterstattung an o.g. Nachrichtenfaktoren orientiert. Gelten, wenn Frieden und Versöhnung auf der öffentlichen Agenda stehen, andere Gesetzmäßigkeiten?

4 Methoden

Untersucht wurde die Tagesberichterstattung der westdeutschen Nachkriegspresse über Frankreich im Zeitraum von 1946 bis 1970. Der Untersuchungszeitraum

von 25 Jahren relativ friedlicher Interaktion, über beinahe eine Generation, erscheint hinreichend, langfristige Veränderungen und Prozesse zu erfassen und gleichzeitig von einer etablierten Partnerschaft zwischen den beiden Ländern sprechen zu können. Auch die Entwicklungen in der Zeit *nach* der formalen Bekundung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Nationen durch den deutsch-französischen Vertrag von 1963 sollten noch eine Weile lang weiterverfolgt werden (vgl. Abschnitt 2).

Stellvertretend für die deutsche Presse wurde die Berichterstattung von vier überregionalen Tageszeitungen der Qualitätspresse untersucht. Zusätzlich wurde der *Südkurier* in die Studie aufgenommen, eine Regionalzeitung mit Verbreitungsgebiet in der ehemaligen französisch besetzten Zone, deren Berichterstattung aufgrund des unmittelbaren Kontaktes mit der französischen Besatzungsmacht bzw. den später in der Region stationierten Soldaten interessant zu sein versprach. In die Untersuchung gingen folgende Zeitungen ein:

- *Süddeutsche Zeitung (SZ)*
- *Frankfurter Rundschau (FR)*
- *Die Welt*
- *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*
- *Südkurier (SK)*

Bis auf die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die erst nach ihrer Gründung im November 1949 in die Analyse einbezogen werden konnte, waren sämtliche anderen Zeitungen spätestens im Jahr 1946 vorhanden⁹.

Um das Untersuchungsmaterial einzugrenzen, wurde aus der gesamten Berichterstattung der 25 Jahre eine Zufallsstichprobe von Wochenendausgaben gezogen.

- Aus jedem der insgesamt 300 Monate des Untersuchungszeitraums wurde zufällig je ein Wochenende ausgewählt.
- Diesen Wochenenden wurde zufällig jeweils eine der zu diesem Zeitpunkt existierenden Zeitungen zugeordnet.
- Relevant für die Sammlung des Datenmaterials war jeweils die *gesamte* Wochenendausgabe der Zeitung inklusive Beilage. Bei Nichtvorhandensein einer Samstagsausgabe (z.B. wegen Feiertagen) wurde die letzte verfügbare Zeitungsausgabe der entsprechenden Woche gewählt.

In die Sammlung der zu analysierenden Texte ging ein jeglicher Artikel der relevanten Ausgabe ein, der sich in irgendeiner Weise mit Frankreich bzw. Franzosen beschäftigte (z.B. auch Sport, Rezensionen, Reiseberichte, Bildunterschriften, die als eigenständige Artikel gelesen werden konnten etc.). Die Suche nach diesen Ar-

9 Die *Welt* erschien zum ersten Mal am 2. April 1946, während *SK*, *SZ* und *FR* bereits 1945 gegründet worden waren.

tikeln war geleitet von sprachlichen und/oder optischen Hinweisreizen (z.B. Überschrift, Zwischenüberschrift, Ort, Quellenangabe, Bild etc.). Bei Kommentaren mit oft wenig eindeutigem Titel galt als Kriterium das Auftreten französischer Akteure bzw. Frankreichs im ersten und/oder letzten Absatz.

Ausgeschlossen wurden Leserbriefe, die Presseschau, winzige Kurzmeldungen ohne eigene Überschrift, Bildmaterial, Kartoons; Bildunterschriften, die ohne die visuelle Information unverständlich blieben; französische Belletristik; Artikel, in denen Frankreich nur als Treffpunkt nichtfranzösischer Akteure vorkam etc.

Insgesamt wurden 1750 den Kriterien entsprechende Texte gefunden.

Zur Konstruktion eines Auswertungsschemas wurden aus dem Modell von Galtung (1998) Variablen abgeleitet und operationalisiert¹⁰. Die Auswertung jedes Textes erfolgte in zwei Schritten:

1. Klassifizierung des zentralen, Frankreich betreffenden Themas des Artikels
Mit diesem Schritt sollte die generelle Orientierung des Artikels erfasst werden. Hierzu dienten folgende Fragen:
Auf welches hauptsächliche Ereignis konzentriert sich der Artikel und welchen Teil der französischen Gesellschaft betrifft es hauptsächlich?
Was für ein Ereignis ist es und wie ist die generelle Haltung des Artikels gegenüber Frankreich?
2. Klassifizierung der im Artikel auftretenden französischen Akteure und ihrer Handlungen
Das Ergebnis dieses Schritts sollte zeigen, wie das zentrale Thema des Artikels ausgearbeitet wurde. Die wesentlichen Fragen dabei waren:
Welche Akteure werden genannt und wie wird ihr Handeln dargestellt?

4.1 Generalthema

Das zentrale Thema des Artikels ("Generalthema") war definiert als das Ereignis, mit dem sich der Artikel *in der Hauptsache* befasst. Traten mehrere Themen gleichzeitig auf, galt als Generalthema das, worüber am ausführlichsten, am intensivsten und am längsten (Anzahl der Absätze) berichtet wurde. Drei Kodierentscheidungen waren zu treffen, gemäß der drei oben genannten Nachrichtenfaktoren¹¹:

10 Der Faktor Elite-Land erübrigte sich, da ausschließlich die Berichterstattung über Frankreich, ein Elite-Land, untersucht wurde.

11 Die Kategorien wurden in Anlehnung an die Beispiele Galtungs definiert und sorgsam mit Hilfe von Beispiellisten tatsächlich auftretender Themen erweitert. Teilweise von Galtung abweichende Auffassungen hinsichtlich der Definition einiger Kategorien lassen sich nicht völlig ausschließen. Bereits Sande (1971) verweist auf seine Probleme mit der Operationalisierung der Nachrichtenfaktoren von Galtung und Ruge.

- Betrifft das Generalthema eine *Person* oder eine *Struktur*?
- Betrifft es *Elite-Leute* oder *Non-Elite-Leute*?
- Ist das Generalthema *positiv/neutral* oder *negativ* oder *ambivalent*¹²?

Tab. 2 zeigt die Operationalisierung der jeweiligen Kategorien¹³.

Person vs. Struktur	Person: Das Ereignis betrifft nur eine einzelne Person, ihr Privatleben, ihr Einzelschicksal oder aber das Ereignis wird dargestellt als Ergebnis der persönlichen Charaktereigenschaften der Person		Struktur: Das Ereignis betrifft eine Gruppe/ Menge von Leuten, eine Institution, die gesamte Bevölkerung oder aber das Ereignis wird auf das Wirken politischer/wirtschaftlicher/ sozialer Kräfte zurückgeführt, betrifft Kultur, Lebensart etc.
Elite vs. Non-Elite	Elite: Das Ereignis betrifft hauptsächlich Leute/Gruppen von hoher Bekanntheit/Repräsentativität (oder es wird zumindest so dargestellt) bzw. Frankreich als politischen Akteur		Non-Elite: Das Ereignis betrifft hauptsächlich die einfachen Leute, die Bevölkerung, die gesamte französische Gesellschaft, französische Kultur und Lebensart, Menschen von niedrigem Status, Frankreich als Land
Positiv/neutral vs. negativ vs. ambivalent	Positiv/neutral: Das Ereignis ist etwas überwiegend positiv/ neutrales oder das Ereignis wird als etwas positives/ neutrales dargestellt	Negativ: Das Ereignis ist etwas überwiegend negatives oder das Ereignis wird als etwas negatives dargestellt	Ambivalent: Das Ereignis selbst oder seine Darstellung ist so, dass eine Entscheidung für einen der anderen Kodes den falschen Eindruck vermitteln würde

Tabelle 2: Generalthema – Dimensionen und Kategorien

4.2 Akteure und Handlungen

Akteure wurden definiert als

- *französische* Personen oder Institutionen/Gruppen, die im Artikel auftreten und
- als aktiv handelnd oder als passiv die Folgen von Handlungen/Ereignissen erlebend bzw. als fühlend/empfindend dargestellt werden.

12 Im Unterschied zu Galtung und Ruge (1965) wurden sowohl neutrale als auch ambivalente Artikel in die Analyse aufgenommen. Ein neutral dargestelltes Thema wurde – verstanden als Versuch, in der Berichterstattung fair zu sein – der Kategorie "positiv" zugeordnet. Die Kategorie "ambivalent" wurde eingeführt für Artikel, deren zentrales Thema weder als überwiegend "positiv/neutral" noch als überwiegend "negativ" kodiert werden konnte, weil eine Entscheidung für eine der beiden Kategorien dem Thema nicht gerecht geworden wäre.

13 Beispiele für die Kategorien s. Jaeger (2004b).

Fiktive Akteure wurden nur kodiert, wenn sie synonym für reale Akteure der französischen Gesellschaft standen.

Die Akteure wurden nach vier Kategorien klassifiziert, deren Definition in Tab. 3 zu finden ist:

- Elite-Person vs. Non-Elite-Person vs. Elite-Struktur vs. Non-Elite-Struktur¹⁴

Elite-Person (EP)	Non-Elite-Person (NEP)	Elite-Struktur (ES)	Non-Elite-Struktur (NES)
Jeder einzelne Akteur, der bekannt, berühmt, einflussreich und/oder mächtig ist, mit Namen bezeichnet und im Artikel <i>nicht nur über seine Funktion</i> definiert wird	Jeder einzelne Akteur, der der Normalbevölkerung angehört, unbekannt ist, wenig Einfluss hat etc. bzw. eine kleine Gruppe von unbekannten Personen, die nur zufällig (nicht organisiert) beisammen sind	Berühmte, bekannte, einflussreiche und/oder mächtige Gruppen, Institutionen, Firmen etc., die die Elite/Frankreich als Staat repräsentieren; Funktionsträger ohne Namen, die eine mächtige Struktur repräsentieren; "Frankreich" als Synonym für Staat/System	Die Bevölkerung; organisierte, unbekannte, einflusslose oder marginalisierte Gruppen einfacher Leute; "Frankreich" als Synonym für alle Bewohner

Tabelle 3: Klassifikation französischer Akteure

Jeder auftretende Akteur wurde einer der Kategorien zugeordnet. Als Kodiereinheit galt der gesamte Artikel. So erhielten z.B. auch verschiedene im Text vorkommende Elite-Personen nur eine Nennung pro Artikel in der entsprechenden Kategorie.

Die Klassifikation der Handlungsbeschreibungen erfolgte nach vier jeweils dichotomen Variablen, wodurch Mehrfachkodierungen möglich wurden (vgl. Tab. 4):

- aktiv positiv/neutrale Darstellung des Akteurs vs. keine solche Darstellung
- aktiv negative Darstellung des Akteurs vs. keine solche Darstellung
- passiv positiv/neutrale Darstellung des Akteurs vs. keine solche Darstellung
- passiv negative Darstellung des Akteurs vs. keine solche Darstellung

"Aktiv" ist definiert durch Beschreibung einer Person/Struktur als Subjekt einer Handlung. Hierunter fällt auch verbales Handeln im Sinne von "sich ausdrücken" bzw. "dadurch auf die Umwelt einwirken".

14 Beispiele für die Kategorien s. Jaeger (2004b).

"Passiv" ist definiert durch Beschreibung des Akteurs als Objekt der Handlungen anderer, als ein Ereignis erlebend/erleidend, als fühlend/empfindend. "Passiv" ist auch ein Akteur, der als Gegenstand einer Unterhaltung Dritter auftritt.

Aktiv positiv/ neutral	Aktiv negativ	Passiv positiv/ neutral	Passiv negativ
Der Akteur tut etwas Positives/Neutrales/Konstruktives/Faires. Er baut etwas auf, schafft etwas Gutes (z.B. Freundschaft, Versöhnung, Kunst), empfängt Gäste, lobt jemanden (der es in Augen des Journalisten verdient), kritisiert Unrecht, hat Erfolg, den er durch eigenes aktives Handeln bewirkt hat, trifft gute Entscheidungen etc.	Der Akteur tut etwas Negative/Destruktives/Ungerechtes. Er verursacht Leid oder Unglück bei anderen, kämpft, streitet, dreht einen schlechten Film, greift an, beschuldigt, verursacht Ärger, tut etwas Illegales, tötet, verurteilt zum Tod, zeigt sich bei seinem Handeln unfähig (nicht, weil er behindert ist → sonst "passiv negativ") etc.	Der Akteur wird von anderen geschätzt, gelobt, erhält gute Nachrichten, es geht ihm gut, er freut sich, ist zufrieden, ist erfolgreich (aber nicht selbst die Quelle des Erfolges), gewinnt im Lotto, erbt; er wird begrüßt, besucht, willkommen geheißen, gemocht, geehrt, hat Glück etc.	Der Akteur wird von anderen kritisiert, erleidet etwas für ihn Schlimmes, es geht ihm nicht gut, er erhält schlechte Nachrichten, wird ungerecht/übel behandelt, beschuldigt, zum Tod verurteilt, muss sterben, hat Unglück oder Misserfolge (unverschuldet → sonst "aktiv negativ") etc.

Tabelle 4: Klassifikation von Handlungsbeschreibungen

Sowohl die Konstruktion des Kodierschemas als auch die Kodierung der Texte selbst wurde in enger Zusammenarbeit mit einer französischen Kollegin durchgeführt¹⁵. Die Intercooder-Übereinstimmung wurde durch intensive Trainingsphasen gewährleistet und durch Cohens Koeffizienten kappa (1960) kontrolliert¹⁶. Die Werte für kappa zeigen eine hinreichende Intercooder-Reliabilität (vgl. Tab. 5).

Koeffizient kappa:	
Min = 0.55	Max = 0.96
Range = 0.41	Median = 0.82
1. Quartil = 0.695	3. Quartil = 0.88
Quartildifferenz = 0.185	

Tabelle 5: Intercooder-Reliabilität

¹⁵ An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an Frau Aude Plontz.

¹⁶ Kappa gilt als relativ strenges statistisches Maß für die Güte der Intercooder-Übereinstimmung. Bei seiner Berechnung wird auch die Möglichkeit zufälliger Kodierung kontrolliert. Seine Werte reichen von -1 (völlig konträre Kodierung) bis +1 (komplett identische Kodierung). Hier deutet kappa auf gute (0.60–0.75) bis sehr gute (0.75–1.00) Intercooder-Reliabilität hin (vgl. Wirtz & Casper, 2002, 59). Grundlage dieser Statistik waren 50 zufällig ausgewählte Texte und 24 von 31 möglichen Variablen. Die übrigen 7 Variablen (sämtlich Non-Elite-Personen als Akteure betreffend) konnten jeweils seltener als 5 mal kodiert werden und wurden wegen mangelnder Aussagekraft von kappa aus der Statistik ausgespart.

5 Ergebnisse

5.1 Merkmale der untersuchten Stichprobe

Von den insgesamt 1750 Texten stammen die meisten aus dem Zeitraum von 1961 bis 1965 (417 Artikel). Während in der Zeit direkt nach dem Krieg (1946 bis 1950: 279 Artikel) fast ausschließlich Nachrichten und Kurznachrichten gefunden wurden, steigt der Anteil der Rezensionen französischen Kulturschaffens sowie der Kommentare und Leitartikel ab 1951 an. Er hat seinen Höhepunkt im Zeitraum von 1956 bis 1960 (12% von 358 Artikeln sind Rezensionen) und wird in der letzten Untersuchungsphase nur unmerklich geringer (vgl. Abb. 1).

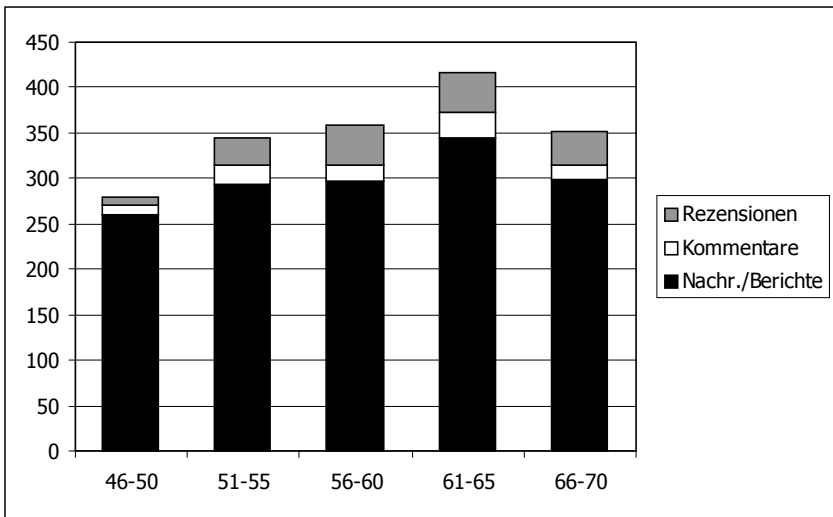


Abbildung 1: Absolute Häufigkeiten der Textgattungen im Zeitverlauf

Dies signalisiert ein deutliches Interesse an französischer Kultur in der betreffenden Zeit und kann als ein erstes Indiz dafür gewertet werden, dass man sich mit Frankreich nicht nur als politisches Gegenüber, sondern zunehmend auch mit französischer Lebensart auseinander gesetzt hat. Es sind allerdings auch Faktoren wie z.B. die Produktionsbedingungen der Zeitungen in den frühen Nachkriegsjahren zu berücksichtigen. So ist anzunehmen, dass sich die Zeitungen aufgrund der stark begrenzten Seitenzahl unmittelbar nach dem Krieg auf die nötigsten Informationen beschränken mussten¹⁷.

17 Teilweise bestanden Zeitungen nur aus zwei bis vier Seiten (vgl. Elster, 2002).

Auch hinsichtlich der Frage, ob Frankreich bzw. französische Belange als Haupt- oder als Nebenthema im Artikel vorkommen, hebt sich die Berichterstattung der ersten fünf untersuchten Jahre am deutlichsten von der Zeit danach ab. Der Anteil der Hauptthemen steigt über die Jahre kontinuierlich von 71,7% auf 84,1% der Artikel. Dies kann damit zusammenhängen, dass gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit über Frankreich eher als eine der alliierten Besatzungsmächte berichtet wurde, während später die besondere Beziehung zu Frankreich als Nachbarland immer wichtiger wurde.

5.2 Generalthema

Im Fall der Nachkriegsberichterstattung über Frankreich zeigt sich ein flexiblerer Umgang mit den Nachrichtenfaktoren als aufgrund des Modells zu erwarten gewesen wäre (vgl. Abb. 2).

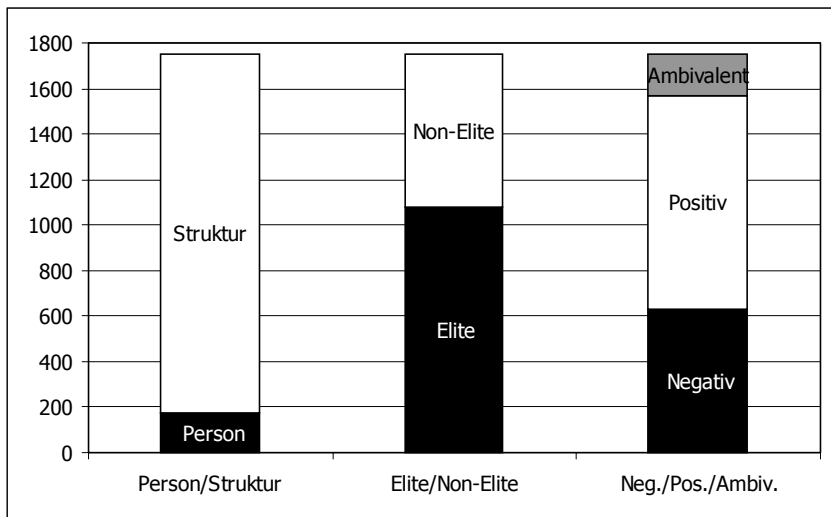


Abbildung 2: Absolute Häufigkeiten der Themen

Über die Hälfte der 1750 Artikel (53,7%) hatte ein positives oder neutrales Generalthema, nur in 35,8% der Artikel war das Thema überwiegend negativ.

Eine Personalisierung der Ereignisse findet sich selten. 90,1% der Artikel berichteten über Strukturen bzw. Institutionen betreffende Ereignisse, während nur ein Zehntel der Artikel die Geschicke einzelner Personen fokussiert. Dies steht in auffälligem Kontrast zum Modell Galtungs (vgl. Tab. 1)¹⁸.

In durchschnittlich 61,8% der Artikel betrifft das zentrale Ereignis Angehörige einer Elite, in nur 38,2% die einer Non-Elite. Dies entspricht zwar den Modellannahmen, dass Medien sich grundsätzlich eher mit Eliten befassen. Bei differenzierterer Betrachtung der Daten zeigt sich jedoch, dass die Möglichkeiten, über Nicht-Eliten zu berichten, nicht auf Katastrophenmeldungen und Chaos beschränkt waren: Un erwartet häufig traten strukturelle Non-Elite-Themen in einem positiv/neutralen Kontext auf (64,5%) (vgl. Tab. 6).

Generalthema	Positiv/neutral	Negativ oder ambivalent	Gesamt
	n (in %)	n (in %)	n (in %)
Elite-Person	91 (65,5)	48 (34,5)	139 (100)
Non-Elite-Person	11 (31,4)	24 (68,6)	35 (100)
Elite-Struktur	429 (45,5)	513 (54,5)	942 (100)
Non-Elite-Struktur	409 (64,5)	225 (35,5)	634 (100)
Gesamt	940 (53,7)	810 (46,3)	1750 (100)

Tabelle 6: Kreuzverteilung von positiv/neutralen vs. negativen oder ambivalenten Themen und vom Thema betroffenen gesellschaftlichen Segmenten ($p < 0.001$; $\chi^2 = 69.750$; $df = 3$)

Der überwiegend positiv/neutrale Kontext, in dem gerade Nicht-Elite-Strukturen, aber auch Elite-Personen (65,5%) zum Thema wurden, könnte ein Indiz dafür sein, dass in den Zeitungen vor allem auf Vertrauensbildung in einzelne prominente französische Akteure und in die französische Bevölkerung als Ganzes gesetzt wurde, weniger hingegen in mächtige Institutionen wie z.B. die französische Regierung: nur 45,6% der Elite-Struktur-Themen waren positiv/neutral. Möglicherweise fiel es auch leichter, Kritik zu üben, wenn man sie abstrakt gegen Institutionen statt speziell gegen bestimmte Persönlichkeiten richtete. In Übereinstimmung mit den Modellannahmen wiederum wurden einzelne Angehörige der französischen Bevölkerung meist nur dann zum Thema, wenn es etwas Negatives oder Ambivalentes zu berichten gab.

Wie in Abschnitt 2 ausgeführt, schien die deutsch-französische Nachkriegsgeschichte weniger von linear wachsendem Vertrauen geprägt zu sein als von einem stetem Wechsel zwischen Annäherung und Distanz. Spiegeln sich diese Prozesse in der Berichterstattung wider? Eine Unterteilung des Untersuchungszeitraums in Fünf-Jahres-Zeiträume zeigt deutliche Veränderungen hinsichtlich der zentralen Themen.

18 Selbst wenn man erfasst, ob im Titel eine Person vorkommt und dies als ergänzenden Indikator für Personalisierung begreift, weisen nur ca. 30% des untersuchten Materials auf Personalisierung hin.

Dabei ist es die unmittelbare Nachkriegszeit, die sich am deutlichsten von den restlichen Untersuchungsjahren abhebt. Nach den Jahren unter alliierter Kontrolle, in denen sich die Berichterstattung in erster Linie auf Frankreich in seiner Eigenschaft als Siegermacht oder ehemaliger Gegner konzentriert, wird die Berichterstattung über Frankreich ungleich vielseitiger. Bereits die oben angedeuteten Befunde weisen darauf hin: (1) Je später, desto seltener spielt Frankreich in den relevanten Artikeln eine marginale Nebenrolle; immer häufiger handeln die relevanten Artikel ausschließlich von Frankreich selbst. (2) Der Anteil personenbezogener Überschriften hat sich im Vergleich zu den Jahren 1946 bis 1950 später beinahe verdoppelt; dadurch erhält die Individualität einzelner französischer Akteure einen größeren Stellenwert.

Die unterschiedlichen Phasen der Beziehungsentwicklung spiegeln sich darin wider, welcher Teil der französischen Gesellschaft jeweils ins Zentrum der Presseaufmerksamkeit gerückt wurde (vgl. Tab. 7).

Jahr	Person-Elite	Person-Non-Elite	Struktur-Elite	Struktur-Non-Elite	Gesamt
	n (in %)	n (in %)	n (in %)	n (in %)	n (in %)
1946–1950	7 (2,5)	2 (0,7)	199 (71,3)	71 (25,5)	279 (100)
1951–1955	32 (9,3)	13 (3,8)	185 (53,6)	115 (33,3)	345 (100)
1956–1960	23 (6,4)	8 (2,2)	176 (49,2)	151 (42,2)	358 (100)
1961–1965	32 (7,7)	4 (1,0)	210 (50,4)	171 (41,0)	417 (100)
1966–1970	45 (12,8)	8 (2,3)	172 (49,0)	126 (35,9)	351 (100)
Gesamt	139 (7,9)	35 (2,0)	942 (53,8)	634 (36,2)	1750 (100)

Tabelle 7: Themenentwicklung im Zeitverlauf ($p < 0.001$; $\chi^2 = 68,574$; $df = 12$)

Im ersten Untersuchungszeitraum dominieren strukturelle Elite-Themen (71%). Die Zeitungen scheinen sich überwiegend mit Frankreich in seiner Eigenschaft als Staat und Siegermacht auseinandergesetzt zu haben. Dies verwundert nicht weiter: Für die Menschen in Deutschland dürfte diese Art von Information höchst relevant gewesen sein. Texte über einzelne französische Personen spielen noch so gut wie keine Rolle.

Im zweiten Untersuchungszeitraum scheint stärker die Frage aufzutreten, wer diese Menschen sind, die in Frankreich regieren (Person-Elite: 9%), aber auch einzelne Menschen aus der französischen Bevölkerung bestimmen häufiger als sonst das Generalthema (Person-Non-Elite: 4%).

Im dritten und vierten Zeitraum von 1956 bis 1965 zeigt sich ein relativ großes Interesse daran, was die französische Bevölkerung bewegt und tut, an französi-

scher Kultur und Lebensart (Struktur-Non-Elite: 42% bzw. 41%)¹⁹. Faktisch korrespondiert das häufige Thematisieren von Non-Eliten mit verstärkten Verständigungsbemühungen in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung, die sich beispielsweise im Anlaufen einer Gründungswelle deutsch-französischer Städtepartnerschaften manifestieren, und die in der Gründung des deutsch-französischen Jugendwerks im Zuge des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags 1963 eine breite institutionelle Basis finden.

Ab 1966 sinkt die Anzahl der gefundenen Artikel insgesamt wieder auf den Stand der 1950er-Jahre. Der relative Anteil reiner Nachrichten, Berichte, Reportagen nimmt zu (vgl. Abb. 1). Vor allem Themen, die Land und Leute im Allgemeinen betreffen (Struktur-Non-Elite: 36%), gehen zurück, während der Anteil struktureller Elite-Themen annähernd konstant bleibt. Persönliche Themen wie z.B. Berichte und Portraits von französischen Prominenten nehmen wieder leicht zu (Person-Elite: 13%), wobei es in keinem der untersuchten Zeiträume Hinweise auf eine Medienpräferenz für bestimmte Persönlichkeiten gibt. Allerdings scheint es, als habe sich in jenem letzten Untersuchungsabschnitt das Interesse ganz allgemein von Frankreich eher abgewandt.

Unabhängig vom Zeitraum weist das Untersuchungsmaterial stets jeweils mehr positiv/neutrale Themen auf als aufgrund des Modells zu erwarten war. Ein Hang zur Negativität kann der Berichterstattung über Frankreich aufgrund der Datenlage nicht nachgesagt werden, selbst wenn sich im Lauf der Zeit kleinere Veränderungen ergeben (vgl. Tab. 8).

Jahr	Positiv/neutral	Negativ	Ambivalent	Gesamt
	n (in %)	n (in %)	n (in %)	n (in %)
1946–1950	172 (61,7)	78 (28,0)	29 (10,4)	279 (100)
1951–1955	184 (53,3)	125 (36,2)	36 (10,4)	345 (100)
1956–1960	178 (49,7)	149 (41,6)	31 (8,7)	358 (100)
1961–1965	220 (52,8)	154 (36,9)	43 (10,3)	417 (100)
1966–1970	186 (53,0)	121 (34,5)	44 (12,5)	351 (100)
Gesamt	940 (53,7)	627 (35,8)	183 (10,5)	1750 (100)

Tabelle 8: Veränderung der Themen im Zeitverlauf ($p < 0.05$; $\chi^2 = 15,527$; $df = 8$)

So war der erste Untersuchungszeitraum mit beinahe 62% der Artikel geradezu dominiert von positiv/neutralen Themen bzw. einer entsprechenden Kontextuali-

19 Auch die Zuspitzung der Algerien-Krise in dieser Zeit kann in das Ergebnis hineinspielen: Marginalisierte Minderheiten und oppositionelle Gruppen wurden per definitionem der Kategorie Non-Elite zugerechnet.

sierung des Themas. Der Anteil negativer Themen in diesem Zeitraum beträgt lediglich 28%. Dies steht in engem Zusammenhang mit einer strikten Kontrolle der Presse durch die alliierten Besatzungsmächte (vgl. z.B. Walchner, 1986). Beispielsweise war der Presse jegliche Kritik an Entscheidungen alliierter Konferenzen oder des Kontrollrates völlig untersagt. Verboten war auch "die Verbreitung von Gerüchten, die einen Keil zwischen die Alliierten treiben und Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten wecken könnten" (Schölzel, 1986, 133)²⁰.

Mit dem zweiten Untersuchungszeitraum sinkt der Anteil positiv/neutraler Themen bzw. Themenausgestaltung bis auf etwa 53% und bleibt relativ konstant auf diesem Level. Eine Ausnahme ist die Zeitspanne von 1956 bis 1960, in der er nur noch 49,7% beträgt und der Anteil negativer Themen mit 41,6% am höchsten ist. Inhaltlich korrespondiert dies u.a. mit einer Häufung krisenhafter, konfliktträchtiger Ereignisse (u.a. Suez-Krise, Freiheitsbewegungen in den Kolonien, Beginn des Algerienkrieges, Rückkehr Charles de Gaulles in die Regierung, Verfassungsänderung und Übergang zur Fünften Republik).

Der Einfluss der alliierten Pressekontrolle macht sich am deutlichsten bemerkbar, wenn man die Berichterstattung des in der französischen Zone verbreiteten *Südkuriers* mit der in den übrigen Zeitungen vergleicht (vgl. Tab. 9).

	<i>Südkurier</i>		Andere Zeitungen		<i>Südkurier</i> vs. andere Z.
Jahr	Pos/neut	Neg/ambi	Pos/neut	Neg/ambi	
	n (in %)	n (in %)	n (in %)	n (in %)	Sign.; χ^2 ; df = 1
1946–1950	71 (71,7)	28 (28,3)	101 (56,1)	79 (43,9)	p<0.05; 6,579
1951–1955	33 (50,0)	33 (50,0)	151 (54,1)	128 (45,9)	n.s.; 0,364
1956–1960	24 (57,1)	18 (42,9)	154 (48,7)	162 (51,3)	n.s.; 1,049
1961–1965	32 (49,2)	33 (50,8)	188 (53,4)	164 (46,6)	n.s.; 0,384
1966–1970	19 (59,4)	13 (40,6)	167 (52,4)	152 (47,6)	n.s.; 0,576
Gesamt	179 (58,9)	125 (41,1)	761 (52,6)	685 (47,4)	p<0.05; 3,951
Sign.; χ^2 ; df = 4	p<0.05 11,443		n.s. 3,1434		

Tabelle 9: Vergleich der *Südkurier*-Berichterstattung mit der in den übrigen Zeitungen

20 Vgl. z.B. hierzu den Abdruck der Kontrollratsdirektive Nr. 40 von 1946 "Richtlinien für die deutschen Politiker und die deutsche Presse" in Walchner (1986, 178).

Während in den frühen Nachkriegsjahren in Berichten über Frankreich die positiv/neutralen Themen allgemein dominieren (>60%), weist der *Südkurier* einen Anteil von über 70% auf. Und nur im *Südkurier* zeigen sich tatsächlich signifikante Veränderungen über die Zeit, während bei den übrigen Zeitungen das Verhältnis von positiv/neutralen und von den zu einer Klasse zusammengefassten negativ/ambivalenten Themen annähernd gleich bleibt. Andererseits gibt es beim *Südkurier* auch keine Hinweise auf einen Bumerang-Effekt nach dem Ende der französischen Besatzung: Zwischen 1951 und 1970 berichtete er nicht signifikant negativer/ambivalenter über Frankreich als die übrigen Zeitungen.

Interessant ist außerdem die Kluft hinsichtlich der Darstellung von Non-Elite- und Elite-Themen: Vor allem in den Jahren 1951 bis 1965 werden Non-Eliten jeweils deutlich häufiger in einem positiv/neutralen Kontext zum Thema als Eliten (vgl. Tab. 10).

Jahr	Elite		Non-Elite		Elite vs. Non-Elite
	Pos/neut	Neg/ambi	Pos/neut	Neg/ambi	
	n (in %)	n (in %)	n (in %)	n (in %)	Sign.; χ^2 ; df = 1
1946–1950	122 (59,2)	84 (40,8)	50 (68,5)	23 (31,5)	n.s.; 1,959
1951–1955	94 (43,3)	123 (56,7)	90 (70,3)	38 (29,7)	p<0.001; 23,572
1956–1960	86 (43,2)	113 (56,8)	92 (57,9)	67 (42,1)	p<0.01; 7,583
1961–1965	107 (44,2)	135 (55,8)	113 (64,6)	62 (35,4)	p<0.001; 16,885
1966–1970	111 (51,2)	106 (48,9)	75 (56,0)	59 (44,0)	n.s.; 0,772
Gesamt	520 (48,1)	561 (51,9)	420 (62,8)	249 (37,2)	p<0.001; 135,804
Sign.; χ^2 ; df = 4	p<0.01 16,372		n.s. 8,674		

Tabelle 10: Elite- vs. Non-Elite-Themen in positiv/neutralen vs. negativ/ambivalentem Kontext

Während bei Non-Elite-Themen der Anteil positiv/neutraler Artikel über die Zeit stets über 56% bleibt, sind gerade Elite-Themen signifikanten Schwankungen ausgesetzt: In den frühen Nachkriegsjahren ist der sie betreffende Anteil positiv/neutraler Themen noch beinahe 60%, fällt danach massiv auf 43% ab und erholt sich erst wieder in den Jahren 1966 bis 1970 (51%).

Die restriktiven Bedingungen der Zeitungsproduktion während der Besatzungszeit scheinen sich also vorwiegend auf die Berichterstattung über Elite-Themen ausgewirkt zu haben, während über die französische Bevölkerung bzw. die französische Kultur von Anfang an überwiegend positiv/neutral berichtet wurde. Bereits in den Direktiven General Laffons an die Presseoffiziere vom November 1945 (vgl. hierzu Walchner, 1986, 190ff) wurde darauf hingewiesen, in der entstehenden

Presse der französischen Besatzungszone Artikel zu fördern, die einen positiven Eindruck der französischen Bevölkerung vermitteln: Frankreich sei als Folge deutscher Aggression massiv zerstört worden, aber das französische Volk sei nicht entmutigt und auf dem besten Weg, das Land tatkräftig wieder aufzubauen. Dies könne den Deutschen auch als Orientierungshilfe dienen.

Dass sich die überwiegend positive Berichterstattung über Non-Elite-Themen über die Zeit kaum verändert hat, kann allerdings auch Ausdruck dessen sein, dass man in Deutschland tatsächlich nicht das Gefühl hatte, je ein Problem mit der französischen Bevölkerung gehabt zu haben. Und gleichzeitig wurde damit natürlich an die traditionelle deutsche Bewunderung französischer Lebensart angeknüpft.

5.3 Französische Akteure und Handlungsbeschreibungen

Grundsätzlich entsprechen die Ergebnisse der Akteursanalyse dem zugrundeliegenden Modell (z.B. Fokus auf Elite-Akteuren, Eliten werden eher als Subjekte von Handlungen, Non-Eliten eher als Objekte dargestellt etc.) – mit dem großen Unterschied, dass der Negativ-Bias sich bis auf kleinere Ausnahmen auch hier nicht bestätigen lässt. Über Handeln und Erleben französischer Protagonisten wird stets positiver bzw. neutraler berichtet als erwartet (vgl. Abb. 3).

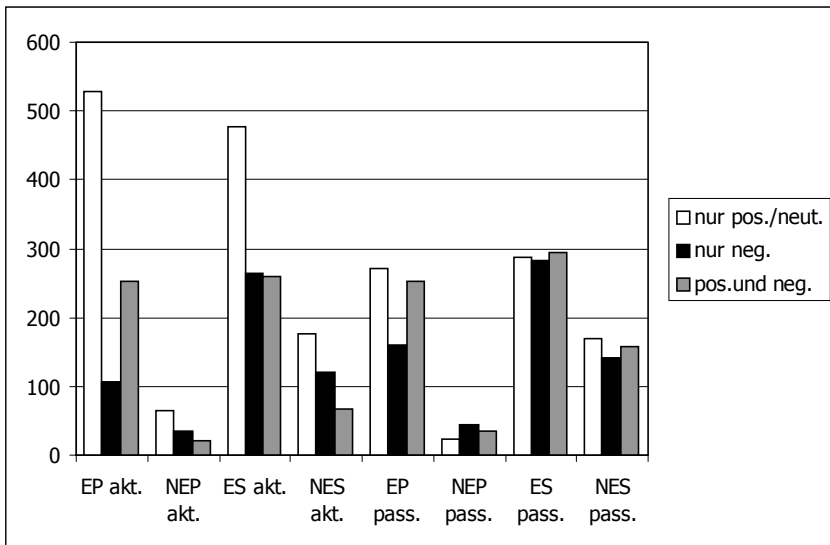


Abbildung 3: Absolute Häufigkeiten von Handlungsbeschreibungen französischer Akteure

Vor allem über positiv/neutralen Handeln von Elite-Personen wird häufig berichtet. Überraschend hoch ist aber auch relative Anteil aktiv positiver Darstellungen bei

Non-Elite-Personen, die allerdings nur in insgesamt 145 Artikeln auftreten. Wenn sie hingegen passiv dargestellt werden, müssen sie primär leiden, um Presseaufmerksamkeit zu finden.

Selbst bei Non-Elite-Strukturen, die nach den Vorgaben des Modells theoretisch am negativsten beschrieben sein müssten, überwiegt sowohl beim Handeln als auch beim Erleben der Positiv- den Negativ-Anteil. Das Bild wütend streikender Franzosen, die den Staat in Aufruhr versetzen und Unruhe stiften, gibt es im Untersuchungsmaterial zwar auch; es wird aber relativiert durch lobende Berichte über Initiative, Engagement, Schaffenskraft und Leistungen der französischen Bevölkerung.

Die Darstellung französischer Non-Elite-Akteure zeigt auch über die verschiedenen Zeiträume kaum Veränderungen. Bei französischen Non-Elite-Strukturen wie z.B. der Bevölkerung ändert sie sich überhaupt nicht, sie scheinen stets eher wohlwollend wahrgenommen zu werden. Lediglich bei Non-Elite-Personen geht der Anteil positiv/neutraler Handlungsbeschreibungen (aktiv und/oder passiv) signifikant zurück. Der Anteil negativer Beschreibungen bleibt hingegen über die Jahre stabil.

Elite-Personen werden zunehmend vielseitiger dargestellt, nachdem sie in den ersten Nachkriegsjahren fast eindimensional aktiv positiv/neutral gezeichnet wurden. Im Lauf der Zeit kommen sie nun auch vermehrt in einer passiven Rolle oder negativ handelnd vor (vgl. Abb. 4).

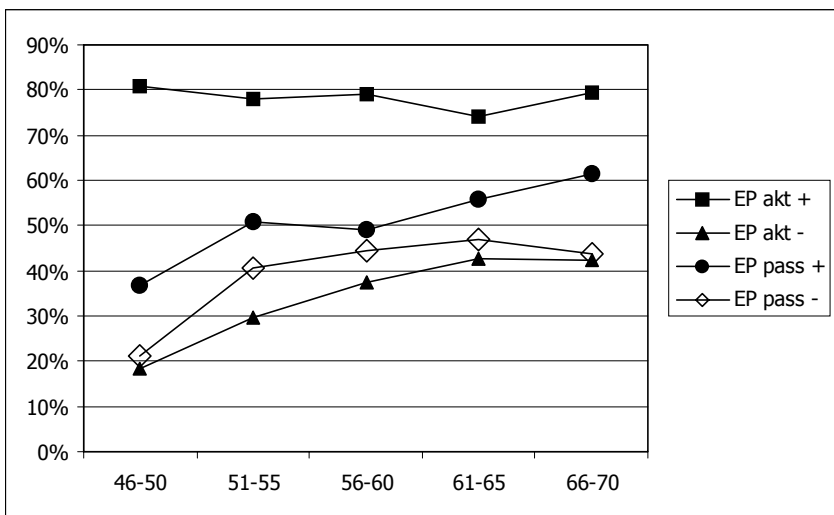


Abbildung 4: Bedingte, relative Häufigkeiten der Handlungsbeschreibungen französischer Elite-Personen im Zeitverlauf

Auch bei den Elite-Strukturen zeigt sich eine leichte Tendenz zu vielseitigerer Darstellung (vgl. Abb. 5).

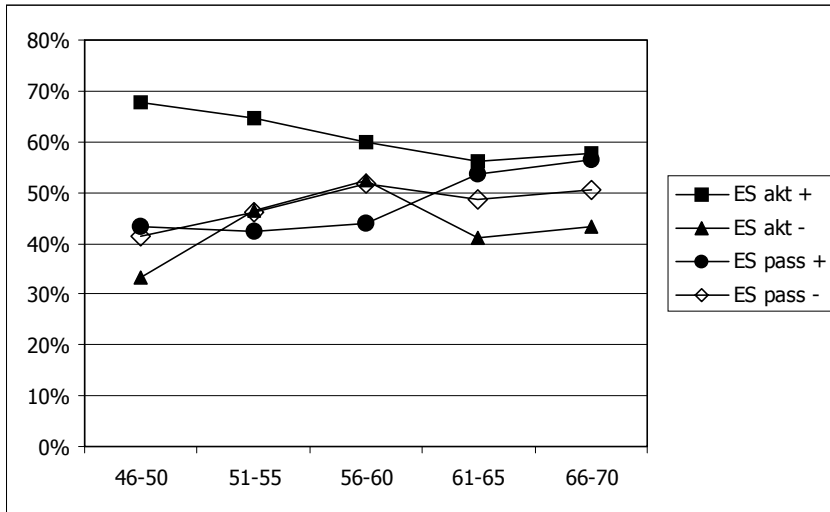


Abbildung 5: Bedingte, relative Häufigkeiten der Handlungsbeschreibungen französischer Elite-Strukturen im Zeitverlauf

Veränderungen über die Zeit finden sich allerdings nur bei ihrer Darstellung als negativ Handelnde bzw. als passiv positiv/neutral Betroffene. Letztere nimmt zu – und spiegelt damit auch ein zunehmendes Interesse daran, wie es ihnen ergeht. Eine aktiv negative Darstellung ist vor allem in den mittleren Zeiträumen dominanter und korreliert offensichtlich mit der Berichterstattung über die oben genannten innen- und außenpolitischen Krisen in dieser Zeit. Im Vergleich zu den übrigen Handlungsbeschreibungen bleibt sie jedoch stets noch auf relativ niedrigem Level.

5.4 Zusammenspiel von Generalthema und Handlungsbeschreibungen

Galtung geht davon aus, dass Themen mit geringerem Nachrichtenwert, die Strukturen, Non-Eliten oder positive Ereignisse betreffen, rhetorisch dann immerhin so ausgestaltet werden, dass ihr geringerer Nachrichtenwert durch den konkreten Inhalt des Artikels aufgewertet wird. Um diese These näher zu beleuchten, wurden die Daten einer Latent-Class-Analyse unterzogen. Mit diesem statistischen Verfahren kann man die sich in der Gesamtheit der Artikel "verbergenden" Muster einander ähnlicher Artikel zum Vorschein bringen: Während auf den ersten Blick ein jeder Artikel einzigartig erscheint, ordnet die Latent-Class-Analyse die Artikel bestimmten Klassen zu, die bestimmte Berichterstattungsstile repräsentieren und die die Kategorien mit spezifischer Wahrscheinlichkeit enthalten.

In die Analyse gingen folgende Variablen ein:

Generalthema:

- positiv/neutral vs. negativ vs. ambivalent
- Elite-Struktur vs. Elite-Person vs. Non-Elite-Struktur vs. Non-Elite-Person²¹

Hinweis auf Personalisierung:

- Person im Titel vs. keine Person im Titel²²

Im Text genannte Akteure:

- Elite-Person kommt als Akteur vor vs. kommt nicht vor
- Non-Elite-Person kommt als Akteur vor vs. kommt nicht vor
- Elite-Struktur kommt als Akteur vor vs. kommt nicht vor
- Non-Elite-Struktur kommt als Akteur vor vs. kommt nicht vor

Fünf latente Klassen der Berichterstattung mit jeweils charakteristischen Kategorienhäufigkeiten konnten identifiziert werden.

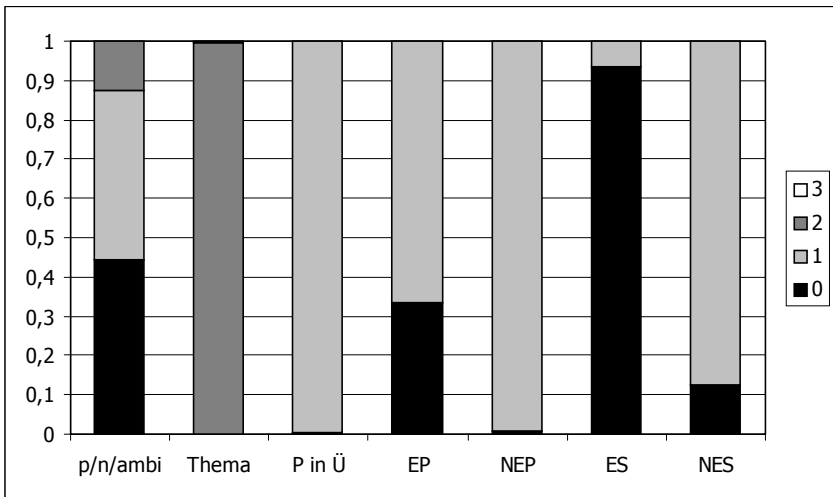


Abbildung 6: Klasse 1 "Strukturelles Elite-Thema"

p/n/ambi: 0=positiv/neutral, 1=negativ, 2=ambivalent; Thema: 0=Person-Elite-Thema, 1=Person-Non-Elite-Thema, 2=Struktur-Elite-Thema, 3=Struktur-Non-Elite-Thema; P in Ü: 0=Nennung einer Person im Titel, 1= keine Person im Titel; EP: 0=Elite-Person tritt als Akteur auf, 1=tritt nicht auf; NEP: 0=Non-Elite-Person tritt auf, 1=tritt nicht auf; ES: 0=Elite-Struktur tritt auf, 1=tritt nicht auf; NES: 0=Non-Elite-Struktur tritt auf, 1=tritt nicht auf

21 Hierzu wurden die beiden Grundvariablen "Elite vs. Non-Elite" und "Person vs. Struktur" miteinander kombiniert.

22 Ein personalisierter Titel dient möglicherweise als Leseanreiz für einen Artikel von geringerem Nachrichtenwert.

37% der Berichterstattung sind annähernd reine Elite-Struktur-Themen (vgl. Abb. 6), die etwa gleich häufig positiv/neutral und negativ sind, seltener ambivalent. Als Akteure kommen fast immer Elite-Strukturen vor, ein Drittel der Artikel nennt jedoch auch Elite-Personen. So gut wie nie werden diese Texte durch personalisierte Überschriften aufgewertet. Das Selektionskriterium Elite scheint hier alle übrigen konsequent zu dominieren.

Ein Viertel der untersuchten Artikel (25,8%) behandelt fast ausschließlich strukturelle Non-Elite-Themen, welche überwiegend positiv sind (59,2%), nur zu einem Drittel negativ (32,6%), selten ambivalent (8,3%) (vgl. Abb. 7).

Die häufigsten Akteure in diesen Artikeln sind Non-Elite-Strukturen (68,1%). Dicht gefolgt werden sie von Elite-Strukturen (58,2%). In fast der Hälfte der Artikel treten auch Elite-Personen auf (44,2%). Non-Elite-Personen finden sich zwar selten (11,8%), aber doch überdurchschnittlich häufig. Obwohl diese Artikel eindeutig einen nach dem Modell wenig bevorzugten Teil der französischen Gesellschaft betreffen, nämlich Non-Eliten, geschieht dies überwiegend in einem positiven Kontext. Auch wird auf personalisierte Überschriften als Leseanreiz verzichtet. Allenfalls erhöht sich der Nachrichtenwert dieser Texte durch gelegentliches Einflechten von Elite-Protagonisten.

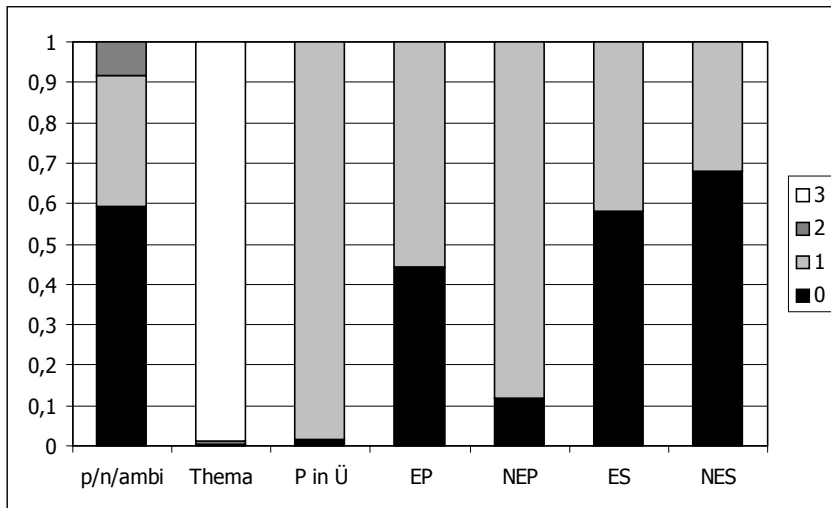


Abbildung 7: Klasse 2 "Strukturelles Non-Elite-Thema", vgl. Legende zu Abb. 6

In 18,5% der Artikel sind thematisch zu fast 90% Eliten betroffen (Elite-Personen-Themen zu 18,3%, Elite-Struktur-Themen hingegen zu 70,3%; vgl. Abb. 8). Wie bei Klasse 1 ist das Thema zu etwa gleichen Teilen positiv (45%) und negativ

(41%), selten – aber von allen Klassen immer noch am häufigsten – ambivalent (14%).

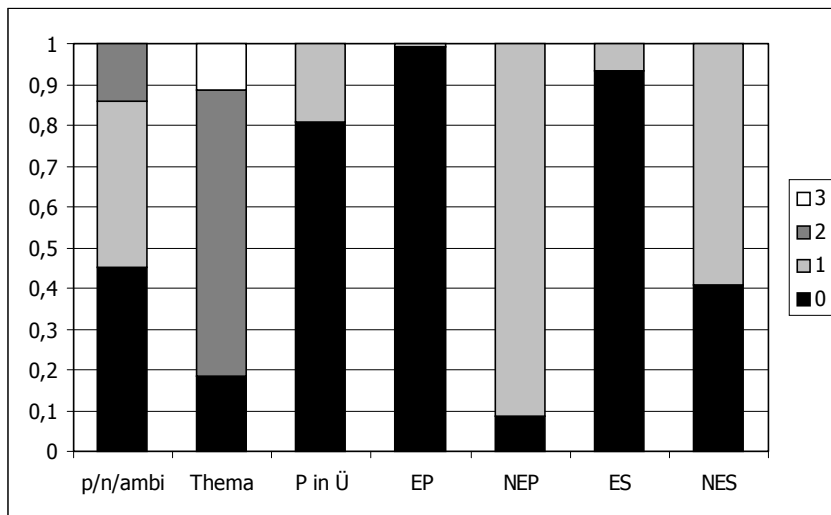


Abbildung 8: Klasse 3 "Personalisiertes Elite-Thema", vgl. Legende zu Abb. 6

Obwohl es in diesen Artikeln zumeist um Strukturelles zu gehen scheint, wird das Thema fast immer an konkreten Elite-Personen abgehandelt und verständlich gemacht, die man bereits in der Überschrift ankündigt (über 80% der Artikel). Immerhin wird aber auch in über 40% dieser Texte über Non-Elite-Strukturen berichtet, während Non-Elite-Personen als Akteure selten auftreten.

15,8% der Berichterstattung beinhalten überwiegend positiv/neutrale Themen (80,3%), bei denen Elitepersonen als Akteure die Hauptrolle spielen (>92%), während andere Protagonisten kaum auftreten (vgl. Abb. 9).

Etwa zwei Drittel dieser Artikel nennen eine Person im Titel. Neben einzelnen prominenten Franzosen treten nur selten andere Akteure auf. Dass fast die Hälfte dieser Artikel dennoch als Non-Elite-Struktur-Themen klassifiziert wurde (48,6%), hängt u.a. damit zusammen, dass in dieser Klasse der Anteil von Rezensionen relativ hoch ist²³. Andererseits sind Nachrichtenartikel/Kurzmeldungen immer noch weitaus häufiger. Den Modellannahmen entsprechend ist in dieser Klasse von Artikeln mit positiver (und Non-Elite-)Thematik ein starker Trend zur Personalisierung zu finden.

²³ Laut Kodieranweisung wurden Rezensionen, die das Werk und nicht den Schöpfer fokussierten, im Sinne einer Darstellung französischen kulturellen Lebens als Non-Elite-Struktur-Themen kodiert.

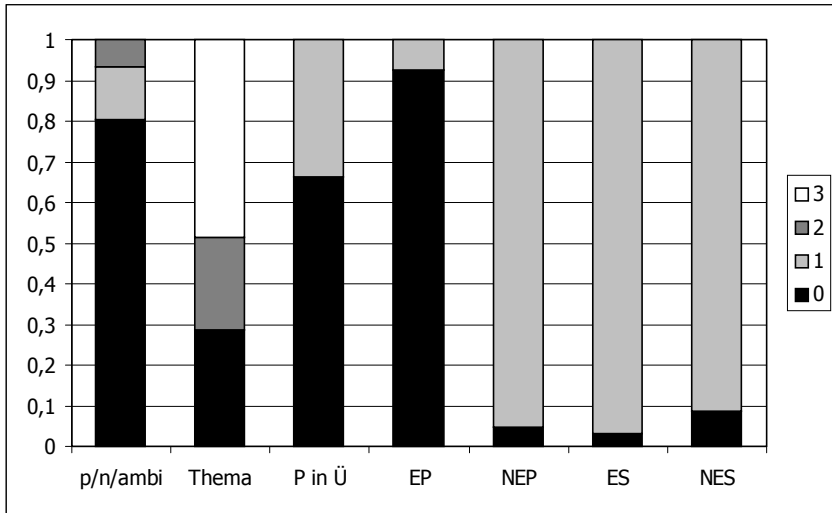


Abbildung 9: Klasse 4 "Positives Thema mit Elite-Personen als Akteuren", vgl. Legende zu Abb. 6

Charakteristischerweise betrifft in der fünften und kleinsten Klasse von Artikeln (2,8%) das Thema am weitest häufigsten Non-Elite-Personen (73%), gefolgt von Non-Elite-Strukturen (25%) (vgl. Abb. 10).

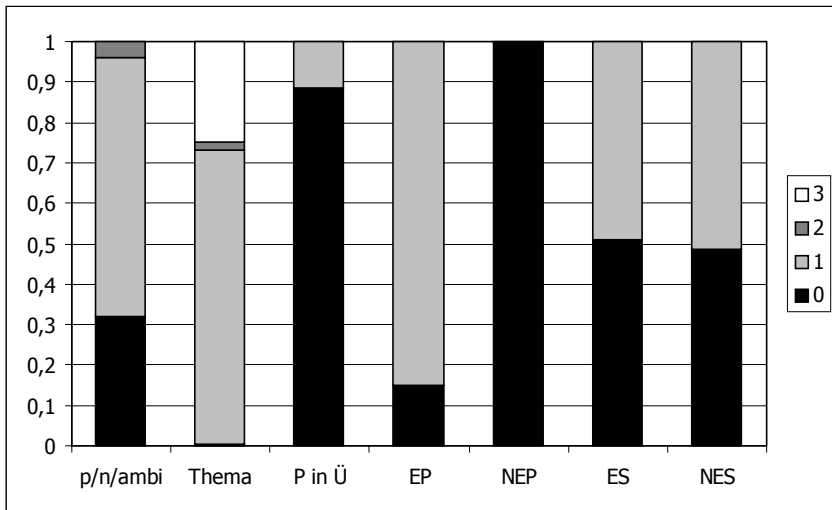


Abbildung 10: Klasse 5 "Non-Elite-Personen im Zentrum", vgl. Legende zu Abb. 6

Das Thema ist überwiegend negativ (63,7%) und nur gelegentlich positiv/neutral (32,2%). Ins Auge fällt außerdem die zu 88,4% personalisierte Überschrift, die auf den Artikel aufmerksam macht. Fast immer treten darin als Akteure einzelne Personen aus der Bevölkerung (99,8%) auf. In etwa der Hälfte aller Fälle finden sich zusätzlich Elite-Strukturen (50,9%) und Non-Elite-Strukturen (48,7%). Personen von Rang und Namen sind selten (15,1%).

Diese Klasse entspricht dem Modell insofern, als Non-Eliten scheinbar ausgesprochen Negatives passieren muss, damit sie überhaupt von den Medien wahrgenommen werden. Eine personalisierte Überschrift erhöht den Nachrichtenwert zusätzlich. Dem Faktor Person kommt allerdings nicht der Stellenwert zu, den er angeblich besitzt.

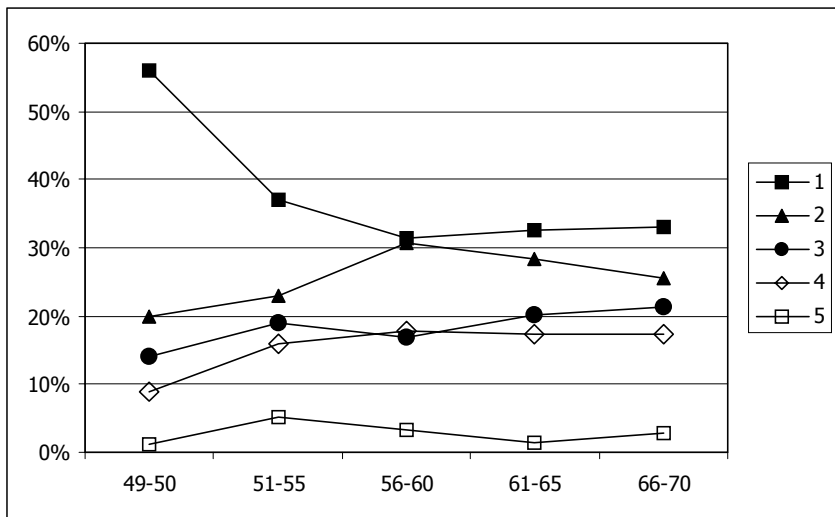


Abbildung 11: Berichterstattungsstile im Zeitverlauf

1="Strukturelles Elite-Thema", 2="Strukturelles Non-Elite-Thema", 3="Personalisiertes Elite-Thema", 4="Positives Thema mit Elite-Personen als Akteuren", 5="Non-Elite-Personen im Zentrum"

Interessant sind die Veränderungen im Zeitverlauf (vgl. Abb. 11). Personalisierte Elite-Themen nehmen zu (Klasse 3), während unpersönliche Elite-Themen im Lauf der Zeit abnehmen (Klasse 1). Auch macht die Grafik deutlich, dass sich die Berichterstattung über Frankreich vor allem in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums deutlich in Richtung größerer Vielfalt verändert hat, dass jedoch ab ca. 1956 kaum mehr bedeutende Verschiebungen auftreten.

Strukturelle Non-Elite-Themen (Klasse 2) nehmen kontinuierlich zu, erleben ihren Höhepunkt im Zeitraum von 1956 bis 1960, in dem sie annähernd gleich häufig zu finden sind wie strukturelle Elite-Themen, und gehen danach wieder leicht zurück.

Dies weist darauf hin, dass gerade in dieser Zeit häufig Auseinandersetzungen mit dem Alltag und der Kultur der Franzosen stattgefunden haben.

Artikel mit einer positiven Thematik, in denen fast ausschließlich über die Aktivitäten von Prominenten berichtet wird und die nicht selten Rezensionen zuzuordnen sind (Klasse 4), sind anfangs mit 9% noch relativ selten. Schon ab 1951 steigt ihr Anteil auf das Doppelte. Im Zeitraum von 1956 bis 1960 übersteigt ihr Anteil sogar den personalisierter Elite-Themen (Klasse 3).

Artikel, in denen stets Non-Elite-Personen als Akteure auftreten (Klasse 5), bleiben durchgehend eine Seltenheit, was in hohem Maße bereits der Wahl von Qualitätszeitungen als Datengrundlage geschuldet ist: Anders als in Boulevardblättern hat die Berichterstattung über individuelle Schicksale einfacher Menschen hier nur einen marginalen Stellenwert.

Was die Auftrittswahrscheinlichkeit der Klassen anbelangt, so unterscheiden sich die Zeitungen nicht signifikant. Bei der Berichterstattung über Frankreich scheint die unterschiedliche politische Grundausrichtung der Zeitungen kaum eine Rolle gespielt zu haben.

6 Fazit

Die vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, dass die deutschen Zeitungen den fortschreitenden Aussöhnungsprozess mit Frankreich tatsächlich unterstützt bzw. ihn zumindest nicht durch eine konsequent an Nachrichtenfaktoren orientierte Themenauswahl behindert haben.

Zwar zeigt sich ein gewisser Elite-Bias auch bei der untersuchten Stichprobe, daneben scheinen jedoch enorme Spielräume bestanden zu haben, die von der damaligen Presse tatsächlich genutzt wurden: Die Themen mussten nicht personalisiert werden und der Kontext musste nicht zwingend negativ sein. Durch dieses partielle Aufbrechen einer Elite-Orientierung wurde ein breiteres Bild von Frankreich als Land und von französischer Lebensart gezeigt, als es bei einer Konzentration allein auf die politische Seite möglich gewesen wäre. Gerade das französische kulturelle Schaffen stieß in den deutschen Zeitungen auf große, meist positive Resonanz. Vor allem in den späten 50ern und frühen 60ern finden sich viele Berichte über französische Kunst, Literatur, Musik, Film etc.

In den Texten selbst gibt es viele Anzeichen für eine relativ wohlwollende Darstellung französischer Protagonisten, was einen Abbau von Misstrauen potenziell fördern kann und einer Identifikation mit diesen Menschen zuträglich ist. Dies betrifft vor allem die Berichterstattung über Elite-Personen und über Non-Elite-Strukturen. Speziell die Belange der französischen Bevölkerung wurden in weitaus posi-

tiveren Kontexten thematisiert, als aufgrund des Nachrichtenfaktoren-Modells zu erwarten war, und es werden durchgehend eher positiv/neutrale als negative Handlungen beschrieben. Einen negativen Kontext findet man am ehesten im Zusammenhang mit abstrakten Elite-Struktur-Themen oder wenn Non-Elite-Personen zentral betroffen sind. Die insgesamt sehr seltenen Berichte über einzelne unbekannte Franzosen entsprechen den Modellannahmen: Diese Menschen hatten nicht wirklich eine Chance, Medienaufmerksamkeit auf sich zu ziehen, außer, wenn ihnen etwas Übles zustieß oder sie durch skurriles Verhalten auffielen.

Die auffälligsten Veränderungen im Lauf der fünfundzwanzig Jahre finden sich zwischen dem Zeitraum von 1946 bis 1950 und der übrigen Zeit von 1951 bis 1970, was auf einen deutlichen Einfluss der Nachkriegs- und Besatzungssituation hinweist. Nach 1950 wird die Berichterstattung persönlicher, Non-Elite-Themen stehen häufiger im Zentrum als zuvor. Der Anteil negativer Themen nimmt leicht zu. Auch in eigentlich strukturellen Themen treten nach dem Ende der Besatzung häufiger die beteiligten (prominenten!) Personen als Akteure hervor. Gleichzeitig steigt der Anteil personalisierter Überschriften und der Artikel, in denen es speziell um Frankreich geht und die Frankreich nicht nur als Thema neben anderen erwähnen.

Die Berichterstattung über französische Elite-Akteure wird vielseitiger, differenzierter und damit auch kritischer. Die Art und Weise der Darstellung der französischen Bevölkerung ändert sich hingegen nicht, obwohl im Lauf der Zeit, vor allem von Ende der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre, zunehmend häufiger über sie berichtet wird.

Zu berücksichtigen sind bei all diesen Veränderungen die materiellen und strukturellen Rahmenbedingungen der Zeitungsproduktion, wie z.B. der Zwang, sich nach dem Krieg aufgrund der Papierknappheit aufs Wesentliche zu beschränken, während sich mit zunehmendem Wohlstand und dem Wegfall der alliierten Kontrolle auch das Format der Zeitungen selbst weiterentwickeln konnte (Anwachsen der Seitenzahl, breiteres Themenspektrum, ausdifferenziertere Textsparten, vielseitigere Beilagen etc.). Und natürlich waren die Zeitungen während der Besatzungszeit vom good will der Alliierten abhängig, die durch die Auswahl von Lizenznehmern und ihr Mitwirken bei der Auswahl von Redakteuren, durch Vor- bzw. Nachzensur, Anordnungen, Bestimmung der Nachrichtenquellen etc. inhaltlichen Einfluss auf die Berichterstattung nahmen. Dass jedoch ein aktives Unterbinden der früheren Kriegsrhetorik die Beziehung zwischen Zeitung und Besatzungsmacht nicht zwingend beeinträchtigen muss, zeigt das Beispiel des *Südkuriers*, der sich in den frühen Nachkriegsjahren durch (verglichen mit den übrigen Zeitungen) ausgesprochen positiv/neutrale Berichterstattung über Frankreich hervorhebt. Obwohl der *Südkurier* als einzige Zeitung nach dem Ende der Besatzung einen signifikanten Stimmungswechsel aufweist, berichtet er später nicht negati-

ver über Frankreich als die übrigen Zeitungen auch – von einer nachträglichen Quittung für eventuell erlittene Unterdrückung kann also keine Rede sein.

Tatsächlich wurden nach dem Ende der Besatzung für die westdeutsche Öffentlichkeit andere Themen relevanter als die überwiegende Beschäftigung mit Frankreich in seiner Eigenschaft als Siegermacht. Durch die problematische Situation Westdeutschlands im internationalen Machtgefüge wurde die wirtschaftliche und politische Annäherung an Frankreich begünstigt. Diese Rahmenbedingungen, wie z.B. der Kalte Krieg, die Teilung Deutschlands, die Notwendigkeit internationaler Kooperation zum Wiederaufbau der Wirtschaft, scheinen sich auch positiv auf die Berichterstattung ausgewirkt zu haben, die sich dem deutsch-französischen Annäherungsprozess verantwortlich zeigte und dem, was auf der politischen Agenda relativ hoch oben angesiedelt war, nicht hinderlich war. Die Schwankungen, denen dieser Prozess unterworfen war, kommen in der Analyse nur partiell zum Vorschein.

Der wesentliche Beitrag der Presse scheint allerdings darin zu liegen, dass sie jenseits der großen Politik auf eine gemeinsame Basis beider Bevölkerungen hinwies, indem sie an die in Deutschland beinahe schon traditionelle Bewunderung der französischen Kultur und Lebensart anknüpfte. Darauf konnte man nach dem Krieg die Sehnsucht aufbauen, einander wieder näher zu kommen und mehr über den anderen zu erfahren. Bereits unmittelbar nach dem Krieg wurde der Annäherung über gemeinsame kulturelle Interessen und über den Austausch durch Initiativen beider Seiten große Bedeutung zugemessen. Von französischer Seite wurde immens viel geleistet, um sich den Deutschen als hoch zivilisierte Nation zu präsentieren (vgl. z.B. Vaillant, 1984). Die Presse griff solche Initiativen auch nach dem Wegfall der Pressekontrolle bereitwillig auf und unterstützte sie durch ein entsprechendes Echo in der Berichterstattung. Daneben wurden auch regelmäßig die Lebensumstände und Belange der kleinen Leute in Frankreich zu einem Thema gemacht, so dass Gelegenheit zur Identifikation mit den Nachbarn gegeben wurde, zumindest aber dazu, sich mit ihnen und ihrer Situation auseinander zu setzen.

Natürlich hängen all diese Befunde eng damit zusammen, dass das Untersuchungsmaterial den gesamten Zeitungsinhalt umfasst, statt sich auf die Politikseiten zu beschränken. Andererseits bietet sich gerade jenseits der Titelseiten, z.B. im Feuilleton oder im Lokalteil, eine Chance für den Journalismus, Themen zu platzieren, die der Vielfalt dessen, was im Ausland geschieht, eher gerecht werden. Im Übrigen scheint es wenig wahrscheinlich, dass die Konsumenten der damaligen Presse selektiv lediglich die ersten Seiten ihres Blattes gelesen haben, da sie noch nicht mit einem Informationsüberangebot, geschweige denn einem heutigen Ausmaßes, konfrontiert waren.

Von Nachhall und Überwindung deutsch-französischer Gegnerschaft – qualitative Fallstudien

Susanne Jaeger

1 Einleitung und Fragestellung

Die quantitative Analyse der deutschen Nachkriegsberichterstattung über Frankreich (vgl. Kap. 3) hat gezeigt, dass die Zeitungen hinsichtlich der Auswahl und der Ausgestaltung von Themen so viel Flexibilität bewiesen haben, dass hierdurch der deutsch-französische Annäherungsprozess zumindest nicht behindert worden zu sein scheint. Mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse wurden nun exemplarische Artikel dieses Samples genauer darauf hin untersucht, ob und wie sie diesen Prozess konkret unterstützt haben.

Zwei verschiedene Zielsetzungen liegen dieser qualitativen Studie zugrunde:

1. Bislang ließen sich die aus der sozialpsychologisch fundierten Konflikttheorie abgeleiteten Merkmale einer deeskalationsorientierten Berichterstattung empirisch nur punktuell nachweisen (vgl. Kap. 2). Am Beispiel eines gelungenen Friedensprozesses, nämlich dem der deutsch-französischen Aussöhnung, soll nun exploriert werden, ob deeskalationsorientierte Berichterstattung im Sinne des Modells grundsätzlich im journalistischen Repertoire vorhanden ist und bei entsprechender politischen Agenda zum Einsatz kommt, oder ob die Modellmerkmale weiterhin auf der Ebene von wünschenswerten, aber nicht realistischen Konstrukten verstanden werden müssen.
2. Die faktische Berichterstattung während eines (schließlich als gelungen zu betrachtenden) Friedensprozesses enthält möglicherweise kreative journalistische Ansätze jenseits des theoretischen Modells, die eine in Richtung auf Versöhnung veränderte Wahrnehmung des ehemaligen Gegners anregen können. Dieses Repertoire deeskalationsorientierter Berichterstattung, über das Journalisten bereits verfügen, soll erfasst und systematisiert werden.

Im Sinne dieser beiden Forschungsziele ist die Untersuchung der Berichterstattung über Frankreich eine Fallstudie neben anderen (vgl. Kap. 6). Daneben ist natürlich der historische Annäherungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich selbst in Rechnung zu stellen, dessen Themen sehr spezifisch für die Geschichte

und Beziehung dieser beiden Länder sind und die von daher möglicherweise nicht global übertragen werden können. Was also ist das Besondere an der deutschen Berichterstattung über Frankreich nach dem Krieg, was lässt sich verallgemeinern?

2 Methode

2.1 Auswahl der Artikel

Mit dem Ziel, eine größtmögliche Bandbreite und stilistische Vielfalt von Texten in die Analyse aufzunehmen, galten folgende formale Anforderungen an die 28 ausgewählten Artikel:

- Möglichst verschiedene Textgattungen (Kommentare, Berichte, Rezensionen)
- Hinreichende Länge (max. eine halbe Zeitungsseite)
- Aus verschiedenen Zeitungen
- Aus verschiedenen Zeiträumen

Inhaltlich sollten die Artikel folgenden Kriterien genügen:

- Thematische Vielfalt: Nicht nur Artikel, die sich mit der deutsch-französischen Aussöhnung selbst beschäftigen, sondern auch solche, die andere Themen behandeln, z.B. das Alltagsleben in Frankreich, bestenfalls sogar Kontroversen und Krisen in der Beziehung, über die in konstruktiver Weise berichtet wurde.
- Indizien für deeskalationsorientierte Berichterstattung: Da eines der Untersuchungsziele darin bestand, die Merkmale deeskalationsorientierter Berichterstattung anhand von empirischem Material genauer zu beleuchten, sollten die Artikel zumindest auf den ersten Blick einige dieser Merkmale enthalten. Darüber hinaus sollten sie auch neue konstruktive und kreative Aspekte jenseits des Modells aufweisen. Suchkriterien für konstruktive Aspekte waren z.B. eine vom Mainstream abweichende Themenauswahl (vgl. Kap. 3, etwa Artikel über die französische Normalbevölkerung); die Art und Weise, in der Konfliktkontext und betroffene Parteien dargestellt wurden; aber auch, ob im Artikel Perspektiven für eine Versöhnung aufgezeigt, Chancen und Risiken der Situation diskutiert werden und für friedliche Formen der Konfliktbearbeitung plädiert wird. Viel Aufmerksamkeit galt dabei versöhnungsorientierten Stellungnahmen des Autors zu den Ereignissen. Des weiteren wurde auf stilistische Aspekte geachtet, z.B. auf eine spannende Aufbereitung von an und für sich unspektakulären, aber versöhnlichen Ereignissen; auf eine anregende Sprache, die Begeisterung und Interesse für die einfachen Leute im Nachbarland weckt; auf die Aneinanderreihung der Argumente, so dass am Ende nicht ein Eindruck von Ausweglosigkeit zurückbleibt, sondern der Leser zu einer Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt angeregt wird.

Bereits während der quantitativen Analyse war auf solche Artikel geachtet worden, die aufgrund der genannten Kriterien gewissermaßen aus dem Rahmen der sonstigen Berichterstattung fielen. Nach zweimaligem Lesen der Texte ließen sich mit relativ sicherer Hand Artikel finden, die konstruktive Beiträge zur deutsch-französischen Aussöhnung zu liefern versprachen.

Die ausgewählten Artikel lassen sich thematisch zwei Gruppen zuordnen. Dies sind zum einen Artikel über relativ unproblematische oder gar konstruktive Ereignisse, zum anderen über krisenhafte Ereignisse bzw. Differenzen.

Die Artikel der ersten Gruppe betreffen einerseits den deutsch-französischen Aussöhnungsprozess selbst, andererseits werden darin aber auch grundsätzlich Erfolge, Positives, Erfreuliches zum Thema (vgl. Tab. 1). Bei diesen Texten ist von vornherein anzunehmen, dass sie deeskalationsorientierte Elemente eher enthalten als Texte, in denen über Krisen berichtet wird. Möglicherweise fließen aber trotz des Erfreulichen auch weniger konstruktive oder gar destruktive Merkmale in die Berichterstattung ein. Aus der Identifikation dieser Schwachstellen lässt sich wiederum lernen, welche kritischen Punkte es bei einer versöhnungsorientierten, konstruktiven Berichterstattung zu beachten gilt.

	Titel	Quelle	Inhalt
T16	Die Straßensänger in Paris	<i>SK</i> , 8.2.1946, S. 3, F.C.-Korrespondent	Bericht über die traditionsreichen französischen Straßensänger, ihr Verschwinden während der deutschen Besatzung und die Begeisterung über ihr Wiederauftreten nach der Befreiung von Paris
T4	Die Stimme der Frau	<i>FR</i> , 28.6.1946, S. 7, Ida Berger	Bericht über die Union des Femmes Françaises, eine französische Frauenorganisation, die im Krieg entstanden war und sich politisch wie auch in Form von Nachbarschaftshilfe für Frauenrechte und die Lösung von Frauenproblemen einsetzt
T20	Frankreich für einheitliches Deutschland	<i>Welt</i> , 12.2.1949, S. 1, P.L.	Bericht über Reuters erfolgreichen Paris-Besuch, bei dem er um Verständnis für die Lage des geteilten Berlins wirbt und ein Entgegenkommen von französischer Seite erreicht
T2	Das Gespräch ist im Gang	<i>SK</i> , 6.11.1949, S. 3, Waldemar Schweitzer	Bericht über den deutsch-französischen Jugendaustausch und über Reisemöglichkeiten in das jeweilige Nachbarland mit Unterstützung durch Behörden und Jugendherbergswerke
T10	Eine Träumerei von Robert Schuman	<i>SK</i> , 12.1.1952, S. 1, Gustav Adolf Groß	Kommentar zur Entscheidung des deutschen Bundestages, dem Schuman-Plan zuzustimmen. Im Kommentar werden die Strukturen der Montan-Union erklärt und die Vorteile dieses Plans begeistert erläutert.

T3	Monsieur Lecompte frischt Erinnerungen auf	<i>SZ</i> , 4.9.1954, S. 12, tom	Bericht über einen Besuch ehemaliger französischer Kriegsgefangener in ihrem früheren Lager in der Moosburger Neustadt, wobei die Begegnung ehemaliger Soldaten auf beiden Seiten eine große Rolle spielt
T11	Ein Brief aus Sombornon	<i>Welt</i> , 14.5.1955, S. 5, Karl Heinz Christensen	Bericht über die Geschichte einer Freundschaft zwischen einem ehemaligen Oberst der Wehrmacht und einer alten Französin, die ihm während des Krieges, als er durch Anhänger des Maquis schwer verwundet worden war, das Leben gerettet hat
T17	Internationale Verständigung	<i>SK</i> , 26.5.1956, S. 11, M.B.	Artikel aus der Kolumne im Lokalteil, in dem die Autorin von einer Begegnung mit den Freunden Peter (aus Pommern) und Jeannot (französischer, in Konstanz stationierter Soldat) berichtet und die Jugend als Vorreiter der Versöhnung preist
T19	So reisen Jean und Jeannette	<i>FR</i> , 28.7.1956, S. 12, Ermano Höpner	Französische Impressionen von der Côte d'Azur, aufgezeigt am Beispiel eines imaginären Paares ("Jean und Jeannette"), das stellvertretend für französische Normalbürger mit schmalem Geldbeutel schöne Ferientage in Südfrankreich bringt
T8	Colette lernt tanzen	<i>FAZ</i> , 22.8.1959, "Die Frau", Alois Bießle	Persönlicher Bericht über die Erfahrungen mit einer französischen Austauschschülerin in einer deutschen Familie, in den auch allgemeine Vergleiche zwischen dem deutschen und dem französischen Schulsystem einfließen
T21	Eine neue Generation in Frankreich	<i>FAZ</i> , 21.4.1962, S. 7, Heinz Brestel	Bericht im Wirtschaftsteil, in dem evaluiert wird, inwieweit sich die französische Wirtschaft und die französische Einstellung gegenüber dem gemeinsamen Markt zum Positiven verändert haben
T22	Fast alle 900 000 Algerienflüchtlinge eingegliedert	<i>FAZ</i> , 16.11.1963, S. 3, haw.	Bericht über den Stand der Integration, den die aus Algerien nach Frankreich geflüchteten Franzosen mittlerweile dank Regierungsbemühungen und eigener Initiative erreicht haben
T25	Fechter der Schwesterstädte in Fontainebleau	<i>SK</i> , 31.5.1969, S. 19, (d)	Begeisterter Erlebnisbericht vom zweiten Besuch von Mitgliedern des Konstanzer Fechtclubs in der Partnerstadt Fontainebleau

Tabelle 1: Artikel zum Thema "unproblematische bzw. konstruktive Ereignisse"

Die Berichterstattung über krisenhafte Ereignisse (vgl. Tab. 2) ist genau deshalb besonders untersuchenswert, da sich gerade bei Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich eine veränderte, den Aussöhnungsprozess unterstützende und dabei gleichwohl kritische Auseinandersetzung mit den Ereignissen manifestieren könnte, die generell wertvolle Perspektiven für eine konstruktive Nachkriegs-

berichterstattung liefern könnte. Auch soll überprüft werden, ob alte Vorurteile und Konkurrenzdenken so dicht unter der Oberfläche liegen, dass bei Differenzen sofort wieder ein schärferer Tonfall auftritt, und wie dies zu vermeiden wäre.

	Titel	Quelle	Inhalt
T15	Frankreichs wirtschaftlicher Aufbau	<i>SK</i> , 8.2.1946, S. 4, Heiser	Bericht über die wirtschaftliche Lage im vom Krieg zerstörten Frankreich und dessen Fortschritte beim Wiederaufbau. In Hinblick auf die zu diesem Zeitpunkt herrschende materielle Not in der französisch besetzten Zone ist das Thema von einiger Brisanz.
T26	Westeuropäische Kompromisse	<i>SZ</i> , 12.6.1948, S. 3, -ho-	Kommentar zu den Londoner Empfehlungen, die stark vom sich vertiefenden Ost-West-Antagonismus geprägt sind und nur als Kompromiss zustande kommen konnten. Die französische Haltung ist geprägt von Sicherheitsbedenken gegenüber Deutschland, während man andererseits von materieller Hilfe durch die USA abhängig ist. Der Autor favorisiert die US-Haltung.
T1	Der Prozeß gegen Otto Abetz	<i>FR</i> , 23.7.1949, S. 16, Kurt Kornicker	Bericht über den Prozess gegen den ehemaligen deutschen Botschafter im besetzten Paris
T6	[Sammelüberschrift: Was die Welt so über uns denkt] Frankreich braucht Feldgrau nicht zu fürchten	<i>SZ</i> , 28.10.1950, S. 3, E.G.P.	Bericht über die Haltung französischer Bürger zur deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG
T14 a)b)	Deutschland – Frankreich – Europa	<i>SK</i> , 25.11.1950, S. 3, Albert Villet (a), n.n. (b)	Mehrteiliger Artikel, in dem unter der Überschrift, ein offener Austausch sei für eine wachsende Verständigung förderlich, jeweils ein Franzose (a) und ein Deutscher (b) aus ihrer nationalen Sicht über das deutsch-französische Verhältnis schreiben. Das zentrale Thema ist hierbei die erbittert geführte Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung.
T24	"Ich sah ein schreckliches Bild"	<i>FAZ</i> , 24.1.1953, S. 3, (dpa/ap)	Bericht über die Zeugenaussagen über das von SS-Soldaten verübte Massaker von Oradour im Rahmen eines Kriegsverbrecherprozesses
T12 a)b)	45 Todes-Urteile im Oradour-Prozeß	<i>SK</i> , 14.2.1953, S. 2, (Komm. SK)	Bericht über die Urteilsverkündung im Kriegsverbrecherprozess von Oradour (a) und Kommentar der Redaktion zu den Urteilen (b)

T18	Skeptisch	<i>FR</i> , 17.11.1956, S. 3, jrk	Kommentar zur Lage der französischen Bevölkerung und ihrer Unzufriedenheit mit dem Suez-Einsatz von Frankreich und England
T9	Der Algerien-Rapport des Reserveobersten Jules Roy	<i>SZ</i> , 4.2.1961, S. 6, Maxim Fackler	Bericht über das Buch von Jules Roy, in dem er die Einstellung französischer Siedler in Algerien gegenüber der arabischen Bevölkerung kritisiert und für ein Einlenken von französischer Seite im Algerien-Krieg wirbt
T5	Die Partner von Baden-Baden	<i>FAZ</i> , 17.2.1962, S. 1, Alfred Rapp	Kommentar zum Treffen von Adenauer und De Gaulle, in dem Differenzen zwischen den beiden hinsichtlich einer politischen europäischen Union offenkundig werden
T28	Neuer Anlauf	<i>FR</i> , 7.7.1962, S. 3, fw	Kommentar zu einem Frankreich-Besuch Adenauers, bei dem er für eine Konferenz der Regierungschefs der EWG wirbt. Gleichzeitig werden die Bedenken der Benelux-Länder gegenüber einer möglichen deutsch-französischen Achse entkräftet.
T7	Die dünne Decke	<i>SK</i> , 6.2.1965, S. 1, Alfred Gerigk	Kommentar zu einer Pressekonferenz De Gaulles, in der unter anderem die Verjährung von NS-Verbrechen zum Thema wird. Der Kommentator plädiert für eine Gesetzesänderung, um das immer noch schwache internationale Vertrauen in Deutschland nicht zu gefährden.
T23	Der hohe Waren-austausch genügt nicht	<i>Welt</i> , 18.2.1967, S. 20, Joachim Schaufuss	Eher pessimistische Bestandsaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen des Gemeinsamen Marktes. Der Autor plädiert für ernsthaftere Anstrengungen auf beiden Seiten zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, um gegenüber dem Markt der USA konkurrenzfähig zu bleiben.
T13	Nur noch ein Rest alten Arg-wohns	<i>SZ</i> , 20.9.1969, S. 4, Klaus Arnspurger	Eher pessimistische Bestandsaufnahme des französischen Verhältnisses zu den Deutschen kurz vor der Wahl zum Deutschen Bundestag, in den diesmal die NPD einzuziehen droht
T27	Paris sieht der Konferenz mit Optimismus entgegen	<i>FAZ</i> , 29.11.1969, S. 3, J.R.	Bericht über die Haltung der französischen Regierung in Hinblick auf die bevorstehende EWG-Konferenz in Den Haag, wo unter anderem Verhandlungen über langjährige Streitpunkte (z.B. Agrarpreisregelung, das Aufnahmegesuch Großbritanniens) anstehen

Tabelle 2: Artikel zum Thema "krisenhafte Ereignisse bzw. Differenzen"

2.2 Prozedere und Untersuchungsinstrument

Die Artikel wurden in einem schrittweisen Prozess, d.h. Satz für Satz unter Verwendung des in Kap. 2 vorgestellten Modells zur Erhebung eskalations- und de-eskalationsorientierter Aspekte der Berichterstattung (vgl. auch Bläsi, Jaeger, Kempf & Möckel, 2004) analysiert. Dieses Modell liegt auch den drei in Kap. 6 vorgestellten qualitativen Arbeiten zur Berichterstattung über Jugoslawien nach Milošević zugrunde.¹

Die Texte wurden so lange der Analyse unterzogen, bis Sinn und Verwendungsweise der enthaltenen Merkmale hinreichend geklärt waren. Darüber hinaus galt das Prinzip der Offenheit. Alles, was potenziell dem Aussöhnungsprozess bzw. einer friedlichen Konfliktlösung förderlich schien, wurde notiert, selbst wenn es sich nur um eine weniger antagonistische Darstellung der französischen Lage handelte oder wenn im Falle eines akuten Konflikts ein sachlicher Ton dominierte. Grundsätzlich konnten diese zusätzlich erhobenen konstruktiven Aspekte alles beinhalten, was an dem Text auffiel. Besondere Aufmerksamkeit galt Aspekten wie z.B. der Themenauswahl, der Darstellung des Kontexts und der Parteien, den aufgezeigten Perspektiven, der Positionierung des Autors, dem Aufbau und der Dynamik des Texts sowie stilistischen Merkmalen.

2.3 Externe Zusatzinformationen

Um den Text bzw. die dargestellten Ereignisse besser zu verstehen und eine historische Einordnung zu ermöglichen, aber auch, um die Position des Autors kritisch hinterfragen zu können, war es erforderlich, die Textangaben mit Informationen aus externen Quellen zu vergleichen (z.B. Texte, die in der selben Zeitungsausgabe oder in anderen Zeitungen an diesem Tag zu finden waren, Geschichtsbücher, Biographien, Informationen aus dem Internet etc.). Die Suche nach externen Quellen war prinzipiell offen. Widersprüchliche Informationen wurden anhand der Vertrauenswürdigkeit der Quellen ausgewertet. Da die Forschungsfrage sich nicht auf die "objektive Richtigkeit" der Darstellung der Ereignisse bezog, sondern auf deren Konstruktion durch den Autor, sollten diese Zusatzinformationen dazu dienen, den Text möglichst den Intentionen des Autors entsprechend zu verstehen.

1 Ausführliche Arbeitstreffen mit den Bearbeitern der anderen Studien stellten sicher, dass die Modellmerkmale von allen in gleicher Weise verstanden und auf das Material angewendet wurden.

3 Ergebnisse

3.1 Charakterisierung der unterschiedlichen Kontexte der Berichterstattung

Die untersuchten Artikel konnten vier sich teilweise überlagernden Themengebieten zugeordnet werden, die in Hinblick auf ihre Chancen und Risiken für die deutsch-französische Aussöhnung besonders relevant erscheinen (vgl. Tab. 3)².

Die erste Gruppe umfasst Texte, in denen über eine Annäherung zwischen der deutschen und französischen Bevölkerung berichtet wird, z.B. über Jugendaustausch, Freundschaften und auf Völkerverständigung ausgerichtete Initiativen.

In den Texten der zweiten Gruppe, überschrieben mit "Deutsch-französische Beziehungen in Schatten und Licht von Politik und Wirtschaft", geht es um die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen und Interessen zwischen Deutschland und Frankreich. Darunter fallen Darstellungen Frankreichs als Sieger- und Besatzungsmacht, Berichte darüber, wie in Frankreich die deutsche Innen- und Außenpolitik wahrgenommen wird, sowie Artikel und Kommentare, in denen die französisch-deutschen Beziehungen auf wirtschaftlich-politischer Ebene, auch im Rahmen übergeordneter Bündnisse, zum Thema werden.

Dem dritten Themenbereich zugeordnete Texte berichten über Land, Leute und Lebenslagen in Frankreich: Wie lebt die französische Bevölkerung, wie lebt man in Frankreich? Wie steht die Bevölkerung zur französischen Politik und Wirtschaft? Wie wirkt sich andererseits das französische System auf ihren Alltag aus?

Kontext	Inhalt	Chancen für deutsch-französische Annäherung	Risiken für deutsch-französische Annäherung
1. Annäherung zwischen deutscher und französischer Bevölkerung: Austausch, Freundschaften, Initiativen	Berichte/Textpassagen über französisch-deutsche Treffen, Freundschaften, Initiativen, die die Annäherung der Bevölkerung vorantreiben	Positive Beispiele für gelungene Beziehungen, auch als Anregung an die Leser, selbst aktiv zu werden und deutsch-französische Freundschaften zu pflegen	Beibehalten und Fördern von Klischees und Vorurteilen, Aufwertung der eigenen Seite durch Darstellungen, wie versöhnungsbereit Deutsche sind und wie misstrauisch Franzosen, Darstellung einer "heilen Welt", dadurch implizit Verleugnung oder Trivialisierung der Vergangenheit

2 Häufig werden in den Texten mehrere Themen gleichzeitig angesprochen und nur bei wenigen Texten ist eine eindeutige Zuordnung zu ausschließlich einem einzigen Thema möglich. Dass die Texte unter einem bestimmten Themenpunkt diskutiert werden, resultierte aus einer pragmatischen Entscheidung und bedeutet nicht, dass sie nicht auch Aspekte für andere Themen bieten.

2. Deutsch-französische Beziehungen in Schatten und Licht von Politik und Wirtschaft			
2.1 Frankreich als Sieger- und Besatzungsmacht	Berichte/Textpassagen über Frankreich als Besatzungsmacht, französische Politik im Kontext alliierter Deutschlandpolitik sowie Berichte über Kriegsverbrecherprozesse in Frankreich	Unterstreichen von kooperativen Bemühungen Frankreichs, Anerkennung französischen Leids durch den Krieg, Verständnis für französische Lage, neutrale Darstellung französischer, den deutschen zuwiderlaufenden Interessen und Handlungen, Aufklärung über Unrecht während des Krieges, Aufbau von Vertrauen	Schaffen von Misstrauen gegenüber Frankreich, Aufbau von Antagonismen zwischen den Siegermächten, Herunterspielen deutschen Unrechts in Frankreich, Darstellung von Kriegsverbrecherprozessen als reine Siegerjustiz, eigene Viktimisierung
2.2 Deutsche Politik im Auge französischer Betrachter	Berichte/Textpassagen darüber, wie Deutschland und seine Zukunft betreffende Themen in Frankreich diskutiert werden	Darstellung, die Empathie mit den Franzosen fördert und lösungsorientiert ist; selbstkritische Beurteilung eigener Interessen etc.	Funktionalisierung französischer Stimmen, um die eigenen Interessen zu rechtfertigen, Vorenthalten von Empathie, Aufrechterhalten von Klischees, Abwerten bis Verurteilung von Kritik und Vorbehalten etc.
2.3 Frankreich: Partner oder Konkurrent in Wirtschaft und Politik?	Berichte/Textpassagen über deutsch-französische politische und wirtschaftliche Beziehungen, Beziehungen zwischen Politikern auf beiden Seiten, Frankreich als Partner in internationalen Strukturen (z.B. EWG)	Darstellung politischer bzw. wirtschaftlicher Kontroversen in einem konstruktiven Rahmen, so dass Konflikte als in beiderseitigem Austausch lösbar erscheinen, gemeinsame Aufgaben als Möglichkeit zur Kooperation und Annäherung, Beispiele für Freundschaften auf höchster Ebene, wertfreie Anerkennung jeweiliger nationaler Eigenheiten	Beibehalten und Fördern antagonistischer Weltsicht, Darstellung von Kontroversen als Konkurrenz-Situation, wo nur einer gewinnen kann, Aufrechterhalten von Klischees, Aufwertung der eigenen Politik, Wirtschaft, Politiker etc. durch Abwertung der französischen Seite, Forderung nach oberflächlicher Kooperation aus Eigennutz

3. Frankreich von innen: Land, Leute, Lebensstile	Berichte/Textpassagen über französische Alltagsbewältigung, verschiedene Gesellschaftsgruppen, soziale Probleme, die Auswirkungen von System, Politik und Wirtschaft auf die einzelnen Bürger, französische Lebensart, Landschaft, Kultur etc.	Anreize, Frankreich und seine Bewohner in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit kennen zu lernen, sich mit ihrem Leben und ihrer Kultur auseinander zu setzen, Würdigung kulturellen und sozialen Schaffens, Fördern von Empathie und Perspektivenübernahme, Aufzeigen von auch in Deutschland bekannten Problemen, von Gemeinsamkeiten/Ähnlichkeiten, die eine Annäherung erleichtern, Explorieren der Möglichkeiten, von französischen Problemlösungen zu lernen, französisches Verständnis von Demokratie als Anregung zur Auseinandersetzung, aber auch: Kritische Evaluation von Gewalt (Kriege, Kolonialismus etc.)	Aufrechterhalten und Fördern von Klischees und Vorurteilen ("Leben wie Gott in Frankreich", "faule Franzosen" etc.), Erzeugen von Neid durch Darstellung, "wie gut sie es haben", Aufrechterhalten von Pauschalurteilen wie "Volkscharakter", Schaffen einer Kluft zwischen politischen Elite-Akteuren und Volk, implizite Selbstaufwertung durch Abwertung des französischen Systems, der Wirtschaft und Politik; Gleichsetzung von Frankreich mit einigen wenigen Elite-Personen, Aufrechterhalten von Vorurteilen, aber auch: Unkritische, pauschale Zustimmung zu französischer Politik, selbst bei Verletzung von Menschenrechten
4. Auseinandersetzung mit der deutschen Kriegsvergangenheit	Berichte über Kriegsverbrechen und Kriegsverbrecherprozesse, über den Zweiten Weltkrieg, die deutsche Besatzung in Frankreich, Kriegsschäden und Spätfolgen etc.	Anerkennung des Rechts auf Verurteilung von Kriegsverbrechen, Thematisieren deutscher Verantwortung, Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im Krieg und dem von Deutschen verursachten Leid, Fördern von Empathie mit den Opfern, Explorieren von Möglichkeiten der Wiedergutmachung, Fördern von Kritik am Krieg allgemein, Suche nach Perspektiven für eine friedliche Zukunft	Trivialisierung des Krieges, Herunterspielen eigener Verantwortung, von Kriegsverbrechen, von Leid, das Krieg und Besatzung in Frankreich verursacht haben, implizites Beibehalten militärischer Werte durch Hervorheben deutschen Heldentums im Krieg, eigene Viktimisierung, Opfer-Täter-Umkehr, Infragestellen von Kriegsverbrechen und Schuld, Delegierung von Schuld etc.

Tabelle 3: Kontexte, Chancen und Risiken für die deutsch-französische Aussöhnung

Themenübergreifend finden sich in vielen Texten explizite und implizite Aussagen über die Zeit des Zweiten Weltkriegs, die es sich in einer vierten Gruppe gesondert zu betrachten lohnt. In diesen Texten wird offenbar, wie man sich in Deutschland

mit der eigenen Kriegsvorgangeneit auseinandersetzt. Auf dem Weg in eine friedliche Gesellschaft und zugunsten einer empathischeren Annäherung an die Gefühle der ehemaligen Gegner könnten es die deutschen Zeitungen ihren Lesern ermöglichen, die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg anzuerkennen, sich kritisch den Fehlern der Vergangenheit zu stellen und daraus Lehren für eine demokratische, friedliche Zukunft zu ziehen.

3.2 Die Berichterstattung in den verschiedenen Kontexten

Annäherung zwischen deutscher und französischer Bevölkerung: Austausch, Freundschaften, Initiativen

	Titel	Quelle	Inhalt
T2	Das Gespräch ist im Gang	<i>SK</i> , 6.11.1949, S. 3, Waldemar Schweitzer	Bericht über den deutsch-französischen Jugendaustausch und über Reisemöglichkeiten in das jeweilige Nachbarland mit Unterstützung durch Behörden und Jugendherbergswerke
T3	Monsieur Lecompte frischt Erinnerungen auf	<i>SZ</i> , 4.9.1954, S. 12, tom	Bericht über einen Besuch ehemaliger französischer Kriegsgefangener in ihrem früheren Lager in der Moosburger Neustadt, wobei die Begegnung ehemaliger Soldaten auf beiden Seiten eine große Rolle spielt
T11	Ein Brief aus Sombornon	<i>Welt</i> , 14.5.1955, S. 5, Karl Heinz Christensen	Bericht über die Geschichte einer Freundschaft zwischen einem ehemaligen Oberst der Wehrmacht und einer alten Französin, die ihm während des Krieges, als er durch Anhänger des Maquis schwer verwundet worden war, das Leben gerettet hat
T17	Internationale Verständigung	<i>SK</i> , 26.5.1956, S. 11, M.B.	Artikel aus der Kolumne im Lokalteil, in dem die Autorin über die Begegnung mit den Freunden Peter (aus Pommern) und Jeannot (in Konstanz stationierter Franzose) berichtet und die Jugend als Vorreiter der Versöhnung preist
T8	Colette lernt tanzen	<i>FAZ</i> , 22.8.1959, "Die Frau", Alois Bieble	Persönlicher Bericht über die Erfahrungen mit einer französischen Austauschschülerin in einer deutschen Familie, in den auch allgemeine Vergleiche zwischen dem deutschen und dem französischen Schulsystem einfließen
T25	Fechter der Schwesterstädte in Fontainebleau	<i>SK</i> , 31.5.1969, S. 19, (d)	Begeisterter Erlebnisbericht vom zweiten Besuch von Mitgliedern des Konstanzer Fechtclubs in der Partnerstadt Fontainebleau

Tabelle 4: Artikel zum Kontext "Annäherung zwischen deutscher und französischer Bevölkerung: Austausch, Freundschaften, Initiativen"

Artikel, die sich mit diesen Fragen als Hauptthema beschäftigen (vgl. Tab. 4), finden sich meist auf den Regionalseiten. Meist wird ein aktueller, regionaler Anlass (z.B. ein Treffen, eine Institutsgründung) herangezogen, um die deutsch-französische Freundschaftsbemühungen zu beleuchten.

Prototypische Texte sind "Das Gespräch ist in Gang" (T2) oder "Fechter der Schwesterstädte in Fontainebleau" (T25). Gerade in letzterem, einem Erlebnisbericht über ein deutsch-französisches Treffen, treten ausschließlich deeskalationsorientierte Merkmale auf: Kooperation, Gemeinsamkeit und Freundschaft zwischen deutschen und französischen Fechtern wird betont, die Üppigkeit des französischen Lebens ("überreiche Mahlzeiten", "über romantische Brücken und unter rauschenden Bäumen am Wasser entlang") und die (Gast-)Freundlichkeit seiner Bewohner hervorgehoben:

"... und im Nu fühlten sich Franzosen und Deutsche, als gehörten sie zu einer einzigen Familie".

Selbst bei dem eigentlichen Anlass, dem sportlichen Wettkampf, dem von vier Absätzen ein einziger gewidmet ist, gibt es nur Gewinner:

"Der aus vier Mannschaftskämpfen bestehende Wettbewerb endete mit je zwei Siegen auf beiden Seiten".

Man wünscht sich geradezu, selbst auf dieser schönen Fahrt dabei gewesen zu sein.

"Das Gespräch ist in Gang" ist komplexer aufgebaut: Reisende Jugendliche beider Nationen treffen sich im Freiburger Institut für Internationale Begegnungen zum Erfahrungsaustausch. Im Mittelteil erfährt man etwas über die Schwierigkeiten, die diesen Reisen ins jeweilige Nachbarland aufgrund 1949 immer noch fehlender Strukturen im Wege stehen (z.B. Regelung der Finanzierung, Übernachtungsmöglichkeiten); aber auch, wie gerade von Seiten der französischen Behörden der deutsch-französische Austausch (u.a. finanziell) gefördert, ausgebaut und ermöglicht wird. Der Artikel ist dominiert von einer Akzentuierung gemeinsamer Interessen zwischen den deutschen und französischen Jugendlichen sowie einem Hervorheben der kooperativen Bemühungen auf deutscher wie französischer Seite, den Jugendaustausch voranzutreiben, um dadurch eine Brücke in eine bessere, friedlichere Zukunft zu bauen. Dies fördert Vertrauen in den auch auf französischer Seite bestehenden Wunsch nach Aussöhnung. Wer genau hinhört, erhält Hinweise und Anregungen, wie er selber an einem solchen Programm teilnehmen kann (vgl. auch "Colette lernt tanzen"). Explizit werden Bedenken abgebaut, die Franzosen könnten deutschen Reisenden aufgrund des nur kurz zurückliegenden Krieges unfreundlich gegenüberreten. Erfahrungsberichte widerlegen dies, ohne dass dabei ein eindimensional rosiges Bild gezeichnet wird und der Artikel damit allzu naiv wirkt.

Interessant ist die Szenerie, in die der Artikel eingebettet wird: Der erste Absatz beginnt mit einer stimmungsvollen Schilderung, wie deutsche und französische Reiseteilnehmer beisammen sitzen und gemeinsam Volkslieder aus beiden Ländern singen. Einige "alte Damen" stoßen irrtümlicherweise zu dieser Runde dazu, da der Volkshochschulkurs, in dem sie Französisch lernen möchten, im selben Raum stattfinden soll, aber noch gar nicht in dieser Woche beginnt. Das fröhliche zweisprachige Singen wird den Damen mit einem offensichtlich rein akademischen Interesse an französischer Kultur allerdings schnell zuviel – sie verlassen "schleunigst" den Raum. In der Woche darauf (letzter Absatz) hat man eine Lösung gefunden. Das Treffen der Reiseteilnehmer wird auf einen anderen Tag verlegt. Man zeigt sich nachsichtig und lässt die "alten Damen – nichts gegen sie! – doch noch ihr Französisch lernen". Der Autor schließt mit den Worten

"Hier hat man einen besseren Weg dazu gefunden".

Die Zukunft gehört der Jugend und dem gegenseitigen Kennenlernen über gemeinsame Aktivitäten, nicht mehr länger einer rein bildungsbürgerlichen Annäherung an das Nachbarland, wie sie schon vor dem Krieg bestanden hatte und nichts dazu beitragen konnte, den Krieg abzuwenden. Die Jugendlichen andererseits

"... kennen jetzt Land und Leute der anderen ein wenig, haben tausend Angelpunkte zu tausend Gesprächen und vor allen Dingen keine Lust und Veranlassung, sich gegenseitig wehzutun".

Die Kriegsvergangenheit wird in dem Artikel nur sehr implizit zum Thema. Mit ebendiesem Satz wird aber die Hoffnung ausgedrückt, durch persönliche Kontakte künftige Kriege verhindern zu können.

"Wir sind doch alle Brüder" – so das Schlusswort eines Franzosen im Artikel "Monsieur Lecompte frischt Erinnerungen auf" (T3) über einen Besuch ehemaliger französischer Kriegsgefangener in ihrem früheren deutschen Barackenlager. Begriffe aus dem Wortfeld rund um die "Familie" werden in Artikeln über deutsch-französische Partnerschaften allgemein häufig verwendet, um damit die Nähe zwischen Deutschen und Franzosen zu betonen. Auch in diesem Text kommt der Wunsch des Autors zum Ausdruck, durch gegenseitige Besuche, durch das Erkennen der Gemeinsamkeiten und die Anknüpfung von Freundschaften künftige Kriege verhindern zu können. Besonders beeindruckend ist hier, wie der Autor Kriegszeit und Kriegswirtschaft dem Frieden der Gegenwart gegenüberstellt:

"Der Eingang sieht noch genau so wie während des Krieges aus", bemerkt Gilbert Lasson, als er diesmal in saloppem Zivil in die Lagerstraße einbiegt. In den Baracken sieht es jedoch ganz anders aus. Dort rasseln jetzt Schuhmaschinen, Webstühle und Klöppelmaschinen." "In der ehemaligen Priesterbaracke – jetzt trägt sie die Hausnummer Lindenstraße 51 – wohnt heute die Familie Bareuther. Sie läßt die Besucher aus Frankreich gerne in ihre Wohnung ein".

Die Betonung von Veränderungen führt den Lesern deutlich vor Augen, dass man sich mittlerweile auf einem besseren, einem menschlicheren Weg befindet und froh darüber sein kann.

In vielen dieser Artikel, die über zwischenmenschliche Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen berichten, werden aus den Protagonisten lebendige, greifbare Menschen, mit Alter, Namen, persönlicher Geschichte, so dass eine Identifikation erleichtert wird. Der Akzent liegt auf positiven Erfahrungen miteinander, die, wenn auch selten thematisiert, selbst während des Krieges gemacht worden waren (vgl. "Ein Brief aus Sombornon", s.u.), und auf guten aktuellen Begegnungen und geteilten Erlebnissen, auf die sich neue Freundschaften gründen können. Es ist zugleich häufig ein radikaler Blick nach vorne, man dreht sich nur selten (und wenn, dann nur kurz) nach einer finsternen Vergangenheit um, um dann sofort wieder die Zukunft anzuvisieren, als könne man dadurch die Schatten des Krieges tilgen. Diese bessere Zukunft wird häufig symbolisiert durch die Jugend, so auch im Text "Internationale Verständigung" (T17):

"Die Jugend aber springt unbeschwert über alle Trennungsgräben hinweg und gibt sich die Hand".

Wenn die Kriegsvergangenheit zur Sprache kommt, dann meist indirekt und – ihres politischen oder ideologischen Kontexts entkleidet – bagatellisierend: Es entsteht ein Bild, als hätten die "kleinen Leute sowieso nie wirklich ein Problem miteinander gehabt". Dadurch wird die Mitverantwortung von großen Teilen der deutschen Bevölkerung für den Krieg negiert.

Als Perspektive für Möglichkeiten einer konstruktiven Nachkriegsberichterstattung scheinen diese Artikel aufgrund ihrer sonstigen Merkmale dennoch immens wichtig:

1. Dadurch, dass darin tatsächlich die Bevölkerung zu Wort kommt, wird Frieden zu einem Prozess, zu dem jeder Einzelne persönlich beitragen kann.
2. Gerade durch ihren regionalen Bezug erhalten diese Artikel ihre Glaubwürdigkeit und bieten Möglichkeiten zur Identifikation mit den Protagonisten: Der Leser kennt die Orte selbst, teilweise vielleicht sogar die Protagonisten. Völkerverständigung passiert vor Ort und jeder könnte Zeuge sein oder daran teilhaben.
3. Diese Artikel können Berührungsängste abbauen, indem sie gemeinsame Interessen, aber auch Befürchtungen auf allen Seiten aufgreifen. Statt letztere totzuschweigen oder übermäßig zu betonen, werden gelungene Beispiele für internationale Freundschaften präsentiert, die als Modelle für eigene Annäherungsbemühungen dienen können. Gelegentlich sind in diesen Artikeln sogar Hinweise enthalten, an wen man sich wenden muss, um an einem Austausch teilnehmen zu können.

Deutsch-französische Beziehungen in Schatten und Licht von Politik und Wirtschaft: Frankreich als Sieger- und Besatzungsmacht

Unter diesem Thema (vgl. Tab. 5) sind jene Texte subsumiert, die sich mit Frankreich als Teil der Alliierten befassen. Beispiele dafür sind "Westeuropäische Kompromisse" (T26), in dem die (Deutschland gegenüber sehr skeptische) französische Haltung während der Londoner Konferenz von 1948 thematisiert wird. In "Frankreich für einheitliches Deutschland" (T20) geht es wiederum darum, dass Frankreich nach einem Gespräch zwischen dem Berliner Oberbürgermeister Reuter und dem französischen Außenminister Schuman mit einer etwas kooperativeren Haltung gegenüber den westdeutschen Interessen an einer Eingliederung Berlins als 12. Bundesland reagiert.

Eine spezielle Untergruppe bilden Berichte über Kriegsverbrecherprozesse, in denen deutsche Vergehen in Frankreich während des Krieges verhandelt werden und in denen zwischen den Zeilen bereits viel über die Art und Weise deutschen Rückblicks auf die eigene Vergangenheit zu lesen ist. Diese Gruppe von Artikeln soll hier nur kurz erwähnt werden und wird ausführlich unter Punkt 4 diskutiert.

	Titel	Quelle	Inhalt
T26	Westeuropäische Kompromisse	<i>SZ</i> , 12.6.1948, S. 3, -ho-	Kommentar zu den Londoner Empfehlungen, die stark vom sich vertiefenden Ost-West-Antagonismus geprägt sind und nur als Kompromiss zustande kommen konnten. Die französische Haltung ist geprägt von Sicherheitsbedenken gegenüber Deutschland, während man andererseits von materieller Hilfe durch die USA abhängig ist. Der Autor favorisiert die US-Haltung.
T20	Frankreich für einheitliches Deutschland	<i>Welt</i> , 12.2.1949, S. 1, P.L.	Bericht über Reuters erfolgreichen Paris-Besuch, in dem er um Verständnis für die Lage des geteilten Berlins wirbt und ein Entgegenkommen von französischer Seite erreicht
T1	Der Prozeß gegen Otto Abetz	<i>FR</i> , 23.7.1949, S. 16, Kurt Kornicker	Bericht über den Prozess gegen den ehemaligen deutschen Botschafter im besetzten Paris
T24	"Ich sah ein schreckliches Bild"	<i>FAZ</i> , 24.1.1953, S. 3, (dpa/ap)	Bericht über die Zeugenaussagen über das von SS-Soldaten verübte Massaker von Oradour im Rahmen eines Kriegsverbrecherprozesses
T12 a)b)	45 Todes-Urteile im Oradour-Prozeß	<i>SK</i> , 14.2.1953, S. 2, (Komm. SK)	Bericht über die Urteilsverkündung im Kriegsverbrecherprozess von Oradour (a) und Kommentar der Redaktion zu den Urteilen (b)

Tabelle 5: Artikel zum Kontext "Frankreich als Sieger- und Besatzungsmacht"

Der französische Wille zur Kooperation wird in T20 mehrfach betont – bereits im ersten Absatz quasi durch das Zeugnis von Reuter selbst:

"Schuman sagte mir von sich aus: Wir wollen ein einheitliches Deutschland. Sagen Sie der Berliner Bevölkerung, daß dies nicht nur meine persönliche Auffassung, sondern der offizielle Standpunkt der französischen Regierung ist".

Im letzten Absatz wird dies untermauert durch den Wortlaut des französischen Kommuniqués zu Reuters Paris-Besuch. Implizit wird das französische Zugeständnis gleichwohl primär als Verhandlungserfolg des Deutschen, Reuter, gewertet, nicht grundsätzlich als Zeichen einer weicheren französischen Außenpolitik. Die WELT lässt am Wagemut von Reuters Initiative keinen Zweifel aufkommen, indem sie im Mittelteil des Textes den bisherigen, wenig nachgiebigen Standpunkt Frankreichs in Erinnerung ruft. Dennoch lernt der Leser, dass mit Franzosen durchaus in persönlichen Gesprächen verhandelt werden kann, dass mit eigener Dialogbereitschaft Brücken gebaut und inhaltliche Verbesserungen erzielt werden können und dass Franzosen durchaus in der Lage sind, sich in deutsche Bedürfnisse hineinzuversetzen.

Ganz anders der Kommentar zu den Londoner Verhandlungen zwischen den Benelux-Ländern, Großbritannien, den USA und Frankreich, nicht einmal ein Jahr zuvor (T26): Es ging dabei um die Zukunftsperspektiven Westdeutschlands, u.a. um die Wiedererrichtung eines west-deutschen Staates mit föderalistischer Struktur, um die Regelung der Ländergrenzen, um eine internationale Ruhrbehörde für die Verteilung von Kohle etc. Vor allem Frankreich hatte große Sicherheitsbedenken gegenüber einem wirtschaftlich und politisch wiedererstarkenden Deutschland. Im Kommentar wird der Antagonismus zwischen der französischen und der amerikanischen Auffassung über die künftige Behandlung Deutschlands betont. Amerikanische Interessen werden dabei neutral bis zustimmend wiedergegeben, französische Interessen implizit abgewertet. Zwar gesteht man Bidault zu, sich ernsthaft um Kooperation mit den anderen Mächten bemüht zu haben, aus welcher schließlich ein Kompromiss entstehen konnte. Der Kompromiss insgesamt erscheint in einem schlechten Licht, da die materielle Abhängigkeit Frankreichs von den USA betont wird und die Schlussfolgerung nahe liegt, rein pragmatische Eigeninteressen hätten Frankreich schließlich zu einem Zugeständnis gebracht. Der Autor unterstellt Frankreich, vordergründig nach den "Vereinigten Staaten von Europa" zu rufen und nicht zuletzt auf deutscher Seite Optimismus zu wecken. Wenn es jedoch um die Umsetzung dieser Pläne gehe, würde es in einer "allzu starken Betonung seiner Sicherheitsbedürfnisse" verhaftet bleiben, sich damit sogar von den eigenen großen Bundesgenossen isolieren und letztlich Europa in Gefahr bringen. "Der Schlüssel zu einer konstruktiven Europapolitik liegt in französischer Hand", so die ungewissen Aussichten, wie die französische Nationalversammlung die Londoner Empfehlungen aufnehmen werde.

Dies alles spielt sich im Schatten des beginnenden Kalten Krieges ab. Gegen Ende des Texts wird Bevin und Bidault zwar "ernsthafte Sorge" zugestanden, man könne mit diesen Beschlüssen die Sowjetunion verprellen und eine gesamtdeutsche Lösung erschweren. Der unnachgiebige, pragmatische Kurs der USA gegenüber der Sowjetunion wird jedoch für effektiver gehalten. Letztlich werden hierdurch Englands, aber vor allem Frankreichs Bemühungen um eine Lösung, die die "Kluft zwischen Ost und West" nicht noch mehr vertieft, als naiv abgewertet.

Beim Hinzunehmen des Kommentars in das untersuchte Sample schienen Merkmale wie "Betonung gemeinsamer Interessen", "kooperatives Verhalten" oder "Befürwortung einer kooperativen Lösung" zu dominieren und einen konstruktiven Beitrag des Kommentators zum Verständnis des für Deutschland nicht unbedingt günstigen Verhandlungsausgangs zu liefern. Nach genauerer Analyse zeigt sich, dass die konstruktiven Elemente größtenteils zu Lasten Frankreichs entwertet werden und damit Frankreich in ein ungünstiges Licht rückt: als unberechenbarer Partner in einem zu schaffenden Europa. Außerdem treten beinahe sämtliche Modellmerkmale eskalationsorientierter Berichterstattung auf, und so ist der Text letztlich von destruktiven Elementen bestimmt.

Drei Artikel dieser Gruppe behandeln Kriegsverbrecherprozesse gegen Deutsche. Das französische Recht, diese Prozesse zu führen, wird in keinem von ihnen in Frage gestellt. Im Artikel "Der Prozeß gegen Otto Abetz" (T1) fällt der neutrale Ton auf, in dem der Prozessverlauf geschildert wird. Permanent wird betont, wie fair die französische Justiz diesen Fall verhandelt habe. Dies spiegelt sich auch darin, dass französische Zeugen benannt werden, die zugunsten von Abetz ausagen, als wolle der Autor jeglichen Verdacht einer "Siegerjustiz" entkräften.

Auch im Nachrichtenteil des Textes "45 Todesurteile im Oradour-Prozeß" (T12a), in dem es um die Urteilsverkündung für die am Massaker in Oradour beteiligten SS-Leute geht, herrscht ein sachlicher protokollartiger Ton vor. Zweifel an der Fairness der Urteile werden allerdings im angehängten Kommentarteil (T12b) geäußert. Zwar wird die Gleichbehandlung der beteiligten elsässischen SS-Soldaten lobend hervorgehoben, gleichzeitig aber die grundsätzliche Frage nach der Schuld zwangseingezogener Soldaten laut (s.u.).

Der FAZ-Artikel zum Oradour-Prozess "Ich sah ein schreckliches Bild" (T24) basiert auf Agenturmeldungen von dpa und ap. Anders als T12 oder T1 rührt dieser Text stark an die Emotionen der Leserschaft, da in dieser Phase des Prozesses die wenigen überlebenden Zeugen des Massakers zu Wort kommen und im Text ihre Erlebnisse detailliert und aus ihrer ganz persönlichen Perspektive geschildert werden. Die Glaubwürdigkeit der Zeugen steht im Text außer Frage. Die Umstände des Prozesses selbst, die elsässische Initiative, die "Anklage der Kollektivschuld gegen unfreiwillige Mitglieder der Feindstreitkräfte" abzuwenden, werden sachlich thematisiert. Allerdings wird das Schlusswort im Text einem Überlebenden über-

lassen, der "keine Unterschiede zwischen Deutschen und Elsässern bemerkt" habe. Auch wenn der Leser in der Beurteilung der Lage vordergründig sich selbst überlassen wird, sät gerade dieser Schlusssatz implizit Zweifel am Justizausschuss der französischen Nationalversammlung. Schließlich hat dieser Ausschuss die Revidierung des Kriegsverbrecherprozesses (in T12b als "Sonderbehandlung für Elsässer" bezeichnet) genehmigt, während die Entscheidung des Gerichtspräsidenten, die Verfahren gegen Deutsche und Elsässer nicht zu trennen, indirekt Zustimmung erfährt (ausführlichere Diskussion des Textes s.u.).

Als Perspektiven für eine friedensorientierte Berichterstattung lässt sich im Kontext "Frankreich als Besatzungs- und Siegermacht" festhalten:

1. Es ist wichtig, sensible Themen wie Kriegsverbrecherprozesse sachlich und neutral zu präsentieren (ohne die nachweislichen Täter implizit oder explizit zu Opfern der Justiz, der Umstände usw. zu machen, oder ihr Handeln mit Hinweisen auf persönliche Defizite zu relativieren). Hierdurch wird es den Lesern ermöglicht, sich mit dem von der eigenen Seite begangenen Unrecht auseinander zu setzen. Das Anerkennen des Rechts auf solche Prozesse wird unterstützt durch die Betonung der Fairness des Gerichts (z.B. Verurteilung des Sachverhalts, nicht der Nationalität). Schilderungen aus der Opferperspektive können dabei helfen, sich in die Opfer hineinzusetzen und Empathie zu entwickeln.
2. Beispiele dafür, dass mit einer Siegermacht um für die eigene Seite wichtige Themen verhandelt werden kann, dass sie durchaus Mitgefühl mit den Besiegten entwickeln kann und sich auf Zugeständnisse und Kompromisse einlässt, können Vertrauen in ein zukünftiges partnerschaftliches Miteinander aufbauen helfen. Wichtig ist es auch, anhand erfolgreicher, konstruktiver Modelle auf der eigenen Seite zu zeigen, dass mit Eigeninitiative und Mut zum Dialog Brücken gebaut und Verbesserungen erzielt werden können.

Trotz der teilweise gelungenen Beispiele gibt es in diesem Kontext spezifische Schwachstellen.

3. Siegermächte erscheinen eher dann in einem positiven Licht, wenn sie die nationalen Eigeninteressen des besiegten Landes unterstützen. Verführerisch für das nationale Ego ist dabei das Idealisieren der eigenen Akteure, denen es gelungen ist, die anderen von der Rechtmäßigkeit der eigenen Forderungen zu überzeugen; vor allem dann, wenn die grundsätzliche Legitimität dieser Interessen in keiner Weise kritisch reflektiert wird. Bei bestehenden Divergenzen zeigen sich die wenigsten Texte geneigt, zugrundeliegende Motive ausführlich und dabei fair zu explorieren, so dass sie dem Leser verständlicher werden.
4. Siegermächte werden in Antagonisten, in Freunde (diejenigen, die nationale Eigeninteressen des Landes eher zu unterstützen scheinen) und Feinde (diejenigen, die dem Land reserviert begegnen) unterteilt. Letzteren wird misstraut, obwohl man ihnen vordergründig zugesteht, dass sie möglicherweise ehrbare

Absichten verfolgen. Das eigene Land wird so zum Opfer alliierter Politik und Interessensdivergenzen stilisiert. Auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges wären Alternativen denkbar gewesen: sachliches, kritisches Evaluieren von Interessen, Hoffnungen und Befürchtungen aller, auch der eigenen Seite, statt Bestimmung von Freunden und Feinden; sachliches Explorieren von Hintergründen vor allem misstrauischer Haltungen und selbstkritische Reflexion des eigenen Anteils daran, statt Selbstmitleid und Verkehrung von Ursachen und Folgen; Hervorheben unterschiedlicher Haltungen innerhalb der einzelnen Nationen, statt sie pauschal als nationale Einstellungen zu präsentieren.

Deutsch-französische Beziehungen in Schatten und Licht von Politik und Wirtschaft: Deutsche Politik im Auge französischer Betrachter

	Titel	Quelle	Inhalt
T6	[Sammelüberschrift: Was die Welt so über uns denkt] Frankreich braucht Feldgrau nicht zu fürchten	SZ, 28.10.1950, S. 3, E.G.P.	Bericht über die Haltung französischer Bürger zur deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG
T14 a)	[Deutschland – Frankreich – Europa] Die Deutschen und wir	SK, 25.11.1950, S. 3, Albert Villet (a)	Von einem französischen Autor geschriebener Teil des mehrteiligen Artikels. Zentrales Thema ist die französische Haltung gegenüber einer möglichen deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG.
T7	Die dünne Decke	SK, 6.2.1965, S. 1, Alfred Gerigk	Kommentar zu einer Pressekonferenz De Gaulles, in der unter anderem die Verjährung von NS-Verbrechen zum Thema wird. Der Kommentator plädiert für eine Gesetzesänderung, um das immer noch schwache internationale Vertrauen in Deutschland nicht zu gefährden.
T13	Nur noch ein Rest alten Argwohns	SZ, 20.9.1969, S. 4, Klaus Arnsperger	Eher pessimistische Bestandsaufnahme des französischen Verhältnisses zu den Deutschen kurz vor der Wahl zum Deutschen Bundestag, in den diesmal die NPD einzuziehen droht

Tabelle 6: Artikel zum Kontext "Deutsche Politik im Auge französischer Betrachter"

Wie sehen die Franzosen Deutschland? Diese Art von Bestandsaufnahme (vgl. Tab. 6) kommt im untersuchten Material regelmäßig vor und spiegelt einerseits ein intensives deutsches Interesse dafür, inwieweit die Wunden des Krieges allmählich verheilt sind. Auch kann sie gegebenenfalls Annäherungsbemühungen unterstützen, indem der Argwohn gegenüber den Franzosen abgebaut wird, sie

wären den Deutschen gegenüber prinzipiell immer noch misstrauisch und feindlich gesonnen. Andererseits erregen einige dieser Artikel den Verdacht, der Autor bediene sich der Stimmen aus dem Ausland, um zugunsten einer bestimmten Handlungsoption zu plädieren.

Am Beispiel der beiden Artikel, die jeweils die Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen der geplanten EVG zum Thema haben (T6, T14a), werden diese unterschiedlichen Herangehensweisen deutlich.

Der *Südkurier* wagt sich in einem Artikel an dieses heiße Eisen, indem er unter der Prämisse, für eine deutsch-französische Annäherung brauche es einen offenen Dialog, sowohl einen Franzosen als auch einen Deutschen aus ihrer jeweiligen Perspektive zu Wort kommen lässt (T14a)b)). Im Abschnitt, der von einem Franzosen geschrieben wurde (T14a), erfährt man von den politischen Problemen, die Frankreich aktuell zu bewältigen hat (z.B. Indochina-Krieg), und warum auf französischer Seite weiterhin Vorbehalte gegenüber der deutschen Wiederaufrüstung bestehen. In dem von einem nicht namentlich genannten Deutschen geschriebenen Teil (s. T14b, Tab. 7) wird an bereits erfolgreich bewältigte Krisen im deutsch-französischen Verhältnis erinnert. Der Autor plädiert dafür, bestehende Kontakte zu Franzosen zu nutzen, um bei ihnen um Verständnis für das deutsche Bedürfnis nach voller Souveränität zu werben, damit sie ihren französischen Landsleuten den deutschen Standpunkt näher bringen können.

Der aus französischer Perspektive geschriebene Abschnitt des Textes enthält viele Selbstaufwertungen und Frankreich wird deutlich idealisiert. Auch findet sich darin ein klares Ja zu Militär und zu militärischer Konfliktlösung. Eventuell beim Leser bestehende Vorurteile gegenüber Frankreich, es würde sich selbst stets als "Grande Nation" begreifen, werden gewissermaßen aus französischem Munde bestätigt. Andererseits wird durch die Darstellung der französischen Perspektive auch deutlich, warum man sich in Frankreich so vor einer Remilitarisierung Deutschlands fürchtet. Man sorgt sich,

"daß durch eine getarnte deutsche Wehrmacht, die im Rahmen des Atlantikpaktes aufgestellt würde, ein Militarismus entstehen könnte, der Vergeltung im Sinne hat, wie es zwischen den beiden Weltkriegen der Fall war."

Vorwürfe gegenüber Deutschland werden laut, man habe dort teilweise durch

"einige unvorsichtige Reden überflüssigerweise vielleicht gewisse Befürchtungen ... wieder aufleben lassen, die durch Kriege entstanden sind, die in mehr als 50 Jahren soviel Trauer, so viele Ruinen verursacht und – sprechen wir es offen aus – auch soviel Haß erzeugt haben!"

Gleichwohl sieht der Autor die Zukunft zwar nicht durchweg optimistisch, aber er anerkennt Fortschritte auf dem Weg der deutsch-französischen Verständigung.

"Diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, die Zeit und der gute Wille vermögen viel, umso mehr, als im Jahre 1945 nur wenig Menschen die Ausweitung der deutsch-französischen Beziehungen voraussehen konnten, wie sie jetzt im Jahr 1950 besteht."

Er plädiert für eine längere Zeitperspektive und setzt gleichzeitig auf den "guten Willen" der Beteiligten sowie auf zunehmende wirtschaftliche Verflechtungen im Rahmen der entstehenden Montan-Union, auf Strukturen der Kooperation innerhalb Westeuropas, die indirekt der deutsch-französischen Annäherung zuträglich sein könnten.

Dass der Artikel als konstruktiver Ansatz der Berichterstattung gewertet werden kann, liegt weniger in seinem Inhalt (T14a) selbst begründet, als darin, dass die Zeitung den Versuch macht, die unterschiedlichen nationalen Perspektiven (T14a)b)) ungeschminkt und realistisch einander gegenüber zu stellen. Den übergreifenden, konstruktiven Rahmen des Artikels liefert ein Eingangszitat des bekannten französischen Religionswissenschaftlers Ernest Renan aus dem 19. Jahrhundert, in dem die Gleichberechtigung von Interessen auf beiden Seiten und die Notwendigkeit gegenseitiger Kooperation (die "große Aufgabe", die "gemeinsam zu erfüllen" ist) betont werden. Gefolgt wird dieses Zitat von einem redaktionellen Vorwort, ein offener Austausch sei für eine Annäherung unabdingbar. Unter diesen Vorzeichen wird deutlich, dass man durchaus völlig unterschiedlicher Auffassung sein kann, jedoch ein gegenseitiges Offenlegen von Interessen und einander Zuhören unbedingt notwendig ist, um sich im Dialog einander anzunähern und schließlich zu einer gemeinsamen Lösung zu finden.

Anders die *Süddeutsche Zeitung* in dem Sammelartikel "Was die Welt so über uns denkt" (T6) zur Stimmung in europäischen Städten zum Thema "deutsche Wiederbewaffnung": Aus der Umfrage einer französischen Zeitung werden nur diejenigen Stimmen zitiert, die die Wiederbewaffnung befürworten – als Notwendigkeit, um gegen eine (nicht in Frage gestellte) Bedrohung aus dem Osten bestehen zu können. Mehrheitlich kommen französische militärische Würdenträger der Résistance zu Wort, was ihrem Urteil einen Hauch von Expertentum verleiht. Ablehnende Stimmen werden nicht nur nicht wörtlich zitiert, sondern durch sprachliche Übertreibungen abgewertet und lächerlich gemacht.

"*Selbstverständlich* fehlt es bei den ablehnenden Stimmen nicht an *bitteren Anklagen* gegenüber Deutschland, und der Vorstand der 'Liga gegen Rassismus und Antisemitismus' antwortet auf die Zeitungsumfrage *gleich im Namen seiner Mitglieder* und protestiert *flammend* dagegen, daß Deutschland *jemals* wieder eine staatliche Souveränität gegeben wird." [alle Hervorh. S.J.]

Auf den ersten Blick wirkt dieser Text zwar überraschend versöhnlich, da auf französischer Seite, gerade bei Kämpfern der Résistance, die ja direkt am Krieg beteiligt und durch die Nationalsozialisten massiv bedroht waren, offenbar doch relativ wenig Hass und Misstrauen zurückgeblieben zu sein scheint. Einer schreibt:

"Ja, tausendmal: ja! Man muß Deutschland aufrüsten und Europa bauen. Das eine gehört zum anderen und muß so schnell wie möglich durchgeführt werden".

Als Begründung wird die drohende Gefahr aus dem Osten angeführt:

"Noch während des Krieges war ich ein 'Boche-Fresser'. Seitdem habe ich über vieles nachdenken müssen, am meisten in den Monaten, in denen ich die Rote Armee kennenlernte!"

Auf den zweiten Blick verdichtet sich der Eindruck von Pseudo-Repräsentativität. Datengrundlage ist die Umfrage einer einzigen Zeitung ("Paris-Presse"). Zitiert wird nicht, wie in einem der Titel angekündigt, der "Mann auf der Straße", sondern der (militärisch versierte) Aufrüstungsbefürworter. Gegnerische Stimmen werden delegitimiert. In dem Artikel sind zwei Textstellen in gesperrter Schrift hervorgehoben: "für die Wiederaufrüstung Deutschlands" und "keine Bedenken". Dies unterstreicht das vom Autor offerierte Fazit. Es wird ausschließlich innerhalb militärischer Logik argumentiert. Alternative Optionen werden (vom Schaffen kooperativer Strukturen wie z.B. Europa abgesehen) nicht thematisiert. Aufgrund all dieser Punkte wächst der Verdacht, der Autor benutze die Zitate, um die Argumente von Wiederbewaffnungsgegnern in Deutschland zu entkräften, da offensichtlich nicht einmal in Frankreich noch nennenswerte Vorbehalte gegen eine deutsche Wiederaufrüstung bestehen.

An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass Textelemente wie die Betonung gemeinsamer Interessen, das Aufzeigen von Strukturen der Kooperation, die Forderung nach Zusammenarbeit etc. zwar in vielen Texten auftreten, dies aber nicht grundsätzlich eine Deeskalationsorientierung der Artikel bedeutet. Wenn für eine verstärkte Zusammenarbeit plädiert wird, aber gemeint ist, sich gegen einen Dritten zusammenzuschließen, ihn mit militärischen Mitteln zu besiegen, und Plädoyers gegen militärische Optionen abgewertet werden, bleibt der Text in einer Spirale militärischen Denkens stecken und im Text enthaltene konstruktive Elemente werden bedeutungslos.

Die Verwendung französischer Aussagen zur Unterstreichung der eigenen Ansichten findet sich auch in anderen Artikeln und thematischen Zusammenhängen, so z.B. in "Nur noch ein Rest alten Argwohns" (T13). Ausgehend vom befürchteten Einzug der NPD in den Deutschen Bundestag im Herbst 1969 nimmt der Autor für sich in Anspruch, angesichts dieser dramatischen Entwicklung die französische Haltung dazu und das deutsch-französische Verhältnis ganz allgemein zu evaluieren. Stattdessen stimmt der Text jedoch eher ein Loblied auf die deutsche Wirtschaft und "deutsche Kulturwerte" an, und dies im Kontrast zu gönnerhaft-herablassenden Betrachtungen über die offenbar rückständige französische Wirtschaft. So wird ein breites Spektrum an abwertenden, generalisierenden Aussagen über die französische Bevölkerung dargeboten, an aufgesetztem Mitgefühl für ihre ideologische und wirtschaftliche "Zurückgebliebenheit" bzw. für viele

"... von den Kriegen mit Deutschland stigmatisierten Franzosen", die "zwar meistens besten Willens, aber emotional nicht imstande" seien, "die bitteren Lektionen ihrer Lebensgeschichte zu vergessen".

Verbesserungen im deutsch-französischen Verhältnis werden zwar genannt, häufig aber durch Gegenbeispiele wieder entwertet bzw. letztlich doch auf westdeutsches Engagement zurückgeführt. Als französische Selbstkritik verpackt, wird der Aufstieg der NPD in Deutschland geradezu französischen Akteuren in die Schuhe geschoben: Manche Franzosen fragten sich angeblich,

"... ob nicht General de Gaulles Politik des nationalen Eigennutzes in der Bundesrepublik allzu gelehrige Schüler gefunden habe."

Dabei bewunderten die Franzosen die Deutschen für ihr System und beneideten sie darum:

"Vor allem viele der brillanten jungen Technokraten sehen in dem vom Gift der Ideologien weitgehend frei gebliebenen deutschen Sozialklima eine ideale Voraussetzung zur Bildung einer wirklich egalitären Gesellschaft des industriellen Zeitalters. Bis jetzt will man in Frankreich nicht recht glauben, daß die Deutschen dieses ganze Kapital am 28. September aufs Spiel setzen, indem sie der NPD in den Bundestag verhelfen."

Im Kontext des gesamten Artikels weckt diese Aussage allerdings eher den Verdacht, der Autor selbst könne es nicht glauben.

Dem anderen zuzuhören und seine Kritikpunkte ernst zu nehmen bietet eine Chance, internationales Vertrauen zu gewinnen, wie dies im Kommentar "Die dünne Decke" (T7) im Zuge der Verjährungsdebatte für nationalsozialistische Gewaltverbrechen 1965 angesprochen wird. Geschmälert wird die konstruktive Kraft des Kommentars durch mehrere Punkte: Gleich zu Beginn wird ein Bedrohungsszenario geschaffen und Deutschland zum Opfer internationaler Interessen stilisiert. Bei den unterschiedlichen Ansätzen Frankreichs und der USA, einen Ost-West-Ausgleich zu erzielen, könnte die Lösung der deutschen Frage auf der Strecke bleiben.

"Die Bundesregierung ... ist also eingeklemmt zwischen der französischen Spekulation auf Peking und der amerikanischen Spekulation auf Moskau."

Wie viel Mitspracherecht in Sachen deutscher Interessen einem gewährt werde, hänge vom bislang, trotz aller eigenen Anstrengungen, brüchigen internationalen Vertrauen ab. Durch kursiv hervorgehobene Aussagen De Gaulles werden französische Anerkennung für Deutschland, aber auch bestehende Vorbehalte unterstrichen. Der Kommentator plädiert für einen Abbau von Misstrauen durch ein deutsches Entgegenkommen in der – wie er es herunterspielend formuliert – "Bagatelle" der west-deutschen Verjährungsdebatte, die das internationale Vertrauen zermürbe. Durch Abschaffung der Verjährungsfrist könne man das internationale Vertrauen in Deutschland stärken und als Folge den eigenen Status im internationalen Geflecht verbessern. Indem der Autor die Verjährungsfrage bagatellisiert, nimmt er zwar Druck aus dieser in Deutschland emotional geführten Debatte, je-

doch wird die Bedeutung der Frage für den deutschen Rechtsstaat und nicht zuletzt für die betroffenen Opfer abgewertet.

Der Themenkomplex "Deutsche Politik im Auge französischer Betrachter" enthält Texte mit durchaus konstruktivem Potenzial.

1. Dem anderen mit offenen Ohren zuzuhören kann helfen, eigene Rechte, Vertrauenswürdigkeit und Handlungsspielräume realistisch einzuschätzen und Maßnahmen für eine Verbesserung vorzuschlagen. Dass man dem anderen weniger voreingenommen Aufmerksamkeit schenkt, kann z.B. durch einen entsprechenden Vorspann des Textes erreicht werden.

Die untersuchten Texte nützen dieses konstruktive Potential jedoch eher selten:

2. Anstelle einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Seite durch den Spiegel von außen werden Stimmen anderer funktionalisiert, um die eigene Seite aufzuwerten, die eigentliche Meinung des Autors zu unterstreichen, oder um die Gegenseite abzuwerten, etwa indem man deren selbstkritische Äußerungen gegen sie selbst kehrt. Einseitige Selektion von Zitaten verhindert, dass die Leser die Heterogenität des Meinungsspektrums in Frankreich kennen lernen können, und kann einer Übergeneralisierung und Vorurteilsbildung Vor-schub leisten.
3. Deeskalationsorientierte Elemente der Berichterstattung wie die Betonung gemeinsamer Interessen, Plädoyers für Kooperation, Freundschaft, Empathie, Beispiele für gelungenes Abbauen von Antagonismen oder Misstrauen werden nicht selten entkräftet, verzerrt oder in ihr Gegenteil gekehrt: indem neue Antagonismen gegenüber Dritten aufgebaut werden, indem die eigene Seite aufgewertet, die andere Seite jedoch mit herablassendem Mitleid bedacht wird, indem eine Kooperation ausschließlich zur Durchsetzung eigener Interessen oder zugunsten militärischer Stärke gefordert wird etc.

Deutsch-französische Beziehungen in Schatten und Licht von Politik und Wirtschaft: Frankreich – Partner oder Konkurrent in Wirtschaft und Politik?

Wie bereits der vorangegangene Abschnitt gezeigt hat, ist die Berichterstattung in der Nachkriegszeit reich an Beispielen für deutsch-französische Kontroversen, die zwar Möglichkeiten für ein konstruktives Framing geboten hätten, etwa durch sachliches Explorieren französischer Interessen, empathische Darstellung französischer Vorbehalte gegenüber einem wirtschaftlich wieder erstarkenden Deutschland oder durch die Suche nach Handlungsmöglichkeiten, dieses (nicht zuletzt aus der Erfahrung der Kriege resultierende) Misstrauen abzubauen. Oft geschieht das Gegenteil: Idealisierung deutscher Interessen und Leistungsfähigkeit, Abwertung französischer Interessen und Unverständnis, eine Darstellung von Verhandlungen

als Frage von Sieg und Niederlage, statt danach, wie man zu einer für alle Seiten tragbaren Lösung gelangen könnte etc. Artikel, in denen das Thema "Konkurrenz vs. Partnerschaft" dominant ist, sind in Tab. 7 aufgelistet.

	Titel	Quelle	Inhalt
T14 b)	[Deutschland – Frankreich – Europa] Die Franzosen und wir	<i>SK</i> , 25.11.1950, S. 3, n.n.	Von einem nicht namentlich genannten Deutschen geschriebener Teil des mehrteiligen Artikels. Neben der Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung wird die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses in der Nachkriegszeit evaluiert.
T10	Eine Träumerei von Robert Schuman	<i>SK</i> , 12.1.1952, S. 1, Gustav Adolf Groß	Kommentar zur Entscheidung des deutschen Bundestages, dem Schuman-Plan zuzustimmen. Im Kommentar werden die Strukturen der Montan-Union erklärt und die Vorteile dieses Plans begeistert erläutert.
T5	Die Partner von Baden-Baden	<i>FAZ</i> , 17.2.1962, S. 1, Alfred Rapp	Kommentar zum Treffen von Adenauer und De Gaulle, in dem Differenzen zwischen den beiden hinsichtlich einer politischen europäischen Union offenkundig werden
T28	Neuer Anlauf	<i>FR</i> , 7.7.1962, S. 3, fw	Kommentar zu einem Frankreich-Besuch Adenauers, bei dem er für eine Konferenz der Regierungschefs der EWG wirbt. Gleichzeitig werden die Bedenken der Benelux-Länder vor einer möglichen deutsch-französischen Achse entkräftet.
T23	Der hohe Warenaustausch genügt nicht	<i>Welt</i> , 18.2.1967, S. 20, Joachim Schaufuss	Eher pessimistische Bestandsaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen des Gemeinsamen Marktes. Der Autor plädiert für ernsthaftere Anstrengungen auf beiden Seiten zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, um gegenüber dem Markt der USA konkurrenzfähig zu bleiben.
T27	Paris sieht der Konferenz mit Optimismus entgegen	<i>FAZ</i> , 29.11.1969, S. 3, J.R.	Bericht über die Haltung der französischen Regierung in Hinblick auf die bevorstehende EWG-Konferenz in Den Haag, wo unter anderem Verhandlungen über langjährige Streitpunkte (z.B. Agrarpreisregelung, das Aufnahmegesuch Großbritanniens) anstehen

Tabelle 7: Artikel zum Kontext "Frankreich – Partner oder Konkurrent in Wirtschaft und Politik?"

Natürlich ist es einfacher, konstruktive Elemente in der Berichterstattung zu finden, wenn es sich tatsächlich um ein konstruktives Ereignis handelt, wie z.B. eine Einigung, ein Abkommen, freundschaftliche politische und wirtschaftliche Beziehungen miteinander. Ein Beispiel hierfür ist der Kommentar "Eine Träumerei von

Robert Schuman" (T10) zur heftig debattierten Entscheidung des Deutschen Bundestags für eine Kohle-Stahl-Union ("Schuman-Plan"). Auffällig (und gleichzeitig ambivalent zu werten) ist an diesem Text, dass der Kommentator in keinem Punkt auf die Bedenken der Bundestagsopposition gegenüber der Union eingeht, die in dem zugrundeliegenden Aufmacher der Zeitung formuliert werden. Offensichtlich erscheint ihm die Gründung und Organisation der Montan-Union selber zu wichtig, als dass er den Diskurs zu diesem Thema aufgreift. Stattdessen feiert er die Kohle-Stahl-Union vorbehaltlos und begeistert. Er sieht in ihr nicht nur die Vorteile für die deutsche Wirtschaft, sondern betrachtet sie als europäischen Einigungserfolg, als "erstes Beispiel einer großen europäischen Wirtschaftsgenossenschaft", als "Muster für weitere europäische Zusammenschlüsse", und als

"Möglichkeit ..., zwischen dem Extrem der freien kapitalistischen Ellbogen-Wirtschaft und dem anderen Extrem der kollektivistischen Zwangsjackenwirtschaft auch international den Weg zu einer wahren Verständigungs-Wirtschaft, zur echten Wirtschaftsdemokratie zu finden".

Er zeichnet die Montan-Union als integrative Lösung für Westeuropa und damit auch für Westdeutschland, sich vom wirtschaftlichen Tropf der USA allmählich zu lösen und in der bereits fortgeschrittenen Ost-West-Konfrontation einen dritten, unabhängigen Weg zu gehen. Schuman, der "Erträumer" dieser Montan-Union, "aus dem Lande der großen Sozialphilosophen" wird idealisierend mit Columbus verglichen, welcher Indien suchte und Amerika entdeckte, während der französische Politiker von Kohle und Stahl träumte "und entdeckt wird – Europa!" Europa, als Vision, als Idee scheint nun Wirklichkeit zu werden und eröffnet Perspektiven für eine Zukunft in Kooperation, Frieden und Wohlstand. Ausführlich erklärt der Autor den Lesern Aufbau, Struktur und Funktionsweise der bevorstehenden Union und hebt immer wieder das Verdienst Schumans um Europa hervor. Im gesamten Artikel liegt der Akzent stets auf gemeinsamen Interessen, auf Gerechtigkeit innerhalb des Bündnisses, auf wirtschaftlicher Kooperation als Brücke in eine bessere Zukunft.

Auch in den beiden Texten von 1962, in denen es um Treffen zwischen Adenauer und De Gaulle und ihre jeweilige Vision eines Europas geht (T5, T28), fällt vor allem die Betonung von Allseitigkeit ins Auge sowie die Weigerung der Autoren, die europäischen Akteure, vor allem Deutschland und Frankreich, als Antagonisten zu betrachten, trotz bestehender Interessensdivergenzen. In "Die Partner von Baden-Baden" geht es um unterschiedliche Konzepte eines politischen Europas. Die Überschrift impliziert jedoch bereits, dass diese Spannungen in einem Rahmen von Freundschaft und ehrlicher Bemühung um Zusammenarbeit begriffen werden sollen. Übergeneralisierende Etiketten werden korrigiert:

"Daß manche Gedanken de Gaulles und Adenauers über die Nato auseinandergehen, wissen nicht nur sie beide, sondern alle Beteiligten. Dennoch ist der französische Staatschef bei all seiner Kühle gegenüber der Nato kein 'Antiatlantiker', und ebensowenig stehen er und Ade-

nauer sich in den Beratungen um die politische Föderation als 'Anti-Europäer' und 'Europäer' gegenüber."

Der Text endet mit der prinzipiellen Vereinbarkeit der Ansichten beider Staatsmänner:

"Denn 'Vaterland Europa' heißt nicht Verzicht auf das engere Vaterland, und das Europa der Vaterländer ist kein Verzicht auf Europa."

Besonders konstruktiv an diesem Artikel ist, dass dem Publikum explizit erklärt wird, woran sich die Interessensunterschiede festmachen, welche Befürchtungen den Differenzen zugrunde liegen und dass sich die Konzepte dennoch nicht gegenseitig ausschließen. Nach einem Darlegen sämtlicher Interessen kann man zu einem Kompromiss finden. Gleichwohl wird Adenauer idealisiert, während man De Gaulle mit einiger Reserve begegnet, aber dennoch so fair ist, ihm nicht, wie in vielen anderen Artikeln, reines nationalistisches Interesse zu unterstellen, sondern ihm ehrliche Bemühungen um Deutschland und Europa zugesteht.

Auch im Kommentar "Neuer Anlauf" (T28) dominiert ein Modell der kooperativen Konfliktlösung und ein Herausarbeiten übergeordneter, gemeinsamer Interessen, trotz bestehender Interessensdivergenzen. Der Tonfall dieser Analyse ist insgesamt realistisch, überwiegend neutral, fair und die Positionen werden ausgewogen dargestellt. Unkooperatives, von Eigeninteressen geleitetes Verhalten wird auf sämtlichen Seiten als kontraproduktiv zurückgewiesen. Dabei werden – im Gegensatz zu vielen anderen Artikeln – auch Adenauers Intentionen nicht schlicht idealisiert, sondern kritisch hinterfragt. Die Sorge Belgiens und Hollands, in einer politischen Europa-Union könnten Deutschland und Frankreich zu viel Einfluss haben, wird ernst genommen. Aber der Kommentator weist auf die Gefahr leichtfertig verwendeter Kampfbegriffe hin. Nicht nur diffamiere die Rede von der "Achse Paris-Bonn" die europäischen Absichten Adenauers und De Gaulles, sie führe auch im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung dazu, dass dieses "Gespenst" Wirklichkeit werde.

Die EWG, ihre Ausgestaltung und Weiterentwicklung sowie Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Konzeptualisierung dieser Struktur sind gewissermaßen ein Dauerbrenner der Nachkriegsberichterstattung, vor allem in den 1960er Jahren. In "Der hohe Warenaustausch genügt nicht" von 1967 (T23) wird der Stand der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich evaluiert. Der Autor fordert eine stärkere Kooperation, nicht zuletzt unter dem Aspekt, dem wirtschaftlichen Konkurrenten USA in der Erschließung neuer Märkte von europäischer Seite Paroli bieten zu können. Diese Logik folgt einem bewährten Muster: Die gemeinsame (angebliche) Bedrohung durch einen Dritten wird zum Argument für eine Kooperation. Hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen wird zweiseitig argumentiert: Einerseits wird die Partnerschaft betont, werden kooperative Erfahrungen und gemeinsames

Handeln akzentuiert und damit zur Vertrauensbildung in Frankreich beigetragen. Andererseits werden die kooperativen Interessen und Bemühungen von deutscher Seite eher idealisiert, diejenigen von französischer Seite eher in Zweifel gezogen. Bestehende Defizite auf deutscher Seite werden unter anderem auf französisches Verhalten zurückgeführt:

"Wenn man bedenkt, daß nun schon seit Jahren die Bundesrepublik ... der mit Abstand größte französische Handelspartner ist, und daß Frankreich an erster Stelle der deutschen Liefer- und Kundenländer steht, dann sollte man schon aus diesem Grunde eine größere gegenseitige Investitionsbereitschaft erwarten, auch wenn bei den französischen Unternehmen die traditionelle Orientierung auf französisch sprechende Länder dieser Bereitschaft Grenzen setzt, während umgekehrt deutsche Unternehmen nicht selten durch gewisse aus dem französischen Privilegiensystem herrührende indirekte Diskriminierungen abgeschreckt werden."

Beim Vergleich zwischen der französischen und der deutschen Wirtschaftskultur wird – wie auch in T13 oder T21 – leicht herablassend und übergeneralisierend auf eine französische "Rückständigkeit" geblickt und so implizit die eigene Seite aufgewertet:

"Der französische Industrielle paßt sich im allgemeinen nicht so schnell neuen Verhältnissen an wie der exportgewohnte deutsche Unternehmer".

Text T14b, der die deutsche Perspektive der EVG-Debatte 1950 darlegt, und Text T27, in dem es um eine bevorstehende EWG-Konferenz 1969 geht, behandeln zwar inhaltlich völlig unterschiedliche Themen. Dennoch haben sie eine strukturelle Gemeinsamkeit: In beiden Texten wird das jeweilige Thema von den beiden unterschiedlichen nationalen Standpunkten aus dargestellt. Während aber in der Einleitung zu T14 (s.o.: Ausführungen zu T14a) das versöhnungsorientierte Credo formuliert wird, eine offene Aussprache auch über unangenehme Themen fördere die deutsch-französische Annäherung, wirkt T27 ("Paris sieht Konferenz mit Optimismus entgegen"), der die französische Perspektive beleuchtet, auf den ersten Blick als eigenständiger Artikel. Platziert ist er jedoch direkt unterhalb eines Textes, der sich mit der deutschen Perspektive auf diese bevorstehende Konferenz befasst und der dadurch wie eine den Interpretationsrahmen vorgebende Einleitung wirkt.

Für sich genommen ist T27 ein Artikel, in dem die französische Haltung zur Konferenz in neutralem Tonfall referiert wird. Es wird darin deutlich, dass es Pompidou ein ernstes Anliegen ist, dass dort kooperative Ergebnisse erzielt werden und die Interessen aller weitestgehend abgedeckt werden. Der Text ist voller französischer Absichtserklärungen, sich während des Treffens kooperativ und kompromissbereit zu verhalten. Die Fixpunkte französischer Verhandlungsinteressen werden genannt.

Wie aufgeheizt die Atmosphäre allerdings tatsächlich zu sein scheint, enthüllt sich erst beim Lesen des darüber abgedruckten Artikels "Brandt möchte nicht mit leeren Händen aus Den Haag kommen" (*FAZ*, 29.11.1969, S. 3, nicht im untersuchten Sample): Von deutscher Seite misstraut man den französischen Verhandlungspartnern. Man zeigt sich entschlossen und siegessicher, die eigenen Interessen in Den Haag durchsetzen zu können. Es wird betont, Frankreich stehe unter hohem Erfolgsdruck, dass die Konferenz gelinge. Die bevorstehende Verhandlung wird als Kampf konstruiert.

Im Unterschied zu T14 fehlt bei diesen beiden Texten in der *FAZ* die Klammer einer friedensorientierten Einleitung oder Kommentierung. Der Autor von T27 zeigt sich ausgesprochen bemüht um eine faire, neutrale Darstellung der französischen Intentionen. Im Licht des darüber platzierten Artikels "Brandt möchte nicht mit leeren Händen aus Den Haag kommen" verliert der Text jedoch seine Neutralität und konstruktive Kraft. Die Äußerungen Pompidous in T27 wirken nunmehr defensiv, unglaublich und erhalten einen Beigeschmack von aus der Not geborenen Lippenbekenntnissen. Der Text wird zur impliziten Bestätigung, wie berechtigt die deutsche Siegeszuversicht ist. Statt die Chancen für eine Win-Win-Lösung zu sehen, die Interessen aller Seiten zu hinterfragen, die gemeinsame Ausgangsbasis und gemeinsame Perspektiven zu betonen, scheint es nun letztlich nur darum zu gehen, wer sich durchsetzen kann.

Als Perspektive für eine konstruktive, friedensorientierte Berichterstattung lässt sich in diesem Kontext zusammenfassen:

1. Vertrauen in die friedensschaffende Kraft überstaatlicher Bündnisse wie z.B. eines vereinten Europas kann durch die Begeisterung des Autors geweckt werden. Innerhalb eines kooperativen Frames, z.B. durch die Überschrift, können auch auftretende Interessensdivergenzen für alle Seiten fair evaluiert und es kann nach Kompromissen oder übergeordneten Interessen gesucht werden, ohne dass die Möglichkeit einer Kooperation grundsätzlich in Frage steht. Antagonistische Konzeptualisierungen der Positionen oder des Konflikts können hinterfragt und aufgelöst werden.
2. Eine Gegenüberstellung von Artikeln zum selben Thema aus unterschiedlichen nationalen Perspektiven bietet die Chance, die jeweilige Innenansicht des Problems kennen zu lernen. Wenn die einzige inhaltliche Klammer aber das kontrovers behandelte Thema bleibt, besteht die Gefahr, dass die Darstellung der anderen Sichtweise lediglich zur Verstärkung der eigenen dient. Eine zusammenfassende, an Kooperation, möglicher Vereinbarkeit von Interessen, übergeordnetem Nutzen und Einigungsmöglichkeiten u.ä. orientierte Kommentierung, ein einleitender Absatz mit dem Appell, beiden Seiten in fairer Weise Gehör zu schenken, könnte dabei die Fronten etwas aufbrechen und verhindern, dass der Antagonismus vertieft wird.

3. Eine kritische und dennoch faire Beurteilung von Akteursinteressen auf der eigenen Seite ist tatsächlich möglich. Doch nicht nur, wenn sich unterschiedliche nationale Positionen gegenüberstehen, scheint die Versuchung zur Selbstaufwertung groß, oft sogar durch Abwertung der anderen Seite. Selbst Texte über konstruktive Entwicklungen wie Einigungen, gemeinsame Erfolge, Kooperation u.ä. enthalten Passagen, in denen weniger die Gemeinschaftsleistung fokussiert als einseitig das Handeln der eigenen Seite als maßgeblich für den Erfolg betont wird. Von der anderen Seite werden hingegen eher Mängel und Hindernisse berichtet. Ab und an werden eigene Defizite geradezu dem Verhalten der Anderen zugeschrieben. Die Begeisterung über Fortschritte in der Partnerschaft gerät so zum unkritischen Eigenlob bzw. zum Einschwören auf die Politik der eigenen Seite. Herablassende, pseudo-empathische Generalisierungen über "Wesen" und Verhalten der Anderen tragen ein Übriges dazu bei, die Trennlinien zwischen "uns" und "den Anderen" zu verschärfen und letztlich den Anderen nicht wirklich in seiner Heterogenität wahrzunehmen.

Frankreich von innen: Land, Leute, Lebensstile

Nicht nur in den hier zusammengestellten Artikeln (vgl. Tab. 8), auch in den bereits genannten Kontexten finden sich Aussagen über die französische Bevölkerung und ihre Lebensweise. Vom Blick ins zerstörte Nachkriegsfrankreich über die schönen Seiten von Frankreich als Reiseland bis hin zum Verhältnis der Franzosen zum Suez- und Algerien-Krieg und der wirtschaftlichen Situation der Normalbevölkerung wird unter dieser Überschrift ein heterogenes Themenspektrum abgedeckt, das sich mit Frankreichs soziokultureller Seite befasst.

Implizit wird dabei häufig auf Ähnlichkeiten der Lebenslagen von Deutschen und Franzosen verwiesen. Die Probleme des Wiederaufbaus eines zerstörten Landes, einer ruinierten Wirtschaft werden zu gemeinsamen Sorgen, die man in Frankreich voller Tatkraft angeht. Ob nun, wie 1946 in "Frankreichs wirtschaftlicher Aufbau" (T15), minutiös Ernährungslage, Beschäftigungssituation und Fortschritte im Wiederaufbau der Infrastruktur aufgelistet, oder ob die herausragenden Leistungen der politisch und sozial engagierten Frauen für den Wiederaufbau Frankreichs detailliert und vorbildhaft geschildert werden ("Die Stimme der Frau", T4) – diese Artikel sind voller Anerkennung für die französische Bevölkerung. Sie bieten Anreize, sich mit ihr zu identifizieren und es ihr gleichzutun, beinhalten aber auch implizite Appelle, Verständnis für ihre Lage zu entwickeln:

"Die französische Bevölkerung erhält bekanntlich z. Zt. nur 300 Gramm Brot pro Tag. Die noch vorhandenen Getreidevorräte in Frankreich reichen selbst bei diesen niedrigen Rationen nicht bis zur nächsten Ernte." (T15, *Südkurier*, 8.2.1946, S. 4)

	Titel	Quelle	Inhalt
T15	Frankreichs wirtschaftlicher Aufbau	<i>SK</i> , 8.2.1946, S. 4, Heiser	Bericht über die wirtschaftliche Lage im vom Krieg zerstörten Frankreich und dessen Fortschritte beim Wiederaufbau. In Hinblick auf die zu diesem Zeitpunkt herrschende materielle Not in der französisch besetzten Zone ist das Thema von einiger Brisanz.
T16	Die Straßensänger in Paris	<i>SK</i> , 8.2.1946, S. 3, F.C.-Korrespondent	Bericht über die traditionsreichen französischen Straßensänger, ihr Verschwinden während der deutschen Besatzung und die Begeisterung über ihr Wiederauftreten nach der Befreiung von Paris
T4	Die Stimme der Frau	<i>FR</i> , 28.6.1946, S. 7, Ida Berger	Bericht über die Union des Femmes Françaises, eine französische Frauenorganisation, die im Krieg entstanden war und sich politisch wie auch in Form von Nachbarschaftshilfe für Frauenrechte und die Lösung von Frauenproblemen einsetzt
T19	So reisen Jean und Jeannette	<i>FR</i> , 28.7.1956, S. 12, Ermano Höpner	Französische Impressionen von der Côte d'Azur, aufgezeigt am Beispiel eines imaginären Paares ("Jean und Jeannette"), das stellvertretend für französische Normalbürger mit schmalem Geldbeutel schöne Ferientage in Südfrankreich verbringt
T18	Skeptisch	<i>FR</i> , 17.11.1956, S. 3, jrk	Kommentar zur Lage der französischen Bevölkerung und ihrer Unzufriedenheit mit dem Suez-Einsatz von Frankreich und England
T9	Der Algerien-Rapport des Reserveobersten Jules Roy	<i>SZ</i> , 4.2.1961, S. 6, Maxim Fackler	Bericht über das Buch von Jules Roy, in dem er die Einstellung französischer Siedler in Algerien gegenüber der arabischen Bevölkerung kritisiert und für ein Einlenken von französischer Seite im Algerien-Krieg wirbt
T22	Fast alle 900 000 Algerienflüchtlinge eingegliedert	<i>FAZ</i> , 16.11.1963, S. 3, haw.	Bericht über den Stand der Integration, den die aus Algerien nach Frankreich geflüchteten Franzosen mittlerweile dank Regierungsbemühungen und eigener Initiative erreicht haben
T21	Eine neue Generation in Frankreich	<i>FAZ</i> , 21.4.1962, S. 7, Heinz Brestel	Bericht im Wirtschaftsteil, in dem evaluiert wird, inwieweit sich die französische Wirtschaft und die französische Einstellung gegenüber dem gemeinsamen Markt zum Positiven verändert haben

Tabelle 8: Artikel zum Kontext "Frankreich von innen: Land, Leute, Lebensstile"

Dieser Artikel, der in der französisch besetzten Zone publiziert wurde, erscheint wie ein Versuch, Klagen der deutschen Bevölkerung über die Last der Besatzung durch Aufzeigen der Not auch in Frankreich zu begegnen, dessen Bevölkerung nicht geringer unter den Kriegsfolgen zu leiden hat³.

In "Die Stimme der Frau" (T4) zeigt die Autorin, dass Frau-Sein *und* politisches/soziales Engagement perfekt vereinbar sind und dies zum Selbstverständnis vieler französischer Frauen gehört. Ihr zahlreiches Mitwirken in der Résistance, aus der die im Text vorgestellte "Union des Femmes Françaises" hervorgegangen ist, ihr Er kämpfen des Frauenwahlrechts in Frankreich und ihr ungebrochener Einsatz für ihr Land lässt die französischen Frauen geradezu als Heldinnen erscheinen.

"Der politische Weitblick und das entwickelte geistige Niveau der französischen Frauen, Eigenschaften, die die fünf Kampffahre so stark zum Ausdruck gebracht haben, erfüllten die ausländischen Beobachter mit tiefer Bewunderung."

Durch implizite Hinweise auf ähnliche Lebenslagen und Alltagsaufgaben versucht die Autorin, den befürchteten Vorurteilen gegenüber politischen Frauenorganisationen vorzubeugen:

"Die Frauen der 'Union des Femmes Françaises' sind keine Frauenrechtlerinnen. ... Es geht ihnen darum, ihr Land wiederaufzubauen, ihren Familien normale Lebensbedingungen zu schaffen, Kindergärten, Krippen, Kantinen einzurichten und im öffentlichen und politischen Leben ihre Forderungen in die Praxis umzusetzen."

Im Kontext der politischen Ereignisse in Deutschland könnte der Artikel auch als Anregung für deutsche Frauen verstanden werden, sich – wie die Französinen – politisch zu engagieren: Auf der selben Zeitungsseite befindet sich ein Artikel mit einem expliziten Aufruf an deutsche Frauen, sich an der geplanten Wahl von Mitgliedern einer verfassungsgebenden Versammlung zu beteiligen.

Diese mitreißende Manifestation von "Frauenpower", die in diesem Artikel von 1946 zu Tage tritt, geht einher mit dem in den frühen Nachkriegsjahren deutlichen gesellschaftlichen Engagement von Frauen in Frauenorganisationen und überparteilichen Ausschüssen. Dies war unter anderem der Tatsache zu verdanken, dass in Deutschland zu diesem Zeitpunkt, als viele Männer gefallen waren oder sich in Kriegsgefangenschaft befanden, Frauen nicht nur die Rolle des Familienernähers übernahmen, sondern auch am Wiederaufbau des Landes (man denke an die geradezu zu einem Mythos gewordenen Trümmerfrauen) maßgeblichen Anteil hatten (vgl. Frevert, 1986). Nach Rückkehr ihrer Männer allerdings hatten sie wieder in die zweite Reihe zurückzutreten. So verebbt auch die Berichterstattung über politisch aktive Frauen unmittelbar nach ihrem Aufkeimen: In späteren Texten über Frauen in Frankreich steht wieder ein eher auf die familiäre Sphäre reduziertes Rollenverständnis im Vordergrund, das um Mode, Schönheit, Haushalt, Mutterschaft kreist.

3 Zum Vergleich: Berliner Angestellten stand in dieser Zeit u.a. nur eine Ration von 400 Gramm Brot pro Tag zur Verfügung; Arbeiter und Schwerarbeiter erhielten mehr, für Hausfrauen, Kinder und Rentner lagen die Sätze niedriger. In der britischen und in der französischen Besatzungszone lag der tägliche Kalorienwert der zugeteilten Lebensmittel noch unter dem in der amerikanischen bei ca. 900 bis 1000 Kalorien (Frevert, 1986, 246).

Wie stehen Franzosen zur Obrigkeit? Bereits in weiter oben besprochenen Artikeln findet sich regelmäßig ein Stereotyp vom "anarchischen" (T13), "aufsässigen", aber auch "improvisationsfreudigen Charakter", an dem sich bereits die deutsche Besatzung in Paris die Zähne ausgebissen habe (s. T16). Um französische Außenpolitik, geschweige denn um die Vorgänge im Ausland, kümmerten sie sich nur, wenn ihre unmittelbaren Interessen und ihr Lebensalltag direkt betroffen seien (s. z.B. T13, T18). Auf der anderen Seite zeige sich eine enorme Loyalität, wenn die Regierung außenpolitisch in Schwierigkeiten stecke (s. z.B. T14a, T18).

Gerade der Kommentar "Skeptisch" (T18), in dem es um die Haltung der französischen Bevölkerung zum Suez-Krieg 1956 geht, unterstreicht dies. Zwar kann der Leser sich in die Sorge der französischen Bevölkerung hinein fühlen, wie es für sie weitergehen wird. Als Folge des Militäreinsatzes steigen in Frankreich die Preise, manche Lebensmittel gibt es nur noch auf dem Schwarzmarkt, Benzin ist rationiert, der öffentliche Verkehr funktioniert kaum noch. Vorurteile über die "aufsässigen, ewig streikenden" Franzosen werden zwar entkräftet. Jedoch wird andererseits ihre außenpolitische Ignoranz betont:

"Im Gegensatz zur Annahme mancher Ausländer sind die Pariser jedoch äußerst disziplinierte Bürger. Es macht ihnen nichts aus, 'Schlange zu stehen', und sie sind geduldig dabei und munter. Jetzt aber maueln sie doch".

Statt über den "militärischen Sprung an den Suez-Kanal" "meckern" die Pariser nach der Schilderung des Autors vielmehr über dessen schlechte Planung bzw. über eine Regierung, die dabei offenbar vergessen hat, für die eigene Bevölkerung vorzusorgen. Die Darstellung der Franzosen bleibt ambivalent und hinterlässt einen Beigeschmack von Misstrauen: Ob ihre Regierung einen Krieg führt oder nicht, scheint ihnen egal, solange es sie nicht selbst betrifft.

Als Gegenbeispiel dient der Schriftsteller und "Reserveoberst" Jules Roy, dessen umstrittener "Algerien-Rapport" 1961 in der *SZ* besprochen wird (T9). Die Leistung dieses Textes besteht in erster Linie darin, dass ein französischer Kriegsgegner zu Wort kommen darf und seine Haltung lobend herausgestellt wird. Roy verurteilt den französischen Militäreinsatz in Algerien und fordert Verhandlungen zwischen algerischen Aufständischen und politischen Entscheidungsträgern. In den abgedruckten Auszügen aus dem Buch werden die Denkweisen französischer Algerienbewohner transparent, ihre Vorurteile, ihre Hoffnungen, ihre Ängste. Roy, und mit ihm auch der Autor des *SZ*-Artikels, nehmen eine allseitige Perspektive ein und verurteilen Unrecht auf allen Seiten. Es wird anerkannt, dass den französischen Siedlern "Algerien nicht anders als den Mohammedanern die Heimat ist". Andererseits kritisiert man Vorurteile, Arroganz und Ignoranz gegenüber der arabischen Bevölkerung. In dialogischer Form macht der Auszug aus dem Buch deutlich, dass eine solche Haltung unfair und sachlich schlicht nicht gerechtfertigt ist. Krieg und Gewalt, aber auch Krieg und Gewalt fördernde Einstellungen und Ver-

haltensweisen werden verurteilt. Gleichwohl ist die resümierende Perspektive des Artikels eher pessimistisch und spiegelt ein Verfangensein des Autors in der Propaganda des Kalten Krieges wider. Er befürchtet, die FLN könnte den Krieg "internationalisieren" und der Osten "massiv" eingreifen. Er glaubt an die ehrbaren Absichten des Militärs. Die Spaltung innerhalb der französischen Armee und in der Regierung lassen für ihn aber wenig Hoffnung auf ein baldiges Ende des Konflikts durch Verhandlungen.

Bei der Auswahl der Artikel verdichtete sich der Eindruck, die deutsche Presse habe sich hinsichtlich des Algerien-Konflikts bis auf wenige Beiträge eher bedeckt gehalten, so als wolle man sich – zu einer Zeit, in der die deutsch-französische Annäherung durch Adenauer und De Gaulle kräftig vorangetrieben wurde – in die inneren Angelegenheiten Frankreichs nicht zu deutlich einmischen. Von sämtlichen Artikeln über die Algerien-Krise wird in T9 das militärische Vorgehen Frankreichs noch am offensten kritisiert.

Dass über Kriege sehr wohl aus einer Non-Elite-Perspektive berichtet werden kann, zeigt aber auch die Nachbereitung des Algerien-Krieges 1963 in der *FAZ* ("Fast alle 900 000 Algerienflüchtlinge eingegliedert", T22). Wie geht es den vielen aus Algerien nach Frankreich geflohenen Franzosen mittlerweile? Die Erfolgsstory ihrer Integration wird respektvoll und voller Empathie mit ihrer Trauer über den Verlust von Heimat geradezu als Win-Win-Situation konzipiert. Einheimische und Zuwanderer profitieren gegenseitig voneinander. Sämtlichen beteiligten Akteuren (Flüchtlingsministerium, aber auch Immigranten und Bewohnern) gesteht der Autor ihre Leistungen neidlos und anerkennend zu. Gleichzeitig werden Vorurteile gegenüber den Zuwanderern entkräftet: Mehrheitlich seien sie nicht politisch radikal, nicht verbittert und isoliert, sondern kontaktfreudig und innovativ, was auch in T21 (s.u.) bestätigt wird.

Da sich nach dem Krieg auch in der Bundesrepublik viele Ostflüchtlinge eine neue Existenz aufbauen mussten, ist den Lesern das Problem der Flüchtlingsintegration vertraut. Eine Identifikation mit den Akteuren ist dadurch erleichtert.

Der Kontrast zwischen der älteren und der jüngeren Generation in Frankreich wird in "Eine neue Generation in Frankreich" (T21) hervorgehoben. Der Generationenwechsel wird als Chance für eine bessere, friedlichere Zukunft gesehen. Die Jugend setze sich über überkommene, den Fortschritt blockierende (familiäre wie auch internationale) Feindschaften unbekümmert hinweg. Nicht nur in diesem Text wird ihre europäische Orientierung betont. Frankreichs wirtschaftlicher Aufbruch in den Gemeinsamen Markt wird überaus positiv geschildert. Dem Autor scheint es vor allem wichtig zu sein, die Veränderungsfähigkeit französischer Haltungen zu betonen, die sich in einem stärkeren Interesse an internationaler Kooperation manifestiert, was vor allem Vertrauen in eine gemeinsame friedliche Zukunft schafft. Die "neuen" Franzosen, die nun in den Führungsetagen von Wirt-

schaft und Politik sitzen, seien weltoffener als ihre Vorgänger; bereit, Traditionen über Bord zu werfen, voller Tatendrang und Reformwillen, kurz: ungemein sympathisch.

Dennoch finden sich zwischen den Zeilen gelegentlich auch Vorurteile und Klischees, z.B. vom französischen "Minderwertigkeitskomplex" gegenüber Deutschland, Selbstaufwertungen in Form gönnerhafter Schilderungen des französischen Fortschritts (s. auch T13) oder Abwertungen der älteren Generation.

Nicht wirklich zu klären ist, ob der mehrfache bedauernde Hinweis darauf, in Deutschland sei genau diese Generation von Führungskräften durch den Krieg verloren gegangen und fehle nun der Wirtschaft, ein Ausdruck von Verurteilung des Krieges ist, oder ob er doch etwas dem Neid entspringt, "wie gut sie es doch haben und wie schlecht wir es hatten".

Ein letzter Aspekt im Kontext "Land und Leute" betrifft *l'art de vivre*, die den Franzosen nachgesagte Kunst, das Leben zu genießen. Gerade an diesem Klischee scheint sich der Kontrast zwischen Deutschen und Franzosen am deutlichsten zu manifestieren. Im 1946 abgedruckten Artikel über die Situation im nunmehr befreiten Paris ("Die Straßensänger in Paris", T16) wird ein geradezu idealisierendes Bild vom heiteren Nachkriegs-Straßenleben in Frankreich gezeichnet, von seinen sympathischen, musikliebenden Bewohnern, denen die deutsche Besatzung im Kern scheinbar nichts anhaben konnte: Jetzt singen sie wieder auf den Straßen, "lustiger und sentimentaler" denn je, aller materiellen Not zum Trotz. Dieses Stimmungsbild spiegelt die Freude über das Ende der Besatzung wider und betont die positiven Seiten des Friedens. Andererseits knüpft es genau an jenes Image von Frankreich und seinen Bewohnern an, das schon vor und während des Nationalsozialismus in Deutschland verbreitet war.

Auch später wird häufig die "französische Idylle" betont (z.B. T25), bevorzugt auf den Reiseseiten und in Feuilletons. "Jean und Jeannette" (T19), ein fiktives französisches Paar, ist dem deutschen Durchschnittsehepaar von 1956 nicht unähnlich: Der Geldbeutel ist klein, die Lust am Reisen ebenso groß wie der Traum, dabei das Paradies zu entdecken. Das lässige Urlaubsleben an der Côte d'Azur, abseits von teuren Touristenzentren, in den Altstädten, kleinen Fischerdörfern und Bädern wird zum Inbegriff von Ferienglück. Jean und Jeannette zeigen dem deutschen Leser, wie man es verwirklicht. Über die übliche, begeisterte und idealisierende Schilderung einer französischen Landschaft mit stereotyper Charakterisierung der Protagonisten (z.B. die "adrett gekleidete Französin") hebt den Text der Schlusssatz hinaus, der als optimistische Anspielung auf das deutsch-französische Verhältnis verstanden werden kann:

"Da haben es dann die exotischen Blumen wie die netten Leute, die auch oft da zu finden sind, wo eine so freundliche Nachbarschaft kaum erwartet wurde."

Als Perspektive für konstruktive Nachkriegsberichterstattung im Kontext "Land und Leute" lässt sich zusammenfassen:

1. Politische Ereignisse wie Kriege haben massive Auswirkungen auf den Alltag der Bevölkerung. Wenn über Kriege aus einer Non-Elite-Perspektive berichtet wird, kann dies eine Identifikation mit den Leidtragenden ermöglichen. Es macht im Gegensatz zum landläufigen Fokus auf militärische Aktionen und Elite-Personen deutlich, dass Krieg immer die kleinen Leute am härtesten trifft und als Mittel der Konfliktlösung grundsätzlich in Frage zu stellen ist.
2. Anreize, sich mit den Bewohnern des ehemaligen Feindeslandes zu identifizieren, können eine Hilfestellung geben, durch deren Beispiel für die eigene Situation zu lernen, z.B. wenn es um Probleme des Nachkriegsalltags, Flüchtlinge, politisches Engagement, Reisen mit schmalen Geldbeutel etc. geht.
3. "Franzosen sind nette Menschen wie du und ich" – diese Botschaft kann Berührungssängste abbauen. Stereotype Darstellungen, implizites Belächeln und Selbstaufwertungen finden sich dabei aber nicht nur in eskalationsorientierten Artikeln, sondern auch in solchen, in denen Frankreich und seine Bewohner prinzipiell sympathisch gezeichnet werden. Manchmal kippen diese Portraits geradezu in unkritische Idealisierungen von Land und Leuten um, welche Sehnsucht nach mehr Nähe erzeugen können, worunter allerdings auch Realitätsgehalt und Glaubwürdigkeit des jeweiligen Artikels leiden. Selbst die erklärte gute Absicht, Vorurteile abzubauen, mündet regelmäßig in ein Erschaffen neuer. Der Heterogenität der Bevölkerung und der entsprechenden Vielfalt ihrer persönlichen Lebensumstände werden diese Texte nicht gerecht, am wenigsten dann, wenn wieder einmal ein "Nationalcharakter" – wenn auch hier unter sympathieweckenden Vorzeichen – beschworen wird, den man dem französischen Volk unreflektiert und pauschal zuschreibt.

Vom Umgang mit der deutschen Kriegsvergangenheit

Im untersuchten Material sind nicht selten Textabschnitte und einzelne Aussagen enthalten, aus denen sich die Art und Weise erschließen lässt, in der im Nachkriegsdeutschland auf Vergangenheit und Krieg zurückgeblickt wird. Wirklich konstruktive Elemente im Sinne, es den Lesern zu ermöglichen, sich mit Nationalsozialismus und Krieg offen auseinander zu setzen, die französischen Kriegserfahrungen aus der Innenperspektive kennen zu lernen oder sich dem eigenen Anteil daran zu stellen, dass es überhaupt zu diesem Krieg kommen konnte, finden sich kaum, wenngleich die angesprochenen Themen durchaus Chancen dafür geboten hätten.

In "Frankreichs wirtschaftlicher Aufbau" (T15, 1946) wird der materielle Schaden aufgelistet, der in Frankreich entstanden ist. Zwar wird auf diese Weise die zerstörerische Seite des Krieges aufgezeigt. Allerdings wird mit keinem Wort darauf

eingegangen, dass bereits seit Beginn der deutschen Besetzung französische Ressourcen zur Finanzierung der deutschen Kriegsführung ausgebeutet wurden. Andere Texte thematisieren Kriegsverbrechen in Frankreich (z.B. T24: "Ich sah ein schreckliches Bild", 1953) bzw. einen bleibenden französischen Argwohn gegenüber Deutschland, der durch die Kriege mit Frankreich erzeugt wurde (z.B. T13: "Nur noch ein Rest alten Argwohns", 1969). Fast 20 Jahre nach Kriegsende wird im Text "Eine neue Generation in Frankreich" (T21) bedauernd auf den soziodemographischen Schaden des Krieges eingegangen. Eine ganze Generation von potentiellen Führungskräften habe im Krieg ihr Leben lassen müssen und fehle heute der deutschen Wirtschaft zur notwendigen Erneuerung. Auch der internationale Gesichtsverlust Deutschlands durch die Zeit des Nationalsozialismus, dem es sich noch 20 Jahre später stellen muss, und das Problem, weiterhin internationales Vertrauen zu erringen und zu bewahren, wird in einigen Artikeln angesprochen (z.B. T7: "Die dünne Decke", 1965).

Daneben finden sich in vielen Texten Aufrufe oder Willensbekundungen, nun, da der Schrecken des Krieges vorbei ist, alles daranzusetzen, eine friedliche, gemeinsame Zukunft zu schaffen. Vor allem in den Texten, die sich mit der Annäherung zwischen der deutschen und der französischen Bevölkerung befassen, kommt zum Ausdruck, dass es wichtig ist, einander kennen zu lernen und alte Feindschaften und Vorurteile hinter sich zu lassen (z.B. T2: "Das Gespräch ist in Gang", 1949). Gelungene Beispiele für neu entstandene deutsch-französische Freundschaften untermauern dies. Doch auch auf wirtschaftlicher und politischer Ebene wird die Notwendigkeit betont, sich noch stärker international zu vernetzen, in kooperativen Strukturen zusammenzuarbeiten und im Dialog miteinander zu bleiben, um aus der eigenen destruktiven Geschichte herauszutreten (z.B. T5: "Die Partner von Baden-Baden", 1962; T14: "Deutschland – Frankreich – Europa", 1950). Der vergangene Krieg wird in diesen Texten implizit und explizit verurteilt.

Das Recht Frankreichs, Deutsche für dort begangene Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt (z.B. T1: "Der Prozeß gegen Otto Abetz", 1949; T12: "45 Todes-Urteile im Oradour-Prozeß", 1953). Wie die in diesen Texten enthaltenen konstruktiven Elemente am Ende doch abgeschwächt bzw. ad absurdum geführt werden, wird im Anschluss gezeigt werden.

Selbst das Recht der Franzosen, sich gegen die deutsche Besatzung zur Wehr gesetzt zu haben, wird in einigen Artikeln implizit anerkannt (T4: "Die Stimme der Frau", 1946; T6: "Frankreich braucht Feldgrau nicht zu fürchten", 1950). Die Handlungen des französischen Widerstands werden in engem Kontext mit der deutschen Besatzung betrachtet und als mutige Form von "Selbstverteidigung" präsentiert (Ausnahme: T11 "Ein Brief aus Sombernon", 1955). Die Résistancekämpfer sind nach dem Krieg in ihr ziviles Leben zurückgekehrt und scheinen kei-

nen persönlichen Groll gegenüber den Deutschen zu hegen (T1: "Der Prozeß gegen Otto Abetz", 1949). Gerade durch die Hervorhebung dessen, dass man auch in Frankreich zwischen Person und Rollenzwängen zu trennen weiß, wird es möglich, sich mit französischen Zeugenaussagen in Kriegsverbrecherprozessen ernsthaft auseinander zu setzen.

Bei der detaillierten Analyse der Texte zeigen sich jedoch spezifische Schwachstellen, die darauf hindeuten, dass eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in der Nachkriegspresse nicht nur sehr unzulänglich stattgefunden hat, sondern geradezu abgewehrt wurde. Fünf sich teilweise überschneidende Argumentationsmuster lassen sich herausarbeiten:

1. "Der Krieg war nicht so schlimm."
2. "Wir hatten nie ein Problem mit den Franzosen, sie haben ein Problem mit uns."
3. "Es gab Probleme zwischen Deutschen und Franzosen, aber auf allen Seiten gab es Gute und Böse."
4. "Wir waren nicht alle so schlimm: Es gab auch Deutsche, die sich Befehlen widersetzt haben und denen Frankreich Dank schuldet."
5. "Wir waren nicht alle so schlimm: Mit den Tätern in Frankreich oder mit den Nationalsozialisten hatten wir nie etwas gemeinsam."

"Der Krieg war nicht so schlimm."

Auf den Krieg und die deutsche Besatzung in Frankreich wird retrospektiv in vielen Texten nur dezent angespielt oder sie werden in einem solchen Maße verharmlost oder beschönigt, dass der absurde Eindruck entsteht, sie seien geradezu förderlich für die spätere deutsch-französische Aussöhnung gewesen. Nicht nur konnten persönliche Freundschaften geknüpft werden (T11: "Ein Brief aus Sombornon", 1955), die den Krieg überdauerten. Krieg und Besatzung dienten auch der Erweiterung von Fremdsprachenkenntnissen auf allen Seiten:

"Bei der Begrüßung zeigten sich für ihn die als 'Prisonnier de guerre' erworbenen Sprachkenntnisse als außerordentlich nützlich. Eifrig unterstützte ihn jedoch der Lehrer Michael Seidl, der sein Französisch vor rund 10 Jahren als Besatzungssoldat in Frankreich aufgefrischt hatte." (T3)

Auch hatten die kriegsbedingten persönlichen Begegnungen mit Menschen des anderen Landes es offenbar einigen Deutschen ermöglicht, sich von alten Vorurteilen gegenüber den Franzosen zu befreien. (Im Übrigen wird in diesem Textbeispiel die materielle Not verharmlost, die manche Französinen dazu brachte, sich während der deutschen Besatzung Frankreichs zu prostituieren.)

"Die Deutschen haben es gerne, Menschen und Völker fein säuberlich in Kategorien zu schachteln Sie sagen es zwar nicht immer laut, aber sie denken: 'Die Französin? Nicht ernst zu nehmen, frivol, schminkt sich und ist oberflächlich.' Manch deutscher Soldat aber, der in Frankreich war, hat sein Vorurteil, von der ganz anderen Wirklichkeit belehrt, abge-

legt. Und dabei waren es meist nicht die wertvollsten Vertreterinnen ihrer Nation, mit denen der Wehrmachtsangehörige in Berührung kam" (T4).

"Wir hatten nie ein Problem mit den Franzosen, sie haben ein Problem mit uns."

Schon 1950 wird Unverständnis darüber geäußert, von Frankreich immer wieder auf die deutsche Vergangenheit verwiesen zu werden:

"Selbstverständlich fehlt es bei den ablehnenden Stimmen nicht an bitteren Anklagen gegenüber Deutschland" (T6).

Selbst 1969 klingt dies noch ähnlich:

"Als die Anfang August vor den Fernsehschirmen zur Schau gestellte selbstgerechte Arroganz des Weihbischofs Defregger auch in Frankreich eine Welle empörter Leserbriefe in die Zeitungen spülte und als sofort wieder ein unterschwelliger Ton des Vorwurfs und des Mißtrauens an die Adresse der Bundesrepublik laut wurde" (T13).

Zugleich wird frühzeitig (z.B. in "Deutschland – Frankreich – Europa", T14b, 1950) auf die prinzipielle deutsche Friedfertigkeit – bei allem Gehorsam – verwiesen:

"In Deutschland war die Zahl derer, die den Kriegsausbruch 1939 für ein nationales, ja für ein europäisches Unglück hielten, groß: auch unter denen, die der Staatsführung Folge leisteten."

Die Sehnsucht nach einem Ende des Krieges sei stetig gewachsen. Und nach der

"... unerbittlichen Forderung der Alliierten auf bedingungslose Kapitulation, die auch gegenüber hitlerfeindlichen Deutschen galt",

habe man bescheiden abwarten müssen, bis die Alliierten endlich erkennen konnten, dass man sich in Deutschland in Wirklichkeit schon immer nach Völkerverständigung geseht hatte. Doch

"... stand [es, S.J.] den Besiegten, den Besetzten nicht an, ihre Gefühle auf den Lippen zu tragen, Hände entgegenzustrecken, die in jenem Zeitpunkte übersehen werden mußten". (T14b)

"Es gab Probleme zwischen Deutschen und Franzosen, aber auf allen Seiten gab es Gute und Böse."

Vor allem in "Ein Brief aus Sombornon" (T11, 1955) wird wiederholt die Allseitigkeit von Schuld betont und dadurch Spielraum für eine Relativierung der deutschen Verantwortung gelassen:

"Jenseits von Haß und politischer Verwirrung *beider* Nachbarvölker [Hervorh. S.J.] gibt es eine andere Welt. Eine Welt des menschlichen Verstehens über die Grenzen hinweg."

Moralisierende Allgemeinplätze über das Wesen des Krieges suggerieren, dass "Gut" und "Böse" auch in diesem Krieg ("auf allen Seiten und an allen Fronten")

gleichmäßig verteilt waren. Dies wird im Schlusswort des Artikels durch das Zitat einer Französin, also gewissermaßen aus berufenem Munde, untermauert:

"Beim Durchblättern der Briefe ... lese ich auch: 'Es gibt gute und schlechte Deutsche – wie es gute und schlechte Franzosen gibt ...' Viele unter uns könnten eine ganze Menge lernen von dieser einfachen, alten Frau aus dem kleinen Dorfe Sombornon jenseits der Grenze."

Dadurch gibt der Autor zu verstehen, selbst in Frankreich sei man der Meinung, dass "wir nicht alle so waren". Faktisch mag das sogar zutreffen, hat aber dennoch einen Beigeschmack von Reinwaschung und Abwehr von Verantwortung. Alle waren irgendwie schuld – also hatte irgendwie keiner Schuld.

Der Kommentar zu den abschließenden Urteilen im Oradour-Prozess gegen SS-Angehörige "45 Todes-Urteile im Oradour-Prozess" (T12b, 1953) fällt vor allem durch das Geschehen verzerrende Allgemeinplätze über den Krieg auf, wodurch die deutsche Verantwortung deutlich geschmälert wird:

"... wenn sie [gemeint sind der Elsässer Boos, der freiwillig zur SS gegangen war, und Lenz, der es dort bis zum Feldwebel brachte, Anm. S.J.] auch an jenem 10. Juni 1944 vielleicht nur deshalb auf Menschen geschossen haben, um nicht selbst erschossen zu werden. Und unzähligen Soldaten des zweiten Weltkrieges ist es hüben und drüben ähnlich ergangen, denn überall wo Krieg ist, wiederholt sich diese grausame Alternative Tag um Tag."

Die angebliche "grausame Alternative" täuscht im Kontext von Oradour darüber hinweg, dass dort annähernd die gesamte Bevölkerung des Ortes von SS-Soldaten ausgelöscht wurde und vor allem Frauen und Kinder ihr Leben lassen mussten. Es war kein "reguläres" Kampfgeschehen zwischen Soldaten, sondern ein Vergeltungsakt an der Zivilbevölkerung. Das Geschehen wird zu einem Akt der Selbstverteidigung verzerrt und die Bevölkerung zum potenziellen Täter.

Die Suche nach einer angemessenen, gerechten Beurteilung der Taten manifestiert sich vor allem darin, wie die französische Justiz mit den an den Verbrechen der SS-Kompanie beteiligten Elsässern verfährt. So wird in diesem Kommentar ausdrücklich gelobt, dass das Gericht schließlich keine "Sonderbehandlung" für Elsässer SS-Angehörige gelten ließ. Allerdings wird an der grundsätzlichen Schuld der Täter gezweifelt:

"Zum Verbrechen gehört die verbrecherische Absicht. ... Oder sind sie schon deshalb schuldig geworden, weil sie einen verbrecherischen Befehl unter Zwang ausführten?"

An der daraus gezogenen Konsequenz wird einerseits deutlich, dass man sich eher als Opfer denn als Täter betrachtet, andererseits äußert sich darin implizit der Vorwurf von Siegerjustiz:

"Man wird sie [diese Frage, Anm. S.J.] künftig auch dann stellen müssen, wenn unmenschlichen Befehlen nichtdeutscher Kommandeure gehorcht wurde oder wird."

"Wir waren nicht alle so schlimm: Es gab auch Deutsche, die sich Befehlen widersetzt haben und denen Frankreich Dank schuldet."

In "Der Prozeß gegen Otto Abetz" (T1, 1949) wird der Verlauf des Prozesses gegen den ehemaligen deutschen Botschafter im besetzten Paris in betont neutralem, nüchternem Ton geschildert. Die Anklagen werden im Protokollstil referiert und sprechen für sich. Stellenweise schließt sich ihnen der Autor – gewollt oder ungewollt? – durch Verwendung des Indikativs statt des Konjunktivs indirekter Rede an. In einer Textpassage schimmert allerdings echte Begeisterung durch:

"Besondere Erwähnung verdient schließlich die Zeugenaussage des Generals von Choltitz, des einstigen Militärbefehlshabers von Groß-Paris, der im August 1944 den Befehl erhielt, das bereits an vielen Stellen unterminierte Paris in die Luft zu sprengen und dessen Widerstand gegen den Befehl zu verdanken ist, daß Paris heute kein Ruinenmeer, sondern eine der schönsten und besterhaltenen Großstädte Europas ist."

Abetz habe Choltitz' Befehlsverweigerung akzeptiert und ihn dadurch unterstützt. Somit fällt etwas vom Glanz der Heldentat auch auf Abetz. In der Ironie der Geschichte liegt es, dass Deutschland zu diesem Zeitpunkt in Trümmern liegt, während Frankreich die Rettung seiner Hauptstadt ausgerechnet deutschen Militärs verdankt. Dadurch wird davon abgelenkt, dass Paris ohne die deutsche Besatzung überhaupt nicht bedroht gewesen wäre.

Es ist sinnvoll, den Lesern zu zeigen, dass auch während der nationalsozialistischen Diktatur Widerstand möglich war und dass manche Deutsche dafür große Risiken auf sich nahmen. Im Kontext des Themas hebt der Autor deutschen Widerstand jedoch explizit zur Ehrenrettung des Angeklagten hervor und lässt die Vorgeschichte schlicht in Vergessenheit geraten, nämlich die Frage danach, wie es Abetz während der NS-Zeit überhaupt zur Karriere als Botschafter in "Groß-Paris" gebracht hat.

Auch im Text "Ein Brief aus Sombornon" (T11, 1955) gibt es einen deutschen Helden. Es ist ein Verbindungsoffizier der Luftwaffe, der von einer Französin während eines Angriffs des Maquis gerettet wurde. Am nächsten Tag hatte er den Ort vor einem Racheakt einer deutschen Kompanie bewahrt, indem er dem "jungen Oberleutnant" die "Zerstörung" des Ortes "verbot". Nach dem Krieg hatte sich eine Freundschaft zwischen der Französin und dem Offizier entwickelt, die der Autor zum Anlass nimmt, die Kriegserlebnisse aus der Perspektive beider Seiten noch einmal in Szene zu setzen. Vom "Schicksal Oradours" ist darin die Rede, dem Sombornon entgangen sei; davon, dass die "Häuser des kleinen Dorfes Sombornon ... erhalten" blieben, dass es "vor dem Untergang" bewahrt wurde. Gerade der Zusammenhang mit Oradour, der nur angedeutet wird, beinhaltet zugleich eine Bagatellisierung des Geschehens: Nicht nur waren dort die "Häuser" zerstört, sondern beinahe sämtliche Bewohner getötet worden.

"Wir waren nicht alle so schlimm: Mit den Tätern in Frankreich oder mit den Nationalsozialisten hatten wir nie etwas gemeinsam."

Der Text über die Zeugenvernehmung im Oradour-Prozess (T24, 1953) ist geprägt von emotionaler Dichte, die durch die meist in wörtlicher Rede zitierten Zeugenaussagen der Überlebenden entsteht. Durch die Humanisierung der Opfer werden Anreize für die Leser geschaffen, deren Leid nachzufühlen und sich mit ihnen zu identifizieren.

Durch die Sprache und die Art der Darstellung scheint der Text allerdings eher eine Art Apokalypse als ein angeordnetes Kriegsverbrechen zu beschreiben (wie bereits der Titel nahe legt: "Ich sah ein schreckliches Bild", vgl. Johannesoffenbarung), was dem subjektiven Empfinden der Dorfbewohner bei diesem Überfall durchaus entsprochen haben dürfte. Meist treten die Täter nur indirekt in Erscheinung, in Passivkonstruktionen, oder, als wären sie eher beiläufig an einem Ort, an dem gestorben wird:

"Fünf Männer aus Oradour schilderten dem Gericht, wie sie mit mehreren Einwohnern in eine Scheune getrieben wurden, wie dann die Maschinengewehre krachten und Tote und Verletzte zu einem wirren Knäuel zusammenbrachen. ... Durch das Stöhnen der Sterbenden hörten die fünf Radiomusik und das Lachen der Exekutionskommandos."

Teilweise werden sie gar zu "Sterbehelfern" bei einem "Schicksal", das blind über das Dorf gekommen ist:

"Die fünf Zeugen entgingen, durch die Körper ihrer Schicksalskameraden geschützt, den Gnadenschüssen."

Insgesamt erscheinen die Ereignisse durch die Darstellung surreal. Zu den Tätern (stets als "SS-Kommando" u.ä. bezeichnet, nur am Textende wird einmal auf ihre Nationalität verwiesen) wird eine solche Distanz aufgebaut dass sie nahezu unirdisch wirken – ähnlich apokalyptischen Reitern. Der Mythos eines prinzipiell "ordentlich" fñhrbaren Krieges kann unausgesprochen aufrechterhalten bleiben, indem das Massaker in Oradour aus dem Kontext des Krieges herausgelöst und zum Verbrechen einiger enthemmter Wahnsinniger, Elsässer wie Deutscher, gerät, was durch eine abschließende Zeugenaussage unterstrichen wird:

"... einer war wie der andere, sie waren alle wahnsinnig und taten alle ihre Arbeit."

Die Marginalisierung der Täter und des Geschehens lässt vergessen, dass in diesem Krieg solche Gewaltexzesse regelmäßig stattfanden.

Die Empörung nicht mehr einseitig gegen einen auf der Grundlage seiner nationalen oder kulturellen Herkunft definierten Feind zu richten, sondern gegen die Gewalt an sich, ist nicht nur im Kontext eskalierter Konflikte häufig ein durchaus konstruktiver Ansatz. Er kann dazu beitragen, den Krieg insgesamt in Frage zu stellen und die Suche nach gewaltfreien Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung zu

forcieren. Im Zusammenhang mit dem vorgestellten Text jedoch lenkt diese ungerichtete Empörung ab von weitreichender deutscher Verstricktheit in die Ideologie des Nationalsozialismus und erleichtert die Abwehr von Schuldgefühlen.

In dem Text "Die Straßensänger in Paris" (T16, 1946), der u.a. die Situation im von den Deutschen besetzten Paris schildert, distanziert sich der Autor durch Solidarisierung mit den Parisern und Ironisierung so stark von den Nationalsozialisten, dass am Ende der Eindruck entsteht, es mit einer fremden Macht zu tun zu haben, die neben Frankreich Deutschland gleich mit besetzt hätte. Nie werden die Besatzer als "deutsch" bezeichnet. Sie werden lächerlich gemacht als "neue Herren" in Paris, als "Anbeter des Hakenkreuzes", die aus purer Furcht vor französischem Spott jegliche Straßenmusik verboten hätten.

Durch das Erheben des Nationalsozialismus in den Rang eines Irrglaubens verharmlost der Autor die tatsächlichen Dimensionen dieser Ideologie. Zugunsten der heiteren Stimmung im Artikel wird auch die Besatzung selbst bagatellisiert: Den Parisern sei in dieser Zeit "nach allem anderen zumute (gewesen) als nach Musik und Gesang" – dies sei der erste Grund, weshalb die Straßensänger "verschwunden" wären. Die Art und Weise, wie sich der Autor vom Nationalsozialismus abgrenzt, gleicht einem bequemen Angebot an die Leser, sich ebenfalls abzugrenzen und mitzuspotten. Eine Auseinandersetzung mit eventueller eigener Anhängerschaft wird so jedoch eher verhindert als angeregt.

Als Perspektiven für eine versöhnungsorientierte Nachkriegsberichterstattung lassen sich im Kontext der Auseinandersetzung mit der deutschen Kriegsvergangenheit festhalten:

1. Sich der deutschen Vergangenheit offen zu stellen, scheint für die Zeitungen immens problematisch gewesen zu sein, was sich bereits daran zeigt, dass häufig nur in Nebensätzen und dann sehr allgemein auf den Krieg angespielt oder aber der Blick starr nach vorn in eine friedliche, bessere Zukunft statt zurück gerichtet wird. Dies mag dem Lebensgefühl der Leser entsprochen haben, die von Krieg und Kriegsgräueln genug hatten und denen die Alltagssorgen des Wiederaufbaus drängender und präsenter zu sein schienen, als sich mit internationalen Vorwürfen einer etwaigen "kollektiven Verantwortung" auseinanderzusetzen⁴. So war es sicher einfacher, abstrakt den Krieg als Verursacher von Not und Elend, auch des eigenen Leidens, zu verdammen, als sich einzugestehen, dass dieser Krieg eine spezielle Vorgeschichte hatte, nämlich den Aufstieg Hitlers, zu dem viele in Deutschland beigetragen hatten. Sich wenigstens nachträglich von Hitler, von den Nationalsozialisten und von überführten

4 Vgl. auch Kap. 6: Im serbischen Text "Wen kümmert's" (*Vreme*, 28.6.2001) fordert der Autor Stojan Cerovic eben diesen souveränen Umgang mit der Vergangenheit von seinen Landsleuten ein, nämlich eine gründliche und ehrliche Auseinandersetzung mit der serbischen Rolle während der jugoslawischen Kriege. Wenn man in Serbien diese Chance verpasse, sich souverän und mit Würde der eigenen Verantwortung zu stellen, verspiele man auf lange Zeit die eigene Mündigkeit.

Kriegsverbrechern abzugrenzen, ist legitim und anerkennenswert, bleibt aber nichtig, solange damit nicht die Frage verbunden wird, inwieweit jeder einzelne in nationalsozialistisches Denken verstrickt war und welche Lehren daraus für die Zukunft gezogen werden müssen.

2. Verbrechen der eigenen Seite wurden dann zum Thema, wenn man wegen aktueller Ereignisse wie z.B. laufender Kriegsverbrecherprozesse nicht daran vorbei kam. Durch detaillierte Schilderungen der Erlebnisse von Opfern des Nationalsozialismus wurden die Leser zu Mitgefühl und Identifikation mit den Opfern angeregt. Auch distanzierte man sich in den Texten massiv von den Tätern in den eigenen Reihen. Eine allzu starke Marginalisierung der Täter, ein Herauslösen ihres Handelns aus dem Kontext nationalsozialistischer Ideologie und ein implizit aufrechterhaltener Glaube an militärische Tugenden wie Ehre, Gehorsam und Pflichterfüllung birgt jedoch die Gefahr, dass man sich von diesen Tätern bequem abgrenzen kann, indem man sie als Einzelfälle begreift, und dass die Frage nach den Kriegsursachen und dem Beitrag eines jeden Einzelnen zu diesem Krieg nicht mehr gestellt wird. Gleichzeitig bleibt der Mythos vom prinzipiell "ordentlich" fñhrbaren Krieg und von der "sauberen Wehrmacht" unangetastet.
3. In der rückblickenden Berichterstattung über Krieg und Nationalsozialismus finden sich somit sämtliche Anzeichen von "moral disengagement" (vgl. Kap. 1): (1) Die Verwerflichkeit des Handelns wird entkräftet, wozu moralische Rechtfertigungen, verharmlosende Vergleiche und Euphemismen eingesetzt werden. (2) Die eigene Beteiligung an der Handlung und/oder am Verursachen der schädigenden Folgen wird verwischt bzw. minimiert. (3) Die Konsequenzen der Handlung werden verharmlost, verzerrt oder ignoriert. (4) Das Opfer wird dehumanisiert und/oder selbst dafür verantwortlich gemacht, wobei Opfer- und Täter-Rollen umgekehrt werden.
4. Hätte die deutsche Nachkriegspresse diesem Prozess gegensteuern können? Eine Schulddebatte wurde größtenteils vermieden und schimmert nur ansatzweise durch. Dies ist durchaus konstruktiv zu werten, da sie eine Verteidigungshaltung forciert, bei der es eher darum geht, sich zu wehren und das eigene Gesicht zu wahren, als sich tatsächlich mit Inhalten und Ursachen der Verbrechen auseinander zu setzen. An ihre Stelle trat jedoch nur selten eine Debatte um Verantwortung, die sich den Inhalten gewidmet hätte und in der jeder einzelne dazu aufgefordert gewesen wäre, zu überprüfen, inwieweit er während der NS-Zeit und während des Krieges verantwortlich gehandelt hatte. Sich auf Beispiele eigenen Gutseins zu berufen und darauf hinzuweisen, dass man der Klagen und Vorwürfe müde sei, statt dem anderen das Recht zu klagen zuzugestehen bzw. nach Wegen einer Wiedergutmachung zu suchen, zeigt, dass in den Medien noch am ehesten eine Verdrängungsdebatte stattgefunden hat. Zu berücksichtigen ist dabei zwar auch die Art des Untersuchungsmaterials, das sich ausschließlich auf Frankreich betreffende Themen bezieht. Möglicher-

weise hätte man in der Berichterstattung über den Holocaust eindeutiger Ergebnisse zu diesem Themenkomplex gefunden. Andererseits spricht es für sich, wenn man Frankreich aus dem Kreis der Opfer nationalsozialistischer Kriegspolitik durch Nichtthematisierung ausschließt: Die Teilung Frankreichs in eine besetzte Zone und einen von Kollaborateuren regierten Staat, die Einverleibung Elsass-Lothringens, vier Jahre Besatzung, Plünderungen und Deportationen wären Anlass genug gewesen, sich in den Medien auch mit der deutschen Vergangenheit in Frankreich expliziter auseinander zu setzen.

4 Resümee

Hinsichtlich der eingangs genannten Forschungsfragen erweist sich die deutsche Nachkriegsberichterstattung über Frankreich als reichhaltige Fundgrube. Deeskalationsorientierte Elemente, wie sie im Modell formuliert wurden, treten in den ausgewählten Artikeln regelmäßig auf. Sämtliche Dimensionen des Konfliktmodells finden sich wieder, mit je nach Themenkontext unterschiedlichen Schwerpunkten. Erwartungsgemäß waren diese Elemente häufiger zu finden in Artikeln, die sich mit an und für sich schon konstruktiven Ereignissen befassten, wie z.B. mit zivilgesellschaftlichen Versöhnungsbemühungen, die einerseits Mut zur Annäherung machten, andererseits praktische Hinweise lieferten, wie man selber an Austauschprogrammen teilnehmen konnte. Schon an diesem Beispiel zeigt sich, dass über die Modellmerkmale hinaus auch sehr konkrete konstruktive Elemente der Berichterstattung gefunden werden konnten, die in Form eines virtuellen Nachschlagewerks (Bläsi & Jaeger, 2004) gebündelt wurden.

Diffiziler gestaltete sich die Suche nach solchen Elementen in Texten über konfliktbehaftete Situationen. Dies machte sich bereits bei der Auswahl der Artikel erschwerend bemerkbar. Wirtschaft und Politik scheinen Themenbereiche zu sein, in denen sich die konkurrenzorientierten Spielregeln des Kapitalismus von vorneherein in der Berichterstattung niederschlagen. Vordergründige Kooperation aus reinem Eigennutz und Kooperation, um gemeinsam einen definierten Gegenspieler zu besiegen, werden zum häufig propagierten Muster. Je nach eigener Interessenslage scheint Frankreich dabei zum Partner oder zum Antagonisten zu werden. Dennoch wird dies in einigen Texten aufgebrochen, etwa indem die Autoren antagonistische Konstruktionen als Fehleinschätzungen oder diskriminierende Verfälschung der Absichten der Akteure entlarven und regelmäßig die Gemeinsamkeit und Vereinbarkeit von Interessen hervorheben.

Die Idealisierung der französischen Lebensart weckt Sehnsüchte nach dem Anderen, nach einer Seite, die einem selber verschlossen zu sein scheint und deren Geschmack man allenfalls auf Reisen durchs Nachbarland zu verspüren vermag. Dass hierbei auch freundlich gemeinte Stereotypisierungen zu Lasten der französischen gesellschaftlichen Realität und Heterogenität gehen, versteht sich von selbst. Dem

gegenüber stehen andererseits Texte, die sich sehr präzise mit den Lebenslagen der französischen Bevölkerung auseinandersetzen und Empathie und Solidarität zu wecken versuchen; einige davon auch ohne die implizit eingeflochtenen Hinweise, dass es den Deutschen im Vergleich dazu immer noch besser gehe.

Grundsätzlich dominiert im untersuchten Material der Blick nach vorn, in eine friedliche Zukunft in einem vereinten Europa. Gerade das einhellige Ja der Autoren zu internationalen Strukturen der Zusammenarbeit, aber auch zu ganz bescheidenen Initiativen deutsch-französischen Austauschs erscheint zukunftsweisend nicht zuletzt für die Chancen künftiger konstruktiver Nachkriegsberichterstattung.

Dass die Kriegsvergangenheit Deutschlands nur verschämt bagatellisierend bis geradezu verzerrend und verfälschend angesprochen wird, scheint ein typisches Merkmal der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeneration zu sein. Wenn es in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht möglich war, den Finger zu deutlich in die Wunden zu legen, weil die Autoren möglicherweise selbst zu befangen waren oder weil man sich im zerstörten Deutschland selbst allzu sehr als Opfer empfand, so wurde aber auch in späteren Jahren die Chance verpasst, aus etwas größerer Distanz über eine Verantwortung für das Geschehene nachzudenken. Aus der Sicht der deutschen Presse schien die deutsch-französische Vergangenheit mit der Entwicklung funktionierender demokratischer Strukturen und der Etablierung von deutsch-französischen Freundschaften offensichtlich frühzeitig abgearbeitet zu sein. Auf anhaltendes französisches Misstrauen reagiert man eher verärgert als bestürzt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass es selbst 1969 noch nicht gelungen war, sich diesem finsternen Kapitel der eigenen Geschichte wirklich offen zu stellen.

Nach Langenbacher (2003), einem Forscher im Bereich der "memory regimes", dominierte im kollektiven Gedächtnis der Deutschen nach dem Krieg bis weit in die 1960er Jahre hinein die Erinnerung an das eigene Schicksal. Charakteristisch hierfür waren die Konzentration auf das eigene Leiden, auf die eigene Rolle als Opfer sowie das Herunterspielen von Deutschen als Tätern. Erst in den späten 1950ern begann sich der Prozess der Aufarbeitung von Vergangenheit allmählich auch auf die Opfer des Nationalsozialismus auszudehnen, forciert u.a. durch den Generationenwechsel. Dennoch fand dieser Aufarbeitungsprozess selbst dann eine eher begrenzte gesellschaftliche Verbreitung. Dies hielt bis in die späten 1970er Jahre an, wo der Holocaust schließlich in weiten Kreisen der Gesellschaft thematisiert und debattiert wurde. Die Berichterstattung der untersuchten Zeit kann somit als Teil wie auch als Spiegel der kollektiven erzählten Erinnerung dieser Zeit verstanden werden.

Perspektiven für eine konstruktive Berichterstattung, die sich auf andere Nachkriegsprozesse übertragen ließen, ergeben sich aus dem untersuchten Material mehr oder minder für sämtliche Themenbereiche. Allein im Kontext von Vergangenheitsaufarbeitung lassen sie sich bestenfalls ex negativo herleiten.

Teil III

Die Presseberichterstattung in und über Jugoslawien nach Milošević

Der Wandel des Feindbildes Serbien nach dem Machtwechsel

Ute Annabring & Susanne Jaeger

1 Einführung

Wie bis dahin keine andere bewaffnete Einmischung hat die Intervention der NATO im Kosovo in Deutschland die Frage aufgeworfen, mit welchen Problemen Nachkriegsgesellschaften zu kämpfen haben, welche Hindernisse einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens entgegenstehen und welche Institutionen, Strategien und Ressourcen entwickelt werden müssen, um eine langfristige Zivilisierung von Politik und die Etablierung eines andauernden Friedens zu gewährleisten. Innerhalb dieses Prozesses stellen die Medien insofern eine wesentliche Ressource dar, als sie über ihren Anteil an der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit als Katalysatoren der Demokratisierung wirken, als Kommunikationskanäle die Funktion von Mediatoren zwischen den Konfliktparteien einnehmen und einer konstruktiven Konfliktbearbeitung den Weg bereiten können.

Vor allem nach dem Kosovo-Krieg ist die internationale Presse massiv ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, sie hätte sich einseitig zugunsten einer internationalen militärischen Intervention im Kosovo funktionalisieren lassen. Aussagen wie beispielsweise die des damaligen NATO-Sprechers Jamie Shea zeigen, dass sämtlichen Beteiligten die Rolle der Medien in diesem Krieg durchaus bewusst war und von allen Seiten daran gearbeitet wurde, sie möglichst für die eigenen Interessen gewinnbringend zu nützen:

"Letzten Endes werden Konflikte nicht durch Medienkampagnen, sondern durch Diplomaten, Politiker und Piloten gewonnen. Aber ein Konflikt kann durch eine schlechte Medienkampagne verloren werden. Deshalb muss man sich nicht schämen, gut organisiert zu sein. Auf Konflikte bezogen ist Public Relations oftmals ein schmutziges Wort. Aber Tatsache ist, dass Konflikte mit extremen Mitteln ausgetragen werden, und alles, was extrem ist, ruft auch extreme öffentliche Opposition hervor – nicht nur auf Seiten der Kriegsgegner, sondern auch innerhalb der eigenen Gesellschaft." (Shea, 2001, 105)

Was das Serbien-Bild in Deutschland anbelangt, so konnte man im Kosovo-Krieg nichts Neues hinzulernen. Der Eindruck von nationalistischen aggressiven Akteuren, denen zur Bildung und Bewahrung eines "Groß-Serbiens" alle Mittel recht wären und denen systematische Menschenrechtsverletzungen als bevorzugte Kampfstrategie gälten, hatte sich in den westlichen Köpfen spätestens seit dem

Bosnien-Krieg festgefahren. Frühzeitig standen auch die Schuldigen fest: Während sich im Bosnien-Krieg jedoch der bosnische Serbe Radovan Karadzic diesen Rang mit dem jugoslawischen Regierungschef Slobodan Milošević teilte, schoss sich die öffentliche Meinung nach Dayton zunehmend auf Milošević als den wahren Übeltäter ein, den Hauptschuldigen an allen Kriegen im ehemaligen Jugoslawien, den man jedoch auf internationaler Ebene immer noch bei sämtlichen Vertragsschlüssen als Verhandlungspartner und Vertreter Jugoslawiens benötigte.

Im Oktober 2000 fand die Regierung von Slobodan Milošević, der von den deutschen Medien schließlich mehr und mehr als machtbessener, blutrünstiger Diktator dargestellt wurde, durch demokratische Wahlen und nach einer nahezu gewaltfreien Revolution der serbischen Bevölkerung ihr Ende. Serbien, seit mehr als 10 Jahren der ungeliebte Troublemaker im Südosten Europas, zeigte nun, dass es mehr zu bieten hatte als Rassismus und Krieg. An die Macht kam ein Bündnis aus oppositionellen Parteien. Vojislav Kostunica wurde jugoslawischer Präsident, Zoran Djindjic serbischer Ministerpräsident.

Mit dieser Wende, die sich von Anfang an als Wende hin zu einem demokratischen, nach Europa geöffneten Rest-Jugoslawien darstellte, verknüpften sich die Hoffnungen vieler, auch des internationalen Umfeldes, dass nun auf der Balkan-Halbinsel endlich Frieden einkehren könnte, wenngleich für so manches Problem (z.B. Kosovo-Status) auch mit dem Regierungswechsel immer noch keine endgültige Lösung gefunden war.

Autoren	Kempff (1999c, 2002b); Jaeger, Mat- tenschlager & Meder (1999); Jaeger (2000)	Sabellek (2000, 2001)	Wolfer (2001)	Keßler (2002)	Jaeger & Möckel (2004)
Unter- suchungs- zeitraum	25.7.1990 bis 19.3.1996	13.12.95 bis 17.10.98	19.10.1998 bis 11.6.1999	12.6.1999 bis 7.10.2000	6.10.2000 bis 15.3.2002
Unter- suchungs- material	Je 1 überre- gionale Tageszeitung aus FIN, CH, A, USA, GB, Israel, F sowie aus Deutsch- land: <i>ND, FR, FAZ, SZ, Welt, taz</i>	Aufmacher, Leitartikel, Berichte und Kommentare aus deut- schen Tages- zeitungen: <i>FR, FAZ, SZ, Welt, taz</i>	Leitartikel und Kommentare aus deutschen Tageszeitun- gen: <i>FR, FAZ, SZ, Welt, taz</i>	Nachrichten, Leitartikel und Kommentare aus deutschen Tageszeitun- gen: <i>FR, FAZ, SZ, Welt, taz</i>	Artikel zum Thema Jugo- slawien aus der deut- schen Tages- zeitung <i>FR</i>

Konflikt- parteien	Serben, Kroa- ten, bosnische Muslime, Akteure der internationalen Staaten- gemeinschaft	Serben außerhalb des Kosovo, Kosovo-Alba- ner, Akteure der interna- tionalen Staa- tengemeinsch- aft, Kosovo- Serben, Alba- ner außerhalb des Kosovo, Nachbarländer	Serben außerhalb des Kosovo, Kosovo-Alba- ner, Akteure der interna- tionalen Staa- tengemeinsch- aft, Kosovo- Serben, Alba- ner außerhalb des Kosovo, Nachbarländer	Serben außerhalb des Kosovo, Kosovo-Ser- ben, serbi- sche Oppo- sition/Monte- negro, Kosovo-Alba- ner, Akteure der internatio- nalen Staaten- gemeinschaft	Serbische Parteien, kosovo-alba- nische Par- teien, monte- negrinische Parteien, Akteure der internationalen Staaten- gemeinschaft
Unter- suchungs- einheiten	Konfliktkon- stellationen	Gesamter Artikel	Gesamter Artikel	Gesamter Artikel	Gesamter Artikel
Timespots und Artikel- auswahl	16 Timespots, größte und wichtigste Artikel auf Titelseite und Hintergrund- artikel	12 Timespots, darin sämtli- che relevan- ten Artikel	7 Timespots, je wichtigster Leitartikel u. Kommentar pro Timespot, Tag und Zei- tung	13 Timespots, pro Timespot/ Zeitung Zufallsaus- wahl von möglichst je 4 Nachrichten, 2 Leitartikeln, 2 Kommenta- ren	Gesamtber- ichterstat- tung, sämtliche in der Zeitung erschiedenen Artikel
Anzahl der Artikel	1132 Artikel	420 Artikel	480 Artikel	458 Artikel	483 Artikel
Kodierschema	Entwickelt aus Kempf, Reimann & Luostarinen (1996) → Jaeger, Mat- tenschlager & Meder (1999)	Jaeger, Mat- tenschlager & Meder (1999)	Jaeger, Mat- tenschlager & Meder (1999)	Jaeger, Mat- tenschlager & Meder (1999)	Modifiziertes/ erweitertes Schema, basierend auf Jaeger, Mat- tenschlager & Meder (1999)
Statistische Methoden	Häufigkeits- auswertung, Latent-Class- Analyse, Kon- tingenzanalysen	Häufigkeits- auswertung, Latent-Class- Analyse, Kon- tingenzanalysen	Häufigkeits- auswertung, Latent-Class- Analyse, Kon- tingenzanalysen	Häufigkeits- auswertung, Latent-Class- Analyse, Kon- tingenzanalysen	Häufigkeits- auswertung, Latent-Class- Analyse, Kon- tingenzanalysen

Tabelle 1: Überblick über die Forschungsarbeiten zur Jugoslawienberichterstattung von 1990 bis 2002

Die Untersuchung darüber, wie in den deutschen Medien über die Zeit nach der jugoslawischen Wende berichtet wurde, bildet den vorläufigen Abschluss einer Rei-

he quantitativer Inhaltsanalysen zur Jugoslawienberichterstattung seit 1990. Dabei interessierte vor allem die Frage, wie flexibel die Nachrichtenmedien auf die zu Frieden und Demokratisierung hin veränderte Situation reagiert haben. Gibt es Indizien für eine Abkehr von früheren Rollenkonstruktionen der Konfliktparteien in Jugoslawien? Und wie wird die Rolle internationaler Akteure konstruiert? Tab. 1 gibt einen Überblick über die bisherigen Studien und die dabei verwendeten Methoden, deren Ergebnisse im Anschluss ausführlich dargestellt werden.

2 Die Vorgeschichte: Der Bosnien-Konflikt

Die Studien zum Bosnien-Konflikt (Kempf, 1999c, 2002b; Jaeger, Mattenschlager & Meder, 1999; Jaeger, 2000) waren Teil des internationalen Forschungsprojekts "Journalism in the New World Order", das sich damit beschäftigte, wie internationale Konflikte (Golf-Krieg, Bosnien-Konflikt) in der täglichen Medienberichterstattung konstruiert werden. Als Grundlage für die Auswertung von Artikeln diente ein aus dem qualitativen Modell von Kempf, Reimann und Luostarinen (1996) zur Untersuchung von Kriegsberichterstattung entwickeltes quantitatives Kodierschema, mit dessen Hilfe eskalations- und deeskalationsorientierte Merkmale der Berichterstattung erfasst wurden (vgl. Jaeger et al., 1999). Untersucht wurde die Berichterstattung vom 25.07.1990 (Unabhängigkeitserklärung der Serben in Kroatien) bis zum 19.03.1996 (Dayton-Abkommen). Die zentralen 98 Ereignisse im Verlauf des Bosnien-Krieges wurden zu 16 Timespots zusammengefasst. Als Untersuchungseinheiten wurden Konfliktkonstellationen identifiziert, welche definiert sind als spezifische Interaktion zwischen internen (jugoslawischen) Akteuren untereinander bzw. als Interaktion zwischen internen und externen Akteuren.

Im Vergleich zur Golfkriegsberichterstattung zeigt die Bosnien-Studie, dass sich die internationalen Medien hier nicht so eindeutig auf eine Seite geschlagen haben. In der Darstellung aller am Konflikt beteiligten internen Akteure (getrennt nach den drei ethnischen Gruppen) dominierten Beschreibungen konfrontativen Verhaltens, welches einer militärischen Logik folgt. Auch überwog bei der Darstellung aller drei ethnischen Gruppen ein Bestreiten der von ihnen in Anspruch genommenen Rechte und/oder die Unterstellung von "bösen" Absichten, während man ihnen Rechte und/oder etwaige gute Absichten eher selten zugestand. Was dabei vordergründig nach ausgewogener Berichterstattung über alle Kriegsparteien im Sinne einer Darstellung des Unrechts auf allen Seiten aussieht, findet seine Beschränkung aber bereits darin, dass in den Artikeln weitaus häufiger über serbische Akteure berichtet wurde als über kroatische oder bosnische, wodurch indirekt serbisches aggressives Verhalten – im Vergleich zu dem der anderen Parteien – betont wurde.

Trotzdem zeichnete die internationale Presse keine simplen Schwarz-Weiß-Bilder, sondern vermittelte ein relativ ambivalentes Bild von den drei internen Parteien, denen allerdings durch die spezifische Art und Weise ihrer Porträtierung unterschiedliche Rollen zugewiesen wurden. Die positivste Rolle wurde für die Muslime konstruiert. Von allen Gruppen wurden sie am wenigsten konfrontativ und am häufigsten defensiv dargestellt. Dementsprechend war auch der Anreiz größer, sich mit den muslimischen Opfern zu identifizieren, als mit Opfern der anderen Parteien. Sowohl Serben als auch Kroaten wurden eher als Aggressoren porträtiert, wobei das Handeln der kroatischen Partei durch intensivere Exploration ihrer Rechte und ihrer möglichen guten Absichten größeres Verständnis erfuhr. Hinzu kommt, dass die serbische Partei während des gesamten Untersuchungszeitraums als überwiegend isoliert dargestellt wurde, während die anderen beiden Parteien immer wieder partiell in Koalition mit internationalen Akteuren präsentiert wurden. Soziale Distanz gerade zur serbischen Partei erhielt dadurch ein noch größeres Gewicht.

Dennoch identifizierte sich die internationale Presse mit keiner der drei Kriegsparteien direkt, umso mehr statt dessen mit der internationalen Gemeinschaft. Auch dabei wurden weniger deren Bemühungen um gewaltfreie Konfliktlösungen unterstützt als das Szenario einer militärischen Intervention. Je mehr die internationalen Akteure als Kriegsparteien in den Konflikt verwickelt wurden, desto größere Sympathie erfuhren sie durch die Presse. Die Parteilichkeit der Medien oder ihr Engagement für Menschenrechte waren in der Berichterstattung über den Bosnienkrieg weniger verhängnisvoll als ihr relativ einseitiges Favorisieren einer gewaltvollen, militärischen Konfliktlösung, nämlich den Machteingriff von außen, und damit ihr Verfangensein in einem Teufelskreis von Krieg und militärischer Logik. In den Ergebnissen manifestiert sich dieser Befund dadurch, dass

- in 72% der Berichte über neutrale Drittparteien, welche in dem Konflikt zu vermitteln versuchten, eine Taktik der Stärke unterstützt wurde – durch Fokussierung konfrontativen Verhaltens und Interpretation der Ereignisse in einem Rahmen militärischer Logik,
- während in nur 15 % der Artikel in einer Weise über Drittparteien berichtet wurde, die tatsächliche kooperative Schritte unterstützte, die Logik einer friedlichen Streitbeilegung favorisierte und eskalationsorientierten Schritten von Drittparteien kritisch gegenüberstand.

Interessanterweise fanden sich hinsichtlich dieser Befunde keine nennenswerten Unterschiede zwischen den *deutschen* Zeitungen, die insgesamt ein breites politisches Spektrum abdeckten. Selten war die öffentliche Meinung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland so einheitlich wie im Bosnien-Konflikt, in den allerdings auch die deutsche Diplomatie so stark involviert war wie in keinen anderen militärischen Konflikt seit 1945 (Kempf, 1999c).

3 Von Dayton zum Kosovo-Konflikt

Die deutsche Berichterstattung von der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Dayton (14.12.1995) bis zur Entscheidung des deutschen Bundestages, sich mit deutschen Soldaten an einem möglichen NATO-Einsatz im Kosovo militärisch zu beteiligen (16.10.1998), zeigt im Vergleich zur Bosnien-Studie wenig Veränderung.

Sabellek (2000) untersuchte in einer quantitativen Inhaltsanalyse eine Zufallsauswahl von Artikeln aus fünf deutschen Tageszeitungen (*FR, FAZ, Welt, SZ* und *taz*) über 12 Timespots in diesem Zeitraum¹. Das Forschungsinteresse galt abermals eskalations- vs. deeskalationsorientierter Darstellung von serbischen Akteuren und von Akteuren der internationalen Staatengemeinschaft, hier aber zusätzlich von kosovo-albanischen Akteuren². Ein erstes auffälliges Ergebnis ist, dass die serbische, im Kosovo lebende Minderheit in den Texten kaum erwähnt wird.

Die serbische Konfliktpartei wird wie in der vorhergehenden Studie am häufigsten von allen Akteuren als Aggressor präsentiert. Von keiner der anderen Akteursgruppen wird annähernd oft über konfrontatives Verhalten und Unnachgiebigkeit berichtet. Serbische Akteure sind es auch, bei denen am deutlichsten darauf hingewiesen wird, dass sie die Rechte anderer missachten. Auf mögliche serbische Opfer wird fast nie Bezug genommen. Andererseits werden Serben als misstrauisch gegenüber den anderen beschrieben, und die Artikel sprechen sich teilweise sehr abwertend gegenüber serbischen Akteuren aus. Von allen Akteuren werden sie am häufigsten zur Zielscheibe von Kritik. Nur Mitte Mai 1998, als die Bemühungen der USA um eine friedliche Beilegung des Konflikts erste Früchte zu tragen schienen und Milošević sich kurzzeitig zu Gesprächen über den Konflikt und einen Dialog mit den Albanern bereit erklärte, treten in den Medien serbische Argumente für eine friedlichere Haltung deutlicher in Erscheinung. Nichtsdestotrotz ist in dieser sehr kleinen Gruppe von Artikeln konfrontatives Verhalten von Serben beinahe ebenso häufig vertreten wie kooperatives. Zu diesem Zeitpunkt sind auch sonst fast nicht vorhandene Artikel etwas häufiger, in denen von serbischer Akzeptanz der Rechte anderer und von serbischem Einsatz für gemeinsame Rechte und Interessen die Rede ist.

Die frühere Rolle der bosnischen Muslime scheint nun Kosovo-Albanern zugeteilt zu werden. In jedem vierten Text wird empathisch auf kosovo-albanische Opfer verwiesen. Zwar wird eine Minderheit der Albaner als konfrontativ dargestellt, als bestrebt, den Konflikt gewaltsam zu lösen. Aber es finden sich auch gelegentlich Anreize zur sozialen Identifikation mit friedenswilligen albanischen Akteuren. Häufiger als die anderen Parteien werden Kosovo-Albaner in einer defensiven Position

-
- 1 Zum Kodierschema: vgl. Kap. 2, bzw. Jaeger, Mattenschlager & Meder, 1999. Als Untersuchungseinheit diente in dieser und in den im weiteren Verlauf vorgestellten Studien jeweils der gesamte Artikel.
 - 2 Nur eine marginale Rolle in der Berichterstattung während des Untersuchungszeitraumes spielten die ebenfalls untersuchten Akteursgruppen "Albaner außerhalb des Kosovo", "Nachbarländer" und "Kosovo-Serben".

beschrieben. Die Darstellung von Kosovo-Albanern als konfrontativ und eskalationsbereit, als anderen ihre Rechte absprechend und eigene idealisierend, verschwindet fast gänzlich aus der Berichterstattung genau zu dem Zeitpunkt, als nach der Planung des NATO-Einsatzes Mitte September 1998 auf internationaler Seite doch noch einmal nach friedlichen Lösungen gesucht wurde. Dort lässt auch die Betonung der Bedrohung leicht nach, der sich Albaner ausgesetzt sehen – als wolle man sie wieder zu neutralen Verhandlungspartnern stilisieren, die weder einen Opferbonus für sich verbuchen können, noch sich durch ein ähnlich aggressives Verhalten wie das der serbischen Seite selbst disqualifizieren.

Bemerkenswert ist, auf welche Weise mit der Verhärtung der Fronten im Kosovo und mit der kosovo-albanischen Flüchtlingswelle die internationale Staatengemeinschaft verstärkt ins Bild rückt, während kosovo-albanische Akteure etwas aus dem Fokus geraten. Akteure der internationalen Staatengemeinschaft werden im untersuchten Zeitraum insgesamt zwar meist so dargestellt, dass sie für eine friedliche Lösung argumentieren. Auch werden ihre Kooperationsbemühungen hervorgehoben. Ab Anfang März, als in den Zeitungen vermehrt von blutigen Zusammenstößen zwischen Serben und Albanern berichtet wird, von einer Großoffensive der serbischen Polizei die Rede ist und über Massaker in albanischen Dörfern geschrieben wird, werden Argumente für eine gewaltfreie Konfliktlösung durch internationale Akteure jedoch mit zunehmender Häufigkeit zurückgewiesen, und Argumente für einen Militäreinsatz gewinnen an Kraft. Während dieser Berichterstattungsstil vorher kaum auftrat, nimmt er rasch 30 bis 40 Prozent der Berichterstattung ein. Der Eindruck, dass außer der militärischen Option wenig Aussicht auf alternative Lösungen besteht, wird unterstützt (und die Verpflichtung zu Solidarität mit der internationalen Gemeinschaft angeregt), indem man die internationale Staatengemeinschaft etwa ab der Planung von Militäreinsätzen durch die USA in der zweiten Augustwoche 1998 deutlich häufiger in einer Verteidigungsposition darstellt. Die internationale Staatengemeinschaft betont nun vermehrt ihre Stärke, rechtfertigt ihr Verhalten gegenüber nicht selten geäußerter Kritik und zeigt sich gegen die anderen eher misstrauisch. An manchen Stellen werden noch kooperative Interessen ihrerseits betont, im Zusammenhang mit dem starken Fokus auf eine militärische Option erhält dies jedoch einen Geruch von Fragwürdigkeit.

4 Der Kosovo-Krieg

Wolfer (2001) untersuchte, wie der Kosovo-Krieg in den deutschen Zeitungen dargestellt wurde – vom Bundestagsbeschluss vom 16.10.1998, an möglichen NATO-Einsätzen teilzunehmen, bis zur vorläufigen Waffenruhe in Jugoslawien am 11.6.1999³. Im Unterschied zu den übrigen Studien umfasst sein Untersuchungs-

3 Zum verwendeten Kodierschema vgl. Kap. 2 sowie Jaeger, Mattenschlager & Meder (1999).

material ausschließlich Kommentare und Leitartikel. Die untersuchten Akteursgruppen jedoch bleiben gleich: Serben (außerhalb des Kosovo), Kosovo-Albaner und internationale Akteure.⁴ Abermals finden Kosovo-Serben kaum Erwähnung.

Serben, als Gegner nicht nur der Kosovo-Albaner, sondern schließlich auch der NATO, werden über den ganzen Zeitraum fast immer auf Konfrontationskurs geschildert. Konfrontatives Verhalten ihrerseits wird vor allem während des Scheiterns der Rambouillet-Verhandlungen und zu Beginn des Kosovo-Einsatzes durch die NATO berichtet. Nur während der noch offenen Friedensverhandlungen in Rambouillet im Februar 1999, gegen Ende des Untersuchungszeitraums, zum Zeitpunkt der Bombardierung der chinesischen Botschaft im Mai 1999 und am Ende des NATO-Bombardements Anfang Juni 1999, gibt es seltene Schilderungen serbischen kooperativen Verhaltens, in denen aber gleichzeitig friedenslogische Argumente zurückgewiesen werden. Serbischen Akteuren werden auch weiterhin am häufigsten von allen schlechte Absichten unterstellt oder ihre Rechte bestritten. Eher selten findet man Kommentare/Leitartikel, in denen serbische Absichten und Rechte anerkannt und Kooperationsmöglichkeiten genannt werden. Dies verändert sich über den gesamten Zeitraum nicht. Als die NATO im März 1999 mit dem Kosovo-Einsatz begann, kippt plötzlich das Bild von den serbischen Aggressoren. Nun überwiegen Darstellungen von serbischen Akteuren in der Defensive. Dies unterstützt die Einschätzung einer schlagkräftigen NATO und nährt Hoffnungen auf einen raschen militärischen Sieg. Obwohl im Laufe des Konflikts Serbien massiv bombardiert wurde, wird in den Kommentaren und Leitartikeln so gut wie nie auf serbische Opfer eingegangen. Sehr häufig hingegen werden serbische Eliten abgewertet.

Entsprechend dem Eindruck, dass die Kosovo-Albaner zu diesem Zeitpunkt in den deutschen Medien ansatzweise das Erbe der bosnischen Muslime angetreten haben, werden sie von allen Parteien am seltensten konfrontativ dargestellt, teilweise als außerordentlich verhandlungsbereit, speziell zu Beginn des Untersuchungszeitraums, während der Verhandlungen in Rambouillet. Dieser Berichterstattungsstil, der in den genannten Zeiträumen immerhin in jedem vierten Artikel auftritt, verschwindet schlagartig mit Beginn des NATO-Einsatzes. Kosovo-albanische Akteure treten nun seltener im Kontext von Konfliktlösungsoptionen auf, was nicht verwundert, da nunmehr die NATO an ihrer Stelle den Konflikt in die Hand nimmt. Überhaupt spielen Kosovo-Albaner mit dem Fortschreiten des Krieges nur noch eine untergeordnete Rolle in der Berichterstattung, diese konzentriert sich eher auf Serbien und auf Akteure der internationalen Staatenwelt. Während man sich während der Verhandlungen in Rambouillet in den Texten noch kritischer mit den von Kosovo-Albanern beanspruchten Rechten und ihrem Verhalten auseinander-

4 Weitere Akteure wie Albaner außerhalb des Kosovo, Kosovo-Serben, Nachbarstaaten wurden zwar untersucht, finden in den Texten aber nur marginale Erwähnung.

setzt, schwindet diese Darstellungsweise sukzessive. Sie weicht einer, in der sie allenfalls ab und zu als leidtragende Opfer serbischer Aggression vorkommen; vor allem, nachdem der Krieg begonnen hatte. In Zeiten kooperativer Bemühungen (während des Beginns der Verhandlungen in Rambouillet und zu Ende des Untersuchungszeitraums im Mai/Juni 1999) werden Kosovo-Albaner seltener als bedroht und leidtragend beschrieben als in der Zeit, als die internationale Staatengemeinschaft begann, im Namen der Menschenrechte Krieg zu führen. Auch finden sich zu Beginn der Rambouillet-Verhandlungen ausnahmsweise kaum empathische Darstellungen von kosovo-albanischen Opfern, die sonst in den Texten regelmäßig auftreten. Andererseits werden sie in Zeiten schwieriger und scheiternder Verhandlungen vermehrt als bedrohte Angegriffene dargestellt, denen nichts als konfrontatives Verhalten bleibt, um sich zur Wehr zu setzen. So wird das Scheitern von Verhandlungen quasi erklärt und die Mitverantwortung auf kosovo-albanischer Seite implizit entschuldigt.

Akteure der internationalen Staatengemeinschaft werden zwar in über der Hälfte der Artikel als einer konfrontativen Logik folgend dargestellt. Manchmal finden sich dabei aber gleichzeitig Forderungen nach Deeskalation und ein Zurückweisen militärischer Optionen. In einem Drittel der Kommentare und Leitartikel wird immerhin auf kooperatives Verhalten der internationalen Akteure hingewiesen. Je weiter allerdings der Konflikt in Richtung NATO-Einsätze eskaliert, desto mehr wird die untersuchte Meinungsberichterstattung zur interventionsbefürwortenden Meinungsmache: Zwar wächst die Kritik am Verhalten der internationalen Akteure, gleichzeitig wird jedoch auch ihr Handeln gerechtfertigt. Dies spiegelt einerseits die Ambivalenz wider, mit der das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Andererseits könnte es auch Ausdruck einer zweiseitigen Argumentation sein, bei der durch eine Vorwegnahme möglicher Kritikpunkte die Argumente für einen militärischen Einsatz am Ende umso zugkräftiger erscheinen.

Vor allem dann, als die Rambouillet-Verhandlungen zu scheitern drohten, erscheinen in den Kommentaren und Leitartikeln vermehrt den Einsatz befürwortende Argumente. Sie bestimmen nun weit über 50% des Untersuchungsmaterials. Mit Beginn der Diskussion über den Einsatz von Bodentruppen Mitte April 1999 und ersten "Kollateralschäden" sinkt der Anteil von Kommentaren, in denen militärische Lösungen durch internationale Kräfte klar befürwortet werden zugunsten einer wieder neutraleren Kommentierung bzw. einer, in der zwischen Pro- und Contra-Argumenten abgewogen wird. Während der Einsätze selbst nimmt die Schilderung militärischer Handlungen großen Raum ein, während die Berichterstattung über Kooperationsbemühungen deutlich nachlässt. Nun werden Akteure der internationalen Staatengemeinschaft in der Angriffsposition dargestellt, serbische Akteure hingegen in der Defensive.

Nur Mitte Mai 1999, nach weiteren Kollateralschäden durch die NATO und öffentlichen Protesten wegen der Bombardierung der chinesischen Botschaft, findet sich eine nennenswerte Minderheit von Artikeln, in denen internationale Akteure in einer Verteidigungsposition beschrieben werden. Dies ist zugleich einer der wenigen Kontexte, in denen man den internationalen Akteuren hinsichtlich ihrer Interessen und der von ihnen beanspruchten Rechte in annähernd 40% der Artikel skeptisch gegenübersteht und sich Distanz gegenüber Elite-Akteuren bemerkbar macht. Zusätzlich wird ab diesem Zeitpunkt aber auch verstärkt auf das internationale Misstrauen gegenüber den jugoslawischen Akteuren aufmerksam gemacht, das in der Folge die Verhandlungen um einen Waffenstillstand mit Jugoslawien begleiten wird.

5 Die Nachkriegszeit: Vom Ende der NATO-Bombardements bis zum Sturz Miloševićs

Nach der Einstellung der NATO-Angriffe auf Serbien (12.6.1999) sollte man eine abnehmende Eskalationsorientierung in der deutschen Berichterstattung über Jugoslawien erwarten. Keßler (2002) untersuchte die genannten fünf Tageszeitungen unter dem Aspekt, inwiefern sich nach der heißen Phase des Konflikts seine mediale Darstellung und die Rollenkonstruktionen der Parteien verändert haben. Als Datenbasis dienten Nachrichten, Leitartikel und Kommentare zu 13 ausgewählten wichtigen Ereignissen bis zum 7.10.2000, dem Tag, an dem Milošević seine Wahlniederlage eingestand und Kostunica jugoslawischer Präsident wurde. Neben Serben (außerhalb des Kosovo), Kosovo-Albanern und Akteuren der internationalen Staatengemeinschaft waren in dieser Untersuchung auch Kosovo-Serben sowie die serbische Opposition/montenegrinische Akteure vertreten⁵. Im Vergleich zur Berichterstattung über die vorangegangenen Ergebnisse gibt es eindruckliche Abweichungen, die sich vor allem auf die Rolle der Kosovo-Albaner beziehen.

Auffällig ist, dass sie in diesem Zeitraum aus ihrer passiven Rolle heraustreten. Als Opfer spielen sie kaum mehr eine Rolle, als Kriegslegitimation haben sie ausgedient. Darstellungen konfrontativen Verhaltens auf Seiten der Kosovo-Albaner nehmen dafür deutlich zu, während die zuvor nicht seltenen Darstellungen kooperativen Verhaltens abnehmen. Ihre Ziele, Rechte und entsprechendes Handeln scheinen überhaupt nicht mehr zu interessieren. Auch werden Kosovo-Albaner nicht mehr in einer Verteidigungsposition dargestellt. Der so genannte humanitäre Einsatz der NATO war also ganz offensichtlich erfolgreich, und man könnte zum Tagesgeschehen übergehen, wären da nicht jene gewaltbereiten Kräfte wie die UCK, die unter militärischen Vorzeichen agieren und internationale Peace-Building-Bemühungen zu untergraben drohen. Obwohl bereits früher aktiv, erhalten

5 Russland als Akteur wurde wegen zu geringer Auftrittshäufigkeit zwar erfasst, aber nicht in die Ergebnisse mit einbezogen.

ihre Aktionen deutlich mehr Medienaufmerksamkeit, was den Eindruck erweckt, als distanzieren man sich nun von Zeitungsseite aus nachträglich von der früher eher einseitig geäußerten Solidarität mit den Kosovo-Albanern.

Bei serbischen Akteuren dagegen wird auch weiterhin konfrontatives, unnachgiebiges Verhalten wahrgenommen und fokussiert. Berichte über kooperatives Verhalten sind immer noch eine Seltenheit. Man nimmt kaum noch Bezug auf serbische Absichten und serbische Rechte. Während man sich vorher noch mit den Motiven auseinandergesetzt hatte, die dem serbischen Verhalten zugrunde liegen könnten (wenn man sie dann auch überwiegend ablehnte), so scheint dies nun, nach Ende des Krieges, in keiner Weise mehr relevant. Es geht kaum mehr um Angriff oder Verteidigung, dafür handelt etwa jeder sechste Text von serbischem Misstrauen und Vorwürfen gegenüber den anderen Parteien. Immerhin jedoch werden nach dem Ende der NATO-Einsätze nun auch einmal (Kosovo)-serbische Opfer präsentiert, welche während der gesamten Kriegsvorbereitung und -führung geradezu tabu waren. Andererseits tritt in diesem Zeitraum zum ersten Mal seit Beginn des Bosnien-Konflikts eine nennenswerte serbische Opposition in Erscheinung (gemeinsam mit montenegrinischen Akteuren), deren Forderungen nach Frieden und friedlichen Lösungen in den Vordergrund gerückt werden.

Wenig verändert hat sich die Berichterstattung über Akteure der internationalen Staatengemeinschaft: Wie bereits vor und während des Krieges wird kooperatives Verhalten in den Artikeln häufiger genannt als konfrontatives. Forderungen nach friedlichen Schritten und die Infragestellung militärischer Logik zeugen in einigen Artikeln von dem Wunsch, nun endlich den Balkan befriedet zu wissen. Partiiell geäußerte Selbstkritik überwiegt nun allerdings – anders als früher – die Rechtfertigungen des eigenen Verhaltens. Gleichzeitig werden ab und zu auch von außen die Rechte und Absichten der internationalen Staatengemeinschaft in Frage gestellt. Daneben bleibt ein großes Misstrauen gegenüber den Kontrahenten bestehen, wie es sich auch schon in der Zeit vor und während des Kosovo-Krieges in den Zeitungen manifestierte.

6 Die Kosovo-Krise in der Gesamtschau

Die Ergebnisse der zuletzt aufgelisteten Untersuchungen deuten darauf hin, dass gerade serbische Akteure recht schnell auf die Rolle der Aggressoren festgelegt worden waren und im Grunde kaum eine Chance hatten, in ihrer Unterschiedlichkeit und Meinungsvielfalt wahrgenommen zu werden. Deutlich wird das am Auftreten von Akteuren der serbischen Opposition: Nur ganz zu Beginn des Bosnien-Konflikts und schließlich wieder nach Ende des Kosovo-Krieges finden sie überhaupt eine nennenswerte Erwähnung. Hat es sie zwischenzeitlich nicht mehr gegeben, oder fielen sie dem Bestreben der Presse zum Opfer, dem Publikum die Ereignisse möglichst einfach und übersichtlich zu vermitteln?

Ein ähnliches Ergebnis findet sich hinsichtlich der Porträtierung der serbischen Gegenspieler innerhalb Jugoslawiens. Im Kosovo-Konflikt traten die Kosovo-Albaner zunächst das Erbe der bosnischen Muslime im Bosnien-Krieg an: Abgesehen von einer Minderheit, die schon vor dem Kosovo-Krieg als konfrontativ beschrieben worden war, wurde Kosovo-Albanern zumeist die Opfer-Rolle zugeschrieben. Mit diesen Opfern konnte man sich identifizieren, sie wurden als bedroht, bedrängt, defensiv und auch – vor allem während der Verhandlungen kurz vor Kriegsbeginn – als kooperativ dargestellt. Ihre Rolle als Leidtragende wurde vor allem dann betont, als im deutschen Bundestag über das Pro und Contra einer militärischen Intervention im Kosovo diskutiert wurde sowie während der Luftschläge der NATO gegen Serbien. Erstaunlich ist dabei, wie schnell man den Kosovo-Albanern nach Ende des Krieges ihre Opferrolle wieder genommen hat: Kosovo-albanische Opfer waren nun kaum noch ein Medienthema; Anreize, sich mit ihnen zu identifizieren, verschwanden so gut wie ganz. Das generelle Interesse der Zeitungen an den Kosovo-Albanern, an ihren Interessen, ihrem Handeln ließ massiv nach. Allenfalls die UCK schaffte es mit gewaltsamen Aktionen, dass die kosovo-albanische Seite überhaupt in der Berichterstattung auftauchte, nunmehr aber unter umgekehrten Vorzeichen: als konfrontativ.

Das gemischte Bild, das von Akteuren der internationalen Staatengemeinschaft gezeichnet wird, ändert sich im Verlauf der drei Untersuchungen zum Kosovo-Krieg nur in wenigen Punkten und den Phasen des Krieges entsprechend. Zu Beginn setzt ein Teil der Artikel, der hauptsächlich militärische Schritte rechtfertigt und politische Lösungen in Frage stellt, immer auch auf diplomatische Schritte und Verhandlungen sowie auf einen Abbau von Misstrauen, wobei zugleich auch die eigene Stärke betont wird. Je weiter die Kosovo-Krise auf einen Krieg zusteuert, desto mehr konfrontatives Verhalten wird von internationalen Akteuren berichtet und desto stärker konzentriert sich die Berichterstattung auf eine Interpretation der Ereignisse im Rahmen militärischer Logik. Die Krise wird als Angriff deklariert, gegen den sich die internationalen Akteure *verteidigen*, bis schließlich, mit Beginn der NATO-Einsätze, diese Rolle kippt: Internationale Akteure werden nun zu *An-greifern*. Nach Kriegsende überwiegen zum ersten Mal seit Dayton kritische Beurteilungen internationalen Handelns deren Rechtfertigungen. Dabei bleibt, wie bei allen Akteuren, auf internationaler Seite ein deutliches Misstrauen gegenüber den anderen Parteien bestehen, das in diesem Fall schon seit der Phase vor dem Krieg konstant in etwa jedem sechsten Artikel formuliert wird.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in der Presse bereits vor dem Krieg hauptsächlich Argumente für eine militärische Lösung vermittelt wurden. Friedliche Lösungsoptionen wurden schon frühzeitig widerlegt und deeskalierende Aspekte wenig einbezogen.

Sehr beeindruckend ist in allen Teilstudien, wie homogen die Berichterstattung der verschiedenen deutschen Tageszeitungen über Jugoslawien war: Obwohl sie ein relativ breit gefächertes politisches Spektrum abdecken, gab es so gut wie nie signifikante Unterschiede zwischen den Zeitungen. Dies kann durchaus damit zusammen hängen, dass die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien in Deutschland nicht zuletzt als bedrohlich wahrgenommen wurden. Einer konflikttheoretischen Grundregel entsprechend wird der Zusammenhalt der In-Group durch eine (wenn auch nur so empfundene) Bedrohung durch eine Out-Group gefördert (z.B. Blake & Mouton, 1961, 1962). Befunde u.a. von Naveh (1998) unterstreichen, dass sich nationale Zeitungen in Krisenzeiten der jeweiligen Regierung gegenüber verantwortlich fühlen und der Mediendiskurs dann eher zu Homogenität neigt.

7 Die Wendezeit: Nach dem Machtwechsel in Jugoslawien

Wie die vorangegangenen Studien gezeigt haben, hatte die deutsche Presseberichterstattung seit Beginn des Bosnien-Konflikts ein wenig rühmliches Bild von Serbien und "den" Serben gezeichnet. Wie konnte die Presse ihren Lesern nun diese neue Situation erklären – gerade, nachdem sie ihnen mehrere Jahre lang erklärt hatte, warum auch deutsche Soldaten mit allem Recht gegen die Serben kämpfen durften? Zeigen sich in der Berichterstattung Ansätze, das Feindbild Serbien zu dekonstruieren; und wenn, dann welche? Zeigen sich Ansätze, den Lesern die Demokratisierungsbemühungen und Peace-Building-Prozesse im Post-Milošević-Jugoslawien zu vermitteln; und wenn, wie werden sie vermittelt? Finden sich in der Berichterstattung, die bislang von einer starken Eskalationsorientierung geprägt war, Anzeichen einer Wende hin zu einer Deeskalation?

In einer Studie von Jaeger & Möckel (2004) wurde stellvertretend für die deutsche Presse die gesamte Tagesberichterstattung der *Frankfurter Rundschau (FR)* vom 6.10.2000 (Sturz Miloševićs) bis zum 15.3.2002 (Abkommen zwischen Serbien und Montenegro) mit einer leicht abgewandelten Version des in den früheren Studien verwendeten Kodierschemas zur Untersuchung eskalations- und deeskalationsorientierter Aspekte der Berichterstattung analysiert (vgl. Kap. 2). Dieser Zeitraum ist geprägt von massiven innen- und außenpolitischen Veränderungen, die sich in der Berichterstattung über Jugoslawien niederschlagen sollten.

Im Vergleich zu den früheren Untersuchungen findet man tatsächlich zu dieser Zeit in der *FR* die zaghafte Tendenz, Serbien nun in einem leicht veränderten Licht darzustellen. Dies manifestiert sich vorwiegend in der Verwendung von Berichterstattungsstilen, in denen serbisches Verhalten zwar häufig kritisiert und als konfrontativ gezeichnet wird. Daneben wird ihnen jedoch auch eine Bereitschaft zu demokratischer Entwicklung und zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen zuerkannt. In diesen Texten, die insgesamt etwa ein Viertel der Berichterstat-

tung ausmachen, wird den serbischen Akteuren zudem nicht selten kooperatives Verhalten bzw. Kooperationsbereitschaft bescheinigt. Kritische Beurteilungen bzw. Berichte über die Verurteilung serbischer Akteure beziehen sich häufig auf das Verhalten in der Zeit vor der Wende. Sie betreffen ebenfalls etwa ein Viertel der Berichterstattung und sind häufiger in Kommentaren oder Analysen/Feuilletonartikeln zu finden als in reinen Nachrichten. Eng verbunden mit diesen Texten ist die Berichterstattung über Milošević bzw. seine Anhänger.

Hinsichtlich der Berichterstattung über Milošević und seine Anhänger gibt es nur Texte, in denen sie entweder kaum vorkommen, oder aber solche, in denen undemokratisches Verhalten und Menschenrechtsverletzungen kritisiert werden bzw. Miloševićs Verurteilung das zentrale Thema ist. Diese Texte umfassen ca. ein Viertel des untersuchten Materials.

Im Lauf der Zeit lässt die intensive Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Serbien allmählich nach. Die vorsichtige Euphorie, mit der der jugoslawische Wandel hin zur Demokratie anfangs von der *FR* bedacht wurde, weicht zunehmend einer Haltung, in der entweder nur am Rande über Serbien berichtet wird, oder die Verurteilung der Kriegsvergangenheit Serbiens gegenüber der Berichterstattung über demokratische Entwicklungen mehr Gewicht erhält. Dies kann damit zusammenhängen, dass Milošević Ende Juni 2001 an das UN-Tribunal in Den Haag überstellt wurde und damit eine der wichtigsten, Jugoslawien betreffenden Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft erfüllt wurde. Das Medieninteresse an den Normalisierungsprozessen im Land scheint sich allmählich zu verlagern auf das noch offene Verfahren gegen Milošević. Hinweise darauf zeigen sich unter anderem darin, dass bis zu seiner Auslieferung kooperative Konstellationen zwischen serbischen Akteuren und Akteuren aus dem internationalen Umfeld vergleichsweise häufig thematisiert werden. Danach verschwinden sie zusehends aus der Berichterstattung.

Natürlich machen sich auch die Terroranschläge vom 11.9.2001 und der nachfolgende Krieg in Afghanistan bemerkbar. Auf die zweite Hälfte des untersuchten Zeitraums, also ab Juli 2001, entfallen nur noch 149 Texte, d.h. weniger als ein Drittel der gesamten Berichterstattung. Unmittelbar nach den Anschlägen findet sich in der *FR* über eine Woche lang kein einziger Text mehr zum Thema Jugoslawien. Die Ereignisse in der Region geraten zunehmend in den Hintergrund zugunsten des aktuellen Konfliktfeldes.

Konfliktvolle Konstellationen werden am häufigsten zwischen serbischen und internationalen Akteuren berichtet, zwischen serbischen Akteuren untereinander und zwischen Serben und Kosovo-Albanern. Die Berichterstattung über serbisch-albanische Konflikte erlebt ihren Höhepunkt Anfang des Jahres 2001, während der Auseinandersetzungen zwischen kosovo-albanischen Rebellen und der serbischen Polizei in der südserbischen Pufferzone an der Grenze zum Kosovo. Danach tritt

sie eher in den Hintergrund. Ein Dauerbrenner dagegen sind den Medien zufolge interne Konfrontationen zwischen verschiedenen serbischen Lagern, aber auch konfrontative Konstellationen zwischen Serben und Akteuren der internationalen Staatengemeinschaft. Nach der Überstellung von Milošević gehen Berichte über Letztere leicht zurück. Da als einzig nennenswerte serbische Kooperationspartner lediglich Parteien der internationalen Staatengemeinschaft auftreten, diese kooperativen Konstellationen im Lauf der Zeit jedoch immer seltener thematisiert werden, entsteht der Eindruck, dass Serbien Anfang des Jahres 2002 international wieder relativ isoliert ist und die inneren Konflikte kaum weniger werden.

Interessant ist, dass die Kosovo-Albaner, vor und während des Krieges durch ihre Opferrolle definiert, im untersuchten Zeitraum als relativ aggressiv beschrieben werden. Dies hängt mit dem selektiven Fokus der Berichterstattung auf Akteure der UCK bzw. der UCPMB zusammen, während die albanischstämmige Bevölkerung nur noch selten in Erscheinung tritt. Auch thematisiert nur ein kleiner Prozentsatz von Texten demokratische Entwicklungen und/oder Handeln im Sinne der Menschenrechte im Kosovo. Kritische Beurteilung und Rechtfertigung kosovo-albanischen Verhaltens halten sich in diesen Artikeln die Waage. Solche Texte sind etwas häufiger gegen Ende des Untersuchungszeitraums anzutreffen, was mit den in diesem Zeitraum stattfindenden Wahlen im Kosovo korrespondiert. Nach der Entwaffnung der Rebellen findet sich in der *Frankfurter Rundschau* wieder eher Raum für eine Auseinandersetzung mit Prozessen der Demokratisierung und des Wiederaufbaus.

Montenegrinische Parteien spielen während des gesamten untersuchten Zeitraums nur eine marginale Rolle. Wenn von ihnen die Rede ist, so werden sie jedoch relativ wohlwollend dargestellt. Regelmäßig werden ihr kooperatives, demokratisches Verhalten und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bzw. zur Demokratie und/oder Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen betont. Überproportional häufig, wenn auch insgesamt selten, ist dies der Fall in der Zeitspanne von April bis Juni 2001, während in Jugoslawien um Miloševićs Auslieferung gestritten und in Montenegro verstärkt um die Unabhängigkeit von Serbien debattiert wurde, sowie in den drei Folgemonaten. Während Serbien zumeist als Kooperationspartner von Montenegro betrachtet wird, werden in dieser Zeit häufiger konfrontative Konstellationen zwischen montenegrinischen und serbischen Akteuren beschrieben. Kooperation mit internationalen Akteuren spielt in der Berichterstattung eine verschwindend geringe Rolle. Fast drängt sich der Verdacht auf, den Bestrebungen mancher montenegrinischer Parteien, Montenegro von Jugoslawien abzulösen, sollte nicht noch dadurch Vorschub geleistet werden, dass man die gute Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft hervorhebt, zumal den internationalen Akteuren gerade zu dieser Zeit das kosovo-albanische Drängen auf Autonomie massive Probleme bereitete.

Internationale Akteure werden neben serbischen am zweithäufigsten genannt. Ein Drittel der Berichterstattung über sie lässt sich als Mischung aus der Darstellung ihrer Kooperationsbereitschaft und kritischer Beurteilung ihres Verhaltens charakterisieren. Kooperatives Verhalten in der Gegenwart hält sich dabei mit konfrontativem die Waage. In nur sehr wenigen Texten findet explizit eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit statt, werden internationale Akteure kritisiert für konfrontatives, aber auch Menschenrechte verletzendes Verhalten und wird ihr Recht dazu in Frage gestellt. Unabhängig davon, ob es sich um Kommentare oder andere Textgattungen handelt, in allen Rubriken bleibt der jeweilige Anteil der unterschiedlichen Berichterstattungsstile gleich.

Nach vollzogener Auslieferung von Milošević steigt der Anteil der Berichte, in denen internationale Akteure nur marginal erwähnt werden. Der Anteil von Texten, in denen es um internationale Kooperationsbereitschaft geht, sinkt deutlich. Auch hier kann man in Rechnung stellen, dass einerseits das Ziel erreicht ist, Milošević dem UN-Tribunal zu überstellen, und andererseits, dass sich seit dem folgenden 11. September die internationale Agenda verschoben hat, was sich natürlich auch in der Jugoslawienberichterstattung niederschlagen kann.

Internationale Akteure werden am häufigsten in konfrontativen bzw. kooperativen Konstellationen mit serbischen, gefolgt von kosovo-albanischen Akteuren beschrieben⁶. Sowohl in Hinblick auf serbische als auch auf kosovo-albanische Akteure finden sich insgesamt gleich häufig kooperative wie konfrontative Konstellationen. Wirklich nennenswerte Veränderungen über die Zeit zeigen sich aber nur in Bezug auf serbische Akteure: Die Berichterstattung über kooperative Konstellationen nimmt ab.

8 Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich nach der Wende in Jugoslawien die Berichterstattung, verglichen mit früheren Studien, zwar verändert hat und – vor allem, was die Darstellung der serbischen Parteien anbelangt – um einiges vielseitiger geworden ist. Der anfängliche vorsichtige Optimismus verschwindet jedoch allmählich wieder aus den Texten. Sowohl die gegenwärtige materielle und ideelle Lage als auch die Zukunftsperspektiven werden für alle drei jugoslawischen Regionen (Serbien, Kosovo und Montenegro) überwiegend negativ beurteilt. Selbst die vollzogene Auslieferung von Milošević hat keine weniger pessimistische Einschätzung zur Folge.

6 Zu berücksichtigen ist natürlich, dass Kosovo-Albaner insgesamt seltener in den Texten vertreten sind.

Dieses Ergebnis deckt sich mit den Befunden einer qualitativen Analyse exemplarischer Artikel aus der deutschen Qualitätspresse aus der Zeit nach der jugoslawischen Wende (Annabring, Bläsi & Möckel, 2004). Nach dieser Studie liegt während des untersuchten Zeitraums das Hauptaugenmerk auf dem Prozess der Demokratisierung Serbiens. Ausgiebig wird vor allem über die Entwicklung des Parteiensystems und über Wahlen sowie über den Aufbau demokratischer Institutionen berichtet. Doch bereits im Herbst 2000 flammen in Südserbien neue gewaltsame Konflikte auf und finden relativ viel Medieninteresse. Man befürchtet einen neuen Balkankrieg. Der Umgang der neuen jugoslawischen Regierung mit diesem Minderheitenkonflikt wird zum Indikator für den Stand des Demokratisierungsprozesses, und mit angespannter Aufmerksamkeit werden die Kontroversen innerhalb der Regierung verfolgt, wie dieser Konflikt zu lösen sei.

Die Frage des serbischen Umgangs mit der Vergangenheit wird dieser qualitativen Studie zufolge nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit dem "Fall Milošević" und den diesbezüglichen Handlungen und Äußerungen der serbischen Regierung thematisiert. Die Haltung der neuen jugoslawischen Regierung gegenüber der Auslieferung von Milošević wird von vielen Kommentatoren als richtungsweisend für die Einschätzung der serbischen Bereitschaft angesehen, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Andere mögliche Indikatoren für den Prozess der Vergangenheitsbewältigung, etwa Diskussionen in den serbischen Medien oder der serbischen Öffentlichkeit, Veränderungen von Schulcurricula, der Aufbau von Menschenrechtsgruppen etc., spielen in der Berichterstattung nur eine marginale Rolle.

Kosovo-Albaner wiederum, so zeigen die quantitativen Studien, scheinen ihre Schuldigkeit als Opfer und legitimierender Faktor internationaler Militäreinsätze in Jugoslawien getan zu haben, und dies bereits seit dem Abkommen zwischen Jugoslawien und der NATO 1999, das die Bombenangriffe auf Serbien im Kosovo-Krieg beendete. Sie treten nun hauptsächlich durch konfrontatives Verhalten in Erscheinung, bzw. liegt der Fokus der Berichterstattung auf gewaltbereiten kosovo-albanischen Parteien. Spürbar ist dennoch ein Bestreben der *Frankfurter Rundschau*, sich zu *beiden* Streitparteien, Serben und Kosovo-Albanern, gleichermaßen auf Distanz zu halten. Häufiger als kosovo-albanischen wird nun serbischen Akteuren das Bemühen um demokratischen Wandel zugute gehalten. Lachender Dritter in diesem Szenario ist Montenegro: Diesem Land traut man Zusammenarbeit zu. Seltener als die übrigen Parteien steht es im Visier der Kritik.

Prozessen der Versöhnung zwischen Serbien und seinen Nachbarstaaten (Kroatien, Bosnien, Kosovo) wird weder in der *FR* noch in den übrigen deutschen Zeitungen nennenswerter Platz eingeräumt (Annabring et al., 2004). Dies hängt sicher u.a. damit zusammen, dass es zur damaligen Zeit einen solchen Prozess faktisch nicht gab. Allerdings erklärt das noch nicht, dass über die aktuelle Entwicklung des Verhältnisses zwischen diesen Ländern generell so gut wie nicht berichtet wird –

nach einem Jahrzehnt, in dem sich die westliche Öffentlichkeit aufs Intensivste mit den dortigen Konflikten beschäftigt hat.

Was die Berichterstattung der *FR* über internationale Akteure anbelangt, so dominiert eine kritische Beurteilung ihres Verhaltens. Konfrontatives Verhalten von Seiten internationaler Akteure wird aber häufig nur im Kontext der Vergangenheit zum Thema – im Rückblick auf den Kosovo-Einsatz. Auf der anderen Seite wird vorbehaltlos anerkannt, dass sie im Sinne von Menschenrechten und Demokratie handeln. Gegenwärtiges kooperatives Verhalten und Angebote zur Zusammenarbeit, vor allem an serbische Akteure, werden ausgiebig dargestellt. Hierdurch wird der kritische Ton der Berichterstattung letztlich abgefedert.

Aktuellen Handlungen und Begegnungen serbischer und westlicher Politiker, die versuchen, eine "normale" Arbeitsbeziehung aufzubauen und Serbien in Europa zu integrieren, wird in sämtlichen deutschen Zeitungen vergleichsweise große mediale Aufmerksamkeit geschenkt (Annabring et al., 2004). Die ökonomische, politische und kulturelle Wiedereingliederung Serbiens nach Europa ist ein Thema, das weniger im Kontext von Versöhnung abgehandelt wird, als dass es einen paternalistischen Entwicklungsdiskurs reflektiert: Serbien liegt am Boden, und der reiche Westen bringt Hilfe und Wohlstand (vgl. Galtung, 1998).

Die Medienaufmerksamkeit für Bemühungen um neue zivile Verbindungen zwischen Serbien und dem Westen auf High-Level-Ebene kann zwar durchaus als Unterstützung der Entwicklung einer friedlichen Partnerschaft zwischen den früheren Feinden und als Beitrag zu einer Normalisierung der Beziehungen gesehen werden. Daneben gibt es aber kaum Berichte über vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Bevölkerungen oder Versuche zur Aufarbeitung der jüngeren *gemeinsamen* Vergangenheit – die immerhin den Krieg der NATO gegen Serbien im Jahr 1999 beinhaltet. Auf gegenseitige Verständigung hinarbeitende Initiativen, wie z.B. Schüleraustausch oder Städtepartnerschaften, finden ihren Weg in die Medien nur im Zeitraum kurz nach dem politischen Umsturz in Serbien. Offenbar waren die Medienmacher zum damaligen Zeitpunkt tatsächlich der Auffassung, dass die Wahrnehmung der Leser verändert werden müsste, weg vom Bild der Serben als "ewige Bösewichte" hin zu einem Bild der Serben als einem Menschen-schlag, zu dem auch gute Beziehungen möglich sind. Später scheinen solche Projekte jedoch von geringerem oder keinem Interesse mehr, jedenfalls wird nicht mehr darüber berichtet.

Insbesondere wenn man die Beziehungen zwischen Deutschland und Serbien betrachtet, stößt der Versöhnungsprozess aus deutscher Sicht möglicherweise deshalb auf wenig Medienaufmerksamkeit, weil es kein dringendes Bedürfnis nach Versöhnung mit Serbien zu geben scheint: Serbien ist wirtschaftlich, politisch und kulturell ein völlig ungleiches, relativ belangloses Gegenüber, an das weder ehrgeizige deutsche Wirtschaftsinteressen geknüpft sind noch größere politische In-

terdependenzen. Allenfalls in seiner Rolle als internationaler "Störenfried" hat es Deutschland tangiert und (indirekt) der Bundeswehr ihren ersten Kampfeinsatz Out of Area beschert. Dass eine etwaige deutsch-serbische Versöhnung auf Bevölkerungsebene zu keinem Medienthema geworden ist, hat aber auch damit zu tun, wie dieser Kampfeinsatz als "humanitäre Intervention" legitimiert wurde. Als ein Mitarbeiter der Projektgruppe (B. Bläsi) im Frühjahr 2003 deutsche Korrespondenten in Belgrad interviewte, wurde er mehrmals mit der Aussage konfrontiert, dass Versöhnung deshalb nicht auf der medialen Agenda stehe, weil von einer Feindschaft zwischen Deutschland und Serbien nicht die Rede sein könne.

Die selektive Wirklichkeit, in der offensichtlich auch die Journalisten selbst während des Kosovo-Krieges operierten, deckt sich mit dem, was Luostarinen (2002b) als ein charakteristisches Merkmal moderner Propaganda darstellt: dass der Krieg als gegen die politischen und militärischen Eliten des Feindeslandes gerichtet dargestellt wird – nicht gegen seine Bevölkerung. Die Entstehung von Solidaritätsbrücken zwischen den Bevölkerungen, die den Widerstand gegen den Krieg in der eigenen Bevölkerung wecken könnte, soll so verhindert werden.

Dass die Presse während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien die ganze Zeit pauschal über "die Serben" geschrieben hatte und selbst die kleinste Sympathiebekundung für die serbische Bevölkerung – wie beispielsweise im Fall Peter Handkes – wütend abgewehrt hatte (vgl. Gritsch, 2003), kann auf dieser Interpretationsfolie rückblickend verdrängt werden. Und auch in den Köpfen so mancher Medienkonsumenten blieb ein entsprechendes Bild haften, nämlich, dass es sich nicht um einen Krieg zwischen "uns" und "den Serben" gehandelt habe, sondern um einen militärischen Eingriff zum Schutz der Menschenrechte. Dem Anschein nach sind die verschiedenen Ethnien auf dem Balkan in ihrer grundsätzlichen Rückständigkeit und durch ihren Hass aufeinander zu friedlichem Zusammenleben nicht fähig, wenn sie nicht von der westlichen Welt in selbstloser Weise dazu gezwungen werden. Dass die Intervention dann die Serben getroffen hat, sei ihrem eigenen Verhalten zuzuschreiben.

Wenn Journalisten kein Bedürfnis verspüren, diese ethnozentrischen Vorbehalte, nicht nur gegen "die" Serben, sondern gegen die Völker auf dem Balkan schlechthin, zu korrigieren, lässt dies darauf schließen, dass ihnen nicht bewusst ist, was sie mit der Fokussierung von Gewalt und der Konstruktion von Rollen – bereits im Bosnien-Konflikt – angerichtet haben. Die euphemistische Umschreibung eines völkerrechtlich nicht legitimierten Krieges als "humanitäre Intervention" und das Unkenntlichmachen der psychischen und physischen Zerstörungen, die der Krieg auch unter der serbischen Bevölkerung angerichtet hat, als bedauerliche, aber in Kauf zu nehmende "Kollateralschäden" (sofern sie überhaupt berichtet wurden) haben sich in den Medien und in der westlichen Öffentlichkeit durchgesetzt und zeitigten regelrecht rassistische Nebenwirkungen. Dabei wurde durch die Kriege

im ehemaligen Jugoslawien seit Anfang der 90er Jahre nicht nur eine multikulturelle Gesellschaft zerstört, sondern durch ihre mediale Konstruktion wurden in Deutschland und Österreich auch längst für überkommen gehaltene Feindbilder wieder aktiviert (Kempf, 2000c).

Konstruktive Aspekte des serbischen, deutschen und griechischen Nachrichtendiskurses – qualitative Vergleichsstudien

Burkhard Bläsi, Susanne Jaeger, Wilhelm Kempf, Margarita Kondopoulou
& Dimce Paskoski

1 Untersuchungsdesign

Schon während der Kriege in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo war der europäische Mediendiskurs über Jugoslawien keineswegs homogen. In der hier vorgelegten qualitativen Vergleichsstudie soll der serbische Zeitungsdiskurs über Jugoslawien nach Milošević daher mit verschiedenen europäischen Diskursen kontrastiert werden. Exemplarisch für jene EU- und NATO-Staaten, die an der humanitären Intervention im Kosovo militärisch beteiligt waren, wird der Nachkriegsdiskurs in der deutschen Tagespresse herangezogen. Diesem wird der griechische Diskurs gegenübergestellt, der durch gewisse (historisch-religiös begründete) Sympathien für die serbische Seite und die politisch-militärische Enthaltsamkeit Griechenlands während der Intervention (vgl. Kondopoulou, 2002) geradezu in umgekehrter Weise vorbelastet ist.

Gegenstand der Untersuchung ist die vergleichende Analyse von Kommentaren, Leitartikeln und Reportagen zu vier Themenkomplexen, die im Zeitraum zwischen Oktober 2000 (Sturz Miloševićs) und März 2002 (Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro) eine relevante Rolle für die demokratische Entwicklung und Konsolidierung Serbiens gespielt haben.

- *Unruhen in Belgrad und der Fall Miloševićs (Oktober 2000)*. Dieser Themenkomplex betrifft Ereignisse, die in der kritischen Öffentlichkeit Serbiens als die Frage nach dem "Sein oder Nichtsein" empfunden wurden, nachdem man die politischen und kulturellen Verhältnisse unter der Herrschaft des Milošević-Regimes schon seit langem als schleichenden politischen und kulturellen Tod der gesamten Gesellschaft indiziert hatte. Vor Miloševićs Sturz hatte man aber dennoch Angst, da man sich diesen nach all den Kriegen auf ex-jugoslawischem Gebiet nur noch als blutig und apokalyptisch vorstellen konnte.
- *Der Konflikt in Südserbien (November 2000 bis Mai 2001)*. In der südserbischen Grenzregion stellten Albaner vor dem Krieg die Mehrheit der Bevölke-

rung, während sich die Serben in der Minderheit befanden. Im November 2000 trat in der entmilitarisierten Zone eine "Befreiungsarmee für Presevo, Medvedja und Bujanovac" auf den Plan, mit zunächst etwas unklaren Zielen, die sich zwischen dem Anspruch, dass diese Städte Kosovo zugesprochen werden sollten, und dem bloßen Streben nach mehr Autonomie innerhalb Serbiens bewegten. Dies war das erste Mal, dass sich die neue jugoslawische Regierung mit einem gewaltförmigen ethnischen Minderheitenkonflikt auseinanderzusetzen hatte. Insofern konnte dieser Konflikt auch als ein erster praktischer Test für die noch junge Demokratie gelten.

- *Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit, Verhaftung Miloševićs und seine Auslieferung an das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (November 2000 bis Juni 2001).* Milošević wurde am 1. April 2004 verhaftet, seine Auslieferung nach Den Haag erfolgte am 28. Juni. Dieser Themenkomplex wurde aus zwei Gründen in die Analyse aufgenommen: zum einen, weil der Fall Milošević über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eines der Leitmotive der Berichterstattung darstellte; und zum anderen, weil damit im Kontext der Studie wichtige Fragen verbunden waren, z.B. wie die neue jugoslawische Regierung mit internationalem Recht und mit der eigenen Vergangenheit umgehen und wie sie den Prozess der Reintegration in Europa gestalten würde.
- *Der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (März 2002).* Am 14. März 2002 vereinbarten die Regierenden der zwei verbliebenen jugoslawischen Teilstaaten, Serbien und Montenegro, einen neuen gemeinsamen Staat namens "Serbien und Montenegro" zu gründen, für den auch eine neue Verfassung in Kraft treten sollte. Durch dieses Abkommen erlangte das ehemalige Jugoslawien einen neuen Status innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft.

Maßgeblich für die Auswahl der zu analysierenden Texte war das erkennbare Bemühen um eine konstruktive Begleitung der in Serbien nach Milošević anstehenden Transformationsprozesse, wobei in jedem der drei Länder das gesamte Links-Rechts-Spektrum der überregionalen Tageszeitungen abgedeckt werden sollte. Wo sich keine geeigneten Texte finden ließen, wurde ggf. auf Features und/oder auf Wochenzeitungen zurückgegriffen. Einen Überblick über die in die Untersuchung aufgenommenen Zeitungen gibt Tab. 1.

Am konsequentesten wurde die Links-Rechts-Dimension bei der Auswahl des griechischen Untersuchungsmaterials durchgehalten; allerdings um den Preis, dass konstruktive Aspekte der Berichterstattung namentlich in den Texten aus der kommunistischen Tageszeitung *Rizospastis* nur sehr bedingt zu finden waren und teilweise auch auf Nachrichtenartikel zurückgegriffen werden musste.

Bei der Auswahl des deutschen Untersuchungsmaterials konnte die Beschränkung auf Leitartikel, Kommentare und Reportagen konsequent durchgehalten werden. Da dabei jedoch der konstruktive Gesamteindruck im Vordergrund der Textaus-

wahl stand, sind nicht alle der analysierten Tageszeitungen bezüglich jedes der untersuchten Themenkomplexe im Untersuchungsmaterial vertreten.

Zeitung aus		
Serbien	Griechenland	Deutschland
<i>Vreme</i> (oppositionelle Wochenzeitung, Belgrad, dezidiert gegen das Milošević-Regime gerichtet)	<i>Rizospastis</i> (kommunistische Tageszeitung, Athen)	<i>tageszeitung</i> (links-alternative Tageszeitung, Berlin)
<i>Nin</i> (meistgelesene Wochenzeitung Belgrads, weitestgehend gegen das Milošević-Regime, stets aber auch distanziert und kritisch gegenüber der Opposition, vertritt hauptsächlich bürgerliche Werte)	<i>Eleftherotypia</i> (Tageszeitung, Mitte – Mitte-links, Athen)	<i>Frankfurter Rundschau</i> (links-liberale Tageszeitung, Frankfurt/Main)
<i>Reporter</i> (national-konservative Wochenzeitung, Belgrad, Kostunica nahestehend)	<i>Ta Nea</i> (Tageszeitung, Mitte – Mitte-links, Athen)	<i>Süddeutsche Zeitung</i> (liberale Tageszeitung, München)
<i>Dnevnik</i> (Tageszeitung, Novi Sad, unterstützt in der fraglichen Zeitperiode den pro-westlichen Flügel der neuen Regierung bzw. Djindjic)	<i>Kathimerini</i> (konservative Tageszeitung, Athen)	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> (konservative Tageszeitung, Frankfurt/Main)
<i>Glas Javnosti</i> (Tageszeitung, Kargujevac, in der fraglichen Zeitperiode prowestlich orientiert, unterstützt Djindjic)	<i>Apogevmatini</i> (rechtsgerichtete Tageszeitung, Athen)	<i>Die Welt</i> (rechts-konservative Tageszeitung, Hamburg)
<i>Nezavisna Svetlost</i> (Internet-Wochenzeitung, Belgrad, in der fraglichen Zeitperiode prowestlich orientiert, unterstützt Djindjic)		

Tabelle 1: Übersicht über die in die Untersuchung aufgenommenen Zeitungen

Am schwierigsten erwies sich die Auswahl des Untersuchungsmaterials aus den serbischen Zeitungen, die durch die Zugänglichkeit via Internet beschränkt war. Eine hieraus resultierende weitere Schwierigkeit bestand darin, dass manche der interessierenden Zeitungen wie *Borba* oder *Politika* im Internet über kein Archiv verfügen und somit für den fraglichen Zeitraum unzugänglich waren, sowie dass andere Zeitungen, die zwar elektronisch zugänglich sind und ein Archiv haben, nur selektiv und darin oft nur weniger interessante Texte gelesen werden konnten. So war es schließlich aus technischen Gründen weder möglich, alle interessierenden

Zeitungen noch den gesamten relevanten Textkörper der zugänglichen Zeitungen zu sichten. Die Selektion musste aus teilweise nur fragmentarisch vorliegendem Textmaterial vorgenommen werden.

Diskurs in		
Serbien	Griechenland	Deutschland
<i>1. Unruhen in Belgrad und der Fall von Milošević (Oktober 2000)</i>		
S1.1: Der Fall der TV-Bastille (<i>Reporter</i> , 11.10.2000) S1.2: Revanchismus (<i>Nin</i> , 19.10.2000) S1.3: Gleichgeschaltetes Denken (<i>Vreme</i> , 19.10.2000)	G1.1: Der Sturz von Milošević (<i>Ta Nea</i> , 7.10.2000) G1.2: Nach dem Sturz (<i>Eleftherotypia</i> , 7.10.2000) G1.3: Die neue Situation (<i>Kathimerini</i> , 7.10.2000) G1.4: Der Balkan verträgt keine weiteren Wagnisse mehr! (<i>Apogevmatini</i> , 7.10.2000) G1.5: Vulgäre imperialistische Intervention (<i>Rizospastis</i> , 10.10.2000)	D1.1: Wenn Miroslav in "Feindesland" reist (<i>Frankfurter Rundschau</i> , 5.10.2000) D1.2: Partner Serbien (<i>Frankfurter Rundschau</i> , 7.10.2000) D1.3: Schritte des Wandels (<i>tageszeitung</i> , 10.10.2000) D1.4: Willkommen in Europa! (<i>tageszeitung</i> , 14.10.2000) D1.5: Dortmund half, als die Bomben fielen (<i>Süddeutsche Zeitung</i> , 17.10.2000) D1.6: Die zweite Öffnung (<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> , 31.10.2000)
<i>2. Der Konflikt in Südserbien (November 2000 bis Mai 2001)</i>		
S2.1: An die Wand gedrückt (<i>Reporter</i> , 20.2.2001) S2.2: Erkaufen des Friedens: Reicht Wirtschaft aus? (<i>Nin</i> , 12.4.2001) S2.3: Lassen Sie uns dem Frieden eine Chance geben (<i>Glas Javnosti</i> , 20.5.2001)	G2.1: Bummerang... (<i>Eleftherotypia</i> , 8.3.2001) G2.2: Für einen Balkan-Friedens (<i>Apogevmatini</i> , 8.3.2001) G2.3: Der Balkan-Seiltanz der USA (<i>Kathimerini</i> , 9.3.2001) G2.4: Schon zum dritten Mal... (<i>Rizospastis</i> , 10.3.2001) G2.5: (Ungetitelt Analyse auf der Auslandsnachrichtenseite) (<i>Ta Nea</i> , 20.3.2001)	D2.1: Kostunica setzt auf Diplomatie (<i>Süddeutsche Zeitung</i> , 29.11.2000) D2.2: Kostunicas erste Prüfung, (<i>Süddeutsche Zeitung</i> , 2.12.2000) D2.3: Alles andere ist besser als Krieg (<i>tageszeitung</i> , 19.12.2000) D2.4: Schaurige Bilder von den Opfern der Kämpfe um das Kosovo (<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> , 21.12.2000) D2.5: Verhandlungen bringen Annäherung von Serben und Albanern (<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> , 2.1.2001) D2.6: Modellfall Presevo, (<i>Frankfurter Rundschau</i> , 23.5.2001) D2.7: Mit bunten Flugblättern startet eine Charme-Offensive in Südserbien (<i>Frankfurter Rundschau</i> , 25.5.2001)

3. Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit, Verhaftung von Milošević und seine Auslieferung an Den Haag (November 2000 bis Juni 2001)		
S3.1: Das Risiko des Anstands (<i>Vreme</i>, 11.4.2001) S3.2: Die Sprache wird die radikalen stürzen (<i>Nezavisna Svetlost</i>, 21.4.2001) S3.3: Bedingte Koinzidenz (<i>Vreme</i>, 17.5.2001) S3.4: Wen kümmert's? (<i>Vreme</i>, 28.5.2001) S3.5: Milošević als Exportartikel (<i>Reporter</i>, 30.5.2001) S3.6: Der Ruf der Wildnis (<i>Vreme</i>, 14.6.2001)	G3.1: Das Alibi des neuen Regimes (<i>Rizospastis</i>, 5.4.2001) G3.2: Sündenbock (<i>Ta Nea</i>, 13.4.01) G3.3: Serbien auf der Kippe (<i>Kathimerini</i>, 3.6.2001) G3.4: Milošević und Haag (<i>Eleftherotypia</i>, 27.6.2001) G3.5: Sie haben Milošević ausgeliefert (<i>Rizospastis</i>, 29.6.01) G3.6: Der Beginn serbischen Erwachens (<i>Eleftherotypia</i>, 29.6.2001) G3.7: Eine ernste Krise ist in Jugoslawien ausgebrochen (<i>Apogevmatini</i>, 29.6.2001) G3.8: Die Entführung (<i>Ta Nea</i>, 30.6.2001) G3.9: (Ungetitelter Kommentar) (<i>Kathimerini</i>, 30.6.2001) G3.10: Die Erniedrigung einer Nation (<i>Apogevmatini</i>, 30.6.2001)	D3.1: Der Prozess (<i>Frankfurter Rundschau</i>, 2.4.2001) D3.2: Es wird eng für Despoten, (<i>Die Welt</i>, 2.4.2001) D3.3: Eine Chance für den Rechtsstaat Serbien (<i>tageszeitung</i>, 3.4.2001) D3.4: Kostunica bekräftigt Willen zur Zusammenarbeit mit Den Haag (<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>, 16.5.2001) D3.5: Überlässt Milošević den Serben (<i>Die Welt</i>, 16.5.2001) D3.6: Natürliche Bruchlinien (<i>Frankfurter Rundschau</i>, 2.7.2001) D3.7: Das Recht des Stärkeren (<i>Süddeutsche Zeitung</i>, 3.7.2001)
4. Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (März 2002)		
S4.1: Ein Staat, wie es ihn nirgends gibt (<i>Dnevnik</i>, 17.3.2002) S4.2: Abwurf des Ballasts (<i>Vreme</i>, 21.3.2002) S4.3: Der montenegrinische Blickwinkel: Saldo und Abrechnung (<i>Vreme</i>, 21.3.2002)	G4.1: Jugoslawien ist Geschichte (<i>Ta Nea</i>, 15.3.2002) G4.2: Mit europäischer Intervention und Solanas historischer Unterschrift – Die Geburt des Staates Serbien-Montenegro (<i>Eleftherotypia</i>, 15.3.2002) G4.3: Drei Jahre Aufschub – Montenegro hat ein Nicht-Abspaltungs-Abkommen unterschrieben (<i>Apogevmatini</i>, 15.3.2002) G4.4: Jugoslawien als ein Beispiel (<i>Kathimerini</i>, 16.3.2002) G4.5: Das "Ausradieren" Jugoslawiens (<i>Rizospastis</i>, 21.3.2002)	D4.1: Aus Jugoslawien wird Serbien-Montenegro (<i>Süddeutsche Zeitung</i>, 15.3.2002) D4.2: Jugoslawiens Scheintod (<i>Süddeutsche Zeitung</i>, 15.3.2002) D4.3: Jugoslawien ist tot, es lebe "Serbien und Montenegro" (<i>Die Welt</i>, 15.3.2002)

Tabelle 2: Übersicht über das analysierte Textmaterial

Das in Tab. 2 zusammengefasste Untersuchungsmaterial kann somit – bezogen auf das ganze Pressespektrum – keineswegs Repräsentativität beanspruchen. Hinsichtlich der Frage nach konstruktiven Ansätzen in der Nachkriegsberichterstattung und nach den Schranken, welche ihnen durch die im Verlaufe des Krieges entstandenen Voreingenommenheiten gesetzt sind, vermag es gleichwohl relevante Aufschlüsse zu geben.

Die qualitative Inhaltsanalyse des Textmaterials folgte einer zweistufigen Vorgehensweise, in deren erstem Schritt die Texte Satz für Satz auf eskalations- und deeskalationsorientierte Aspekte der Konfliktberichterstattung untersucht wurden (vgl. Kap. 2, Abschnitt 2). In einem zweiten Untersuchungsschritt wurden die analysierten Textstellen dann wieder zu einem Ganzen zusammengefügt und einer stärker kontextualisierten Textanalyse unterzogen, deren Ziel es war, das Bedeutungspotential der eskalations- und deeskalationsträchtigen Textstellen in ihrem Gesamtkontext genauer zu qualifizieren und auf darüber hinausgehende konstruktive Elemente des Zeitungsdiskurses in und über Jugoslawien nach Milošević aufmerksam zu werden (vgl. Kap. 2, Abschnitt 4).

2 Die Eckpunkte des serbischen, deutschen und griechischen Zeitungsdiskurses

2.1 Die Unruhen in Serbien und der Fall Miloševićs

In allen drei nationalen Diskursen wird der Machtwechsel in Jugoslawien grundsätzlich begrüßt, als Sieg der Demokratie über die Diktatur, als Chance für das Land, demokratische, friedliche Strukturen zu entwickeln und als Möglichkeit, seine internationale Isolation zu überwinden. Gleichwohl gibt es Unterschiede hinsichtlich der Schwerpunkte, welche die jeweiligen Texte setzen.

In den serbischen Texten ist geradezu von einer Revolution die Rede. In ihnen werden die Chancen und Hoffnungen auf eine grundlegende Transformation der Gesellschaft betont, die über die Befreiung von autokratischer Unterdrückung hinausgeht: Schrittweise soll sich eine demokratische, tolerante Zivilgesellschaft entwickeln. Massive Befürchtungen werden geäußert, dass das alte Regime mit seinen Anhängern noch nicht endgültig besiegt ist und zurückkehren könnte. Die frühere autoritäre Herrschaft der Regierung Milošević wird deutlich abgelehnt. In die neue politische Führung setzt man Vertrauen und Hoffnung, die aber auch von vorsichtiger Reserve begleitet werden: So viel versprechend die neuen Machthaber sich geben, letztlich müssen sie sich an ihrem zukünftigen Handeln messen lassen.

Eine realistische Sorge gilt der innergesellschaftlichen Stabilität, der Frage, wie ein friedlicher Übergang zu einer demokratischeren Gesellschaft zu leisten ist und wie

mit Kräften der Restauration umzugehen ist. Weder Revanche an der früheren Machtelite, ihren Unterstützern und Anhängern, noch eine Amnestie für jene, die Jugoslawien ins Chaos gestürzt haben, seien der richtige Weg. Explizit wird zur Vernunft und zur Einhaltung demokratischer Spielregeln aufgerufen. Revanchismus nütze keinem. Vielmehr müsse man die in den vergangenen Jahren verloren gegangenen Wertmaßstäbe neu konstituieren, was beim Siegestaumel des Volkes in Vergessenheit zu geraten drohe. Gerade die Medien, deren Rolle für eine neue Wertentwicklung als zentral eingeschätzt wird, müssten nun befreit werden von staatlicher Kontrolle und Missbrauch bzw. sich selbst dekontaminieren von den früheren Propagandatechniken, die einen gefährlichen Wir-Narzissmus gefördert hätten. Sie könnten eine reinigende Funktion im Prozess der gesellschaftlichen Transformation einnehmen. Versöhnung zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern wird dabei als wesentliche Voraussetzung betrachtet.

Auch in den deutschen Texten findet sich neben Freude über den Machtwechsel die Sorge, der Umbruch könnte auf halbem Wege stecken bleiben. Die neuen Machthaber werden zu Hoffnungsträgern, die sich aber erst noch beweisen müssen, während man (mit einer Ausnahme) in den griechischen Texten kaum Vorbehalte äußert. Ebenso wie in den serbischen Zeitungen wird das frühere autoritäre Herrschaftssystem auch in den deutschen und in den meisten griechischen Texten abgelehnt und verurteilt. In Deutschland fordert man frühzeitig eine internationale Strafverfolgung Miloševićs, der für die Zeitungen als klarer Urheber des autokratischen Systems fungiert und für die Kriege in Jugoslawien verantwortlich gemacht wird.

Anders wird in den griechischen Texten – wenn überhaupt – dafür plädiert, Milošević vor ein jugoslawisches Gericht zu stellen. Von der politischen Ausrichtung der Zeitung scheint abzuhängen, wie stark Milošević und sein Regime kritisiert werden. Die rechtsgerichtete *Apogevmatini* beispielsweise argumentiert dafür, anzuerkennen, dass Milošević immerhin 40 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Nicht zuletzt im Sinne eines weichen, unblutigen Übergangs in Jugoslawien müsse man ihn vor Revanchismus schützen, etwa indem man ihm eine politische Beteiligung als Oppositionsführer zugesteht. Auf der anderen Seite stößt bei der kommunistischen *Rizospastis* der Regierungswechsel auf völlige Ablehnung. Er resultiere aus zahlreichen vulgären, imperialistischen Interventionen der westlichen Länder in Jugoslawien und signalisiere, dass Jugoslawien nun endgültig ihrer Neuen Weltordnung unterworfen wurde, während das Volk noch glaube, es selber habe den Sturz herbeigeführt. In den übrigen griechischen Texten wird der Machtwechsel als Sieg des Volkes konstruiert, dem es gelungen sei, sich selbst zu befreien. Man ist aber besorgt, dass es zu inneren Unruhen kommen könnte. Die Texte sind reich an Solidaritätsbekundungen mit dem serbischen Volk, an Hinweisen auf seine Opferbereitschaft und seinen Heldenmut. Dies hat in Griechenland eine lange Tradition, und es steht zu befürchten, dass – ganz gleich, was die ser-

bische Bevölkerung tut – die griechisch-serbische Freundschaft grundsätzlich für eine wohlwollende Beurteilung sorgen wird.

Sowohl in Griechenland als auch in Deutschland betont man die guten Beziehungen der jeweiligen Länder zu Jugoslawien. In den deutschen Texten kommt an einigen Stellen deutlich die Freude darüber zum Ausdruck, dass man nun wieder an die früheren, während der Kriege brach gelegenen, guten Verbindungen zu Jugoslawien anknüpfen könne. Der Westen sollte es bei seinem Demokratisierungsprozess und nicht zuletzt beim Wiederaufbau des Landes nach Kräften unterstützen, damit es seinen Weg zurück nach Europa wieder finde.

Auch in den griechischen Zeitungen wird an die eigene Verantwortung appelliert, eine unterstützende und diplomatische Rolle beim Wiederaufbau und bei der Etablierung einer neuen demokratischen Ordnung in Jugoslawien zu spielen, denn ein friedlicher Übergang zur Demokratie komme dem gesamten Balkan zugute. Gegenüber dem Westen gibt man sich skeptisch. Kaum ein Text lässt Anspielungen auf den Kosovo-Krieg aus. Entrüstet wird auf die Bombardierung serbischer Städte durch die NATO verwiesen, teils mit der Forderung nach strafrechtlicher Verfolgung der Verantwortlichen. Nicht anders als in der Berichterstattung all die Jahre zuvor werden die USA und die NATO als diejenigen Kräfte betrachtet, die eine besonders destruktive Rolle beim Zerfall Jugoslawiens gespielt und den Serben großen Schaden zugefügt hätten.

2.2 Der Konflikt in Südserbien

Serbische, griechische und deutsche Texte unterscheiden sich in diesem Kontext deutlich: hinsichtlich der gesetzten Schwerpunkte, aber auch hinsichtlich der Nähe und Distanz zu den Konfliktparteien. Teilweise beruht dies darauf, dass dieses Thema relativ viele Zwischenprozesse umfasste (von Scharmützeln zwischen aufständischen Albanern und serbischen Sicherheitskräften bis zur Niederlegung der Waffen durch die UCK/UCPMB), was den Bearbeitern bei der Auswahl des Textmaterials breiten Spielraum gab¹.

In den deutschen Texten geht es meist um die akuten Auseinandersetzungen in der südserbischen Pufferzone, wobei ein Bemühen um gleiche Distanz zu beiden ethnischen Gruppen deutlich wird: vor allem dadurch, dass man Albaner nicht mehr nur als Opfer, sondern auch als Täter begreift. Die serbischen Texte fokussieren eher den Wettbewerb um internationale Legitimität: Wie macht man dem internationalen Umfeld klar, dass man selber im Recht ist und die Aufständischen

1 So stammen die meisten deutschen Texte aus einer frühen Phase des definierten Zeitraums (Ende des Jahres 2000), die griechischen datieren sämtlich vom März 2001 und die jugoslawischen reichen von Februar bis Mai 2001.

im Unrecht sind? In den griechischen Diskurs fließt teilweise das Problem Mazedonien mit ein, dessen Grenzregion vor allem im März 2001 ebenfalls von albanischen Aufständen betroffen ist. Der griechische Fokus liegt überwiegend auf der Schuldfrage.

In den serbischen Texten werden vor allem die Bemühungen der neuen Regierung herausgestellt, den Konflikt friedlich zu lösen. Man solle sich durch die Demonstration konstruktiven Konfliktverhaltens die internationale Unterstützung sichern und so die eigene Position gegenüber den albanischen Aufständischen verbessern. Die zähe Verhandlungsbereitschaft der Regierung wird als strategischer Vorteil gewertet, der die Glaubwürdigkeit ihres Friedenswillens untermauere und der von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werde. Die albanische Seite verliere hingegen durch sporadische Gewaltakte und mangelnde Kooperationsbereitschaft ihre internationale Akzeptanz.

Merkmale der Friedensorientierung der neuen Regierung werden betont: von staatlicher Seite unternommene Schritte, der albanischen Minderheit bessere Bedingungen zu schaffen, z.B. ein stärkeres Eingehen auf die Interessen und die Identität der albanischen Minderheit, Verständnis für ihre Haltung gegenüber der früheren Regierung, ein Amnestieangebot für bewaffnete Aufständische, ausdrückliche Garantien von wichtigen Freiheiten für albanische Personen und Gruppen. Durch das Hervorheben der regen Aktivitäten der Regierung entsteht eine problematische Schieflage: Die albanische Minderheit gerät unter Druck und in Zugzwang, ohne faktisch über die Möglichkeiten und die Position zu verfügen, hier mitzuhalten, gerade, weil es sich zum großen Teil um formale Maßnahmen handelt, die nur staatliche Stellen ergreifen können.

Dennoch geht aus den Texten deutlich die Forderung nach Kompromissen auf *beiden* Seiten zugunsten einer Lösung der Krise hervor, auch wenn die albanische Seite tendenziell eher als unzuverlässig und unseriös dargestellt wird. Dabei werden auch gemeinsame Interessen auf albanischer wie auf serbischer Seite hervorgehoben, die vor allem die Lebensbedürfnisse und die Existenzsicherung betreffen. Ökonomische Anreize könnten die aktuellen Spannungen zwischen den Gruppen zwar mildern und die Wiederannäherung begünstigen, sie müssten aber unbedingt von entsprechenden politischen Lösungen begleitet werden, um zu einem dauerhaften Frieden führen zu können.

Auch in den deutschen Texten werden Schritte der neuen Regierung zu einer friedlichen Konfliktlösung positiv gewürdigt. Vor allem Präsident Kostunicas konstruktiver Einsatz wird lobend hervorgehoben, während der sonst als reformfreudig und westlich orientiert gezeichnete serbische Ministerpräsident Djindjic in dieser Krise als Kostunicas Gegenspieler fungiert und als Verfechter eines harten Durchgreifens gegenüber den Aufständischen stark kritisiert wird. Eindeutige Sympathiebekundungen für eine der Konfliktparteien finden sich selten, obwohl gelegentlich,

je nach Korrespondent, einseitig Interessen oder Positionen der einen oder der anderen Partei fokussiert werden. Diese relative journalistische Enthalttsamkeit deckt sich mit den quantitativen Untersuchungsergebnissen (vgl. Kap. 5): Die während der Regierungszeit Miloševićs entwickelten einseitigen Sympathien gibt es – spätestens seit seinem Sturz – nicht mehr, und neue Sympathien zu entwickeln, zögert man noch.

Vor allem die Korrespondenten vor Ort scheinen bemüht, ein differenziertes Bild zu liefern und die Perspektiven aller Seiten verständlich zu machen. Interessanterweise werden ausgerechnet diese komplexeren Darstellungen von der Heimatredaktion eher zugespitzt kommentiert, mit einem Akzent auf Unversöhnlichkeit oder Aussichtslosigkeit einer friedlichen Lösung. Und je länger der Konflikt anhält, desto mehr findet sich in der Berichterstattung das Stereotyp des typischen Balkankonflikts, wie man es seit Jahren kennt: chaotisch, undurchschaubar, gefährlich und letztlich scheinbar wieder einmal nur durch eine internationale Intervention zu lösen. Der Waffenstillstand Mitte März und die Entwaffnung albanischer Rebellen im Mai 2001 werden hingegen kaum noch durch umfassendere Berichterstattung gewürdigt. Angesichts der zuvor gestellten, überwiegend negativen Prognosen kommt die Einigung zwischen den aufständischen Albanern und Serbien für den Leser geradezu überraschend und bleibt größtenteils unverständlich.

Die griechischen Artikel sehen in den Zusammenstößen zwischen Albanern und serbischen Sicherheitskräften eine Fortsetzung der vorangegangenen Konflikte im früheren Jugoslawien. Anders als die deutschen Blätter zeigen sich die griechischen Zeitungen einseitig solidarisch mit Serbien und in jeder Hinsicht rückwärts gewandt: Die Albaner werden als permanente Quelle von Aggression und Destabilisierung der Region scharf angegriffen, wobei auch vor offen rassistischen Äußerungen nicht halt gemacht wird. Die Rebellengruppe wird in den griechischen Zeitungen konsequent als UCK bzw. als deren Ableger betitelt, während man in den deutschen differenzierend von der in Südserbien operierenden UCPMB (Befreiungsarmee für Presevo, Medvedja und Bujanovac) spricht. Dies unterstreicht die griechische Interpretation, die davon ausgeht, dass der Konflikt eine logische Kontinuität besitzt und auch die Konfliktparteien nach wie vor die selben sind.

Grundsätzlich zeigen sich griechische (wie auch deutsche) Texte sehr besorgt über eine mögliche weitere Konflikteskalation, die den gesamten Balkan, und nicht zuletzt Griechenland, einmal mehr in Mitleidenschaft ziehen könnte. Statt nach gewaltfreien Lösungsmöglichkeiten zu suchen, versteift man sich aber häufig auf die Suche nach Schuldigen. Diese sieht man neben den Albanern vor allem in der NATO und in den USA, was nahtlos an den griechischen Medientenor während des Kosovo-Krieges anknüpft (vgl. Kondopoulou, 2002). Ihre Rolle wird als problematisch bis destruktiv wahrgenommen. Die jetzige Krise sei die Konsequenz ih-

rer vergangenen Interventionspolitik, welche die Albaner einseitig begünstigt hätte und immer noch begünstige. Die Unruhen seien die Quittung dafür.

Insgesamt zeigen sich die griechischen Texte in diesem Kontext stark an der eigenen nationalen Agenda orientiert. Anti-albanische Gefühle sind nichts Neues in diesem Land, sondern entsprechen einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Dass durch die ungewissen Zukunftsaussichten für die Region griechische Eigeninteressen berührt werden, kommt vor allem in den konservativen Blättern zum Tragen. Überwiegend aus einem geopolitischen Realismus heraus wird dort jedoch auch die potenziell konstruktive Rolle der griechischen Außenpolitik für eine Lösung der Krise diskutiert. Einer Friedensinitiative Griechenlands, deren zentrale Verhandlungspunkte (neben einer Einigung mit Mazedonien) u.a. die gegenseitige Anerkennung bestehender Grenzziehungen zugunsten einer Stabilisierung des Balkans sein müsste, werden gute Chancen eingeräumt, nicht nur bei seinen Nachbarländern, sondern auch international auf Unterstützung zu stoßen.

2.3 Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Verhaftung Miloševićs und seine Auslieferung an das UN-Tribunal

Dieser Kontext beinhaltet zwei verschiedene Aspekte, die eng miteinander verzahnt sind: zum einen die Verhaftung und Auslieferung selbst, zum anderen die Bedeutung dieser Verhaftung und Auslieferung für Serbien bzw. ganz allgemein für die innergesellschaftlichen Konflikte in Serbien zu dieser Zeit.

Das Thema Auslieferung ist in der serbischen Presse heftig diskutiert worden, mit zwei Haupttendenzen: Die eine orientiert sich an der pro-westlichen Haltung des serbischen Regierungschefs Djindjic, der Milošević schon deswegen schnellstmöglich ausliefern möchte, um die zugesagte Wiederaufbauhilfe westlicher Staaten nicht zu gefährden. Die andere orientiert sich an der Haltung des jugoslawischen Präsidenten Kostunica, der durch eine Auslieferung die geltenden Gesetze in Serbien und die Souveränität des Staates in Frage gestellt sieht und eine Auslieferung deswegen ablehnt. Eine dritte Sichtweise sieht zwar die Möglichkeit, die Legitimität des Tribunals rechtlich in Frage zu stellen, hält dies aber aus historischer Erfahrung in Europa für abwegig.

Die untersuchten Texte weisen über die Gegenüberstellung kollidierender Interessen hinaus auf friedenspolitisch wichtigere Aspekte hin, die durch die polarisierte Diskussion verschleiert würden: Entgegen ihren Versprechungen habe die Regierung noch kein Verfahren gegen Milošević eingeleitet. Der Fokus auf den Druck der USA und den Tausch von Wiederaufbauhilfe gegen Souveränität begünstige die Fehlwahrnehmung, Milošević müsse sich schlicht deshalb vor einem internationalen Gericht verantworten, weil er die Supermacht USA herausgefordert habe. Der Täter würde plötzlich zum Opfer gemacht, was einer ehrlichen/echten

Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit massiv schade und sie verhindere. Diese Gefahr bestehe auch dadurch, dass Milošević nicht in Jugoslawien verurteilt werde. Die Aufgabe, serbische Schuld aufzuarbeiten, werde ans Ausland delegiert und so die Chance verspielt, sich souverän und mit Würde der eigenen Vergangenheit zu stellen.

Der zweite Unterpunkt, die Auseinandersetzung mit dem innerserbischen politischen Konflikt, ist in den serbischen Texten durch eine deutliche Ablehnung der Hassdiskurse gekennzeichnet, die in der serbischen Politik und Öffentlichkeit stattfanden und die in einer destruktiven Rhetorik zwischen Inanspruchnahme von Patriotismus und Verratsanschuldigungen schwankten. Misstrauen und Verschwörungstheorien verseuchten das politische Alltagsdenken und lähmten die für das politische Leben notwendige Vertrauensentwicklung. Sie verhinderten eine realistische Beurteilung der Lage und eine wirklich demokratische Kultur. Propagiert wird die Entwicklung einer neuen politischen Streitkultur, die geprägt ist von Anstand, gegenseitigem Respekt und Toleranz. Diskutiert wird auch über den Umgang mit radikalen Parteien, die durch ihr aggressives Auftreten gerade diese Entwicklung gefährdeten: Sind staatliche Eingriffe nötig, oder überleben sich die radikalen Parteien durch gesellschaftliche Selbstregulierungsprozesse von allein? Bereits an diesen kurzen Ausschnitten aus dem serbischen Mediendiskurs wird deutlich, dass es in Serbien intellektuelle Kräfte gibt, die sich in hellsichtiger und gewissenhafter Weise den Perspektiven für eine demokratische Transformation der Gesellschaft, nämlich der Entwicklung einer demokratischen Moral, nähern und sich nicht scheuen, harsche (Selbst-)kritik an den eigenen Landsleuten und an Politikern jeglicher Couleur zu äußern.

Im Gegenzug dazu bleiben die Eckpunkte des deutschen Zeitungsdiskurses außerordentlich blass und fixiert auf die Problematik der Verurteilung Miloševićs innerhalb oder außerhalb Serbiens. Die meisten Kommentatoren argumentieren aus einer westzentrierten Perspektive für eine rasche Auslieferung an Den Haag. Andere Optionen und Überlegungen von serbischer Seite werden als Unfähigkeit interpretiert, das alte Regime zu überwinden. Ohne den Prozess vor einem internationalen Tribunal sei eine echte Vergangenheitsbewältigung der Serben nicht möglich. Die wenigen Kommentare, in denen explizit für einen Prozess in Belgrad plädiert wird, stammen interessanterweise meist von Gastautoren. Ihre Begründung ist die selbe wie die der Befürworter eines Prozesses in Den Haag: Eine Verurteilung in Serbien könnte positive Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess haben und eine innerserbische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fördern. Sehr rar sind auch Kommentare, die wirklich alle relevanten Perspektiven in Betracht ziehen, z.B. auch die der Bevölkerung in Bosnien, Kroatien und im Kosovo. Folglich gibt es kaum kreative Lösungsvorschläge, in denen die Interessen aller Parteien zum Tragen kommen,

Der innerserbische Konflikt wird weitgehend auf den Antagonismus und den Machtkampf zwischen Kostunica und Djindjic reduziert. Djindjic wird durchgehend als der pragmatische, moderne Macher präsentiert, Kostunica hingegen als uneinsichtiger, national befangener Bremser und Blockierer. Vor allem *Die Welt* zeigt sich wenig gewillt, ihr stereotypes negatives Jugoslawien-Bild zu modifizieren und nützt die Kontroverse Djindjic-Kostunica, um einmal mehr zu demonstrieren, dass serbischen Politikern generell nicht zu trauen sei. Wie es der serbischen Bevölkerung geht, was sie möchte und braucht, wird kaum thematisiert.

Auch in den griechischen Texten bleibt die Auslieferungsdiskussion relativ eindimensional, jedoch aus einer geradezu umgekehrten Position heraus: Die Entrüstung gilt dem Westen, dessen Rolle als destruktiv, interventionistisch und heuchlerisch betrachtet wird. Teilweise wird sogar die neue serbische Regierung beschuldigt, Milošević an die Amerikaner verkauft zu haben. In etlichen Texten wird dem Haager Tribunal, als "verlängerter Arm der USA", die Legitimität für eine Verurteilung Miloševićs abgesprochen. Argumentiert wird, dass Milošević vielleicht schuldig sein mag, dass er aber vor einem jugoslawischen Gericht, von seinem eigenen Volk verurteilt werden müsse. Seine Verbrechen sieht man überwiegend im Kontext von Machtmissbrauch, in der Unterdrückung des serbischen Volkes und in seiner Verantwortung für das ruinierte Serbien. Nur selten wird darüber hinaus auch auf Menschenrechtsverletzungen in Bosnien und im Kosovo angespielt. In einigen Texten wird Milošević geradezu zum Opfer internationaler politischer Arrangements gemacht, wobei man Informationen, die seine Schuld unterstreichen könnten, selektiv ignoriert. Die Berichterstattung erschöpft sich meist in scharfer Kritik an den ausländischen Mächten.

Gerade im Kontext der *innerjugoslawischen* Auseinandersetzungen um die Auslieferung bricht jedoch die sonstige Uniformität des griechischen Mediendiskurses zugunsten einer größeren Meinungsvielfalt auf. Hier werden plötzlich auch Stimmen laut, die Miloševićs Verhaftung und Auslieferung positiv interpretieren, als Chance für den Wiederaufbau des Landes und als Symbol für eine bessere Zukunft. Unabhängig vom politischen Hintergrund der Zeitung finden sich solche Argumente sowohl in der konservativen *Kathimerini* als auch in der eher links orientierten *Eleftherotypia*. Milošević wird darin ausdrücklich als kriminell bezeichnet, und in die ausführliche Auflistung seiner Verbrechen am serbischen Volk fließt gelegentlich auch seine Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen in den ehemaligen Kriegsgebieten mit ein. Grundsätzlich spricht aus allen griechischen Artikeln stets eine tiefempfundene Sympathie für die serbische Bevölkerung. Namentlich in den beiden Texten, die sich von Milošević am stärksten distanzieren, sind Vertrauen in das serbische Volk und Empathie mit ihm geradezu die Schlüsselemente: Das serbische Volk verdiene es, dass der Mann, der für all sein Leiden verantwortlich ist, bestraft werde.

2.4 Der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro

Dieses Thema hat weder in Serbien, noch in Deutschland oder Griechenland größeres Presseaufsehen erregt, was sich auch darin äußert, dass Kommentare oder Leitartikel nur sehr schwer zu finden waren und häufig auf Berichte zurückgegriffen werden musste.

In den serbischen Texten wird das Abkommen kontrovers diskutiert und die Perspektiven der neuen Gemeinschaft werden ziemlich unterschiedlich, zum Teil gegensätzlich eingeschätzt. Auf der einen Seite wird die neue Form des losen Zusammenbleibens optimistisch mit dem Modell der Europäischen Union verglichen und für eine gute, pragmatische Lösung gehalten, die auch Möglichkeiten für einen Integrationsprozess in die EU eröffne. Auf der anderen Seite wird darauf verwiesen, dass Serbien des Kämpfens müde sei (auch in Hinblick auf die zähen Verhandlungen mit Montenegro) und eine distanziertere, mehr auf Selbständigkeit beruhende Beziehung zu Montenegro als die am wenigsten kräftezehrende Lösung vorziehe. Teilweise wird Kritik an der Unfähigkeit der beiden Parteien laut, aus eigener Kraft eine Übereinkunft zu finden, so dass der Staatsvertrag unter Assistenz der EU bzw. ihres Vertreters Javier Solana abgeschlossen werden musste – lästernde Zungen hätten den neuen Staat gar mit dem Namen "Solanien" bedacht. Während die einen prognostizieren, die lose Staatenunion werde in einigen Jahren zu mehr Integration führen, sind die anderen der Meinung, über kurz oder lang werde es eine Desintegration bzw. zwei unabhängige Staaten geben. Nach Ergebnissen politologischer Studien seien aber die Vertreter beider Lager mit der jetzigen Lösung "ein bisschen zufrieden" und der Anteil der Unzufriedenen sei nicht hoch genug, um zu ernsthaften Konflikten zu führen.

Während man sich in Serbien wenig eindeutig äußert und das Abkommen eher auf realpolitische, pragmatische Erwägungen zurückführt, sind die deutschen Texte beherrscht von Skepsis hinsichtlich des Abkommens. Kritisiert wird es meist als Provisorium, als eine Konstruktion, welche die Lösung der eigentlichen Probleme nur hinauszögere. Vor allem der Rückhalt, den das Abkommen in Montenegro finde, wird stark angezweifelt. Im Mittelpunkt der Zeitungskritik stehen diesmal jedoch weder serbische noch montenegrinische Akteure, sondern die EU. Ihr wird vorgehalten, das Abkommen stark forciert und damit einer kurzzeitigen (Schein-)Stabilität anstelle einer langfristigen Lösung den Vorzug gegeben zu haben.

In den meisten griechischen Texten wird das Abkommen hingegen begrüßt und als sinnvoll angesehen. Diese positive Haltung gründet sich auf eine realpolitische Interpretation der Entwicklungen. Zwar ist man gegenüber den Reaktionen in Montenegro eher reserviert. Dennoch wird in den Texten die Chance anerkannt, dass das Abkommen zu Frieden, Demokratie und Stabilisierung beitragen könne. Mit der realistischen Einschätzung der Lage verbunden ist der Hinweis, dass eine fortgesetzte Konfliktsituation den größeren Schaden verursachen würde. Von da-

her sei eine demokratisch fundierte gegenseitige Vereinbarung positiv, selbst wenn dies das Ende des früheren Jugoslawiens bedeute und die Entscheidung von Pragmatismus diktiert worden sei. Auffallend ist in den griechischen Texten außerdem eine sehr positive Haltung gegenüber der EU, die man gerade während der Debatte um Miloševićs Auslieferung unter die verhassten Interventionsmächte USA/NATO subsumiert hatte. Bei diesem Abkommen wird nun die Rolle der EU in vieler Hinsicht als konstruktiv und hilfreich betrachtet. Es wird anerkannt, dass die Europäer beim Prozess der Stabilisierung und des Wiederaufbaus der Region unterstützend wirken können/sollten. Bis auf die kommunistische *Rizospastis*, in der die Ereignisse als kontinuierlicher, imperialistischer Ausverkauf Jugoslawiens durch den interventionistischen Westen gewertet werden, zeigt sich in allen griechischen Texten über das Abkommen der Versuch, die alte Art und Weise der Berichterstattung über den Balkan zu überdenken und weniger engstirnig zu sein.

3 Exemplarische Analyse ausgewählter Textbeispiele aus dem serbischen, deutschen und griechischen Zeitungsdiskurs

3.1 Der Machtwechsel in Serbien

3.1.1 "Partner Serbien" (*Frankfurter Rundschau*, Frankfurt/Main, 7.10.2000)

Rahmen: Der Leitartikel wurde nur einen Tag nach dem Sturm auf das Belgrader Parlament geschrieben. Die Lage in Serbien war zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs stabil, der Sturz der Milošević-Regierung und damit der Erfolg der Revolution noch nicht endgültig gesichert.

Inhalt: Aufhänger des Kommentars ist der Besuch des russischen Außenministers beim neuen jugoslawischen Präsidenten Kostunica. Der Autor bewertet dieses Treffen als "international gewichtiger vielleicht als der schiere Machtwechsel" und zugleich als "Todeskuss" für den bislang von Moskau unterstützten Milošević. Aus der Neuorientierung der russischen Außenpolitik entstünden neue Chancen: Für Rest-Jugoslawien könnte Russland eine Brücke darstellen auf dem Weg aus der Isolation von der übrigen Staatenwelt, und Russland selbst könnte dadurch seine Außenseiterrolle in der Kontaktgruppe abstreifen. Im weiteren Verlauf des Artikels werden die Schritte skizziert, welche nach Meinung des Autors von beiden Seiten im Prozess der Wiederannäherung gegangen werden müssen. Dazu gehören von westlicher Seite aus die Aufhebung der Sanktionen, umfassende Wiederaufbauhilfe und die Wiedereingliederung Jugoslawiens ins "Haus Europa". Als längerfristig zu bewältigende Aufgaben werden die Klärung des Kosovo-Status und auf Seiten Jugoslawiens das Sühnen von Kriegsverbrechen und die Anerkennung der nationalen Würde der Völker benannt. Der Verfasser warnt dabei eindringlich vor moralischer Besserwisserei und einer Siegerpose des Westens und plädiert statt

dessen für einen behutsamen und geduldigen Umgang mit der neuen demokratischen Führung Serbiens.

Konstruktive Ansätze: Der Artikel mit dem zukunftsweisenden Titel "Partner Serbien" setzt sich auf konstruktive Weise mit den Herausforderungen auseinander, denen sich Serbien und der Westen stellen. Die neue serbische Führung wird dabei an ihren aktuellen Möglichkeiten gemessen und nicht mit überzogenen, unerfüllbaren Erwartungen und Forderungen konfrontiert. So wird die Tatsache, dass auch die neue Führung nationalistische Züge trägt, weder von vornherein in Bausch und Bogen verurteilt noch im Überschwang des Umsturzes ignoriert, sondern aus der Geschichte heraus zu erklären versucht:

"Es ist ja nicht zu übersehen, dass auch Vojislav Kostunica das für jede politische Bewegung in seinem Land konstitutive nationalistische Element nicht aufgeben kann. Zu diesem gehört das im Bewusstsein gesellschaftlich formender Kräfte alles bestimmende Misstrauen gegen die NATO, gegen die USA, die berechtigte Klage über die Kriegszerstörungen; auch wenn sich die Einsicht Bahn bricht, dass zu den Krieg verursachenden Faktoren gerade die Figur Milošević gehört hat – die Bombardements und die Sanktionen hatten westliche Absender, und das wird so rasch nicht vergessen."

Die nationalistische Orientierung des neuen Machthabers Kostunica erscheint dem westlichen Leser auf den ersten Blick wahrscheinlich besorgniserregend: Die katastrophalen Auswirkungen nationalistischer Ideologien auf dem Balkan sind noch allzu präsent. Durch die Erläuterung des Inhalts und des Zustandekommens des "nationalistischen Elements" werden die negativen Assoziationen aber zumindest aufgefangen. Es wird deutlich, dass und warum sich die Ressentiments gegenüber dem Westen nicht von heute auf morgen in Luft auflösen werden. Die Erwähnung des Bombenkriegs der NATO macht die Ablehnung des Westens nachvollziehbar. Zugleich lässt der Hinweis auf das langsame Aufbrechen eines Teils des nationalistischen Narrativs und die Bewusstwerdung der Verantwortung, die das Milošević-Regime trägt, den Leser erkennen, dass hier etwas in Bewegung ist, was für die weitere Entwicklung Hoffnung geben kann. In seiner Schlussbemerkung greift der Autor diese Gedanken noch einmal in anderen Worten auf:

"Die neue Belgrader Führung ist nationalistisch, wie könnte es anders sein. Man soll ihr dies nicht vorhalten. Man muss sie nehmen, wie sie ist, man muss ihr deutlich machen, was sie sein kann: Ein Partner in einem Europa, das viele Gestalten hat und fähig ist, ein großes Gut zu entwickeln: gegenseitige Toleranz."

"Den Patienten dort abholen, wo er ist", so lautet eine verbreitete therapeutische Devise. Damit soll der individuellen Situation und Geschichte eines Patienten Rechnung getragen und zugleich seine Bereitschaft zu Veränderungen erhöht werden. Genau dies scheint der Autor hier auch für den "Patienten" Serbien zu empfehlen – allemal ein kreativer journalistischer Ansatz.

Auf der Folie dieser Ausgangslage skizziert der Autor sehr deutlich auch die Aufgaben, die der Westen zu bewältigen hat, wenn Serbien den Weg zurück nach Europa finden soll. Im Gegensatz zu manch anderen deutschen Leitartiklern in dieser Zeit fordert er nicht nur von den Serben die schnelle Einleitung demokratischer Reformen und die Öffnung gegenüber dem Westen, sondern betont, dass die Neugestaltung der Beziehung vom Willen und von den Anstrengungen beider Seiten abhängt:

"Die angekündigte Aufhebung westlicher Sanktionen ist nur der allererste Schritt. Sehr rasch muss eine umfassende Wiederaufbauhilfe folgen, nicht aus dem Verständnis heraus, dass Sieger großmütig sein sollen, denn Sieger war das serbische, das jugoslawische Volk, nicht das Abstraktum 'Westen'. Vielmehr geht es darum, die balkanischen Wohnungen im einstmals, vor langen zehn Jahren, beschworenen Haus Europa bewohnbar zu machen. Jugoslawien also ist als integrierender Bestandteil einer den gesamten Balkan fördernden Politik zu betrachten, wie es Einsichtigere unter den europäischen Politikern seit geraumer Zeit versuchen. Die Wiederherstellung der Verkehrswege, von der auch die indirekten Opfer der diversen Embargos, wie Bulgarien und Rumänien, Nutzen haben werden, ist eine Aufgabe des Tages. Den Arbeitern Jugoslawiens Arbeit zu verschaffen durch den Wiederaufbau der Produktionsanlagen, die Vermeidung eines in anderen Transformationsländern tolerierten oder gar gewollten raubkapitalistischen Enteignungsprozesses sind dringende Tagesaufgaben. Sie sind zu bewältigen; es bedarf des Willens und der materiellen Anstrengung.

Andere Hinterlassenschaften zu räumen, ist schwieriger. Der Status von Kosovo, das Sühnen von Kriegsverbrechen, die Anerkennung und dauerhafte Respektierung der nationalen Würde der Völker – Stichworte nur, die den Berg der Probleme knapp beschriften. Vor der Siegerpose, vor dem moralischen Diktat müssen sich alle hüten, die nun mit Recht über den ersten und entscheidenden Sieg der demokratischen Bewegung Glücksgefühle entwickeln. Nicht die Erteilung von Rezepturen, die manche politische Quacksalberei enthalten können, ist nun angesagt, sondern Solidarität. Das personelle Hindernis, das dem bislang entgegentand, ist gefallen, fürs erste; Ungeschick und Besserwisseri können die nächsten Hindernisse ungeahnt rasch errichten."

Die Verwirklichung der Vision vom gemeinsamen Haus Europa scheint nun endlich möglich zu sein. Für das Gelingen dieses Integrationsprozesses misst der Autor der Haltung des Westens entscheidende Bedeutung bei. Die Perspektivenübernahme, die Empathie mit der Befindlichkeit Jugoslawiens, die er wiederholt vom Westen einfordert, leistet er in seinem Artikel selbst schon – und dies ist, nur einen Tag nach dem Umsturz, durchaus bemerkenswert. Insbesondere hebt sich der Artikel damit vom Großteil des deutschen Pressediskurses dieser Zeit ab. Zwar wird, wie oben erwähnt, der Umsturz in allen Zeitungen begrüßt, wird die neue Führung vorwiegend mit wohlwollenden Worten bedacht, überwiegt die Hoffnung auf eine jetzt mögliche Neugestaltung Europas. Jedoch beschränken sich die politischen Forderungen oftmals auf die Formel "materielle westliche Wiederaufbauhilfe für die Gegenleistung rascher Demokratisierung und Vergangenheitsaufarbeitung in Serbien", womit dem tatsächlichen Zustand Jugoslawiens und seiner Beziehung zum Westen nur ungenügend Rechnung getragen wird.

3.1.2 "Nach dem Sturz" (*Eleftherotypia*, Athen, 7.10.2000)

Rahmen: In Griechenland wurde der Sturz Slobodan Milošević durch die jugoslawische Bevölkerung größtenteils freudig aufgenommen. Dennoch sind die Probleme, denen sich Jugoslawien in der näheren Zukunft auf seinem Weg in demokratischere Verhältnisse zu stellen haben wird, bereits einen Tag nach dem Machtwechsel offensichtlich.

Inhalt: Unmittelbar nach dem Sturz Milošević dominiert auch in diesem Artikel Anerkennung und Freude über die gelungene Selbstbefreiung des jugoslawischen Volkes – durch eine friedliche Revolution und mit den Mitteln der Demokratie. Abschreckende Beispiele raubkapitalistischer und mafioser Strukturen in den anderen postsozialistischen Ländern, ließen nun wünschen, dass es in Jugoslawien eine bessere Demokratie geben werde. Das hoffnungsträchtige Erbe Titos habe Milošević verschleudert: Anstelle der damaligen Flexibilität sei ein autoritäres System installiert worden. Kein Wunder, dass die Bevölkerungsmehrheit ihn nun zur Rechenschaft gezogen habe. Als Garantie für einen friedlichen Übergang zur Demokratie wird die Rolle des jugoslawischen Militärs hervorgehoben, das in dieser kritischen Phase des Umbruchs in den Kasernen geblieben ist. Obwohl Milošević nun tatsächlich seiner früheren Machtmittel beraubt scheine, bleibe er eine Schlüsselfigur für einen friedlichen Wechsel. Seine Partei habe deutlichen Wählerzuspruch erfahren, dies dürfe man nicht ausblenden. Miloševićs Zukunft bleibe ein zentrales politisches Problem. Er trage die Verantwortung dafür, was in Jugoslawien während seiner Amtszeit geschehen ist. Zugunsten des Demokratisierungsprozesses solle aber das jugoslawische Volk über ihn zu entscheiden haben. Entschieden abgelehnt werden dagegen die Auslieferungsforderungen der NATO-Mächte: Im Gegenteil müsse neben Milošević auch jenen der Prozess gemacht werden, die für die Intervention im Kosovo verantwortlich sind.

Konstruktive Ansätze: Der Sturz Milošević wird ausdrücklich als Sieg des jugoslawischen Volkes gefeiert. Seine Entscheidung, sich von Milošević "durch eine friedliche Revolution und tatsächlich durch Wahlen" loszusagen, wird anerkennend kommentiert und es wird auf die politische Vernunft des Volkes vertraut, Jugoslawien auf friedliche Weise in eine funktionierende Demokratie zu überführen. Während man sich in den meisten anderen Texten, auch in Deutschland, vor allem daran interessiert zeigt, wer die Persönlichkeiten sind, die Jugoslawien künftig regieren werden, behält dieser griechische Kommentator den Non-Elite-Fokus bis zum Ende des Textes bei. Selbst Kostunica, der neue Präsident, wird nur in einem Nebensatz erwähnt, worin sich auch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der neuen Führung ausdrückt, die zunächst einmal ihre Tauglichkeit beweisen muss. Nach Darstellung des Autors ist es das Volk, das die Dinge bestimmt und bestimmen sollte. Gemeinsam mit ihm ist man stolz auf diese tapferen Menschen, denen

es gelungen ist, sich selbst zu befreien, und man ist geneigt, ihre Euphorie zu teilen und gemeinsam mit ihnen auf eine bessere Zukunft zu hoffen.

Dass dieser Text nicht blauäugig wirkt, beruht darauf, dass der Kommentator in realistischer Weise auch die Probleme und Gefahren anspricht, denen sich Jugoslawien in näherer Zukunft stellen müssen: der Aufrechterhaltung des inneren Friedens, der Zukunft Miloševićs, den internationalen Forderungen nach seiner Auslieferung, sowie dem Aufbau einer funktionierenden Demokratie und Wirtschaft, jenseits von korrupten Strukturen und wildwucherndem Kapitalismus. Besonderes Gewicht gilt dabei dem zu leistenden friedlichen Übergang zur Demokratie, den der Kommentator nahezu beschwörend mehrfach in den Text einfließt: Demokratisierung muss auf friedlichem Wege geschehen, nicht gewaltsam. Die Sorge, dass es zu inneren Auseinandersetzungen kommen könnte, wird so eher indirekt angedeutet.

Miloševićs und Titos Regierungen werden einander gegenübergestellt. Anti-demokratisch und tyrannisch sei Miloševićs Regime gewesen – Titos hingegen politisch flexibel. Dies habe das Volk erkannt und Milošević dafür die Quittung gegeben. Unter Tito, andererseits, wäre mehr gesellschaftlicher Entwicklungsspielraum gewesen, und so hätten gewaltsame Zusammenstöße zwischen den Volksgruppen vermieden werden können. Im idealisierenden Verweis auf die frühere andere Tradition Jugoslawiens spiegelt sich Vertrauen in die Bevölkerung und darin, dass in Jugoslawien in Zukunft friedliche Wege durchaus wieder gangbar sein werden.

Milošević wird als Titos Erbe persönlich dafür verantwortlich gemacht, dieses offene gewaltverhindernde System zerstört zu haben, indem er stattdessen ein autoritäres Regime installiert habe. Der Autor sieht Miloševićs Schuld ausschließlich im Kontext von Amtsmissbrauch und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung und verurteilt dies mit harschen Worten. Von Miloševićs strafrechtlicher Verantwortung für eventuelle Menschenrechtsverletzungen im früheren Jugoslawien andererseits ist an keiner Stelle die Rede. Während für deutsche Leser die Hauptschuld Miloševićs genau in diesem Punkt zu liegen und somit verharmlost und verleugnet zu werden scheint, sind es gerade seine Vergehen am eigenen Volk, die den von Diktatur im eigenen Land geprüften griechischen Lesern seine mögliche strafrechtliche Verfolgung plausibel machen könnten. Auf der anderen Seite zeigt diese Argumentation natürlich, dass es griechischen Kommentatoren auch weiterhin schwer fällt, sich von dem während des Kosovo-Krieges geführten Diskurs zu lösen, der Serbien einseitig als Opfer der Albaner und der NATO gesehen hatte (vgl. Kondopoulou, 2002).

Dabei wird Milošević als Unterdrücker seines Volkes aber nicht einfach delegitimiert, sondern sein derzeitiger Einfluss wird realistisch erörtert. Einerseits scheine seine Macht gebrochen, da die jugoslawische Armee nicht mehr hinter ihm zu ste-

hen scheine und so ein gewaltfreier Transformationsprozess wahrscheinlicher werde. Andererseits habe Milošević noch eine legale Machtbasis im Volk, was ihn zu einer Schlüsselfigur für einen friedlichen Übergang mache. Ein ansehnlicher Prozentsatz von Wählern habe für seine Partei gestimmt. Auf der Grundlage durchgängiger Empathie mit der serbischen Bevölkerung und des Demokratieverständnisses des Kommentators sind diese Anhänger jedoch weder zu verurteilen noch zu marginalisieren. Im Gegenteil, sie werden als wesentliches und zu berücksichtigendes gesellschaftliches Segment betrachtet, dessen Votum keinesfalls übergangen werden dürfe. Die Integration dieser Menschen scheine der Weg zu sein, nicht die Spaltung der serbischen Bevölkerung in Miloševićtreue und Demokraten. Insofern greift der Autor hier implizit Titos Modell der Flexibilität und Offenheit auf, das sich früher bewährt hat.

In sämtlichen griechischen Texten zu diesem Thema finden sich die schon aus der Kosovo-Berichterstattung vertrauten Vorwürfe gegen die NATO. Auch hier bringt der Autor seinen Ärger und sein tiefes Misstrauen zum Ausdruck. Indem dies gegen Ende des Artikels geschieht, erhält es besonderes Gewicht. Das frühere Verhalten der NATO wird als Einmischung, als gleichermaßen barbarisch wie rechtswidrig betrachtet. Jetzige Forderungen der NATO-Mächte nach Auslieferung und strafrechtlicher Verfolgung Miloševićs werden als Ausdruck von Doppelmoral gesehen und gegen sie selbst gerichtet:

"Neben Milošević müssen also auch jene strafrechtlich verfolgt werden, die Jugoslawien bombardiert haben."

Die Betonung dessen, dass Schuld auf allen Seiten liegt, verstärkt den Eindruck, dass Miloševićs Verantwortung für die Kriege nivelliert wird. Dass es ein ernsthaftes internationales Bedürfnis sein könnte, Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen und den Schutz von Menschenrechten durch rechtliche Maßnahmen zu sichern, ignoriert der Autor. Er bleibt dem Diktum treu, dass es sich bei dieser Sache um eine innerjugoslawische Angelegenheit handle, bei der niemand sonst mitzureden habe. Die Souveränität des jugoslawischen Volkes sei unbedingt zu respektieren, was auch immer es beschließt:

"In jedem Fall muss Milošević in Jugoslawien verbleiben und über sein Schicksal sollte das jugoslawische Volk im Kontext demokratischer Veränderungen in seinem Land zu entscheiden haben."

Insgesamt ist dieser Text geprägt von ausgesprochen konstruktiven Elementen, die vor allem die Perspektiven für einen friedlichen Wandel in Jugoslawien, das Verständnis von Demokratie und Souveränität des Volkes sowie Toleranz und Vertrauen in das demokratische Potenzial der jugoslawischen Bevölkerung betreffen. Auf der anderen Seite finden sich darin ambivalente Elemente, wie z.B. sich hinsichtlich der serbischen Vergangenheit während des Krieges bedeckt zu halten und stattdessen die westlichen Mächte als Angreifer zu beschuldigen. Miloševićs

Schuld wird auf die Schuld an seinem eigenen Volk reduziert, Menschenrechtsverletzungen in Bosnien und im Kosovo werden nicht thematisiert. Eine Entsolidarisierung mit dem ehemaligen Präsidenten findet statt, jedoch nur aus Respekt vor der demokratischen Entscheidung der jugoslawischen Bevölkerung, nicht aus eigener moralischer Überzeugung. Insofern bewegt sich der Text zwar einen zaghaften Schritt nach vorn, jedoch nicht so weit, dass von einer grundlegenden Kehrtwende in der griechischen Interpretation der Ereignisse die Rede sein könnte, die Ablehnung seitens der Leserschaft riskieren würde.

3.1.3 "Revanchismus" (*Nin*, Belgrad, 19.10.2000)

Rahmen: Nach der Wahlniederlage Miloševićs spitzte sich der politische Kampf in Serbien bis an den Rand eines Bürgerkriegs zu, ohne dass dies von außen unmittelbar erkennbar wurde.² Es sind daher in den Zeitungen des betreffenden Zeitraums nur wenige Texte zu finden, die sich von der Dynamik der Auseinandersetzung nicht haben auf diese oder jene Seite ziehen lassen.

Inhalt: Der Text "Revanchismus" aus der Wochenzeitung *Nin* ruft Sieger wie Verlierer zur Mäßigung auf, schlägt demokratische und juristische Wege der Auseinandersetzung vor und betont deren Bedeutung. Den Ausgangspunkt des Textes bietet das Versprechen des neugewählten Präsidenten Kostunica, dass es keinen Revanchismus geben werde. Es seien aber Entwicklungen im Gange, die in diese Richtung gehen. Dies müsse gestoppt werden, und auch die pauschale Zweiteilung in Gut (bisherige Opposition) und Böse (Angehörige des alten Regimes) sei unzutreffend und unzulässig.

Damit es fair, demokratisch, juristisch korrekt und im Sinne eines elementaren bürgerlichen Anstands zugeht, sollten nur legitime Institutionen über Recht und Unrecht und über Schuld und Sühne befinden können. Dabei habe weder die Opposition einen Grund, sich uneingeschränkt im Recht zu wähnen, noch sollten Angehörige des alten Regimes meinen, ungeprüft amnestiert werden zu können.

Konstruktive Ansätze: Obgleich der gesamte Text ein einziges Plädoyer für Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Versöhnung darstellt, bedient er sich einer drastischen Sprache, die eine sensiblere, tolerantere und sachlichere Kommunikationskultur geradewegs zu torpedieren scheint. So paradox es auch klingen mag: Metaphern, Reizwörter und Vergleiche wie "oraler Terrorismus", "jahrzehntelange Vergewaltigung" oder "Kannibalismus" benutzt die Autorin, um die populistische Politisierung der Frage nach Verantwortung und Schuld aus dem Sumpf eines tobenenden Wortkrieges herauszuziehen und auf die sachliche und juristische Ebene zurückzuführen.

2 Vgl. hierzu *Vreme*, Nr. 510 vom 12.10.2000, "Kritična 24 sata"/"Die kritischen 24 Stunden"

Im Grunde hätte der Titel "Kein Revanchismus" lauten können, da der Artikel dezidiert gegen Siegerjustiz und für die Menschenrechte eintritt, und schließlich zu der Einschätzung kommt, dass die Gefahr eines Revanchismus eher als gebannt zu sehen ist; nicht aber die Gefahr, dass im Augenblick des Umbruchs Teile der in einem heterogenen Oppositionsbündnis vereinten Milošević-Gegner demokratische Prinzipien untergraben und die geerbten Machtstrukturen missbrauchen könnten. Daher fordert die Journalistin von der neuen Regierung, dass die Situation unter Kontrolle bleibt und die demokratischen Spielregeln wie versprochen eingehalten werden.

"In diesen Tagen wird viel von Schuld gesprochen. Allerdings nicht immer im Sinne und Geiste des Gesetzes. Andersdenkende sind in manchen Fällen genötigt, ihre Unschuld zu beweisen, anstatt dass die Ankläger deren eventuelle Schuld beweisen müssten. Ein allgemeines Durcheinander – und nur ein Schritt fehlt noch zum Revanchismus. Daher ist es nicht verwunderlich, dass wir Zeugen sind von Heuchelei, Verdrängung von Schuldgefühlen, Denunziation gestriger Bosse und Mittäter, und auch Zeugen davon, dass die eine ideologische Hand die andere wäscht, oder dass man sich der neuen Regierung anbiedert. Erfahrungen haben gezeigt, dass totalitäre und diktatorische Regierungen ganze Gesellschaften infizieren und korrumpieren können, was die neue Regierung zu einem nüchternen Realismus nötigt. Wer kann sich hier den Luxus eines Hypermoralisten leisten und andere leicht aburteilen?"

Dies könnte zu der Annahme verleiten, dass hier womöglich eine dem alten Regime treue Journalistin versucht, den demokratischen Sieg über Milošević zu einem Gewaltakt zu stilisieren. Doch wo im Artikel vom Milošević-Regime die Rede ist, ist auch von "Verbrechen und Plünderungen" die Rede, von einer "Erniedrigung, die wir ein Jahrzehnt ertragen mussten", und schließlich mit historischem Verweis auf Nazi-Deutschland, von der Notwendigkeit einer Art "Entnazifizierung" in Serbien. In vorbildlich konstruktiver Weise bezieht die Journalistin damit eine klare Position mit eindeutiger Sympathie – nicht für Parteien, sondern für demokratische Prinzipien.

Aus dieser Haltung heraus wird stellenweise so etwas wie eine Identifikation mit dem serbischen Oppositionsbündnis und somit mit der neuen Regierung erkennbar. Doch dies lässt sie umso konsequenter all jene gewohnten, bis dahin allenthalben herrschenden korrupten und undemokratischen Praktiken zurückweisen und ein Minimum des Anstandes bzw. das Gelten elementarer Menschenrechte einfordern. Anders als früher, soll die Frage der Schuld eines jeden weder die Sache der Politik, noch der Medienhetze oder der Lynchjustiz sein, sondern allein eine Sache der Gesetze und der Justiz.

Natürlich darf es für nachweisliche Verbrecher keine Amnestie geben, aber man sollte vorschnelle hysterische Schuldzuweisungen unterlassen, den Blick sowohl auf die Verantwortung der ganzen Gesellschaft als auch auf die eigene Verantwortung richten und sich damit auseinander setzen. Damit aber diese klärende und

selbstreinigende Situation eintreten kann, müssen willkürliche Beschuldigungen und Bedrohungen aufhören, und stattdessen transparente und rechtlich klare Kriterien definiert werden, die den Schutz der Person und die Würde des Einzelnen garantieren.

3.2 Der Konflikt in Südserbien

3.2.1 "An die Wand gedrückt" (*Reporter*, Belgrad, 29.11.2000)

Rahmen: Bereits vor dem Machtwechsel in Belgrad war es in der entmilitarisierten Zone in Südserbien zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen albanischen Verbänden aus der Region und der serbischen Polizei gekommen. Nach dem Sieg der Opposition stellte sich das Problem in neuem Licht.

Inhalt: Wie die politisch Verantwortlichen mit der instabilen Situation in Südserbien umgehen ist das Thema des vorliegenden Artikels von Dragana Matovic. Unter Aufsicht und mit Zustimmung internationaler Vertreter hat der Koordinator für Südserbien, Covic, eine Plattform erarbeitet, mit der die albanische Seite gedrängt werden soll, den bewaffneten Kampf aufzugeben und zu Verhandlungen zurückzukehren. Die internationale Unterstützung dieser Plattform wird als klares Signal an die albanische Seite gedeutet, dass sie sich um Kompromisse mit der serbischen Seite bemühen sollte.

Der albanischen Seite wird nur ein enger politischer Spielraum eingeräumt, da sowohl die Regierung in Belgrad als auch die internationale Gemeinschaft auf eine politische Lösung drängen, deren Aufschub die Albaner nicht plausibel machen könnten. Während die Dringlichkeit der Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen durch die Eskalation von Gewalt unterstrichen wird, werden diese jedoch durch Unstimmigkeiten darüber erschwert, ob Führer bewaffneter albanischer Verbände an den Verhandlungen teilnehmen dürfen, was Belgrad ablehnt.

Prognostiziert wird beidseitiges Abweichen von Maximalpositionen und ein tragbares Verhandlungsergebnis unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft. In einer noch eskalierten Lage mehr erreichen zu wollen als die albanische Seite an den Verhandlungstisch und die Waffen zum Schweigen zu bringen, sei nicht realistisch und nicht möglich. Die Autorin gibt sich sicher, dass dann längerfristig auch mehr erreicht werden könne, weil die albanische Seite die vorbereiteten Pläne zu ihrer Integration in das staatliche System nicht würde zurückweisen können.

Konstruktive Ansätze: Der Bericht ist in sachlicher und argumentativ nachvollziehbarer Rede ohne Schuldzuweisung oder Diffamierung geschrieben. Fokussiert werden die Beruhigung der Lage, Kompromissbereitschaft, die allmähliche Stabilisierung des Friedens und die Reintegration der verängstigten und skeptischen albanischen Mitbürger und deren bewaffneter Gruppen in die Gesellschaft.

Gleichwohl ist dies jedoch kaum ein Vorzeigeartikel konstruktiver Konfliktberichterstattung: Hinter der Affirmation einer Verhandlungslösung wird der Wettbewerb um Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft sichtbar:

"Die Weltgemeinschaft hat (...) den Albanern ein klares Signal gegeben, dass in dieser Spielrunde nun die serbische Seite die Gelegenheit hat, die Karten zu mischen..."

So dient die Verhandlungsbereitschaft der neuen jugoslawischen Regierung dem Text (auch) als Vehikel, um den Gegner ins Unrecht zu setzen. Zwar wird den albanischen Mitbürgern die Unterstützung bewaffneter Widerstandsgruppen eher aus Angst zugeschrieben, der Widerstand selbst jedoch wird unverblümt als Terrorismus etikettiert. Der Streit um die Einbeziehung der Führer bewaffneter albanischer Verbände in die Verhandlungen erscheint als Verzögerung der Verhandlungen durch die albanische Seite, die hinzunehmen die internationale Gemeinschaft angesichts wachsender Gewalt immer weniger Bereitschaft zeige.

Bei allem Antagonismus durchaus konstruktiv ist jedoch die Empfehlung an beide Seiten, ihre Maximalforderungen fallen zu lassen und die zum Ausdruck gebrachte Zuversicht, dass sich durch die Einhaltung demokratischer Spielregeln auch für Serbien etwas erreichen lässt, auch wenn das Privileg, "die Karten zu legen (...) natürlich größeren Spielern vorbehalten" bleibt.

"Die jüngsten Ereignisse im Kosovo und die Eskalation von Gewalt gegen serbische Bürger haben (...) die internationale Gemeinschaft in ihrer Haltung zusätzlich bekräftigt, dass sie in Südserbien keinesfalls ein Engagement wie im Kosovo brauchen könnte. Deswegen wird sie den Albanern alle Rechte anbieten, die die demokratische Welt anzubieten hat, und den Serben anraten, die Probleme so zu lösen, wie eben diese demokratische Welt sie in ihren Ländern jeweils löst."

Das Ziel, die Albaner an den Verhandlungstisch zu bringen habe die serbische Seite erreicht. Die Autorin ist zuversichtlich, dass die albanische Minderheit die vorbereiteten Pläne zu ihrer Integration in das staatliche System nicht werde zurückweisen können, womit dem Terrorismus das Wasser abgegraben wäre und die internationale Gemeinschaft einen weiteren Sieg der Demokratie vorzuweisen hätte.

3.2.2 "Kostunicas erste Prüfung" (*Süddeutsche Zeitung*, München, 2.12.2000)

Rahmen: Der Kommentar erschien zu Beginn der monatelangen Auseinandersetzungen, nach einer ersten Zuspitzung des Konflikts, im Anschluss an eine Woche kontinuierlicher Berichterstattung über die Konflikte in Südserbien in der *Süddeutschen Zeitung*.

Inhalt: Der Autor zieht ein erstes Fazit des bisherigen Konfliktverlaufs, wobei das Handeln der neuen Belgrader Führung fokussiert wird. Sehr positiv bewertet wird

der neue jugoslawische Präsident Kostunica, der auf die Überfälle bewaffneter Albaner nicht mit staatlicher Gegengewalt reagiert hat, sondern der sich "erstaunlich konstruktiv" um eine friedliche Lösung bemüht. Kritisch beurteilt wird hingegen der künftige Regierungschef Djindjic, der gegenüber den Albanern massive Drohungen ausgesprochen hatte. Die unterschiedlichen Herangehensweisen der Führungspersonen werden auch als Ausdruck der Machtverteilungskämpfe innerhalb der Demokratischen Opposition (DOS) gewertet.

Konstruktive Ansätze: Dem neuen Präsidenten Kostunica werden vom SZ-Korrespondenten Attribute wie Phantasie, Umsicht, Autorität und diplomatisches Geschick bescheinigt – solche Lobeshymnen für politische Akteure sind rar im journalistischen Geschäft. Wenn dem Präsidenten des erneuerten Jugoslawiens derart positive Eigenschaften und Fähigkeiten zugeschrieben werden, sollte dies das Vertrauen in die neue Führung und in den Demokratisierungsprozess des Landes stärken. Allerdings enthält der Kommentar mehrere Fußangeln, die dieses Vertrauen gleichzeitig wieder in Frage stellen:

- Die Hervorhebung des Machtkampfs innerhalb der DOS, in dem Djindjic und Kostunica als zwei antagonistische Pole dargestellt werden, legt offen, dass es noch nicht klar ist, in welche Richtung sich Jugoslawien entwickeln wird.
- Der Hinweis: "Kostunica verfügt dabei über mehr Autorität, als die Verfassung mit ihren schwachen Vollmachten dem jugoslawischen Bundespräsidenten zuerkennt" erweckt Zweifel an der Legitimation von Kostunicas Handeln.
- Die positiven Urteile über Kostunica beziehen sich ausschließlich auf seine strategischen und taktischen Fähigkeiten. Sie sagen aber wenig über seine tatsächlichen Absichten aus. Es bleibt somit ein Rest von Misstrauen: Ist er wirklich ein Mann der demokratischen Erneuerung und der Aussöhnung mit den Nachbarn? Oder könnte er seine Fähigkeiten nicht auch in anderer Weise einsetzen (z.B. für ein nationalistisch-autoritär geführtes Serbien)?

Insgesamt muss der Artikel aber in seinem weiteren Kontext betrachtet werden: Es sind noch keine zwei Monate seit dem Fall des Milošević-Regimes vergangen. Das Vertrauen in die neue Führung hat darum noch keine feste Grundlage, sondern muss erst langsam wachsen. Sieht man auch die journalistische Berichterstattung als einen Prozess des schrittweisen Vertrauensaufbaus, so kann dieser Artikel als eine erste positive Annäherung an die Person Kostunica begriffen werden. Diese Annäherung ist vorläufig noch von Zweifeln und Widersprüchen geprägt – und muss es zu diesem Zeitpunkt vielleicht auch sein.

Eine weitere augenfällige Tendenz des Kommentars ist dagegen auch unter dem Gesichtspunkt der Prozesshaftigkeit der Berichterstattung zu kritisieren: Die positive Darstellung Kostunicas geht mit einer Abwertung der albanischen Kämpfer und mit der Trivialisierung ihrer Motive einher. Während sie in einem Bericht drei Tage zuvor vom selben Autor noch als "Kämpfer" bezeichnet werden, sind sie hier

"Extremisten" bzw. "selbst ernannte Freiheitskämpfer". Ihnen werden zudem nur zweifelhafte und im Grunde substanzlose Beweggründe unterstellt: Angeblich wollen sie bloß provozieren und mit ein bisschen Krawall die Tauglichkeit Serbiens für die Staatengemeinschaft testen. Auch wenn in einem Kurzkommentar selbstverständlich nicht ausführlich auf Hintergründe eingegangen werden kann, wäre hier dennoch eine Wortwahl denkbar gewesen, die den Motiven der albanischen Kämpfer in dieser Region eher gerecht geworden wäre.

3.2.3 Eine ungetitelte Analyse auf der Auslandsnachrichtenseite (*Ta Nea*, Athen, 20.3.2001)

Rahmen: Die Situation an der südserbischen Grenze zum Kosovo ist weiterhin sehr explosiv. Seit einigen Wochen gibt es auch im angrenzenden Mazedonien Übergriffe albanischer Kämpfer und Gefechte mit der mazedonischen Polizei, bis die Aufständischen von den Bergen aus sogar die mazedonische Stadt Tetovo beschießen. Mitte März stimmt schließlich die NATO einem Einrücken von mehreren hundert serbischen Soldaten in einen Teil der südserbischen Pufferzone im Dreieck zwischen Mazedoniens Nordgrenze, dem Kosovo und dem südserbischen Prescotal unter strengen Auflagen zu: So dürfen z.B. nur Grenzsoldaten und Polizisten einmarschieren und keine gepanzerten Fahrzeuge mitbringen.

Inhalt: In dieser Analyse ist das Verhältnis zwischen der NATO und den als UCK bezeichneten albanischen Aufständischen das zentrale Thema. Bereits im ersten Absatz wird die Ansicht des Autors deutlich, dass die NATO der UCK in die Hände spiele und die UCK mit ihren Aktionen auf die stille, wenn nicht gar offene Toleranz der NATO – mit anderen Worten: der USA bauen könne. Die UCK wolle ein Groß-Albanien schaffen, was mit den amerikanischen Balkan-Plänen in Einklang stehe. Für die Übergriffe der UCK auf die Grenzregionen in Südserbien und Mazedonien wird direkt die NATO verantwortlich gemacht. Sie habe bei der Erfüllung der vom UN-Sicherheitsrat an sie delegierten Aufgaben in großem Stil versagt. Eine politische Analyse eines Kolumnisten der Wochenzeitung *New York Press* wird angeführt, in der beide wahrscheinlichen Zukunftsszenarien trotz gegensätzlicher Ausgangspositionen damit enden, dass am Ende Jugoslawien als Versager dastehen und in jedem Fall die KFOR die Kontrolle über Südserbien und Mazedonien übernehmen wird. Dies sei ganz im Sinne der UCK, die es bereits seit langem verstanden habe, die NATO für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Konstruktive Ansätze: Bei der Behandlung des Konflikts in Südserbien sind in sämtlichen griechischen Artikeln kaum konstruktive Ansätze zu entdecken. Die Analyse in *Ta Nea* kann als repräsentatives Beispiel für die Art des Diskurses gesehen werden und scheint an Eskalationsorientierung kaum übertreffbar zu sein. Während die serbischen Texte zeigen, dass sogar in Serbien selbst die Situation

noch relativ differenziert beschrieben werden kann, werden in den griechischen Medien die alten Schwarz-Weiß-Bilder neu aufgelegt. Der Konflikt wird als Win-Lose-Situation konstruiert: Gewinner in diesem üblen Spiel sind in jedem Fall die beiden Verschwörer NATO (bzw. USA) und UCK; auf der Verliererseite stehen Serbien und Mazedonien. Zwar werden implizit Gewalt und gewaltbereite Gruppen verurteilt, jedoch bleibt der Autor in einseitigen Schuldzuweisungen verhaftet. Destabilisierende Kräfte in der Region seien definitiv die Albaner und ihr verlängerter Arm, die NATO. Konkrete, zu diesem Zeitpunkt tatsächlich schon länger laufende Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien in Südserbien werden ausgeblendet. Und selbst die möglichen Zukunftsperspektiven der Region werden, gestützt auf die Ausführungen eines "Experten", auf Gewinnen oder Verlieren reduziert. So wird keinerlei Raum für Hoffnung gelassen. Was auch passiere, die Sache gehe stets zu Ungunsten Serbiens aus und ende mit einer internationalen Inbesitznahme Südserbiens und Mazedoniens:

"Es gibt zwei wahrscheinliche Szenarien, die beide zum selben Ergebnis führen. Erstes Szenario: Die NATO wird den jugoslawischen Streitkräften so viele Beschränkungen auferlegen, dass der Kampf gegen die UCK unmöglich wird. Anschließend wird das 'Versagen' Jugoslawiens verkündet und die KFOR 'benötigt', um Kontrolle über Südserbien und Mazedonien zu übernehmen. Zweites Szenario: Es gelingt den jugoslawischen Kräften, die Situation in den Griff zu bekommen. Anschließend werden wieder einmal 'humanitäre Schreie' laut. Die UCK bereitet massive Transporte albanisch sprechender 'Flüchtlinge' an die Grenzen zum Kosovo vor, und 'aufgebrachte' Albaner proben den Aufstand in Mitrovitsa. Auch hier wird die NATO ein 'Scheitern' Jugoslawiens verkünden und einmal mehr die KFOR eine prominente Rolle einnehmen".

In diesem kurzen Textabschnitt manifestieren sich weitere typisch eskalationsorientierte Merkmale: Alle Albaner werden pauschal mit der UCK gleichgesetzt. Die Intentionen von NATO und UCK werden dämonisiert. Stets schiebe die NATO den schwarzen Peter für ihr eigenes Versagen Jugoslawien zu. Dabei gehe es ihr um eine territoriale Ausbreitung auf dem Balkan. Stets falle sie auf die schmutzigen Tricks der UCK herein. (Implizit wird – durch wiederholte Verwendung von Anführungszeichen – hier auch geleugnet, dass es durch Serben begangene Menschenrechtsverletzungen im Kosovo tatsächlich gegeben habe.) Die NATO mache sich jedenfalls zum willfähigen Handlanger militanter Aufständischer, deren Motive in Wirklichkeit ganz andere seien:

"Die UCK bezweckt, Teile Serbiens und Mazedoniens abzutrennen und sie einem zukünftigen Groß-Albanien einzuverleiben. Sollte sich das bei den NATO-Führern noch nicht herumgesprochen haben? Also drängt sich eine weitere Schlussfolgerung auf: Groß Albanien fügt sich harmonisch in die amerikanischen Balkan-Pläne".

Oder, wie das pessimistische Schlusswort der Analyse lautet:

"Die UCK möchte ein Groß-Albanien schaffen. Und die NATO ist dazu da, es Wirklichkeit werden zu lassen".

Während die deutschen Medien früher Milošević unterstellt hatten, nach einem Groß-Serbien zu trachten, was ihn in unmittelbare Nähe zu nationalsozialistischem Expansionsstreben rückte, wird in den griechischen Medien dieser Vorwurf nun unter umgekehrten Vorzeichen gegen die Albaner gerichtet und massives Miss-trauen geschürt.

Die NATO wiederum habe bei den ihr vom UN-Sicherheitsrat übertragenen Aufga-ben gänzlich versagt. Um dies zu belegen, zitiert der Autor Auszüge aus der Re-solution 1244, allerdings unvollständig und teils fehlerhaft.³

Die aktuellen Ereignisse werden als kontinuierliche Fortsetzung der früheren Kon-flikte in der Region betrachtet und als logische Folge der internationalen Balkan-politik. Jugoslawien schließlich wird zum Opfer des internationalen (amerikani-schen) und albanischen Expansionsstrebens. Geschickt unterlässt es der Autor, dies direkt anzuprangern, und lässt diese Schlussfolgerung seine Leser selber zie-hen. Damit schürt er die Entrüstung über die seiner Meinung nach "wahren Täter" noch zusätzlich.

3.3 Die Verhaftung und die Auslieferung Miloševićs

3.3.1 "Der Prozess" (*Frankfurter Rundschau*, Frankfurt/Main, 2.4.2001)

Rahmen: Der Kommentar erschien einen Tag nach der Verhaftung Miloševićs. In den Zeitungen ist die Diskussion um die Auslieferung sogleich voll entbrannt. In Deutschland wird zumeist eine rasche Auslieferung an Den Haag gefordert.

Inhalt: Der Autor zieht zunächst nochmals eine Bilanz der Herrschaft Miloševićs, deren katastrophale Folgen offenkundig sind: Sie kostete eine Viertelmillion Men-schen das Leben und machte Millionen zu Vertriebenen. Der Fokus des Artikels ist aber nach vorn gerichtet, auf die Frage, wie Serbien und die internationale Staa-tengemeinschaft nun mit der Person Milošević verfahren sollen. Die Anforderun-gen, die mit dem Fall Milošević verknüpft sind, bringt der Autor auf einen kurzen Nen-ner: "Serbien muss seine Vergangenheit bewältigen, die Welt fordert Gerech-tigkeit." In der Realität beiden Ansprüchen gerecht zu werden, sei ein zwar kom-pliziertes, jedoch kein unlösbares Problem. Voraussetzung einer Lösung ist es für den Autor allerdings, dass "alle Beteiligten in Belgrad, Den Haag, Brüssel und Wa-shington im juristischen Umgang mit dem Angeklagten Slobodan Milošević von ih-

3 Daneben zeigen sich im Text weitere Ungenauigkeiten: Z.B. wird die KFOR (um die es eigentlich geht, denn zu diesem Zeitpunkt ist die NATO aus Jugoslawien abgezogen) im gesamten Text kaum erwähnt und als reines Exekutivorgan der NATO, nicht der UNO hingestellt. Auch nennen sich die in Südserbien operierenden albanischen Kämpfer UCPMB (Befreiungsarmee für Presevo, Medvedje und Bujanovac), die in Mazedonien agierenden UCK. In den deutschen Texten und selbst in einem der serbischen Texte wird für die Rebellen in Südserbien die Bezeichnung UCPMB aufgegriffen, in den griechischen hingegen ist konsequent stets nur von der UCK die Rede. Dies suggeriert, es handle sich weiterhin um die selben "Unruhestifter" mit den selben Zielen wie früher.

ren Maximalforderungen abweichen, Flexibilität zeigen und nicht länger mit Boykott drohen." Betont wird die Legitimität der Interessen aller Seiten: Zum einen habe jede demokratisch gewählte Regierung das Recht, ihren Präsidenten wegen Verbrechen gegen den eigenen Staat vor Gericht zu stellen. Zum anderen hätten die nicht-serbischen Opfer der Milošević-Politik sowie die Welt in Gestalt der Vereinten Nationen ein Anrecht darauf, dass Milošević sich wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten muss. Der Autor schlägt darum ein *Procedere* vor, das zwei Prozesse vorsieht. Zuerst solle Milošević vor ein serbisches Gericht gestellt und anschließend vom UN-Tribunal angeklagt werden. Beide Prozesse sollten in Belgrad stattfinden, um den Eindruck einer Siegerjustiz zu vermeiden.

Konstruktive Ansätze: Der Artikel ist bemerkenswert, weil er bei der Frage, wo und wie Milošević der Prozess gemacht werden soll, die Interessen aller beteiligten und betroffenen Parteien unvoreingenommen darstellt und schließlich in kreativer Weise einen gangbaren Weg vorschlägt, der all diese Anliegen berücksichtigt: sowohl jene der serbischen Bevölkerung wie die der Bevölkerungen der anderen Staaten Ex-Jugoslawiens (der direkten Kriegsoffer), als auch die der internationalen Gemeinschaft und des Völkerrechts. Es wird aufgezeigt, wie die zwei scheinbar schwer zu vereinbarenden Ziele, Vergangenheitsbewältigung und Gerechtigkeit, doch in Einklang gebracht werden könnten, nämlich indem alle Seiten kooperativ zusammenarbeiten, von ihren Maximalpositionen abrücken und dadurch die Möglichkeit einer Win-Win-Lösung entsteht. Gerade im Vergleich zu den meisten anderen Kommentaren in deutschen Zeitungen hebt sich der Artikel in dieser Allseitigkeit positiv ab; ansonsten werden in der deutschen Presse die Interessen der internationalen Gemeinschaft meist eindeutig über die der serbischen Bevölkerung gestellt. Die Betonung der legitimen Interessen aller Beteiligten bedeutet indes keineswegs, dass Verantwortlichkeiten unterschlagen werden. Die Verbrechen Miloševićs werden nicht in Frage gestellt, sondern eingangs nochmals explizit benannt. Dabei wird konstatiert, dass das Leid der Serben heute zwar "beträchtlich" sei, "aber im Vergleich zu den Opfern der zuvor mit Kriegen überzogenen Nachbarn deutlich geringer." Auf der anderen Seite weist der Autor ebenso darauf hin, dass auch die USA dem, worum es hier prinzipiell geht – nämlich um die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und um eine entsprechende Weiterentwicklung des Völkerrechts – im Wege stehen, indem sie ihre Zustimmung zu einem ständigen UN-Tribunal bisher versagt haben.

Die konkrete Lösungsmöglichkeit, die der Autor entwickelt, wurde in der weiteren öffentlichen Diskussion und auf der politischen Ebene zwar nie ernsthaft in Erwägung gezogen, sie zeigt aber auf, dass im medialen Diskurs durchaus auch Platz für konstruktive und kreative Ansätze vorhanden war, die von dem Bemühen geprägt waren, den Anliegen aller Beteiligten gerecht zu werden:

"Im Idealfall könnte ein Kompromiss wie folgt aussehen: Zunächst verantwortet sich Slobodan Milošević vor einem serbischen Gericht wegen der Verbrechen gegen seinen Staat. Danach klagt ihn das UN-Tribunal nach seinen Regeln und vor seinen Richtern wegen Völkermord und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, und zwar in Belgrad. Keine ferne, abstrakte und leicht zu ignorierende 'Siegerjustiz' wäre dies, sondern ein 'Schauprozess' im Sinne des internationalen Völkerrechts. Er könnte auch den skeptischen Serben beweisen, dass es nicht um Kollektivschuld, sondern allein um Gerechtigkeit geht."

3.3.2 "Serbien auf der Kippe" (*Kathimerini*, Athen, 3.6.2001)

Rahmen: Bei Erscheinen des Artikels ist Milošević in Serbien inhaftiert. Die westlichen Staaten drängen massiv auf seine Überstellung an Den Haag. Die politische Analyse mit dem Titel "Serbien auf der Kippe" weicht insofern vom griechischen Diskurs dieser Zeit ab, als sie vorwiegend die Situation innerhalb Serbiens fokussiert und die Auslieferungsforderungen des Westens eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Inhalt: Eingeleitet wird der Text mit einem Zitat von Nebojsa Covic, dem Vize-Präsidenten der serbischen Regierung, der die Verantwortung für die jugoslawischen Kriege und für Menschenrechtsverletzungen eindeutig Miloševićs Expansionspolitik zuweist. Die aktuelle Lage Jugoslawiens wird vom Kommentator als katastrophal beschrieben: Milošević ist entmachtet und ist inhaftiert – zu Recht. Wie sehr er durch seine Territorialpolitik und die damit verbundenen Kriege seinem Volk geschadet habe, belegten Flüchtlingszahlen, Wirtschaftsdaten und soziale Indikatoren wie z.B. Korruption, Kriminalität und die Lebenserwartung.

Milošević habe seine Macht mit Hilfe der Medien erhalten und ausbauen können, die aus ihm einen heldenhaften David im Kampf gegen die Supermächte USA und NATO gemacht hätten. Auch Selbstkritik am Tenor der griechischen Medien und ganz allgemein an der griechischen idealisierenden Wahrnehmung Miloševićs sei angebracht. Man habe Milošević mit dem serbischen Volk gleichgesetzt und sich zu sehr mit ihm solidarisiert.

Die jetzige jugoslawische Regierung stehe vor sehr großen Aufgaben: dem Aufbau demokratischer Strukturen, der Entwicklung der ruinierten Wirtschaft, der Auseinandersetzung mit verblindetem Populismus, aber auch der Verbesserung der Beziehungen zum Westen. Noch stehe Serbien auf der Kippe zwischen friedlicher Entwicklung oder weiteren Gewaltausbrüchen. Zur Bewältigung der aktuellen Probleme benötige die Regierung Kostunica-Djindjic jedoch statt Druck die Unterstützung und die Solidarität des Westens.

Konstruktive Ansätze: Anders als die anderen griechischen Texte zu diesem Thema (mit Ausnahme des Artikels G3.6. in Eleftherotypia) zeichnet sich diese Analyse durch eine deutlich weniger eskalationsorientierte Haltung gegenüber dem

Westen und durch das breite Erörtern der Schuld Miloševićs aus. Fokussiert werden die katastrophalen Hinterlassenschaften des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten, dem das serbische Volk Leid und Elend verdanke und der die Rechte sämtlicher Bevölkerungsgruppen im ehemaligen Jugoslawien mit Füßen getreten habe. Bereits die Überschrift weist auf die labile Situation hin: Serbien steht auf der Kippe zwischen totalem Zusammenbruch und hoffnungsvollem Neubeginn.

Das Eingangszitat aus dem Mund des serbischen Vize-Präsidenten Covic belegt: Selbst in Serbien scheint kein an Rest Solidarität mehr für Milošević übriggeblieben zu sein. Minutiös wird den griechischen Lesern bewiesen, dass vor allem das serbische Volk selber für Miloševićs nationalistische Expansionspolitik büßen musste. Aus allen Gebieten, die er, beginnend mit Slowenien und Kroatien, mit Krieg überzogen habe, hätten die dort lebenden Serben schließlich flüchten müssen. Die Flüchtlingszahlen seien erschreckend und geeignet, Empörung hervorzurufen; umso mehr, als der Autor "diesen tragischen Zeitraum in Serbien" mit der "griechischen Katastrophe von 1922" (wo nach dem Krieg Griechenlands gegen die Türkei auf beiden Seiten insgesamt ca. zwei Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden) vergleicht. Allerdings beschränkt er sich auf eine einseitige Darstellung des serbischen Flüchtlingselends, und wie auch in den anderen griechischen Texten fehlt es nicht an dem stereotyp wiederholten Hinweis auf die Vertreibung von "weiteren 20.000 Kosovo-Serben aus ihren Häusern" als Folge der NATO-Einsätze und des "so genannten Abkommen(s) von Kumanovo". Neben Miloševićs Schuld an den Kriegen habe also auch die NATO ihren Anteil an der serbischen Misere. Dennoch wird Miloševićs Verantwortung für das ruinierte Serbien hierdurch nicht nivelliert. Detaillierte Gegenüberstellungen von Wirtschaftsdaten aus der Zeit vor und nach seiner Amtszeit, internationale Vergleiche sozialer Indikatoren wie Korruption, Kriminalität, Lebenserwartung u.ä. ermöglichen es dem griechischen Leser, sich einen Eindruck davon zu machen, wie sehr der ehemalige Präsident der serbischen Wirtschaft, aber auch der Gesellschaft insgesamt geschadet hat, was einmal mehr seine Verantwortung unterstreicht und Zweifel an seiner Verantwortlichkeit minimiert.

Hinsichtlich der griechischen Diskussionen über Milošević äußert der Autor Kritik an den eigenen Landsleuten:

"Außerdem lohnt es sich, ein bisschen Selbstkritik walten zu lassen gegenüber der emotionalen und extremen Gleichsetzung des serbischen Volkes mit Milošević, wie sie in Griechenland aufgetreten ist. Verständlicherweise haben wir Griechen eine besondere Wertschätzung für unsere serbischen Nachbarn. Dennoch müssen wir begreifen, dass einige unserer Massenmedien ebenfalls Anteil an dieser Idealisierung von Miloševićs Image hatten. Lasst uns nicht unser selektives Mitgefühl mit (einzig) den serbischen Opfer des Kosovo-Krieges vergessen, die großen Solidaritätskonzerte und die spöttischen Schauprozesse am Syntagma Square, wo den Hauptschuldigen der NATO-Bombardements der ultimative Richterspruch zuteil wurde".

Die Protestbewegung in Griechenland während des Kosovo-Krieges wird im Nachhinein als ambivalent gewertet. Selbstkritisch wird davor gewarnt, nun rasch zu verdrängen, dass man selbst damals mit dem falschen Mann solidarisch war, ihn idealisiert und mit seiner Bevölkerung gleich gesetzt und während des Kosovo-Krieges die Opfer anderer Bevölkerungsgruppen schlicht ausgeblendet hatte. In keiner Weise wird an der bedingungslosen griechischen Solidarität mit dem (braven) serbischen Volk gerüttelt. Kritisiert wird lediglich, sich in Griechenland zu sehr mit dem (bösen) Führer Milošević gemein gemacht zu haben. Die Delegation von Schuld allein an Milošević lässt übersehen, dass ein erheblicher Teil dieses Volkes Milošević unterstützt und seine Politik gutgeheißen hatte bzw. selber zu Tätern wurde.

Der neuen Regierung gelten die Hoffnung und das Mitgefühl des Autors: Anders als in den deutschen Medien, wo häufig die Differenzen zwischen Kostunica und Djindjic im Vordergrund stehen, sieht er die Regierung als Einheit. Er weckt Vertrauen in ihr Potenzial, den Berg ihrer derzeit gewaltigen Aufgaben zu bewältigen, wenngleich er auch die Probleme aufzeigt, denen sie sich zu stellen hat. Der determinierende Faktor für Frieden oder Krieg auf dem Balkan scheint für ihn aktuell zu sein, wie sich die Ereignisse in den Regionen Montenegro, Kosovo, Südserbien und Mazedonien entwickeln – realistischerweise, denn in sämtlichen dieser Regionen gibt es Abspaltungstendenzen, die die Kraft der neuen Regierung zu untergraben drohen. Ohne die Unterstützung der Bevölkerung *und* des Westens sei sie jedoch in ihrer Handlungsfähigkeit blockiert:

"Die Regierung Kostunica-Djindjic (mit der breiteren Koalition, von der sie unterstützt wird) braucht die Toleranz des Westens, um atmen zu können, und Zeit, um sich zu konsolidieren. Erpressungsversuche (z.B. die aktuelle Auslieferung Miloševićs an Den Haag) können das neue Regime von der serbischen öffentlichen Meinung isolieren, der bald klar sein wird, dass sich die großen finanziellen Probleme nicht von Zauberhand lösen lassen. Der Gewinn für den Balkan und Europa wird groß sein, wenn in unserer gequälten Region endlich die Kräfte der Besonnenheit und Vernunft regieren".

In diesem Textauszug kommt einerseits viel Empathie mit der neuen Regierung zum Tragen. Auch wird vor allzu großem Druck von westlicher Seite gewarnt, der dem Konsolidierungsprozess schaden könnte. Die Vorgabe "Auslieferung gegen Aufbauhilfe" wird als Erpressung und als untauglich zurückgewiesen, die wirtschaftlichen Probleme auf dem Balkan zu lösen. Dennoch ist diese Kritik am Westen – im Vergleich zu den übrigen griechischen Texten – hier geradezu zahm formuliert. Auf direkte Beschuldigungen wird verzichtet, stattdessen wird auf die möglichen Gefahren einer solchen Vorgabe für sämtliche Beteiligten hingewiesen – sowohl für die Regierung als auch für das von falschen Erwartungen getäuschte Volk und für die Stabilität auf dem Balkan allgemein. Der Gegenentwurf hierzu wäre eine Politik der Besonnenheit und Vernunft, deren enormer Gewinn nicht nur "unserer gequälten Region", sondern ganz Europa zugute käme. Gerade in diesem

Schlusssatz wird deutlich, dass sich Griechenland stark mit Jugoslawien identifiziert und sich selbst ebenfalls als leidtragendes Opfer der früheren Balkanpolitik betrachtet.

Die sonst in den griechischen Medien häufig zu findende Polarisierung "Westen böse – Serbien gut" ist am versöhnlichen, hoffnungsvollen Ende des Textes aufgebrochen zugunsten einer Sichtweise, die Handlungsoptionen für eine friedliche Entwicklung aufzeigt und den Weg von Vertrauensbildung und Empathie propagiert.

3.3.3 "Wen kümmert's?" (*Vreme*, Belgrad, 28.6.2001)

Rahmen: Der Artikel erschien in der Wochenzeitung *Vreme* am Tag der Auslieferung Miloševićs an Den Haag. Vorausgegangen war ein langer Verfassungsstreit um die Rechtmäßigkeit der Auslieferung, der die DOS-Regierung an den Rand der Regierungskrise gebracht hatte und der im öffentlichen Diskurs vor allem als Streit um die staatliche Souveränität Jugoslawiens geführt wurde.

Inhalt: Alle Hindernisse für die Auslieferung Miloševićs sind beseitigt. Die Auslieferung stellt eine internationale Verpflichtung dar und ist daher politisch korrekt. Milošević trägt die Schuld für Verbrechen, folglich ist seine Auslieferung auch juristisch gerechtfertigt. Durch sie würde auch die wirtschaftliche Hilfe der Geberländer beschleunigt, was wirtschaftlich richtig und für die Gesellschaft nützlich wäre.

"Die Auslieferung wird bald vollzogen, und keiner rechnet damit, dass es hier ernsthafteren Widerstand geben wird. Umfragen zeigen, dass sie von immer mehr Bürgern Serbiens befürwortet wird, teils wegen der Geberkonferenz, teils wegen der verstärkten Kampagne der Aufklärung von Kriegsverbrechen; und das schönste ist, dass diese zwei Motivationen, die materielle und die moralische, nicht kollidieren, sondern einander recht harmonisch ergänzen in den Köpfen der meisten Menschen".

Gegen die Auslieferung spricht scheinbar nichts. Und die Debatte um die Souveränität und die Würde des Landes verkommt zur akademischen Frage, die im Zeitalter der Globalisierung überholt zu sein scheint und die sich ein kleines, schwaches und erschöpftes Land wie Serbien im Grunde gar nicht zu stellen braucht.

"Ist da überhaupt noch etwas, das zu diesem Thema zu sagen ist? Da ist etwas, es ist aber für uns nicht mehr wichtig. Hier beschäftigen wir uns zumeist damit, am Leben zu bleiben".

Für den Autor stellt sich die Frage nach Souveränität und Würde weniger im herkömmlichen und andernorts debattierten Sinne, ob es sich Jugoslawien leisten kann, dem Auslieferungsdruck der USA Stand zu halten, sondern als Frage nach der mangelnden Souveränität im Umgang mit Milošević. Ein souveräner Umgang

mit diesem Problem würde heißen, dass sich Jugoslawien gründlich auseinander zu setzen hätte nicht nur mit dem eigenen Führer, sondern auch mit der eigenen Rolle und deren Folgen in der jüngsten Geschichte des ehemaligen Jugoslawiens. Stattdessen trifft man allenthalben Gleichgültigkeit: Wen kümmert's?

"Serbien war nicht in der Lage, sich selbst mit dem eigenen Führer auseinander zu setzen, zumindest nicht so, wie der Rest der Welt es für angebracht hielt: nicht die Polizei, nicht die Gerichte, nicht die Staatsanwaltschaft. Mit ihm hat man aber etwas tun müssen, schon aus Angst vor dem Zorn Gottes. Das einzige, was dieses müde Land offensichtlich nur hat tun können, ist zuzulassen, dass ihn jemand abholt".

Durch das Verpassen der Chance, sich diesen Fragen souverän und mit Würde zu stellen und der selbst verschuldeten geschichtlichen Marginalisierung zu begegnen, verspielt Serbien die eigene Mündigkeit und "tritt aus der Geschichte heraus" – für lange Zeit wird künftig "niemandes Stimme von hier" in der Welt gehört werden.

"Auf jeden Fall sind die Auslieferung Miloševićs und alles, was damit im Zusammenhang steht, mit dem Haager Gericht, mit den Sanktionen und den Bombardements, historische Beispiele, die mit Sicherheit auf die internationale Politik Einfluss genommen haben. Serbien wird also eine historische Rolle zuteil, zum Anlass einer wichtigen Debatte im gewichtigen Augenblick einer allumfassenden Umgestaltung der Welt zu werden. Dies heißt aber nicht, dass Serbien das Recht hat, an dieser Debatte Teil zu nehmen".

Die Rolle Serbiens beschränkt sich darauf, ein schlechtes Beispiel abzugeben, die ersten Angeklagten zu liefern.

"Diese Rolle in der weltweiten Arbeitsteilung hat uns aber niemand heimtückisch zugeschoben, wir haben uns selbst gemeldet und das ausgewählt, was uns am besten lag".

Milošević soll nun an Den Haag ausgeliefert werden, weil man in Serbien nicht weiß, was mit ihm anzufangen wäre, und weil er sich sogar aus dem Gefängnis heraus als gefährlicher Unruhestifter erweist.

Konstruktive Ansätze: Der Kommentator (Stojan Cerovic) ist zutiefst resigniert und enttäuscht von der offensichtlichen Unfähigkeit sowohl der Regierung als auch der Öffentlichkeit, sich der Vergangenheit zu stellen. Indem ers seine Zustimmung zur Auslieferung Miloševićs ironisch gebrochen artikuliert, bringt er eine Distanzierung zum Ausdruck, deren Gegenstand jedoch nicht der Tatbestand der Auslieferung als solcher ist, sondern die Form des öffentlichen Diskurses, der um diese Auslieferung geführt wurde. So gebrochen gelingt es ihm zugleich, der Souveränitätsdebatte eine konstruktive Wendung zu geben: Souveränität erschöpft sich keineswegs in der Eigenständigkeit von Entscheidungen; souverän ist vielmehr, wer fähig ist, sich mit sich selbst auseinander zu setzen.

3.4 Der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro

3.4.1 "Jugoslawien ist Geschichte" (*Ta Nea*, Athen, 15.3.2002)

Rahmen: Der Artikel erschien direkt nach der Unterzeichnung des unter der Vermittlung der EU zustande gekommenen Abkommens zwischen Serbien und Montenegro. Aufgrund des Mangels an Leitartikeln und Kommentaren in den griechischen Zeitungen zu diesem Thema wird hier ein Auslandsbericht vorgestellt, der die wesentlichen Aspekte auch der anderen griechischen Texte (mit Ausnahme der kommunistischen *Rizospastis*) weiten Teils enthält.

Inhalt: Der Text beginnt mit den aktuellen Ereignissen: mit der Unterzeichnung des Vertrages, mit dem Ziel des Abkommens, mit der Vorstellung der Unterzeichnenden und den Kerninhalte des Vertrags. Ausgewählte Stellungnahmen der Beteiligten illustrieren die Hoffnungen und Ziele, die mit diesem Abkommen in Jugoslawien verbunden werden. Ein kurzer Rückblick auf die Ablösungsbestrebungen Djukanovics und auf die ablehnende internationale Haltung hierzu macht die aktuelle schwierige Gratwanderung des montenegrinischen Präsidenten transparent. Unter gesonderter Überschrift wird auf die Zukunftsaussichten für den Kosovo eingegangen. Der optimistischen Einschätzung von albanischer Seite, das Abkommen sei ein weiterer Schritt in Richtung auf die Unabhängigkeit des Kosovo, steht die Vertragsklausel gegenüber, dass der Kosovo auch nach der möglichen Ablösung Montenegros integraler Bestandteil Serbiens bleibe. Der Artikel schließt mit positiven Reaktionen der EU hinsichtlich der Perspektiven des Abkommens. Anstelle der USA werde in Zukunft voraussichtlich die EU eine aktivere Rolle auf dem Balkan einnehmen.

Konstruktive Ansätze: Insgesamt besticht dieser Auslandsbericht durch eine überwiegend neutrale und ausgewogene Darstellung der Ereignisse. Implizit jedoch werden die eigenen Ansichten des Autors durch seine Ausdrucksweise, die Auswahl der Zitate und durch den Textaufbau erkennbar.

Bereits die Überschrift weist auf die historische Dimension des Abkommens hin: Jugoslawien ist "Geschichte". Bedeutet aber ein neuer Name schon ein Ende der schmerzhaften Vergangenheit? Der Autor beantwortet dies zunächst positiv: Ein neuer Staat wird "geboren". Gemessen an den Umständen, nämlich der latenten Gefahr der endgültigen Desintegration des Landes, wird diese durch friedliche, diplomatische Mittel erreichte Lösung grundsätzlich begrüßt. Wie bei einer Preisverleihung werden die Namen der beteiligten Staatsmänner aufgelistet. So erhält diese Lösung den Charakter einer Gemeinschaftsleistung, eines umfassenden Sieges der Diplomatie, den sich sämtliche Akteure an die Schulter heften können. Das Ausmaß des kooperativen Erfolges wird weiter unterstrichen durch den Hinweis auf das künftige gemeinsame Vorgehen: die demokratische Abstimmung sämtli-

cher Parlamente, die Übertragung des Abkommens in eine gemeinsame Verfassung, Parlamentswahlen im Herbst.

Wertfrei werden die wesentlichen Inhalte des Abkommens, zukünftige gemeinsame und getrennte Strukturen, aufgelistet. Eine geschickte Auswahl von Zitaten der Hauptakteure Kostunica (zur Grundlage des Abkommens, nämlich Geschlossenheit und Frieden für die Region zu erreichen) und Djukanovic (die Entscheidung über eine Zukunft des Staates liege in den Händen *beider* Bevölkerungen, die nach drei Jahren Gelegenheit erhalten werde, ihre Position zu überdenken) hebt zentrale Aspekte der Entwicklung hervor: Das Bemühen beider Staatsmänner um Frieden, ihre Selbstverpflichtung zum weiteren Handeln im Rahmen demokratischer Strukturen und zum Wohl der Bevölkerung, sowie ihr Werben um Unterstützung beim Volk. Selbst im Fall einer zukünftigen Trennung der beiden Staaten werde diese voraussichtlich nicht gewaltsam, sondern innerhalb demokratischer Prozesse stattfinden. Dabei verschweigt der Autor auch nicht, dass Djukanovics Aussage unter anderem seinem (durch das Abkommen gefährdeten) Rückhalt in Montenegro geschuldet ist, da er seit 1997 die Unabhängigkeit von Serbien propagiert habe und diese Idee in Montenegro sehr populär sei.

In diesem Zusammenhang wird durchaus anerkannt, dass der Westen diesen Bestrebungen gerade aus Sorge um weitere Zerfallsprozesse im früheren Jugoslawien nie zustimmend begegnet war. Durch Aufzählung aktueller separatistischer Bewegungen auf albanischer wie auch auf serbischer Seite, denen man nicht die "falschen Botschaften" schicken wollte, wird dieser "Westen" hier nicht mehr als einseitiger Unterstützer der Kosovo-Albaner konstruiert, sondern es wird ihm implizit eine Art Bemühen um gleiche Distanz zu sämtlichen radikalen Gruppen zugestanden.

In die überwiegend positiv-neutrale Einschätzung der Entwicklungen mischt sich gerade im Hinblick auf den Kosovo ein Unterton realistischer Skepsis, der dem Artikel Glaubwürdigkeit verleiht. Allein durch das Abkommen sei die Gefahr weiterer ethnischer Zusammenstöße noch nicht gebannt. Interessensdivergenzen zwischen Serben und Albanern hinsichtlich der Zukunft des Kosovo blieben bestehen. Selbst wenn albanische Führer das Abkommen nun zu ihren Gunsten als Schritt in Richtung Unabhängigkeit auslegten, sei auf vertraglicher Basis eine Abspaltung von Serbien kategorisch ausgeschlossen.

Eine zentrale Rolle hinsichtlich der Zukunft Jugoslawiens wird der EU eingeräumt. Sie selbst hält das Abkommen für eine positive Sache und deutet weitere kooperative Schritte an:

"Die EU feierte das Belgrader Abkommen als 'wichtigen Schritt in Richtung Stabilität auf dem Balkan'. Javier Solana sprach vom Beginn eines neuen Kapitels, das die beiden Demokratien 'näher zur EU' bringen wird. Und eiligst betonten die Kommentatoren, dies sei der zweite diplomatische Erfolg Solanas und der EU auf dem Balkan, nach dem Friedensvertrag zur Ver-

hinderung eines allgemeinen Bürgerkriegs in Mazedonien von letztem August. Ein weiterer Beweis, dass die EU in der Region nun eine zunehmend aktive Rolle spielen wird, während die USA es eilig haben, sich selbst aus den Entwicklungen herauszulösen."

Der Autor enthält sich einer direkten Bewertung dieser Aussagen, indem er sie als Zitate kenntlich macht. Implizit wird zwar Kritik am Eigenlob der EU laut ("Und eiligst betonten die Kommentatoren,...") – für den Autor scheint jedoch außer Frage zu stehen, dass es sich um eine gemeinschaftliche Leistung handelt, nicht um einen einseitigen Triumph der EU. Die konstruktive Rolle Solanas wird aber durchaus anerkannt (und auch nicht auf seine frühere Funktion als NATO-Generalsekretär verwiesen). Anstelle der USA, die derzeit einen beinahe fluchtartigen Rückzug planen, werde zunehmend die EU das Ruder übernehmen. Ob dies für den Balkan zum Besseren oder zum Schlechteren ist, lässt der Autor offen. Für den griechischen Leser mag jedoch damit die Perspektive verbunden sein, dass die internationale Balkanpolitik in Zukunft eher in einem diplomatischen, europäischen, also auch in einem nicht-militärischen, zivilen Kontext betrieben wird. Der Text bewegt sich insofern innerhalb des früheren griechischen Diskurses, als er das Feindbild USA/NATO weiterhin implizit bedient. Er geht aber auch darüber hinaus, indem die EU, die im Zuge der Debatte um die Auslieferung Miloševićs unter Beschuss geraten war, nun wieder deutlich als Hoffnungsträger fungiert und indem die europäische Orientierung Griechenlands hervortritt.

3.4.2 "Jugoslawien ist tot, es lebe ,Serbien und Montenegro" (*Die Welt*, München, 15.3.2002)

Rahmen: Ohne dass in der *Welt* in den Tagen oder Wochen zuvor von den Verhandlungen zwischen Serbien und Montenegro berichtet worden wäre, erschien dieser Artikel am Tag nach der Übereinkunft zwischen Serbien und Montenegro.

Inhalt: In einer Mischung aus Bericht und Kommentierung des Abkommens werden die wesentlichen politischen und rechtlichen Regelungen des Abkommens dargestellt. Als entscheidender Punkt des Abkommens wird dabei die Klausel bezeichnet, wonach die beiden Staaten nach drei Jahren erneut über die Frage einer gemeinsamen oder getrennten Zukunft entscheiden können. Eine herausragende Rolle während der Verhandlungen wird dem EU-Außenpolitikkoordinator Javier Solana bescheinigt. Insgesamt fällt das Urteil über das Abkommen ambivalent aus, aber mit einem stärkeren positiven Akzent. Einerseits vertritt der Autor die Auffassung, dass mit der jetzigen Konstruktion wieder einmal die Lösung eines Problems auf dem Balkan hinaus geschoben werde. Andererseits beseitige die Vereinbarung "die labyrinthischen Strukturen des jugoslawischen Bundesstaats à la Milošević" und eröffne allen Seiten die Möglichkeit, das Gesicht zu wahren.

Konstruktive Ansätze: Der Artikel unterscheidet sich von den Beiträgen, die (zum selben Zeitpunkt) in den anderen deutschen Zeitungen erschienen, insofern positiv, als er die Vereinbarung der Staaten und die Verschiebung einer Entscheidung über die Unabhängigkeit nicht von vornherein disqualifiziert, sondern auch deren positive Aspekte darstellt und gleich im Eingangssatz hervorhebt, dass dadurch eine wahrscheinliche Krise vorerst verhindert wurde: "Die am längsten prophezeite Krise des Balkan findet vermutlich nicht statt." In den anderen Zeitungen fällt das Gesamturteil über die Vereinbarung meist allein aufgrund der Tatsache, dass die endgültige Entscheidung über eine Unabhängigkeit Montenegros drei Jahren verschoben wurde, negativ aus. Der *Welt*-Korrespondent dagegen benennt auch die Errungenschaft dieser Lösung: "Mit dieser Klausel wird eine verwirrende rechtliche Situation aufgelöst: Bislang sah die montenegrinische Verfassung das Recht auf Abspaltung per Referendum vor, die serbischen und jugoslawischen Verfassungen jedoch nicht." Zudem bedeutet für ihn die Einrichtung einer neuen Kammer statt des bisherigen Zweikammerparlamentes, "in dem niemand entscheiden kann", das Verschwinden von "labyrinthischen Strukturen", die unter Miloševićs Herrschaft geschaffen worden waren. Auch der wichtige Aspekt, dass die Vereinbarung allen Seiten ermöglichen soll, das Gesicht zu wahren, bleibt nicht unerwähnt.

Die Beurteilung des Abkommens ist also in einigen Punkten differenzierter als in anderen Blättern. Andererseits weist der Artikel auch offenkundige Schwächen auf. So werden keinerlei Äußerungen der serbischen und montenegrinischen Akteure zum Abkommen wiedergegeben; ausschließlich Javier Solana wird mit den Worten zitiert, dass die Gründung des neuen Staates ein wichtiger Schritt für die Stabilität Europas sei. Wie das Abkommen von denjenigen, die es eigentlich betrifft, gesehen und aufgenommen wird, bleibt dadurch vollständig verborgen. Dies wäre für den Leser aber wahrscheinlich für eine Einordnung hilfreicher gewesen als der bloße Kommentar des Autors. Gleichzeitig wird die Rolle, die Solana bei den Verhandlungen spielte, zwar als herausragend bezeichnet, ansonsten aber nicht weiter thematisiert. Unerwähnt bleiben Solanas vehementes Drängen auf eine Einigung, die europäischen Eigeninteressen, die dahinter standen, und seine Mitverantwortung für die Vereinbarung, dass in drei Jahren erneut über die Frage der Unabhängigkeit abgestimmt werden soll, durch welche nach der Auffassung des Autors "eine endgültige Lösung – wie so oft auf dem Balkan – auf die lange Bank" geschoben wird. Der Artikel lässt somit eine Tendenz erkennen, positive Aspekte des Abkommens Solana und der internationalen Gemeinschaft zugute zu schreiben, das Negative dagegen auf "balkantypische" Gegebenheiten zurückzuführen.

In einem weitaus weniger konstruktiven Licht erscheint der Artikel schließlich, wenn man den am selben Tag vom selben Autor verfassten Kommentar hinzuzieht. Dieser Kommentar mit der Überschrift "Ein permanent provisorisches Jugoslawien" lässt erahnen, warum die serbischen und montenegrinischen Akteure im

Bericht nicht erwähnt werden, geschweige denn zu Wort kommen: Im Kommentar beurteilt der Autor das Abkommen als derzeit einzig gangbaren Weg. Dies zeugt von einer pragmatischen Haltung gegenüber dem Verhandlungsergebnis; einer Haltung, die zunächst durchaus als konstruktiv zu bezeichnen ist. Allerdings resultiert der Pragmatismus offenbar allein aus der Übernahme der Perspektive der internationalen Staatengemeinschaft, nicht aus der Erwägung, welche Probleme für die beiden Teilstaaten anstehen und wie sie am Besten zu bewältigen wären. Im Gegenteil, des Autors Einschätzung der Menschen auf dem Balkan trägt schon fast rassistische Züge und zeigt, dass er in sie keinerlei Vertrauen setzt. Der Kommentar schließt mit den Worten: "Ob man auf dem Balkan jene gegenseitige Rücksichtnahme lernen kann, ohne die auch dieses Modell nur künstlich von außen aufrechterhalten werden kann, das darf bezweifelt werden." Der Rückgriff auf alte Klischees und Stereotype befördert eine holzschnittartige Schwarz-Weiß/Gut-Böse-Berichterstattung, die zu einer Fortschreibung der Feindbilder beiträgt.

Für den Autor stellt das Abkommen also letztlich einen weiteren – im Großen und Ganzen gelungenen – Versuch der westlichen Politik dar, "den Karren aus dem Dreck zu ziehen", sprich: auf dem Balkan endlich Ruhe einkehren zu lassen. Als entscheidender potentieller Störfaktor bei der Umsetzung wird jedoch eine vom Autor ausgemachte balkanesische Mentalität angesehen, die einem rücksichtsvollen Umgang miteinander entgegensteht.

Diese Elite-Orientierung auf das Handeln der westlichen Politik und die Ignoranz bzw. Arroganz gegenüber den Konfliktparteien vor Ort steht allerdings nicht repräsentativ für den deutschen Diskurs insgesamt. In anderen Zeitungen wird den Äußerungen serbischer und montenegrinischer Akteure an prominenter Stelle Platz eingeräumt und die Position der EU zumeist kritisch hinterfragt. In besonders deutlichem Gegensatz steht die Berichterstattung der *Welt* jedoch zur griechischen Berichterstattung zum gleichen Thema. In den griechischen Artikeln ist eine weitaus stärkere Non-Elite-Orientierung festzustellen: Es wird darauf abgehoben, dass mit dem Abkommen eben nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg entschieden wurde, sondern dass die Vereinbarung maßgeblich von ihnen selbst ausgehandelt wurde. Auch die Tatsache, dass in drei Jahren eine erneute Abstimmung über die Unabhängigkeit möglich sein soll, wird unter dem Blickwinkel der Selbstbestimmung der Bevölkerungen positiv interpretiert – und nicht, wie in sämtlichen deutschen Zeitungen, als ein bloßes Aufschieben von Problemen.

3.4.3 "Ein Staat, wie es ihn nirgends gibt" (*Dnevnik*, 17.3.2002)

Rahmen: Obwohl es sich bei der Staatsgründung Serbien-Montenegro um einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Konsolidierung Jugoslawiens nach Milošević

handelte, erregte er nicht nur in der internationalen Medienwelt, sondern auch in Serbien selbst nur wenig Medienaufmerksamkeit.

Inhalt: Der Artikel von Radoslav Stojanovic, Professor für internationales Recht an der Juristischen Fakultät in Belgrad, skizziert zunächst den Vertragsentwurf und verdeutlicht die Originalität des Staatsvertrages, der es nicht erlaubt, schlicht als Föderation oder Konföderation ausgelegt zu werden.

"Falsch ist es, nachzudenken, ob der neue Staat Serbiens und Montenegros eine Föderation ist. Er ist etwas, was der heutigen Europäischen Union ähnlich ist. Wir sagen, dass es eine Gemeinschaft von Staaten sui generis ist, was es bislang woanders nicht gibt und nicht gegeben hat. Aber, das ist nichts Ungewöhnliches. Es gab unterschiedliche Arten der Gemeinschaftsbildung von Bürgern: eine reale Union, personale Union, Konföderation, Föderation. Auch dies ist eine Form staatlicher Gemeinschaftsbildung, die mehr durch die funktionale Verknüpfung verschiedener Lebensbereiche bestimmt ist als durch die Interessen der Regierungen und die Verteilung ihrer Zuständigkeiten".

Insgesamt sieht Stojanovic den Vertrag als eine gute Lösung an, deren größtes Defizit jedoch im Fehlen eines gemeinsamen Währungs- und Zollsystems besteht, ohne die eine Gemeinschaft im modernen Weltsystem nicht auf Dauer überleben kann.

"Der Beginn des Aufbaus eines gemeinsamen Währungs- und Zollsystems, das dem in der EU bestehenden ähnlich sein müsste, könnte durch die Verfassungsurkunde vorgeschrieben werden, die bis Juni angenommen werden sollte. Damit wären die Bereiche gemeinsamer Politik präzise bestimmt sowie die Bereiche unabhängiger Politik der Mitglieder des gemeinsamen Staates. Die Regelung dieser Bereiche kann nicht schlechter sein, als sie in der EU ist, und diese ist, wie ich meine, die beste".

Den Vorteil einer solch ungewöhnlichen Vertragslösung sieht Stojanovic vor allem darin, dass er den Narzissmus der Regierenden nicht verletzt, die naturgemäß die Macht im Grunde nicht teilen wollen.

"Unseren politischen Führern ist die Verteilung der Macht wichtig, meiner Meinung nach ist es aber wichtiger, wie diese Gemeinschaft funktional verbunden sein wird".

Wichtig sei es darüber hinaus, sich dem anzupassen, was Serbien zurück in die Weltgemeinschaft führen könnte, und da die für Serbien-Montenegro gewählte Gemeinschaftsform auch von Solana unterstützt werde, erhalte die Gemeinschaft eine Eintrittskarte für Europa.

Dass es keine andere staatliche Konföderation gibt, die mit Serbien-Montenegro vergleichbar ist, brauche nicht zu verwirren, denn:

"In der Welt gibt es eine Vielzahl von Föderationen, und keine ist wie die andere".

Konstruktive Ansätze: Konstruktive Elemente dieses Kommentars sind seine Sachlichkeit, sein Pragmatismus, die Priorität, welche der Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft vor machtpolitischen Interessen jedweder Art eingeräumt wird und die

Perspektive auf die Wiedereingliederung Serbiens in die Weltgemeinschaft. So gelingt es dem Autor, den Vertrag nicht nur als einen mühsam gefundenen Kompromiss abzuheben, sondern als Chance für die Zukunft zu würdigen und so etwas wie eine Motivationslogik zu entwickeln, die Gemeinschaft Serbien-Montenegro mit Leben zu füllen.

4 Kontinuität und Wandel im serbischen, deutschen und griechischen Zeitungsdiskurs

Die analysierten Ausschnitte und Textbeispiele aus dem serbischen, deutschen und griechischen Zeitungsdiskurs über Jugoslawien nach Milošević sind für diese Diskurse keineswegs repräsentativ. Dies war schon von der Materialauswahl her nicht intendiert. Stattdessen wird anhand der analysierten Texte exemplarisch aufgezeigt,

- welcher Spielraum dem Journalismus für eine konstruktive Wendung des Kriegsdiskurses nach Ende des Krieges gegeben ist,
- welchen Einschränkungen er aufgrund der im Kriegsdiskurs dominant gewordenen mentalen Modelle des Jugoslawien-Konfliktes unterliegt,
- wie die gesellschaftlichen Grundüberzeugungen, die sich im Verlaufe der Kriege im ehemaligen Jugoslawien herausgebildet haben, die Entstehung eines Friedensdiskurses limitieren und
- wie von journalistischer Seite aber auch kreativ damit umgegangen werden kann.

4.1 Der serbische Diskurs

Vergleicht man die Befunde mit dem heutigen Stand der Dinge (Mai 2004), so kann man feststellen, dass die serbischen Medien hinsichtlich der Kommunikationskultur enorme Fortschritte gemacht haben. Es wird inzwischen auch in anderen als den hier analysierten Zeitungen, die bereits unter Milošević ihre Unabhängigkeit bewahrt hatten, professioneller, sachgemäßer, objektiver, neutraler, kritischer und interessanter berichtet (Paskoski, 2004).

Die Ausgangssituation in Serbien war geprägt durch ein Jahrzehnt verlorener Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo mit Hunderttausenden serbischen Flüchtlingen und durch die Erstarrung des politischen Systems, das die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien vornehmlich von der Verteidigung serbischer Minderheitenrechte und der Verteidigung nationaler Souveränität gegen die Einmischung dritter Länder (EU und NATO) in die innerjugoslawischen Angelegenheiten her interpretierte und zunehmend von nationalistischen Ressentiments

getragen wurde. Sie war geprägt durch die schuldhafte Verstrickung in Menschenrechtsverletzungen, wie sie auf allen Seiten begangen wurden, für welche die serbische Seite aber in besonderem Maße verantwortlich gemacht wurde. Sie war geprägt durch eine zunehmende Isolation Serbiens, durch die Gleichschaltung der Medien (Gredelj, 1998) und schließlich durch eine Abkoppelung des serbischen vom internationalen Diskurs, der "die Serben" am Ende nur noch in der Täterrolle sah, den Tatbestand zunehmend ausblendete, dass sie auch Opfer der Kriege im ehemaligen Jugoslawien waren, und die serbische Öffentlichkeit darüber umso mehr in einen Verteidigungsdiskurs verstrickte, der – mit Ausnahme der griechischen Medien – fast nirgendwo auf der Welt geteilt wurde.

Hatte die internationale Staatengemeinschaft während des Bosnien-Konfliktes noch mit Milošević zu kooperieren versucht und hatte sich die Intervention in Bosnien selektiv gegen die bosnischen Serben gerichtet, so wendete sich das Feindbild nach dem Dayton-Abkommen gegen Rest-Jugoslawien und das Milošević-Regime und nahm mit der Anklage Miloševićs vor dem UN-Tribunal während des Kosovo-Krieges endgültig die Person Miloševićs in seinen Fokus.

Mit dem versuchten Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen, der friedlichen Revolution in Jugoslawien und dem Sturz Miloševićs im Oktober 2000 änderte sich die Situation der serbischen Öffentlichkeit geradezu schlagartig. Sie war geteilt in Milošević-Anhänger, die immerhin noch einen erheblichen Anteil der Wähler ausgemacht hatten, und die Anhänger eines heterogenen Oppositionsbündnisses, dessen Vertreter ihre Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit erst noch unter Beweis zu stellen hatten. Auf einmal aber bot sich die Chance, aus der Isolation herauszutreten, den Anschluss an den internationalen Diskurs wieder zu finden und die Wahrung serbischer Rechte und Interessen statt durch Machtstrategien auf demokratischem Wege zu verfolgen. Zugleich war der öffentliche Diskurs jedoch belastet durch Angst vor Revanchismus und Misstrauen gegenüber der neuen Führung, deren Vertreter es im alten Regime teilweise recht komfortabel gehabt hatten. Mit der Affirmation von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Versöhnung tritt der Text "Revanchismus" von Marijana Milosavljevic aus der Belgrader Wochenzeitung *Vreme* vom 12.10.2000 einer drohenden Spaltung der jugoslawischen Gesellschaft in Gut (Neues Regime) und Böse (Altes Regime) entgegen: Sie plädiert für die Übernahme der gesellschaftlichen Verantwortung für das Gewesene statt neuer Mythenbildung mit entgegengesetztem Vorzeichen. Win-Win-Orientierung und kooperative Werte, die Gleichzeitigkeit von Kritik an und Offenheit gegenüber allen Segmenten der jugoslawischen Gesellschaft und die Respektierung ihrer Rechte; allem voran aber die Einforderung demokratischer Verfahrensweisen, die Würdigung demokratischer Veränderungen und eine klare Positionierung zugunsten der Menschenrechte und der Verfolgung von Kriegsverbrechen sind es, die den deeskalationsorientierten Tenor dieses Textes ausmachen und dem ge-

sellschaftlichen Diskurs neue Impulse verleihen, indem sie die Angst vor Revanchismus mindern und eine Motivationslogik zugunsten von Demokratie entwickeln.

Durch die Übergriffe albanischer Rebellen in der entmilitarisierten Zone in Südserbien wird der demokratische (Verhandlungs-) Weg jedoch auf eine harte Probe gestellt. Die Opferrolle, in der sich die Serben schon während der vorangegangenen Kriege gesehen haben, ist immer noch virulent, der KFOR sind die Hände gebunden, und Teilen der serbischen Öffentlichkeit erscheint der Einsatz von Machtstrategien à la Milošević als der einzig gangbare Weg zum Schutze der serbischen Minderheit und zur Bekämpfung des "albanischen Terrorismus".

Auch Dragana Matovic, die in der Belgrader Wochenzeitung *Reporter* vom 29.11.2000 für eine Verhandlungslösung plädiert, vermag sich von diesem Täter-Opfer Antagonismus nicht zu lösen. Die Etikettierung der albanischen Rebellen als Terroristen wird nicht in Frage gestellt, von einem Zugehen auf die albanische Bevölkerung in Südserbien kann keine Rede sein, und auch Verhandlungen sind nur ein anderes Mittel, um ihr den serbischen Willen aufzwingen zu können. Auf der Grundlage von Sachlichkeit und einer klaren politischen Analyse gelingt es der Autorin in ihrem Aufsatz "An die Wand gedrückt" jedoch nicht nur, sich von jeglichem Wir-Sie-Journalismus fernzuhalten, sondern konkret vor Augen zu führen, wie die serbischen Rechte und Interessen im freien Kräftespiel der internationalen Politik auf demokratischem Wege weit effizienter verteidigt werden können als durch einen mit Härte und Unversöhnlichkeit gepaarten Alleingang, wie er Jugoslawien schon unter Milošević nur in eine Welle von Gewalt abgleiten ließ und alle Maßstäbe von Demokratie und Menschenrechten zunichte gemacht hatte. Die Argumentationsrichtung, die damit in den serbischen Diskurs eingebracht wird, reicht weit über den Konflikt in Südserbien hinaus: Nötig sind Gewaltfreiheit, Demokratie und – weil es anders nicht gehen kann – auch Kompromissbereitschaft, die nicht von außen aufgezwungen sind, sondern die aus dem nationalen Interesse resultieren – und zwar jenseits von nationalistischer Großtuerei.

Ein vergleichbarer Lernprozess war an anderer Stelle des serbischen Nachkriegsdiskurses weit schwieriger zu bewerkstelligen: Infolge des Junktims zwischen internationaler Aufbauhilfe und der Auslieferung Miloševićs an das Internationale Kriegsverbrechertribunal war der dringend anstehende Diskurs um eine Strafverfolgung von Kriegsverbrechen durch eine Reihe von anderen Diskursen überlagert, die durchgehend Themen von größter Emotionalität zum Gegenstand hatten: Vorwürfe der Siegerjustiz und der Erpressung der serbischen Gesellschaft durch die USA, Vorwürfe der Käuflichkeit, des Opportunismus, der Verletzung der jugoslawischen Verfassung sowie der Aufgabe der nationalen Souveränität durch jene Segmente der serbischen Gesellschaft, die eine Auslieferung befürworteten, wurden zu dominanten Themen und trieben einen tiefen Keil zwischen den serbischen Regierungschef Djindjić und den jugoslawischen Präsidenten Kostunica. Als die

Auslieferung zu guter Letzt beschlossen wurde, hatte man sich mit allen möglichen Fragen beschäftigt, am wenigsten aber mit der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, und selbst dem Vorwurf des Ausverkaufs der nationalen Souveränität begegneten weite Teile der serbischen Bevölkerung nur noch mit resignierter Gleichgültigkeit. "Wen kümmert's?" titelt Stojan Cerovic seinen Kommentar, der am Tage der Auslieferung Miloševićs in der Belgrader Wochenzeitung *Vreme* erscheint und der die Chance ergreift, jetzt, wo Fakten geschaffen sind, den Diskurs auf jene Themen zurück zu werfen, deren Bearbeitung eigentlich angestanden hätte und immer noch ansteht: die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die Übernahme von Verantwortung, die Cerovic der serbischen Öffentlichkeit als einzig wirkliche Souveränität anbietet – eine Souveränität zudem, die zu erlangen der serbischen Gesellschaft immer noch offen steht.

Cerovic stellt sich damit außerhalb der aktuellen Konfrontationslinien und interpretiert den innenpolitischen Konflikt um die Auslieferung Miloševićs aus einer Außenperspektive, die ihren Standpunkt gleichwohl *nicht außerhalb* der serbischen Gesellschaft findet, sondern die das *gemeinsame Interesse*, mit Würde einen Platz in der Geschichte zu finden, zum Kernthema macht.

Die (zumindest vorläufige) Konsolidierung des jugoslawischen Reststaates durch den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro, die den Endpunkt unseres Untersuchungszeitraumes darstellt, erfolgt zu einem Zeitpunkt, als Serbien des Kämpfens müde zu sein scheint und das Abkommen in der serbischen Presse vor allem aus realpolitischen und pragmatischen Erwägungen heraus kommentiert wird. Der Kommentar von Radoslav Stojanovic, den die in Novi Sad erscheinende Tageszeitung *Dnevnik* am 17.3.2002 veröffentlicht, ist dennoch bemerkenswert, weil er beinahe schon die Reinform eines Gegenmodells zum herkömmlichen Wir-Sie-Journalismus darstellt: Sachorientierung statt Psychodrama und entsprechend:

- Verzicht auf jegliche Personalisierung zugunsten einer Fokussierung der Strukturen, welcher der Vertrag für die Entwicklung der serbisch-montenegrinischen Gesellschaft vorgibt;
- Verzicht auf den medienüblichen Negativismus zugunsten einer Fokussierung der positiven Chancen, welche der Vertragsentwurf in sich trägt;
- Fokussierung der Interessen der serbisch-montenegrinischen Gesellschaft vor den Interessen ihrer politischen Eliten; und
- Fokussierung der gemeinsamen Interessen Serbien-Montenegros und der Europäischen Union.

Die üblichen Regeln der Nachrichtenselektion (Galtung, 1998) werden damit geradezu auf den Kopf gestellt. Der serbisch-montenegrinische Staatsvertrag wird nicht von den Ereignissen in der Konfliktarena – den zähen Verhandlungen, die

am Ende erst unter Mithilfe der EU zu einem Ergebnis geführt haben – her kommentiert, sondern von dem Ergebnis, das schließlich erzielt wurde.

Lediglich an einer Stelle des Textes kommt punktuell ein eskalationsorientiertes Moment zum Tragen: wenn Stojanovic den Narzissmus der politischen Führer anprangert. Aber das ist nur eine kleine Nebenbemerkung, die nicht dazu benutzt wird, Stimmung gegen "die Politiker" zu machen, sondern die lediglich die Prioritäten setzt: zivilgesellschaftliche Strukturen gehen vor Machtinteressen.

All dies mag dem Umstand geschuldet sein, dass dies der Gastkommentar eines Sozialwissenschaftlers ist. Die Tatsache jedoch, dass der Kommentar in *Dnevnik* veröffentlicht wurde und dass Stojanovic relativ regelmäßig für *Dnevnik* schreibt, verweist darauf, dass eine solche Spielart von Journalismus durchaus medienkompatibel ist.

4.2 Der deutsche Diskurs

Die deutschen Medien befanden sich aufgrund des vorangegangenen Diskurses in einer günstigen Ausgangsposition. Obwohl Deutschland die Auflösung des ehemaligen Jugoslawiens diplomatisch unterstützt hatte, der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher entgegen den Warnungen des UN-Generalsekretärs eine Vorreiterrolle bei der Anerkennung der abtrünnigen ex-jugoslawischen Republiken gespielt hatte (vgl. Dokumentation des Briefwechsels in: Rundbrief 2/96 des Internationalen Versöhnungsbundes), und trotz der Beteiligung Deutschlands an Kampfeinsätzen im Kosovo hatte sich Deutschland bis zuletzt als neutrale Drittpartei stilisiert, der es nur um die Durchsetzung von Menschenrechten gehe. Die Kriegsschuld und die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen wurden spätestens nach dem Dayton-Abkommen in den meisten Medien nahezu ausschließlich auf Milošević attribuiert.

Mit dem Sturz Miloševićs konnte dieser Mythos problemlos in Einklang gebracht werden. Die Kriegsziele waren damit erreicht, einem unbeschwerten Verhältnis zum "neuen" Jugoslawien und dessen politischer Führung stand nun lediglich noch die Auslieferung Miloševićs an Den Haag im Wege. Nach den Verlautbarungen der Politiker und auch dem vorherrschenden Mediendiskurs nach ging es ja schließlich immer nur gegen Milošević und nicht gegen die serbische Bevölkerung.⁴ Wie zum nachträglichen Beleg dieses Argumentationsmusters erschienen in der Zeit nach dem Kosovokrieg und insbesondere nach dem Sturz Miloševićs in einigen Zeitun-

4 Ein Rechtfertigungsmuster, das in der Kriegspropaganda weit verbreitet ist (vgl. Luostarinen, 2002b): So richtete sich sowohl der Golfkrieg 1991 als auch der Irakkrieg 2003 nach den Äußerungen der Krieg führenden Politiker nicht gegen die irakische Bevölkerung, sondern gegen Saddam Hussein, war der Afghanistankrieg kein Krieg gegen die afghanische Bevölkerung, sondern nur gegen das Taliban-Regime und das al-Qauida-Netzwerk, usw.

gen auch Berichte über Verbindungen zwischen der deutschen und der serbischen Bevölkerung, die schon während der Milošević-Ära gepflegt worden waren: Reportagen über Städtepartnerschaften und Schüleraustausche mit Serbien suggerieren, dass das Verhältnis zur serbischen Bevölkerung im Grunde immer vergleichsweise ungetrübt war. Kurzum: Der vorangegangene Mediendiskurs ermöglichte es der deutschen Presse, relativ problemlos auf eine wohlwollende Berichterstattung über das sich demokratisierende Jugoslawien umzuschwenken und das bis dahin negative Medienimage der Serben nach und nach aufzulösen.

Nachdem sich die Lage in Serbien nach dem Umsturz einigermaßen stabilisiert hatte, war das deutsche Interesse auf eine weitere Konsolidierung der Situation auf dem Balkan gerichtet. Deswegen kamen die Unruhen in Südserbien zwischen den albanischen Aufständischen und der serbischen Polizei eher ungelegen. Die Rolle der Albaner wurde im deutschen Diskurs nun neu definiert: Ihre Funktion zur Legitimierung der "humanitären Intervention" im Kosovo hatten sie erfüllt, weswegen die Stilisierung als bloße Opfer obsolet geworden war. Zunehmend wird ihnen nun auch eine Täterrolle zugeschrieben, eine Entwicklung, die sich bereits vor dem Sturz Miloševićs angedeutet hatte (Keßler, 2002). Im Gegenzug können die Serben, die jetzt nicht mehr mit Milošević identisch sind, nun auch eher als Opfer und nicht nur als Täter gesehen werden. Dies stützt wiederum den oben beschriebenen Mythos, dass "die Serben" ohnedies nie der Feind waren, gegen den man Krieg geführt hatte.

In der Frage des Umgangs mit der Person Milošević wird das alte Feindbild kontiniert. Die neue Regierung muss sich daran messen lassen, ob sie sich in ihren Handlungen den Forderungen der westlichen Politik nach einer raschen Auslieferung anschließt. Die Frage der Auslieferung wird als entscheidender Gradmesser dafür gesehen, inwiefern Serbien tatsächlich gewillt ist, sich von seiner Vergangenheit zu lösen. Die Win-Lose-Konstruktion des Konflikts bleibt damit erhalten: Ordnet sich Serbien nicht dem Willen des Westens unter, dann hat es auch seinen Anspruch auf die dringend benötigte Wiederaufbauhilfe verwirkt. Vor welchem Dilemma die serbischen Politiker dabei stehen und welche Bedeutung der Fall Milošević für die innere Entwicklung des Landes hat, wird nur von wenigen Kommentatoren aufgezeigt. Im Gegenteil, auch der innerserbische Diskurs wird überwiegend als reiner Machtkampf zwischen den zwei führenden serbischen Politikern konstruiert. Hier spiegelt sich ebenfalls die antagonistische Denkweise vieler Journalisten wider, indem Kostunica (weil einer Auslieferung skeptisch gegenüber stehend) als rückwärtsgewandt, bieder, zum Teil als nationalistisch dargestellt wird, während Djindjic (weil für eine Auslieferung) als der pragmatische, moderne, weltoffene Politmanager erscheint.

Auf der anderen Seite wird von mehreren Kommentatoren betont, dass der Eindruck vermieden werden müsse, dass das Tribunal in Den Haag einen Akt der Sie-

gerjustiz darstelle. Dies wird damit begründet, dass ein solcher Eindruck in Serbien zu einem politischen und gesellschaftlichen Roll-Back führen könnte: Die serbische Gesellschaft könnte sich auf eine Verteidigungslinie zurückziehen, der Antagonismus würde auch von serbischer Seite aufrecht erhalten. Der Effekt, der mit einem Prozess erreicht werden sollte – die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Auseinandersetzung der serbischen Gesellschaft mit der eigenen Geschichte und der eigenen Verantwortlichkeit –, würde gerade nicht erreicht, sondern ins Gegenteil verkehrt.

Es lässt sich aber auch aus der Logik der Begründungen des Kosovokriegs erklären: Eine Interpretation als Siegerjustiz scheidet danach schon deshalb aus, weil es dem Westen ja lediglich um die "Beendigung des Mordens" und die Wiederherstellung der Menschenrechte ging, und nicht darum, Serbien in die Knie zu zwingen. Zugespielt könnte man sagen: Wenn es Siegerjustiz gibt, dann hat es auch einen Krieg gegeben (und nicht nur eine humanitäre Intervention), also darf es sie nicht geben. Eine solche Interpretation lässt sich naturgemäß nicht an konkreten Textstellen belegen, sie kann aber als ein möglicher Subtext des deutschen Mediendiskurses gelesen werden.

Die insgesamt spärliche Berichterstattung vor und nach dem Abkommen zwischen Serbien und Montenegro im März 2002 ist Ausdruck des abnehmenden Interesses am Fortgang des Demokratisierungsprozess im ehemaligen Jugoslawien. Die neue Realität eines friedlichen Serbiens scheint seine Besonderheit verloren zu haben, die weiteren Entwicklungen des Landes besitzen offenbar keinen großen Nachrichtenwert mehr.

Die überwiegend skeptische Beurteilung des Abkommens setzt verschiedene Deutungsmuster des deutschen Diskurses fort. Das Handeln der EU wird als Halbherzigkeit interpretiert und als erneute Verschiebung einer endgültigen Lösung, die jetzt zum Greifen nahe schien. Diese Stoßrichtung der Kritik an der EU war über die gesamten Balkankonflikte hinweg zu beobachten. Die EU wurde oftmals als zu weich kritisiert, als Institution mit zu geringer militärischer Schlagkraft abgetan, die in den entscheidenden Momenten zaudert und zögert, statt energisch einzugreifen und eine Lösung zu forcieren – was sie diesmal zwar getan hat, aber nach Meinung der Kommentatoren im Resultat wieder eher schlecht als recht. Weit weniger als im griechischen Diskurs wird das Abkommen als Verhandlungsergebnis betrachtet, das auch durch die Leistung und die Verantwortlichkeit der serbischen und der montenegrinischen Seite zustande kam. In der Berichterstattung der *Welt* werden die einheimischen Akteure gar vollständig ignoriert. Dies zeigt, dass Serbien und Montenegro in Teilen des deutschen Diskurses noch nicht auf gleicher Augenhöhe mit der EU angekommen sind und ihre Entwicklung weiterhin vornehmlich aus der Perspektive der internationalen Gemeinschaft beurteilt wird. Schließlich spielt in die Bewertung des Abkommens möglicherweise auch eine ge-

wisse Verbundenheit mit Montenegro hinein, die aus der Tatsache resultiert, dass sich die montenegrinische Führung seit 1997 mehr und mehr von Milošević gelöst hatte und weder während des Kosovokriegs auf Seiten der Serben gekämpft noch einen eigenen Separationskrieg gegen Serbien geführt hatte. Aufgrund dieser konstruktiven Rolle hätten es die Montenegriner in den Augen der Kommentatoren nun vielleicht verdient gehabt, selbst über ihre Unabhängigkeit entscheiden zu können, was ihnen durch das Abkommen für die nächsten drei Jahre jedoch verwehrt wird.

4.3 Der griechische Diskurs

Vor dem Machtwechsel in Jugoslawien bedeutete die in den griechischen Medien kontinuierlich formulierte, nahezu bedingungslose Solidarität mit dem serbischen Volk gleichzeitig auch Solidarität mit seinem Präsidenten Slobodan Milošević. Dies zeigt sich vor allem in der Berichterstattung während des Kosovo-Krieges (vgl. Kondopoulou, 2002). Damals ließ sich der Medien-Diskurs auf die einfache Formel "Pro-Serbien – Anti-NATO" bringen. Die emotionale Nähe zum serbischen Volk, die auf historischen und religiösen Wurzeln fußt, hatte während des Krieges zudem nicht selten zur Folge, dass in den griechischen Medien jegliche serbischen Aktionen gutgeheißen wurden und dass kritischere Stimmen, die sich den Ereignissen aus einer allseitigeren Perspektive zu nähern versuchten, geradezu unterdrückt wurden. Serbien wurde dabei einseitig zum Opfer der Kosovo-Albaner, der NATO, des Westens, während der serbische Beitrag zur Eskalation des Konflikts unterschlagen wurde.

Dass das Volk selbst sich im Oktober 2000 seines Regierungschefs durch Wahlen entledigt hatte, brachte die Zeitungen in die Situation, sich zu dieser veränderten, aber noch instabilen Lage in Serbien in irgendeiner Weise verhalten zu müssen. Wem hält man nun die Treue – dem Volk, das sich selbst noch gespalten zeigt (immerhin gab es bei den Wahlen einen beachtlichen Anteil von Anhängern der Partei Miloševićs), seiner neuen Führung, die ihre Tauglichkeit erst noch beweisen muss, oder dem Mann, dem gegenüber man sich gerade in Zeiten der NATO-Angriffe loyal verhalten hat?

Hierbei erweist sich die traditionelle emotionale Verbundenheit mit dem serbischen Volk als konstruktiver Faktor, der es den Medien ermöglicht, empathisch und sensibel die Lage und die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrzunehmen und sich von Milošević ohne Tränen zu verabschieden. Anerkennung und Respekt für die serbische Bevölkerung, die sich von Milošević losgesagt hat, aber auch Vertrauen in ihr Potenzial, ihre Gesellschaftsform aus eigener Kraft in eine demokratische zu transformieren, unterstreichen das Gefühl von Freundschaft – einer Freundschaft, in der man sich um den anderen sorgt, ihm aber nicht vorschreibt,

was er zu tun hat, sondern darauf baut, dass er seinen Weg finden wird. Aus dieser Grundhaltung heraus, aber auch deshalb, weil Serbien aktuell nicht von außen bedroht wird, kann Milošević nun als autokratischer Herrscher gesehen werden, der seinem Volk immensen Schaden zugefügt hat, indem er anstelle des gewaltverhindernden offenen und flexiblen Systems Titos ein starres, despotisches Regime errichtet hat, an dem Jugoslawien schließlich zerbrochen ist. Die Betonung demokratischer Werte und der Notwendigkeit eines friedlichen Systemwandels kommt in Griechenland nicht von ungefähr. Dort blickt man selbst auf Erfahrungen mit einer Diktatur während der 70er Jahre zurück. Aus diesen Erinnerungen heraus erklärt sich auch die Sorge (die vergleichsweise in den deutschen Zeitungen kaum thematisiert wird), wie nun innergesellschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Miloševićanhängern und –gegnern vermieden werden können. Die soziale Verpflichtung gegenüber der serbischen Bevölkerung insgesamt, nicht aber gegenüber ihrer Regierung, weist gerade im Kommentar "Nach dem Sturz" in *Ta Nea* einen konstruktiven Weg: Die Wahlverlierer müssen respektiert und in die neue sich demokratisierende Gesellschaft integriert werden - und nicht ignoriert und/oder marginalisiert.

In Perpetuierung des früheren Anti-NATO-Diskurses wird bei diesen Transformationsprozessen, und gerade in der Frage, wie mit dem gestürzten Diktator zu verfahren sei, jegliche Einmischung von westlicher Seite abgelehnt. Darüber habe allein das serbische Volk zu entscheiden. Die neue Distanz zu Milošević hebt den griechischen Diskurs jedoch stellenweise über den früheren Interpretationsrahmen hinaus.

Gerade am Beispiel der kosovo-albanischen Aufstände in Südserbien wird deutlich, dass trotz veränderter Allgemeinlage bei gegebenem Anlass sofort wieder ein scharfer Ton in die Berichterstattung zurückkehren kann, der sich in nichts von dem während des Krieges unterscheidet. Die griechische Solidarität mit Serbien, die keineswegs an die Person Milošević gebunden war und die im Kontext des Machtwechsels für eine offene Haltung gegenüber allen serbischen Gruppierungen gesorgt hat, zeigt sich nun abermals von ihrer Schattenseite. In Verbindung mit dem griechischen Eigeninteresse an einer Stabilisierung der Region und dem Abflauen der Flüchtlingsströme nach Griechenland sowie in Verbindung mit rassistischen Vorurteilen gegenüber "den Albanern", die in der griechischen Öffentlichkeit geradezu historisch tief verankert und älter sind als der Kosovo-Krieg, führt die bedingungslose soziale Verbundenheit mit dem serbischen Volk zum starren Festhalten an alten Freund- und Feindbildern, an alten Opfer- und Täterrollen. Der aus dem Kosovo-Krieg vertraute Kriegsdiskurs wird wieder aufgenommen und perpetuiert: Es geht um Siegen oder Verlieren; nicht darum, wie der Konflikt bewältigt werden könnte. Es geht darum, wer für den neuen Gewaltausbruch verantwortlich ist, und die Antwort ist eindeutig: Es sind "die Albaner", die rundum dämonisiert werden, und die von ihnen instrumentalisierte NATO, die durch ihre

frühere Interventionspolitik und ihre einseitige Unterstützung der Albaner die derzeitigen Probleme geradezu provoziert habe. Die Frage, welche Möglichkeiten sich Jugoslawien unter den veränderten Bedingungen bieten, um seine Rechte erfolgreich – und in Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft – zu wahren, bleibt, anders als im serbischen Diskurs, ungestellt. Zu sehr ist die Berichterstattung konzentriert auf die Arena des Kampf-Geschehens und auf die Erinnerung an den Kosovo-Krieg, der Griechenland als NATO-Mitglied in das üble Dilemma gebracht hatte, die Kampfeinsätze offiziell dulden zu müssen, während die griechische Öffentlichkeit mit Empörung auf die NATO-Intervention reagierte.

Niemand, schon gar nicht die NATO, habe das Recht, sich in innerserbische Angelegenheiten einzumischen. Dieser griechische Standpunkt bestimmt auch die Berichterstattung über Miloševićs Verhaftung und Auslieferung. Bei einer Bedrohung von Außen (in diesem Falle die internationalen Forderungen nach Auslieferung) gilt die Solidarität sämtlichen serbischen Protagonisten. Bei inneren Kontroversen hingegen zeigt man sich der Basis verpflichtet, nicht ihrer früheren Regierung, die ihr offensichtlich Schaden zugefügt hat.

So werden im Kontext des *internationalen* Konflikts um Miloševićs Auslieferung an Den Haag die Auslieferungsforderungen durch die griechischen Medien einstimmig zurückgewiesen, und ein weiteres Mal werden Vorwürfe an den "interventionistischen" Westen laut, worunter hier auch die EU subsumiert wird. Im Kontext des *innerserbischen* Konflikts um Miloševićs Verbleib findet man jedoch in den griechischen Zeitungen plötzlich ein breiteres Meinungsspektrum. Auf der Grundlage dessen, was dem serbischen Volk nützt und wie ihm Gerechtigkeit widerfahren kann, wird es ansatzweise möglich, das Für und Wider einer Abschiebung Miloševićs zu diskutieren, wie dies beispielsweise in "Serbien auf der Kippe" in *Kathimerini* geschieht. Hier, aber gerade auch in *Eleftherotypia*, werden sogar die Menschenrechtsverletzungen, die in Miloševićs Amtszeit geschehen sind, nicht nur zum Thema, sondern auch scharf verurteilt. Vor allem aber findet sich Raum, die negativen Folgen von Miloševićs Politik für die serbische Bevölkerung, für den Balkan (und damit auch für Griechenland) breit zu erörtern und im gemeinsamen serbisch-griechischen Interesse in den Diskurs einzubringen. Aus einer Perspektive der Stabilisierung der jugoslawischen Lage, der Konsolidierung des zerstörten Landes und des Entfaltungsspielraums für die neue demokratische Regierung wird eine Strafverfolgung Miloševićs (in *Eleftherotypia* sogar durch das UN-Tribunal) als absolut gerechtfertigt angesehen.

Eine bemerkenswerte konstruktive Wendung des griechischen Diskurses zeichnet sich schließlich in der Berichterstattung über den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro ab. Die Elite-Orientierung unter negativen Vorzeichen, also eine Ablehnung jeglicher Einmischung von außen durch westliche Elite-Staaten und Bündnisse, ist nun teilweise aufgehoben zugunsten einer Sichtweise, bei der die

Vermittlungsbemühungen der EU durchaus positiv kommentiert werden. Natürlich tragen auch die griechischen Eigeninteressen an einer Stabilisierung der Region zusätzlich zu einer positiven Lesart der Ereignisse bei. Dennoch ist die Würdigung der EU umso bedeutsamer, als der Leiter der Verhandlungen, Javier Solana, während des Kosovo-Krieges als NATO-Generalsekretär fungiert hatte. Auch gemessen an den deutlichen Vorwürfen gegenüber Europa im Kontext der Auslieferung Miloševićs ist der Wandel des griechischen Medientenors auffällig: Europa wird als integrative, zivile Struktur präsentiert; mit dem Potenzial, zu Frieden und Demokratisierung auf dem Balkan beizutragen.

Gerade der Artikel "Jugoslawien ist Geschichte" aus der links-orientierten Tageszeitung *Ta Nea* hebt sich hinsichtlich seiner Bewertung des Abkommens deutlich vom Tenor der deutschen Presse ab. In mehrerlei Hinsicht werden darin die presseüblichen Hierarchien aufgelöst: Die jugoslawischen Parteien verhandeln auf gleicher Ebene mit der EU, als Partner. Weder wird die EU als umstrittene, von Eigennutz gesteuerte Triebfeder des Ganzen gezeichnet oder die Einigung allein ihrem diplomatischen Geschick zugeschrieben, noch wird die Vermittlung der EU als weiterer schamloser Übergriff interpretiert. Das Zustandekommen des Abkommens weckt Vertrauen, dass in einer gleichberechtigten internationalen Kooperation auch künftige, mit den Mitteln der Diplomatie zu erzielende Lösungen erarbeitet werden können. Gleichzeitig wird es nicht als Handshake einiger Elite-Personen aus den jugoslawischen Teilstaaten präsentiert, die über die Köpfe ihrer Bevölkerungen hinweg zu einer Einigung gekommen sind. Die Entscheidungsgewalt über die Zukunft Serbien-Montenegros wird von den Staatsmännern unmissverständlich dem serbischen und montenegrinischen Volk zugesprochen, dessen demokratischem Willen sie sich ebenso verpflichtet fühlen wie einer friedlichen Entwicklung der Region.

Vertrauen in die konstruktive Kraft der serbischen Bevölkerung, sich in Richtung auf eine Zivilgesellschaft entwickeln zu können, ist der rote Faden, der sich durch die meisten griechischen Texte seit Beginn des Untersuchungszeitraums zieht. Im Kontext des Abkommens ist es nun endlich möglich, auch wieder Vertrauen in die friedensschaffende Kraft internationaler Kooperationen, nicht zuletzt im Rahmen von Europa, zu formulieren.

5 Resümee

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass konstruktive Konfliktberichterstattung durchaus medienkompatibel und auch im professionellen Repertoire des Journalismus vorhanden ist, wenn Frieden erst einmal auf der politischen Agenda steht. Obwohl die mentalen Modelle des Krieges immer noch nachwirken und den Mainstream der Berichterstattung prägen, ist der eskalationsorientierte Bias der Berichterstattung deutlich geringer als in der Kriegs- und Vorkriegszeit, und es las-

sen sich deutliche Tendenzen erkennen, den Kriegsgegner in einem veränderten Licht zu sehen (vgl. Kap. 5). Vor allem aber gibt es in Kommentaren, Leitartikeln und Reportagen nun kreative Ansätze, den Kriegsdiskurs zu dekonstruieren und in einen Friedensdiskurs überzuführen.

Im konkreten Fall der Berichterstattung über Jugoslawien nach Milošević erwies sich der serbische Diskurs als insgesamt kontroverser, aber auch als flexibler, während der deutsche und der griechische Diskurs stärker jenen Argumentationsfiguren verhaftet blieb, die sich während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien herausgebildet hatten. Insbesondere, wenn es zu Konflikten kommt (vgl. Südserbien/Auslieferung Miloševićs), sind die alten Muster sofort wieder da.

Berücksichtigt man die Bedeutung des internationalen Medienumfeldes für die nationalen und regionalen Diskurse (vgl. Naveh, 2002), so ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, dass die Möglichkeit, auf Demokratisierung, Peacebuilding und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften Einfluss zu nehmen, von den internationalen Medien nur unzureichend ausgeschöpft wird.

Die nationalen und regionalen Medien operieren nicht in einem geschlossenen Raum. Sie beziehen sich auf das internationale Medienumfeld, finden sich dadurch in manchen Wirklichkeitskonstruktionen bestärkt, beziehen Position gegen andere, übernehmen Informationen und Argumentationsfiguren, die mit der eigenen Welt-sicht kompatibel sind, usw. Die vergleichsweise geringere Flexibilität der internationalen Medien lässt daher sogar negative Effekte auf den Nachkriegsdiskurs in der Konfliktregion befürchten, so z.B. wenn die (serbische) Öffentlichkeit durch die Rigidität der Konfliktwahrnehmung in früheren Freundländern (vgl. Anti-NATO-Diskurs in den griechischen Medien) oder als Gegenreaktion auf die Rigidität der Konfliktwahrnehmung in früheren Feindländern (vgl. Anti-Milošević-Diskurs in den deutschen Medien) zu einem Festhalten an überkommenen Konfrontationslinien gedrängt bzw. darin bekräftigt wird.

Teil IV
Rezeption und Akzeptanz
konstruktiver Nachkriegsberichterstattung

Glaubwürdigkeit und Attraktivität von eskalations- und deeskalationsorientierten Nachrichtentexten

Burkhard Bläsi, Susanne Jaeger, Wilhelm Kempf & Monika Spohrs

1 Fragestellung und Versuchsaufbau

1.1 Fragestellung

Die Implementationsschancen einer konstruktiven Konfliktberichterstattung stehen und fallen mit der Akzeptanz, welche sie bei der Leserschaft findet. Nur wenn Friedensjournalismus das Interesse der Leser erhält, wird eine Zeitung, in der sich differenzierte und nicht auf Schlagworte reduzierte Nachrichtentexte finden, auch gekauft werden. So verteidigen Journalisten die beanstandete Schwarz-Weiß-Malerei traditioneller Konfliktberichterstattung immer wieder mit dem Hinweis darauf, das Interesse der Leser müsse durch Dramatisierung der Ereignisse geweckt werden und die Reduzierung der Konfliktdarstellung auf einfache Konfrontationslinien zwischen "gut" und "böse" sei unverzichtbar, damit die Leserschaft die Nachrichtentexte überhaupt verstehen könne. Mit differenzierteren Konfliktdarstellungen könnte man allenfalls Akademiker erreichen, nicht aber das breite Medienpublikum.

Auch kann mit längerfristigen Effekten einer solchen Berichterstattung nur in dem Maße gerechnet werden, als deeskalations- und/oder lösungsorientierte Berichte und Kommentare das Interesse des Zielpublikums wecken und als sachgerechte, kompetente und unverzerrte Darstellung der Ereignisse und/oder ihrer Hintergründe akzeptiert werden, sowie in dem Maße, als das deeskalationsorientierte Framing der Berichte und Kommentare auch einen Niederschlag in den mentalen Modellen der Rezipienten findet (vgl. Kap. 2).

Aus diesen Überlegungen ergeben sich drei Fragenkomplexe:

1. Wäre ein typischer Zeitungsleser überhaupt an Informationen interessiert, die nicht das für ihn gewohnte Feindbild widerspiegeln, militärische Werte in Frage stellen und/oder friedliche Alternativen zur Konfliktlösung anbieten?
2. Wie stark darf eine alternative Berichterstattung von gesellschaftlich vorherrschenden und vom Mainstream der Nachrichtenmedien verbreiteten Überzeugungen abweichen, ohne verzerrt oder unglaubwürdig zu erscheinen?

3. Würde diese Art der Berichterstattung eine andere mentale Repräsentation des Konflikts im Kopf der Leser entstehen lassen? Hätte sie einen Einfluss auf die Konfliktwahrnehmung des Lesers?

1.2 Medienfunktionen

Was bewegt einen Leser dazu, einen Text zu lesen, insbesondere einen Nachrichtenartikel, und was fesselt seine Aufmerksamkeit so lange, dass er den Text nicht bereits nach den ersten Zeilen wieder beiseite legt? Welche Funktionen erfüllen die Medien für die Mitglieder unserer Gesellschaft?

Katz und Blumler erklären in ihrem "Uses and Gratifications"-Ansatz (1974), dass das Publikum die Medien auf vielfältige Weise nutzt, um seine persönlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Ihre Theorie gründet sich auf vier Hauptannahmen:

1. *Das aktive Publikum*: die Annahme, dass der individuelle Leser aktiv agiert und reagiert mit einem bewussten, ziel-orientierten und motivierten Verhalten hinsichtlich der Medien.
2. *Medienkonsum zur Bedürfnisbefriedigung*: die Annahme, dass das Publikum Medien konsumiert (liest, hört, schaut), um seine persönlichen Bedürfnisse und Interessen zu befriedigen.
3. *Soziale und psychologische Faktoren*: die Annahme, dass sich Persönlichkeitsunterschiede des Publikums auf die Medienselektion auswirken.
4. *Wettbewerb*: die Annahme, dass Leser oder andere Medienkonsumenten über Alternativen verfügen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, und dass die Medien versuchen, das Interesse ihres Publikums zu gewinnen.

Der Begriff Bedürfnisse konkretisiert sich, wenn man die Gründe betrachtet, warum Menschen sich generell den Medien zuwenden und welche Art von Befriedigung sie dadurch erhalten. Laut McQuail (1972) können wir vier verschiedene Kategorien von Bedürfnissen differenzieren:

1. *Information*: Der potentielle Medienkonsument möchte über Ereignisse, mögliche Gefahren, Gegebenheiten in seiner näheren Umgebung und in der Welt informiert werden. Außerdem versucht er, seine Neugier und Interessen zu befriedigen.
2. *Persönliche Identität*: Menschen versuchen, Verstärkung oder Bestätigung für ihre persönlichen Werte zu finden und wollen sich mit geschätzten anderen Personen in den Medien identifizieren.
3. *Integration und soziale Interaktion*: Medienkonsumenten möchten Einblick erhalten in die Lebensbedingungen und –umstände anderer. Sie versuchen, sich mit anderen zu identifizieren und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erlangen.

4. *Unterhaltung*: Medien bieten die Möglichkeit, dem Alltagsleben zu entfliehen und sich von seinen Problemen abzulenken. Einen Film anzuschauen oder eine Zeitung zu lesen hilft uns, die Zeit zu füllen und uns zu entspannen.

Des Weiteren kann man einige prinzipielle Funktionen der Massenmedien für die Gesellschaft spezifizieren. Lasswell (1948) beschreibt drei Hauptfunktionen, welche die Medien für die Mitglieder einer Gesellschaft erfüllen:

1. *Überwachung* bedeutet, dass die Medien Neuigkeiten, Nachrichten und Informationen über die Umwelt zur Verfügung stellen.
2. *Korrelation* von einzelnen Teilen der Umwelt hilft dem Publikum, die Welt zu interpretieren und besser zu verstehen.
3. *Transmission* sozialer Normen und Sitten betrifft die Reflexion gesellschaftlicher Grundüberzeugungen, Werte und Normen seitens der Medien.

C.R. Wright (1960) ergänzte eine weitere Funktion:

4. *Unterhaltung* durch Erheiterung, Zerstreuung, Ablenkung und Reduktion sozialer Spannung.

Die fünfte Funktion wurde von McQuail (1972) beschrieben:

5. *Mobilisierung*, im Sinne von politischen, religiösen, Arbeits-, Kriegs- oder Friedenskampagnen und Engagement seitens der Medienrezipienten.

Die erläuterten Funktionen beziehen sich gleichermaßen auf die verschiedenen Arten von Massenmedien (Fernsehen, Radio, Zeitung) im Allgemeinen. Ihre Anwendung auf die Nachrichtenmedien, insbesondere auf die Berichterstattung in Zeitungen, kann für die generellen Funktionen der Information, der Integration und sozialen Interaktion und die gesellschaftlichen Funktionen der Überwachung, der Transmission und der Mobilisierung angenommen werden. In Anlehnung an Schicha (1999), der davon ausgeht, dass eine sachliche und unspektakuläre Informationsvermittlung nicht mehr ausreicht, um die Aufmerksamkeit des Publikums dauerhaft aufrecht zu erhalten, kommt auch der Funktion der Unterhaltung für Nachrichten eine wesentliche Bedeutung zu. In diesem Sinne müssen diese Medienfunktionen bei der Beantwortung der Frage, unter welchen Umständen konstruktive Berichterstattung von einem potentiellen Leser gewünscht werden kann, in Betracht gezogen werden.

Bezogen auf die Nachrichtendarstellung in den Printmedien ergeben sich folgende Anforderungen:

1. Die Funktionen der Überwachung (für die Gesellschaft) und der Information (für das Individuum) erfordern nahezu identische Charakteristika: Das Textmaterial sollte informativ sein, um die Überwachung der Umgebung garantieren zu können und die Neugier des Lesers zu befriedigen.

2. Die Funktion der Korrelation erfordert ähnliche Merkmale wie die der persönlichen Identität. Die Information sollte mit dem bereits bestehenden Wissen des Medienkonsumenten kongruent sein, um zum Verständnis und zur Interpretation der Umwelt beitragen zu können und die persönlichen Werte des Medienkonsumenten zu stärken.
3. Auch die Funktionen Transmission (sozialer Normen), Integration und soziale Interaktion haben hinsichtlich der Anforderungen an einen Text vieles gemein: Der Inhalt sollte Überzeugungen, Werte und Normen der Gesellschaft und der Kultur, welcher der Leser angehört, widerspiegeln und Informationen über die Lebensumstände anderer Mitglieder der Gesellschaft liefern, um dem Leser die Möglichkeit zu geben, sich mit anderen identifizieren und ein Gefühl des Zugehörens erleben zu können.
4. Die Funktion der Unterhaltung gilt sowohl für die Gesellschaft als auch für das Individuum. Ein Text sollte unterhaltsam sein, im Sinne von interessant und spannend zu lesen. Er sollte nicht langweilig sein und es dem Leser ermöglichen, von seiner Alltagsroutine und seinen Problemen Abstand zu gewinnen.
5. Das Textmaterial sollte eine mobilisierende Funktion besitzen in der Form, dass es beim Leser Interesse an weiteren Informationen weckt und ihn dazu bringt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Für eine Berichterstattung, welche diese Merkmale aufweist, besteht eine reelle Chance, von der Leserschaft akzeptiert zu werden und am Markt bestehen zu können.

1.3 Versuchsaufbau

Zur Untersuchung der vorliegenden Fragestellungen wurde ein zweigeteiltes experimentelles Untersuchungsdesign entwickelt. Ziel der Untersuchung war es herauszufinden, ob eine im Ausmaß der Eskalationsorientierung modifizierte Berichterstattung

1. vom Publikum akzeptiert, bevorzugt oder abgelehnt würde und/oder ob sich diese Reaktion mit dem Ausmaß der Modifikation ändert, und
2. einen entsprechenden Einfluss auf das mentale Konflikt-Modell des Lesers haben würde (vgl. Kap. 8).

1.3.1 Experimentelles Setting

Die Stichprobe bestand aus 128 Versuchspersonen, die in ihrer Zusammensetzung hinsichtlich Alter und Bildungsstand repräsentativ für die Leserschaft dreier ausgewählter überregionaler Tageszeitungen (*Die Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*) sind.

Das Untersuchungsmaterial bestand einerseits aus Originalartikeln der deutschen Presse über drei verschiedene Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien im Zeitraum von Dezember 2000 bis März 2003, andererseits es aus von uns selbst umgeschriebenen Artikeln, die sich von den tatsächlich in der Zeitung erschienenen Texten insofern unterscheiden, als die im Original vorhandene Eskalationsorientierung verstärkt, abgeschwächt oder aber völlig herausgenommen wurde (zur Konstruktion dieser Texte vgl. Abschnitt 2.).

Jede Versuchsperson erhielt als Arbeitsmaterial zu jedem der drei Ereignisse je einen der Texte. Als unabhängige Variable dienten die vier unterschiedlichen Eskalations- bzw. Deeskalationsstufen der Texte. Die vier unterschiedlichen Textvarianten wurden systematisch durchvariiert und randomisiert auf die Versuchspersonen verteilt. Aus drei Ereignissen und jeweils vier dazugehörigen Varianten entstanden insgesamt $4^3 = 64$ Kombinationen. Die zufällige Zuordnung erfolgte jeweils sowohl an eine männliche als auch an eine weibliche Versuchsperson, um mögliche Geschlechtsunterschiede analysieren zu können.

Jedem dieser drei Texte war ein entsprechendes Arbeitsmaterial beigelegt, bestehend aus einem Bogen für die Aufgabenstellung, den Text in eigenen Worten wiederzugeben (siehe Kap. 8), und einem ausführlichen Fragebogen zur Erfassung der weiteren abhängigen Variablen. Zusätzlich erhielt jede Versuchsperson einen Fragebogen zur Erfassung der demographischen Daten.

Die einzelnen Texte mit ihren entsprechenden Arbeitsmaterialien mussten in chronologischer Reihenfolge abgearbeitet werden. Dabei wussten die Versuchspersonen nichts über die verschiedenen Eskalationsstufen der Texte.

Als Erstes wurden die Versuchsteilnehmer aufgefordert, Text 1 gründlich und in Ruhe zu lesen und anschließend – ohne weiteres Zurückblättern in den Text – den Inhalt in eigenen Worten schriftlich wiederzugeben. Dem folgend hatten die Versuchspersonen einen Fragebogen mit geschlossenen Fragen zur Akzeptanz des Textes auszufüllen. Dieses Vorgehen wurde dann für den zweiten und im Anschluss daran für den dritten Artikel wiederholt. Als Letztes füllten die Teilnehmer den demografischen Fragebogen aus.

Mit 128 Teilnehmern und drei Texten pro Person entstanden somit insgesamt 384 Nacherzählungen und genauso viele Fragebögen zur Akzeptanz (vgl. Abb. 1).

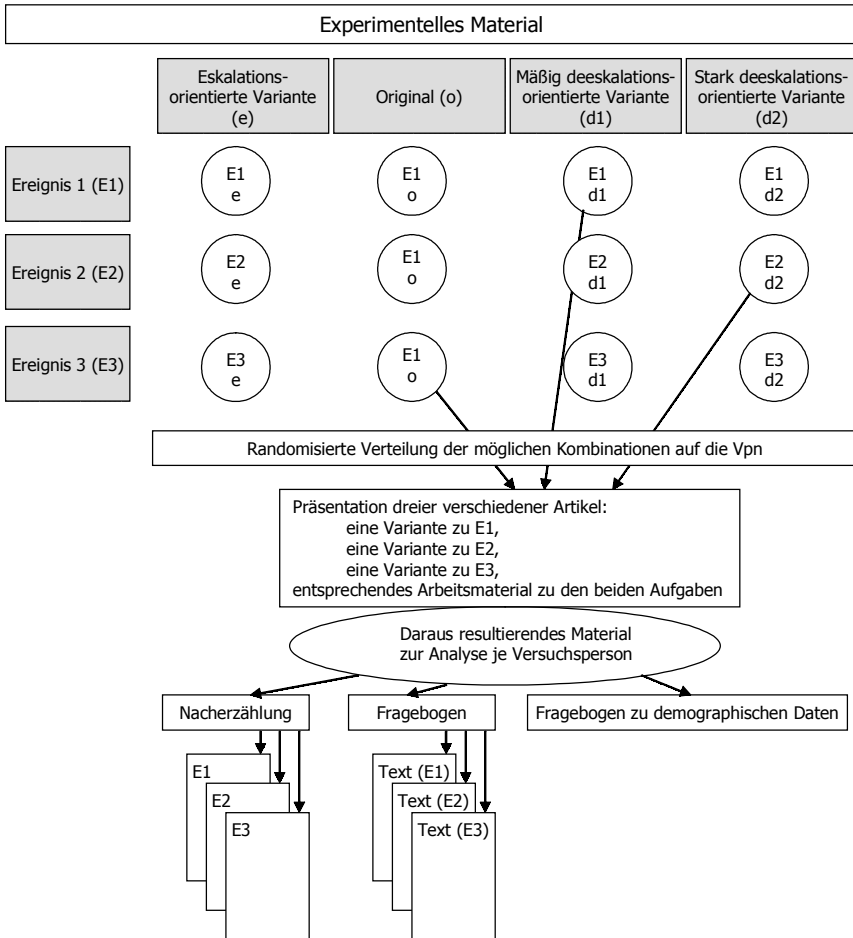


Abbildung 1: Zuteilung des Untersuchungsmaterials und Ablauf des Experiments

1.3.2 Cover Story

Um zu gewährleisten, dass die Versuchspersonen das dargebotene Material möglichst unvoreingenommen beurteilten, verwendeten wir eine Cover Story, mit der wir unser tatsächliches Untersuchungsziel verschleiern, aber gleichzeitig auch die Motivation zu aufmerksamer Arbeitsweise erhöhen konnten. Wir erläuterten den Teilnehmern, dass die Ergebnisse der PISA-Studie gezeigt hätten, dass Schüler und Schülerinnen vieler anderer Länder im Textverständnis besser abgeschnitten hatten als die deutschen. Unser Ziel sei es nun zu untersuchen, ob diese Unterschiede eher auf die Gewohnheiten des Medienkonsums als auf das Schulsystem

zurück zu führen seien. Zur Unterstützung dieser Erklärung ergänzten wir den Fragebogen zu demografischen Daten um einige Fragen über die Mediengewohnheiten der Versuchspersonen.

2 Konstruktion des Untersuchungsmaterials

Das Ausgangsmaterial der Untersuchung bildeten die in Tab. 1 aufgelisteten Artikel, die drei verschiedenen Ereignissen (E1–E3) zugeordnet waren.

	Ereignis/Thema	Titel des Artikels	Zeitung und Datum
E1	Konflikt in Südserbien	Wer kämpft wann gegen wen im Presevo-Tal?	<i>Die Welt</i> , 19.12.2000
E2	Auslieferung von Milošević an Den Haag	Der Slobo-Faktor	<i>FAZ</i> , 29.6.2001
E3	Staatsvertrag Serbien-Montenegro	Aus Jugoslawien wird Serbien-Montenegro	<i>SZ</i> , 15.3.2003

Tabelle 1: Ausgangsmaterial der Untersuchung

Das eskalationsorientierte Framing der Ereignisse in diesen Originalartikeln war relativ moderat. Von jedem der drei Artikel wurden drei weitere Varianten produziert:

1. eine gemäßigt deeskalationsorientierte Variante (d1), die so nahe wie möglich am Originaltext blieb und ihm lediglich die eskalationsorientierten Spitzen nahm,
2. eine deeskalationsorientierte Variante (d2), welche die Struktur des Artikels völlig veränderte und den Text um zusätzliche konstruktive Informationen ergänzte, sowie
3. eine eskalationsorientierte Variante (e), welche die Ereignisse als Win-Lose-Prozess interpretierte und den Text um zusätzliche negative Informationen ergänzte.

Die Textvarianten entstanden nach dem folgenden Schema: Zunächst wurden die Originalartikel unter Anwendung des Katalogs eskalations- und deeskalationsorientierter Aspekte der Berichterstattung (Kempff, Reimann, Luostarinen, 1996; ASPR, 2003) qualitativ analysiert. Damit wurden die Textstellen und Wendungen identifiziert, die den Artikel in eine eskalationsorientierte oder deeskalationsorientierte Richtung lenkten. Je nach Variante wurden diese Textstellen dann eliminiert, umgeschrieben oder durch ganz neue Textbausteine ersetzt. Als Hintergrundwissen zum Schreiben der Textvarianten stand die gesamte Berichterstattung der Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *tageszeitung* und *Die Welt* zur Verfügung, die bis

zum Erscheinungsdatum des Originalartikels zu diesen Themen publiziert worden war. Die Informationen, die in den Textvarianten d2 und e hinzugefügt wurden, waren also in keinem Fall frei erfunden, sondern speisten sich ausschließlich aus Quellen, die auch dem Autor des Originalartikels zugänglich gewesen waren und die somit ebenso in seinen Text hätten Eingang finden können.

Das praktische Procedere des Umschreibens kam einem mehrstufigen Review-Verfahren gleich. Ein Projektmitarbeiter verfasste eine Textvorlage für eine bestimmte Variante, diese wurde daraufhin zunächst von zwei weiteren Projektmitarbeitern "begutachtet". Das Augenmerk der Begutachtung war zum einen auf die (De-)Eskalationsorientierung der Texte gerichtet, zum anderen aber auch auf journalistische Kriterien wie Aufbau, Lesefluss und Verständlichkeit der Texte. Schließlich sollten die Textvarianten nicht als akademische Kunstprodukte identifiziert werden können, sondern den Eindruck tatsächlich publizierter Artikel erwecken. Die Veränderungsvorschläge der Begutachter wurden in eine neue Fassung der Textvariante aufgenommen, welche einem erneuten Reviewprozess unterzogen wurde, usw. – so lange, bis die Variante in den Augen aller Beteiligten den erforderlichen Kriterien standhielt.

Im Folgenden werden für jedes Ereignis der Originaltext und seine Varianten in detaillierter Form charakterisiert.

2.1 Ereignis E1: Konflikt in Südserbien

2.1.1 Originalartikel (o)

Wer kämpft wann gegen wen im Presovo-Tal?

Südserbien im Belagerungszustand – Truppenaufbau bei Serben, Albanern und bei der Schutztruppe KFOR

Der Artikel ist ein Stimmungsbericht aus der südserbischen Kleinstadt Bujanovac am Rand der entmilitarisierten Zone: Früher eine lebendige multiethnische Gemeinde mit orientalischem Markt, gleicht sie nun nach der Beschreibung des Autors einer Geisterstadt, in der das Militär und Kriegsfahrzeuge das Straßenleben beherrschen, in der sich die noch verbliebenen Albaner aus Angst nicht aus ihren Häusern trauen und in der ein tödlicher Showdown förmlich in der Luft liegt.

Hintergrundinformationen über den seit eineinhalb Jahren währenden Konflikt in Südserbien zwischen bewaffneten albanischen Aktivisten und serbischen Sicherheitskräften in der entmilitarisierten Pufferzone an der Grenze zum Kosovo werden kaum geliefert. Eher scheint es dem Autor um die Beschreibung eines Vorkriegsszenarios zu gehen, was er auch mit dem "Belagerungszustand" in der Überschrift ankündigt. Dies wird durch serbische O-Töne untermauert, die teilweise ein ungünstiges Bild auf die Befragten werfen. Durch die Hervorhebung des-

sen, dass Bujanovac politisch von serbischen Rechtsradikalen beherrscht werde sowie von serbischen Kosovo-Flüchtlingen, darunter auch von an Massakern im Kosovo beteiligter "Soldateska", zieht der Autor jegliche Empathie von den jetzigen Bewohnern der Stadt ab.

Die Rufe in Belgrad nach einer militärischen Lösung durch den Einmarsch der KFOR in die entmilitarisierte Zone – andernfalls müsse man die eigene Armee ins Feld schicken – erscheinen als Erpressungsversuch, der den Bemühungen und dem Druck der serbischen Regierung, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, nicht gerecht wird. Die Existenz alternativer Stimmen wird mit keinem Wort erwähnt, hingegen die Ausweglosigkeit der Lage unterstrichen. Dargestellt und betont wird, wie sich mittlerweile sämtliche Seiten auf einen Schlagabtausch gefasst machen und diesen militärisch vorbereiten: Serben, Albaner in der Pufferzone sowie die KFOR. Nur gegen Ende des Artikels klingt etwas Kritik auch an den albanischen Kämpfern an, die – so sieht es der Autor – scheinbar aus machtpolitischem Kalkül heraus das Presevo-Tal als Pfand zum Tausch gegen die Unabhängigkeit des Kosovo anbieten wollen.

2.1.2 Eskalationsorientierte Variante (e)

Jugoslawien droht mit Einmarsch in die Pufferzone

Kriegsgefahr in Südserbien – Mobilmachung bei Serben, Albanern und bei der Schutztruppe KFOR

Die Intention beim Produzieren dieser Variante war, noch stärker zu polarisieren zwischen Albanern, die in Erinnerung an den Kosovo-Krieg als verzweifelte, unterdrückte Opfer konstruiert werden, und Serben, die möglichst dämonisiert dargestellt werden sollten.

Der Originaltext bietet dafür gute Ansatzpunkte, z.B. die Betonung des serbischen Rechtsextremismus in der Region oder die Zuspitzung der Aussagen aus Belgrad, die von uns nun offen als Drohung bezeichnet wurden. Dies floss auch in die Überschrift ein und sollte die Lesart des Textes ("Jugoslawien ist auf Eskalationskurs") vorgeben. Die jugoslawischen Forderungen an die UNO wurden durch Hinzufügen einiger Attribute so formuliert, dass sie dreist wirken und geeignet sind, beim Leser Empörung hervorzurufen. Wesentlich war aber vor allem das Auslassen von den wenigen im Originaltext enthaltenen Anreizen zu sozialer Identifikation mit serbischen Protagonisten, wie z.B. das Streichen einer Textstelle, in der sich die Eltern zweier Soldaten Sorgen um ihre Söhne machen. Aus diesen jungen Männern wurden, weil die Erwähnung ihrer Berufe Kickboxer und Bauarbeiter und ihrer freiwilligen Meldung zur der jugoslawischen Armee im Text belassen wurden, nun junge Haudegen, die gelangweilt darauf warten, dass endlich etwas passiert.

Den albanischen Kämpfern wurde Legitimität verliehen bzw. das Recht auf Notwehr in einem verzweiferten Überlebenskampf zugestanden: durch die Bezeichnung Freiheitskämpfer, durch die Konstruktion der Situation als Verteidigung, durch den Ver-

weis auf "jahrelang erduldeten Erniedrigungen der albanischen Bevölkerung", durch das Hervorheben der albanischen zivilen Opfer etc. Die aktuelle Lage wird als ebenso aussichtslos geschildert wie im Originaltext, wobei wir als Fazit einen von Serbien unabhängigen Kosovo als denkbare Option in den Raum stellten, um dem albanische Volk endlich wieder angemessene Lebenschancen zu geben.

2.1.3 Gemäßigt deeskalationsorientierte Variante (d1)

Gefährliches Ringen um das Presovo-Tal

Verschärfung der Lage in Südserbien – Truppenaufbau bei Serben, Albanern und bei der Schutztruppe KFOR

In dieser Variante ging es uns darum, dem Leser die Gefahren und den Preis eines militärischen Konfliktaustrags deutlich zu machen, keine (auch keine impliziten) einseitigen Verurteilungen auszusprechen und, falls möglich, die unterschiedlichen Perspektiven der Konfliktparteien aufzuzeigen. Bewusst wurde auf Information verzichtet, die für die Darstellung der Lage prinzipiell irrelevant, jedoch mit der Gefahr verknüpft war, dass beim Leser altbekannte Stereotype wieder heraufbeschworen werden und ein militärisches Eingreifen unausweichlich erscheint. So wurden eine Szene im Büro der rechtsradikalen Partei gestrichen und die Berufe der beiden Soldaten nicht erwähnt, da sie nichts zur Sache beitragen, sondern z.B. im Falle des Kickboxers nur allzu schnell das alte Bild eines gewaltbereiten Serben entstehen lassen könnten, was einer Vorverurteilung gleichkäme.

Die Sprache des Textes wurde deutlicher und präziser: Nicht mehr "gestorben" sind die Opfer während der Auseinandersetzung, sie wurden "getötet". Explizit wurde betont, dass es Opfer auf allen Seiten gab, was im Original in reinen Zahlenspielen untergeht. Sprachliche Übertreibungen und Vorverurteilungen des Autors wurden versachlicht bzw. als Mutmaßungen formuliert, oder, falls das aus dem Original erschließbar war, als Perspektive der jeweiligen Protagonisten. Die Aussagen der Belgrader Regierung wurden so umgeschrieben, dass sie sich nicht mehr nach Erpressung anhören, sondern dass der Druck, unter dem die Regierung steht, implizit anklingt.

Insgesamt wurde darauf geachtet, dass der Text expliziert, welche Gefahren eine Ausweitung des Konfliktes für alle Menschen in der Region, v.a. für die Bevölkerung, aber auch für die KFOR im Kosovo haben könnte. In Hinblick auf letztere wurde hinzugefügt, dass die KFOR bei einem möglichen Einsatz in Südserbien das Vertrauen der Bevölkerung im Kosovo verspielen und dort (wie im Originaltext) als feindliche Besatzungsmacht angesehen werden könnte. Während es im Original nur eine Frage der Zeit zu sein scheint, *wann* es in Südserbien zum offenen Krieg kommt, wurde in dieser Variante die Möglichkeit offen gelassen, dass die Konfliktsituation durch eine Einigung beendet werden könnte. Stattdessen wird Krieg als ein *befürchtetes* Ergebnis der Eskalation dargestellt.

2.1.4 Deeskalationsorientierte Variante (d2)

"Wir müssen verhandeln, nicht Krieg führen"

Lage in Südserbien spitzt sich zu – Schwerer Prüfstein für die jugoslawische Regierung

In dieser Variante wurde noch mehr Gewicht auf die Kräfte gelegt, die an einer gewaltfreien Lösung des südserbischen Konflikts interessiert sind und die sich um einen friedlichen Ausgang bemühen. Wie in Variante d1 wurde ein möglicher Krieg als Tragödie für sämtliche Beteiligten dargestellt. Zusätzliche Informationen bezogen sich auf das frühere, vergleichsweise konfliktfreie Zusammenleben in der ethnisch gemischten Stadt, das durch die aktuellen Auseinandersetzungen nun immer mehr in Frage steht. Gewalt wird als untaugliches Mittel des Konfliktausgangs gebrandmarkt, das strukturelle Konsequenzen und Unrecht nach sich zieht: Bei der serbischen Bevölkerung wächst dadurch die Sorge um die eigene Sicherheit und dies führt zu lauten Forderungen nach radikalen Lösungen wie auch zu einem Zulauf zu extremistischen Gruppen. Bei den albanischen Zivilisten führt die Angst vor Gefechten zwischen den eigenen Leuten und der serbischen Polizei zu Fluchtbewegungen ins nahe Kosovo.

Weil im Original Hintergrundinformationen über die Pufferzone fehlen, versteht man die Auseinandersetzungen dort leicht im Kontext des alten Stereotyps "typisch serbischen" Rassismus. In dieser Variante werden nun der Zweck, die Auflagen, die Vorgeschichte der Pufferzone, der aktueller Konflikthintergrund und die Anliegen der kämpfenden Fraktionen etc. kurz erklärt. Wie in d1 wurde auf eine unvoreingenommene Darstellung sämtlicher Perspektiven Wert gelegt, Gewalt jedoch grundsätzlich verurteilt und die Kritik gegen gewaltbereite Akteure auf allen Seiten gerichtet.

Der Konflikt wird als harte Probe für die neue jugoslawische Regierung und als Problem für den Demokratisierungsprozess gesehen. Immerhin gab es, was im Unterschied zum Originaltext in anderen Zeitungen berichtet wurde, dort auch Akteure, die Gewalt auf allen Seiten verurteilten und enorme Anstrengungen unternahmen, um die Krise gewaltfrei zu bewältigen. Selbst die UNO tritt in dieser Variante aus ihrer Passivität heraus, indem sowohl auf ihre Position gegenüber dem Konflikt als auch auf ihre Bemühungen eingegangen wird, ihn zu entschärfen.

2.2 Ereignis E2: Auslieferung Miloševićs

2.2.1 Originalartikel (o)

Der Sloba-Faktor

Der Kommentar erscheint einen Tag nach der Überstellung Miloševićs nach Den Haag und gibt die Einschätzung des Autors bezüglich des Stellenwerts und der

Hintergründe der Auslieferung wieder. Die Beurteilung fällt insgesamt ambivalent, für die Serben jedoch eindeutig negativ aus. Auf der einen Seite wird konstatiert, dass die Auslieferung einen "Erfolg für das Völkerstrafrecht ohnegleichen" darstellt. Dagegen wird die Art und Weise, wie sich der Auslieferungsprozess und die vorangegangene Diskussion gestaltet haben, unmissverständlich kritisiert. Der serbischen Bevölkerung wird vorgehalten, dass sie sich um eine wirkliche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nicht bemühe, sondern diese nun nach der Devise "Nicht wir, sondern Milošević ist es gewesen" an Den Haag delegieren möchte. Folgt man dem Autor, so scheint es mit dem Demokratisierungsprozess in Serbien nicht weit her zu sein: Die Regierung habe sich "mit hintergründiger Schläue" über den Richterspruch hinweggesetzt, der eine Auslieferung untersagt hatte. Die Richter "mussten hilflos mit ansehen, dass ... ihre Stimme schlicht nicht zählt". Zudem sei die Auslieferung als reiner Tauschhandel zustande gekommen: Milošević gegen Aufbauhilfe des Westens.

Die Darstellung des Autors ist insofern als destruktiv zu bezeichnen, als sie die serbische Führung in eine Lage manövriert, in der sie nur verlieren kann: Einerseits hat die Auslieferung den Anschein, undemokratisch und nach Regierungswillkür vollzogen worden zu sein. (Der Hinweis, dass die Richter noch von Milošević eingesetzt worden waren, macht das Chaos perfekt – offenbar ist in diesem Land keiner demokratischen Institution zu trauen). Andererseits ist stark anzunehmen, dass im Nichtauslieferungsfall den Serben vorgeworfen worden wäre, sich immer noch nicht vom Milošević-Regime zu distanzieren und die daraus resultierende "Niederlage für das Völkerstrafrecht" wäre dann sehr wahrscheinlich ebenfalls den Serben zugeschrieben worden. Statt die Dilemmata, in denen die neue Führung steckt, als solche darzustellen, und die Schwierigkeiten, die jeder Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung mit sich bringt, aufzuzeigen, wird in diesem Artikel in erster Linie Misstrauen gegen jegliche serbischen Akteure – inklusive der Bevölkerung – geschürt.

2.2.2 Eskalationsorientierte Variante (e)

Erkauftes Recht

In der eskalationsorientierten Variante wurden die im Originaltext schon vorhandenen destruktiven Momente zugespitzt. Das geschah dadurch, dass im gesamten Text einzelne Vokabeln oder Formulierungen – insbesondere noch eher zurückhaltendere – durch deutlich schärfere Aussagen ersetzt oder ergänzt wurden. Zum Beispiel wurde die Textstelle, wonach in der serbischen Bevölkerung die Einsicht wenig beliebt sei, dass Serbien kein Opfer, sondern vor allem ein Land der Täter gewesen sei, durch den Zusatz zugespitzt, dass sich die Serben der Realität von Völkermord, Vertreibung und Massenvergewaltigung noch heute verweigern würden.

Das Misstrauen gegenüber dem Demokratisierungsprozess wurde verstärkt durch Wendungen wie: "... in einem Staat, der sich angeblich auf dem Wege der Demokratisierung und neuen Rechtsstaatlichkeit befindet", oder durch zweifelhafte Attribuierungen wie etwa die, dass die neue Regierung mit "perfiden Winkelzügen" arbeite. Die Auslieferung selbst wird als Zeichen der Erpressbarkeit der serbischen Führung gewertet, die "für einen Haufen US-Dollars die eigenen Prinzipien geopfert" habe. Schließlich stellt die Auslieferung in dieser Variante auch für das Völkerstrafrecht einen schwarzen Tag dar, weil sich gezeigt habe, dass über die Frage von Recht und Unrecht allein der "schnöde Mammon" entscheide.

2.2.3 Gemäßigt deeskalationsorientierte Variante (d1)

Ausbauhilfe gegen Auslieferung

In dieser Variante wird der kritische Ton eines Kommentars zwar beibehalten, jedoch die im Original recht persönliche Kritik und Häme neutralisiert und auf ambivalente Doppelbotschaften verzichtet. Bereits als Überschrift wurde ein sachlicherer Einstieg gewählt: Statt auf Milošević nahmen wir auf den Tauschhandel zwischen der serbischen Regierung und den USA Bezug: "Ausbauhilfe gegen Auslieferung".

Im Original als Tatsachen formulierte pauschale Unterstellungen, wie z.B. mangelnde Bereitschaft der serbischen Bevölkerung, sich mit eigener Schuld auseinanderzusetzen, wurden hier nur als möglicher Eindruck Außenstehender dargestellt, ohne zu verschweigen, dass der Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen während der Kriege tatsächlich klein geblieben war.

Die im Original ständig vorkommende Dehumanisierung und Dämonisierung Miloševićs wurde herausgenommen bzw. durch sachliche Formulierungen ersetzt. Kritik wurde auf sein Verhalten bezogen, nicht auf seine Person.

Die im Original als logische Falle konstruierte Darstellung des Auslieferungsprozesses, durch welche die serbische Führung, unabhängig davon wie sie handelt, stets ins Unrecht gesetzt wird¹, wurde folgendermaßen entschärft:

- Verzicht auf emotionale Attribute und Diffamierungen der Akteure (vgl. Beispiele im Original);
- sachliche Thematisierung der Regierungsentscheidung, sich über den Spruch der von Milošević eingesetzten Verfassungsrichter hinwegzusetzen, ohne die Richter zu Opfern von Regierungswillkür zu machen;

1 Liefert sie Milošević aus, bricht sie eigenes Recht, was beweist, dass es mit demokratischem Wandel nicht weit her ist – liefert sie ihn nicht aus, so zeigt das ihre mangelnde Bereitschaft, mit der Vergangenheit zu brechen.

- Zusatzinformation im Sinne einer umfassenderen Wiedergabe der Argumentation Djindjics, die den scheinbaren juristischen Winkelzug verständlicher macht: Djindjics Verweis auf die UN-Mitgliedschaft Jugoslawiens, die zu Kooperation verpflichtete (z.T. in anderen Zeitungen enthalten);
- Zusatzinformation "ökonomische Notwendigkeit" im Zusammenhang mit dem Nachgeben der serbischen Regierung gegenüber den Forderungen der USA: Im Original wird dies implizit als Sieg eines harten Kurses der USA konstatiert – in dieser Variante wird eher der hohe Druck fokussiert, unter dem die jugoslawischen Akteure stehen, was zumindest tendenziell Verständnis wecken könnte;
- die Kritik an der serbischen Regierung ob ihrer Hinhaltetaktik und ihrer Motive für die Auslieferung blieb erhalten. Dem wurde aber der pragmatische, auch zukünftige Nutzen gegenübergestellt, nämlich der Erfolg für das Völkerstrafrecht.

Entgegen der ursprünglichen Absicht, in die d1-Varianten keine neue Information einzubauen, schienen hier die beiden Zusatzinformationen in Hinblick auf die Zielsetzung, dem eskalationsorientierten Original die Spitzen zu nehmen, ratsam.

2.2.4 Deeskalationsorientierte Variante (d2)

Erfolg für Völkerstrafrecht

Ziel dieser Variante war es, sich bei aller angebrachten Kritik am Verhalten der serbischen Bevölkerung und ihrer Regierung in die Perspektive und Lage einer Nachkriegsgesellschaft hineinzusetzen und Empathie mit den Menschen dort zu erzeugen.

Der im Original enthaltene Vorwurf an die serbischen Bevölkerung, sich hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen bislang ignorant verhalten zu haben und auch jetzt, statt die eigene Schuld aufzuarbeiten, einen Sündenbock ans Messer zu liefern, wurde in dieser Variante dekonstruiert und das serbische Verhalten aus mehreren Perspektiven beleuchtet:

Aus einem konflikttheoretischen Gesichtspunkt heraus wurde darauf hingewiesen, dass Krieg und Nationalismus häufig ein gesellschaftliches Klima produzieren, in dem kritische Selbstreflexion nicht nur unterdrückt wird, sondern auch die Fähigkeit dazu weitgehend verloren geht und sich erst schrittweise wieder entwickeln muss.

Von einem Außenstandpunkt aus betrachtet, weckt ein solches scheinbares Nicht-Hinsehen-Wollen Misstrauen, ob sich mit dem Wechsel zu einer demokratischeren Regierung tatsächlich auch die Menschen geändert haben. Diese Bedenken wurden in unserem fiktiven Kommentar aufgegriffen und ernst genommen, jedoch dafür plädiert, der serbischen Bevölkerung für diesen Prozess mehr Zeit zuzugestehen, statt vorschnelle Urteile zu fällen.

Um die Innenperspektive der serbischen Gesellschaft deutlicher zu machen, wurde an die emotionale und ökonomische Lage der deutschen Nachkriegsgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert. Dies erschien uns – aus Gründen möglicher Abwehr beim Leser – als zwar gewagte, aber nahe liegende Möglichkeit, Empathie mit der serbischen Bevölkerung zu erzeugen und die Leser zugleich dazu anzuregen, eine eventuelle selbstgerechte Erwartungshaltung an das, was Menschen in einer Nachkriegssituation überhaupt an selbstkritischer Auseinandersetzung zu leisten vermögen, kritisch zu überprüfen. Immerhin hatte es in Deutschland Jahrzehnte gedauert, bis ein einigermaßen offener Diskurs über die Menschenrechtsverbrechen des Nationalsozialismus möglich war.

Die Auslieferung Miloševićs selbst wurde in dieser Textvariante bereits in der Überschrift als Erfolg begrüßt. Problematisiert wurde hingegen der Ansatz, aus dem Erfolg der Diplomatie des Geldes und aus dem starken Druck, unter den die serbische Regierung gesetzt worden war, moralische Schlussfolgerungen im Sinne eines Mangels an vergangenheitskritischer Integrität abzuleiten. Stattdessen wurde anerkannt, dass sich die serbische Regierung bei ihrer Gratwanderung zwischen jugoslawischer Verfassung und internationalen Forderungen für die internationale Seite entschieden hatte, auch wenn dieser Entscheidung nationale Interessen zugrunde lagen.

Grundsätzlich wurde dafür plädiert, sowohl der serbischen Gesellschaft insgesamt als auch der Regierung Vertrauen entgegenzubringen und ihr Zeit und Entfaltungsspielraum für die anstehenden Demokratisierungs- und Aufarbeitungsprozesse zuzugestehen, statt sie misstrauisch mit überzogenen Forderungen zu überladen, wo sie aktuell wohl eher mit dem wirtschaftlichem Wiederaufbau und politischer Konsolidierung beschäftigt ist.

2.3 Ereignis E3: Abkommen zwischen Serbien und Montenegro

2.3.1 Originalartikel (o)

Einigung unter Vermittlung der EU

Aus Jugoslawien wird Serbien-Montenegro

Abkommen zwischen den Teilrepubliken soll ein Auseinanderbrechen des Balkanstaates verhindern

Der Artikel informiert über den Abschluss des Abkommens zwischen Serbien und Montenegro, über die wesentlichen Details, die darin festgehalten wurden, sowie über die Reaktionen der beteiligten Akteure und einiger Kritiker. Zum Großteil ist die Information rein sachlich gehalten, ohne den Zusatz einer offenen Bewertung oder persönlichen Beobachtung seitens des Autors. Durch die relativ detaillierte Darstellung der einzelnen Vereinbarungen wird sichtbar, dass dieses Abkommen

keine Vereinnahmung des kleinen Montenegro durch das große Serbien ist, sondern eine Übereinkunft, bei der die Interessen beider Seiten respektiert werden.

Zwar enthält sich der Autor – wie es der Textgattung Nachricht entspricht – einer offensichtlichen Kommentierung. Die Auswahl und Platzierung der Kommentare, welche die Akteure und andere Beobachter abgeben, lässt jedoch erkennen, dass der Autor dem Abkommen skeptisch gegenübersteht. Von aktiv beteiligten Politikern werden eher zurückhaltende Äußerungen ausgewählt (wie Artikel aus anderen Zeitungen vom selben Tag zeigen, wären auch eine andere Auswahl möglich gewesen). Das Zitieren der Kritiker des Abkommens auf beiden Seiten am Ende des Artikels erweckt zudem den Eindruck, als ob das Abkommen ohne richtiges Fundament in den Bevölkerungen dasteht. Die Vorwürfe des Verrats, mit welchen Djukanovic in Montenegro von der liberalen Partei empfangen wurde, sind das Schlusswort des Artikels und gewinnen dadurch den Anschein eines allgemeinen Fazits. Ein alternative Berichterstattung über die Kritik hätte keinesfalls deren Unterschlagung bedeutet, jedoch wären einige Bemerkungen zur Einordnung dieser Kritiker hilfreich gewesen: ob sie tatsächlich große Teile der Bevölkerung repräsentieren oder ob es hier vielleicht auch um verletzte Eitelkeiten, parteipolitische oder machtpolitische Profilierung geht. Der Verdacht liegt nahe, dass der Autor mit den Äußerungen der Kritiker und mit deren Platzierung als Schlusswort, seine eigenen Vorbehalte gegen das Abkommen bestärken und legitimieren wollte. Diese Vorbehalte können ihre Berechtigung haben – nur sollten sie dann explizit gemacht, wenigstens knapp erläutert werden und als Einschätzung des Autors gekennzeichnet sein.

2.3.2 Eskalationsorientierte Variante (e)

Einigung auf Druck der EU

Wieder ein neues Provisorium: Serbien-Montenegro

Das neue Staatengebilde stößt jedoch schon bei seiner Geburt vielerorts auf Ablehnung

Während die Informationen über die Inhalte des Abkommens weitgehend erhalten blieben, wird in dieser Variante der Druck, den die EU auf die beiden Teilstaaten ausgeübt habe, besonders hervorgehoben. Dadurch erscheint das Abkommen noch mehr als ein Kunstprodukt, das besonders den Interessen des Westens, nicht aber den Bedürfnissen der beteiligten Länder gerecht wird. Im Gegenteil werde dadurch nur wieder die "lang ersehnte Unabhängigkeit Montenegros" hinausgezögert. Herausgenommen wurde hingegen die Nachricht über eine geplante Regelung, welche die kleinere Republik Montenegro davor schützen soll, im gemeinsamen Parlament vom großen Nachbarn einfach überstimmt zu werden. Zusätzlich wurden deutliche Zweifel an der Umsetzbarkeit der Vereinbarungen (insbesondere der Harmonisierung der Wirtschaftssysteme) eingeflochten. Die Originalzitate der serbischen und montenegrinischen Regierungsvertreter wurden

in einer Weise umrahmt, die den Eindruck von noch größerer Skepsis entstehen lassen. Die Äußerungen der Kritiker des Abkommens erhielten etwas mehr an Platz und Gewicht, indem etwa die Verrats-Vorwürfe der montenegrinischen Liberalen durch den Satz legitimiert wurden, dass Djukanovic den Montenegrinern nach dem Sturz Miloševićs die Unabhängigkeit versprochen habe.

2.3.3 Gemäßigt deeskalationsorientierte (d1)

Einigung unter Vermittlung der EU

Aus Jugoslawien wird Serbien-Montenegro

Abkommen zwischen den Teilrepubliken soll die Balkanregion weiter stabilisieren

In den Teilen des Artikels, die in sachlicher Weise die Inhalte des Abkommens wiedergeben, wurden nur minimale Veränderungen vorgenommen. Der Schwerpunkt der Änderungen lag auf der Entschärfung der Äußerungen der Kritiker des Abkommens. So spricht hier z. B. Nenad Canak nicht mehr "von einem faulen Kompromiss, an dem die Provinz nicht beteiligt worden sei" (Original), sondern "kritisierte, dass die Provinz an dem Kompromiss nicht beteiligt worden sei". Die "Vorwürfe des Verrats" der montenegrinischen Liberalen, die im Original den Schluss bilden, werden relativiert durch die in dieser Variante ans Ende gerückte Feststellung, Djukanovic habe "bei der Unterzeichnung des Abkommens allerdings betont, Montenegro sei das Recht unbenommen, nach einer gewissen Zeit die Vereinbarung zu überprüfen."

2.3.4 Deeskalationsorientierte Variante (d2)

Einigung unter Vermittlung der EU

Serbien-Montenegro auf den Weg gebracht

Abkommen als wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Region und Europas

In dieser Variante wird stärker als im Original auf die Gemeinsamkeiten zwischen Serbien und Montenegro, die sich im Zustandekommen der Vereinbarungen manifestieren, abgehoben und die stabilisierende Funktion des Abkommens betont, die auch in den hier zitierten Äußerungen der Beteiligten zum Ausdruck kommt.

Über die Veränderungen in Variante d1 hinaus wurden Zusatzinformationen aufgenommen, welche die Regelungen des Abkommens und die Absichten der beteiligten Akteure besser erläutern sollten. Zum Beispiel wurde nicht nur berichtet, *dass*, sondern auch *warum* die EU auf das Zustandekommen des Abkommens drängte: nämlich weil es ihr Ziel war, neue Grenzziehungen auf dem Balkan zu vermeiden, die bislang stets einen Dominoeffekt zur Folge hatten.

Die Kritik am Abkommen wird keineswegs ausgespart, jedoch in andere Zusammenhänge eingeordnet. Im Unterschied zum Aufbau des Originalartikels, in dem zunächst die Inhalte des Abkommens dargestellt werden, dann über Äußerungen

der beteiligten Akteure berichtet wird und abschließend die Kritiker zitiert werden, werden hier einzelne Regelungen, die Stimmen der Beteiligten und die der Kritiker – soweit möglich – direkt aufeinander bezogen. Zum Beispiel erfolgte so eine zusammenhängende Darstellung der wirtschaftlichen Vereinbarungen sowie deren Erläuterung, der Erwartung Djindjics, dass sich die verschiedenen Systeme binnen eines Jahres angleichen würden, sowie der skeptischen Äußerungen in Bezug auf die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit des neuen Staatengebildes, die aus den Reihen der Belgrader Koalition zu hören waren. Das Ziel dieser Veränderungen war es, durch Konkretisierung und Kontextualisierung die Kritik weniger pauschal und absolut erscheinen zu lassen. Gleichzeitig sollten dadurch dem Leser die unterschiedlichen Standpunkte verständlicher gemacht und die Perspektivenübernahme der verschiedenen Seiten erleichtert werden.

3 Fragebogenkonstruktion

In der vorliegenden Studie wurden zwei verschiedene Fragebögen eingesetzt:

- ein Fragebogen zur Erfassung der demografischen Daten wie Alter, Geschlecht und Bildungsstand sowie zu Gewohnheiten des Medienkonsums wie Häufigkeit und Medientyp;
- und ein Fragebogen zur Erfassung der Akzeptanz des Textmaterials.

Zur Erhebung der Akzeptanz und Evaluation des Textmaterials wurden sechs verschiedene Kriterien ausgewählt. Die Zuordnung zu diesen Kategorien erfolgte nicht exklusiv, sondern lässt eine Zuordnung einzelner Items zu mehreren Kriterien zu.

1. Das Kriterium *Akzeptanz* liefert uns Informationen über die Funktion der Korrelation (ein Text wird nur akzeptiert werden, wenn die gegebene Information in den bereits existierenden kognitiven Rahmen des Lesers passt) und der persönlichen Identität (ein Mangel an Akzeptanz verhindert die Identifikation mit geschätzten anderen, die im Text beschrieben werden).

Um die Akzeptanz eines Textes zu messen, fragten wir, ob die Versuchspersonen dem Text zustimmen konnten oder nicht.

2. Die *Bewertung* stellt die Basis für alle Funktionen dar, denn ein Text muss ein gewisses Maß an positiver Wertschätzung im Sinne von Verständlichkeit und guter Lesbarkeit erfahren, um den Leser überhaupt zu erreichen. Ein Artikel, der in diesen Aspekten negativ bewertet wird, hat wenig Chancen, persönliche Werte des Lesers zu reflektieren (Transmission) oder zu einer Identifikation mit anderen (Integration und soziale Interaktion) beizutragen. Im Gegensatz dazu kann ein positiv bewerteter Text über diese Funktionen hinaus auch zur Mobilisierung beitragen, indem er die Neugier des Lesers auf weitere Informationen aktiviert.

Die Bewertung wurde erfasst mit Fragen wie "War der Inhalt des Textes verständlich?", "Weckt der Text Ihr Interesse an weiteren Informationen?" und "War es mühsam, den Text zu Ende zu lesen?". Um zu erfahren, ob die Bewertung des Textes auf die inhaltliche Präsentation zurückzuführen war oder eher mit der Sprachgewandtheit des Journalisten zusammenhing, wurden die Teilnehmer gebeten, den sprachlichen Ausdruck zu evaluieren. Diese Einschätzung hatte auch die Funktion, sicher zu stellen, dass es unseren Projektmitarbeitern, also Menschen, die keine professionellen Journalisten sind, gelungen war, eine mindestens gleich hohe sprachliche Qualität des Textmaterials herzustellen.

3. Der *Unterhaltungswert* bezieht sich auf die vierte Funktion der Medien (für die Gesellschaft ebenso wie für das Individuum) und wurde analysiert über die Anforderung, das Textmaterial mit Hilfe der Adjektive "langweilig", "interessant" und "spannend" einzuschätzen.
Die Teilnehmer konnten bei ihrer Antwort zwischen den Abstufungen "sehr", "mittel" und "wenig" wählen.
4. Der *Neuigkeitsgehalt* betrifft die Funktionen der Überwachung und Information, da die Qualität einer Information wesentlich durch ihren Neuigkeitsgehalt bestimmt wird. Laut Schicha (1999) wird eine Botschaft erst dann zur Information, wenn ihr Inhalt für den Empfänger neu ist.
Der Neuigkeitsgehalt wurde operationalisiert mit den Fragen "Waren Ihnen die geschilderten Ereignisse bereits bekannt?" und "Hat der Text für Sie neue Aspekte ins Spiel gebracht?". Des Weiteren wurden die Teilnehmer gebeten, zu beurteilen, wie informativ die Texte sind.
5. *Glaubwürdigkeit* ist eine grundlegende Voraussetzung für die ersten drei Medienfunktionen sowohl für die Gesellschaft als auch für das Individuum. Ein Text, welcher nicht plausibel oder zuverlässig erscheint, kann weder dazu beitragen, die Welt zu verstehen noch eine Überwachung der Umgebung garantieren oder soziale Normen vermitteln. Gleichermäßen wird durch Unglaubwürdigkeit eine Identifikation mit anderen verhindert. Der Bezug zur Korrelations-Funktion ist insofern gegeben, als Informationen, welche zu stark von den eigenen kognitiven Schemata abweichen, möglicherweise verzerrt erscheinen. In diesem Punkt ist auch die Funktion der persönlichen Identität betroffen.
Die Glaubwürdigkeit wurde mit den Fragen, ob das geschilderte Ereignis korrekt und ob der Sachverhalt wahrheitsgemäß oder verzerrt dargestellt waren, erfasst. Zusätzlich sollten die Teilnehmer die Sachkenntnis des Journalisten einschätzen.
6. Um herauszufinden, ob die Versuchspersonen Unterschiede zwischen den verschiedenen Textversionen in Bezug auf die *Ausgewogenheit* der im Text dargestellten Informationen wahrgenommen hatten, mussten sie einschätzen, ob der Text unparteiische Informationen über alle Beteiligten enthielt oder ob eine

der Parteien bevorzugt behandelt wurde. Bereits bestehende Überzeugungen, die sich dadurch gebildet haben, dass bisher in der Tagespresse eine Partei immer bevorzugt dargestellt wurde, könnten möglicherweise dazu führen, dass ein Leser wahrhaft neutral dargebotene Informationen als parteiisch auffasst.

Aus Tab. 2 werden die jeweiligen Antwortoptionen zu den aufgeführten Fragen ersichtlich und auch die entsprechende Antwortkodierung:

Variable	Antwortcode				
	0	1	2	3	4
Langweilig	keine Antw.	wenig	mittel	sehr	
Interessant	keine Antw.	wenig	mittel	sehr	
Spannend	keine Antw.	wenig	mittel	sehr	
Informativ	keine Antw.	wenig	mittel	sehr	
Bekannt	nein	teilweise	ja		
Korrekt	nicht	überwie- gend nicht	weiß nicht	teilweise	ja
Unparteiisch	nicht	überwie- gend nicht	weiß nicht	teilweise	ja
Einseitige Bevorzugung	nicht	überwie- gend nicht	weiß nicht	teilweise	ja
Verständlich	keine Antw.	nein	teilweise	ja	
Neue Aspekte	keine Antw.	nein	teilweise	ja	
Zustimmung	keine Antw.	nein	teilweise	ja	
Informationsinteresse	keine Antw.	nein	teilweise	ja	
Mühsam	keine Antw.	nein	teilweise	ja	
Sachverhalt	verzerrt	überwie- gend ver- zerrt	weiß nicht	teilweise wahr	wahr
Sachkenntnis	hoch	eher hoch	mittel	eher gering	gering
Ausdruck	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht

Tabelle 2: Kodierung der Antwortvariablen

4 Ergebnisse auf Variablenebene

Die beiden in deeskalationsorientierter Richtung modifizierten Texte schnitten in keiner der 16 gemessenen Variablen hinsichtlich Akzeptanz, Bewertung, Unterhaltungswert, Glaubwürdigkeit, Ausgewogenheit und Neuigkeitsgehalt signifikant schlechter ab als die Originaltexte oder die eskalationsorientierten Varianten, wo-

bei die d1-Variante insgesamt etwas positiver bewertet wurde als die d2-Variante. Die Tabellen 3–8 zeigen die Häufigkeitsverteilungen für die einzelnen Variablen.

Akzeptanz		Variante			
		e	o	d1	d2
Zustimmung	ja	38	45	62	49
	teilweise	46	45	29	34
	nein	8	5	3	9
	k.a.	4	1	2	4

Tabelle 3: Häufigkeitsverteilung der Antworten zur Akzeptanz der Texte (k. a. = keine Antwort)

Bewertung		Variante			
		e	o	d1	d2
Verständlich	ja	63	65	70	67
	teilweise	26	28	22	23
	nein	6	2	3	6
	k.a.	1	1	1	0
Mühsam	ja	25	31	21	21
	teilweise	21	18	19	28
	nein	49	46	56	47
	k.a.	1	1	0	0
Interesse an weiterer Information	ja	34	20	30	32
	teilweise	31	27	33	26
	nein	30	48	33	38
	k.a.	1	1	0	0
Sprachlicher Ausdruck	sehr schlecht	1	1	1	0
	schlecht	5	7	6	6
	mittel	30	39	26	20
	gut	53	45	56	63
	sehr gut	7	4	7	7

Tabelle 4: Häufigkeitsverteilung der Antworten zur Bewertung der Texte hinsichtlich Verständlichkeit, Mühsamkeit, gewecktem Informationsinteresse und sprachlichem Ausdruck (k. a. = keine Antwort)

Bezüglich der Akzeptanz der Texte erhielten die d-Varianten sogar eine signifikant bessere Beurteilung. Die Frage lautete: "Können Sie dem dargestellten Inhalt so zustimmen?". Unter Auslassung der Kategorie "k.a." zeigte sich, dass die mäßig

deeskalationsorientierte Variante (d1) deutlich die meiste Zustimmung erhielt, gefolgt von der stark deeskalationsorientierten (d2), dann vom Originaltext und zuletzt von der eskalationsorientierten Version ($\chi^2=15.274$, $df=6$, $p<0.05$,) (vgl. Tab. 3).

Insgesamt waren Originale und modifiziertes Textmaterial ähnlich verständlich ($\chi^2=1.296$, $df=3$, n.s.)² und weckten ein etwa gleich hohes Interesse an weiteren Informationen ($\chi^2=10.158$, $df=6$, n.s.). Auch die Einschätzung, ob ein Text mühsam zu lesen war, unterschied sich kaum ($\chi^2=6.785$, $df=6$, n.s.).³ Beim sprachlichen Ausdruck zeigte sich ein signifikanter Unterschied, wenn man die Antwortkategorien "sehr gut" mit "gut" gegenüber "mittel", "schlecht" und "sehr schlecht" gruppierte. Die beiden d-Varianten erhielten am häufigsten eine gute oder sehr gute Bewertung, gefolgt von der e-Variante, während die Originaltexte etwa gleich oft als "gut" wie als "mittel" oder "schlecht" beurteilt wurden ($\chi^2=10.236$, $df=3$, $p<0.05$) (vgl. Tab. 4).

Neuigkeitsgehalt		Variante			
		e	o	d1	d2
Bekannt	ja	26	14	26	22
	teilweise	47	63	53	49
	nein	23	19	17	25
Neue Aspekte	ja	24	21	16	23
	teilweise	25	31	31	25
	nein	46	43	49	48
	k.a.	1	1	0	0
Informativ	sehr	33	31	34	39
	mittel	48	53	47	45
	wenig	8	8	9	8
	k.a.	7	4	6	4

Tabelle 5: Häufigkeitsverteilung der Antworten zum Neuigkeitsgehalt der Texte (k. a. = keine Antwort)

Die Beurteilung des Neuigkeitsgehalts der Texte zeigte weder hinsichtlich des Bekanntheitsgrades der Ereignisse ($\chi^2=9.136$, $df=6$, n.s.) noch in Bezug auf neue Aspekte im Text (unter Auslassung von "k.a.": $\chi^2=3.532$, $df=6$, n.s.) nennenswerte Unterschiede. Auch die Informativität der Texte wurde ähnlich eingestuft ($\chi^2=3.111$, $df=9$, n.s.) (vgl. Tab. 5).

2 Unter Zusammenlegung der Antwortkategorien "nein" und "teilweise" gegenüber einem klaren "ja".
 3 Diese drei Berechnungen erfolgten unter Auslassung der Kategorie "k.a.".

Glaubwürdigkeit		Variante			
		e	o	d1	d2
Sachverhalt	wahrheitsgemäß	29	28	42	28
	teilweise wahrheitsgemäß	20	18	14	19
	weiß nicht	33	42	36	43
	überwiegend verzerrt	12	4	3	3
	verzerrt	2	4	1	3
Sachkenntnis	gering	1	2	0	0
	eher gering	9	6	6	10
	mittel	31	37	34	32
	eher hoch	47	49	50	44
	hoch	8	2	6	10
Korrekt	trifft zu	30	35	45	27
	trifft teilweise zu	26	23	15	23
	weiß nicht	32	36	34	43
	trifft überwiegend nicht zu	5	2	1	2
	trifft nicht zu	3	0	1	1

Tabelle 6: Häufigkeitsverteilung der Antworten zur Glaubwürdigkeit der Texte (k. a. = keine Antwort)

Ausgewogenheit		Variante			
		e	o	d1	d2
Unparteiisch	trifft zu	38	39	53	38
	trifft teilweise zu	30	27	30	31
	weiß nicht	7	11	6	10
	trifft überwiegend nicht zu	14	11	5	12
	trifft nicht zu	7	8	2	5
Bevorzugt	trifft zu	9	13	7	9
	trifft teilweise zu	26	18	9	16
	weiß nicht	7	9	11	12
	trifft überwiegend nicht zu	10	19	18	15
	trifft nicht zu	44	37	51	44

Tabelle 7: Häufigkeitsverteilung der Antworten zur Ausgewogenheit der Texte (k. a. = keine Antwort)

Sowohl die wahrheitsgemäße Darstellung des Sachverhalts ($\chi^2=19.758$, $df=12$, n.s.) als auch die Sachkenntnis des Journalisten ($\chi^2=11.765$, $df=12$, n.s.) wurden

über alle Varianten hinweg überwiegend positiv beurteilt. Unter Zusammenfassung der Antwortkategorien "trifft nicht zu", "trifft überwiegend nicht zu", "weiß nicht" und "trifft teilweise zu", welche mehr oder weniger starke Zweifel an der Korrektheit des Textes gemeinsam haben, gegenüber einem klaren "trifft zu", zeigte sich, dass die d1-Variante deutlich häufiger für korrekt gehalten wurde als die anderen Varianten ($\chi^2=8.477$, $df=3$, $p<0.05$) (vgl. Tab. 6).

Hinsichtlich der Ausgewogenheit der Texte ließ sich eine leicht positivere, aber nicht signifikante Einschätzung der d1-Variante erkennen. Auf jeden Fall ergab sich weder bezüglich der Unparteilichkeit der Darstellung ($\chi^2=14.266$, $df=12$, n.s.) noch hinsichtlich der Bevorzugung einer der Konfliktparteien ($\chi^2=17.409$, $df=12$, n.s.) eine signifikant negativere Bewertung der d-Varianten. (vgl. Tab. 7).

Unterhaltungswert		Variante			
		e	o	d1	d2
Langweilig	sehr	9	15	9	7
	mittel	37	42	41	46
	wenig	39	29	35	32
	k.a.	11	10	11	11
Interessant	sehr	21	17	18	20
	mittel	50	57	52	56
	wenig	13	18	18	13
	k.a.	12	4	8	7
Spannend	sehr	7	2	8	2
	mittel	26	38	29	45
	wenig	48	46	47	40
	k.a.	15	10	12	9

Tabelle 8: Häufigkeitsverteilung der Antworten zum Unterhaltungswert der Texte (k. a. = keine Antwort)

Auch bei der Auswertung der Antworten zum Unterhaltungswert der Texte schnitten die d-Varianten keinesfalls schlechter ab als die Originale (vgl. Tab. 8)⁴:

- langweilig ($\chi^2=6.280$, $df=9$, n.s.)
- interessant ($\chi^2=6.974$, $df=9$, n.s.)
- spannend ($\chi^2=5.351$, $df=6$, n.s.)⁵

4 Bei der Einschätzung des Unterhaltungswertes der Texte wurden am häufigsten keine Angaben gemacht. Aus den Fragen und Bemerkungen einiger Teilnehmer ließ sich entnehmen, dass von Nachrichtentexten oft keine Unterhaltung erwartet wird, sondern vielmehr reine Informationen.

5 Aufgrund der geringen Häufigkeiten für "sehr" spannend war es für die Berechnung der Kontingenzanalyse erforderlich, die Kategorien "sehr" und "mittel" zusammenzufassen.

Geschlechtsunterschiede konnten im Gesamtvergleich bei keiner der Variablen festgestellt werden.

5 Bewertungsmuster

Die Ergebnisse auf Variablenebene lassen bereits erkennen, dass deeskalationsorientierte Berichterstattung in keinem Fall vom Leser schlechter bewertet wird als die Originaltexte. Die Beurteilung der modifizierten Texte unterschied sich nicht nur im Neuigkeitsgehalt, in der Glaubwürdigkeit, in der Ausgewogenheit und im Unterhaltungswert kaum von jener der Originaltexte, sondern übertraf diese im Bereich der Akzeptanz und der Bewertung des sprachlichen Ausdrucks sogar an positiver Wertschätzung.

Ein noch differenzierteres Bild des Antwortverhaltens der Teilnehmer zeigte sich bei der Betrachtung der Bewertungsmuster, welche verdeutlichen, dass die Verteilung der Daten nicht homogen ist, sondern eine Mischverteilung aus verschiedenen Antwortmustern darstellt.

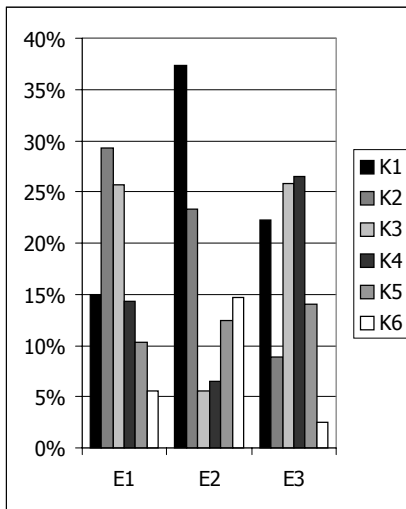


Abbildung 2: Klassengrößen in Abhängigkeit von den berichteten Ereignissen
 E1 = Unruhen in Südserbien; E2 = Auslieferung Milošević; E3 = Staatsvertrag Serbien-Montenegro
 $\chi^2=75.74$, $df=10$, $p<0.001$

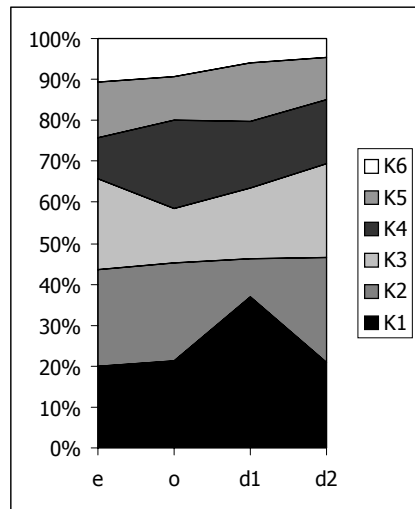


Abbildung 3: Klassengrößen in Abhängigkeit von den Textvarianten
 e = eskalationsorientierte Variante; o = Originaltext; d1 = entschärfte Variante; d2 = deeskalationsorientierte Variante
 $\chi^2=26.87$, $df=15$, $p<0.05$

Mittels einer Latent-Class-Analyse konnten sechs latente Klassen von Antwortmustern unterschieden werden, von denen eine (K5) in etwa der durchschnittlichen

Bewertung über alle ausgefüllten Fragebögen hinweg entspricht, sich von dieser jedoch durch die häufige Nichtbeantwortung der Fragen zur Attraktivität der Texte unterscheidet ("spannend" = 90.9%, "langweilig" = 84.3%, "interessant" = 59.3%, "informativ" = 40.5% k.A.) (vgl. Abb. 4).

Dieses Antwortmuster findet sich bei allen Ereignissen (vgl. Abb. 2) und Textvarianten (vgl. Abb. 3) mit etwa der selben Häufigkeit von 10% bis 14% (insgesamt: 12.3%) und dürfte für eine bestimmte Lesergruppe charakteristisch sein, denen Eigenschaften wie "spannend" oder "langweilig" auf politische Nachrichten bezogen als gegenstandslos erscheinen.

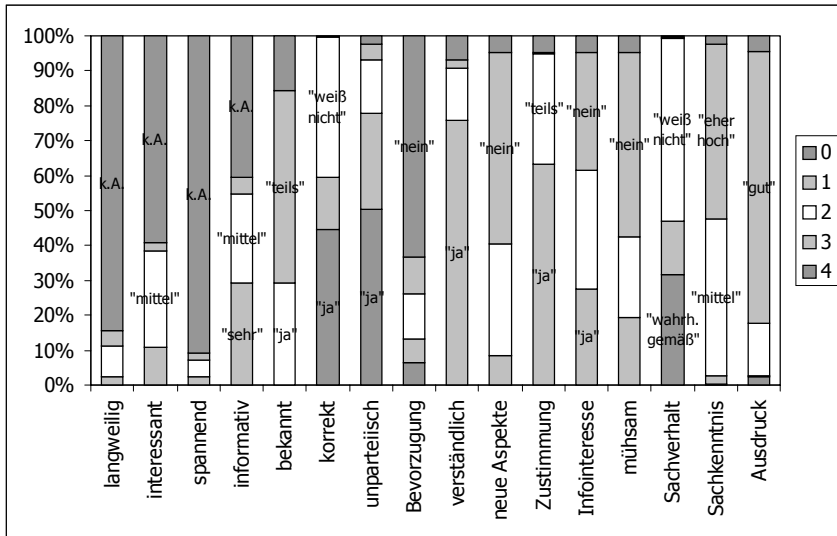


Abbildung 4: K5: 12,3%. Durchschnittliche Einstufung bei fehlenden Angaben zur Attraktivität. Zu den Antwortcodes vgl. Tab. 2

Die anderen Klassen lassen eine differenzierte Bewertung sowohl der Berichte über die verschiedenen Ereignisse (vgl. Abb. 2) als auch der verschiedenen Textvarianten (vgl. Abb. 3) erkennen und können je nach geäußertem Interesse an weiteren Informationen in drei Gruppen eingeteilt werden: (1) Relativ hohes Informationsinteresse: Klassen K1 und K2. (2) Hohes Informationsinteresse: Klasse K3. (3) Fehlendes Informationsinteresse: Klassen K4 und K6.

Relativ hohes Informationsinteresse bei durchgehend positiver Bewertung: Die Klasse K1 ist für etwa ein Viertel aller ausgefüllten Fragebögen charakteristisch und beschreibt eine durchgehend positive Bewertung (vgl. Abb. 5).

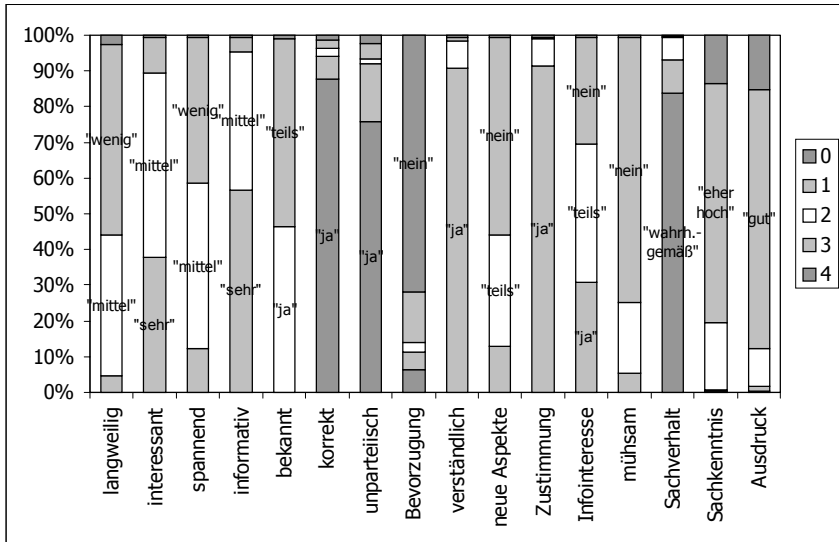


Abbildung 5: K1(24,8%). Relativ hohes Informationsinteresse bei durchgehend positiver Bewertung. Zu den Antwortcodes vgl. Tab. 2

Dieses Bewertungsmuster ist geprägt durch eine vorbehaltlose Zustimmung (91.5% "ja") zum Inhalt des beurteilten Texts, dessen Darstellung als korrekt (87.6% "ja"), wahrheitsgemäß (83.8% "wahr"), unparteiisch (75.8% "ja") und ohne einseitige Bevorzugung einer der Parteien (71.7% "nicht", 14.3% "überwiegend nicht") empfunden wird.

Indem die geschilderten Ereignisse dem Leser bekannt (46.2%) oder zumindest teilweise bekannt (52.9%) erscheinen und der Text oft keine neuen Aspekte ins Spiel bringt (55.6% "nein"), wird der Text nur "mittel" (46.2%) bis "wenig" (40.7%) spannend erlebt. Zugleich wird der Text aber auch als "mittel" (39%) bis "sehr" (56.5%) informativ und "mittel" (51.5%) bis "sehr" interessant (37.8%) wahrgenommen und nur "wenig" (53.3%) bis "mittel" (39.1%) langweilig.

Die Sachkenntnis des Autors wird "eher hoch" (66.8%) bis "hoch" (13.6%) eingeschätzt, sein sprachlicher Ausdruck als "gut" (72.7%) bis "sehr gut" (15.3%) und der Text als verständlich (90.6% "ja", 7.6% "teilweise") beurteilt.

Alles in Allem wird der Text als nicht mühsam zu lesen eingeschätzt (74.4% "nein") und erweckt Interesse an weiteren Informationen (30.9% "ja", 38.6% "teilweise").

Dieses Antwortmuster findet sich am häufigsten bei der gemäßigt deeskalationsorientierten Variante (d1) (vgl. Abb. 3).

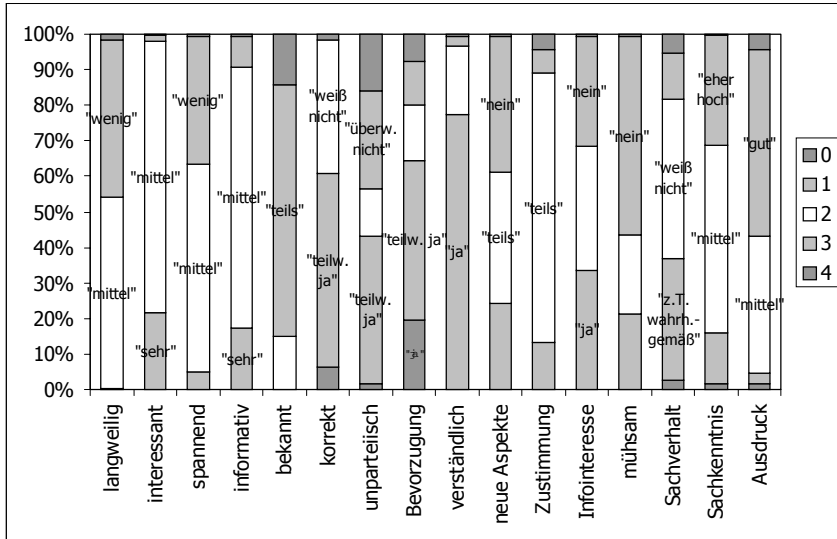


Abbildung 6: K2 (20,5%). Relativ hohes Informationsinteresse bei Zweifel an Unparteilichkeit und Wahrheitsgehalt. Zu den Antwortcodes vgl. Tab. 2

Relativ hohes Informationsinteresse bei Zweifel an Unparteilichkeit und Wahrheitsgehalt: Die Klasse K2, die für etwa 20% der ausgefüllten Fragebögen charakteristisch ist, ist von Zweifel an der Unparteilichkeit der Darstellung (nur 1.8% "ja") und dem Wahrheitsgehalt der dargestellten Sachverhalte (nur 2.8% "wahr") geprägt (vgl. Abb. 6).

Entsprechend ist auch die Zustimmung zum Inhalt des beurteilten Texts (75.9% "teilweise"), die Einschätzung seiner Korrektheit (54.4% "teilweise") weniger stark ausgeprägt und es wird häufig eine einseitige Bevorzugung einer der Parteien gesehen (19.5% "ja", 44.9% "teilweise ja").

Die geschilderten Ereignisse bringen einige neue Aspekte ins Spiel (nur 38.3% "nein") und erscheinen dem Leser nicht ganz so bekannt (14.9% "ja", 70.8% "teilweise"). Ihre Darstellung erscheint aber auch nicht ganz so verständlich (77.3% "ja", 19.4% "teilweise"), der Text als vergleichsweise weniger informativ (73.5% "mittel", 17.2% "sehr") und weniger interessant (76.4% "mittel", 21.5% "sehr").

Auch die Sachkenntnis (53% "mittel"; 30.9% "eher hoch") und der sprachliche Ausdruck des Journalisten (38.4% "mittel", 52.6% "gut") werden etwas schlechter bewertet als in Klasse 1.

Das Lesen des Textes erscheint vergleichsweise mühsamer als bei Klasse 1 (nur 56% "nein"), erweckt aber ähnlich viel Interesse an weiteren Informationen (33.5% "ja", 34.9% "teilweise").

- Ein relativ hohes Informationsinteresse (K1 + K2) findet sich weitgehend unabhängig von der Textvariante in insgesamt 43.8% der ausgefüllten Fragebögen.
- Dabei weckt die gemäßigt deeskalationsorientierte Textvariante (d1) deutlich weniger Zweifel am Wahrheitsgehalt der Darstellung, so dass K1 hier mit 36.8% fast doppelt so häufig und K2 mit 9.3% weniger als halb so oft auftritt wie bei den anderen Textvarianten (vgl. Abb. 3).
- Ein klar positives Urteil (K1) findet sich auch überproportional häufig (37.3%) bei der Bewertung von Texten über das Ereignis E2 (Auslieferung von Milošević), das in der Medienberichterstattung die prominenteste Rolle gespielt hatte, weshalb sich die Leser darüber offensichtlich am besten informiert fühlen und sich am ehesten ein klares Urteil bezüglich des Wahrheitsgehalts der Texte etc. erlauben (vgl. Abb. 2).
- Zweifel an der Ausgewogenheit der Berichte (K2) finden sich am häufigsten bei Texten über das Ereignis E1 (Konflikt in Südserbien) und am seltensten (8.9%) bei den Texten über das Ereignis E3 (Staatsvertrag Serbien-Montenegro), das ein strukturelles Thema betrifft.

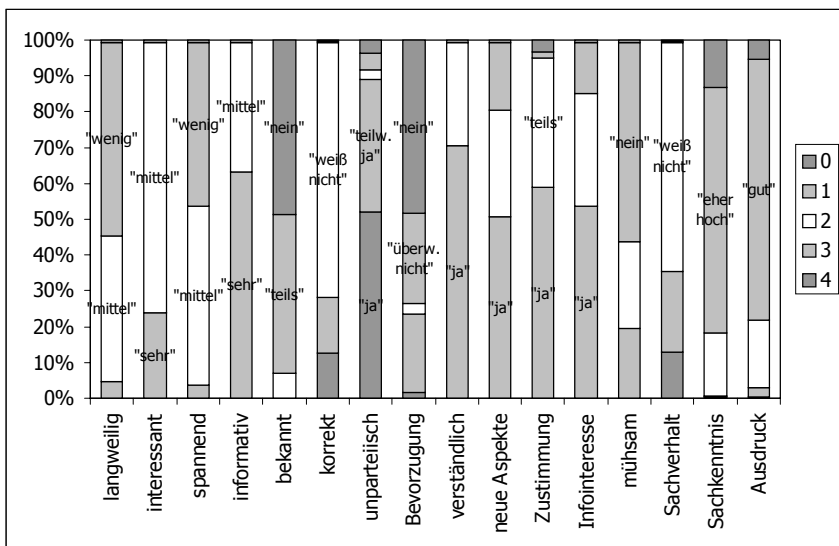


Abbildung 7: K3 (19,0%). Hohes Informationsinteresse durch Unparteilichkeit und neue Aspekte bei Unsicherheit bezüglich des Wahrheitsgehalts. Zu den Antwortcodes vgl. Tab. 2

Hohes Informationsinteresse durch Unparteilichkeit und neue Aspekte bei Unsicherheit bezüglich des Wahrheitsgehalts. Die Klasse K3 beurteilt die Texte durchgehend als informativ (36.1% "mittel"; 63.1% "sehr") und meint, dass bei

weitgehend unparteiischer Darstellung der Ereignisse (52.1% "ja"; 37% "teilweise ja") neue Aspekte ins Spiel gebracht wurden (50.6% "ja"; 29.8% "teilweise"). Dies weckt ein starkes Interesse an weiteren Informationen (53.8% "ja"; 31.3% "teilweise"), bewirkt aber auch Unsicherheit bezüglich des Wahrheitsgehaltes der dargestellten Sachverhalte (64.2% "weiß nicht") und der Korrektheit ihrer Darstellung (71.4% "weiß nicht") (vgl. Abb. 7).

- Dieses Bewertungsmuster findet sich am häufigsten bei den Textvarianten d2 (23.1%) und e (22.4%), was dafür spricht, dass das Leserinteresse durch eine differenzierte deeskalationsorientierte Berichterstattung (mindestens) genau so gut geweckt werden kann wie durch eskalationsorientierte Berichte (vgl. Abb. 3).
- Am seltensten findet sich dieses Bewertungsmuster bei Texten über das Ereignis E2 (5.6%), was insofern nicht verwunderlich ist, als die Auslieferung Miloševićs von allen Themen die größte Medienaufmerksamkeit genossen hatte, so dass für den Leser hier kaum neue Aspekte ins Spiel kommen konnten. Die große Häufigkeit (25.8%), mit der dieses Bewertungsmuster beim Ereignis E3 (Staatsvertrag Serbien-Montenegro) zu finden ist, spricht dafür, dass – entgegen den verbreiteten Annahmen über Nachrichtenfaktoren und Leserpräferenzen – auch strukturelle Themen für den Leser interessant gemacht werden können (vgl. Abb. 2).

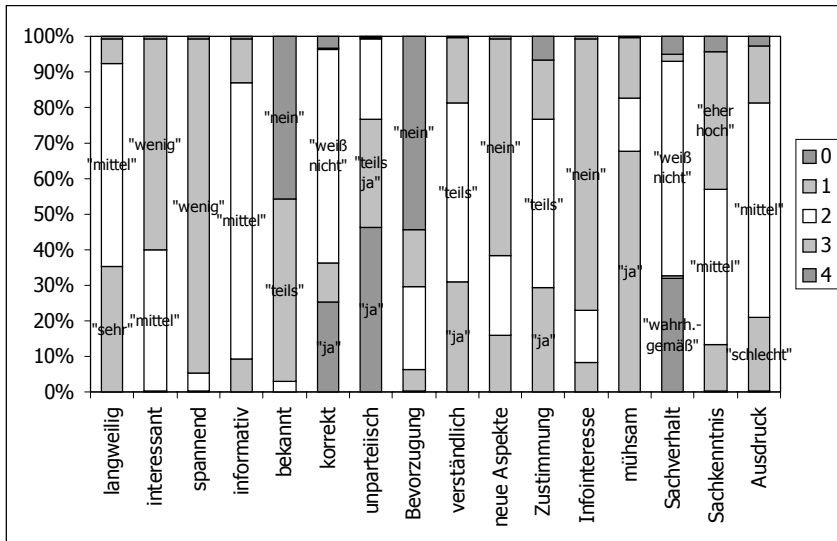


Abbildung 8: K4 (15,8%). Fehlendes Informationsinteresse, eher zustimmend. Zu den Antwortcodes vgl. Tab. 2

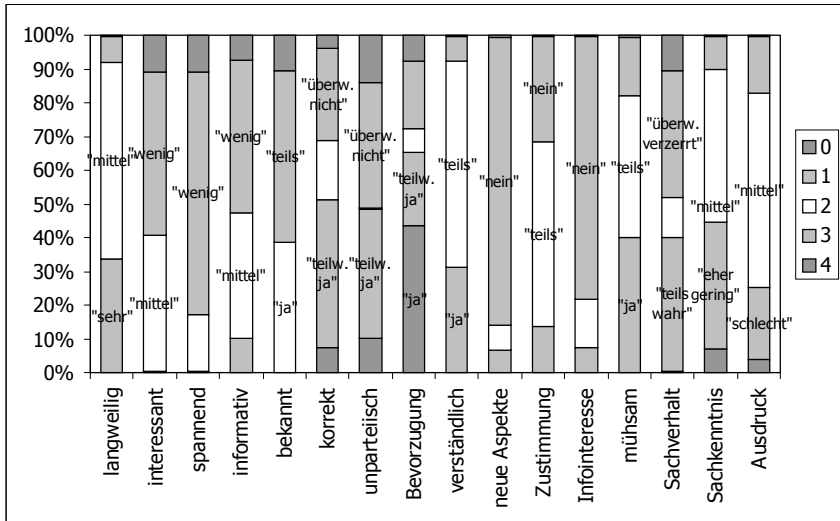


Abbildung 9: K6 (7,6%). Fehlendes Informationsinteresse, eher ablehnend. Zu den Antwortcodes vgl. Tab. 2

Fehlendes Informationsinteresse: Durch weitgehend fehlendes Interesse an weiteren Informationen (K4: 76.4%, K6: 77.7% "nein") sind die Klassen K4 und K6 geprägt, wobei Klasse K4 (vgl. Abb. 8) ein eher *zustimmendes* und Klasse K6 (vgl. Abb. 9) ein eher *ablehnendes* Bewertungsmuster darstellt. Bei leicht erhöhtem Anteil von "teilweise" (K4: 47,3% / K6: 54,7%) liegt der Anteil von "ja" in K6 (13,8%) weniger als halb so hoch als in K4 (29,5%). Die Verteilung für "nein" ist umgekehrt in K6 (31,0%) etwa doppelt so hoch wie in K4 (16,4%).

- So wird die Sachverhaltsdarstellung in K4 eher als wahrheitsgemäß (32.1% "wahr"; 60.4% "weiß nicht") bewertet als in K6 (39.7% "teilweise wahr", 37.5% "überwiegend verzerrt", 10.7% "verzerrt").⁶
- Der Text wird in K4 eher als unparteiisch beurteilt (46.5% "ja"; 30.3% "teilweise") als in K6 (38.3% "teilweise"; 37.2% "überwiegend nein", 14.1% "nein"). Beiden Klassen gemeinsam ist, dass die Texte als wenig spannend, als nur wenig bis mittel informativ und interessant und als mittel bis sehr langweilig bewertet werden und für den Leser kaum neue Aspekte bringen. Der sprachliche Ausdruck des Verfassers wird als mittel bis schlecht beurteilt und die Texte als eher mühsam zu lesen, aber doch zumindest teilweise verständlich.

6 Umgekehrt wird die Korrektheit der Darstellung jedoch in K6 tendenziell positiv beurteilt (43.9% "teilweise korrekt") beurteilt, während in K4 große Unsicherheit besteht, wie sie einzuschätzen ist (59.8% "weiß nicht"), was auch damit zusammenhängen mag, dass die dargestellten Sachverhalte in K4 als weniger bekannt (50% "teilweise"; 45.8% "nein") erscheinen als in K6 (51% "teilweise"; 38.5% "ja").

- Fehlendes Informationsinteresse (K4 + K6) findet sich am häufigsten (30.9%) in Reaktion auf die Originaltexte und am seltensten bei der d2-Variante (20%). Bei der e-Variante (20.5%) und der d1-Variante (22.1%) ist es ähnlich selten, was darauf hinweist, dass sowohl durch eskalationsorientiertes als auch durch deeskalationsorientiertes Framing das Informationsinteresse des Lesers stimuliert werden kann,
- wobei die Klasse K6, in der fehlendes Informationsinteresse mit einer negativen Bewertung des Wahrheitsgehalts und der Unparteilichkeit der Darstellung einhergeht, mit wachsender Deeskalationsorientierung monoton abnimmt (vgl. Abb. 3).
- Am häufigsten findet sich das Bewertungsmuster K6 bei dem Ereignis E2 (Auslieferung Miloševićs) mit 14.7% und am seltensten bei dem Ereignis E3 (Staatsvertrag Serbien-Montenegro mit 2.6%) (vgl. Abb. 2).

6 Resümee

Die Ergebnisse der Studie lassen erwarten, dass die Leserschaft friedensjournalistische Texte nicht nur genauso annehmen würde wie den bekannten Mainstream-Journalismus, sondern diese in einigen Aspekten sogar bevorzugen würde. Da die Stichprobe dieser Untersuchung hinsichtlich Alter und Bildungsgrad repräsentativ für die Leser dreier deutscher Tageszeitungen ist, gilt dies sicherlich nicht nur für ein akademisches Publikum, sondern gleichfalls für Leser mit einem niedrigerem Bildungsniveau⁷. Die Studie zeigt außerdem, dass das Interesse der Leser nicht nur durch eskalations-, sondern gleichermaßen auch durch deeskalationsorientierte Berichterstattung geweckt werden kann und dass lösungsorientierte Berichte als mindestens genauso kompetent und sachkundig erscheinen wie herkömmlicher Journalismus. Des Weiteren ist zu erwarten, dass ein sprachlich differenzierterer Stil dem Publikum wesentlich attraktiver erscheint als die so oft eingeschränkte und auf Schlagworte reduzierte Berichterstattung. Weitaus stärker scheint sich der Faktor Informativität auf das Interesse der Leser auszuwirken. Zumindest für einen Teil der Leserschaft dürfte es bei der Auswahl der Zeitung eine untergeordnete Rolle spielen, ob ein Nachrichtentext unterhaltsam im Sinne von "spannend" und wenig "langweilig" ist.

Summa summarum kann daraus geschlossen werden, dass eskalationsorientierte Berichterstattung namentlich dann als langweilig empfunden und als unausgewogen abgelehnt zu werden droht, wenn sie nur die altbekannten Vorurteile und Stereotype wiederholt, während strukturelle Informationen, wenn sie differenziert und deeskalationsorientiert vermittelt werden, durchaus von den Lesern akzeptiert werden und einen Markt finden sollten.

7 Die Stichprobe setzte sich zu 46,1% aus Teilnehmern mit niedrigerem Bildungsniveau und nur zu 53,9 % aus Personen mit Abitur oder höheren Bildungsabschlüssen zusammen.

Die kognitive Repräsentation von Nachkriegskonflikten im Spannungsfeld zwischen Mainstream-Diskurs und abweichender Berichterstattung

Ute Annabring, Ruth Ditlmann & Wilhelm Kempf

1 Einleitung

Welchen Effekt hat ein eskalations- oder deeskalationsorientiertes Framing der berichteten Ereignisse auf die mentalen Modelle der Rezipienten?

Hatte die Medienwirkungsforschung in der Tradition von Lasswell (1927) zunächst eine kausale Wirkung der durch das Medium präsentierten Stimuli auf einen passiven Rezipienten postuliert, so hat sich heute die Auffassung durchgesetzt, dass die soziale Konstruktion der Wirklichkeit (Berger und Luckmann, 1969; Luhmann, 1995) einen interaktiven Prozess darstellt.

Die Medien dienen dabei zugleich als Vermittler und als Konstrukteure sozialer Wirklichkeiten (Tuchman, 1978; Cohen & Wolfsfeld, 1993; Luostarinen & Ottosen, 1998). Nicht den berichteten Fakten per se ist eine Wirkung auf die Rezipienten zuzuschreiben, sondern sie dienen lediglich als Rohmaterial. De- und rekontextualisiert dargeboten spiegeln sie Wirklichkeitskonstruktionen auf Seiten des Senders.

Durch die kognitive Verarbeitung auf Seiten der Rezipienten werden die übermittelten Ereignisse in die bereits bestehende subjektive Wirklichkeit des Empfängers integriert, oder seine subjektive Wirklichkeit wird modifiziert, oder die angebotenen Wirklichkeitskonstruktionen werden zwecks Aufrechterhaltung eines möglichst ausgeglichenen psychischen Grundzustands (Heider, 1946, 1958; Festinger, 1957) entwertet, abgewehrt und/oder abgelehnt.

Verbindet man diese Auffassung mit der Unterscheidung zwischen Wissens- und Tiefenstrukturen der Wirklichkeitsdeutung (Oser & Gmünder, 1992; vgl. Kap. 2), so ergeben sich daraus eine Reihe von Schlussfolgerungen und Hypothesen bezüglich des Wirkungspotentials konstruktiver Konfliktberichterstattung:

1. Eine unmittelbare und kurzfristige Wirkung eines eskalations- oder deeskalationsorientierten Framings der berichteten Fakten und Ereignisse auf die Einstel-

lungen, Stereotype, Vorurteile und/oder gesellschaftlich geteilten Grundüberzeugungen der Rezipienten ist nicht zu erwarten.

2. Erwartbar ist allenfalls ein Einfluss auf das Framing der Fakten und Ereignisse seitens der Rezipienten, d.h. auf die mentalen Modelle, welche sich die Rezipienten davon machen und in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen.
3. Eine Veränderung der Tiefenstrukturen subjektiver Wirklichkeitskonstruktionen wird sich daraus erst längerfristig ergeben.
4. Im Unterschied zu Tiefenstrukturen, die in *generalisierter* Form den Konflikt und/oder die Konfliktparteien schlechthin interpretieren, sind mentale Modelle relativ flexible Gebilde, welche die Wahrnehmung der *konkreten* Fakten und Ereignisse strukturieren.
5. Als solche stellen sie keine bloße Projektion der Tiefenstrukturen auf die konkreten Ereignisse dar, sondern sie resultieren aus der Interaktion der generalisierten Einstellungen mit den konkreten Ereignissen. Dabei kommt dem Framing der Ereignisse durch den Sender eine Steuerungsfunktion zu, *welche* Einstellungen des Rezipienten aktualisiert werden und bei der Interpretation der jeweiligen Ereignisse zum Tragen kommen.
6. Eine Beeinflussung der mentalen Modelle der Rezipienten im Sinne des Framings der Ereignisse durch den Sender ist nur in dem Maße zu erwarten, als diese Frames keine allzu starke kognitive Dissonanz erzeugen.

2 Fragestellung und Methode

In der vorliegenden Untersuchung soll überprüft werden, ob und in welcher Form die mentalen Modelle der Rezipienten – und damit ihr Textverständnis

1. durch die vom Mainstream des Mediendiskurses verbreiteten Einstellungen und Stereotype,
2. durch die berichteten Ereignisse sowie
3. durch das eskalations- oder deeskalationsorientierte Framing der berichteten Ereignisse

bestimmt werden.

Als Untersuchungsmaterial dienten Berichte über drei Ereignisse im Jugoslawien nach Milošević: die bewaffneten Auseinandersetzungen in Südserbien (E1: Dezember 2000), die Auslieferung Miloševićs an Den Haag (E2: Juni 2001) und der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (E3: März 2003).

Für jedes der drei Ereignisse wurden vier verschiedene Berichtsvarianten verwendet: ein gemäßigt eskalationsorientierter Originalartikel (o) aus den überregionalen Tageszeitungen *Die Welt* (E1), *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (E2) und *Süddeutsche Zeitung* (E3), eine gemäßigt deeskalationsorientierte Variante (d1),

die so nahe wie möglich am Originaltext blieb und ihm lediglich die eskalationsorientierten Spitzen nahm, eine deeskalationsorientierte Variante (d2), welche die Struktur des Artikels völlig veränderte und den Text um zusätzliche konstruktive Informationen ergänzte, sowie eine eskalationsorientierte Variante (e), welche die Ereignisse als Win-Lose-Prozess interpretierte und den Text um zusätzliche Informationen ergänzte, die die berichteten Ereignisse in einen negativen Kontext stellen bzw. eine der involvierten Parteien einseitig ins Unrecht setzen.¹

Die Untersuchungsstichprobe bestand aus $n = 128$ Probanden. Jeder Proband erhielt je einen Text zu jedem der drei Ereignisse. Die verschiedenen Textvarianten wurden vollständig durchvariiert und jede der $4^3 = 64$ Kombinationen von Ereignis $\times$ Variante je einer männlichen und einer weiblichen Vp dargeboten. Beide Teilstichproben waren bezüglich Alter und Bildungsgrad für die Leserschaft der o.g. Tageszeitungen repräsentative Quotenstichproben. Die Zuordnung der Probanden zu den Textkombinationen geschah zufällig. Die Vorgabe der Texte erfolgte in chronologischer Reihenfolge der Ereignisse, über welche sie berichteten.

Aufgabe der Vpn war es, die Texte zu lesen und anschließend die berichteten Ereignisse mit eigenen Worten wiederzugeben.² Insgesamt ergab sich somit eine Stichprobe von $n = 64 \times 2 \times 3 = 384$ Nacherzählungen, aus welchen die mentalen Modelle, welche das Textverständnis der Probanden leiten, mittels quantitativer Inhaltsanalysen erschlossen wurden.

Grundlage für die Rekonstruktion der mentalen Modelle bildeten die in Tab. 1 dargestellten inhaltsanalytischen Variablen bezüglich jeder der vier Konfliktparteien, die an den dargestellten Ereignissen beteiligt waren:

- SJ: Serbien bzw. Jugoslawien
- IS: Die internationale Staatengemeinschaft
- AM: Die albanische Minderheit in Serbien
- MO: Montenegro

Von diesen Indikatorvariablen wurde mittels einer Latent-Class-Analyse auf die mentalen Modelle der Probanden zurück geschlossen.

1 Zu den Details der Textkonstruktion vgl. Kap. 7.

2 Die Instruktion lautete: Lesen Sie den Text gründlich und in Ruhe durch. Geschwindigkeit spielt keine Rolle. / Bitte versuchen Sie danach, den gelesenen Text *möglichst genau, aber knapp* und sachlich in Ihren eigenen Worten wiederzugeben. Verwenden Sie dazu vollständige Sätze (keine Stichworte). / Uns geht es bei dieser Aufgabe nicht darum, wie viel Sie sich merken konnten, sondern nur darum, *wie* Sie den Text verstanden haben. / Bitte blättern Sie nicht zurück – Ihre Daten wären sonst wertlos für die Untersuchung. Und, bitte, bemühen Sie sich um eine leserliche Schrift.

		SJ	IS	AM	MO
V1	Konfrontatives Verhalten	98	56	91	0
V2	Kooperatives Verhalten	159	97	1	92
V3	Preis für konfrontativen Konfliktaustrag	34	0	46	0
V4	Preis für kooperativen Konfliktaustrag	10	1	1	12
V5	Nutzen von konfrontativem Konfliktaustrag	1	0	10	0
V6	Nutzen von kooperativem Konfliktaustrag	109	3	2	16
V7	Konkurrenzlogik / Konfrontationsbereitschaft	121	11	63	10
V8	Friedenslogik / Kooperationsbereitschaft	64	9	32	9
V9	Infragestellen übergeordneter Ziele	4	0	1	3
V10	Anerkennen übergeordneter Ziele	16	2	0	16
V11	Verfolgen egoistischer Ziele	8	0	19	4
V12	Forderung von Unnachgiebigkeit	102	3	4	45
V13	Forderung von Nachgiebigkeit	10	4	1	4
V14	Infragestellung von / Handeln gegen Demokratie und Menschenrechte	30	0	3	2
V15	Bereitschaft zu / Handeln im Sinne von Demokratie und Menschenrechten	116	4	0	85
V16	Rechtfertigung und/oder unvoreingenommene Handlungsbeurteilung	67	18	20	6
V17	Verurteilung und/oder kritische Handlungsbeurteilung	133	28	35	9
V18	Erwähnung von Opfern	64	0	74	0
V19	Distanzierung von Eliten oder sonstigen Akteuren	126	5	53	3
V20	Identifikation mit Eliten oder sonstigen Akteuren	102	50	66	24

Tabelle 1: Absolute Häufigkeiten der Indikatorvariablen in den n = 384 Nacherzählungen

3 Rollenkonstruktionen und Stereotype

Schon ein Blick auf die absoluten Häufigkeiten der Indikatorvariablen in Tab. 1 zeigt deutlich, wie die Wahrnehmung der berichteten Ereignisse seitens der Probanden von den Rollenkonstruktionen und Stereotypen beeinflusst ist, welche den Mediendiskurs während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien (Kempf, 1999c; Sabellek, 2000; Wolfer, 2001) und darüber hinaus (Keßler, 2002; Jaeger & Möckel, 2004) bestimmt hatten (vgl. Kap. 5).

3.1 Serbien bzw. Jugoslawien

In Übereinstimmung mit der Presseberichterstattung nach Milošević (vgl. Kap. 5) ist die Wahrnehmung der serbischen bzw. jugoslawischen Konfliktparteien zwar ambivalent, aber deutlich weniger einseitig und pluralistischer als die Berichterstattung vor dem Machtwechsel:

Ihr Verhalten wird eher als kooperativ (V2: 41.4%) gesehen denn als konfrontativ (V1: 25.5%) und scheint nunmehr durch die Einsicht in den Nutzen eines kooperativen Konfliktaustrages (V6: 28.4% vs. V5: 0.3%) und/oder in den Preis geleitet, der für einen konfrontativen Konfliktaustrag zu zahlen wäre (V3: 8.9% vs. V4: 2.6%). Bereitschaft zu und/oder Handeln im Sinne von Demokratie und Menschenrechten (V15: 30.2%) dominiert gegenüber deren Infragestellung und/oder dagegen gerichteten Handlungsweisen (V14: 7.8%).

Zugleich erscheint das Verhalten der serbischen bzw. jugoslawischen Akteure jedoch nach wie vor als unnachgiebig (V12: 26.6% vs. V13: 2.6%) und von Konkurrenzlogik bestimmt (V7: 31.5% vs. V8: 16.7%) und wird von den Probanden überwiegend kritisch beurteilt und/oder verurteilt (V17: 34.6% vs. V16: 17.4%).

Immerhin erscheint Serbien bzw. Jugoslawien jedoch nicht mehr nur in der Täterrolle, sondern es finden auch Opfer auf serbischer bzw. jugoslawischer Seite Erwähnung (V18: 16.7%) und eine Identifikation mit serbischen bzw. jugoslawischen Akteuren (V20: 26.6%) findet fast ebenso häufig statt wie eine Distanzierung (V19: 32.8%).

3.2 Internationale Staatengemeinschaft

Die Wahrnehmung der internationalen Staatengemeinschaft ist demgegenüber deutlich eindimensionaler:

Ihr Verhalten wird überwiegend als kooperativ angesehen (V2: 25.3% vs. V1: 14.6%) und Identifikation mit ihren Akteuren (V20: 13.0%) kommt deutlich öfter zum Ausdruck als Distanzierung, die nur verschwindend selten stattfindet (V19: 1.3%).

Gleichwohl wird das Verhalten der internationalen Staatengemeinschaft bei ungefährtem Gleichgewicht zwischen Konkurrenzlogik / Konfrontationsbereitschaft (V7: 2.9%) auf der einen und Friedenslogik / Kooperationsbereitschaft (V8: 2.3%) auf der anderen Seite eher kritisch gesehen (V17: 7.3% vs. V16: 4.7%).

Bewertungen ihres Verhaltens und der zugrunde liegenden Logik sind jedoch insgesamt ziemlich selten. Die Ziele (V9–V11), welche sie in der Region verfolgt, die Angemessenheit der Mittel, welche sie dazu einsetzt (V3–V6, V12–V13), und der

demokratische Impetus ihres Handelns (V14–V15) stehen außer Zweifel und werden (so gut wie) nie thematisiert.

3.3 Die albanische Minderheit in Serbien

Die Wahrnehmung der albanischen Minderheit in Serbien ist einerseits von den gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägt, über welche berichtet wird, und andererseits von der Distanz, welche die Presseberichterstattung gegenüber der albanischen Seite einzunehmen begann, nachdem diese ihre kriegsmotivierende Opferrolle im Kosovo-Krieg ausgespielt hatte und eine Stabilisierung des Balkans auf die politische Agenda des Westens getreten war (vgl. Kessler, 2002; Jaeger & Möckel, 2004):

Ihr Verhalten wird als konfrontativ erlebt (V1: 23.7%). Konkurrenzlogik und/oder Konfrontationsbereitschaft (V7: 16.4%) überwiegen deutlich gegenüber Friedenslogik und/oder Kooperationsbereitschaft (V8: 8.3%).

Kooperatives Verhalten (V2) sowie übergeordnete Ziele (V9–V10), welche die albanische Minderheit mit der serbischen Mehrheit verbinden könnten, werden (so gut wie) nicht gesehen. Nachgiebigkeit oder Unnachgiebigkeit (V12–V13) sind ebenso wenig ein Thema wie der Preis und/oder der Nutzen eines kooperativen Konfliktaustrags (V 4–V 6) und/oder der demokratische Impetus ihres Handelns (V14–V15).

Durch die häufige Erwähnung albanischer Opfer (V18: 19.3%) wird das konfrontative Verhalten der albanischen Minderheit zwar z.T. nachvollziehbar. Dies wird durch die Betonung des Preises, der für einen konfrontativen Konfliktaustrag zu bezahlen ist (V3: 12%) und durch die Unterstellung national-egoistischer Ziele der albanischen Minderheit (V11: 4.95%) jedoch konterkariert. Entsprechend wird ihr Verhalten insgesamt eher kritisch (V17: 9.1%) denn positiv oder neutral (V 16: 5.2%) beurteilt und nur selten ein Nutzen des konfrontativen Konfliktaustrags gesehen (V 5: 2.6%).

Daraus resultiert ein ambivalentes Bild der albanischen Akteure, bei dem sich Identifikation (V20: 17.2%) und Distanzierung (V19: 13.8%) annähernd die Waage halten.

3.4 Montenegro

Sehr deutlich spiegelt auch die Wahrnehmung der montenegrinischen Akteure jenes Bild wider, welches die Medienberichterstattung dominiert hatte (vgl. Jaeger & Möckel, 2004):

Im Zentrum der Wahrnehmung stehen kooperatives Verhalten (V2: 24%) sowie Bereitschaft zu und/oder Handeln im Sinne von Demokratie und Menschenrechten (V15: 22.1%), die nicht selten mit der Forderung nach Unnachgiebigkeit (V12: 11.7%) einhergehen und in einigen Fällen eine Identifikation mit montenegrinischen Akteuren (V20: 6.3%) nach sich ziehen.

Eine Distanzierung von montenegrinischen Akteuren findet dagegen so gut wie nie statt (V19: 0.8%). Ihr Verhalten wird in keinem Fall als konfrontativ wahrgenommen (V1) und entsprechend bleiben auch Preis (V3) und Nutzen (V5) eines konfrontativen Konfliktaustrags unthematisiert.

Übergeordnete Ziele (V10: 4.2%) werden zwar nur selten ins Spiel gebracht, aber auch so gut wie nie in Frage gestellt (V9: 0.8%). Der ebenfalls nur recht selten thematisierte Nutzen (V6: 4.2%) eines kooperativen Konfliktaustrages wird geringfügig höher angesetzt als der Preis (V4: 3.1%), der dafür zu entrichten sein mag. Friedenslogik bzw. Kooperationsbereitschaft (V8: 2.3%) und Konkurrenzlogik bzw. Konfrontationsbereitschaft (V7: 2.6%) scheinen einander die Waage zu halten. Das Verhalten der montenegrinischen Konfliktpartei wird nur selten kritisch beurteilt (V17: 2.3%) und bedarf scheinbar auch kaum einer Rechtfertigung (V16: 1.6%).

Die Verfolgung egoistischer Ziele (V11: 1%), Forderungen nach Nachgiebigkeit (V13: 1%), Infragestellung von und/oder Handeln gegen Demokratie und Menschenrechte (V14: 0.5%) spielen für die Wahrnehmung der montenegrinischen Akteure, die sich aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien erfolgreich herausgehalten hatten, so gut wie überhaupt keine Rolle.

4 Mentale Modelle

Mittels einer Latent-Class-Analyse konnten bezüglich jeder der vier Konfliktparteien mehrere latente Klassen von Nacherzählungen identifiziert werden, in denen sich die unterschiedlichen mentalen Modelle manifestieren, welche sich die Rezipienten von den berichteten Ereignissen machen.

4.1 Serbien bzw. Jugoslawien

Bezüglich der Wahrnehmung von Serbien bzw. Jugoslawien wurden sechs latente Klassen (K1–K6) identifiziert, deren Klassengrößen (= Auftrittswahrscheinlichkeiten) sowohl in Abhängigkeit von den berichteten Ereignissen selbst (vgl. Abb. 1) als auch als Funktion des eskalations- oder deeskalationsorientierten Framings ihrer Darstellung (vgl. Abb. 2) variieren.

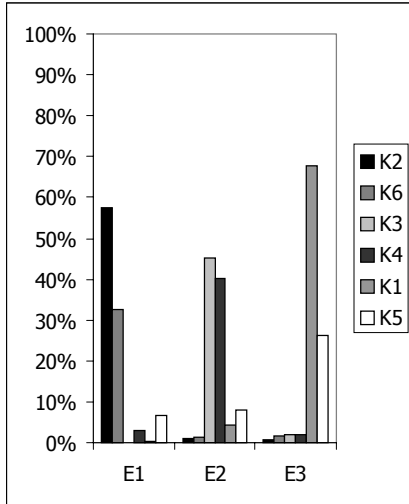


Abbildung 1: Serbien bzw. Jugoslawien. Klassen-
größen in Abhängigkeit von den berichteten Ereignissen

E1 = Unruhen in Südserbien; E2 = Auslieferung von Milošević; E3 = Staatsvertrag Serbien-Montenegro
 $\chi^2 = 571.200$, $df = 10$, $p < 0.001$

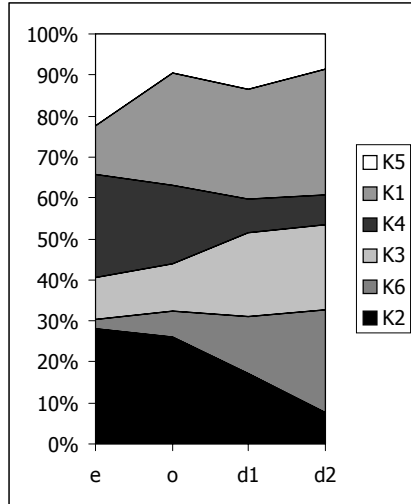


Abbildung 2: Serbien bzw. Jugoslawien. Klassen-
größen in Abhängigkeit von den Textvarianten

e = eskalationsorientierte Variante; o = Originaltext; d1 = entschärfte Variante; d2 = deeskalationsorientierte Variante
 $\chi^2 = 73.800$, $df = 15$, $p < 0.001$

4.1.1 Der Konflikt in Südserbien

Die in Abb. 3 dargestellten Klassen K2 und K6 sind typisch für die Wahrnehmung des Konfliktes in Südserbien (E1).

Das alte Feindbild: Klasse K2 ist für 57.6% der Texte zu den Unruhen in Südserbien charakteristisch (vgl. Abb.1). Die Wahrnehmung der serbischen bzw. jugoslawischen Konfliktpartei entspricht dabei weitgehend dem alten Feindbild, wie es während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien aufgebaut wurde:

Konfrontatives Verhalten (V1: 83.3%), Überwiegen von Konfrontationslogik (V7: 87%) gegenüber Kooperationsbereitschaft (V8: 34.4%), Unnachgiebigkeit (V12: 57.4%) resultieren häufig in der Verurteilung serbisch/jugoslawischen Verhaltens (V17: 44.4%) und in einer deutlichen Distanzierung von den serbisch/jugoslawischen Akteuren (V19: 39%).

Einzige (ereignisbedingte) Abweichung vom Stereotyp: Die Erwähnung von serbischen Opfern (V18: 35.1%) und die gelegentliche Identifikation (V20: 15.3%) mit serbisch/jugoslawischen Akteuren, denen mitunter Einsicht in den Preis eines konfrontativen Konfliktaustrages (V3: 23%) zugestanden wird.

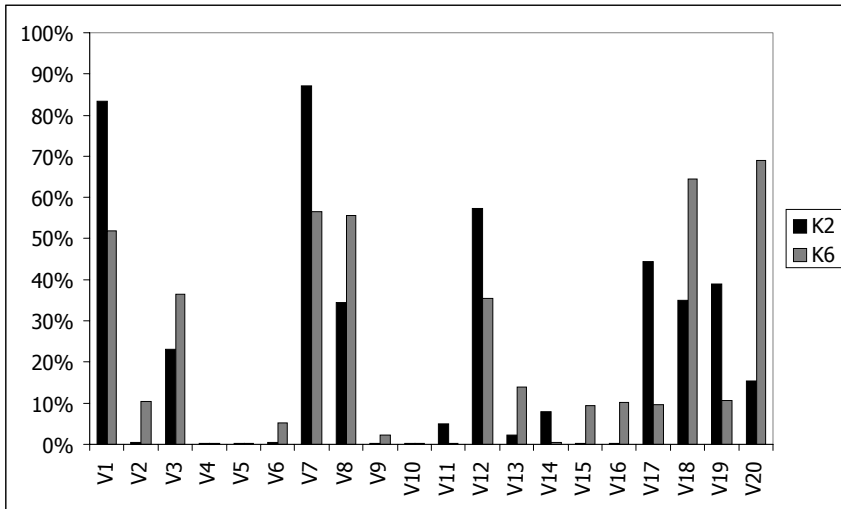


Abbildung 3: Der Konflikt in Südserbien. Mentale Modelle der serbischen bzw. jugoslawischen Konfliktparteien (1)

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe eskalationsorientierter Darstellungen und am seltensten, wenn die Ereignisse deeskalationsorientiert dargestellt waren. Seine Häufigkeit nimmt mit der Deeskalationsorientierung des wiederzugebenden Textmaterials monoton ab (vgl. Abb. 2).

Ausgewogene Sichtweise: Klasse K6 ist für 32.5% der Texte über die Unruhen in Südserbien charakteristisch (vgl. Abb. 1) und entspricht einer weit ausgewogeneren Sichtweise auf die serbische/jugoslawische Konfliktpartei:

Sie bietet weit mehr Raum für die Wahrnehmung der Serben (auch) als Opfer (V18: 64.4%) und für eine Identifikation mit serbischen/jugoslawischen Akteuren (V20: 69%), deren Kooperationsbereitschaft stärker gewürdigt (V8: 55.7%) wird, deren Verhalten nicht ganz so konfrontativ (V1: 51.9%) und gelegentlich als kooperativ (V2: 10.4%) portraitiert wird, denen häufig Einsicht in den Preis eines konfrontativen Konfliktaustrags (V3: 36.5%) und zumindest vereinzelt auch in den Nutzen einer kooperativen Konfliktbearbeitung (V6: 5.1%) zugestanden wird; gelegentlich auch Nachgiebigkeit (V13: 14%) sowie Bereitschaft zu bzw. Handeln im Sinne von Demokratie und Menschenrechten (V15: 9.5%).

Entsprechend wird ihr Verhalten weit seltener verurteilt (V17: 9.8%), gelegentlich sogar gerechtfertigt (V16: 10.2%), und es findet auch weit seltener eine Distanzierung von serbischen/jugoslawischen Akteuren statt (V19: 10.7%).

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe deeskalations-

orientierter Darstellungen und am seltensten, wenn die Ereignisse eskalationsorientiert dargestellt waren. Seine Häufigkeit nimmt mit der Deeskalationsorientierung des wiederzugebenden Textmaterials monoton zu (vgl. Abb. 2).

4.1.2 Die Auslieferung Miloševićs

Die in Abb. 4 dargestellten Klassen K3 und K4 sind typisch für die Wahrnehmung der Ereignisse um die Auslieferung Miloševićs (E2).

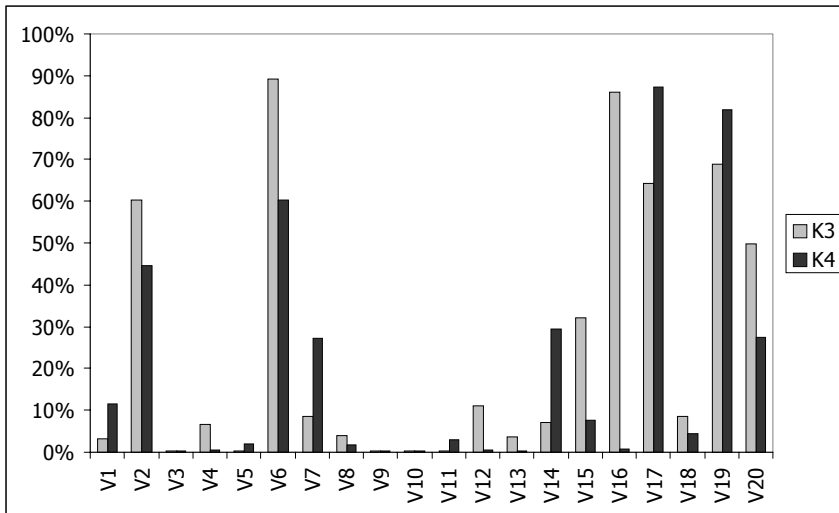


Abbildung 4: Die Auslieferung Miloševićs. Mentale Modelle der serbischen bzw. jugoslawischen Konfliktparteien (2)

Konstruktive Würdigung des Neuanfangs: Klasse K3 ist für 45.2% der Texte über die Auslieferung Miloševićs charakteristisch (vgl. Abb. 1) und würdigt den Neuanfang in Jugoslawien auf konstruktive Weise:

Bei häufiger Kritik und/oder Verurteilung (V17: 64.2%) des Verhaltens von Milošević und/oder seiner Anhänger, von denen er sich deutlich distanziert (V19: 68.9%), unterstellt dieses Modell dem neuen jugoslawischen Regime, den Nutzen eines kooperativen Konfliktaustrages erkannt zu haben (V6: 89.2%) und zu einem Handeln im Sinne von Demokratie und Menschenrechten bereit zu sein (V15: 32.1%). Entsprechend wird sein Verhalten überwiegend als kooperativ (V2: 60.2%) wahrgenommen und als gerechtfertigt angesehen (V16: 86%).

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe deeskalationsorientierter Darstellungen und am seltensten, wenn die Ereignisse eskalations-

orientiert dargestellt waren. Seine Häufigkeit nimmt mit der Deeskalationsorientierung des wiederzugebenden Textmaterials monoton zu (vgl. Abb. 2).

Rückwärtsgerichtete Kritik: Klasse K4 ist für 40.2% der Texte über die Auslieferung Miloševićs charakteristisch (vgl. Abb. 1) und stärker der Vergangenheit verhaftet:

Gegenüber K3 zeichnet sich diese Klasse durch eine vergleichsweise häufigere Verurteilung jugoslawischen Verhaltens (V17: 87.3%) und Distanzierung von jugoslawischen Eliten (V19: 81.18%) aus, was sich auch hier insbesondere auf Milošević und seine Anhänger beziehen dürfte. Zugleich aber ist diese Klasse auch durch vermehrte Unterstellung von Konkurrenzlogik und Konfrontationsbereitschaft (V7: 27.1%), Infragestellung von Demokratie und Menschenrechten (V14: 29.5%) und konfrontativem Verhalten (V1: 11.5%) charakterisiert, was auch die Wahrnehmung des neuen Regimes belastet und entsprechend kaum noch Raum lässt für die Anerkennung von Bereitschaft zu Demokratie und Verteidigung der Menschenrechte (V15: 7.6%). Ferner erscheint serbisches Verhalten deutlich seltener als kooperativ (V2: 44.5%) und/oder durch die Einsicht in den Nutzen einer kooperativen Konfliktbearbeitung geleitet (V6: 60.4%). Auch ist die Identifikation mit serbischen bzw. jugoslawischen Akteuren deutlich reduziert (V20: 49.7%), wenngleich die letztgenannten Merkmale – den berichteten Ereignissen entsprechend – auch hier noch durchaus häufig anzutreffen sind.

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe eskalationsorientierter Darstellungen und am seltensten, wenn die Ereignisse deeskalationsorientiert dargestellt waren. Seine Häufigkeit nimmt mit der Deeskalationsorientierung des wiederzugebenden Textmaterials monoton ab (vgl. Abb. 2).

4.1.3 Der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro

Die in Abb. 5 dargestellten Klassen K1 und K5 sind typisch für die Darstellung des Staatsvertrags zwischen Serbien und Montenegro (E3).

Anerkennung des Wandels: Klasse K1 ist für 67.9% der Texte über den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro charakteristisch (vgl. Abb. 1). Sie ist geprägt durch die Anerkennung der serbisch/jugoslawischen Bereitschaft, im Sinne von Demokratie und Menschenrechten zu handeln (V15: 94%) und interpretiert das serbisch/jugoslawische Verhalten trotz häufiger Wahrnehmung als unnachgiebig (V12: 29.1%) meist als kooperativ (V2: 77.9%) und (so gut wie) nie als konfrontativ (V1), sondern als von der Anerkennung übergeordneter Ziele (V10: 17.3%) und der Einsicht in den Nutzen eines kooperativen Konfliktaustrages (V6: 12.2%) inspiriert. Entsprechend wird das Verhalten der serbisch/jugoslawischen

Konfliktpartei nicht selten gerechtfertigt oder zumindest unvoreingenommen beurteilt (V16: 11%) und kaum kritisiert oder verurteilt (V17: 2.7%).

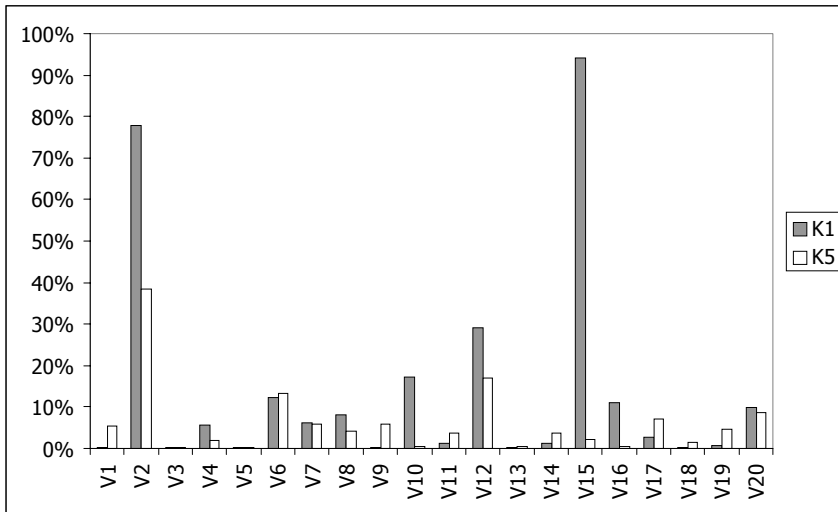


Abbildung 5: Der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro. Mentale Modelle der serbischen bzw. jugoslawischen Konfliktparteien (3)

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe deeskalationsorientierter Darstellungen und am seltensten, wenn die Ereignisse eskalationsorientiert dargestellt waren. Seine Häufigkeit nimmt mit der Deeskalationsorientierung des wiederzugebenden Textmaterials monoton zu (vgl. Abb. 2).

Verweigerung der Anerkennung: Klasse K5 ist für 26.1% der Texte über den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro charakteristisch (vgl. Abb. 1).

Gegenüber K1 ist sie durch das fast völlige Fehlen jeglicher Anerkennung serbisch/jugoslawischer Bereitschaft, im Sinne von Demokratie und Menschenrechten zu handeln (V15: 2.3%), und eine deutliche seltenere Wahrnehmung serbisch/jugoslawischen Verhaltens als kooperativ (V2: 38.5%) charakterisiert.

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe eskalationsorientierter Darstellungen (22.3%) und am seltensten bei der Wiedergabe der Originaltexte (9.5%) und der d2-Varianten (8.7%). Bei der Wiedergabe der d1-Varianten ist es dagegen geringfügig häufiger zu finden (vgl. Abb. 2).

4.2 Die Internationale Staatengemeinschaft

Bezüglich der Wahrnehmung der internationalen Staatengemeinschaft wurden drei latente Klassen (K1-K3) identifiziert (vgl. Abb. 6).

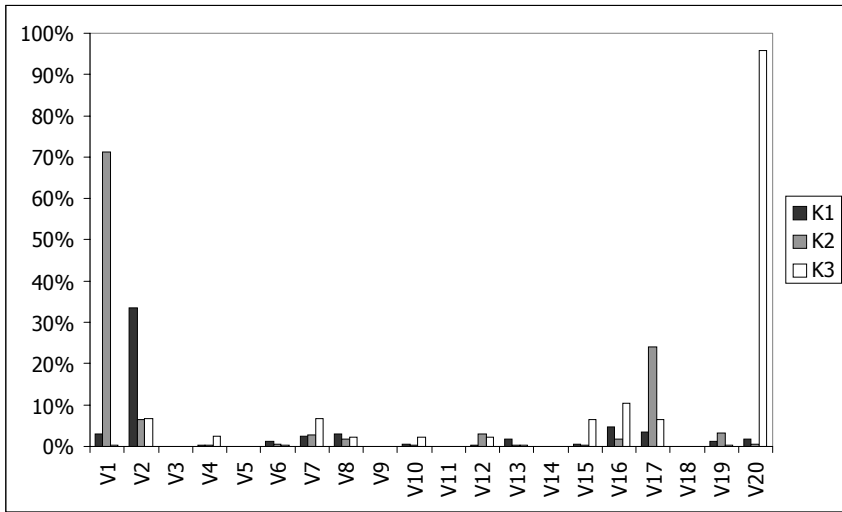


Abbildung 6: Mentale Modelle der internationalen Staatengemeinschaft

Kooperatives Verhalten: In der Mehrheit der Texte (K1: 69.6% aller Texte) wird das Verhalten der internationalen Staatengemeinschaft häufig als kooperativ gewürdigt (V2: 33.5%) und in seltenen Fällen explizit gerechtfertigt (V16: 1.3%). Darüber hinaus findet die internationale Staatengemeinschaft in diesen Texten keinerlei nennenswerte Aufmerksamkeit.

- Dieses Modell ist vor allem für die Wahrnehmung der internationalen Staatengemeinschaft im Kontext des Staatsvertrags zwischen Serbien und Montenegro (E3) charakteristisch (82.4%) und findet sich am seltensten im Kontext der Unruhen in Südserbien (E1), wo es nur 58% der Texte beschreibt (vgl. Abb. 7).
- Es findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe von deeskalationsorientiert dargestellten Ereignissen (d2: 80.6%) und am seltensten bei einem eskalationsorientierten Framing der Ereignisse (e: 56.7%) (vgl. Abb. 8).

Konfrontatives Verhalten: In 17.8% der Texte (K2) wird das Verhalten der internationalen Staatengemeinschaft überwiegend als konfrontativ wahrgenommen (V1: 71.2%), kaum jedoch als kooperativ (V2: 6.4%). Nicht selten wird es kritisch beurteilt (V17: 24.1%).

- Diese Wahrnehmung der internationalen Staatengemeinschaft findet sich am

häufigsten im Kontext der Ereignisse um die Auslieferung Miloševićs (E2: 27.8%) und um den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (E3: 16.8%) (vgl. Abb. 7).

- Sie ist am häufigsten bei der Wiedergabe von *eskalationsorientiert* dargestellten Ereignissen (e: 29.8%) zu finden (vgl. Abb. 8).

Identifikation: In 12.6% der Texte (K3) findet eine *starke Identifikation* mit Eliten und/oder Akteuren der internationalen Staatengemeinschaft statt (V 20: 95.9%), welche einhergeht mit gelegentlicher Rechtfertigung ihres Handelns (V16: 10.4%) als kooperativ (V2: 6.7%) und im Dienste von Demokratie und Menschenrechten (V15: 6.5%). In einigen Fällen wird ihr Handeln aber auch kritisch beurteilt (V17: 6.4%) und/oder als geprägt von Konkurrenzlogik und Konfrontationsbereitschaft wahrgenommen (V7: 6.7%).

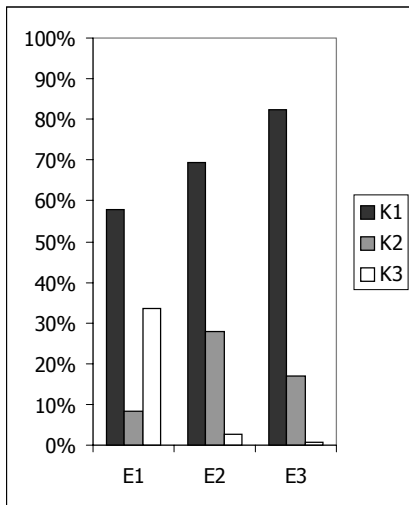


Abbildung 7: Die Internationale Staatengemeinschaft. Klassengrößen in Abhängigkeit von den berichteten Ereignissen

E1 = Unruhen in Südserbien; E2 = Auslieferung von Milošević; E3 = Staatsvertrag Serbien-Montenegro
 $\chi^2 = 89.964$, $df = 4$, $p < 0.001$

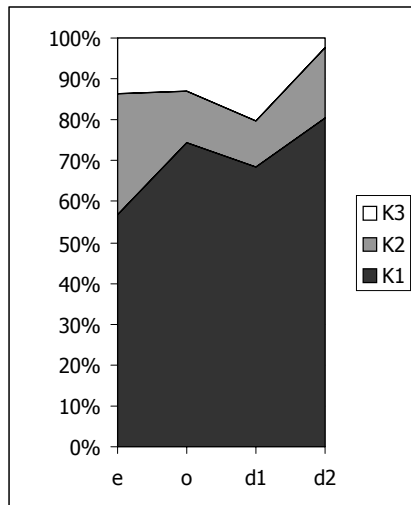


Abbildung 8: Die Internationale Staatengemeinschaft. Klassengrößen in Abhängigkeit von den Textvarianten

e = eskalationsorientierte Variante; o = Originaltext; d1 = entschärfte Variante; d2 = deeskalationsorientierte Variante
 $\chi^2 = 28.622$, $df = 6$, $p < 0.001$

- Diese Wahrnehmung der internationalen Staatengemeinschaft findet sich fast ausschließlich im Kontext der *Unruhen in Südserbien (E1)*, wo sie für 33.7% der Texte charakteristisch ist (vgl. Abb. 7).
- Sie ist am häufigsten bei der Wiedergabe der d1-Variante (20.4%) und fehlt bei der d2-Variante so gut wie völlig (2.5%) (vgl. Abb. 8).³

4.3 Die albanische Minderheit in Serbien

Bezüglich der Wahrnehmung der albanischen Minderheit konnten drei Klassen von Nacherzählungen unterschieden werden (vgl. Abb. 11), deren erste (K1: 69.2%) dadurch gekennzeichnet ist, dass die albanische Minderheit darin praktisch nicht vorkommt. Das sind die Texte zu den Ereignissen E2 (Auslieferung von Milošević) und E3 (Staatsvertrag Serbien-Montenegro), aber auch 8.7% der Texte zu dem Konflikt in Südserbien (E1), in welchen der Darstellung der albanischen Minderheit, ihrer Handlungsweise, Motive etc. kaum ein Augenmerk geschenkt wird (vgl. Abb. 9).

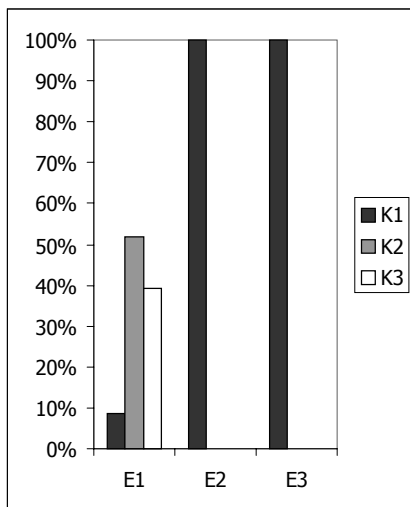


Abbildung 9: Die albanische Minderheit in Serbien. Klassengrößen in Abhängigkeit von den berichteten Ereignissen

E1 = Unruhen in Südserbien; E2 = Auslieferung von Milošević; E3 = Staatsvertrag Serbien-Montenegro
 $\chi^2 = 334.760$, $df = 4$, $p < 0.001$

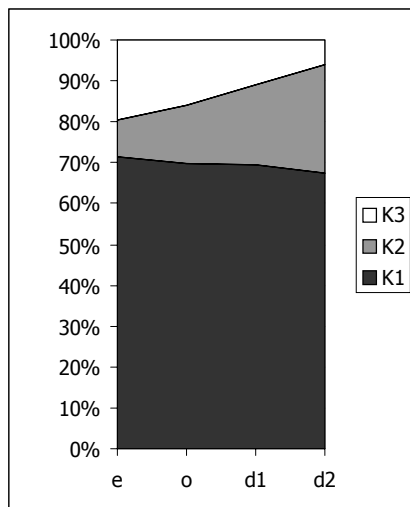


Abbildung 10: Die albanische Minderheit in Serbien. Klassengrößen in Abhängigkeit von den Textvarianten

e = eskalationsorientierte Variante; o = Originaltext; d1 = entschärfte Variante; d2 = deeskalationsorientierte Variante
 $\chi^2 = 16.664$, $df = 6$, $p < 0.025$

- Die starke soziale Identifikation mit Angehörigen der Internationalen Staatengemeinschaft im Zusammenhang mit dem Konflikt in Südserbien ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass bei Variante d1 deutlicher als im Original die Risiken herausgearbeitet wurden, die ein militärischer Einsatz der KFOR in der Pufferzone haben könnte: Explizit wurde auf "Gefahren" verwiesen (statt nur von "folgeschwerer Angelegenheit" zu sprechen), die dadurch der KFOR-Mission im Kosovo drohen. Diese Konstruktion in Verbindung mit dem Zusatz, dass die KFOR bei der dortigen Bevölkerung "ihr Vertrauen verspielen" könnte (in konsequenter Fortsetzung des in d1 erhalten gebliebenen Gedankens aus dem Originaltext, dass sie "im ganzen Kosovo plötzlich als feindliche Besatzungsmacht angesehen werden" könnte), wurde eingebaut, um auf die destruktiven Folgen eines militärischen Konfliktaustrags hinzuweisen. Die Leser hat dies möglicherweise animiert, sich stärker mit den KFOR-Soldaten zu identifizieren. In der d2-Variante wiederum wurde die Lage der KFOR zugunsten einer stärkeren Betonung der vorhandenen Bemühungen um eine gewaltfreie Konfliktlösung auf allen Seiten nicht expliziert.

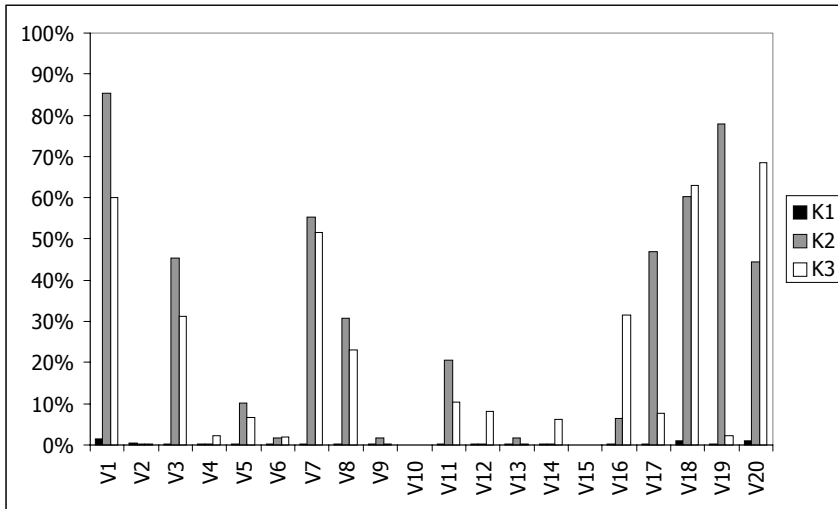


Abbildung 11: Mentale Modelle der albanischen Minderheit in Serbien

Kritische Distanz: In 52% der Texte über die Unruhen in Südserbien (E1) ist die Wahrnehmung der albanischen Minderheit durch kritische Distanz geprägt (K2).

Das Verhalten der albanischen Minderheit wird als konfrontativ gesehen (V1: 85.3%). Konkurrenzlogik und/oder Konfrontationsbereitschaft (V7: 55.4%) überwiegen gegenüber Friedenslogik und/oder Kooperationsbereitschaft (V8: 30.8%).

Der albanischen Minderheit wird nicht selten die Verfolgung egoistischer Ziele unterstellt (V11: 20.7%) und der Preis für einen konfrontativen Konfliktaustrag (V3: 45.3%) wird deutlich höher angesiedelt als sein Nutzen (V5: 10.2%).

Die Handlungen der albanischen Minderheit werden überwiegend kritisch beurteilt oder verurteilt (V17: 46.9%) und nur selten gerechtfertigt (V16: 6.4%).

Trotz der häufigen Erwähnung albanischer Opfer (V18: 60.4%) findet meist eine Distanzierung (V19: 77.8%) und weit seltener eine Identifikation (V20: 44.4%) mit albanischen Akteuren statt.

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe deeskalationsorientierter Darstellungen des Konfliktes in Südserbien und am seltensten, wenn die Ereignisse eskalationsorientiert dargestellt waren. Seine Häufigkeit nimmt mit der Deeskalationsorientierung des wiederzugebenden Textmaterials linear zu (vgl. Abb. 10).

Unkritische Identifikation: In 39.3% der Texte über E1 (Unruhen in Südserbien) ist die Wahrnehmung der albanischen Minderheit dagegen durch eine eher unkritische Identifikation geprägt (K3):

Das Verhalten der albanischen Minderheit wird weniger häufig als konfrontativ wahrgenommen (V1: 60.1%) und es wird ihr weniger häufig die Verfolgung egoistischer Ziele unterstellt (V11: 10.5%).

Preis (V3: 31.3%) oder Nutzen (V5: 6.8%) eines konfrontativen Konfliktaustrags, Konkurrenzlogik und/oder Konfrontationsbereitschaft (V7: 51.5%), aber auch Friedenslogik und/oder Kooperationsbereitschaft (V8: 23%) werden seltener thematisiert.

Dagegen wird das Verhalten der albanischen Minderheit weit häufiger gerechtfertigt (V16: 31.5%) und nur selten kritisch beurteilt oder verurteilt (V17: 7.6%).

Kriegsopfer auf albanischer Seite werden zwar nur geringfügig häufiger erwähnt (V18: 63%), die Identifikation mit den albanischen Akteuren ist jedoch deutlich stärker (V20: 68.6%) und eine Distanzierung von albanischen Akteuren findet kaum noch statt (V19: 2.3%).

- Dieses Modell findet sich am häufigsten bei der Wiedergabe eskalationsorientierter Darstellungen der Unruhen in Südserbien und am seltensten, wenn die Ereignisse deeskalationsorientiert dargestellt waren. Seine Häufigkeit nimmt mit der Deeskalationsorientierung des wiederzugebenden Textmaterials linear ab (vgl. Abb. 10).

4.4 Montenegro

Auch die montenegrinische Partei kommt in der Mehrzahl aller Texte (K1: 70%) praktisch nicht vor (vgl. Abb. 14). Das sind die Texte über die Ereignisse E1 (Unruhen in Südserbien) und E2 (Auslieferung Miloševićs), aber auch 12.6% der Texte über den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (E3), in denen der montenegrinischen Seite kaum Aufmerksamkeit gewidmet wird (vgl. Abb. 12).

In der überwiegenden Mehrheit der Texte über den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (74%) wird das konstruktive Verhalten der montenegrinischen Konfliktpartei *sachlich-neutral* gewürdigt (vgl. Abb. 14: K2).

Das Verhalten der montenegrinischen Akteure wird als kooperativ (V2: 81.1%) und in Einklang mit Demokratie und Menschenrechten (V15: 88.3%) wahrgenommen, die ggf. auch Forderungen nach Unnachgiebigkeit implizieren (V12: 39.2%).

Nicht selten wird der montenegrinischen Partei die Anerkennung übergeordneter Ziele (V10: 16.9%) zugesprochen, wobei der Nutzen eines kooperativen Konfliktaustrags (V6: 13.7%) höher angesetzt wird als sein Preis (V4: 9.9%). Konkurrenzlogik (V7: 9.5%) und Friedenslogik (V8: 8%) halten einander in etwa die Waage. Gelegentliche Bewertungen der montenegrinischen Handlungsweise sind etwa zu gleichen Teilen positiv (V16: 6.5%) und/oder kritisch (V17: 5.5%).

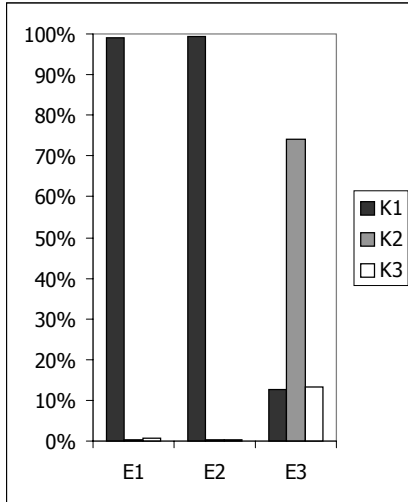


Abbildung 12: Montenegro. Klassengrößen in Abhängigkeit von den berichteten Ereignissen
 E1 = Unruhen in Südserbien; E2 = Auslieferung von Milošević; E3 = Staatsvertrag Serbien-Montenegro
 $\chi^2 = 307.450$, $df = 4$, $p < 0.001$

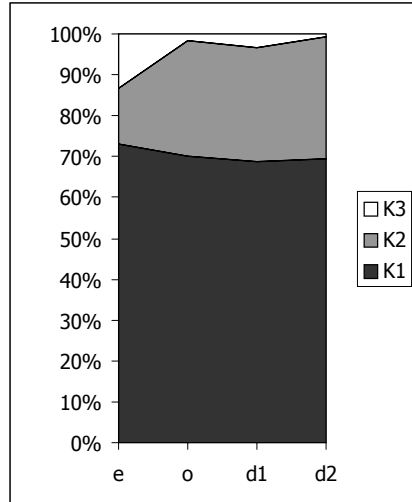


Abbildung 13: Montenegro. Klassengrößen in Abhängigkeit von den Textvarianten
 e = eskalationsorientierte Variante; o = Originaltext; d1 = entschärfte Variante; d2 = deeskalationsorientierte Variante
 $\chi^2 = 26.999$, $df = 6$, $p < 0.001$

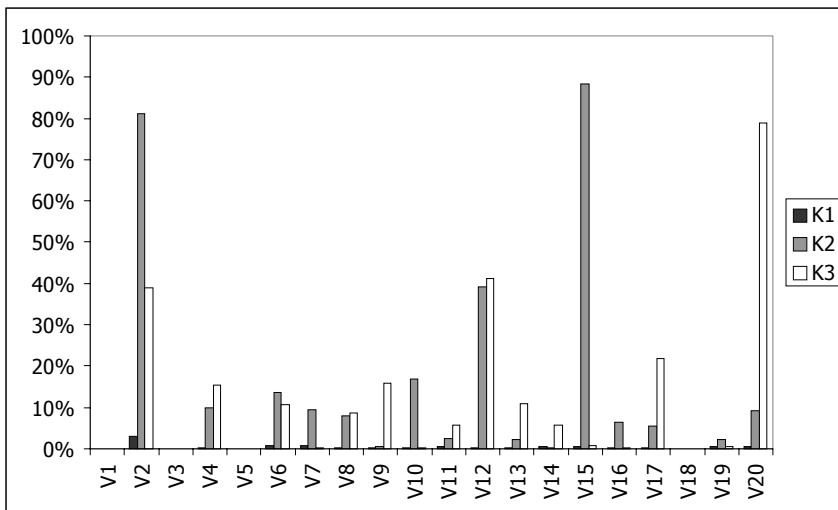


Abbildung 14: Mentale Modelle der montenegrinischen Konfliktpartei

Zu einer Identifikation mit montenegrinischen Akteuren (V20: 9.3%) kommt es nur in einigen Fällen.

- Dieses Modell findet sich bei der Wiedergabe einer eskalationsorientierten Darstellung des serbisch-montenegrinischen Staatsvertrags deutlich seltener als bei der Wiedergabe der anderen Textvarianten (vgl. Abb. 13).

In 13.3% der Texte über den Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (vgl. Abb. 14: K3) ist die Wahrnehmung der montenegrinischen Konfliktpartei durch eine *eskalationsorientierte Parteilichkeit* geprägt:

In krassem Gegensatz zu K2 spielen Demokratie und Menschenrechte (V15) hier überhaupt keine Rolle und das Verhalten montenegrinischer Akteure wird weit seltener als kooperativ portraitiert (V2: 38.9%).

Stattdessen findet eine starke Identifikation mit ihnen (V20: 78.8%) statt, wobei sie im Vergleich zu K2 als nachgiebiger wahrgenommen werden (V13: 11%), ihre gemeinsame Ziele mit Serbien jedoch nicht selten in Frage gestellt werden (V9: 16%) und ihr Verhalten daher vergleichsweise kritischer beurteilt wird (V17: 21.8%), zumal der Preis für einen kooperativen Konfliktaustrag (V4: 15.4%) stärker betont wird.

- Dieses Modell findet sich fast ausschließlich bei der Wiedergabe der eskalationsorientierten Darstellung des serbisch-montenegrinischen Staatsvertrages und ist bei der Wiedergabe der anderen Textvarianten kaum zu finden (vgl. Abb. 13).

5 Diskussion

Zusammenfassend lässt sich ein deutlicher Einfluss des eskalations- vs. deeskalationsorientierten Framings der Konfliktberichterstattung auf die Konfliktwahrnehmung der Rezipienten konstatieren. Die Wahrnehmung der berichteten Ereignisse, der Konfliktparteien und ihres Konfliktverhaltens wird nicht einfach unter die gängigen Interpretationsmuster subsumiert, sondern differenziert sich in Abhängigkeit von den berichteten Fakten und deren Framing.

Bei aller Deutlichkeit, mit welcher dieser Effekt demonstriert werden konnte, bedarf er doch in dreierlei Hinsicht einer Relativierung:

1. *Experimentelles Setting*: Die Cover-Story des vorliegenden Experimentes stellte die Untersuchung in den Kontext der Pisa-Studie und ließ die Probanden in dem Glauben, dass es darin um ein möglichst genaues Textverständnis ging (vgl. Kap. 7). Erwartbarer Weise wurden die Texte von den Probanden daher weit gründlicher gelesen, als dies bei einem eher oberflächlichen Zeitungsstudium der Fall sein dürfte.
2. *Untersuchungsmaterial*: Bei den deeskalationsorientierten Textvarianten (d1 und d2) handelte es sich durchgehend um solche, die von den Probanden po-

sitiv beurteilt und nicht etwa als tendenziös, unglaubwürdig oder uninteressant etc. abgewehrt wurden (vgl. Kap. 7). Bei einer weniger behutsamen Textkonstruktion könnte der Effekt des deeskalationsorientierten Framings der berichteten Ereignisse deutlich schwächer ausfallen, weitgehend verschwinden und/oder sich sogar in sein Gegenteil verkehren, wenn die kognitive Dissonanz zu den bestehenden Überzeugungssystemen zu stark wird.

3. *Gesellschaftliche Grundüberzeugungen:* Bei den Ereignissen, deren Wahrnehmung seitens (deutscher) Rezipienten untersucht wurde, handelte es sich um Ereignisse in einer Nachkriegssituation, die eine politische und geographische Region betreffen, die in Deutschland zwar über lange Zeit hinweg größte Medienaufmerksamkeit genossen hatte, von der deutschen Öffentlichkeit aber doch eher als entfernt erlebt wurde. Die emotionale Komponente der Einstellungen, Stereotype und Vorurteile bezüglich des ehemaligen Jugoslawiens dürfte in Deutschland daher weit schwächer ausgebildet sein, als wenn die deutsche Gesellschaft unmittelbar betroffen gewesen wäre.

Die Voraussetzungen, unter denen die Differenzierung der Konfliktwahrnehmung und der zugrunde liegenden mentalen Modelle in der vorliegenden Studie nachgewiesen werden konnten, waren daher ziemlich optimal. In der Realsituation des tagtäglichen Zeitungslesens und/oder in der Konfliktregion selbst werden die berichteten Effekte dagegen schwächer ausfallen und/oder erst in der Summe über einen längeren Zeitraum der Berichterstattung zum Tragen kommen.

Dass ein deeskalationsorientiertes Framing der Berichterstattung die Wahrnehmung der berichteten Ereignisse in konstruktiver Weise zu verändern vermag, bleibt davon unberührt.

Teil V

Journalismus und die sozialpsychologischen Bedingungen von Friedensdiskursen

Produktionsbedingungen konstruktiver Konfliktberichterstattung

Burkhard Bläsi

1 Einleitung

In den letzten Jahren wurden verschiedene theoretische Modelle von Friedensjournalismus oder konstruktiver Konfliktberichterstattung vorgeschlagen (Bilke, 2002; Galtung, 1998; Kempf, 1996, 2004; ASPR, 2003; vgl. Kap. 1). In diesen Modellen werden Wege aufgezeigt, wie Konfliktberichterstattung zu Prozessen der Deeskalation, der Friedensschaffung und der Versöhnung beitragen könnte anstatt Konflikte zu polarisieren und weiter anzuheizen. Auf der anderen Seite haben Journalisten Leitlinien oder sogar detaillierte Gebrauchsanleitungen für Friedensjournalisten entwickelt (z.B. Cornelius, 2001; Howard et al., 2003; McGoldrick & Lynch, 2000).

Sowohl die theoretischen Modelle als auch praktische Manuale werden jedoch hinter ihrem Veränderungspotenzial zurückbleiben, wenn sie nicht zu der Realität der heutigen Medien in Beziehung gesetzt werden beziehungsweise ausschließlich auf die individuelle Konfliktkompetenz von Journalisten abzielen.

Darum ist es von großer Wichtigkeit, das Augenmerk auf den gesamten Produktionsprozess der Berichterstattung zu richten, auf die Bedingungen, unter denen Journalisten in Zeiten von Krisen und Kriegen arbeiten müssen und auf die Faktoren, die auf das Zustandekommen von Berichterstattung Einfluss ausüben. Diese Einflussfaktoren zu untersuchen bedeutet letztlich nichts anderes als die tatsächlichen Ausgangsbedingungen für jede Art von konstruktiver Konfliktberichterstattung herauszuarbeiten.

Während schon eine beachtliche Menge an Forschungsarbeiten zu den Einflussfaktoren auf die Berichterstattung allgemein vorliegt (vgl. z.B. Staab, 1990; Shoemaker, 1991; Weischenberg et al., 1994), kann dies speziell im Hinblick auf die Konfliktberichterstattung nicht behauptet werden. Zudem wurden zumeist einzelne Faktoren des Produktionsprozesses im Detail untersucht (z.B. der Nachrichtenselektionsprozess und das Konzept Nachrichtenwert), doch mangelt es bislang an umfassenderer Theoriebildung.

Die vorliegende Studie soll einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu füllen, indem ein sowohl empirisch als auch theoretisch fundiertes Modell der Einflussfaktoren auf Konfliktberichterstattung präsentiert wird. Dabei wird gezeigt werden, wie dieses Modell die Bemühungen hinsichtlich der Implementierung von Friedensjournalismus unterstützen kann.

2 Methode

Die Studie wurde innerhalb des methodologischen Rahmens der von Glaser und Strauss (1967) entwickelten Grounded Theory durchgeführt. Dieses Vorgehen ermöglicht es dem Forscher, eine in empirischen Daten gründende Theorie über einen bestimmten Gegenstandsbereich zu entwickeln.

Das Hauptmerkmal des Arbeitens mit der Grounded Theory ist das ständige Vergleichen der Daten untereinander und der Daten mit der sich herausbildenden Theorie. Dieser Prozess des ständigen Vergleichens beinhaltet das Kodieren von Ereignissen, das Bilden von Kategorien und Subkategorien, die Herausarbeitung ihrer Dimensionen und der Beziehungen zwischen den Kategorien (vgl. Strauss & Corbin, 1998). Schritt für Schritt entwickelt und verfestigt sich auf diese Weise eine Theorie, die den Untersuchungsgegenstand erhellen soll.

Die maßgebliche Datenbasis der vorliegenden Studie sind 30 qualitative Experteninterviews, die mit deutschen Journalisten geführt wurden, die in den Produktionsprozess von Konfliktberichterstattung involviert sind oder waren. Die Interviewten arbeiteten in der Regel entweder als Auslandsredakteur in ihrer heimischen Redaktion oder als Korrespondent oder Krisenreporter vor Ort und kamen sowohl von elektronischen Medien als auch von Printmedien. Ihre eigene Erfahrung bezog sich auf die Berichterstattung über sehr unterschiedliche Konfliktregionen, u.a. den Balkan, Tschetschenien, Ruanda, Liberia, Indonesien, Israel/Palästina, Afghanistan, Irak. Darüber hinaus flossen die Ergebnisse einer qualitativen Fragebogenerhebung unter Korrespondenten in Israel/Palästina und zweier Beobachtungsstudien in Zeitungsredaktionen in die Analyse mit ein.

3 Konfliktberichterstattung: ein Modell der Einflussfaktoren

Im Folgenden wird ein Modell der Einflussfaktoren auf die Konfliktberichterstattung vorgestellt, welches auf der Analyse der Interviewdaten und auf der Auswertung der relevanten Forschungsliteratur basiert. Nach diesem Modell lassen sich sechs grundlegende Faktoren identifizieren, welche das Zustandekommen von Konfliktberichterstattung beeinflussen: (1) Strukturelle Aspekte journalistischer Arbeit; (2) die Konfliktsituation vor Ort; (3) individuelle Merkmale des Journalisten; (4) das öffentliche Klima; (5) Lobbyismus und Informationsmanagement;

(6) die Rezipienten. Der Nutzwert dieses Modells liegt u.a. darin, dass sich dadurch die Schwierigkeiten, die bezüglich der Umsetzung konstruktiver Konfliktberichterstattung bestehen, besser systematisieren lassen. Jeder der sechs Einflussfaktoren birgt nämlich entsprechende Hindernisse, die auch in den Interviews auf vielfältige Weise problematisiert wurden. Diese Hindernisse und deren Konsequenzen für die Implementierung konstruktiver Konfliktberichterstattung werden im Rahmen der Darstellung der einzelnen Faktoren jeweils kurz skizziert.

3.1 Strukturelle Aspekte

Der erste Faktor umfasst verschiedene strukturelle Aspekte des Medienbetriebs. Diese können nochmals auf drei Ebenen unterschieden werden:

1. *Allgemeine, systemimmanente Ausgangsbedingungen journalistischer Arbeit:* Hierzu zählen der chronische Zeitdruck; der ebenso chronische Mangel an Platz im Verhältnis zu den potenziell zu berichtenden Ereignissen; der Konkurrenzdruck der Medien untereinander; rechtliche Vorgaben; die gängigen journalistischen Selektionskriterien (beruhend auf dem Nachrichtenwert, der Ereignissen von Journalisten zugeschrieben wird).
2. *Mikrostruktur:* Darunter werden hier subsumiert die bestehenden Formate oder Plätze innerhalb eines Mediums; der Aufbau einer Zeitung, eines Magazins oder Programms; die redaktionellen Abläufe und Strategien; die Zahl verfügbarer Agenturen; die Zahl eigener Korrespondenten; die Organisation der Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Korrespondenten; der Erwartungen und Ziele von Herausgebern, Intendanten oder Eigentümern und deren Einfluss auf die redaktionelle Arbeit.
3. *Makrostruktur:* Darunter fallen zum einen die journalistischen Aus- und Bildungsstrukturen, zum anderen die ökonomischen und technologischen Strukturen und Abhängigkeiten der Medien, und damit verbunden aktuelle Entwicklungen wie die vermehrte Bildung von Medienkonglomeraten sowie allgemeine Medientrends in Richtung Beschleunigung, Kommerzialisierung, Unterhaltungsorientierung, Fiktionalisierung und Internationalisierung (vgl. Löffelholz, 1995).

Auf allen drei Ebenen lassen sich potenzielle Hindernisse für eine konstruktive Konfliktberichterstattung identifizieren:

- Der Konkurrenzdruck und der ständige Zeit- und Platzmangel stehen den Anforderungen nach gründlicher Recherche, nach Überprüfung gerade in Kriegszeiten sensibler Nachrichten und einer Berichterstattung, die Hintergründe und tiefere Konfliktursachen beleuchten soll, entgegen.
- Bestimmte Redaktionsvorgaben oder -kulturen (z.B. solche, in denen es oberste Priorität ist, eine Story als Erster zu veröffentlichen) können in ähnlicher

Weise hinderlich wirken.

- Die gute Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Korrespondenten oder Reportern ist ein wichtiges Glied in der Kette jedweder Konfliktberichterstattung. Problematisch auswirken können sich hier u.a. fehlende inhaltliche oder organisatorische Unterstützung seitens der Redaktion, unrealistische Erwartungen an die Arbeitsmöglichkeiten eines Korrespondenten oder umgekehrt fehlende Sensibilität für die Erfordernisse der Redaktionsarbeit.
- Zumindest einige der Nachrichtenfaktoren, welche im Normalfall die journalistische Selektion von Ereignissen steuern (vgl. Allan, 1999; Staab, 1990), scheinen den Bestrebungen von Friedensjournalismus zu widersprechen: Vereinfachung, Negativität, Bezugnahme auf Elitenationen und Elitepersonen, tatsächlicher Schaden, möglicher Schaden.
- Die Tatsache, dass Medien nicht nur journalistischen, sondern auch wirtschaftlichen Kriterien genügen müssen und dass viele Medienprodukte innerhalb eines begrenzten Marktes miteinander konkurrieren, bedeutet, dass jedes Medienprodukt stets eine ausreichend große Zahl an Lesern, Zuhörern oder Zuschauern an sich binden muss. Nur dadurch wird ein Produkt auch für Werbekunden und Inserenten interessant, die zu einem Großteil der Einnahmen beitragen: "Quoten und Auflagen sind der Wechselkurs, anhand dessen der publizistische Erfolg in Geld umgerechnet wird" (Altmeyden, 2000, S. 236). Ob sich konstruktive Konfliktberichterstattung grundsätzlich schlechter verkaufen lässt, ist eine noch offene Frage (vgl. hierzu Kap. 7 und 8 dieses Bandes). Zumindest wird sie es aber unter sich verschlechternden ökonomischen Rahmenbedingungen schwerer haben, denn gute Konfliktberichterstattung erfordert eine angemessene finanzielle Ausstattung. Der Trend der letzten Jahre weist jedoch in eine andere Richtung: Viele Medien sahen sich aufgrund der wirtschaftlichen Flaute zu betriebsbedingten Kündigungen, zur Streichung von Korrespondententeams bzw. zur Kürzung der entsprechenden Etats gezwungen.
- Schließlich muss man wohl davon ausgehen, dass die vermehrte Bildung von Medienkonglomeraten tendenziell eher eine zunehmende Angleichung und Vereinheitlichung der Berichterstattung als eine Herausbildung neuer kreativer Formen und Formate mit sich bringen wird.

3.2 Die Konfliktsituation vor Ort

Unter diesem Punkt werden sämtliche Bedingungen zusammengefasst, denen Korrespondenten und Reporter vor Ort, d.h. im jeweiligen Konfliktgebiet, ausgesetzt sind.

Dazu zählen zunächst die geographischen Gegebenheiten des Konfliktgebiets und die Infrastruktur eines Landes (Verkehrsverbindungen, Strom- und Wasserversorgung usw.). Während des Afghanistankriegs zum Beispiel führte die Kombination

der unwegsamen Geographie des Landes (mit über 4000 Meter hohen Bergen) mit der Knappheit an Hubschraubern und dem Fehlen anderer Transportmöglichkeiten dazu, dass viele Reporter tagelang darauf warten mussten, überhaupt in die Nähe des Geschehens zu kommen. Weiterhin ist die verfügbare Logistik und Ausrüstung von großer Wichtigkeit. Insbesondere für Fernsehkorrespondenten ist es essenziell, über die technische Möglichkeit zu verfügen, das eigene Material übermitteln zu können, aber auch Printjournalisten sollten in der Lage sein, mit ihren Redaktionen jederzeit kommunizieren zu können.

Ein Faktor von wahrhaft existenzieller Bedeutung ist die Sicherheitssituation vor Ort. Die Arbeit in Krisengebieten ist generell mit einer erhöhten Gefährdung des eigenen Lebens verbunden. Spätestens die jüngsten Kriege im Kosovo, in Afghanistan und im Irak haben aber gezeigt, dass Journalisten nicht länger unbedingt als neutrale Beobachter behandelt werden – als welche sie vielleicht von Zeit zu Zeit unglücklicherweise zwischen die Fronten geraten –, sondern dass sie genauso zu strategischen Zielen der Konfliktparteien werden können. Dementsprechend entscheidet oftmals die Sicherheitslage mit darüber, ob Berichterstatte vor Ort sein und die Geschehnisse selbst in Augenschein nehmen können.

Der Ort des Geschehens und damit auch der Zugang zu menschlichen Informationsquellen kann ebenso durch Konfliktparteien explizit versperrt werden. Restriktionen von Seiten der Konfliktparteien können sich zudem manifestieren in mehr oder weniger ausgeprägter Zensur, in der Androhung von Ausweisung aus dem Berichtsland oder persönlicher Nachteile im Fall des "Ungehorsams". Die Quellenlage kann zudem aus verschiedenen weiteren Gründen eingeschränkt sein: etwa, weil Informanten persönliche Nachteile befürchten, wenn sie mit Journalisten reden, weil sie ausländischen Reportern nicht trauen, oder aufgrund der kulturellen Gegebenheiten (z.B. wenn es Frauen nicht erlaubt ist, in der Öffentlichkeit zu sprechen). Selbst wenn menschliche Quellen zugänglich sind, bleibt immer die Frage, ob deren Aussagen durch unabhängige andere Quellen überprüft und wie sie in ihrer Glaubwürdigkeit eingeschätzt werden können.

Wiederum liegen die Konsequenzen für eine konstruktive Konfliktberichterstattung auf der Hand: Kein Zugang zu Orten und glaubwürdigen Quellen bedeutet Berichterstattung ohne direkte Beobachtung oder eigene Recherche und damit Second- (bzw. Third-, Forth-,...) Hand-Journalismus – und in der Folge nicht selten eine Berichterstattung, die auf unsicheren oder zweifelhaften Informationen basiert.

Schließlich ist es die Konfliktkonstellation selbst, die Auswirkungen auf die Berichterstattung hat. Je komplexer sich ein Konflikt hinsichtlich der Geschichte, der Kultur, der Zahl der Konfliktparteien und der Beschaffenheit der Konfliktthemen darstellt, desto schwieriger ist es für Journalisten (besonders für nur kurz im Lande weilende), die tatsächlichen Hintergründe des Konflikts und die eigentlichen

Interessen der Konfliktparteien zu verstehen und Lösungsoptionen richtig einzuschätzen.

3.3 Individuelle Merkmale des Journalisten

Die Berichterstattung wird weiterhin beeinflusst von der Person des jeweiligen Journalisten: von den persönlichen Werten, Überzeugungen und Motiven, von der journalistischen Sozialisation, dem Rollen- und Aufgabenverständnis als Journalist, vom Wissen, vom journalistischen Know-How und von der eigenen Erfahrung.

Etwas spezifischer auf Konfliktberichterstattung bezogen können wir drei Arten von Kompetenzen unterscheiden:

1. Über *journalistische Kompetenz* sollte im Grunde jeder gute Journalist verfügen: über die Fähigkeit, ein Thema gründlich zu recherchieren, einen Text informativ, gut strukturiert, spannend und sprachlich ansprechend zu schreiben, mit der notorischen Zeitknappheit umzugehen usw.
2. *Allgemeine Konfliktkompetenz* umfasst einerseits das theoretische Konfliktwissen, über das ein Journalist verfügt: Wissen über unterschiedliche Konflikttypen, Konfliktanalyse, Konfliktodynamiken, typische Konfliktverläufe und die damit einhergehenden kognitiven und emotionalen Veränderungen bei Beteiligten und Beobachtern (vgl. Kap. 1) sowie über Methoden und Techniken der Konfliktbearbeitung. Andererseits bezeichnet es auch das praktische Konfliktwissen. Dies beinhaltet das Wissen um die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen; die Fähigkeit, Risiken und Chancen eines Einsatzes realistisch abzuwägen, unter stark erschwerten Bedingungen zu recherchieren und mit den massiven Versuchen der Einflussnahme seitens der Konfliktparteien professionell umgehen zu können.
3. *Spezifische Konfliktkompetenz* beschreibt das Wissen, welches ein Journalist über einen konkreten Konflikt hat. Dazu gehören das Wissen um die historischen, kulturellen, religiösen, gesellschaftlichen und sozialen Hintergründe, Sprach- und Landeskenntnisse, Kenntnis des politischen und ökonomischen Systems, der beteiligten Akteure und ihrer Interessen und Motive.

Die Qualität der Berichterstattung eines Journalisten ist in einem großen Ausmaß abhängig von der Ausprägtheit dieser Kompetenzen. Diese wiederum hängt eng zusammen mit dem jeweiligen "Journalisten-Typus". Spezifische Konfliktkompetenz ist typischerweise hoch unter Langzeitkorrespondenten, die "ihr" Land aus jahrelanger eigener Anschauung meist sehr gut kennen. Dennoch kann die allgemeine Konfliktkompetenz bei ihnen niedrig sein (zum Beispiel wenn sie noch keinerlei Erfahrung mit Konfliktberichterstattung gesammelt haben). Der klassische Kriegsreporter dagegen hat für gewöhnlich einen hohen Level an allgemeiner Konfliktkompetenz – zumindest, was das praktische, nicht notwendigerweise, was

das theoretische Konfliktwissen anbelangt. Er ist beispielsweise normalerweise erfahren im Umgang mit bedrohlichen Situationen; weiß, wie man sich in einem Kriegsgebiet verhalten sollte, um nicht Gefahr zu laufen, verwundet, getötet oder gekidnappt zu werden. Die spezifische Konfliktkompetenz solcher Reporter dagegen kann relativ gering ausgeprägt sein, weil sich ihre Arbeitsweise nicht selten als eine Art Konfliktthopping beschreiben lässt: Es wird immer über den Konflikt berichtet, der gerade "en vogue" ist, sobald aber die Gewalt oder das Interesse der Öffentlichkeit etwas nachlassen, wendet man sich dem nächsten Konflikttherd zu.

Für eine konstruktive Konfliktberichterstattung sind Journalisten erforderlich, die über ein hohes Level sowohl an journalistischer Kompetenz als auch an allgemeiner und spezifischer Konfliktkompetenz verfügen.

Darüber hinaus ist das eigene Rollenverständnis von Bedeutung. Nach unserer Analyse gibt es im Rollenselbstverständnis von Konfliktberichterstattem einen gemeinsamen Kernbereich, der die folgenden Aufgaben umfasst: berichten, veranschaulichen, erklären, einordnen, bewerten. Dies deckt sich im Großen und Ganzen mit den Ergebnissen anderer Studien zum Rollenverständnis von Journalisten allgemein (Weischenberg et al., 1994; Preisinger, 2002) und speziell von Auslandskorrespondenten (Bengelstorff, 2003; Mücke, 2003). Unterscheiden lassen sich die Rollenselbstverständnisse von Konfliktberichterstattem durch das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Anliegens, das mit der Berichterstattung verbunden wird. Kennzeichen des Typus, den wir "Berichter und Erklärer *ohne* Anliegen" nennen, ist das explizite Ablehnen jeglicher mit der eigenen journalistischen Arbeit verfolgten Ziele, die über das Bemühen um eine professionelle Berichterstattung – im Sinne der oben als Kernbereich definierten Aufgaben – hinausgehen (nicht gemeint sind hier vom Inhalt der Berichterstattung zunächst unabhängige Ziele wie Geld verdienen, Karriere machen etc.). Das heißt, es werden keine Ober- oder Nebenziele benannt, die durch die eigene Arbeit erreicht werden sollen, es gibt keine Agenda hinter der eigenen Berichterstattung. Im Gegenteil, eine solche Rollenauffassung der Kollegen wird mitunter aufs Schärfste kritisiert, wie die folgende Äußerung eines Belgrader Zeitungskorrespondenten zeigt:

"Wie gesagt, ich betrachte mich nicht als einen Popen oder einen Prediger. Ein Journalist ist ein moralischer Mensch, wenn er wahrheitsgetreu berichtet. Punkt. Damit hat es sich. ... Ich mag weder Politiker mit einer Vision. Und ich kann auch Journalisten mit einer Vision überhaupt nicht ausstehen. Hab sehr viele Journalisten mit einer Vision in diesem jugoslawischen Krieg gesehen. Immer parteisch, immer blind praktisch für das, was geschieht, und das ist sehr gefährlich. Ein Journalist sollte versuchen, Abstand zu halten und objektiv zu bleiben, das ist alles."

Im Gegensatz dazu formulieren Journalisten, deren Rollenverständnis wir unter der Kategorie "Berichter und Erklärer mit Anliegen" zusammengefasst haben, eine Zielvorstellung, die über die Ablieferung von professioneller journalistischer Arbeit

hinausreicht. Die Anliegen selbst haben wiederum verschiedene Inhalte und sind unterschiedlich konkret. Sie bestehen zum Beispiel darin, einen Beitrag zum Frieden leisten zu wollen, bestimmte politische Positionen vermitteln oder ganz allgemein die Welt zu einem besseren Ort machen zu wollen. Beispielhaft dafür steht die Aussage einer Fernsehjournalistin:

"Ich glaube schon, dass ein Journalist auch ein Anliegen haben muss. Und wirklich politisiert sein sollte. Also auch gerne an der Meinungsbildung teilnimmt. Ich glaub nicht an den Journalisten als Technokraten, der einfach nur Information liefert. Finde ich ganz falsch. Ist vielleicht auch meine Generation, aber ich finde es gut, wenn Journalisten ein Anliegen haben. Nicht missionarisch, das ganz bestimmt nicht. Aber schon abzuwägen, was wäre ein besserer Zustand. ... Und ich denke, ich orientiere mich an einer Community innerhalb des Journalismus. Und das ist, wenn sie so wollen, die kritische Community, die, die möchte, dass Europa und die Welt ein besserer Ort werden."

Ob sich diese unterschiedlichen Rollenselbstverständnisse auch signifikant in der Berichterstattung niederschlagen, bleibt eine noch empirisch zu überprüfende Frage. In Anlehnung an das Modell eines zweistufigen Prozesses zum Friedensjournalismus (ASPR, 2003; vgl. Kap. 1), lassen sich jedoch folgende Hypothesen aufstellen:

- Journalisten mit und ohne Anliegen sollten prinzipiell in der Lage sein, deeskalationsorientierte Berichterstattung zu produzieren.
- Da lösungsorientierte Berichterstattung auf ein Ziel bzw. einen anderen Zustand hin orientiert ist, dürfte sie von Journalisten ohne Anliegen eher nicht zu erwarten sein.
- Journalisten mit Anliegen sollten eher über das Potenzial zu lösungsorientierter Berichterstattung verfügen. Möglicherweise laufen sie aber auch eher Gefahr, die nötige Distanz zu verlieren, parteiisch zu werden und dadurch letztlich wieder zur Eskalation beizutragen.

Generell ist zwischen dem Rollenselbstverständnis und der Berichterstattung eines Journalisten in der Regel allerdings weder ein direkter noch ein besonders starker Zusammenhang zu erwarten. Dies ergibt sich aus der Bedeutung der anderen in diesem Kapitel skizzierten Einflussfaktoren und aus generellen Befunden zum Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten (z.B. Ajzen, 1991). Andererseits ist die Erhebung von Rollenselbstbildern aber auch nicht, wie gelegentlich behauptet (vgl. Rühl, 1980), als irrelevant zu bezeichnen. Das Rollenselbstverständnis ist zwar nicht der einzige und wohl selten der bestimmende Faktor für die Berichterstattung, es kann aber unter entsprechenden Rahmenbedingungen durchaus von journalistischer Handlungsrelevanz sein.

3.4 Das öffentliche Klima

Für jeden Konflikt besteht innerhalb eines Landes ein bestimmtes öffentliches Klima. Unter dem öffentlichen Klima eines Konflikts verstehen wir das Ausmaß und die Art der öffentlichen Aufmerksamkeit, die dem Konflikt zuteil werden. Das öffentliche Klima ist charakterisiert durch die Menge und die Qualität von politischen Aktivitäten, den Umfang und die Qualität der medialen Berichterstattung, von öffentlichen Äußerungen oder Handlungen sonstiger Personen oder Gruppierungen (Intellektuelle, Künstler, Nichtregierungsorganisationen etc.), durch die Diversität an geäußerten Meinungen, den Polarisierungsgrad des öffentlichen Diskurses und auch durch die möglichen Sanktionen, die Abweichler vom Mainstream des Diskurses zu befürchten haben.

Eine wichtige Determinante für den Mediendiskurs über einen Konflikt ist der Grad der Konfliktbeteiligung des eigenen Landes. Hierbei kommt wiederum der Frage der militärischen Beteiligung enorme Bedeutung zu. Ob sich ein Land in einem Konflikt militärisch engagiert, entscheidet die politische Führung des Landes. Der mediale Diskurs und damit auch das öffentliche Klima werden deshalb sehr stark durch die Handlungen der politischen Klasse geprägt. Auf diesen Zusammenhang deuten zahlreiche theoretische und empirische Arbeiten hin.

In Anlehnung an Hallin (1986) und Herman und Chomsky (1988) stellt Bennett (1990) hinsichtlich der Beziehung von internationaler Politik und Massenmedien eine Indexing-Hypothese auf. Diese besagt, dass sich Massenmedien in Bezug auf ein bestimmtes Thema jeweils mit der Bandbreite von Standpunkten und Sichtweisen auseinandersetzen, die innerhalb des politischen Mainstreams diskutiert wird. Andere, d.h. nicht-"offizielle" Stimmen aus dem weiten Spektrum sonstiger denkbarer Quellen tauchen in Nachrichten und Kommentaren dann auf, wenn entsprechende Meinungen auch bereits in den offiziellen Kreisen geäußert werden. Die Medien erweisen sich demnach als abhängig von der Dynamik der Debatten innerhalb der politischen Elite. Dies soll zumindest für die führenden Medienorganisationen gelten, welche die tägliche Nachrichtenagenda bestimmen. Wenn Stimmen von außerhalb der offiziellen Debatte doch gelegentlich in Nachrichtenmedien auftauchen, dann normalerweise in Zusammenhängen, die einen negativen Interpretationskontext für deren Positionen schaffen. Zum Beispiel werden Positionen der Friedensbewegung zwar mitunter wiedergegeben, aber deren Anhänger häufig zugleich als weltfremde Idealisten oder naive Träumer dargestellt, so dass ihre Argumente und Ideen oft von vornherein als unrealistisch, nicht ernst zu nehmend oder gar als gefährlich erscheinen.

Eine beachtliche Menge an empirischen Studien kann als Bestätigung dieser Abhängigkeit der Medienberichterstattung von der führenden politischen Klasse des jeweiligen Landes gewertet werden (z.B. Zaller & Chui, 1996; Mermin, 1999; Eilders & Lüter, 2000; Grundmann et al., 2000; Høijer, Nohrstedt & Ottosen, 2002).

Schon unabhängig von der unmittelbaren Konfliktbeteiligung des eigenen Landes ist in den deutschen Medien eine generelle Tendenz zum Mainstream zu beobachten, wenn es sich um außenpolitische Themen handelt. Selbst bei Zeitungen mit eindeutig verschiedenen politischen Orientierungen besteht ein bemerkenswerter Grad an Übereinstimmung, was die Berichterstattung über den Themenkomplex internationale Beziehungen angeht (Eilders, 2001). Vergleichende Studien zur Berichterstattung über den Golfkrieg und den Bosnien-Konflikt in amerikanischen und europäischen Medien legen schließlich die Hypothese eines Zusammenhangs zwischen dem Grad der Beteiligung eines Landes und dem Grad der Polarisierung und Eskalationsorientierung der Medienberichterstattung nahe (Kempf, 1998).

Für Kempf sind die Mainstream-Berichterstattung und die Eskalationsorientierung der Medien zumindest zum Teil der Tatsache geschuldet, dass Journalisten selbst Mitglieder der Gesellschaft sind, für die sie berichten, und darum an denselben psychologischen Prozessen teilnehmen, die sich vollziehen, wann immer ein Konflikt eher als Konkurrenzprozess denn als kooperativer Prozess konzeptualisiert wird. Diese psychologischen Prozesse beinhalten die soziale Verpflichtung auf den Sieg über den Gegner sowie die steigende Tendenz, den Konflikt als ein Nullsummenspiel zwischen "Gut" und "Böse" darzustellen und die Suche nach Kompromissen oder Vermittlung von außen als Verrat zu denunzieren (vgl. Kap. 1).

Aufbauend auf diesen Forschungsergebnissen und den eigenen Interviewdaten werden wir im Folgenden den Grad der militärischen Konfliktbeteiligung eines Landes und seiner Verbündeten als Bestimmungsmerkmal heranziehen, um ein Modell verschiedener Klimazonen von Konfliktdiskursen mit typischen klimatischen Bedingungen zu entwickeln.

Entlang einer Skala möglicher Ausprägungen von Konfliktbeteiligung lassen sich sieben Konflikttypen identifizieren, die sieben verschiedene Klimazonen konstituieren. *Klimazone I* ist definiert durch die direkte militärische Beteiligung des eigenen Landes und die breite Unterstützung der politischen Elite. Im Falle Deutschlands stehen dafür beispielhaft der Kosovo- und der Afghanistankrieg. *Klimazone II* bezeichnet eine direkte militärische Beteiligung des eigenen Landes bei kontroverser Haltung der politischen Elite, was in Deutschland am ehesten auf den Bosnienkonflikt zutrifft. *Klimazone III* ist gegeben bei fehlender direkter militärischer Beteiligung des eigenen Landes, aber einer militärischen Beteiligung von Verbündeten bei gleichzeitiger Unterstützung durch die eigene politische Führung. Für Deutschland ist hierfür der Golfkrieg 1991 ein Beispiel. *Klimazone IV* ist gekennzeichnet durch militärische Beteiligung von Verbündeten bei gleichzeitiger Missbilligung durch die eigene politische Führung, wie etwa im Fall des Irakkriegs 2003, als Deutschlands Regierung den Angriffskrieg der USA ablehnte.¹ In *Klimazone V* gibt es eine militärische Konfliktbeteiligung von Verbündeten und keine

eindeutige Unterstützung oder Missbilligung durch die eigene politische Führung. Exemplarisch hierfür steht der Konflikt zwischen Israel und Palästina. Klimazone VI bedeutet keine militärische Beteiligung des eigenen Landes oder von Verbündeten, aber andere Gründe des Interesses (z.B. ökonomische, historische oder kulturelle Verbindungen zu einer Konfliktpartei, eine mögliche "Bedrohung des Weltfriedens" wie im Konflikt zwischen Indien und Pakistan oder exzessive Gewalt wie in Ruanda Mitte der 1990er). Mit Klimazone VII schließlich sollen die Fälle beschrieben werden, in denen es weder eine militärische Beteiligung des eigenen Landes oder von Verbündeten gibt noch andere Gründe aktuellen Interesses (z.B. – stellvertretend für viele Konflikte in Afrika – der Bürgerkrieg in Burundi).

Klimazone	Bestimmungsmerkmal	Beispiele (deutsche Perspektive)
I	Direkte militärische Beteiligung des eigenen Landes und breite Unterstützung der politischen Elite	Kosovo, Afghanistan
II	Direkte militärische Beteiligung des eigenen Landes, Kontroverse innerhalb der politischen Elite	Bosnien
III	Militärische Beteiligung von Verbündeten und Unterstützung durch die eigene politische Führung	Golfkrieg 1991
IV	Militärische Beteiligung von Verbündeten, aber Missbilligung durch die eigene politische Führung	Irakkrieg 2003
V	Militärische Beteiligung von Verbündeten, keine eindeutige Unterstützung oder Missbilligung durch die eigene politische Führung	Israel/Palästina
VI	Keine militärische Beteiligung des eigenen Landes oder von Verbündeten, aber andere Gründe des Eigeninteresses (z.B. historische Verbindungen, mögliche "Bedrohung des Weltfriedens", exzessive Gewalt usw.)	Indien/Pakistan, Ruanda, Ost-Timor
VII	Keine militärische Beteiligung des eigenen Landes oder von Verbündeten, kein anderes aktuelles Eigeninteresse	Burundi

Tabelle 1: Klimazonen – Bestimmungsmerkmale und Beispiele

- 1 Sowohl im Golfkrieg 1991 als auch im Irakkrieg 2003 war Deutschland am Kriegsgeschehen beteiligt: 1991 durch die Entsendung von Soldaten in die Krisenregion und mannigfaltige logistische Unterstützung, 2003 durch die Duldung der Einbeziehung deutschen Luftraums und deutschen Hoheitsgebiets. Dies spielte – außer in der Friedensbewegung – in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch so gut wie keine Rolle und wird darum auch in unserer Einteilung nicht als "direkte militärische Beteiligung" gewertet.

Wie bereits erwähnt, ist das politische Klima charakterisiert durch die Menge an politischen Aktivitäten, die einem Konflikt zuteil werden, den Umfang der medialen Berichterstattung, die Art des politischen Diskurses und die möglichen negativen Konsequenzen, die Abweichler vom Mainstream der politischen Meinung zu befürchten haben. Innerhalb der sieben Klimazonen haben diese Charakteristika jeweils typische Ausprägungen. Diese typischen Ausprägungen nennen wir klimatische Bedingungen. Die klimatischen Bedingungen in Klimazone I beispielsweise sind gekennzeichnet durch eine enorme Menge sowohl an politischen Aktivitäten als auch an medialer Berichterstattung, einen hoch emotionalisierten und polarisierten Diskurs, eine Tendenz zu einem starken Mainstream, eine Tendenz zur Eskalationsorientierung in der Berichterstattung sowie durch potenziell massive negative Konsequenzen für Abweichler vom medialen Mainstream. In Klimazone VII dagegen ist die Menge politischer Aktivitäten normalerweise mäßig, der Umfang der Berichterstattung minimal und ein politischer Diskurs in der Regel überhaupt nicht existent, weswegen Abweichungen von selbigem gar nicht möglich sind.

In Tab. 2 sind die charakteristischen Merkmale aller sieben Klimazonen dargestellt.

Wir verwenden die Klima-Metapher, weil – ebenso wie das Klima nur die Rahmenbedingungen für das Wetter – auch das Konfliktklima nur einen groben Rahmen für die Berichterstattung über den jeweiligen Konflikt vorgibt. Die klimatischen Bedingungen sind als Kontextbedingungen zu verstehen, die den Handlungs- und Gestaltungsspielraum für Konfliktberichtersteller zu einem gewissem Grad abstecken, d.h. diesen in eine bestimmte Richtung öffnen oder einengen. Das Klima determiniert jedoch nicht das Wetter, d.h. in unserem Fall die konkrete Ausprägung der Berichterstattung. Innerhalb einer Klimazone sind immer noch sehr verschiedene Arten der Berichterstattung denkbar, die sich wie das richtige Wetter auch lokal deutlich unterscheiden können. Dennoch – und das soll mit der Metapher ausgedrückt werden – ist davon auszugehen, dass in unterschiedlichen Klimazonen bestimmte Wetterlagen wahrscheinlicher, andere dagegen unwahrscheinlicher auftreten werden.

Die Charakterisierungen in unserem Klimazonen-Modell sind somit eher als Tendenzen denn als enge Definitionen zu verstehen. Zudem müssen einzelne Aussagen mangels ausreichender empirischer Daten vorläufig hypothetisch bleiben. Für die generelle Annahme dieser Zusammenhänge bieten die oben dargestellten Befunde jedoch eine hinreichende empirische und theoretische Fundierung.

In unserem Zusammenhang besonders interessant ist der Einfluss, den ein bestimmtes öffentliches Klima auf die Möglichkeiten des einzelnen Journalisten ausübt. In den Klimazonen VI und VII gibt es normalerweise keinen polarisierten oder überhaupt keinen Diskurs in Bezug auf den Konflikt. Korrespondenten, die über einen Konflikt mit solchen klimatischen Bedingungen berichten, haben darum zu-

nächst einmal scheinbar die größtmöglichen Freiheiten, sowohl was die Auswahl ihrer Themen anbelangt als auch was die Bewertung der Situation und die Kommentierung von Äußerungen und Handlungen der Konfliktparteien betrifft. In der Regel gehören sie zu einem überschaubaren Kreis der Konfliktexperten, weshalb sie die Meinungs- und Deutungshoheit über den Konflikt selbst beanspruchen können bzw. mit nur wenigen anderen Kollegen teilen müssen. Selbst wenn die Konfliktgeschehnisse Stoff für eine kontroverse Diskussion liefern, bleibt der Diskurs darüber zumeist ein Expertendiskurs, der von der breiteren Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird – weil die Öffentlichkeit und auch der Großteil der Journalisten zu wenig über diesen Konflikt weiß und zu wenig Interesse daran hat, sich eingehender darüber zu informieren. Entsprechend müssen Journalisten, die

Klimatische Bedingungen				
Klima- zone	Menge poli- tischer Akti- vitäten	Menge an Berichter- stattung	Art des politischen Diskurses	Wahrscheinlich- keit negativer Konsequenzen für Abweichler
I	Enorm	Enorm	Hoch emotional stark polarisiert Tendenz zum ausgepräg- ten Mainstream starke Tendenz zur Eskalationsorientierung	Sehr hoch
II	Enorm	Enorm	Hoch emotional stark polarisiert Tendenz zur Eskalations- orientierung	Mäßig
III	Enorm	Enorm	Hoch emotional stark polarisiert Tendenz zum Mainstream Tendenz zur Eskalations- orientierung	Mäßig
IV	Groß	Enorm	Emotional, polarisiert	Mäßig
V	Groß	Groß bis enorm	Emotional, polarisiert, aber größere Wahr- scheinlichkeit auch aus- gewogener Sichtweisen	Gering
VI	Mäßig	Normalerweise mäßig; für einen kürzeren Zeitraum ggf. auch groß	Sachorientiert/rational oder emotional, aber normalerweise nicht pola- risiert	–
VII	Mäßig	So gut wie keine	Diskurs quasi inexistent	–

Tabelle 2: Klimazonen und ihre klimatischen Bedingungen

über solche unbeachteten Konflikte berichten, normalerweise keine negativen Konsequenzen befürchten, was immer sie auch schreiben oder senden – so lange es nur die gängigen journalistischen Standards erfüllt. Das zentrale journalistische Problem liegt in solchen Fällen allerdings darin, den Konflikt überhaupt zum Thema zu machen und ihn als Nachricht oder in Form einer Reportage in den Medien unterzubringen: Die Freiheit der Themenauswahl ist durch das Desinteresse bzw. den unterschiedlichen Fokus der Heimatredaktionen letztlich wieder stark begrenzt (vgl. Mücke, 2003).

Bei Konflikten, die einen wahrnehmbaren öffentlichen Diskurs hervorrufen (Klimazonen I–V), liegen die Dinge genau andersherum. Eigene Stücke über den Konflikt in den Medien zu platzieren gelingt dann vergleichsweise unproblematisch. Jedoch stellen wir die These auf, dass die potenziellen negativen Konsequenzen für Abweichler vom Mainstream sich umso gravierender darstellen, je größer der Grad der Konfliktbeteiligung des eigenen Landes, je ausgeprägter der Mainstream der Berichterstattung und je polarisierter der öffentliche Diskurs ist. Als Belege hierfür lassen sich Beispiele aus den Mediendiskursen unterschiedlicher Länder zu unterschiedlichen Konflikten anführen. Für Journalisten, die (z.B. in den USA während der Kriege gegen Afghanistan und gegen den Irak oder in Deutschland während des Kosovokrieges oder nach dem 11.9.2001) eine gegenläufige Position zum Mainstream der politischen und medialen Elite vertreten haben, hatte dies zum Teil äußerst unangenehme Folgen. Die Konsequenzen reichten von der Ablehnung der entsprechenden journalistischen Produkte über öffentliche Angriffe, Herabsetzungen und Diskreditierungsversuche durch Kollegen oder Politiker bis zur Abmahnung, Versetzung oder Entbindung von den Aufgaben durch den Arbeitgeber (vgl. z.B. von Olenhusen, 2000; Reporters Without Borders, 2001; Kondopoulou, 2002; Neuber, 2002; Bläsi, 2004).

Beispielhaft hierfür steht die Geschichte eines freien Journalisten, der nach dem 11.9.2001 einen Dokumentarfilm über einen deutschen Lehrer gedreht hatte. Selbiger Lehrer war aus disziplinarischen Gründen versetzt worden, nachdem er auf einer Schülerkundgebung die Politik der USA scharf kritisiert hatte. Tatsächlich machte der Journalist beim Versuch, seinen Film bei einem zunächst kooperationswilligen Sender wie vereinbart abzusetzen, am Ende eine ähnliche Erfahrung:

"Es gab mehrere Abnahmeversuche, und bei jedem Abnahmeversuch wurden andere Einwände vorgebracht. Einwände sind zunächst nichts Ungewöhnliches, man kann als Autor nicht davon ausgehen, dass die Redaktion jede Wendung eines Films mit trägt. Sie hat eine Sorgfaltspflicht sowohl gegenüber dem TV-Publikum als auch gegenüber dem Autor. Ungewöhnlich war, dass die auf Verlangen der Redaktion vorgenommenen Änderungen zu immer neuen Änderungsverlangen führten. Dieser Prozess zog sich über mehrere Monate hin. Die Deaktualisierung des Filmstoffs begann. Schließlich wurde das vorliegende Drehbuch in Zweifel gezogen, obwohl dieses Drehbuch verbindlich war. Wenn ein Sender an diesen Punkt gelangt, macht er klar, dass die Geschäftsgrundlage gekündigt werden soll. Anders

ausgedrückt: Die Fertigstellung der Produktion und ihre Ausstrahlung sollen übergeordneten Interessen geopfert werden."

Noch gravierender erscheint die Tatsache, dass diese Episode für den Journalisten massive negative Langzeitfolgen mit sich brachte:

"Zum Zeitpunkt dieser Auseinandersetzungen war eine Anschlussproduktion bereits in Vorbereitung. Die entsprechende Bewilligung, die von den vorgesetzten Stellen der jeweiligen Redaktion abgezeichnet werden muss, kam prompt zurück. Eine weitere Zusammenarbeit mit jenem Autor, der sich an den Rundfunkrat, also an die Legislative des Senders gewandt hatte, komme nicht in Frage, hieß es. ... Dieses faktische Beschäftigungsverbot war bitter."

Was lässt sich aus diesen Erfahrungen und unserem Modell klimatischer Zonen mit spezifischen klimatischen Bedingungen lernen im Hinblick auf die Implementierung von konstruktiver Konfliktberichterstattung? Es ist anzunehmen, dass die Umsetzung von Friedensjournalismus leichter sein sollte in Konflikten, an denen weder das eigene Land beteiligt ist noch beteiligte Verbündete die Unterstützung der eigenen politischen Elite erfahren. In solchen Fällen scheinen die Chancen für eine ausgewogene, allseitige, wahrheits- und win-win-orientierte Berichterstattung besser zu stehen. Im Gegensatz dazu ist zu erwarten, dass für friedensjournalistische Ansätze ungünstigere Bedingungen vorzufinden sind, wenn das eigene Land oder Verbündete mit Unterstützung der eigenen politischen Elite am Konflikt beteiligt sind. In einem stärker polarisierten und eskalationsorientierten öffentlichen Klima haben es deeskalationsorientierte bzw. lösungsorientierte Ansätze (wie in Kap. 1 dargestellt) ungleich schwerer, im Mediendiskurs eine relevante Rolle zu erlangen.

3.5 Lobbyismus und Informationsmanagement

Konfliktberichterstattung beschäftigt sich in der Regel nicht mit hoch abstrakten Themen, sondern handelt meist von den konkreten Meinungsäußerungen, Absichten und Handlungen von Politikern, Parteien, Militärs, Organisationen und Verbänden, sonstigen Interessensgruppen oder der Bevölkerung. Diejenigen, die zum Objekt der Berichterstattung werden, haben für gewöhnlich ein natürliches Interesse daran, in einem positiven Licht dargestellt zu werden. Dies trifft zumindest auf die Konfliktparteien zu, die daran interessiert sind, die Unterstützung oder wenigstens die Billigung der Öffentlichkeit – oder von Teilen der Öffentlichkeit – zu erlangen.

Die Folge sind oftmals Versuche, die Berichterstattung zu beeinflussen und die Medien für die eigenen Zwecke zu benutzen. Solche Beeinflussungsversuche haben das Ziel, die eigene Meinung oder Interpretation eines Sachverhalts an möglichst prominenter Stelle und auf möglichst überzeugende Weise in den Medien zu platzieren.

In internationalen Konflikten sind die gewichtigsten Lobbyisten typischerweise Akteure aus der Politik und – sofern es beteiligt ist – aus dem Militär. Daneben versuchen andere Interessensgruppen wie Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (insbesondere Friedens- und Hilfsorganisationen) oder die Kirchen ebenfalls, ihre Ansichten in die Öffentlichkeit zu bringen.

Lobbying umfasst sehr verschiedene Strategien und Tätigkeiten. Es kann in der reinen Darbietung neuer oder alternativer Informationen bestehen; einer Strategie, auf die sich z.B. die meisten Nichtregierungsorganisationen beschränken – sei es mangels weiterer Ressourcen oder sei es aus eigener Überzeugung.

Beeinflussungsversuche der Medien können jedoch auch im Rahmen eines wohl durchdachten und hoch professionalisierten Systems des Informationsmanagements organisiert sein, innerhalb dessen klar definiert ist, welche Information wem zu welchem Zeitpunkt gegeben wird, wer Zugang zu relevanten Orten und Personen erhält und wer nicht, welche Informationen zurückgehalten werden, welche Bilder gezeigt werden und welche nicht, wie die eigenen Handlungen und die Handlungen des Gegners interpretiert werden und ebenso, wann bewusst verwirrende oder falsche Informationen verbreitet werden (vgl. Luostarinen & Ottosen, 2002). So sind in verschiedenen US-Ministerien ganze Stäbe mit der Herstellung und Verbreitung "strategischer Information" betraut, die sowohl in der eigenen Bevölkerung als auch in anderen Ländern für eine erhöhte Akzeptanz der US-Außenpolitik sorgen sollen (Claßen, 2003). Längst ist auch das Engagement professioneller PR-Agenturen zur Planung und Durchführung entsprechender Imagekampagnen keine Seltenheit mehr (vgl. Manheim & Albritton, 1984; Kunczik, 1990; MacArthur, 1992; Beham, 2000).

Konfliktberichtersteller sind sich dieser Zusammenhänge und Strategien in der Regel durchaus bewusst. Das Gegenteil wäre allerdings auch eher verwunderlich. Denn zum einen sind Desinformation und Propaganda seit jeher Bestandteil der Kriegführung – die Redewendung, wonach das erste Opfer des Krieges die Wahrheit sei, ist mittlerweile auch außerhalb der Profession des Journalismus schon fast zum Allgemeingut geworden. Zum anderen machen die Akteure auf der politischen und militärischen Seite kaum einen Hehl aus der Bedeutung, die derartigen Bemühungen beigemessen wird. So konstatiert etwa der ehemalige NATO-Sprecher Jamie Shea: "Die Medienkampagne zu gewinnen, ist genauso wichtig, wie die militärische Kampagne für sich zu entscheiden" (Shea, 2000, S. 214) und skizziert im selben Beitrag detailliert die Methoden, mittels derer sich die NATO-Strategen während des Kosovokriegs der Medien "bedienten" (Shea). Schließlich ist der kritische Umgang mit Lobbyisten und so genannten Spindoctors keine spezifische Aufgabe der Konflikt- oder Kriegsberichterstattung, sondern gehört im Rahmen politischer Berichterstattung auch in Friedenszeiten zum täglichen Brot von Journalisten.

Und dennoch: Das Wissen um die Strategien und Methoden des Informationsmanagements macht Konfliktberichterstatteer keineswegs immun dagegen, gerade in Kriegszeiten immer wieder den Darstellungen und Interpretationsmustern der Konfliktparteien anheim zu fallen. Auch langjährige Erfahrung schützt davor nicht, wie die Korrespondentin eines deutschen Nachrichtenmagazins im Rückblick auf den Kosovokrieg schildert:

"Das kann ihnen immer mal passieren, dass sie irgend so einer Lüge aufsitzen. Und das erfahren sie dann in der Regel erst zwei Jahre später. Wenn dann doch die ersten Memoiren erscheinen und die ersten Leute berichten, was da wirklich stattfand, von Politikern oder den Beteiligten. Dann sitzen sie schon mal dort und sagen, verdammt noch mal, da bin ich denen aber aufgesessen. Also sie sind nicht der Allmächtige, der immer sagen kann: Du lügst und du lügst nicht. Die Propaganda ist ja zum Teil sehr gut. Zum Teil ist sie durchschaubar. Was aber doch beim Krieg manchmal dazu führte, dass man bei der serbischen Propaganda grundsätzlich sagte, sie lügt. Und bei den anderen eher geneigt war, denen mehr zu glauben. Das muss man also im Nachhinein sagen. Wenn ich heute so manche Artikel oder Memoiren lese, oder auch höre, was jetzt bei dem Prozess gegen Milosevic alles bezeugt oder nicht bezeugt wird, würde ich sagen, manchmal hatten auch die Serben Recht mit ihrer Propaganda oder ihrer Information, und ich hab es ihnen nicht geglaubt."

Ein Patentrezept für den Umgang mit den Informationsstrategien der Konfliktparteien gibt es demnach nicht, allenfalls ein Bündel möglicher Gegenstrategien, über das Journalisten im Idealfall verfügen: ausreichende Vorbereitung und gute Kenntnis des Konflikts und seiner Akteure, ständige Überprüfung der Herkunft und Validität von Informationen, kritisches Hinterfragen, wer welches Interesse an der Verbreitung bestimmter Nachrichten hat, Darbietung alternativer Interpretationen von Informationen, unsichere Informationen transparent machen oder ggf. nicht berichten; Strategien des Informationsmanagements selbst zum Thema machen.

3.6 Die Rezipienten

Die Kommunikationsforschung hat sich extensiv mit Medienwirkungen auf die Rezipienten beschäftigt (vgl. Schorr, 2000). Auch wenn heute im Allgemeinen davon ausgegangen wird, dass es sich zwischen Medien und Rezipienten nicht um einen streng linearen Kommunikationsprozess handelt, so hat dennoch der Einfluss, den die Rezipienten ihrerseits auf die Medien ausüben, vergleichsweise wenig Beachtung gefunden.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass ein solcher Einfluss nicht existieren würde. Wie bei allen anderen Produkten, die sich am Markt behaupten müssen, wird der Erfolg von Medienerzeugnissen bestimmt durch Angebot und Nachfrage (und, darüber vermittelt, durch die Zahl und Zahlungsbereitschaft von Anzeigen- und Werbekunden). Die Nachfrage wiederum hängt ab von den Interessen, vom Wissen, von den Gewohnheiten und den Erwartungen der Medienrezipienten. Allein

wenn man in Betracht zieht, welche Summen von Medienunternehmen für Leser- oder Zuschaueranalysen ausgegeben werden, kann man davon ausgehen, dass die Interessen der Mediennutzer nicht ohne Belang für die Berichterstattung sind. Dieser Einfluss äußert sich mit Sicherheit in den seltensten Fällen auf solch direkte Weise, dass Journalisten ihre Meinung bezüglich eines bestimmten Themas an den Ansichten der Rezipienten ausrichten. Der Einfluss kommt vielmehr zum Tragen in der Auswahl der Themen, in der redaktionellen Entscheidung, über welches Thema in welchem Ausmaß berichtet wird, sowie in Fragen der Präsentation und des Layouts der Berichterstattung.

Für konstruktive Konfliktberichterstattung könnte ein Problem unter Umständen darin bestehen, dass Rezipienten mit anderen Gewohnheiten und Erwartungen an die Berichterstattung herangehen und ihnen friedensjournalistische Ansätze darum zunächst als unrealistisch, zu unspektakulär oder zu kompliziert erscheinen mögen. Die Ergebnisse der in Kap. 7 und 8 dargestellten Rezeptionsstudien weisen jedoch darauf hin, dass Artikel mit Merkmalen konstruktiver Konfliktberichterstattung in der Wahrnehmung der Leser keineswegs schlechter abschneiden als originale Zeitungsartikel oder betont eskalationsorientierte Nachrichtentexte.

Im folgenden Schaubild werden die sechs Einflussfaktoren auf Konfliktberichterstattung nochmals zusammengefasst.

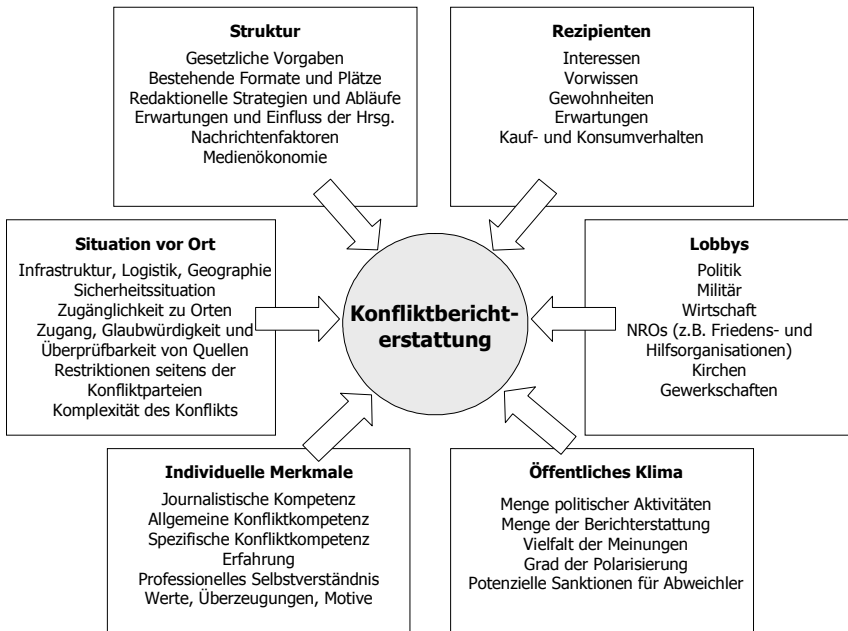


Abbildung 1: Einflussfaktoren auf die Konfliktberichterstattung

4 Diskussion und Ausblick

Das hier präsentierte Modell ist offenkundig ein vereinfachtes Modell. Die Beziehungen zwischen den Einflussfaktoren sind in der Realität viel komplexer als in dem Schaubild dargestellt. Tatsächlich beeinflussen sich viele Faktoren gegenseitig, oftmals liegt auch eine Interaktion zwischen verschiedenen Faktoren vor. Schließlich können einige Aspekte des Produktionsprozesses nicht eindeutig einem Faktor zugeordnet werden. In unserem Modell sind zum Beispiel "Lobbys" als eigenständiger Einflussfaktor klassifiziert, auch wenn von Lobbygruppen praktizierte Strategien des Informationsmanagements natürlich ebenfalls Teil der Konfliktsituation vor Ort sind.

Trotz dieser Vereinfachungen soll das Modell dazu beitragen, die Komplexität des Produktionsprozesses von Konfliktberichterstattung besser zu verstehen. Ein solches Verständnis der Komplexität und der Verwobenheit der verschiedenen Faktoren ist unabdingbar, wenn man daran gehen will, das Endprodukt des Produktionsprozesses, die tatsächliche Berichterstattung, zu verändern. Genau dieses schwierige Unterfangen ist jedoch das Ziel der Bemühungen in Richtung Friedensjournalismus.

Bislang beschränken sich Implementierungsstrategien weitgehend darauf, Handreichungen und Trainings für Journalisten mit dem Ziel anzubieten, deren Konfliktkompetenz zu fördern und zu erweitern (z.B. McGoldrick & Lynch, 2000). Solche Manuale oder Trainings sind begrüßenswert und ein wichtiger Schritt in Richtung Friedensjournalismus. Es wird jedoch nicht ausreichen, sich nur auf die individuellen Fähigkeiten von Journalisten zu konzentrieren. Jeder damit erzielte Effekt wird von begrenzter Reichweite bleiben, solange die Hindernisse auf anderen Ebenen nicht angegangen werden.

Vereinzelte Vorschläge, an anderen Punkten anzusetzen, liegen schon vor. So empfiehlt zum Beispiel Krotz (2001), dass Medienunternehmen verschiedener Länder gemeinsam einen eigenen Satelliten betreiben sollten, um weniger von den Informationen der Konfliktparteien abhängig zu sein. Shinar (2004) problematisiert die Tatsache, dass Friedensereignisse normalerweise einen geringen Nachrichtenwert besitzen und stellt darum Überlegungen an, wie der Nachrichtenwert solcher Ereignisse erhöht werden könnte. Manche Journalisten versuchen bereits, sich selbst neue Strukturen zu schaffen, in denen friedensjournalistische Ansätze verwirklicht werden können und zum Teil auch ihren Weg zurück in die Mainstreammedien finden (vgl. das Projekt "Peace Counts", www.peace-counts.org).

In der Zukunft wird es also darum gehen, eine umfassende Implementierungsstrategie zu entwickeln, die sämtliche Einflussfaktoren auf die Konfliktberichterstattung sowie die damit verbundenen Schwierigkeiten berücksichtigt und die Lösungsansätze für den Umgang mit diesen Schwierigkeiten beinhaltet. Lösungs-

ansätze, die ganz konkrete Möglichkeiten aufzeigen, konstruktive Konfliktberichterstattung zu realisieren, auch und gerade in einer dafür ungünstig erscheinenden Medienumwelt.

Andernfalls werden friedensjournalistische Modelle vielleicht eine Handvoll idealistischer und hoch motivierter Reporter inspirieren, aber nicht die kritische Zahl von Journalisten, die nötig sein wird, um eine spürbare Veränderung in der Konfliktberichterstattung herbeizuführen.

Möglichkeiten und Grenzen konstruktiver Nachkriegsberichterstattung

Susanne Jaeger & Wilhelm Kempf

1 Einleitung

Welche Freiräume stehen Nachrichtenmedien für eine konstruktive, an Peace Building, Demokratisierung und Versöhnung orientierte Konflikt- bzw. Nachkriegsberichterstattung zur Verfügung? Welchen Handlungsspielraum lassen die Bedingungen der Nachrichtenproduktion für konstruktive Konfliktberichterstattung? Wie flexibel können die gängigen Selektionskriterien der Nachrichtenauswahl gehandhabt werden? Lassen sich wenigstens in der Nachkriegsberichterstattung Ansätze eines deeskalationsorientierten Journalismus nachweisen, und welcher rhetorischen Mittel bedienen sich Journalisten zu deren Umsetzung? Welche Möglichkeiten eröffnen sich dem Journalismus für eine konstruktive Wendung des Kriegsdiskurses nach Ende des Krieges, und welchen Einschränkungen unterliegt er aufgrund der im Kriegsdiskurs dominant gewordenen mentalen Modelle und gesellschaftlichen Grundüberzeugungen? Wie kann von journalistischer Seite auch kreativ damit umgegangen werden? Hat eine deeskalationsorientierte Berichterstattung überhaupt eine Chance, vom Publikum akzeptiert zu werden? Und hat sie auch tatsächlich einen Effekt auf die mentalen Modelle, welche der Wirklichkeitswahrnehmung der Rezipienten zugrunde liegen?

Die Ergebnisse des vorliegenden Forschungsprojektes eröffnen eine durchaus hoffnungsvolle Perspektive für die Nutzung der Nachrichtenmedien als Ressource für Konfliktabbau und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften: Sowohl Journalisten als auch ihr Publikum sind offener und kompetenter, als häufig angenommen wird. Weder sind Journalisten notwendig darauf fixiert, Schwarz-Weiß-Malerei zu produzieren, noch das Publikum darauf, sich durch polarisierte Berichte und die Akzentuierung von Gewalt verdummen zu lassen.

2 Die Berichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Ergebnisse zur deutschen Presseberichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Kap. 3–4) zeigen, dass die Nachrichtenfaktoren Negativis-

mus, Personalisierung und Elite-Orientierung die Nachkriegsberichterstattung tatsächlich nicht in dem Ausmaß geprägt haben, wie es von den theoretischen Modellen der Nachrichtenselektion beschrieben wird. Positive oder neutrale Themen wurden durchgehend über den gesamten Analysezeitraum häufiger zum Berichtgegenstand gemacht als negative. Eine Personalisierung der Berichterstattung fand vergleichsweise selten statt. Strukturellen und die französische Bevölkerung betreffenden Themen wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Elite-Orientierung der Berichterstattung ließ nach Gründung der Bundesrepublik deutlich nach.

Die prominente Behandlung kultureller Themen brachte Frankreich dem deutschen Zeitungsleser als Nachbar und Kulturnation nahe und unterstützte so die europäische Aussöhnungspolitik. Bezüglich der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Nachkriegsprozesse ist allerdings anzumerken, dass die Ausgangsbedingungen hier in verschiedener Hinsicht sehr günstig waren: Die deutsch-französische Aussöhnung war von allen Seiten politisch erwünscht, Deutschland war schon lange vor dem Krieg – und selbst während des Krieges – in gewisser Weise von der französischen Kultur fasziniert usw.

Ansätze für eine deeskalations- und versöhnungsorientierte Berichterstattung konnten über alle von der deutschen Presse aufgegriffenen Themenbereiche hinweg gefunden werden. Diese beinhalten sowohl ein deeskalationsorientiertes Framing der berichteten Ereignisse als auch darüber hinaus weisende journalistische Ansätze, ein sympathisches Bild von "den anderen" zu zeichnen, Verständnis für französische Belange zu wecken und auf diese Weise zu einer neuen, partnerschaftlicheren Definition der Beziehung beizutragen. Vor allem die Entwicklung freundschaftlicher Kontakte zwischen den Bevölkerungen beider Länder stieß in der Presse auf überaus freudige Resonanz und die Berichterstattung ermutigte zu einem Aufeinanderzugehen. In den frühen Nachkriegsjahren zeigen sich die Zeitungen teilweise geradezu enthusiastisch hinsichtlich der Aussichten auf eine kooperative Zukunft und der eigenen Bereitschaft, sich für eine deutsch-französische Aussöhnung zu engagieren. Die französische Bevölkerung wird zum positiven Beispiel für mutige und tatkräftige Alltagsbewältigung im zerstörten Europa. Die deutsche Kriegsvorgangeneheit wird allerdings – wenn überhaupt – eher beschämt zurückhaltend thematisiert.

Insbesondere in den 1960er Jahren werden vor allem wirtschaftliche und politische Kontroversen jedoch zunehmend als Konkurrenzsituation statt als gemeinsam zu lösende Probleme interpretiert. Der Stolz auf die deutschen Nachkriegsleistungen kommt nicht selten in einer Weise zum Tragen, dass man eher mitleidig bis herablassend auf den scheinbar rückständigen Nachbarn schaut. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands werden in den späteren Jahren als von deutscher Seite weitgehend bewältigt dar-

gestellt, während sich bereits frühzeitig eine gewisse Ungeduld hinsichtlich eines offenbar hartnäckig weiter bestehenden französischen Argwohns bemerkbar macht.

Entgegen den Ergebnissen der vornehmlich Krisen- bzw. Konfliktberichterstattung fokussierenden inhaltsanalytischen Medienforschung, die deeskalationsorientierten Journalismus in den Rang eines zwar wünschenswerten, aber unrealistischen Konstrukts verweisen, zeigt sich – mit den genannten Einschränkungen – insgesamt, dass Journalisten sehr wohl über das Instrumentarium einer solchen Berichterstattung und über eine breite Palette an analytischen und rhetorischen Mitteln zu deren Umsetzung verfügen.

3 Die Berichterstattung über Jugoslawien nach Milošević

Dies bestätigt sich auch in den Studien zur Berichterstattung über Jugoslawien (vgl. Kap. 5–6).

Die Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse zeigen ein tendenzielles Abrücken vom vorangegangenen Kriegsdiskurs. Vor allem unmittelbar nach dem Machtwechsel nahm die *Frankfurter Rundschau* regen Anteil an den Entwicklungen in Jugoslawien. Die Berichterstattung über Serbien wurde deutlich vielseitiger und differenzierter, wobei serbischen Akteuren (abgesehen von Milošević und seinen Anhängern) in relativ vielen Texten die Bereitschaft zu demokratischem Wandel und zum Handeln im Sinne von Menschenrechten zuerkannt wird bzw. innenpolitische Kontroversen um diese Themen aufgegriffen werden. Der negative Tenor der früheren Berichterstattung bleibt nun überwiegend bezogen auf Milošević und seine Anhänger. Mit seiner vollzogenen Auslieferung an das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, mit der zunehmenden Konsolidierung der neuen Regierung und dem Abflauen der Gewalt in der Region verschwindet das Thema Jugoslawien jedoch zunehmend aus dem Blickfeld der Presse. Insbesondere nach dem 11. September 2001 geht das Interesse an Jugoslawien stark zurück.

Was die Darstellung von kosovo-albanischen Akteuren anbelangt, bestätigt sich einerseits, was sich bereits seit Ende des Kosovo-Kriegs ankündigte: In ihrer Opferrolle scheinen sie nunmehr für die deutsche Presse uninteressant. Andererseits – was auch durch die seit Juli 2002 sinkende Zahl relevanter Artikel unterstrichen wird – wird Gewalt offensichtlich ein höherer Nachrichtenwert beigemessen als Gewaltfreiheit und Prozessen der Normalisierung: Fokussiert werden überwiegend Akteure, die der UCK bzw. UCPMB zuzurechnen sind, sowie deren konfrontatives Verhalten. Nur wenig Aufmerksamkeit wird dagegen der Bevölkerung und den kosovo-albanischen Politikern geschenkt.

Dem in der untersuchten Berichterstattung insgesamt kaum behandelten Montenegro kommt von allen Akteuren auf dem Balkan die positivste Rolle zu: Hervorgehoben werden in diesem Kontext vor allem das kooperative Verhalten Montenegros sowie seine Bereitschaft, im Sinne von Menschenrechten und Demokratie zu handeln.

An Akteuren der internationalen Staatengemeinschaft wird retrospektiv teilweise Kritik laut, was jedoch durch die Betonung des aktuellen kooperativen Verhaltens sowie von Angeboten der Zusammenarbeit kompensiert wird.

Obwohl die mentalen Modelle des Krieges immer noch nachwirken und den nationalen Diskursen in Deutschland, Griechenland und Serbien ihren Stempel aufdrücken, lassen sich deutliche Tendenzen erkennen, den vorherigen Gegner in einem veränderten Licht zu sehen. Vor allem aber sind in ausgewählten Kommentaren, Leitartikeln und Reportagen nun kreative Ansätze dafür zu finden, den Kriegsdiskurs zu dekonstruieren und in einen Friedensdiskurs überzuführen.

Dabei erwies sich der serbische Diskurs als insgesamt kontroverser, aber auch als beweglicher und offener, während der deutsche und der griechische Diskurs stärker jenen Argumentationsfiguren verhaftet blieben, die sich während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien herausgebildet hatten. Insbesondere wenn es zu Konflikten kommt, scheinen die alten Muster sofort wieder auf. In Griechenland bedeutet das die unbedingte Parteinahme für Serbien und gegen die NATO und Kosovo-Albaner, in Deutschland eine generell negative Einstellung gegenüber dem Balkan in Verbindung mit einem positiven Selbstbild. Auffällig ist allerdings, dass die Täter-Opfer-Rollen von der deutschen Presse nicht mehr so eindeutig verteilt werden bzw. dass das Täterimage fast ausschließlich an die Person von Milošević gebunden ist und sich die gleichmäßige Distanz zu den Konfliktparteien vor allem darin äußert, dass man nun allen jugoslawischen Konfliktparteien gleich wenig an Konfliktlösungskompetenz zutraut.

Berücksichtigt man die Bedeutung des internationalen Medienumfeldes für die nationalen und regionalen Diskurse (vgl. Naveh, 2002), so ergibt sich daraus die Feststellung, dass die Möglichkeit, zu Demokratisierung, Peacebuilding und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften beizutragen, von den internationalen Medien nur unzureichend ausgeschöpft wird. Es gibt aber auch herausragende Gegenbeispiele für eine solche Berichterstattung, aus denen sich für künftige Konflikt- und Postkonfliktsituationen lernen lässt.

Kreative Ansätze des serbischen Diskurses machen sich u.a. bemerkbar im Ringen um eine Neudefinition des Souveränitätsbegriffs. Sie zeigen sich in Forderungen nach einer Übernahme von Verantwortung für die Vergangenheit. Sie manifestieren sich in einer realpolitischen Einschätzung der Optionen, die einem kleinen Land wie Serbien in einer globalisierten Welt gegeben sind, aber auch darin, dass

die Chancen, die in einer Abkehr von einem nationalen Alleingang liegen können, wahrgenommen und dem Publikum aufgezeigt werden. Und schließlich spricht aus den Artikeln das Bemühen um Aussöhnung auch innerhalb der serbischen Gesellschaft selbst.

4 Akzeptanz und Rezeption deeskalationsorientierter Nachkriegsberichterstattung

Die Ergebnisse der experimentellen Rezeptionsstudie (vgl. Kap. 7–8) bestätigen die theoretischen Vorannahmen bezüglich der Implementationsfähigkeit konstruktiver Konfliktberichterstattung (und sind vielversprechend).

Deeskalationsorientierte Berichte fanden höchste Akzeptanz. Gerade die Texte, denen die eskalationsorientierten Spitzen des Originals genommen wurden, wurden von den Lesern als korrekt, wahrheitsgemäß, unparteiisch, informativ und interessant wahrgenommen. Die stärker konstruktiven Textvarianten, in die darüber hinaus auch eher selten berichtete Zusatzinformationen einfließen, wurden ebenfalls positiv aufgenommen, weckten jedoch mitunter Zweifel an der Glaubwürdigkeit, was einerseits der stärkeren Abweichung von den verbreiteten Stereotypen und andererseits dem Neuigkeitsgehalt der ergänzten Informationen geschuldet sein dürfte. Für konstruktive Konfliktberichterstattung könnte ein Problem somit darin bestehen, dass friedensjournalistische Ansätze zunächst als unrealistisch erscheinen mögen (vgl. Kap. 9). Während sich die in Medienkreisen verbreitete Auffassung bestätigte, dass das Leserinteresse durch Vereinfachung und Antagonismus der Konfliktdarstellung stimuliert werden kann, zeigte sich zugleich, dass die umgekehrte, konstruktive Strategie dies in gleichem Maße zu leisten vermag. Die Leser sind durchaus qualifiziert, differenzierteren Konfliktdarstellungen zu folgen und entwickeln daraus Interesse an weiteren Informationen. Die stereotype Reproduktion der Mainstream-Berichterstattung hingegen kann sich als Bumerang erweisen und das Leserinteresse schmälern.

Bezüglich der Wirkung des eskalations- vs. deeskalationsorientierten Framings der Konfliktberichterstattung konnte ein deutlicher Einfluss auf die Konfliktwahrnehmung der Rezipienten aufgezeigt werden. Die berichteten Ereignisse werden nicht einfach unter die gängigen Interpretationsmuster subsumiert, sondern ihre Wahrnehmung differenziert sich in Abhängigkeit von den berichteten Fakten und deren Framing. Je deeskalationsorientierter die Berichterstattung, desto weniger destruktiv sind auch die mentalen Modelle, in denen sich die berichteten Ereignisse auf Rezipientenseite abbilden.

Dies bedeutet freilich nicht, dass bereits über vereinzelte deeskalationsorientierte Zeitungsartikel verbreitete Vorurteile, Stereotype und konfliktrelevante Grundüberzeugungen zum Kippen gebracht werden können. Solche Tiefenstrukturen

sind relativ veränderungsresistent und können erst über einen längeren Zeitraum hinweg Schritt für Schritt abgebaut werden. Außerdem scheint hierfür eine behutsame Vorgehensweise vonnöten, da neue und unerwartete Information tendenziell Zweifel an der Korrektheit der Darstellung induzieren kann. Dass konstruktive Konfliktberichterstattung zu einer veränderten Wahrnehmung der je aktuell berichteten Ereignisse beiträgt, stellt in dieser Hinsicht aber jedenfalls eine notwendige Voraussetzung dafür dar, dass Medien überhaupt als Mediatoren von Demokratisierung, Peace Building und Versöhnung wirksam werden können.

Bezüglich der Möglichkeit, via Nachrichtenmedien einen positiven Einfluss auf solche Prozesse zu nehmen, wird daher eine kritische Zahl von Journalisten nötig sein, welche über das entsprechende Engagement und die Kompetenz verfügen, die ethischen Normen des Journalismus auch im Ernstfall zu verwirklichen und hinter die vordergründigen Wahrheiten zu blicken, die im Konfliktfall nur allzu oft bereits in eskalationsorientierter Richtung verzerrt sind.

5 Die Produktionsbedingungen von Konfliktberichterstattung

Die Entwicklung einer umfassenden Implementierungsstrategie friedensjournalistischer Berichterstattung muss dabei notwendigerweise über die individuellen Kompetenzen der Journalisten hinausgehen und sämtliche Einflussfaktoren auf die Konfliktberichterstattung und die damit verbundenen Schwierigkeiten berücksichtigen sowie Lösungsansätze für den Umgang mit diesen Schwierigkeiten entwickeln – auch und gerade in einer dafür ungünstig erscheinenden Medienumwelt.

Auf Grundlage des in Kap. 9 dargestellten Modells lassen sich die Angelpunkte identifizieren, an denen Veränderungsstrategien ansetzen müssen.

Der Produktionsprozess von Konfliktberichterstattung lässt sich nach diesem Modell als eine komplexe Interaktion von sechs Einflussfaktoren darstellen: (1) institutionelle und informelle mediale Strukturen; (2) die spezifische Konfliktsituation vor Ort; (3) individuelle Merkmale von Journalisten; (4) das öffentliche Klima, in dem die Konfliktberichterstattung stattfindet; (5) Lobbyismus und Informationsmanagement verschiedener Interessensgruppen, (6) die Medienrezipienten.

Alle diese Faktoren sind bei der Implementation deeskalationsorientierter Konfliktberichterstattung zu berücksichtigen.

6 Möglichkeiten der Umsetzung und Anwendung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Publikum einer deeskalationsorientierten Berichterstattung weit offener gegenüber steht als zu erwarten war. Auf Seiten der Journalisten wiederum fanden sich zahlreiche Beispiele dafür, dass

Spielräume für konstruktive Nachkriegsberichterstattung erkannt und genutzt wurden. Dies wirft ein durchaus hoffnungsvolles Bild auf die Möglichkeit, Nachrichtenmedien als Vermittler von Prozessen des Konfliktabbaus und der Versöhnung zu nutzen.

Es wäre aber wichtig, die Entwicklung dieser sowohl bei Journalisten als auch bei Rezipienten bereits vorhandenen Kompetenzen nicht einfach dem Zufall zu überlassen, sondern sie sowohl in der Journalistenausbildung als auch in der Medienpädagogik systematisch zu fördern und weiterzuentwickeln.

Im Rahmen des vorliegenden Forschungsvorhabens ist eine Reihe von Produkten entstanden, die sich zu diesem Zweck fruchtbar machen lassen. Dazu gehören einerseits die Theorien und Modelle der Veränderung der Konfliktwahrnehmung in eskalierenden Konflikten (vgl. Kap. 1), die eine kognitive Struktur bereitstellen,

- die es den Rezipienten erlaubt, hinter bloße Plausibilitäten zurückzugehen und die medienvermittelte Wirklichkeit zu hinterfragen,
- und die es den Journalisten ermöglicht, ihren eigenen Beitrag zur Wirklichkeitskonstruktion kritisch zu reflektieren – und zwar ganz konkret, indem sie ihre eigenen Produkte auf etwaige eskalationsorientierte Fehlwahrnehmungen hin überprüfen.

Als Hilfsmittel für die Vermittlung dieser analytischen Kompetenzen kann auf deren lehrbuchartige Darstellung in ASPR (2003) sowie auf einen Katalog eskalations- und deeskalationsorientierter Aspekte der Konfliktberichterstattung (Bläsi, Jaeger, Kempf & Möckel, 2004) zurückgegriffen werden, der die theoretischen Konzepte mit konkreten Textbeispielen verbindet und der unter der Internetadresse http://www.regener-online.de/books/diskuss_pdf/53/blaesi_et_al.pdf allgemein zugänglich ist.

Anregungen für die konkrete Umsetzung deeskalationsorientierter Berichterstattung und rhetorischer Gestaltungsmöglichkeiten bietet unter der Internetadresse http://www.regener-online.de/books/diskuss_pdf/54/blaesi&jaeger.pdf ein interaktives Nachschlagewerk von Textbeispielen, das aus den Analysen der Berichterstattung zu Frankreich und Jugoslawien hervorgegangen ist (Bläsi & Jaeger, 2004)

7 Forschungsperspektiven

Weiterführende Forschungsfragen betreffen die weitere Differenzierung der Bedingungen, unter welchen konstruktive Konfliktberichterstattung von den Rezipienten akzeptiert oder zurückgewiesen wird, sowie die kognitiven Verarbeitungsprozesse auf Rezipientenseite.

Die Texte, die als Untersuchungsmaterial für die Rezeptionsstudie dienten, thematisieren Ereignisse der Nachkriegssituation einer politischen und geographischen Region, die in Deutschland zwar über lange Zeit hinweg größte Medienaufmerksamkeit genossen hatte, von der deutschen Öffentlichkeit aber doch eher als entfernt erlebt wurde. Die emotionale Komponente der Einstellungen, Stereotype und Vorurteile der (deutschen) Versuchspersonen bezüglich des ehemaligen Jugoslawiens dürfte daher weit schwächer ausgebildet sein, als wenn die deutsche Gesellschaft vom Konflikt unmittelbar betroffen gewesen wäre.

Dies wirft die Frage auf, ob und in welchem Maße sich die Ergebnisse auch bei größerer Nähe zum Konflikt und bei höherem aktuellen Eskalationsgrad des Konfliktes reproduzieren lassen.

Die Rezeptionsstudie arbeitete ausschließlich mit Zeitungstexten, was angesichts der Überzeugungskraft der Bilder die Frage aufwirft, ob ein ähnlicher, vielleicht sogar stärkerer Effekt bei der Verwendung von Fernsehmaterial erzielt werden könnte.

Von Interesse ist darüber hinaus, ob sich unterschiedliche Gruppen von Rezipienten identifizieren lassen, die einer deeskalationsorientierten Berichterstattung gegenüber stärker oder weniger stark aufgeschlossen sind, etwa in Abhängigkeit von Alter, Bildungsgrad, Medienpräferenzen, Persönlichkeitseigenschaften, politischen Präferenzen etc.

8 Resümee

Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse lassen sich folgende Thesen aufstellen:

1. Als uneinlösbares normatives Postulat, das den Journalismus überfordert, kann Friedensjournalismus nur dann gesehen werden, wenn man darunter versteht, dass Journalisten die ihrer Profession fremde Funktion übernehmen sollen, die Konflikte stellvertretend für die Konfliktparteien zu *lösen*.
2. Eine Überforderung – und ein Missverständnis von Friedensjournalismus – wäre es auch, wollte man verlangen, Journalisten sollten die Funktion eines Vermittlers zwischen den Konfliktparteien übernehmen, sich mit ihnen an einen Tisch setzen und die Auseinandersetzungen zwischen ihnen moderieren. Auch dies kann nicht die Aufgabe des Journalismus sein.
3. Der Journalismus und die Medien spielen jedoch eine wesentliche Rolle in der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit, die sie entweder so oder so ausfüllen können: Durch die Art ihrer Berichterstattung können sie entweder der Eskalation oder der Deeskalation von Konflikten Impulse geben.

4. Professionelle Normen des Journalismus wie Objektivität, Neutralität und Wahrheitstreue der Berichterstattung stehen nicht im Gegensatz zu deeskalationsorientierter Konfliktberichterstattung, sondern sie sind deren Voraussetzung.
5. Die Erfüllung dieser Normen und die Verwirklichung eines konstruktiven Journalismus setzen jedoch allgemeine und spezifische Konfliktkompetenzen voraus, über welche "gute" Journalisten auch verfügen.
6. Ob Journalisten diese Kompetenzen besitzen bzw. erwerben, sollte man jedoch nicht dem Zufall überlassen, sondern diese bereits in der Journalistenausbildung gezielt fördern.
7. Deeskalationsorientierte Berichterstattung findet ein Publikum: Auch die Rezipienten sind kompetenter und an einer differenzierten Konfliktdarstellung stärker interessiert, als gemeinhin angenommen wird.
8. Es gibt somit keinen erkennbaren Grund, warum Konflikte in den Medien weiterhin simplifiziert und die Rezipienten mit Gut-Böse-Konstruktionen entmachteter werden sollten.
9. Nicht nur die Medienpädagogik kann durch die Vermittlung der entsprechenden Konfliktkompetenzen zum Empowerment der Öffentlichkeit beitragen. Auch die Medien selbst können dies, indem sie Konflikte in einer Weise darstellen, die von einer solchen Kompetenz getragen ist.

Literatur

- Ajzen, I. (1991). The theory of planned behavior. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 50, 179–211.
- Allan, S. (1999). News culture. Buckingham: Open University Press.
- Annabring, U. (2000). Protagonisten und Konfliktkonstellationen im israelisch-palästinensischen Friedensprozeß. Univ. Konstanz: Psychol. Diplomarbeit.
- Annabring, U., Bläsi, B., Möckel, J. (2004). The German press coverage of former Yugoslavia after the fall of Milošević. *Conflict & communication online*, 3/1–2 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- ASPR (ed.) (2003). Constructive conflict coverage. A social psychological approach. Berlin: regener.
- Auswärtiges Amt (ed.) (2003). Außenpolitik "in Echtzeit"? Die Medialisierung der Weltpolitik. Berlin: Auswärtiges Amt.
- Avraham, E., Wolfsfeld, G., Aburaiva, I. (1998). Political-social distance and news coverage of the Arab population in Israel. Paper presented at the 48th International Communication Association Conference, July 1998. Jerusalem, Israel.
- Azam, M. C. (1998). Annäherungen – Jugendtreffen und Städtepartnerschaften. In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (ed.), Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich. Köln: DuMont, 103–110.
- Babcock, L., Olson, C. (1992). The causes of impasses in labor disputes. *Ind. Relat.*, 31, 348–60.
- Bandura, A. (1990). Mechanisms of moral disengagement. In: Reich, W. (ed.). Origins of terrorism: Psychologies, ideologies, theologies, states of mind. Cambridge, England: Cambridge University Press, 161–191.
- Bandura, A. (1999). Moral disengagement in the perception of inhumanities. *Personality and Social Psychology Review*, 3/3, 193–209.
- Bar-Tal, D. (1998). Societal beliefs in times of intractable conflict: The Israeli case. *The International Journal of Conflict Management*, 9/1, 22–50.
- Bar-Tal, D. (2000). Die Kultur der Gewalt. In: ÖSFK (ed.). Konflikt und Gewalt: Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven. Studien für europäische Friedenspolitik. Münster: agenda. 66–81.
- Bazerman, M.H. (1998⁴). Judgment in managerial decision making. New York: Wiley.
- Bazerman, M.H., Carroll, J.S. (1987). Negotiator cognition. *Res. Organ. Behav.*, 9, 247–88.
- Bazerman, M.H., Magliozi, T., Neale, M.A. (1985). The acquisition of an integrative response in a competitive market. *Organ. Behav. Hum. Decis. Process.* 34, 294–313.

- Bazerman, M.H., Moore, D.A., Gillespie, J.J. (1999). The human mind as a barrier to wiser environmental agreements. *Am. Behav. Sci.*, 42, 1254–76.
- Bazerman, M.H., Neale, M.A. (1982). Improving negotiation effectiveness under final offer arbitration: the role of selection and training. *J. Appl. Psychol.*, 67, 543–48.
- Bazerman, M.H., Neale, M.A. (1983). Heuristics in negotiation: limitations to effective dispute resolution. In: Bazerman, M.H., Lewicki, R.J. (eds.). *Negotiating in organizations*. Beverly Hills, CA: Sage, 51–67.
- Beham, M. (2000). Der Informationskrieg um das Kosovo. *Sicherheit und Frieden*, 3, 218–236.
- Bell, M. (1997). TV news: how far should we go? *British Journalism Review*, 8/1.
- Bengelstorff, A. (2003). Vermittler zwischen fremden Kulturen. *Message*, 2/2003.
- Bennett, L. (1990). Toward a theory of press state relations in the United States. *Journal of Communication*, 40(2), 103–125.
- Bercovitch, J., Rubin, J.-Z. (eds.) (1992). *Mediation in international relations: Multiple approaches to conflict management*. New York: St. Martin's Press.
- Berger, P.L., Luckmann, T. (1969). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Besemer, C. (1993). *Mediation. Vermittlung in Konflikten*. Königsfeld: Stiftung Gewaltfreies Leben, Werkstatt für gewaltfreie Aktion.
- Bilke, N. (2002). Friedensjournalismus. Wie Medien deeskalierend berichten können. Münster: agenda.
- Bizman, A., Hoffman, M. (1993). Expectations, emotions, and preferred responses regarding the Arab-Israeli conflict: an attributional analysis. *Journal of Conflict Resolution*, 37, 139–59.
- Blake, R.R., Mouton, J.S. (1961). Comprehension of own and outgroup positions under intergroup competition. *Journal of Conflict Resolution*, 5, 304–310.
- Blake, R.R., Mouton, J.S. (1962). Overevaluation of own groups's product in intergroup competition. *Journal of Abnormal and Social Psychology*, 64, 237–238.
- Bläsi, Burkhard (2004). Peace journalism and the news production process. *Conflict & communication online*, 3/1–2 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- Bläsi, B., Jaeger, S. (2004). Katalog konstruktiver Aspekte der Nachkriegsberichterstattung. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 54 (Online: <http://www.regener-online.de>).
- Bläsi, B., Jaeger, S., Kempf, W., Möckel, J. (2004). A catalog of escalation- and de-escalation-oriented aspects of conflict coverage. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 53 (Online: <http://www.regener-online.de>).
- Blumer, H. (1973). Der methodologische Standpunkt des symbolischen Interaktionismus. In Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (ed.). *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*. Band I. Reinbek: rororo, 80–146.
- Bock, H. M. (2002). Zivilgesellschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich. In: Kolboom, I., Kotschi, T. & Reichel, E. (eds.), *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre, Praxis*. Berlin: Schmidt, 606–613.
- Bottom, W.P., Studt, A. (1993). Framing effects and the distributive aspect of integrative bargaining. *Organ. Behav. Hum. Decis. Process.* 56, 459–74.

- Carroll, J.S., Bazerman, M.H., Maury, R. (1988). Negotiator cognitions: a descriptive approach to negotiators' understanding of their opponents. *Organ. Behav. Hum. Decis. Process.*, 41, 352–70.
- Claßen, E. (2003). Kriegsmarketing. *Marxistische Blätter*, 1/2003, Special "Irak-Krieg", 39–46.
- Cohen, J. (1960). A coefficient of agreement for nominal scales. *Educational and Psychological measurements*, 20, 37–46.
- Cornelius, S. (2001). Conflict Resolution Network Australia: Innovative approaches to working with the media. *Interaction*, 14/ 3/4, 16–17 und 40–41.
- Curhan, J.R., Neale, M.A., Ross, L. (1998). Dynamic valuation: preference change in the context of active face-to-face negotiations. Paper presented at Annual Stanford/Berkeley talks, Stanford, CA.
- De Dreu, C.K.W. (1996). Gain-loss frame in outcome-interdependence: Does it influence equality or equity considerations? *Eur. J. Soc. Psychol.*, 26, 315–24.
- De Dreu, C.K.W., McCusker, C. (1997). Gain-loss frames and cooperation in two-person social dilemmas: a transformational analysis. *J. Pers. Soc. Psychol.*, 72, 1093–106.
- Deutsch, M. (1976). Konfliktregelung. München: Reinhard.
- Diekmann, K.A. (1997). 'Implicit justifications' and self-serving group allocations. *J. Organ. Behav.*, 18, 3–16.
- Diekmann, K.A., Samuels, S.M., Ross, L., Bazerman, M.H. (1997). Self-interest and fairness in problems of resource allocation: allocators versus recipients. *J. Pers. Soc. Psychol.*, 72, 1061–74.
- Diekmann, K.A., Tenbrunsel, A.E., Bazerman, M.H. (1999). Escalation and negotiation: two central themes in the work of Jeffrey Z. Rubin. In: Kolb, D. (ed.). *Negotiation Ethics: Essays in memory of Jeffrey Z. Rubin*. Cambridge, MA: PON Books.
- Dokumentation des Briefwechsels zwischen Hans Dietrich Genscher und Perez de Cuellar. *Versöhnung: Rundbrief des Internationalen Versöhnungsbundes*, 2/1996: 8–10.
- Dokumente – documents (2000). Die deutsch-französischen Beziehungen / Les relations franco-allemandes 1948 – 1999 Chronologie und Dokumente / Chronologie et documents. Bonn: Europa Union Verlag.
- Ecker-Ertle, H. (1998). Der Elysée-Vertrag und seine Folgen. In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (ed.), *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*. Köln: DuMont, 121–130.
- Eilders, Ch. (1997). Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eilders, Ch. (2001). Conflict and consonance in media opinion: Political positions of five German quality newspapers. Discussion Paper P 01-702. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Eilders, Ch., Lüter, A. (2000). Research note: Germany at War. *European Journal of Communication*, 15(3), 415–428.
- Elster, M. (2002). Die Anfänge der großen westdeutschen Tageszeitungen 1945–1949. (unveröff. wissenschaftliche Hausarbeit für das Erste Staatsexamen in Geschichte und Politik an der Philipps-Universität Marburg, pers. Exemplar von michael-elster@web.de)
- Festinger, L. (1957). A theory of cognitive dissonance. Evanston, Ill.: Row, Peterson.

- Fisher, R., Brown, S. (1989). Gute Beziehungen. Die Kunst der Konfliktvermeidung, Konfliktlösung und Kooperation. Frankfurt a.M.: Campus.
- Frevert, U. (1986). Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fuchs, A. (1993). Gewaltbegriff und Funktion von Gewalt. In Kempf, W., Frindte, W., Sommer, G. & Spreiter, M. (eds.). Gewaltfreie Konfliktlösungen. Heidelberg: Asanger.
- Fukuno, M., Ohbuchi, K. (1997). Cognitive biases in negotiation: the determinants of fixed-pie assumption and fairness bias. *Jpn. J. Soc. Psychol.*, 13, 43–52.
- Galtung, J. (1998). Friedensjournalismus: Warum, was, wer, wo, wann? In Kempf, W. & Schmidt-Regener, I. (eds.). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, 3–20.
- Galtung, J. & Ruge, M.H. (1965). The structure of foreign news. *Journal of Peace Research*, 2, 64–91.
- Galtung, J. & Vincent, R. (1992). Global Glasnost. Cresskill N.J.: Hampton Press.
- Geiger, W. (2000). Das Frankreichbild im Dritten Reich. Vortrag an der Johann-Wolfgang Goethe Universität Frankfurt (18.5.2000). (Online: <https://ssl.humanities-online.de/download/fvortrag.pdf>).
- Glaser, B., Strauss, A. (1967). The discovery of grounded theory – strategies for qualitative research. New York: de Gruyter.
- Glas, F. (1994). Konfliktmanagement. Bern: Haupt.
- Goetz-Marchand, B. (1987). Krieg durch menschliches Versagen. Psychologische, sozialpsychologische und organisationsbedingte Aspekte von Entscheidungen am Beispiel der Kuba-Krise 1962. *Friedensanalysen*, 21, 248–274.
- Graf, W. & Bilek, A. (2002). Die Transcend-Methode: Eine komplexe Praxeologie für zivile Konfliktbearbeitung. Reader zum Workshop: Die TRANSCEND-Methode der Konfliktbearbeitung – Einführung, Überblick, Ergebnisse. Schwerpunkt: Versöhnungsarbeit. Hagen: Fernuniversität.
- Gredelj, S. (1998). Serbische Medien und Kriegstreiberei im ehemaligen Jugoslawien. In: Kempf, W., Schmidt-Regener, I. (eds.). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, 57–66.
- Gritsch, Kurt, 2003. Eine Frage des Blickpunkts? Peter Handkes "Gerechtigkeit für Serbien" in der Rezeption deutschsprachiger Printmedien. *Zeitgeschichte*, Heft 1, 30. Jahrgang, 3–18.
- Grundmann, R., Smith, D., Wright, S. (2000). National elites and transnational discourses in the Balkan War. *European Journal of Communication*, 15(3), 299–320.
- Haller, M. (1994). Recherche und Nachrichtenproduktion als Konstruktionsprozesse. In Merten, K., Schmidt, S.J., Weischenberg, S. (eds.). Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hallin, D. (1986). The "Uncensored War": The media and Vietnam. New York: Oxford University Press.
- Hamdorf, D. (2000). Reduced view of a multidimensional reality. The Northern Ireland peace treaty in Berliner Zeitung – an example of peace journalism?. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr.51 (Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>).

- Hamdorf, D. (2001). Zweidimensionales Bild der Wirklichkeit. Das Nordirland Friedensabkommen in der Berliner Zeitung als ein Beispiel für Friedensjournalismus? In Richter, J. (ed.). Deutschland: (un-)bewältigte Vergangenheiten. Tübingen: dgvt, 141–150.
- Handke, P. (1996). Gerechtigkeit für Serbien. Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina. *Süddeutsche Zeitung*, 5./6. u. 13./14. Januar 1996.
- Harder, H. (1987). Von der *Grande illusion* zur *Règle du jeu*. Französisch-deutsche Spiegelungen und Beziehungen im Film der 30er Jahre. In: J. Barièty, A. Guth & J.M. Valentin (eds.), *La France et l'Allemagne entre les deux guerres mondiales*. Nancy: Presses Universitaires de Nancy, 193–209.
- Heider, F. (1946). Attitudes and cognitive organization. *Journal of Psychology*, 21, 107–112.
- Herman, E. S., Chomsky, N. (1988). Manufacturing consent: The political economy of the mass media. New York: Pantheon Books.
- Howard, R., Rolt, F., van de Veen, H., Verhoeven, J. (2003). The power of the media. A handbook for peacebuilders. Utrecht: European Centre for Conflict Prevention.
- Höijer, B., Nohrstedt, S.A., Ottosen, R. (2002). The Kosovo War in the media – Analysis of a global discursive order. *Conflict & communication online*, 1/2 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- Hume, N. (1997). Whose war is it anyway? The dangers of the Journalism of Attachment. London: Informinc.
- Jaeger, S. (1998). Propaganda mit Frauenschicksalen? Die deutsche Presseberichterstattung über Vergewaltigung im Krieg in Bosnien-Herzegowina. In: Kempf, W., Schmidt-Regener, I. (eds.). *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien*. Münster: Lit. 75–88.
- Jaeger, S. (2000). Tatsachenbehauptungen und Meinungen – Kognitive Repräsentationen des Bosnien-Konfliktes in der westlichen Kriegsberichterstattung. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr.50 (Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>).
- Jaeger, S. (2001). Rollenkonstruktion im Bosnien-Konflikt. Westliche Kriegsberichterstattung zwischen Ambivalenz und Anteilnahme. In: Richter, J. (ed). *Deutschland: (un-)bewältigte Vergangenheiten*. Tübingen: dgvt. 151–159.
- Jaeger, S. (2002a). Compatibility of peace and news media. *Communicator*, 37/1, 27–30.
- Jaeger, S. (2002b). Reconciliation and the mass media: The coverage of the French-German peace process after the Second World War. Paper presented at the 23rd IAMCR Conference at Barcelona, July 21–26, 2002.
- Jaeger, S. (2004a). Propaganda und Kriegsberichterstattung. In Sommer, G. & Fuchs, A. (eds.). *Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*. Weinheim: Beltz, 317–329.
- Jaeger, S. (2004b). The German press coverage on France after World War II. *Conflict & communication online*, 3/1–2 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- Jaeger, S., Mattenschlager, A., Meder, G. (1999). Dokumentation der Datenbasis der Bosnien-Studie im "Journalism in the New World Order" Projekt. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 47 (Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf/htm>).

- Jaeger, S., Möckel, J. (2004). Die Berichterstattung in der Frankfurter Rundschau über Jugoslawien nach dem Sturz von Slobodan Milošević. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 57 (Online: <http://www.regener-online.de>).
- Kahnemann, D., Tversky, A. (1979). Prospect theory: An analysis of decision under risk. *Econometrica*, 47, 263–291.
- Katz, E., Blumler, J.G., Gurevitch, M. (1974). Utilization of mass communication by the individual. In: Blumler, J.G., Katz, E. (eds.). *The uses of mass communication. Current perspectives on gratification research*. London: Sage, 19–32.
- Keiffer, M.G. (1968). The effect of availability and precision of threat on bargaining behavior. Ph.D. Dissertation. Columbia University: Teachers College.
- Kelman, H.C. (1986). An international approach to conflict resolution. In: White, R.K. (ed.). *Psychology and the prevention of nuclear war. A book of readings*. New York: University Press, 171–193.
- Keltner, D., Robinson, R.J. (1993). Imagined ideological differences in conflict escalation and resolution. *Int. J. Confl. Manage.*, 4, 249–62.
- Kempf, W. (1993a). Konflikteskalation durch autonome Prozesse. In Kempf, W., Frindte, W., Sommer, G. & Spreiter, M. (eds.). *Gewaltfreie Konfliktlösungen*. Heidelberg: Asanger.
- Kempf, W. (1993b). Argumentative Konfliktbearbeitung. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 24 (Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>).
- Kempf, W. (ed.) (1994). Manipulierte Wirklichkeiten. Medienpsychologische Untersuchungen der bundesdeutschen Presseberichterstattung im Golfkrieg. Münster: Lit.
- Kempf, W. (1995). Begriffe und Probleme des Friedens. Beiträge der Sozialpsychologie. Kurseinheit 1: Aggression, Gewalt und Gewaltfreiheit. Hagen: Fernuniversität.
- Kempf, W. (1996). Konfliktberichterstattung zwischen Eskalation und Deeskalation. Ein sozialpsychologisches Modell. *Wissenschaft und Frieden*, 14, 51–54.
- Kempf, W. (1998). Media contribution to peace building in war torn societies. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung*, Nr. 43 (Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>).
- Kempf, W. (1999a). Konfliktprävention und Medien. In ÖSFK (ed.). *Friedensbericht 1999. Krisenprävention. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung*. Zürich: Rüegger, 211–225.
- Kempf, W. (1999b). De-escalation-oriented conflict coverage? The Northern Ireland and Israeli-Palestinian peace processes in the German press. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 45 (Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>).
- Kempf, W. (1999c). Escalation and deescalation-oriented aspects in the media construction of the Bosnia conflict. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 46 (Online: <http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>).
- Kempf, W. (2000a). Menschenrechte im Kriege. In Mahdavi, R. & Vandré, J. (eds.). *Wie man Menschen von Menschen unterscheidet. Praktiken der Diskrimination, Kriminalisierung, Illegalisierung*. Münster: Lit, 59–69.
- Kempf, W. (2000b). Gewaltursachen und Gewaltdynamiken. In ÖSFK (ed.). *Konflikt und Gewalt. Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven*. Münster: agenda, 44–65.

- Kempf, W. (2000c). Die "Friedensmacht Europa" am Vorabend des dritten Milleniums. In: ÖSFK (ed.) *Konflikt und Gewalt. Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven*. Münster: agenda, 372–380.
- Kempf, W. (2001a). La contribución de los medios a la cultura de paz. In Kempf, W. & Gutiérrez Villalobos, S., *Los Medios y la Cultura de Paz*. Berlin: regener, 51–71.
- Kempf, W. (2001b). Eskalations vs. deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung. In Richter, J. (ed.). *Deutschland: (un-)bewältigte Vergangenheiten*. Tübingen: dgvt, 133–140.
- Kempf, W. (2002a). Integration of quantitative and qualitative content analysis in media research. In: Kempf, W., Luostarinen, H. (eds). *Journalism and the New World Order*. Vol. II. *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom, 145–172.
- Kempf, W. (2002b). Escalating and deescalating aspects in the coverage of the Bosnia conflict. In: Kempf, W., Luostarinen, H. (eds). *Journalism and the New World Order*. Vol. II. *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom, 227–255.
- Kempf, W. (2004). Friedensjournalismus. In: Sommer, G., Fuchs, A. (eds.), *Krieg und Frieden – Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*. Weinheim: Beltz, 439–451.
- Kempf, W. & Gutiérrez Villalobos, S. (2001). *Los Medios y la Cultura de Paz*. Berlin: regener.
- Kempf, W. & Luostarinen, H. (eds.) (2002). *Journalism and the New World Order*. Vol. II. *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom.
- Kempf, W., Reimann, M. (2002). The presentation of alternative ways of settling the Gulf conflict in German, Norwegian and Finnish media. In Kempf, W., Luostarinen, H. (eds.). *Journalism and the New World Order*. Vol. II. *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom, 203–226.
- Kempf, W., Reimann, M., Luostarinen, H. (1996). Qualitative Inhaltsanalyse von Kriegspropaganda und Kritischem Friedensjournalismus. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr.32 (Online:<http://www.ub.uni-konstanz.de/serials/kempf.htm>).
- Kempf, W., Reimann, M., Luostarinen, H. (2001). New World Order rhetoric in US and European media. In: Nohrstedt, S.A., Ottosen, R. (eds.). *Journalism and the New World Order*. Vol. I. *Gulf War, national news discourses and globalization*. Göteborg: Nordicom, 149–174.
- Kempf, W., Schmidt-Regener, I. (eds.) (1998). *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien*. Münster: Lit.
- Keßler, C. (2002). Jugoslawien zwischen Ende des Kosovo-Krieges und Sturz Miloševićs – Berichterstattung zwischen Eskalation und Deeskalation. Univ. Konstanz: Psychol. Diplomarbeit.
- Kondopoulou, M. (2002). The Greek media and the Kosovo Crisis. *Conflict & communication online*, 1/2 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- Kramer, R.M. (1994). The sinister attribution error: paranoid cognition and collective distrust in organizations. *Motiv. Emot.*, 18, 199–230.
- Kramer, R.M., Newton, E., Pommerenke, P.L. (1993). Self-enhancement biases and negotiator judgment: effects of self-esteem and mood. *Organ. Behav. Hum. Decis. Process.*, 56, 110–33.
- Krotz, F. (2001). Dämonisierung des Gegners. *Grimme*, 4, 24–25.

- Kruglanski, A., Bar-Tal, D., Klar, Y. (1993). A social cognitive theory of conflict. In: Larsen K.S. (ed.). *Conflict and social psychology*. London: Sage. 45–56.
- Kunczik, Michael (1990). *Die manipulierte Meinung. Nationale Image-Politik und internationale Public Relations*. Köln: Böhlau.
- Langenbacher, E. (2003). *Memory regimes in contemporary Germany*. Paper prepared for ECPR Joint Sessions, Workshop 16: Politics and Memory, Edinburgh 2003. (Online: <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/edinburgh/w16/Langenbacher.pdf>)
- Lappenküper, U. (1998). Auf dem Weg zur "Erbfreundschaft": Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich von 1949 bis 1963. In: *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (ed.), *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*. Köln: DuMont, 113–120.
- Lasswell, H.D. (1927). *Propaganda technique in the World War*. London: Kegan Paul. (Reprint Cambridge, Mass. 1971).
- Lasswell, H.D. (1948). The structure and function of communication in society. In: Bryson, L. (ed.). *The communication of ideas*. New York: Harper, 32–51.
- Levine, J.M., (1989). Reactions to opinion deviance in small groups. In: Paulus, P.B. (ed.). *Psychology of group influence*. Hillsdale, New York: Lawrence Erlbaum. 187–231.
- Lim, R.G. (1997). Overconfidence in negotiation revisited. *Int. J. Confl. Manage.*, 8, 52–79.
- Lim, R.G., Carnevale, P.J. (1995). Influencing mediator behavior through bargainer framing. *Int. J. Confl. Manage.*, 6, 349–68.
- Lippmann, W. (1990). *Die öffentliche Meinung [Public Opinion, 1922]* Reprint. Bochum: Universitätsverlag Brockmeyer.
- Loth, W. (1988). Vierzig Jahre deutsch-französischer Verständigung – Realität oder Mythen. In: *Deutsch-Französisches Kulturzentrum Essen* (ed.), *Deutschland – Frankreich, Höhen und Tiefen einer Zweierbeziehung*. Essen: Die Blaue Eule, 203–217.
- Löffelholz, M. (1995). Beobachtung ohne Reflexion? Strukturen und Konzepte der Selbstbeobachtung des modernen Krisenjournalismus. In: Imhof, K., Schulz, P. (eds.), *Medien und Krieg – Krieg in den Medien*. Zürich: Seismo, 171–191.
- Luostarinen, H. (2002a). Journalism and cultural preconditions of war. In: Kempf, W., Luostarinen, H. (eds.). *Journalism and the New World Order*. Vol. II. *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom, 273–284.
- Luostarinen, H. (2002b). Propaganda Analysis. In: Kempf, W., Luostarinen, H. (eds.). *Journalism and the New World Order*. Vol. II. *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom, 17–38.
- Luostarinen, H. & Kempf, W. (2000). Krieg und Medien. In: ÖSFK (ed.). *Konflikt und Gewalt*. Münster: agenda, 334–371.
- Luostarinen, H., Ottosen, R. (2002). The changing role of the media in conflicts. From the Cold War to the Net Age. In: Kempf, W., Luostarinen, H. (ed.), *Journalism and the New World Order*, Vol. II: *Studying war and the media*. Göteborg: Nordicom, 39–57.
- MacArthur, J. (1992). *Second front: Censorship and propaganda in the Gulf War*. New York: Hill and Wang.
- Manheim, J., Albritton, R. (1984). Changing national images: International public relations and media agenda setting. *American Political Science Review*, 78, 641–54.
- Mc Goldrick, A., Lynch, J. (2000). *Peace journalism – how to do it*. (Online: <http://www.transcend.com>).

- Mc Quail, D. (1972). *Mass communication theory*. London: Sage.
- Mermin, J. (1999). *Debating war and peace: Media coverage of U.S. intervention in the post-Vietnam era*. Princeton: Princeton University Press.
- Mücke, L. (2003). Einzelkämpfende Allrounder. *Message*, 2/2003.
- Müller, B. & Schweitzer, C. (2000). Gewaltfreiheit als Dritter Weg zwischen Konfliktvermeidung und gewaltsamer Konfliktaustragung. In ÖSFK (ed.), *Konflikt und Gewalt. Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven*. Münster: agenda, 82–111.
- Müller-Brettel, M. (1996). Frieden und Krieg in der psychologischen Forschung: Masse – Individuum – Kultur. Arbeitspapiere der Fern-Universität der Gesamtschule Hagen, Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften.
- Martin-Baró, I. (1991). Die psychischen Wunden der Gewalt. In: Kempf, W. (ed.). *Verdeckte Gewalt. Psychosoziale Folgen der Kriegsführung niedriger Intensität in Zentralamerika*. Hamburg: Argument.
- Messick, D.M. (1999). Alternative logics for decision making in social settings. *J. Econ. Behav. Organ.*, 39, 11–28.
- Messick, D.M., Sentis, K.P. (1979). Fairness and preference. *J. Exp. Soc. Psychol.*, 15, 418–34.
- Moscovici, S. (1979). *Sozialer Wandel durch Minoritäten*. München: Urban & Schwarzenberg.
- Moscovici, S. (1980). Toward a theory of conversation behaviour. In Berkowitz, L. (ed.). *Advances in Experimental and Social Psychology*, 13, 209–239.
- Mummendey, A. (1982). Zum Nutzen des Aggressionsbegriffs für die psychologische Aggressionsforschung. In: Hilke, R., Kempf, W. (eds.). *Aggression*. Bern: Huber, 317–333.
- Naveh, Ch. (1998). The role of the media in the peace processes: The case of the Middle East in the 1990s. Paper presented at the 48th Annual ICA Conference on (Mis)Communicating Across Boundaries in Jerusalem (Israel), July 20–24, 1998.
- Naveh, Ch. (2002). The role of the media in foreign policy decision making: A theoretical framework. *Conflict & communication online*, 1/2 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- Neuber, H. (2002). Journalisten ins Visier genommen. *M – Menschen Machen Medien*. Berlin: ver.di (Online:<http://www.igmedien.de/publikationen/m/2002/05/main.html>).
- Nohrstedt, S.A. & Ottosen, R. (eds.) (2001). *Journalism and the New World Order. Vol. I. Gulf War, national news discourses and globalization*. Göteborg: Nordicom.
- Nuikka, M. (1999). Do they speak for war or for reconciliation? The role of the mass media in the peace process: A comparative analysis of three Salvadorian newspapers in April 1992 and in April 1998. Paper presented at the 20th IAMCR Conference in Leipzig, July 27–31, 1999.
- Olekals, M. (1997). Situational cues as moderators of the frame-outcome relationship. *Br. J. Soc. Psychol.*, 36, 191–209.
- Olenhusen, A. v. (2000). NATO-Schlag und Zungenschlag, IG Medien MMM, 2000/10 (Online: <http://www.igmedien.de/publikationen/m/2000/10/32.html>).
- Oser, F., Gmünder, P. (1992³). *Der Mensch – Stufen seiner religiösen Entwicklung: Ein strukturalistischer Ansatz*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

- Osgood, C.E. (1962). Graduated unilateral initiatives for peace. In: Wright, Q., Evan, M., Deutsch, M. (eds.): *Preventing World War III: Some proposals*. New York: Simon and Schuster. 161–177.
- Östgaard, E. (1995). Factors influencing the flow of news. *Journal of Peace Research*, 2, 39–63.
- Paskoski, D. (2004). Elemente des Friedensjournalismus: konstruktive Berichterstattung in bleiern Zeiten. – Serbische Berichterstattung nach Milošević. Eine qualitative Inhaltsanalyse. *Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz*, Nr. 55 (Online: <http://www.regener-online.de>).
- Pinkley, R.L. (1990). Dimensions of conflict frame: disputant interpretations of conflict. *J. Appl. Psychol.*, 75, 117–26.
- Preisinger, I. (2002). Information zwischen Interpretation und Kritik. Das Berufsverständnis politischer Journalisten in Frankreich und Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pruitt, D.G., Carnevale, P.J. (1993). *Negotiation in social conflict*. Pacific Grove, CA: Brooks/Cole.
- Pruitt, D.G. & Rubin, J.Z. (1986). *Social conflict escalation, stalemate, and settlement*. New York: Random House.
- Reifenrath, R. (o.A). Unabhängigkeit fängt im Kopf an. Wie es mit der "Rundschau" begann, was langsam wurde und daraus geworden ist (Online: http://www.fr-aktuell.de/service_und_kontakt/wir_ueber_uns/wie_alles_begann/).
- Reporters Without Borders (2001). Between the pull of patriotism and self-censorship. The US media in torment after 11 September. (Online: http://www.rsf.org/print.php3?id_article=2533).
- Robinson, R.J., Keltner, D. (1997). Defending the status quo: power and bias in social conflict. *Pers. Soc. Psychol. Bull.*, 23, 1066–77.
- Ross, L, Stillinger, C. (1991). Barriers to conflict resolution. *Negot. J.*, 7, 389–404.
- Rühl, M. (1980). *Journalismus und Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Theorieentwurf*. Mainz: von Hase & Köhler.
- Sabellek, Ch. (2000). Entwicklung des Kosovokonflikts und die Wahrnehmung durch die Medien. Univ. Konstanz: Psychol. Diplomarbeit.
- Sabellek, Ch. (2001). Die Entwicklung des Kosovokonflikts und die Wahrnehmung durch die Medien. In: Richter, J. (ed). *Deutschland: (un)bewältigte Vergangenheiten*. Tübingen: dgvt. 161–172.
- Samuelson, W.F., Bazerman, M.H. (1985). Negotiation under the winner's curse. In: Smith, V. (ed.). *Research in Experimental Economics*, 3, 105–38. Greenwich, CT: JAI.
- Sande, Ø., (1971). The perception of foreign news. *Journal of Peace Research*, 8, 221–237.
- Schischa, Ch. (1999). "Infotainment" – Zur politischen Berichterstattung zwischen Information und Unterhaltung (Online: <http://www.prometheusonline.de/heureka/kommunikationsoekologie/monographien/schischa/infotainment>).
- Schmid, J. (2004). Aggressives Verhalten. In Sommer, G. & Fuchs, A. (eds.). *Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*. Weinheim: Beltz, 89–102.
- Schorr, A. (2000). *Publikums- und Wirkungsforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schölzel, S. (1986). *Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945 – 1949*. Mainz: v. Hase & Köhler.

- Schulz, W. (1976). Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg, München: Alber.
- Shapiro, D.L. (1991). The effects of explanation on negative reactions to deceit. *Adm. Sci. Q.*, 36, 614–30.
- Shea, J. (2000). Die Kosovo-Krise und die Medien: Reflexionen eines NATO-Sprechers. *Sicherheit und Frieden*, 3, 208–217.
- Shea, J. (2001). Kampf der Fernsehbilder. *Message*, 1/2001, 98–105.
- Sherif, M., Sherif, C.W., (1953). Groups in harmony and tension: an integration of studies in intergroup relations. New York: Octagon.
- Sherif, M. & Sherif, C.W. (1969). Social Psychology. New York: Harper & Row.
- Shinar, D. (2003) Peace process in cultural conflict: The role of the media. *Conflict & communication online*, 2/1 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- Shinar, D. (2004). Media peace discourse: constraints, concepts and building blocks. *Conflict & communication online*, 3/1–2 (<http://www.cco.regener-online.de>).
- Shoemaker, P. (1991). Gatekeeping. Newbury Park, CA: Sage.
- Staab, J. F. (1990). Nachrichtenwerttheorie: Formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg/München: Alber.
- Strauss, A., Corbin, J. (1998²). Basics of qualitative research. Thousand Oaks: Sage.
- Tenbrunsel, A.E. (1998). Misrepresentation and expectations of misrepresentation in an ethical dilemma: the role of incentives and temptation. *Acad. Manage. J.*, 41, 330–39.
- Tetlock, P.E, Peterson, R.S., Lerner, J.S. (1996). Revising the value pluralism model: incorporating social content and context postulates. In: Seligman, C., Olson, J., Zanna, M. (eds.). Values: 8th Annual Ontario Symposium on Personality and Social Psychology. Hillsdale, NJ: Erlbaum, 25–51.
- Thompson, L., DeHarpport, T. (1994). Social judgment, feedback, and interpersonal learning in negotiation. *Organ. Behav. Hum. Decis. Process.* 58, 327–45.
- Thompson, L., Hastie, R. (1990). Social perception in negotiation. *Organ. Behav. Hum. Decis. Process.* 47, 98–123.
- Thompson, L., Hrebec, D. (1996). Lose-lose agreements in interdependent decision making. *Psychol. Bull.*, 120, 396–409.
- Thompson, L., Loewenstein, G. (1992). Egocentric interpretations of fairness and interpersonal conflict. *Organ. Behav. Hum. Decis. Process.*, 51, 176–97.
- Touval, S., Zartmann, I.W. (1989). Mediation in international conflicts. In: Kressel, K., Pruitt, D.G. (eds.): Mediation research. The process and effectiveness of third-party intervention. San Francisco: Jossey-Bass. 115–137.
- Tuchman, G., 1978. Making news. A study in the construction of reality. New York: Free Press.
- Vaillant, J. (ed.) (1984). Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945 – 1949. Berichte und Dokumente. Konstanz: UVK.
- Valley, K.L., Moag, J., Bazerman, M.H. (1998). A matter of trust: effects of communication on the efficiency and distribution of outcomes. *J. Econ. Behav. Organ.*, 34, 211–38.
- Walchner, M. (1986). Entwicklung und Struktur der Tagespresse in Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern. Sigmaringen: Jan Thorbecke.

- Weischenberg, S., Löffelholz, M., Scholl, A. (1994). Merkmale und Einstellungen von Journalisten. *Media Perspektiven*, 4, 154–167.
- Wirtz, M., Caspar, F. (2002). Beurteilerübereinstimmung und Beurteilerreliabilität: Methoden zur Bestimmung und Verbesserung der Zuverlässigkeit von Einschätzungen mittels Kategoriensystemen und Ratingskalen. Göttingen: Hogrefe.
- Wolfer, R. (2001). Der Kosovo-Konflikt in der überregionalen Presse – Die Behandlung des Kosovo-Konflikts in den Printmedien. Univ. Konstanz: Psychol. Diplomarbeit.
- Wolfrum, E. (1998). Not und Neubeginn – die französische Besatzungszeit. In: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (ed.), *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*. Köln: DuMont, 81–92.
- Wright, .R. (1960). *Mass communication. A sociological perspective*. New York: Random House.
- Zaller, J., Chui, D. (1996). Government's little helper: US press coverage of foreign policy crises, 1945–1991. *Political Communication*, 13, 385–405.
- Ziebur, G. (1997). *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945: Mythen und Realitäten*. Überarb. und aktualisierte Neuausg. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Zschunke, P. (2000²). *Agenturjournalismus: Nachrichtens Schreiben im Sekundentakt*. Konstanz: UVK Medien.

Anhang

Über die Autoren

Ute Annabring, Dipl.-Psych., wurde 1966 in Kamen/Westfalen geboren. Mehrjährige Arbeit als Dipl.Tanztherapeutin BVT, 1993–2000 Studium der Psychologie und Kriminologie an der Universität Konstanz. 2000 Diplom in Psychologie. 2003–2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe Friedensforschung.

Arbeitsschwerpunkte: Medienanalyse und experimentelle Rezeptionsforschung.
Aktuelle Publikationen: *The German press coverage of former Yugoslavia after the fall of Milošević* (gemeinsam mit Burkhard Bläsi und Jutta Möckel, 2004); *Reception and acceptance of constructive conflict coverage – Design of an experimental study* (gemeinsam mit Monika Spohrs, 2004).

Burkhard Bläsi, Dipl.-Psych., wurde 1973 in Stuttgart/Baden-Württemberg geboren. 1993–2000 Studium der Psychologie und Soziologie an den Universitäten Konstanz und Bath/UK. 2000 Diplom in Psychologie.
Seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe Friedensforschung. Derzeit Arbeit an einer Dissertation über "Konstruktive Konfliktberichterstattung und Medienrealität".

Arbeitsschwerpunkte: Gewaltfreie Konflikttransformation, Medienanalyse und Produktionsbedingungen von Konfliktberichterstattung.
Aktuelle Publikationen: *Konflikttransformation durch Gütekraft. Interpersonale Veränderungsprozesse* (2001); *Gewaltfreier Widerstand* (2004); *Peace Journalism and the News Production Process* (2004).

Ruth Dittmann, Cand.-Psych., wurde 1980 in Augsburg/Bayern geboren. Seit 2001 Studium der Psychologie und Information Engineering an der Universität Konstanz und der Yale University (New Haven, USA).
2003–2004 studentische Mitarbeiterin in der Projektgruppe Friedensforschung.

Arbeitsschwerpunkt: Experimentelle Rezeptionsforschung.

Susanne Jaeger, Dipl.-Psych., wurde 1966 in Würzburg/Bayern geboren. 1988–1996 Studium der Psychologie und Soziologie an der Universität Konstanz. 1996 Diplom in Psychologie.

Seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe Friedensforschung. Derzeit Arbeit an einer Dissertation über "Frankreich im Spiegel der deutschen Nachkriegspresse".

Arbeitsschwerpunkte: Medienanalyse und experimentelle Rezeptionsforschung.

Aktuelle Publikationen: *Rollenkonstruktion im Bosnien-Konflikt. Westliche Kriegsberichterstattung zwischen Ambivalenz und Anteilnahme* (2001); *Die deutsche Zeitungsberichterstattung über Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg – Beiträge zur Aussöhnung* (2003); *Propaganda und Kriegsberichterstattung* (2004).

Wilhelm Kempf, Prof. Dr. phil. habil., wurde 1947 in Klagenfurt/Österreich geboren. 1965–1970 Studium der Psychologie, Philosophie und Statistik an der Universität Wien. 1969/70 Postgraduiertenstudium der Soziologie am Institut für Höhere Studien. 1970 Promotion an der Universität Wien. 1977 Habilitation an der Universität Erlangen-Nürnberg, *venia legendi* für Psychologie.

Seit 1977 Professor für psychologische Methodenlehre und Leiter der Projektgruppe Friedensforschung an der Universität Konstanz. Lehr- und Forschungsaufenthalte an der Universidad de Costa Rica, an der Universität Tampere (Finnland) und an der York University (Toronto, Kanada).

Arbeitsschwerpunkte: Psychologische Methodologie, Friedens- und Konfliktforschung.

Aktuelle Buchpublikationen: *Los Medios y la Cultura de Paz* (mit Sonia Gutiérrez, 2001); *Journalism and the New World Order, Vol. II. Studying War and the Media* (mit Heikki Luostarinen, 2002); *Constructive Conflict Coverage – A Social Psychological Approach* (herausgegeben vom Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution, 2003); *Forschungsmethoden der Psychologie. Zwischen naturwissenschaftlichem Experiment und sozialwissenschaftlicher Hermeneutik, Band I, Theorie und Empirie* (2003).

Margarita Kondopoulou, BA, MA, wurde 1968 in Athen/Griechenland geboren. Studium der englischen Literatur und Massenkommunikation am American College of Greece (Deree) und am Center for Mass Communication Research an der University of Leicester/UK. 1997 BA in Englischer Literatur. 1998 MA in Massenkommunikation. Arbeitete als Journalistin für verschiedene griechische Radiostationen und Zeitschriften.

2002–2003 externe Mitarbeiterin der Projektgruppe Friedensforschung. Derzeit Arbeit an einer PhD Dissertation über "Comparative analysis of the Greek and British press coverage of the Kosovo-crisis", Lehrbeauftragte für Kommunikation am

American College of Greece (Deree) und Tutorin im Distance Learning MA-Programm des Center for Mass Communication Research an der University of Leicester/UK.

Arbeitsschwerpunkte: Journalismus und Nachrichtenprozesse; Kriegsberichterstattung; Internet und Women's NGOs; Fernsehwerbung und Umwelt.

Aktuelle Publikationen: *Kosovo Crisis: British vs. Greek Media* (2001); *The Greek media and the Kosovo crisis* (2002).

Dimce Paskoski, Dr. phil., wurde 1961 in Presil/Mazedonien geboren. 1982–1986 Studium der Deutschen Sprache und Literatur an der Universität Belgrad, Abschluss zum Diplomübersetzer und Sekundarstufenlehrer für Deutsch. 1987–1992 Studium der Philosophie und Neueren Deutschen Literatur an der Universität Konstanz mit Magisterabschluss. 2002 Promotion im Fach Deutsche Literatur an der Universität Konstanz. Arbeitet derzeit als Sekundarlehrer in Arbon, Schweiz. 2003–2004 externer Mitarbeiter der Projektgruppe Friedensforschung.

Arbeitsschwerpunkt: Medienanalyse.

Aktuelle Publikationen: *Foucaults Archäologie und der Diskurs der Literatur. Diskursanalyse und Literaturtheorie* (2003); *Elemente des Friedensjournalismus: konstruktive Berichterstattung in bleiernen Zeiten – Serbische Berichterstattung nach Milošević. Eine qualitative Inhaltsanalyse* (2004).

Monika Spohrs, Cand.-Psych., wurde 1965 in Eppstein/Hessen geboren. Seit 1999 Studium der Psychologie und Medienwissenschaften an der Universität Konstanz. 2002–2004 studentische Mitarbeiterin in der Projektgruppe Friedensforschung.

Arbeitsschwerpunkt: Experimentelle Rezeptionsforschung.

Aktuelle Publikation: *Reception and acceptance of constructive conflict coverage – Design of an experimental study* (gemeinsam mit Ute Annabring, 2004)

Sachregister

- Aggression 23f., 70, 160
- Aggressor-Defender-Modell 23
- Annäherung 47, 51ff., 65, 80f., 101, 108, 114, 117, 125, 154, 159, 165, 175
- Antagonismus 8, 14, 27f., 30, 33, 38, 40, 85, 95f., 109, 163, 174, 193, 197, 283
- Anti-Kriegs-Opposition 27, 31, 39
- Arbeitstechniken, journalistische 33
- Aussöhnung, deutsch-französische 8, 31, 37, 41, 43, 51–55, 78f., 81–126, 280
- Außengruppe 19f.
- Autonomie 16, 44, 52f., 145, 152

- Bedrohung 20f., 26, 31, 52, 101, 107, 137, 173, 200, 269
- Bedingungen, klimatische 268–273
- Berichterstattung
 - Akzeptanz der 7f., 47, 205, 209, 222–229, 283
 - Ausgewogenheit der 223–236
 - Stile der 45, 72, 77, 137f., 143, 146
- Besatzungsmächte, alliierte 51f., 55, 64, 68
- Bewertung
 - von Handlungen 20, 26f., 31, 38
 - von Rechten und Zielen 20, 26f., 31, 38
- Bewertungsmuster 229–236

- Charta der Vereinten Nationen 23
- Coping-Strategien 43

- Dayton-Abkommen 45, 132ff., 136f., 142, 192, 195
- Deeskalation (von Konflikten) 30, 37, 48, 139, 143, 239–255, 286

- Deeskalationsorientierung 27, 31, 48, 102, 104, 125, 215, 218, 221, 236, 245ff., 283, 286
- Dehumanisierung 18, 39, 217
- Delegitimation (des Feindes) 26, 28
- Demokratisierung 8, 30, 39, 41ff., 51, 113, 134, 145ff., 167ff., 201, 215f., 279, 282, 284
- Demokratische Opposition (DOS) 175, 183
- Diskurs, gesellschaftlicher 19, 26–30, 41, 193, 219, 238
- Dissonanz, kognitive 29, 46, 238, 256
- Distanz, soziale 135
- Drittparteien 21, 38, 40, 135, 195

- Elite
 - -Bias 78
 - -Orientierung 17f., 43, 78, 189, 200, 280
 - -Personen 32, 56–80, 90, 116, 140, 201, 240, 262, 267ff., 273
 - -Strukturen 56–80
 - -Themen 56–80
- Empathie 20, 39, 89f., 98, 104, 114, 126, 163, 167, 170, 182f., 213, 218f.
- Erbfeindschaft, deutsch-französische 51
- Eskalation s. Konflikteskalation
- Eskalationsorientierung 40, 140, 143, 176, 208f., 212ff., 216, 220, 268, 270f.
- Eskalationsspirale 38
- Europäische Union (EU) 44, 151, 164f., 185–191, 194, 197, 200f., 219ff.
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 53, 85, 99f., 108
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 53, 86, 89, 105, 107f.
- Europäische Zentralbank (EZB) 39

- Fairness 16, 21f., 97f.

- Fehlwahrnehmung 19, 25f., 33, 35f., 38, 161, 285
- kompetitive 22f.
 - kooperative 22
- Feindbild 8, 36, 41f., 55, 131, 143, 150, 187, 189, 192, 196, 199, 205, 244
- Framing 9, 21, 44–48, 104, 205, 211, 236f., 243, 249, 255f., 280, 283
- Freundschaftsvertrag, deutsch-französischer 53f., 67
- Friedensdiskurs 26ff., 46, 191, 202, 282
- Friedensforschung 14, 23
- Friedensjournalismus 8, 14, 17ff., 29f., 34, 36f., 205, 259f., 262, 266, 273, 277, 286
- Grundregeln des 34
- Friedensprozess(e) 7f., 32, 34, 36–39, 81
- Friedensvertrag 30, 33, 40, 136, 186
- Generalthema 59f., 64ff., 72f.
- Gewaltjournalismus s. Kriegsberichterstattung
- Gewaltverzicht 44
- Grounded Theory 260
- Grundüberzeugungen, gesellschaftliche 9, 28
- Gruppen
- -dynamik 16
 - -prozesse 17
 - Sozialstruktur von 15
 - Zusammenhalt innerhalb von 19, 40
- Humanisierung 18, 39, 122
- Identifikation 19, 27, 37f., 78, 80, 83, 94, 114, 116, 124, 135–137, 172, 213, 222f., 240–255
- Identifikationsangebote 20, 26f., 31, 38, 40
- Implementation s. Implementierung
- Implementierung 19, 29, 205, 260f., 273, 277, 283f.
- Informationsmanagement 260, 273ff., 277, 284
- Inhaltsanalyse
- qualitative 8, 44f., 81, 156
 - quantitative 8, 43, 47, 134, 136, 239, 281
- Innengruppe 19
- Intercoder-Übereinstimmung 62
- Interpretationsfolie 28, 37, 42f., 149
- Intervention
- humanitäre 149, 151, 196f.
 - militärische 30, 45, 131, 135, 142, 157
- Interview 8f., 48, 260f.
- Journalismus
- Handwerksregeln des 34
 - professionelle Normen des 14, 29, 36f., 41, 201, 286f.
- Journalism of Attachement 13f.
- Journalistenausbildung 8, 285, 287
- Jugendaustausch, deutsch-französischer 54, 83, 88, 91f.
- Jugendwerk, deutsch-französisches 54, 67
- Kalter Krieg 80, 97ff., 114
- KFOR 176ff., 193, 212ff., 251
- Klima
- gesellschaftliches 16, 218
 - politisches 270
 - öffentliches 260, 267–273, 284
- Klimazone 268–273
- Kodierschema 43, 62, 133ff., 137, 143
- Kollateralschäden 139f., 149f.
- Konflikt
- destruktiver 16
 - innerer 28, 145
 - kompetitiver 15, 23, 34
 - kooperativer 15, 34
- Konfliktabbau 8, 279, 285
- Konfliktanalyse 14, 33, 264
- Konfliktberichterstattung 26f.
- deeskalationsorientierte 9, 27, 29ff., 39, 279–289
 - eskalationsorientierte 27, 279–289
 - konstruktive 7, 13, 37f., 46, 201f.,
 - lösungsorientierte 30f.
 - Produktionsbedingungen der 7, 259–278
- Konflikt eskalation 15, 19f., 22–27, 30, 36, 56, 173, 198, 266, 239–255, 286
- Konflikthopping 265
- Konfliktjournalismus s. Friedensjournalismus
- Konfliktkompetenz 8, 259, 264f., 287
- Konfliktkonstellation 37, 133f.

- Konfliktlösung, gewaltfreie 29f., 42, 87, 122, 135ff.
 Konfliktlösungskompetenz 16, 282
 Konfliktsituation 21f., 41, 164, 260, 262ff., 277, 282, 284
 Konflikttransformation 14, 17, 23
 Konfliktverständnis 19, 33, 41
 Konfliktwahrnehmung 19f., 22, 26, 28f., 48, 202, 255f., 283, 285
 Konfliktvermittlung 16, 38
 Konflikt-Spiralen-Modell 23f.
 Konsens, gesellschaftlicher 35, 161
 Kriegsberichterstattung 7, 17ff., 29f., 39, 134, 274
 Kriegsdiskurs 8, 26–30, 34, 46, 191, 199, 202, 279, 281f.
 Kriegsjournalismus s. Kriegsberichterstattung
 Kriegsoffer s. Opfer
 Kriegsverbrechen 39, 90, 117, 122, 124, 165, 179, 192ff.
 Kriegsverbrecherprozess 85, 89f., 95–98, 118, 124

 Lobbying 274
 Logik, militärische 30, 102, 134f., 139–142
 Lose-Lose 21, 26, 34

 Mainstream-Berichterstattung 17, 201, 268, 271, 284
 Meaning Making 19
 Mediation 41f.
 Medienaufmerksamkeit 56, 66, 71, 79, 141, 148, 190, 234, 256, 286
 Medienfunktionen 206ff., 223
 Medienpädagogik 285, 287
 Medienumfeld, internationales 202, 282
 Medienwirkung 46f., 275
 Medienwirkungsforschung 237
 Meinung, öffentliche 14, 17, 40, 132, 135
 Menschenrechte 39, 135, 139, 145, 148f., 172, 192f., 195, 240–255, 281f.
 Menschenrechtsverletzungen 90, 131, 143–146, 163, 169–172, 177, 180, 194f., 200, 217f.
 Modell, mentales 7, 19, 38–47, 191, 201, 205, 208, 237ff., 243–256, 279, 282f.
 Montan-Union 52f., 101, 106
 Moral Disengagement 25, 124
 Motivationslogik 26f., 34, 191–193

 Nachkriegsberichterstattung 8, 36, 39, 41, 48, 51–80, 94, 107, 116, 123, 125f., 156, 205–256, 279–287
 Nachkriegsdiskurs 8, 37, 41, 151, 193, 202
 Nachrichtenauswahl s. Nachrichtenselektion
 Nachrichtenselektion 17, 30, 32, 40, 43, 56, 194, 279f.
 - Kriterien der s. Nachrichtenfaktoren
 Nachrichtenfaktoren 16f., 30–33, 39, 43, 55–59, 64, 74, 78f., 194, 234, 259, 261, 279
 - Additivität der 56
 - Komplementarität der 56
 Nachrichtenkommunikation, Vier-Faktoren-Modell der 43, 57
 Nachrichtenwert 8, 40, 55ff., 72ff., 77, 197, 259, 261, 277, 281
 Nationalsozialismus 51, 55, 86, 103, 115–118, 123–126, 219, 280
 NATO 17, 30, 53, 131, 136–142, 147f., 151, 158, 160, 165f., 168ff., 176–181, 187, 191, 198–201, 274, 282
 Negativismus 17, 43, 194, 278
 Neuigkeitsgehalt 223f., 226, 229, 283
 Non-Elite
 - -Fokus 168
 - -Orientierung 189
 - -Personen 32, 56–80
 - -Strukturen 56–80
 - -Themen 56–80
 Nullsummenspiel 26, 268

 Opfer 13, 25, 27, 39, 90, 98f., 103f., 120–126, 135–142, 147, 158, 161, 169, 178f., 182f., 192f., 196–198, 213–217, 240–245, 252f., 274
 Opferrolle 28, 142, 145, 193, 199, 242, 281
 Oradour-Prozeß 85, 95, 97, 117, 120ff.

 Personalisierung 17, 43, 64f., 73, 75, 194, 280

Perspektivendivergenz 15, 20, 24, 28
 Perspektivenübernahme 90, 167, 222
 Plausibilität 29, 35, 285
 Propaganda 7f., 18f., 26, 38, 114, 149,
 157, 195, 274
 Prozess, autonomer 23f.

 Qualitätsjournalismus 29

 Rambouillet-Verhandlungen 138f.
 Recherche, journalistische 34f., 261, 263
 Rechtsstaatlichkeit 44, 171, 217
 Repräsentation, kognitive 14f., 206, 237–
 256
 Repräsentativität 45, 60, 102, 156
 Rezeptionsstudie 47f., 276, 283f., 286
 Rezipient 8f., 46f., 55, 205, 207, 237f.,
 255f., 261, 275f., 279, 283–287
 Rollenkonstruktion 134f., 140, 240–243,
 265f.
 Rollenverständnis 112, 264ff.

 Schuman-Plan 52f., 95, 106
 Selbstsanktionen 25
 Selbstverteidigung 22, 117, 120
 Selbstzensur 17
 Sicherheitsbedürfnisse 28, 52, 96
 Siegerjustiz 89, 97, 120, 172, 179, 193,
 196f.
 Solidarität 126, 137, 141, 149, 157, 180ff.,
 198ff.
 Spannungsreduktion 41
 Städtepartnerschaften 54, 67, 148
 Stereotype 9, 29, 46, 55, 113, 160, 189,
 214, 236, 238, 240–243, 256, 283,
 286
 Stimulus-Response-Modell 19
 Streitbeilegung 29, 38, 135

 Täter-Opfer-Rolle 199, 282
 - Umkehrung der 25
 Textverständnis 210, 238f., 255
 Thema
 - kulturelles 280
 - strukturelles 233, 280
 Tiefenstruktur 41–46, 237f., 283

Trivialisierung 88, 90, 175
 Typikalität 45

 UCK 140, 142, 145, 158, 160, 176ff., 281
 UCPMB 145, 158, 160, 178, 281
 UN-Tribunal in Den Haag 44f., 144, 146,
 152, 161, 179, 192, 200, 281
 Unterhaltungswert 223f., 228f.

 Verarbeitung, kognitive 8, 237, 285
 Verhandlungsforschung 19f.
 Verhandlungslösung 22, 39, 174, 193
 Verwicklung, emotionale 20, 26f., 31, 38
 Versöhnung 8, 18, 30f., 36f., 42, 44, 48,
 51, 57, 62, 81f., 84, 125, 147ff.,
 157, 171, 192, 202, 259, 279, 282,
 284f.
 Versöhnungsdiskurs 38
 Vertrauensbildung 39, 65, 108, 148, 183
 Viktimisierung 89f.
 Völkerrecht 149, 179
 Vorurteil 9, 29, 35, 41f., 46, 85, 88, 100,
 112–118, 199, 236, 238, 256, 283,
 286

 Wahrheitsorientierung 18, 26
 Wahrheitsstandards 27, 34
 Wahrheitsstreue 36, 287
 Werte, militärische 21, 29, 31, 38, 90, 205
 Wiederaufbau 18, 52, 80, 110, 112, 123,
 145, 158, 161, 163, 165, 167, 219
 Wiederaufrüstung 53, 85, 100, 102
 Win-Lose 20ff., 34, 47, 177, 196, 211, 239
 Win-Win 8, 20ff., 29, 31f., 34, 39, 109,
 114, 179, 192, 273
 Wirklichkeit
 - Konstruktionen der 19, 22, 26, 34f., 38,
 40, 45, 131, 202, 237f., 285f.
 - subjektive 34, 237f.
 - Wahrnehmung der 37, 56, 279

 Zensur 17, 79, 263
 Zweiter Weltkrieg 8, 30, 43, 45, 52, 55,
 90f., 135, 219, 279–281

Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution (ed.)**Constructive Conflict Coverage
A Social Psychological Approach**

(Hochschullehrbücher, Bd. 1). 2003, 192 S., brosch., mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen sowie buchbegleitender CD-ROM, € 29,90. ISBN 3-936014-02-7.

"There is an urgent need to work toward a process of greater social openness in order to be able to learn something about the reality before it is set in concrete, in order to recognize facts before they are interpreted" (Ignacio Martin-Baró, 1991). The contribution which journalists can make to such a process of greater social openness is central to the present training book, which puts three mutually-supportive topical complexes at the center of journalistic training: the transmission of theoretical knowledge of the social-psychological mechanisms involved in an escalation-oriented construction of reality, the application of this knowledge to sensitize journalists and the audience to the escalation-oriented perceptual distortions typical of conventional conflict reportage and the development of writing techniques which will enable journalists to report the facts without interpreting them in advance in an escalation-oriented manner.

The book is unique in its combination of theoretical argumentation, empirical analysis and practical training offerings which are presented on the accompanying CD-ROM in the form of electronic teaching and learning material.

Contents: The social construction of international conflict / The logic of conflict and the dynamics of conflict escalation / War reporting and propaganda / The challenge of post-conflict reconciliation / Constructive conflict coverage / Training in journalism / Analyzing the media / Rewriting the news

